

Schriftenreihe der Stiftung Schulgeschichte des
Bezirksverbandes Weser-Ems der
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Herausgeber
Klaus Klattenhoff

im Auftrag des Kuratorium der Stiftung
Schulgeschichte

Josef Kaufhold, Klaus Klattenhoff, Dieter Knutz
Tilman Schieferdecker, Friedrich Wißmann

Regionale Schulgeschichte

Mit der Schriftreihe **Regionale Schulgeschichte** tritt ein vergleichsweise junger Forschungszweig an die Öffentlichkeit. Geschichte der Pädagogik war lange Zeit Geschichte der die Erziehung bewegenden Ideen. Geschichte der Schule war – wenn sie überhaupt geschrieben wurde – meistens Staats- und Ländergeschichte, Geschichte der Schulorganisation und Schulverwaltung, nicht zuletzt also Geschichte staatlicher Machtpolitik. **Regionale Schulgeschichte** stellt den Betrachtungswinkel enger. Dadurch rücken die Einzelheiten und die vor Ort handelnden Personen deutlicher ins Bild.

„Geschichten des Schulwesens einzelner Städte und Länder; Lebensbeschreibungen von Lehrern und Schülern, vor allem Biographien hervorragender Schulmänner, Rektoren, Schulräte, Organisatoren ... daran fehlt es sehr“, fand vor fast hundert Jahren Friedrich Paulsen im Vorwort zur zweiten Auflage seiner berühmten „Geschichte des gelehrten Unterrichts“. Noch mehr fehlt es an solchen Darstellungen für das Elementar- und Schulwesen, zumal auf dem Lande und in unserer Nord-West-Region zwischen Weser und Ems. Vieles von dem ist in Orts- und Schulchroniken, Kirchenbüchern, privaten Sammlungen und persönlichen Erinnerungen festgehalten. Diese Dokumente sind eng mit den Schicksalen von Personen verbunden. Sie und die Lebensbedingungen der Lehrer, Schüler und Eltern für die wissenschaftliche Geschichtsschreibung zu erschließen, darin sehen wir eine der wichtigsten Aufgaben für die Arbeit an der regionalen Schulgeschichte.

Die Herausgeber

Band **18**

Josef Kaufhold

Schule, Lehrerinnen und Lehrer
im Prozess der Demokratisierung

Zur Geschichte des Bildungswesens
in Ostfriesland 1945–1968

Oldenburg, 2010

Verlag / Druck / Vertrieb

BIS-Verlag
der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg
Postfach 2541
26015 Oldenburg

E-Mail: bisverlag@uni-oldenburg.de
Internet: www.bis-verlag.de

ISBN 978-3-8142-2210-3

Inhalt

Interessenverbände im regionalen Kontext (Klaus Klattenhoff/Friedrich Wißmann)	13
Vorwort	19
Vorbemerkungen zum Rahmen dieser Arbeit	21
1 Begriff der Demokratisierung und die Fragestellung	21
2 Der regionale Bezug und die Frage nach überregionaler Bedeutung	34
3 Zum Forschungsstand	36
4 Zur Quellenlage	37
5 Sprachgebrauch und Schreibweisen	38
1 Darstellung der Ausgangssituation	41
1.1 Entwicklung bis 1945	41
1.1.1 Die letzten Tage 1944/45	41
1.1.2 Lehrerschaft im Nationalsozialismus	46
1.1.3 Zustand der Schulen 1945	54
1.2 Maßnahmen der ersten Jahre	58
1.2.1 Aufbau schulischer Verwaltungsstruktur durch die Militärregierung	58
1.2.2 Neuorganisation des Schulwesens	60
1.2.3 Automatischer Arrest und Internierung von Lehrkräften	62
1.2.4 Kategorisierung der NS-Verantwortlichen und die Schuldfrage	67
1.2.5 Die Entnazifizierung am Beispiel eines Hauptlehrers aus Leer	70
1.2.6 Auswirkungen der Entnazifizierung auf den Prozess der Demokratisierung	80

2	Demokratisierung des Bildungswesens	89
2.1	Neugestaltung des Schulwesens	89
2.1.1	Vorgehen der Alliierten	89
2.1.2	Hoffnung Reformpädagogik	93
2.1.3	Entwicklung der Schülermitverwaltung	95
2.1.4	Entwicklung der Elternvertretung	97
2.1.5	Stellung der Lehrerschaft	99
2.2	Demokratisierung als Weg zur Schulreform	103
2.2.1	Offenheit alliierter Vorgaben	103
2.2.2	Neubau des Schulwesens – Hannover Plan	105
2.2.3	Innere Reform	107
2.2.4	Die „kalte“ Reform und negative Folgen	109
2.3	Wege einer Reform	110
2.3.1	Entwicklung des Differenzierten Mittelbaus	110
2.3.2	Differenzierter Mittelbau in Ostfriesland	112
2.3.3	Volksschulnotstand und Landschulfrage	120
2.3.4	Wege zur Zentralschule	132
2.3.5	Barsinghauser Gespräche	141
2.3.6	Die Reform setzt sich durch	151
3	Interessenvertretung in der Demokratie	159
3.1	Wiederaufleben der Interessenvertretungen der Lehrkräfte nach 1945	159
3.1.1	Die Freien Konferenzen	159
3.1.2	Die Lehrervereine	163
3.2	Schwerpunkte der Demokratisierung im Bezirkslehrerverein Ostfriesland (BLO)/ Ostfriesischer Lehrerverein (OLV)	167

3.2.1	Grundlagen und Konflikte in der Legitimation verbandspolitischer Einflussnahme in der Region – die Satzungsdiskussion	167
3.2.2	Themenbereiche und Leitthemen in der regionalen Interessenvertretung zur Demokratisierung	179
3.2.3	Differenzierung der Leitthemen	205
3.2.4	Dynamik der Leitthemen in der Gremienarbeit zur Umsetzung	208
4	Die Arbeit in den Gremien	211
4.1	Der Vorstand	211
4.1.1	Politische Aktivität und Wirksamkeit des Vorstands	211
4.1.2	Die politische Dimension der Zukunft in der Raumordnung	218
4.1.3	Widerstreit der Interessen in Diskussion um das Konkordat	221
4.1.4	Vertretung der Lehrerinnen und die geschlechtersensible Orientierung in der Demokratie	228
4.1.5	Regulative der inneren Struktur – der Ehrenrat	238
4.2	Die Ausschüsse	241
4.2.1	Entwicklung der Ausschüsse und ihre Arbeitsgebiete als Instrumente der Umsetzung	241
4.2.2	Der Schulpolitische Ausschuss/Ausschuss für Schulpolitik und Standesfragen	244
4.2.2.1	Die bearbeiteten Themenfelder	244
4.2.2.2	Schulpolitische Einflussnahme und Mitbestimmungs- und Mitspracherechte in Gesetzesdiskussionen	246
4.2.2.3	Formen der Praxis innerer Demokratie, der Aufbau der Personalvertretung	254
4.2.2.4	Sicherung der Rechte einzelner – Lebens- und Arbeitssituation	266

4.2.3	Der Erziehungswissenschaftliche Ausschuss/ Pädagogische Ausschuss	284
4.2.3.1	Die bearbeiteten Themenfelder	284
4.2.3.2	Lehrplan Demokratie – Neue Fächer, Politische Bildung, Rahmenrichtliniendiskussion, Stoffverteilungspläne	285
4.2.3.3	Die Chancen in der Demokratie – Volksschule, die Einführung des neunten Schuljahres und die Berufsorientierung	302
4.2.4	Der Heimatkundliche Ausschuss/Bezirksausschuss Heimatkunde – „Mit der Heimat die Welt umfassen“	330
4.2.5	Ausschuss junger Lehrer	343
4.2.5.1	Mitwirken und Mitbestimmen – Eigenständigkeit der jungen Lehrkräfte	343
4.2.5.2	Neuorientierung in der Demokratie – politische Bildung der Junglehrkräfte	368
4.2.5.3	Ergebnisse – Beispiele aus Junglehrerarbeitsgemeinschaften	374
4.3	Entwicklung der Fachgruppenstruktur	386
4.3.1	Fachgruppen in der Interessenvertretung	386
4.3.2	Das Fachgruppenprinzip – Mehrheiten binden oder Mehrheiten nutzen	387
4.3.3	Fachgruppe Sonderschulen – das Recht des Kindes auf Förderung	392
4.4	Freiwillige Arbeitsgemeinschaften	400
4.4.1	Interessenfindung und Bildung der Arbeitsschwerpunkte	400
4.4.2	Jugend und Schule in der jungen Demokratie, die Sozialpädagogik	405
4.4.3	Reeducation – Beispiel einer Arbeitsgemeinschaft zum Umgang mit Medien	414

5	Demokratisierung – Über Scheitern und Erfolg	427
5.1	Die ländliche Region und ihre Bedingungen	427
5.2	Die äußere Demokratisierung des Bildungswesens in der Region	429
5.3	Die innere Demokratisierung des Bildungswesens in der Region	430
5.4	Regionale Bezüge der Demokratisierung des Bildungssystems in zukünftigen Handlungsfeldern	434
	Abkürzungsverzeichnis	437
	Literaturverzeichnis	440
	Lehrpläne und Lehrmaterial des Regierungsbezirkes Aurich, Schulabteilung	460
	Zeitschriften/Periodika	460
	Festschriften	462
	Satzungen	463
	Ungedruckte Quellen	464
	Aktenbestand StAA Aurich	465
	Videoaufzeichnungen	465
	Interviews	466
	Der Autor	467

Interessenverbände im regionalen Kontext

Bei der hier vorliegenden Untersuchung geht es um die Rückwirkung, die die Installierung einer demokratischen Gesellschaft als bedeutungsvolle politische Absicht auf die Personen ausgeübt hat, die ein solches Gemeinwesen repräsentieren sollten. Es ist für diesen Zusammenhang ein besonders wichtiger Personenkreis, der für diesen angestrebten Wandel der Gesellschaft in seiner konkreten politischen und sozialen Lage angesprochen ist, nämlich Lehrerinnen und Lehrer in der unmittelbaren Zeit nach dem Sieg der Alliierten über das nationalsozialistische Regime Hitlerdeutschlands.

Im Sinne einer chronologischen Vorgehensweise wird die Darstellung der Entwicklung des demokratischen Neuanfangs nach dem zweiten Weltkrieg mit zwei inhaltlichen Rückblicken eröffnet, mit der Verstrickung der ostfriesischen Lehrer in den Nationalsozialismus und mit den Entnazifizierungsbemühungen nach dem Ende der Schulschließungen im Herbst 1945. Diese Rückschau ist notwendig, weil damit das ganze Dilemma des Schulwesens und die Situation der Lehrenden zu verdeutlichen ist. Denn auch der scheinbar so entlegene Bezirk Ostfriesland im äußersten nordwestlichen Deutschland war dem Einfluss der nationalsozialistischen Machthaber ergeben gefolgt, so dass die Spuren der antidemokratischen, ja verbrecherischen Verstrickung überall zu sehen sind.

Mit der für eine regionalhistorische Vorgehensweise erforderlichen Akribie versucht der Autor so nahe wie möglich an das Geschehen und den Personenkreis heranzukommen, um ein konkretes Bild der Zusammenhänge zu zeichnen. Das geschieht durch Aktenauswertung, durch Sichtung vorhandener Berichte einzelner Personen und durch Interviews mit Zeitzeugen. Dabei werden die Fakten in ihrer Ausdruckskraft deutlich hervorgehoben, jedoch ohne durch vorschnelle oder unpassende Beurteilungen das zu vermittelnde Bild zu überzeichnen. Es gelingt dem Autor, das ganze Ausmaß der Zerstörung eines ehemals geordneten Schulwesens darzustellen, das nach dem Ende der Nazidiktatur und dem von ihr entfesselten und die Hälfte ihrer Herrschaftszeit dauernden Zweiten Weltkriegs von unterschiedlichsten Schäden an Schulgebäuden, an Unterrichtsmitteln, an der Personalausstattung und an der Zusammensetzung und am Selbstverständnis der Schüler gekennzeichnet war.

Mit einer diesem regionalhistorischen Ansatz entsprechenden Hinwendung zu den realen Entwicklungsbedingungen des Wiederaufbaus und des Neuanfangs in der schulischen Versorgung Ostfrieslands wird daraufhin bis in Detailfragen verfolgt, wie es gelungen oder auch misslungen ist, den Ansprüchen einer demokratischen Erneuerung zu genügen, die ja von den Vorgaben der alliierten Besatzungsmächte mitbestimmt wurden und die den betroffenen Personenkreisen bis dahin nicht bekannt waren, geschweige denn zur Verfügung standen. Wenn auch der Autor in der Entnazifizierung des Lehrpersonals bezüglich konkreter Wirkungen kein Hindernis für sich herausbildende demokratische Prozesse im Schulleben ausmacht, so ist dennoch weiter untersuchungs- und diskussionswürdig, wie sich die Befindlichkeiten einzelner Personen, die dem veränderten, demokratischen Verständnis der Lehrertätigkeit entsprechen mussten, äußerten und auswirkten, etwa Erlebnisse aus der Internierungsphase zur Einsicht in Mitschuld und beabsichtigten Umerziehung.

Die Diskussionsvorgaben zur konkreten Entwicklung der Demokratisierung des Bildungswesens in Niedersachsen und speziell Ostfrieslands kamen aus den Vorstellungen der Besatzungsmächte aber auch aus den Zielvorstellungen zur Schulreformdebatte der Zeit der Weimarer Republik. Sie betrafen im Wesentlichen Strukturfragen und damit konzeptionelle Gesichtspunkte und bezogen sich auf eine sozialpolitische Öffnung der Wirkungen des vertikalen dreigliedrigen Schulwesens, das in der Tradition der alten preußischen Ständegesellschaft steht. Seit Beginn des 20. Jahrhunderts wird das Problem der Durchlässigkeit mit recht unterschiedlichen inhaltlichen Ausrichtungen zur Frage der Bildungsgerechtigkeit und auch der Demokratisierung erörtert. Wenn in der Phase des Neuanfangs nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft auch nicht das Modell der Einheitsschule die Diskussion bestimmte, das die organisierte Volksschullehrerschaft seit den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts forderte, so wurde aber doch die Forderung nach einer gestuften Strukturierung des Schulsystems erhoben, die auch in den Empfehlungen der alliierten Kontrollratsanweisungen aus dem Jahre 1947 enthalten war. Der mühsame Prozess der Veränderung, der eine Neustrukturierung des Schulwesens bewirken sollte und der mit einer Erweiterung, ja Verbesserung des Bildungsangebotes auch für Kinder in ländlichen Gebieten verknüpft war, wird durch die Darstellung des Autors besonders deutlich. Als Ergebnis musste sich ein weltoffenes Bildungsverständnis entwickeln, das sich dem „Eigengeist“ (Eduard Spranger) des niederen Schulwesens gegenüber behaupten konnte und über den Tellerrand des bisherigen

Schullebens hinausreichte. Nicht nur die beträchtliche Zahl der Flüchtlingskinder, die mit ihren Familien aus dem engen Milieu der Dorfkultur strebten, machte dies notwendig, sondern auch die sich allmählich verändernde ökonomische Entwicklung, in deren Zentrum in ländlichen Gebieten vor allem die Industrialisierung der Landwirtschaft stand, brachten neue Forderungen an die Qualität der schulischen Abschlüsse. Ganz abgesehen davon änderte sich im Laufe der Jahre mit der wirtschaftlichen Prosperität auch das Bildungsbedürfnis der Landbevölkerung allgemein, die erweiterten Bildungsabschlüsse und das höhere Schulniveau wurden angenommen und verteidigt. Die praktische Schulpolitik hatte diesem neu entstandenen Bildungsbedürfnis Rechnung zu tragen.

Die Wege zu einer erneuerten Schule und zu veränderten Einstellungen gegenüber der Schule spiegelten sich schon Ende der 40er Jahre in neuen Konzeptionen, die in Niedersachsen in den „Differenzierten Mittelbau“ einmündeten, der vor Ort allen geeignet erscheinenden jungen Menschen die „mittlere Reife“ ermöglichen sollte. Die in den 50er Jahren eingerichteten Modellversuche mit diesem erweiterten Bildungsangebot und ihre Erfolge führten zur Einrichtung von zentralen Schulen auf dem Lande (von der Dörfergemeinschaftsschule bis zur Mittelpunktschule). Mit den notwendigen Gebietsreformen wurden auch die erforderlichen neuen Strukturen für schulische Angebote geschaffen.

Diesen bedeutenden Prozess hat der Autor mit vielen Detailspekten umfassend dargestellt und reflektiert, so dass sich ein deutliches Bild der Gesamtproblematik der Schulentwicklung für den ländlichen Raum Ostfriesland ergibt, vom sogenannten Volksschulnotstand hin zu den Reformen für eine moderne Schule als Antwort auf die Herausforderungen der wirtschaftlichen Entwicklung, die als „Deutsches Wirtschaftswunder“ oder als „soziale Marktwirtschaft“ sehr anspruchsvolle Anforderungen an Bildung und Ausbildung stellte. Bei der Umsetzung – und das wird auch deutlich – taten sich Widerstände in der konkreten Politik auf. Vorurteile waren ebenso wie mangelnde Einsichten zu beklagen, zu Problemen der Bildung wurden vordergründige Vorbehalte und Einwände laut. Es war dies kein glatt verlaufender Prozess, der in den ihn begleitenden Diskussionszusammenhängen einen vorläufigen Höhepunkt in den Barsinghausener Gesprächen 1957 erlebte. Hier nun fand der Reformgedanke auch in der Perspektive einer ländlichen Gesamtschule seinen ersten Ausdruck. Es sollten weitere zehn Jahre vergehen, bis sich mit den flexiblen Schulzentren auf dem Lande erste Möglichkeiten für eine konkrete Gestaltung abzeichneten.

Mit dem Abschluss dieser Entwicklung ist die entscheidende demokratische Grundausrüstung gegeben, die das in der Region Ostfriesland eingerichtete Schulsystem von da an auszeichnet. Der Autor fasst das mit der These zusammen, dass damit den „Heranwachsenden die Wege zur Mitwirkung in der demokratischen Gesellschaft eröffnet und die freie Entfaltung der Person ermöglicht“ wurden.

Den Anteil der organisierten Lehrerinnen und Lehrer an diesem Demokratisierungsprozess und die Besonderheiten in den Ostfriesischen Lehrervereinen hat der Verfasser sehr detailliert und umfangreich dargestellt. Es wird deutlich, dass ihr aktiver Einsatz für die Schaffung demokratischer Verhältnisse im Bereich des Ostfriesischen Schulwesens maßgeblich gewesen ist. Die strukturellen Organisationsformen der ostfriesischen Lehrerinnen und Lehrer waren für die Artikulierung der eigenen Berufsinteressen in der deutschen Tradition einmalig: Von den freien Konferenzen zu den Lehrervereinen. Deren Funktionen waren in der Zeit des Nationalsozialismus ausgehebelt und dadurch Gleichschaltung eliminiert worden. In der Zeit der Neubestimmung nach dem zweiten Weltkrieg kamen die alten Gepflogenheiten und das alte Selbstverständnis wieder zur Geltung und zwar so, dass von den überwachenden Instanzen der Besatzungsmächte keine Einwände erhoben werden konnten. Das geschah dadurch, dass in die führenden Positionen zuerst der „Freien Konferenzen“ und nach deren Zulassung auch der Lehrervereine nur solche Persönlichkeiten gewählt werden konnten, die nicht allzu offen für die NSDAP und deren Unterorganisationen in Erscheinung getreten waren. Die Unabhängigkeit der Lehrerorganisationen von der Schulaufsicht ist das überzeugende Merkmal eines demokratischen Potentials, das sich in solch einem Selbstverständnis spiegelt, das getragen war von der Idee einer selbständigen Interessenvertretung mit den Schwerpunkten des beruflichen Austausches, der Weiterbildung und der Pflege des geselligen Miteinanders in der Verantwortung für die Erziehung und Bildung der schulpflichtigen jungen Menschen. Das ist wohl auch von den Fachkräften der Besatzungsmacht erkannt und positiv bewertet worden, da es ihrem historisch verankerten Demokratieverständnis entsprach.

Diese Zusammenhänge intensiv und mit den entsprechenden politischen Voraussetzungen dargestellt zu haben, ist ein besonderes Anliegen und Verdienst des Autors der hier vorliegenden Arbeit und bezieht sich auch auf die breit angelegten Äußerungen zu den sich neu entwickelnden Lehrervereinen, die eine gediegene Verbandspolitik umzusetzen bemüht waren. Auch hier wurden die Gewohnheiten aus der Zeit vor dem NS-Regime wieder belebt und

mit entsprechender Aufgabenzuteilung versehen. Der Wille zur Demokratie wurde dabei durchaus betont, auch wenn sich aus den ausführlichen Übersichten zu Themenbereichen und Leitthemen nicht entnehmen lässt, dass das Thema Demokratisierung als solches für eine zentrale Tagung oder dergleichen zur Diskussion gestellt wurde. Die vielen zuzuordnenden Gesichtspunkte von der Schulreform zur Schulstruktur, von der Pädagogik zur Mitbestimmung, von der Verbesserung der Lebenssituation zur Gleichstellung der Lehrerinnen und zur Nachwuchsfrage wurden mit ihren politischen Implikationen immer wieder angesprochen.

Mit den schon betonten Ambitionen einer regionalhistorischen Forschung wird in der zweiten Hälfte der vorgelegten Untersuchung auf die Einzelheiten der Behandlung von solchen Themen und Problemen eingegangen, die in der Organisation der Lehrer mit all ihren Unterabteilungen mehr oder minder intensiv behandelt wurden.

Besonders hervorgehoben werden soll hier die Art der Behandlung von Aufgaben in den Gremien, die sich um die konkrete Umsetzung der politischen Ansprüche eines demokratisch ausgerichteten Organisationswesens und auch des übergeordneten Gemeinwesens bemühten.

Eine Darstellung der Wirksamkeit von Interessenverbänden im regionalen Kontext kann nur überzeugen, wenn einzelne Personen, Personengruppen und die Gesamtheit der Organisation in ihren Aktivitäten untersucht, dargestellt und mit aller Zurückhaltung auch bewertet und interpretiert wird. Die hier vorgelegte Veröffentlichung zeigt, welches Maß an Akteneinsicht, Protokolllektüre, Durchforstung unzähliger Artikelveröffentlichungen u.ä. herangezogen wird. Die dabei entstehende Fülle an Material kann für den Leser nur dann in seiner konkreten Bedeutung nachvollzogen und kritisch überprüft und auf dem Hintergrund des großen und durchgreifenden Wandels in der Nachkriegszeit verstanden werden, wenn es strukturiert und überschaubar dargestellt wird. Dem Verfasser ist das mit seiner Arbeit gelungen und dem Leser wird damit eine fundierte Einsicht in einen Lebensbereich, die Schule, eröffnet, von dem jeder Mensch unseres kulturellen Kontextes ein hohes Maß an Prägung erfährt.

Klaus Klattenhoff/Friedrich Wißmann

Danksagung

„Über die allmähliche Verfertigung der Gedanken beim Reden“ schrieb Heinrich von Kleist 1805.

Der Ursprung liegt im Gegenüber.

Gedanken entwickeln sich, Ideen entstehen.

Und es waren die Gespräche mit Menschen, die die Schule der Nachkriegszeit, des Wirtschaftswunders, des gesellschaftlichen Wandels prägten. Es waren die lebhaften, impulsreichen und sachlich fundierten Gespräche mit Hannes Hothan, der als aktiver Lehrer, Schulleiter und Schulrat, aber auch als versierter Bildungspolitiker der Region die Entwicklung der Schule der Nachkriegszeit begleitete. Ihm muss ich danken.

Er unterstützte aktiv, trug zusammen, sichtete, sammelte, ordnete. Er hatte und hat den Blick dafür, welche Gedankengänge in den Gremien der Region Ostfriesland Orientierungspunkte setzten. Er wusste um die Wirkungen des Zusammenschlusses der ostfriesischen Lehrerschaft, um die Motivation der Aktiven im Ostfriesischen Lehrerverein, deren Arbeit die schulische Entwicklung förderte. Er hatte den Blick dafür, welcher Diskussionsansatz in der Region zur positiven Entwicklung der Schulen und damit zur Demokratisierung beitrug – und welcher nicht. Er gab mir Impulse, die entscheidend wirkten und die Arbeit interessant machten.

Darüber hinaus muss ich danken den aktiv Schreibenden im Arbeitskreis Schulgeschichte Ostfriesland der Stiftung Schulgeschichte des Bezirksverbandes Weser-Ems der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, die die Arbeit durch Hinweise und Hilfen förderten.

Mein Dank gilt auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ostfriesischen Schulmuseums Folmhusen und des Staatsarchivs Aurich, die mich bei der Sucharbeit unterstützten und Quellen zugänglich machten. Dank auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Universitätsbibliothek der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg und der Landschaftsbibliothek Aurich. Sie halfen und besorgten Grundlagenliteratur. Es war eine Freude zu erleben,

dass pädagogische Literatur, die aus heutiger Sicht bereits historisch ist, in diesen Bibliotheken erhalten und gepflegt wird.

Für die Geduld und den steten Zuspruch danke ich Prof. Dr. Friedrich Wißmann und Prof. Dr. Klaus Klattenhoff, die über Jahre hin diese Arbeit begleiteten; die förderten, Mut machten und Ansporn gaben.

Heinrich von Kleist schrieb in dem Essay von 1805: „Es liegt ein sonderbarer Quell der Begeisterung für denjenigen, der spricht, in einem menschlichen Antlitz, das ihm gegenübersteht; und ein Blick, der uns einen halb ausgedrückten Gedanken schon als begriffen ankündigt, schenkt uns oft den Ausdruck für die ganz andere Hälfte desselben.“

Es war mehr als nur ein Schenken, mehr als Hilfe, Nachsicht und Geduld. Meine Frau Waltraud gab mehr. Sie gab ihre Zuneigung, ihre Kraft und ihre Zeit. Sie hielt mir den Rücken frei, leistete gleichzeitig Verzicht auf Gemeinsamkeit. Ich stehe in ihrer Schuld.

Emden, im März 2010

Josef Kaufhold

Vorbemerkungen zum Rahmen dieser Arbeit

1 Begriff der Demokratisierung und die Fragestellung

Die Frage nach dem Verständnis der Demokratisierung ist oft gestellt worden.¹

Auffassungen von dem, was Demokratie als Staatsform ausmacht oder auszumachen hat, befinden sich in ständiger Diskussion.² Nicht anders verläuft die Auseinandersetzung um das Verständnis der Demokratisierung.³

Demokratisierung kann einerseits als eine auf das grundsätzliche politische Handeln bezogene Wandlung eines Staates oder Staatenverbundes zur Demokratie angesehen werden⁴, andererseits besitzt Demokratisierung einen innergesellschaftlichen Aspekt, der sich im Verlangen der Menschen nach Mitbestimmung, nach Freiheit der persönlichen Entwicklung, nach Chancengerechtigkeit und Partizipation in Gesellschaft, Wirtschaft, Institution und Politik äußert.⁵ Letztlich wird Demokratisierung als Herausbildung von Haltungen und Meinungen, als Entwicklung demokratischer Einstellungen aller zu Staat und Gesellschaft umschrieben.⁶

In der Demokratisierung beschreiten Staaten und Gesellschaften durchaus unterschiedliche Wege, sie durchschreiten Phasen der Diskussion, der Schwerpunktbildung und Umsetzung.⁷

-
- 1 Vgl. Friedrich, C. J., 1966; Greiffenhagen, M., 1973; Grube, F./Richter, G. (Hrsg.), 1975; Hennis, W., 1970; Kielmannsegg, P. G., 1977; Leibholz, G., 1974; Rudzio, W., 1987; Steffani, W., 1980; Sontheimer, K., 1989; u. a.
 - 2 Vgl. Meier, C., 1970.
 - 3 Greiffenhagen, M., 1973.
 - 4 Die Zahl der Staaten, die sich als Demokratie bezeichnen, ist weltweit in den letzten Jahrzehnten gestiegen. Die Zahl der Staaten, die das Prinzip der freien Wahlen umsetzen, ist weitaus geringer. Vgl. Crouch, C., 2008, S. 38.
 - 5 Vgl. dazu Greiffenhagen, M. (Hrsg.), 1973.
 - 6 Vgl. Dahrendorf, R., 1965, darin besonders „Politik, Charakter und Gesellschaft“, S. 29 ff.; Sontheimer, K., 1999, darin „Der Deutsche Geist wird politisch“, S. 120 ff.
 - 7 C. Crouch beschreibt kurze thematisch gebundene Phasen, in die eine gesellschaftliche Diskussion eintritt, die aber nach Abschluss oder Verwerfen wieder verlassen werden. Crouch, C., 2008, S. 21. E. Wolfrum beschreibt zeitlich begrenzte Phasen der historischen Prozesse, die eine Entwicklung umfassen. Wolfrum, E., 2006.

Als erste Phase der Demokratisierung der Gesellschaft in Deutschland nach dem Untergang des NS-Regimes wird der Zeitraum von 1945 bis 1968 angesehen.⁸ Ab 1968 setzte eine zweite Phase der Demokratisierung ein. Erst in diesen Jahren entstand eine intensive Diskussion des Begriffs an sich.

W. Hennis, Professor für Politische Theorie an der Universität Freiburg, sagte in einer Rede vor der Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen 1970 zur Klärung des Begriffs Demokratisierung:

„Der Generaltenor aller Ansprüche der Zeit auf Veränderung der uns umgebenden gesellschaftlichen Welt findet seine knappste Formel in dem einen Wort 'Demokratisierung'.“⁹

Und Demokratisierung sollte, so die Definition von Fritz Vilmar, der ab 1975 als Professor für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin wirkte, über die Verpflichtung des Staates und dessen Gesetzgebung hinaus zum Prinzip aller gesellschaftlichen Lebensbereiche werden:

„Demokratisierung ist die Verwirklichung demokratischer Grundsätze in allen Bereichen der Gesellschaft – Demokratie als gesamtgesellschaftlicher Prozeß.“¹⁰

Die Ausgestaltung des Bildungswesens war in der ersten Phase der Demokratisierung nach 1945 abhängig von den gegebenen Rahmenbedingungen.

Widerstandsgruppen in Deutschland und die Alliierten entwickelten bereits in den letzten Jahren des Krieges unabhängig voneinander Vorstellungen über die Demokratisierung nach dem Ende der nationalsozialistischen Diktatur.¹¹ Doch diese auf deutscher Seite formulierten Ansätze berücksichtigten das Schulwesen kaum.

Für die Alliierten war die Demokratisierung, die als Umerziehung, als Re-education aufgefasst wurde, ein entscheidendes Kriegsziel. Die im Oktober 1944 durch das von den Alliierten gemeinsam gegründete britisch-amerikanische Oberkommando (SHAEF) erarbeiteten Vorgaben regelten auch die Umgestaltung des deutschen Bildungswesens. Eine Definition der Ziele gaben später das „Potsdamer Abkommen“¹² und die Kontrollratsanweisung

8 Vgl. dazu Dahrendorf, R., 1965; Beyme, K. von, 1974; Friedrich, C. J., 1966.

9 Hennis, W., 1970, S. 9.

10 Vilmar, S., 1973, S. 21.

11 Kühnl, R./Spoo, E. (Hrsg.), 1995; Koebner, Th.; Sautermeister, G.; Schneider, S. (Hrsg.), 1987; Söllner, A., 1986.

12 Abdruck in Steininger, R., 1985, S. 74 ff.

Nr. 54, Control Commission for Germany (British Element), „Grundsätze zur Demokratisierung der Erziehung in Deutschland.“¹³

Der Begriff Demokratisierung wurde nach 1945 nur vereinzelt im Zusammenhang mit der Umgestaltung von gesellschaftlich relevanten Prozessen gebraucht, so zum Beispiel in den vorgenannten Grundsätzen zur Erziehung oder in der Themensetzung der Informationen der von der Militärregierung eingesetzten Regierungspräsidenten, die in den Landrätekonferenzen der Region dann umgesetzt wurden.¹⁴

General Lucius D. Clay, der nach der deutschen Kapitulation als stellvertretender Militärgouverneur wirkte und von 1947 bis 1949 das Amt des Militärgouverneurs der amerikanischen Besatzungszone selbst innehatte, war federführend im Bereich Reeducation und Reorganisation. Clay nutzte den Begriff Demokratisierung nicht, sprach in seinen Erinnerungen lediglich nur von der „Umerziehung des deutschen Volkes zur Demokratie“.¹⁵

Auch Carlo Schmid, der während des Verfassungskonventes auf Herrenchiemsee 1948 und im Parlamentarischen Rat 1948–49 entscheidend mitwirkte, nutzte den Begriff nicht. Er erwähnte in der Rückschau auf die Vorbereitungen zum Verfassungskonvent lediglich, dass die Alliierten zwei Maßnahmen veranlassen wollten: Die Einführung eines gestalten Besatzungsstatutes und die Erarbeitung eines Organisationsstatutes, „das ihnen die Möglichkeit eröffnet, sich im Rahmen des Besatzungsstatuts nach ihren eigenen Vorstellungen zu organisieren und ihre Lebensverhältnisse nach ihren demokratischen Einsichten zu gestalten.“¹⁶

Die Begriffsvielfalt, die die ersten Jahre nach 1945 begleitete, entwickelte sich durch die Diskussion, die im Zusammenhang mit den Maßnahmen der Militärregierung zur Entnazifizierung, Umerziehung und Reorganisation geführt wurde.¹⁷

13 Ebd.

14 Anfang 1946 wurde eine Tagung der Regierungspräsidenten in Arnberg durchgeführt. Punkt 1 der Tagesordnung lautete: „Stand der Durchführung Richtlinien Militärregierung über Demokratisierung der Örtlichen Verwaltung.“ Vgl. Aktenvermerk über die Landräte-Konferenz v. 12.1.1946, StAA Rep 17/1, Nr. 19.

15 Im sehr umfangreichen Schlagwortverzeichnis wird das Wort Demokratisierung nicht genannt. Lediglich „Demokratie, Umerziehung des deutschen Volkes zur ...“. In: Clay, L.D., S. 508.

16 Schmid, C., 1979, S. 319.

17 Vgl. dazu Halbritter, M., 1979; Friedrich, J., 1984; Benz, W., 1991; Füssl, H., 1994.

Die Forderung nach Demokratisierung des Bildungswesens war zu Beginn zuvorderst ein Verlangen nach Überwindung des Nationalsozialismus und Militarismus.

Das „Potsdamer Abkommen“¹⁸, die Vereinbarungen der drei Mächte im August 1945, die eine Gestaltung des neuen Deutschlands vorzeichnete, bezog das Schulwesen mit ein:

*„Das Erziehungswesen in Deutschland muß so überwacht werden, daß die nazistischen und militaristischen Lehrsätze völlig entfernt werden und eine erfolgreiche Entwicklung der demokratischen Ideen möglich gemacht wird.“*¹⁹

Die heranwachsende Generation sollte nach der Zeit der Diktatur, so der Wille der Alliierten, es lernen, sich unter Beachtung demokratischer Grundsätze in die Gesellschaft einzufügen und am öffentlichen Leben teilzunehmen. Im Juni 1947 wurden mit der Kontrollratsanweisung Nr. 54 die „Grundprinzipien zur Demokratisierung der Erziehung in Deutschland“²⁰ veröffentlicht, die den Rahmen für die Beschulung in Deutschland und die Aspekte demokratischen Erziehens festlegten. Einerseits verlangte die Kontrollratsanweisung nach einem neuen und einheitlich ausgelegten Schulsystem. Sie eröffnete die Möglichkeit, das dreigliedrige Schulsystem zu überwinden. Denn:

*„Die Schulen für das schulpflichtige Alter sollen ein umfassendes Erziehungssystem bilden.“*²¹

Andererseits wurde ein neues Lehren und Lernen gefordert. Alle Schulen sollten „durch die Stoffwahl des Lehrplans, die Lehrbücher und die Lehrmittel, sowie durch die Schulorganisation besonders auf die Erziehung zur staatsbürgerlichen Verantwortung und zur demokratischen Lebensform Nachdruck legen.“²²

18 Abdruck in Steininger, R., 1985, S. 74 ff.

19 Ebd., S. 76.

20 Anordnung der Alliierten Kommandatura Berlin zur Schulreform nebst Direktive Nr. 54 des Kontrollrates (Direktive Nr. 54: Grundprinzipien der Demokratisierung des Erziehungswesens in Deutschland v. 25. Juni 1947.) In: Amtsblatt der Alliierten Kommandatura Berlin (AKB). Jahrgang 1947; Nr. 9 vom September 1947, Seiten 8–9. Siehe auch: Control Commission for Germany (Britisch Element). Kontrollratsanweisung Nr. 54: Grundsätze zur Demokratisierung der Erziehung in Deutschland. In: Nds. SVBl. 1949, S. 6.

21 Ebd.

22 Ebd.

Eine Erziehung zu Toleranz und Offenheit sollte die neue Generation in der Demokratie auszeichnen:

„Die Schullehrpläne sollen darauf hinzielen, Verständnis und Achtung vor anderen Nationen zu fördern.“²³

Die Alliierten propagierten Eigenständigkeit in der demokratischen Entwicklung. In der Bildungspolitik sollte diese Eigenständigkeit durch ein neues Denken gefestigt werden. Es kam nicht darauf an, ein fertiges Modell zu übernehmen, die Bildungssysteme Amerikas²⁴ oder Englands²⁵ zu kopieren, sondern es ging darum, einen eigenen Weg zu finden.

Das Bewusstwerden der schwerwiegenden Schulldast der Gesellschaft aus der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur führte auf deutscher Seite zur Forderung nach Selbstbesinnung und Selbsterziehung. Aus der Vergangenheit sollte gelernt werden. So sagte Adolf Grimme in einem Vortrag zum Thema „Vom Sinn der Erziehung heute“ während der Pädagogischen Woche im August 1945:

„Es ist indes das dringendste Gebot der Stunde: wir und die deutsche Jugend mit uns dürfen nicht dem Nichts verfallen. Bekanntlich ist Erzieher nur der, der sich selbst erzogen hat, und wenn die Selbsterziehung einen Sinn hat heute, dann ist es der, daß wir Erwachsenen um dieser Jugend willen dies Nichts ins Schöpferische wenden.“²⁶

Der Begriff der Selbsterziehung wurde aufgenommen und in die pädagogische Diskussion der Nachkriegszeit getragen.²⁷ Einzelne Ansätze pädagogischen Wirkens sollen beispielhaft genannt werden. Einen Orientierungspunkt setzte der nach 1946 an der Universität Bonn als Professor für Pädagogik und Philosophie wirkende Theodor Litt. Litt, der schon während des Pädagogi-

23 Ebd.

24 Auch in Amerika hatte eine Bildungsdiskussion stattgefunden, die vom so genannten Harvard-Committee (Paul H. Buck, John H. Finley, Raphael Demos, Leigh Hoadley, Byron S. Hollinshead, Wilbur K. Jordan, Ivor A. Richards, Arthur M. Schlesinger, Robert Ulich, George Wald, Benjamin F. Wright) in einer zusammenfassenden Übersicht zum Bildungswesen wiedergegeben wurde. Harvard-Committee, 1949.

25 Literatur, die Vergleiche zog zwischen der Demokratie Englands und der Weimarer Zeit, war in Niedersachsen schon 1946 aufgelegt worden: Schroeter, A., 1946; Dölling, H., 1947.

26 Grimme, A., 1947, S. 13.

27 Diese Diskussion war dennoch nicht nur auf die Pädagogik bezogen, sondern wurde in der Nachkriegszeit ebenso aufgegriffen von der Ev.-Lutherischen Landeskirche Hannover, dort wurde von „Selbstreinigung“ gesprochen: Vgl. Besier, G., 1986.

schen Kongresses in Weimar 1926 seine Grundauffassungen zur pädagogischen Diskussion in der Reformpädagogik dargelegt hatte, stärkte den Begriff der „politischen Selbsterziehung“.²⁸

Eduard Spranger, ab 1946 ordentlicher Professor an der Universität Tübingen, hatte schon zur Weimarer Zeit mit den Arbeiten „Lebensformen“²⁹ und „Psychologie des Jugendalters“³⁰ einen entwicklungspsychologischen Ansatz der Pädagogik gepflegt und die Lehrerbildung nachhaltig beeinflusst. Spranger plädierte dafür, eine Schulreform von innen heraus anzustreben, er sprach sich für eine „innere Schulreform“³¹ aus. Für ihn war das pädagogische Denken an sich zuerst von Interesse, die Mitarbeit an einer wie auch immer gearteten äußeren Schulreform lehnte er ab.³² Spranger kritisierte das „Denken in Organisationsformen – statt in Bildungsgehalten.“³³ Er hob hervor, dass Erziehung und Bildung im Spannungsfeld zwischen Politik und gesellschaftlichem Anspruch mit Blick auf die Demokratisierung zur Reaktion gezwungen seien, die Zukunft fordere den „demokratischen Menschen.“³⁴ 1950 stellte Spranger mit einem Referat zum ersten Lehrertag in Württemberg-Hohenzollern seine Ansätze zur Neubelebung des Volksschulgedankens vor.³⁵ Er formulierte vier Prinzipien.

1. Das heimatkundliche Prinzip sollte dem Kind die Welt über das Ich, über die Familie, über das eigene „Nest“³⁶ hinaus die nähere Umgebung, das Umfeld, die persönlichen Verbindungen von Erfahrung und Heimat vermitteln. Nicht die reine Wiedergabe fachlichen Wissens, sondern die Bekanntschaft mit der eigenen erfahrbaren Welt sollte Ziel sein.³⁷

28 Vgl. Litt, Th., 1957.

29 Spranger, E., 1921.

30 Spranger, E., 1924.

31 Erschienen zuerst unter dem Titel „Entschiedene Schulreform – von innen.“ In: Wirtschaftszeitung, Jahrg. 4, 1949, Nr. 1. Die Überschrift „Innere Schulreform“ erhielt er in der überarbeiteten Fassung 1951 in der ersten Auflage der „Pädagogischen Perspektiven“. Spranger, E., 1952.

32 Spranger begründete dies in einem Brief an den Schulrat Dr. Lütke in Beeskow/Mark am 1.11.1947. Spranger, E., 1970, S. 442.

33 Spranger, E., *Die innere Schulreform*, ebd., S. 178.

34 Ebd., S. 179 f.

35 Der Beitrag wurde erstmals veröffentlicht in: *Süddeutsche Schulzeitung*, Jahrg. 4., Heft 21, 1950. Abdruck: Spranger, E.: *Die Volksschule in unserer Zeit*. In: Spranger, E., 1970, S. 189.

36 Ebd., S. 191.

37 Ebd.

2. Das Arbeitsprinzip leitete Spranger aus den Arbeiten Hugo Gaudigs und Georg Kerschensteiners ab. Die Volksschule sollte die Selbsttätigkeit der Schülerinnen und Schüler fördern, sie sollte eine lebensnahe Bildung vermitteln unter Berücksichtigung des Sinnvollen und Nützlichen für die Entwicklung der heranwachsenden Persönlichkeiten.³⁸
3. Die Gemeinschaftserziehung als Prinzip des Unterrichtes sollte den Heranwachsenden das Netz ihrer vielfältigen Beziehungen in der Familie, in der Schule, in seinem Ort, in ihrer Gemeinschaft deutlich werden lassen. Ohne dass Spranger die demokratischen Gepflogenheiten ausdrücklich bezeichnete, forderte er die Eigenverantwortung der Kinder, der Heranwachsenden für die eigene Gemeinschaft.³⁹
4. Spranger beschrieb die „Innenwelterweckung.“ Die Erziehung im und durch Unterricht sollte die Schülerinnen und Schüler so erreichen, dass aus der eigenen Bewusstseinslage heraus über die tiefsten Erfahrungen sich Werte entwickelten. Spranger betonte, Zweck der Schule sei „nicht das Lernen kalter, neutraler Kenntnisse, sondern zunächst die lebendige Einführung in die uns zugängliche, die uns angehende Wertwelt.“⁴⁰

In der Nachkriegszeit erhielten zwar die reformpädagogischen Ansätze von Georg Kerschensteiner⁴¹, Hugo Gaudig⁴², Bertold Otto⁴³ und Peter Petersen⁴⁴ neues Leben. Zusätzlich waren, da viele in der Nachkriegszeit ausgebildete Lehrkräfte aus Göttingen nach Ostfriesland kamen⁴⁵, die Veröffentlichungen von Herman Nohl, der ab 1945 zuerst als Dekan seines Fachbereichs, dann als ordentlicher Professor der Universität Göttingen wirkte, gut bekannt.⁴⁶ Einen besonderen Ansatz, der sich auf die pädagogische Diskussion in der Region auswirkte, vertrat der ebenfalls über die Lehrerbildung

38 Ebd., S. 192.

39 Ebd., S. 195.

40 Ebd., S. 197.

41 Vgl. Kerschensteiner, G., 1950.

42 Vgl. Gaudig, H., 1922; Ders., 1925.

43 Vgl. Otto, B., 1963.

44 Vgl. Petersen, P., 1946.

45 Von der Universität Göttingen kam auch Alvin Mortzfeld nach Ostfriesland. Mortzfeld hatte von 1946 an das Institut für Leibesübungen der Universität geleitet und übernahm 1952 das Amt des Schulrates im Schulaufsichtskreis Emden von Harm Wiemann. Mortzfeld warb unter den Studenten der Göttinger Universität für Ostfriesland. Vgl. StAA Aurich, Rep. 17/4 Nr. 1926.

46 Verbreitung fand das Werk „Die sittlichen Grunderfahrungen“. Es erschien im Januar 1947 in zweiter Auflage. Vgl.: Nohl, H., 1947.

und seine Mitwirkung im Kultusministerium Niedersachsens bekannte Otto Haase⁴⁷, der eine Erziehung in „Muse und Muße“⁴⁸ propagierte.

Besonders nachhaltig wurde das von Spranger definierte heimatkundliche Prinzip, vielen Lehrkräften Ostfrieslands aus einer Fortbildungswoche 1929 bekannt⁴⁹, in der Region diskutiert, aufgegriffen und umgesetzt.⁵⁰ Die Heimaterziehung entwickelte sich zu einem Arbeitsschwerpunkt der regionalen Lehrervertretung. Gedanken, die von Theodor Litt und Hermann Nohl vertreten wurden, fanden einen Nachklang in sozialpädagogischen Arbeitsgemeinschaften des Lehrervereins.⁵¹

Die Sichtweise John Deweys, der noch zur Weimarer Zeit mit seinem Werk „Demokratie und Erziehung“⁵² in der pädagogischen Diskussion stand, wurde in den ersten Jahren nach der Diktatur in Deutschland nicht aufgegriffen.⁵³ Erich Hylla⁵⁴, der Übersetzer des Werkes und Referent einer großen Veranstaltung der Sozialpädagogischen Arbeitsgemeinschaft Emden 1960⁵⁵, schrieb im Vorwort zur dritten Auflage 1964, „dass die Demokratisierung vieler Seiten unseres gesellschaftlichen Lebens und vor allem unseres Bildungssystems doch nur recht zögerlich“⁵⁶ fortschreite. Zwar würden sich die Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik zur Demokratie bekennen, „aber sobald es sich um Demokratie im Sinne der Freiheit eines jeden zur Entfaltung seines vollen Menschentums und erst damit um eine im tiefsten Grund sittliche Gestaltung unseres sozialen Lebens, um die praktische Umgestaltung

47 Haase hatte bereits zur kulturpädagogischen Woche in Hannover im September 1945 Jugendfragen erörtert. Vgl. Haase, O., *Die seelische Lage der Jugend*. In: Grimme, A.; Haase, O., 1946, S. 23 ff.

48 Erstmals von O. Haase vorgestellt in: Haase, O., 1951. Dann mit Blick auf die politische Erziehung 1953 durch den Beitrag: Haase, O., *Das Musische und die politische Erziehung*. Nds. SVBl. 1953, S. 132. (Nachdruck: Erstveröffentlichung in „Pädagogische Blätter“, 4. Jg. Heft 1/2.) Vgl. auch Haase, O., 1951.

49 Vgl. Stellmann, M.: Erinnerungen an Spranger-Woche in Leer 1929. OSB, 85. Jg., Nr. 1, Jan. 1964, S. 1 ff.

50 Vgl. Kap. 4.2.4 Der Heimatkundliche Ausschuss/Bezirksausschuss Heimatkunde.

51 Vgl. Kap. 4.4.2 Jugend und Schule in der jungen Demokratie, die Sozialpädagogik.

52 Dewey, J., 1964.

53 Vgl.: Bohnsack, F., 1976.

54 Hylla veröffentlichte bereits 1928 eine systemvergleichende Schrift „Die Schule der Demokratie. Ein Aufriss des Bildungswesens der vereinigten Staaten.“ Vgl. Hylla, E., 1928. Er war ab 1946 Fachberater in der Erziehungsabteilung des US-Militärgouverneurs für Deutschland. Hylla bearbeitete die dritte Auflage der deutschen Ausgabe von Dewey, J., 1964.

55 Becker, E.A.: Jugend in der Welt von heute. In: OSB 81. Jg., Nr. 3, März. 1960, S. 23 f.

56 Hylla, E., Vorwort zur 3. Auflage der deutschen Ausgabe. In: Dewey, J., 1964.

unserer Schulen, von allem auch ihrer Organisation, um die Erneuerung ihrer Lehrpläne in diesem Sinne handelt, türmen sich überall Hindernisse.“

Die zweite Phase der Demokratisierung setzte mit den Forderungen nach Umgestaltung des Bildungswesens 1968 ein. Sie erfasste alle Bereiche der gesellschaftlichen Diskussion: Von einem systemkritischen Ansatz, wie Schelsky ihn formulierte⁵⁷, über die auf alle gesellschaftlichen Einrichtungen hin bezogene grundsätzliche Demokratisierungsforderung⁵⁸, bis hin zu einer abgewogenen Neustrukturierung aller öffentlichen Institutionen.⁵⁹ Die gesellschaftlich-politische Ausgestaltung der Demokratie wurde folglich oft diskutiert, doch ein starres Bild konnte es nicht geben.

Demokratie musste und muss auf Wandlungen reagieren⁶⁰ und Veränderungen tragen können⁶¹, sie hat eine Orientierung an zukünftigen Problemstellungen der Gesellschaft zu ermöglichen.⁶²

Zur Demokratisierung des Bildungswesens erhob H.-J. Gamm 1970 die Forderung, eine Neuorganisation unter fünf Aspekten umzusetzen: 1. die „Übersetzung und Realisierung der Chancengleichheit für die pädagogischen Institutionen“⁶³, 2. eine Übertragung „der Entscheidungsbefugnisse auf die Basis der Erziehungsvorgänge selbst“⁶⁴, 3. die Entwicklung einer unabhängigen und mit Rechten ausgestatteten Schülermitverwaltung, die „Entwicklung zum Schülerkollektiv“⁶⁵, 4. die Entwicklung der Gruppenfähigkeit zum Umgang mit den „strukturimmanenten Problemen“⁶⁶ durch eine besondere Ausprägung der „Friedenserziehung“⁶⁷ und 5. eine Neuordnung der Feststellung von Lernerfolgen, die Entwicklung hin zur „individuellen Leistungskontrolle“.⁶⁸ Ziel sollte es sein, „den Schüler auf die sich ständig wandelnden Chancen vorzubereiten, Einfluß auf seine Zeit zu nehmen.“⁶⁹

57 Schelsky, H., 1973.

58 Vgl. Vilmar, F., 1973.

59 Vgl. dazu besonders Greiffenhagen, M., 1973.

60 So z. B. auf die Entstehung einer „außerparlamentarischen Opposition.“ Vgl. dazu: Goerlitz A., 1969; Agnoli, J.; Brückner, P., 1968.

61 So z. B. die Bedingungen der Entwicklung der industriellen Massengesellschaft. Vgl. dazu Duyger, M., 1973.

62 Demokratisierung wird als ständiger Prozess verstanden. Vgl. dazu: Crouch, C., 2008.

63 Gamm, H.-J., 1970, S. 162.

64 Ebd., S. 164.

65 Ebd., S. 171.

66 Ebd., S. 173.

67 Ebd.

68 Ebd., S. 176.

69 Ebd., S. 180.

Einen weiteren Beitrag zur Diskussion der Demokratisierung des Bildungssystems formulierten Waldemar Besson, ordentlicher Professor für Politische Wissenschaft an der Universität Konstanz, und dessen Assistent Gotthard Jasper zu Beginn der siebziger Jahre. Die Schrift „Das Leitbild einer modernen Demokratie“⁷⁰ wurde in Nordrhein-Westfalen in Verbindung mit dem Grundgesetz Mitte der siebziger Jahre an Schülerinnen und Schüler der Entlassjahrgänge verteilt. Das Werk erlebte im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung Deutschlands Anfang der neunziger Jahre zwei Neuauflagen.⁷¹ Unter Demokratisierung wollten Besson und Jasper mit Blick auf Bildungssystem, Schule und Gesellschaft drei Aspekte verstanden wissen.

1. Die „soziale Demokratisierung.“⁷² Sie räumt Chancengerechtigkeit ein, sie eröffnet und ebnet den Bildungs- und Lebensweg. Nicht das Privileg, die soziale Herkunft, sollte über Lebenswege entscheiden, sondern die Leistungsfähigkeit und das Wirken der Heranwachsenden, der Personen in der Gesellschaft.

„Solche soziale Demokratisierung bezweckt die Verwirklichung des Die als einer offenen mobilen Leistungsgesellschaft, in der nur Leistung, nicht Stand, Geld oder Privilegien über den Aufstieg entscheiden.“⁷³

2. Die „institutionelle Demokratisierung.“⁷⁴ Die Einrichtungen und Institutionen der Gesellschaft, die Schulen und Universitäten müssen in ihrer Organisation die Verfahrensweisen der Mitbestimmung aller Beteiligten – in den Bildungseinrichtungen die Schüler, Eltern und Lehrer – berücksichtigen. Ausdruck der Demokratie ist hier die Offenheit der Institution. Klarheit und Durchschaubarkeit der Entscheidungen in den Bildungsvorgaben eröffnen die Wege zur Teilhabe an der Gesellschaft.⁷⁵
3. Als wesentlichen Aspekt des Menschenbildes betonten die Autoren die „Demokratisierung des Verhaltens.“⁷⁶ Diese Form der Demokratisierung stellt Ansprüche an die Persönlichkeit, die Toleranz und Akzeptanz, das

70 Vgl. Besson, W.; Jasper, G.: Das Leitbild der modernen Demokratie. In: Kultusministerium Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), 1976.

71 Dies.: Das Leitbild der modernen Demokratie. Bauelemente einer freiheitlichen Staatsordnung. Bonn 1991. Dies.: Das Leitbild der modernen Demokratie. Bausteine einer freiheitlichen Staatsordnung. Bonn.

72 Besson, W.; Jasper, G., 1976, S. 193.

73 Ebd.

74 Ebd., S. 194.

75 Ebd.

76 Ebd., S. 195.

Wahrnehmen eigener Rechte, aber auch das Zugestehen und Akzeptieren der Rechte anderer, die Äußerung des eigenen Willens und die Bereitschaft zum Kompromiss. Menschen, die ein deutliches demokratisches Verhalten zeigen, akzeptieren Meinungen, Interessen und Lebensformen, fordern aber auch ein, dass ihre eigenen Lebensauffassungen einen Platz in der Gesellschaft finden. Konflikte müssen ertragen und Lösungen angestrebt werden.⁷⁷

Die Wechselwirkung zwischen Gesellschaft und Schule stellte 1972 Volker Lenhart, Professor an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, in den Vordergrund der Demokratisierungsdiskussion.⁷⁸ Er wollte ausschließen, dass lediglich eine Form der „Modernisierung“⁷⁹, also eine Anpassung der Schule an einen „nicht hinterfragten und im ganzen als nicht demokratisierungsbedürftig angesehenen Zustand dieser Gesellschaft“⁸⁰ als Demokratisierung dargestellt wird. Dabei sollte das Recht auf Bildung, die „Ermöglichung individueller und gesellschaftlicher Emanzipation der Lernenden“⁸¹ im Vordergrund stehen. Lenhart stellte vier aus dieser Sicht wesentliche „Sachbereiche“⁸² vor:

„Demokratisierung der Schule wird

- 1. von einer Neuorganisation des Schulaufbaus erhofft, die mehr soziale Gerechtigkeit im Schulwesen verwirklichen will;*
- 2. durch eine Veränderung der Lehrerposition erstrebt. In diesem Bereich der Diskussion geht es vornehmlich um den Aspekt der Lehrerrolle, der durch den Bezug zur schulischen Lehrkörperstruktur, zu Schulverwaltung und Beamtenrecht bestimmt ist;*
- 3. über die Veränderung der Stellung der Schüler anvisiert;*
- 4. von einer Revision der Curricula einschließlich der Unterrichtsmethoden erwartet;*
- 5. schließlich von einer die vorangehenden Aspekte zusammenfassenden neuen Schulverfassung erhofft.“⁸³*

77 Ebd.

78 Lenhart, V. (Hrsg.), 1972.

79 Ebd., S. 1.

80 Ebd.

81 Ebd.

82 Ebd., S. 2.

83 Ebd., S. 2.

In der Zusammenschau sind Überschneidungen der von den Autoren angegebenen Kriterien offensichtlich. Der Beitrag Lenharts aber hebt sich zusätzlich dadurch hervor, dass er zu den Sachbereichen Fachautorenbeiträge ausweist und so differenzierte Sichtweisen aus der Praxis einbezieht.⁸⁴

Der Begriff Demokratisierung selbst wurde in den Veröffentlichungen des Bezirkslehrervereines selten gebraucht, obwohl es bereits vor 1933 ein Projekt in Ostfriesland gab, das diesen Aspekt besonders betonte. Die durch das NS-Regime aus dem Dienst entfernte Lehrerin und regional sehr anerkannte Schriftstellerin Wilhelmine Siefkes berichtete von einer Idee Louis Thelemanns. In Leer gründete Thelemann, aktiver Sozialdemokrat und ab 1946 Bürgermeister von Leer, Jugendgruppen, die sich als kleine selbst verwaltete Einheiten verstanden und so die Möglichkeit erhielten, Demokratie zu üben.⁸⁵

Um eine Übersicht zu gewinnen, welche Interessenschwerpunkte der Interessenvertretung der Lehrkräfte im Sinne der von Lenhart angegebenen Kriterien zur Demokratisierung entsprachen, wurde eine Auszählung der Themen der von 1947 bis 1955 gehaltenen Referate und Vorträge in der Region nach angegebenen Sachbereichen durchgeführt. Die dazu erstellte Referenzliste weist dreiunddreißig Nennungen aus.

Werden zusätzlich die in beiden Zeitphasen gegebenen Definitionen des Begriffs Demokratisierung auf ihre Rahmensetzungen hin betrachtet, kristallisieren sich zwei übergreifende Arbeitsbereiche heraus.

Einerseits lebte in der Nachkriegszeit eine Form der äußeren Demokratisierung, die als „gesellschaftspolitische Aufgabe“⁸⁶ aufgefasst und sich in einer Diskussion um die „Veränderung des Aufbaus des Schulwesens“⁸⁷ konkretisierte.

84 Beiträge von Hamm-Brücher, Hildegard; Rolff, Hans-G.; Röhrs, Hermann; Frister, Erich; Brede, Gerhard; Schneider, Sibylle; Perschel, Wolfgang; Preuss-Lausitz, Ulf; Müller, Andreas; Zimmer, Jürgen; Tausch, Reinhard. Ebd.

85 Der sozialdemokratische Freundeskreis hatte unter Leitung von Louis Thelemann die Idee, ein Stück demokratischer Verwaltung mit Jugendlichen zu erproben. „Ihm [Louis Thelemann; J.K.] erschien es angesichts des diktatorischen Anspruchs der Nazis eine Notwendigkeit, die Jugend bewußt demokratisch zu erziehen, um sie gegen das Gift jener Lehren gefeit zu machen. So hatte er die Idee, ein Kinderdorf zu schaffen, wo laufend Gruppen von Jugendlichen die Freizeit verbringen könnten, und zwar so, daß sie selber dies kleine Gemeinwesen gleichsam verwalteten.“ vgl. Siefkes, W., 1979, S. 89.

86 Lenhart, V. (Hrsg.), 1972, S. 25 ff.

87 Ebd., S. 39 ff.

Andererseits entstanden Ansätze der inneren Demokratisierung, der „inneren Schulreform“⁸⁸, die ihre Wirkung in den Schulen und den Gremien der Interessenvertretungen zeigten.

Die Diskussion um die Aspekte der äußeren und inneren Demokratisierung, um die Gestaltung des Schulwesens und die pädagogische Arbeit in den Schulen vor Ort, fand in der Region Ostfriesland in den Lehrervereinen, den Lehrerarbeitsgemeinschaften und in Freien Konferenzen statt. Sie spiegelte sich in vielfältigen Aktionen, Vorträgen, Aufsätzen und Berichten zu unterrichtlichen Vorhaben.

In der vorliegenden Arbeit werden die Arbeitsbedingungen und -voraussetzungen der Lehrerinnen und Lehrer nach 1945 betrachtet, die Ansätze der Pädagogik zur Demokratisierung erörtert und an Beispielen die Umsetzung in die konkrete Arbeit vor Ort untersucht. Es wird untersucht, welche Wege die Lehrerinnen und Lehrer mit ihrer Interessenvertretung gingen, um die Demokratisierung des Bildungswesens in der ersten Phase nach der Überwindung des NS-Regimes voranzutreiben.

Folgende Fragen werden gestellt:

- A. Welchen Einfluss nahmen der Bezirkslehrerverein Ostfriesland, der Ostfriesische Lehrerverein und die Junglehrerarbeitsgemeinschaften auf die äußere Demokratisierung des nach 1945 entstehenden Schulwesens? Nach Lenhart umfasst diese Fragestellung:

„Neuorganisation des Schulaufbaus ... mehr soziale Gerechtigkeit im Schulwesen verwirklichen.“⁸⁹

- B. Welche Ziele verfolgten der Bezirkslehrerverein Ostfriesland, der Ostfriesische Lehrerverein und die Junglehrerarbeitsgemeinschaften nach 1945 in der Ausgestaltung der inneren Demokratisierung des Schulwesens und welche Erfolge wurden erzielt? Nach Lenhart umfasst diese Fragestellung:

„Veränderung der Lehrerposition“, „Aspekt der Lehrerrolle, der durch den Bezug zur schulischen Lehrkörperstruktur, zu Schulverwaltung und Beamtenrecht bestimmt ist.“

88 Spranger, E., 1970, S. 441.

89 Lenhart, V. (Hrsg.), 1972., S. 2.

„Veränderung der Stellung der Schüler“, „Revision der Curricula einschließlich der Unterrichtsmethoden“, „Schulverfassung.“⁹⁰

2 Der regionale Bezug und die Frage nach überregionaler Bedeutung

Die Alliierten verfolgten eine Politik, die es vermied, einen zentralistischen Staat neu entstehen zu lassen. In der Übereinkunft zu politischen und wirtschaftlichen Grundsätzen, die während der Potsdamer Konferenz vom 17. Juli bis 2. August 1945 ausgehandelt wurden, hieß es:

*„Die Verwaltung Deutschlands muß in Richtung auf eine Dezentralisation der politischen Struktur und der Entwicklung einer örtlichen Selbstverwaltung durchgeführt werden.“*⁹¹

Die Besatzungspolitik richtete ihr Handeln danach aus, die „Regionen analog den Städten, Kreisen und Bezirken als Selbstverwaltungskörperschaften zu organisieren.“⁹² Das hatte zur Konsequenz, dass die Ansätze der Demokratisierung in der Entwicklung der ersten Jahre stark auf den Bereich der nach föderalistischem Prinzip entstehenden Bundesländer – im Rahmen dieser Arbeit die des Bundeslandes Niedersachsen – beschränkte.

Der erste Verwaltungsbereich auf der Ebene der Länder, von der Militärregierung bereits 1946 eingesetzt, wies für die Vorausplanung Niedersachsens die Verwaltungsbezirke Braunschweig und Oldenburg und die Regierungsbezirke Hannover, Hildesheim, Lüneburg, Oldenburg, Osnabrück, Stade und Aurich aus.⁹³ Die Militärregierung ließ im Regierungsbezirk Aurich, in der Region Ostfriesland eine Struktur entstehen, die sich an den Grenzen der 1885 begründeten Bezirksregierung orientierte.⁹⁴ Entscheidungen für die in der Region zusammengefassten Landkreise Aurich, Emden,

90 Ebd.

91 Politische und wirtschaftliche Grundsätze. Amtsblatt des Kontrollrates in Deutschland. Ergänzungsblatt Nr. I. Abdruck in Grebing, H.; Pozorski, P.; Schulze, R., 1980, S. 13.

92 Reusch, U.: Der Verwaltungsaufbau der britischen Kontrollbehörden in London und der Militärregierung in der britischen Besatzungszone. In: Birke, A. M.; Mayring, E.A. (Hrsg.), 1980, S. 37.

93 Ebd.

94 Vgl. Übersicht: Organisation der britischen Militärregierung (30.9.1946) In: Birke, A. M.; Mayring, E.A., 1992, S. 49. Vgl. auch: Lüpke-Müller, I., 1998, S. 52 ff.

Leer, Norden, Weener, Wittmund und der kreisfreien Stadt Emden wurden bereits ab 1945 durch die Landräte-Konferenz gefasst.⁹⁵

Die Schulaufsichtskreise orientierten sich an den Grenzen der Landkreise. Ebenso hielt es die regionale Interessenvertretung der Lehrkräfte, die sich ab 1946 in Orts- und Kreislehrervereinen organisierte. Der Bezirkslehrerverein Ostfriesland, der sich ab 1954 wieder Ostfriesischer Lehrerverein nannte, gründete sich erst 1949.⁹⁶

Skizze der Verwaltungsstruktur Regierungsbezirk Aurich nach 1945



Einteilung der Landkreise – für Emden Stadt- und Landkreis.

Ostfriesland war von den acht Bezirken die strukturschwächste Region. Das Schulwesen wurde von einklassigen Dorfschulen dominiert, die Zuwanderung von Flüchtlingen und Vertriebenen veränderte das dörfliche Leben. Die Chancen für die Heranwachsenden, weiterführende Schule zu besuchen, das Abitur zu erreichen und die Möglichkeiten des gesellschaftlichen Mitwirkens oder gar des Aufstiegs wahrzunehmen, waren in Ostfriesland signifikant geringer als z. B. in Hannover.⁹⁷

95 Protokolle der Landräte-Konferenzen; vgl. StAA Rep 17/1, Nr. 19.

96 Vgl. Kap.: Wiederaufleben der Interessenvertretung der Lehrkräfte nach 1945.

97 Angaben dazu vgl. Meyer, M.: Gedanken zur Problematik des Bildungswesens in Ostfriesland. OSB 78. Jg., Nr. 2, Febr. 1957, S.9 ff.

Von daher ist die Beantwortung der Frage nach den Auswirkungen der Demokratisierung mit Blick auf das Bildungswesen der Region von Interesse für die Interpretation der Geschichte der Pädagogik in der Demokratie.

Die Fragestellung lautet auch:

War die Demokratisierung des Bildungswesens nur eine Angelegenheit des neu entstehenden Bundeslandes Niedersachsen und dessen Hoheit in Angelegenheiten des Bildungswesens oder konnte die Interessenvertretung der Lehrkräfte vor Ort mit ihren Einrichtungen und Arbeitsgruppen in der Region Schwerpunkte setzen, gestaltend eingreifen und aktiv zur Demokratisierung im Sinne der oben genannten Definitionen beitragen?

Zur Beantwortung dieser Frage ist es notwendig, möglichst intensiv die Bedingungen der Situation 1945 zu analysieren, die Entwicklung des regionalen Bildungssystems während der zwölf Jahre NS-Diktatur aufzuzeigen und die Wirkungen der Entnazifizierung auf die Lehrerschaft zu betrachten.

3 Zum Forschungsstand

Über die im Vorgenannten zitierten Arbeiten zu Fragestellungen der Demokratisierung hinaus sind einzelne Werke erschienen, die in den unmittelbaren Zusammenhang zu dieser Arbeit zu stellen sind.

Horst Leski, in den sechziger Jahren Schulrat in Leer, stellte in seiner Schrift „Schulreform und Administration“⁹⁸ die Schulreformansätze des Landes Niedersachsen vor. Leskis Darstellung der Entwicklung in Niedersachsen lässt deutlich werden, welche Wege die Diskussion auf Landesebene in der Reform des Schulwesens nahm; sie zeigt aber auch, welche späterhin nahezu unabänderlichen Rahmenbedingungen sich bildeten, die die Demokratisierung begrenzten. Zu dieser Schrift gab H. Leski 1991 eine Dokumentensammlung unter dem Titel „Schulreform und Administration“⁹⁹ heraus, die Auskunft darüber gab, wie kontrovers die Diskussion um die Gestaltung des Schulwesens in Niedersachsen geführt wurde.

Die Veränderungen der politischen Strukturen, die Demokratisierung der Entscheidungsgremien in der Region Ostfriesland, im Gebiet der Bezirksregierung Aurich, erforschte Inge Lüpke-Müller und veröffentlichte die Ergeb-

98 Leski, H., 1990.

99 Ebd.

nisse 1998 unter dem Titel: „Eine Region im politischen Umbruch. Der Demokratisierungsprozess in Ostfriesland nach dem zweiten Weltkrieg.“¹⁰⁰ Die Arbeit weist deutlich aus, welche Spannungen in der politischen Willensbildung nach 1945 entstanden. Auf die Demokratisierung des Bildungswesens in der Region aber ging I. Lüpke-Müller nicht ein.

Einen wesentlichen Beitrag der Forschung zur Entwicklung der Bevölkerungsstrukturen mit Blick auf die Zuwanderung von Flüchtlingen und Vertriebenen in der Region gab B. Parisius. Unter dem Titel „Viele suchten sich ihre neue Heimat selbst. Flüchtlinge und Vertriebene im westlichen Niedersachsen“¹⁰¹ zeigte er auf, welche Veränderungen die Struktur der ländlichen Bevölkerung durch die Zuwanderung in ihrer Zusammensetzung nahm, welche Probleme bei der Integration der Familien und der Kinder entstanden.

Wesentliche Anregungen zum Thema der vorliegenden Arbeit kamen aus den Beiträgen zur Sammlung „Schule in Ostfriesland 1945 bis 1995.“¹⁰² Diese Sammlung enthält Zeitzeugenberichte, die Auskünfte zu vielen Schwerpunkten der Arbeit in der Region in der Nachkriegszeit gaben. Sie macht deutlich, welche unterschiedliche Sichtweisen auf die pädagogischen Aufgabenstellungen insbesondere in der ländlichen Region unter verschiedenen Fragestellungen im Ablauf der Zeit entstehen konnten.

Obwohl es an wissenschaftlichen Arbeiten zum Thema Demokratisierung nicht mangelt, gibt es keine Untersuchung, die konkrete Beispiele der Demokratisierung in regionalen Bezügen zum Gegenstand hat.

4 Zur Quellenlage

Eine vollständige Übersicht zum Verlauf der Demokratisierung des Bildungswesens in Ostfriesland kann aus dem zeitlichen Abstand heraus nicht mehr gegeben werden. Protokolle und Berichte der örtlichen Lehrervereine und der Lehrerarbeitsgemeinschaften sind unvollständig. Nur die Protokolle des regionalen Lehrervereins – des Bezirkslehrervereins Ostfriesland (BLO) bis 1954, des Ostfriesischen Lehrervereins (OLV) ab 1955 – sind nahezu vollständig erhalten. Das Protokollbuch des BLO bis 1955 gehört zum Bestand des Ostfriesischen Schulmuseums Fohlmusen, die Protokolle der fol-

100 Lüpke-Müller, I., 1998.

101 Parisius, B., 2004.

102 Bierwirth, H.; Hothan, H.; Klattenhoff, K. (Hrsg.), 1995 (2 Bde.).

genden Jahre wurden regelmäßig im Ostfriesischen Schulblatt (OSB) veröffentlicht. Nach dem Wiederaufleben des Ostfriesischen Schulblattes meldeten sich die örtlichen Lehrervereine und regionalen Gremien zu Wort. Die Diskussion erfolgte somit in einem öffentlichen Forum, so dass eine Verfolgung des Meinungsaustausches möglich ist. Zur Ergänzung dazu wurden Zeitzeugen zu einzelnen Schwerpunkten befragt.

Insbesondere zur Erforschung der Entwicklung der Schulreform in der Region wurde die Aktenlage des Staatsarchivs Aurich herangezogen.

Die ausgewerteten Protokollbücher der Junglehrerarbeitsgemeinschaften entstammen einem Privatbesitz und dem Archiv des Ostfriesischen Schulmuseums Folmhusen.

5 Sprachgebrauch und Schreibweisen

Die traditionelle Protokollführung und Berichterstattung der Lehrerinnen und Lehrer enthält einen bestimmten Sprachgebrauch, der der kurzen Definition vorab bedarf. Ausführliche Erörterungen finden sich in den entsprechenden Abschnitten dieser Arbeit.

Als *Lehrerverein* wird eine Gruppierung, ein Zusammenschluss von Lehrerinnen und Lehrer bezeichnet, die der Standesorganisation angehören. Sie ordnen sich einem *Kreislehrerverein*, dem *Bezirkslehrerverein* und den Standesvertretungen, der Gewerkschaft, aufsteigend zu. Traditionell wurde ein *Lehrerverein* auch immer als *Konferenz* bezeichnet.

Es gilt zu berücksichtigen:

Als *Konferenz* oder *Freie Konferenz* wird eine Gruppierung von Lehrerinnen und Lehrern bezeichnet, die regelmäßig zusammenkam, deren Mitglieder aber nicht immer grundsätzlich dem Lehrerverein angehörten. Die Freien Konferenzen umfassten oft sämtliche Lehrkräfte einer bestimmten Zahl benachbarter Orte.

Als *Amtliche Konferenz* werden Lehrerkonferenzen bezeichnet, die die Lehrerinnen und Lehrer von Amts wegen besuchen mussten. Diese Konferenzen wurden von der Schulbehörde, der zuständigen Schulrätin, dem Schulrat des Schulaufsichtskreises einberufen.

Als *Arbeitsgemeinschaft* wird eine Gruppierung, ein Zusammenschluss von Lehrerinnen und Lehrern bezeichnet, die zu einem bestimmten Thema pädä-

gogische, schul- oder standespolitische Arbeit leistet. Ihre Tätigkeit war zielgerichtet. Die Mitarbeit war nicht an eine Mitgliedschaft im Lehrerverein gebunden.

Als *Amtliche Arbeitsgemeinschaft* oder *Junglehrerarbeitsgemeinschaft* wird eine Gruppierung von Anwärterinnen und Anwärtern für das Lehramt bezeichnet, die in Vorbereitung auf die zweite Lehrerprüfung und begleitend zur Berufspraxis gemeinsame, überwiegend unterrichtliche Arbeit leisten. Der Besuch dieser Arbeitsgemeinschaft war verpflichtend, wurde mit Erlass des Kultusministers geregelt.

Namensnennungen erfolgten im *Ostfriesischen Schulblatt* in der Regel mit Ortsbezeichnungen (z. B. E. Müller-Mark). Um die Aussagen der Lehrerinnen und Lehrer eindeutig zuordnen zu können, wurden die Nennungen mit den Schul- und Namensverzeichnissen der Festschriften des Lehrervereins verglichen und die Angaben in die Fußnote übernommen (z. B.: Eckart Müller war Lehrer an der Schule Mitling-Mark, Schulaufsichtskreis Weener. Festschrift 1954, S. 43.).

Wurden im Ostfriesischen Schulblatt die Verfasser der Beiträge nicht genannt, so erscheint nur der Titel.

Fortlaufende Seitenzahlen wurden im Ostfriesischen Schulblatt erst vom 77. Jahrgang, 1955, an gebraucht.

In den Fußnoten werden Titel in der Kurzangabe (Autor/Autorin, Erscheinungsjahr) aufgeführt. Diese Titel sind in das Literaturverzeichnis aufgenommen.

1 Darstellung der Ausgangssituation

1.1 Entwicklung bis 1945

1.1.1 Die letzten Tage 1944/45

Die letzten Tage des Krieges in Ostfriesland verliefen, so der äußere Rahmen, als sei ein Ende der nationalsozialistischen Diktatur nicht zu erwarten. Auf dem Hintergrund der Vorgaben des Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung hatte die Schule im Sinne der Partei, des Staates und der nationalsozialistischen Politik zu agieren.¹ Die Schule erzog zum Dienst am Volk², Rassenideologie³ und nationalsozialistisches Gedankengut⁴ waren selbstverständliche Unterrichtsinhalte in den Schulen. Auf die Jugend wurde zugegriffen, es gab kein Ausweichen vor dem Anspruch des Reiches und damit des Führers.⁵ Die nordische Rasse wurde als die entscheidende Kraft der Geschichte dargestellt und das von der Jungsteinzeit an.⁶ Die Schülerinnen und Schüler rezitierten Gedichte aus Lesebüchern, die auf dem Hintergrund der Geschehnisse keinerlei Realitätsbezug mehr besaßen.⁷ Ost-

-
- 1 Eine zusammenfassende Übersicht der Lehrpläne und Schulbücher im Nationalsozialismus ist enthalten in Flessau, K.-I., 1979.
 - 2 „Die oberste Aufgabe der Schule ist die Erziehung der Jugend zum Dienst am Volkstum und Staat im nationalsozialistischen Geist.“ Leitgedanken zur Schulordnung. ME. vom 30.1.1934, U HG, 3186/33, U HO, U HC. In: Drager, F.; Schumacher, P.; Tiemann, G. (Hrsg.), 1937, S. 91.
 - 3 Vgl. Benze, R., 1941; Ders., 1934; Benze, R.; Pudelko, A. (Hrsg.), 1937.
 - 4 Ab 1934 erschienen so genannte „Ergänzungshefte zu deutschen Lesebüchern“, die nationalsozialistisches Gedankengut für die Schulen boten. Vgl. Ergänzungshefte zu deutschen Lesebüchern. Ins Dritte Reich. Hannover 1934.
 - 5 Vgl. dazu Altrichter, F., 1938; Usadel, G., 1942; Wedel, H.v., 1938.
 - 6 In einem Text über die „Lebenskreise der Jüngeren Steinzeit“ für die Klasse 6 hieß es: „Der nordische Lebenskreis. Bestimmend für die Kultur Europas war der Lebenskreis des Nordens, der in Deutschland und Skandinavien zu der Jungsteinzeit zuerst kenntlich wird und von der nordischen Rasse und ihrer fälischen Abwandlung getragen ist.“ Aus: Klagges, D. (Hrsg.): Volk und Führer. Deutsche Geschichte für Schulen. 2. Aufl., Frankfurt a. M. 1940, S. 13. Der Verfasser des Werkes ließ keinen Zweifel daran aufkommen, dass Geschichte nur unter nationalsozialistischen Aspekten dargestellt werden konnte. Vgl. auch Klagges, D., 1936. Dieser Titel erreichte bis 1942 sieben Auflagen.
 - 7 In einem Lesebuch des Jahres 1944 ist das „Lied der Getreuen – Mein Führer, sieh ...“ wiedergegeben, das mehrfach gedeutet werden konnte: „Mein Führer, sieh, wir wissen um

friesische Geschichte und Ostfriesland wurde im Zusammenhang mit der friesischen Geschichte betrachtet⁸, die Friesen erschienen in den Helden- gesängen der Schulbücher.⁹ Sport und Leibesertüchtigung hatten, der NS- Ideologie entsprechend, herausragende Rollen im Unterrichtsgeschehen. Fachlich vertiefende Bildung und Ausbildung waren nachrangig.¹⁰

Im September 1944 war Emden durch einen schweren Bombenangriff nahezu vollständig zerstört worden.¹¹ Kaum jemand in Ostfriesland, der politisch rational dachte, konnte Anfang 1945 das Nahen des Kriegsendes bestreiten. Ehemalige Schülerinnen und Schüler berichten davon, dass dennoch bis zum letzten Kriegstag, bis zum Einrücken der alliierten Soldaten in das Dorf, die Stadt, der kindliche Glaube an den Endsieg vorherrschte.¹² Die Jugend musste mit dem Krieg leben, Kapitulation sollte es nicht geben.¹³

In Emden fand kein regulärer Unterricht mehr statt, Bunkerräume mussten als Schulräume genutzt werden. Im Winter 1944/45 wurde wegen Heizstoff- mangels teils täglich nur noch eine Unterrichtsstunde erteilt. Die Schülerin- nen und Schüler bekamen im Anschluss daran Hausaufgaben, um den Unter- richtsstoff zu erarbeiten.¹⁴

die Stunden, / in denen du hart an der Bürde trägst - / in denen du auf unsre tiefen Wunden/ die liebevollen Vaterhände legst / und noch nicht weißt: wie wirst du uns gesunden!“ Aus: Haacke, U.; Bona, K.; Bothe, W.; Dauch, B.; Jacoby, K., 1944, S. 255. Dass ein Lesebuch eindeutig dem politischen Gedanken unterzuordnen war, das wurde nicht infrage gestellt. Vgl. dazu auch Bouhler, Ph. (Hrsg.), 1938; Damer, W. et al (Hrsg.), 1935 und Eilemann, J. (Hrsg.), 1935.

- 8 Hitler hatte am 5. April 1945 in einem Tischgespräch über die Zusammengehörigkeit der Friesen gesprochen. Es sollte eine Verwaltungseinheit geschaffen werden. Vgl. Picker, H., 1951. Und in einer Wertung des Vorganges: Saul, C.Th.: Die allfriesische Idee in der Vorstellung führender Nationalsozialisten. In: Ostfriesland. Heft 2/1958, S. 28.
- 9 Z. B. Strauß und Torney, L.: Okko ten Broke. In: Haacke, U.; Bona, K.; Bothe, W.; Dauch, B.; Jacoby, K., Von deutscher Art, a.a.O., S. 59.
- 10 „Der völkische Staat hat in dieser Erkenntnis seine gesamte Erziehungsarbeit in erster Linie nicht auf das Einpumpen bloßen Wissens einzustellen, sondern auf das Heranzüchten kerngesunder Körper. Erst in zweiter Linie kommt dann die Ausbildung der geistigen Fähigkeiten.“ Picker, H., 1951, S. 451.
- 11 Der Angriff auf Emden ist eindrucksvoll geschildert von Claudi, M.; Claudi, R., 1984, S. 13–21 und in Siebert, E.; Deeter, W.; Schroer, B., 1980. Den Luftkrieg um Aurich hat zum Thema Grote, E., 1987.
- 12 Berichte dazu in Knopp, G., 2000.
- 13 „Die Jugend Adolf Hitlers muss das Zentrum unseres nationalen Widerstandes sein. Leidenschaftlich bekennt die Jugend: Wir kapitulieren nie.“ Reichsjugendführer Artur Axmann. Völkischer Beobachter, 28.03.1945.
- 14 Schulchronik Bezirksschule II, Jahrg. 1944/45. Früchteburgschule, Emden, Archiv der Schule.

Die Alliierten rückten über Holland in das Rheiderland vor.¹⁵ Über diese Zeit schrieb ein ehemaliger Schüler, Jahrgang 1930, in seinen Erinnerungen:

*„Die Amerikaner sind bis zur holländischen Grenze vorgestoßen, etwa 15 km Luftlinie von uns entfernt. Dort haben sie eine Pause eingelegt und ich bin sicher, dass wir sie zurückschlagen werden. Bei Westwind ist das Geschützfeuer ganz schwach zu hören.“*¹⁶

Schülerinnen und Schüler wurden in das Kriegsgeschehen eingebunden, die älteren Jahrgänge nach Schulentlassung rekrutiert.

Im *Amtlichen Schulblatt für den Regierungsbezirk Aurich* vom 15. März 1945 erschien die Verfügung des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung zur Wehrhaftmachung der Jugendlichen des Jahrganges 1929 im Rahmen des Deutschen Volkssturms.¹⁷

Die Sechzehnjährigen sollten in den Kampf. Werbergruppen der Waffen-SS zogen über die Dörfer und warben Jugendliche dieser Altersgruppe an.¹⁸ Von der Hitlerjugend, der Kinderlandverschickung¹⁹ bis hin zum Wehrtüchtigungslager wurden Jugendliche auf den Kriegseinsatz vorbereitet.²⁰

15 Die Vorgänge im Rheiderland schilderte Jakobeit, R., 1971.

16 Cramer, D., 2000, S. 36.

17 „Auf Grund des Führererlasses vom 25. September 1944 über die Bildung des Deutschen Volkssturms; der Anordnung des Leiters der Partei-Kanzlei vom 21. Februar 1945 und im Nachgang zu meinem Erlaß vom 20. Dezember 1944 – E I a (6) 56, EII d, EII, E IV, EV, E VI – MBIWEB 1945 S. 2 – bestimme ich im Einvernehmen mit dem Jugendführer des Deutschen Reiches über die erweiterte Wehrhaftmachung des Jahrgangs 1929 im Rahmen des Deutschen Volkssturmes ...“. Amt.SchBl.AUR, Nr. 6. 37. Jahrgang, 15. März 1945.

18 „Im März 1944 wurde mein damals 16jähriger Sohn anlässlich einer Werbeaktion gezwungen, zu unterschreiben, daß er in den Dienst der Waffen-S.S. treten wolle.“ Erklärung Janette W., Heisfelde, 24.5.1945. In: StAA, Rep. 250, 50 599.

19 Die Schülerinnen und Schüler vieler größerer Schulen in den ostfriesischen Städten nahmen wegen der schweren Bombenangriffe an Kinderlandverschickungen teil. Vgl. Schulchronik Emschule Emden, Chronik f. d. Jahr 1944. Archiv der Schule.

20 Hans Koschnik schreibt in einem Rückblick: „Ich war gerade sechzehn Jahre alt und aufgewachsen in der zeitbedingten Enge des NS-Regimes, das uns in der Hitlerjugend, in der Schule und nicht zuletzt in der Kinderlandverschickung zu prägen versuchte. ... Wegen gewisser körperlicher Länge, war ich für den Einsatz in der Waffen-SS vorgesehen und konnte mich diesem nur durch eine ‚Freiwilligenmeldung‘ zu den Fallschirmjägern entziehen.“ Koschnik, H.: Befreiung zu neuen Ufern. In: Filmer, W.; Schwan, H. (Hrsg.), 1995.

Jüngere Schüler beteiligten sich an Schanzarbeiten. Der oben zitierte Emdener Schüler, als Jahrgang 1930 noch zu jung für die Wehrrüchtigung, wollte sich beteiligen. Das aber verhinderte die resolute Mutter.²¹

Der Regierungspräsident in Aurich traf Vorbereitungen für die Verpflichtung der Jugend, die zur Schulentlassung anstand. Die Verpflichtungsfeiern zur Wehrhaftmachung hatten am 25. März stattzufinden. Die Volksschüler sollten einen Tag zuvor aus den Schulen entlassen werden.²² Richtlinien der Gebietsführung der HJ, Gebiet Nordsee, regelten den Ablauf der Feier, die weltanschauliche Vorbereitung und den Kanon der Lieder, die zu singen waren.²³

Den Lehrkräften in den Schulen untersagte die Regierung die sonst durchaus übliche Abschlussfeier.²⁴

Doch zur Umsetzung der Vorhaben kam es kaum. Die alliierten Truppen drangen über die Niederlande vor. Am 7. März 1945 überschritten amerikanische Truppen den Rhein bei Remagen. Britische Truppen kamen über das Emsland, gelangten bis in die Lüneburger Heide. Amerikanische und kanadische Einheiten setzten über die Ems. Am 26. April wurde Bremen eingenommen, Lübeck ergab sich am 2. Mai.²⁵ Anfang Mai rückten Kanadier und Amerikaner auf Aurich zu. Es gab auf deutscher Seite Initiativen, weitere Opfer zu vermeiden. Jann Berghaus, vor 1933 Regierungspräsident in Aurich, berichtete in seiner Biografie vom Einsatz einzelner Personen, die

21 „Ich musste dann mit ihr nach Hause gehen und mir wurde klar, dass der Endsieg ohne mich stattfinden wird.“ Cramer, D., 2000, S. 36.

22 „Die Verpflichtungsfeier der Jugend 1945 im Gebiet Nordsee findet am 25. März 1945 statt. Daher sind die Schüler der Volksschulen, die ihre Volksschulpflicht erfüllt haben, ab Sonnabend, dem 24. März, zu entlassen. Für die Verpflichtungsfeier gebe ich die Richtlinien der Gebietsführung der HJ, Gebiet Nordsee, zur weiteren Veranlassung bekannt.“ Verpflichtung der Jugend. Reg. Präs. Aurich; Amtl.SchB.AUR, Nr. 6. 37. Jahrgang, 15. März 1945.

23 „III. Weltanschauliche Vorbereitung. Der Verpflichtung der Jugend geht eine weltanschauliche Vorbereitung voraus, die zum Pflichtdienst erklärt ist.“ Ebd.

24 „V. Schulentlassung. Der Schulschluß erfolgt lediglich in der Form einer persönlichen Verabschiedung des Lehrers von seiner Klasse bzw. von seinen Schülern. Es wird dabei auf die im Rahmen der Verpflichtungsfeier stattfindende Schulentlassung hingewiesen.“ Ebd.

25 Zur Endphase des Krieges in der Region vgl. Niehaus, W., 1983; Wegmann, G., 1982; Schwarzwälder, H., 1972.

den Truppen entgegen gingen, um durch Verhandlung die Beschießung der Stadt Aurich zu verhindern.²⁶

Am 4. Mai hatte die 9. kanadische Infanteriedivision mit der 7., 8. und 9. Brigade die Ems überschritten und war über Timmel und Großefehn nordwärts gezogen. Gegen Abend wurde das militärische Vorgehen eingestellt, da das Ergebnis der Verhandlungen zwischen einer Delegation des Großadmirals Dönitz und Feldmarschall Montgomery abgewartet werden sollte.²⁷ Montgomery empfing die deutschen Offiziere an seinem Wohnwagen in der Lüneburger Heide. Am 4. Mai 1945 wurde die Teilkapitulation unterschrieben.²⁸ Damit war der Krieg in der Region beendet. Die vorrückenden Truppen verteilten Flugblätter, die erste Nachkriegsregelungen enthielten. Mit der „Proklamation Nr. I“ legte Dwight D. Eisenhower als Oberster Befehlshaber der Alliierten Streitkräfte fest:

„I. Die Alliierten Streitkräfte, die unter meinem Oberbefehl stehen, haben jetzt deutschen Boden betreten. Wir kommen als ein siegreiches Heer; jedoch nicht als Unterdrücker. ... III. Alle deutschen Gerichte, Unterrichts- und Erziehungsanstalten innerhalb des besetzten Gebietes werden bis auf Weiteres geschlossen. ... Die Wiederaufnahme der Tätigkeit der Straf- und Zivilgerichte und die Wiedereröffnung der Unterrichts- und Erziehungsanstalten wird genehmigt, sobald die Zustände es zulassen.“²⁹

Die Schulen waren geschlossen, die Schülerinnen und Schüler mussten sich in einem neuen Leben orientieren, oft übernahmen sie die Aufgaben von Erwachsenen. Überall waren Menschen unterwegs. Die „Stunde Null“, von der in all den folgenden Jahren oft die Rede war, gab es für die Kinder nicht. Es war für sie der Anfang des Lebens unter neuen Bedingungen.³⁰ Die Altersgruppen der Zwölf- bis Sechzehnjährigen waren mit der Ideologie des

26 Meyer-Abich, S.J. (Hrsg.), 1967, S. 328. Die Ereignisse wurden beispielhaft auch geschildert von den Autoren Grote, E., 1987; Senden, F.v., Ohne Ort, o.J.; um 1950.

27 Kriegstagebuch 9. kanadische Infanteriebrigade. Abdruck auszugsweise in: Janßen, D., 2004, S. 70 f.

28 In der Kapitulationsurkunde hieß es: „Das deutsche Oberkommando wird anordnen, daß alle deutschen Streitkräfte in Holland, in Nordwestdeutschland einschließlich der friesischen Inseln, Helgoland und aller anderen Inseln, in Schleswig Holstein und in Dänemark sich dem Befehlshaber der 21. Heeresgruppe ergeben.“ vgl. Montgomery, 1958, S. 381.

29 Militärregierung – Deutschland, Eisenhower, D.D.: Proklamation Nr. I. CA/GI 19d (1945).

30 Zur „Stunde Null“ in Ostfriesland siehe Haddinga, J., 1988.

Nationalsozialismus aufgewachsen.³¹ Vorstellungen über das, was Demokratie bedeutete, gab es bei diesen Heranwachsenden nicht.³²

1.1.2 *Lehrerschaft im Nationalsozialismus*

Die Entwicklung in der Weimarer Republik hatte – trotz positiver Ansätze nach der Reichsschulkonferenz 1920³³ – zu herben Enttäuschungen bei den Lehrerinnen und Lehrern geführt. Ab 1921 gab es arbeitslose Junglehrerinnen und Junglehrer in zunehmender Zahl, die existentielle Absicherung insbesondere der Volksschullehrkräfte war ausgesprochen schwach und die Arbeitsbedingungen in den Schulen verschlechterten sich zunehmend.³⁴

In der Pädagogik war das Gedankengut der Nationalsozialisten seit langer Zeit bekannt. Ippo Oltmanns notierte, dass er als junger Lehrer bereits 1905 bei „Berufsgenossen“ den „Volkserzieher“³⁵ von Wilhelm Schwaner gesehen und gelesen habe. Er „las seinen Schwulst über das Hakenkreuz und seine Anpreisungen der Germanenbibel.“³⁶ Oltmanns beschreibt, dass ebenfalls das Werk von Houston Steward Chamberlain „Grundlagen des 20. Jahrhunderts“³⁷, das die Argumentation zur Rassentheorie und zum so genannten Sozialdarwinismus der NS-Ideologie lieferte, viel diskutiert wurde.

Die Machtübernahme 1933 brachte die Gleichschaltung aller Organisationen mit sich.³⁸

31 Vgl. Knoop, G., 2000.

32 Vgl. Schörken, R., 2005.

33 Vgl. dazu: Zentralinstitut f. Erziehung u. Unterricht (Hrsg.), 1920; Schorb, O; Fritzsche, V., 1966; Becker, H.; Kluchert, G., 1993.

34 Vgl. dazu Bölling, R., 1983. Und Breyvogel, W., 1979.

35 Der „Volkserzieher“ war eine Zeitschrift der Verfechter einer national und germanisch orientierten Volksreligion. Vgl. „Volkserzieher“ ab 1902.

36 Oltmanns, I., 1990, S. 242; Die „Germanenbibel“ trug den Untertitel „Aus heiligen Schriften germanischer Völker“, sie umfasste eine Sammlung von Texten, darunter Luther, Lessing, Jean Paul, Hölderlin, Leibnitz, Fichte, Nietzsche, Hegel, Arndt, Lagarde, die eine nationale Volksreligion begründen sollten. Schwaner, W., 1905.

37 Der Titel wurde zur Grundlage der NS-Ideologie. Adolf Hitler verehrte den Publizisten und Rassentheoretiker englischer Herkunft derart, dass er ihn kurz vor seinem Tode, 9.1.1927, besuchte. Eine zweibändige Ausgabe des Titels erschien noch 1944 in 29. Auflage. Vgl. Chamberlain, H.St., 1944.

38 Zur Machtübernahme in Ostfriesland vgl. Geerdes, W., 1973. Zur Gleichschaltung vgl. ebenfalls die Darstellung am Beispiel der Orte Moordorf und Spetzerfehn in Kroker, E., 1977. Zum Übergang von der Republik zur Diktatur in Ostfriesland vgl. Reyer, H., 1998, sowie zum Leben im Nationalsozialismus in Aurich ders., 1989.

Der Eingriff der Nationalsozialisten in die Schule erfolgte auf vorbereiteter Basis. Schon 1927 hatte Hans Schemm den Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB) gegründet. Doch dieser Organisation gehörten am 30. Januar 1933 lediglich 5 % aller Lehrkräfte an.³⁹ Das änderte sich innerhalb weniger Monate. Schemm verkündete auf der Reichstagung des NSLB am 8. und 9. April 1933 in Leipzig den Führungsanspruch der Nationalsozialisten. Die Vorstände der Lehrervereine und -verbände wurden mit Nationalsozialisten besetzt. Die Gleichschaltung beendete die unabhängige Arbeit der Lehrervereine und Freien Konferenzen.

Schemm versuchte mit seinen Schriften und den Veröffentlichungen nationalsozialistisch orientierter Autoren⁴⁰ eine nationalsozialistische Pädagogik zu etablieren. Soziologie und Psychologie wurden in der Ausbildung der Lehrkräfte vernachlässigt. Dafür wurden neue Studieninhalte, Prüfungsvorschriften und Studiengänge entworfen. Nationalpolitische Erziehung, Rassen- und Volkskunde gehörten nun ebenso dazu wie Grenzland- und Wehrkunde.⁴¹

Die Gleichschaltung der Lehrervereine durch Übernahme erfolgte vielfach unter erheblichem Druck auf die bisherige Zusammensetzung der Konferenzen. Alle Lehrkräfte hatten dem NSLB anzugehören. Wer sich dem widersetzte oder entzog, hatte mit unangenehmen Folgen zu rechnen. Die Drohungen besaßen recht konkrete Formen.

Zur Lehrerkonferenz Stickhausen vom 9. September 1933 notierte die Protokollführung:

„Alle Lehrer, auch die Schulamtsbewerber und -bewerberinnen müssen im N.S.L.B. (Nationalsozialistischer Lehrerbund) sein. Wer sich nicht organisiert ist gegen die Staatsführung und verliert nach zwei Jahren seine Staatsangehörigkeit.“⁴²

Auf die Gleichschaltung wurde in seltenen Fällen mit Verweigerung reagiert – oft auf eine Art und Weise, die nicht als Widerstand ausgelegt werden sollte. So verschoben die Mitglieder der Konferenz Timmel am 6. Mai 1933

39 Bölling, R., 1983, S. 136.

40 Es handelte sich um Baeumler, Benze, Hördt, Krieck, Usadel u. a.

41 Flessau, I., 1979, S. 25.

42 Nellner, V.: Hundertjähriges Bestehen der Lehrerkonferenz Stickhausen, genannt „Vereinigung“. In: OSB 77. Jg., Nr. 4, Apr. 1956, S. 29.

die satzungsgemäßen Wahlen bis zur „Klärung der schulpolitischen Lage“⁴³ und stellten damit praktisch die Arbeit ein.

Andere Konferenzen hofften darauf, im NSLB durch Benennung von politisch angepassten Vertretern problemlos weiterarbeiten zu können.⁴⁴ Doch die erwünschte Unabhängigkeit gab es nicht. Das verhinderte bereits die Struktur des NSLB, die nichts mehr mit dem Aufbau des Lehrervereins gemein hatte. Der NSLB führte örtliche „Ämter für Erzieher“, die im Reich zu einem „Hauptamt“ zusammengefasst wurden.⁴⁵ Diese Organisation war eng an die NSDAP gebunden, trug Sorge für die politisch-ideologische Ausrichtung der Lehrkräfte.⁴⁶ Alle Gruppierungen des NSLB führten folglich „Amtsleiter“.⁴⁷ So trug z. B. der Leiter einer Ortsgruppe des NSLB, die der Größe einer Konferenz des ostfriesischen Lehrervereins entsprach, die Bezeichnung „Ortsgruppenamtsleiter.“⁴⁸ Und dieser Leiter besaß einen eindeutig politischen Auftrag, der nicht vergleichbar war mit dem Auftrag des frei gewählten Vorstands des Lehrervereins. Die an fachlich orientierten Themen tätigen Arbeitsgemeinschaften des Lehrervereins existierten nicht mehr. Der NSLB organisierte Schulungen, die durchweg politisch motiviert waren. „Schulungsleiter“⁴⁹ übernahmen auf Vorschlag des NSLB und der örtlichen NSDAP-Gliederung diese Aufgaben.⁵⁰ Das „Zentralinstitut für Erziehung“ in Leipzig war federführend bei der Gestaltung der Fortbildung der Lehrkräfte.⁵¹

43 Protokoll vom 6. Mai 1933 der Konferenz Timmel. Protokollbuch der Lehrerkonferenz 1932–1951. Archiv Schulmuseum Folmhusen. (Auf einer folgenden, sonst leeren Seite dieses Protokollbuches wurde vermerkt: „Vom Juli 1933 bis Ende 1947 wurden keine Protokolle geschrieben!“ Das erste Protokoll dieser Konferenz der Nachkriegszeit wurde wieder am 14.2.1948 gefertigt.)

44 Vgl. Memming, J., 1989, S. 98.

45 Zur Struktur vgl. Der NS-Lehrerbund. In: Organisationsbuch der NSDAP, München 1943. Abdruck in: Gamm, H.-J., 1990, S. 191 ff.

46 „Das Hauptamt bzw. die Ämter für Erzieher haben bei den zuständigen Behörden alle schulischen Belange der NSDAP zu vertreten. Für amtliche Zwecke, wie Anstellung, Ernennungen und Beförderungen, hat es die politisch-weltanschauliche Beurteilung der Erzieher und Erzieherinnen aller Schulgattungen vorzunehmen.“ Ebd., S. 198.

47 Ebd.

48 Ebd.

49 Ebd.

50 „Die in den NS-Lehrerbund seitens der Partei abgestellten Politischen Leiter der NSDAP werden unmittelbar durch das zuständige Schulungsamt der NSDAP weltanschaulich-politisch betreut und geschult.“ Ebd.

51 „Nachdem der Führer und Reichskanzler der Partei die nationalsozialistisch-politische Schulung des deutschen Volkes aufgegeben hat, liegt die politische Ausrichtung der einzelnen Berufsstände auf ihre besondere Aufgabe hin in den Händen der von der Partei

Nur wenigen Freien Konferenzen in Ostfriesland gelang es, die Kontakte zwischen Berufskollegen aufrecht zu erhalten. So traf sich über die Jahre hinweg regelmäßig jeden Mittwochnachmittag um 17 Uhr im Kleinbahnhof Aurich die Gruppe der Ruhestandslehrer zum Gespräch.⁵² Die Gesamtstruktur des Ostfriesischen Lehrervereines, die bis 1933 existierte, löste sich förmlich innerhalb kurzer Zeit auf.⁵³ Lehrerinnen und Lehrer, die auf den Zusammenhalt gehofft hatten, verloren den Bezug.⁵⁴

Die Lehrerschaft organisierte sich nicht mehr, sie wurde organisiert. Einige Autoren des NSLB gaben sich als Förderer der Berufsinteressen. In den Schriften des NSLB setzten sie sich zum Beispiel für eine Verbesserung der Lebenssituation der Lehrkräfte ein. Kriek wollte eine Aufwertung der Lehrerbildung⁵⁵, Usadel verlangte sogar eine Absenkung der Pflichtstundenzahl.⁵⁶

Der NS-Staat aber griff mit den Mitteln der Diktatur zu. Andersdenkende und Juden wurden aus dem Schuldienst entfernt, die Lehrerschaft insgesamt umerzogen. Politisch engagierte Lehrkräfte wurden unter Druck gesetzt. Lehrerin Wilhelmine Siefkes aus Leer, die noch 1929 sich an einem Projekt zur demokratischen Erziehung der Jugend beteiligt hatte⁵⁷, und Lehrer Friedrich Geerdes sollten mit allen anderen Lehrerinnen und Lehrern am 2. Mai 1933 in der Schule eine Ergebenheitserklärung an den Führer unterschreiben.

betreuten Organisationen und Verbände. Damit ist dem NSLB, die nationalsozialistisch-politische Schulung der gesamten Lehrerschaft übertragen.“ Nationalpolitische Schulung der Lehrer. ME. vom 12.5.1936, E IIIb 1200 II 1, E II, M. In: Drager, F.; Schumacher, P.; Tiemann, G. (Hrsg.), 1937, S. 50.

52 An diesen Treffen nahm grundsätzlich Jann Berghaus teil. Er berichtet: „Wenn wir auch von Spähern beobachtet wurden, waren doch mein Auge und mein Ohr genügsam geschult, um die nötige Vorsicht in solchen Augenblicken walten zu lassen.“ Vgl. Meyer-Abich, S.J. (Hrsg.), 1967, S. 326.

53 Vgl. Geerdes, W., 1973.

54 „In dem Maße, wie die größeren Berufsverbände der Lehrerinnen und Lehrer ... ‚umfallen‘, sind kritische Pädagogen zunehmend auf kleinere Zirkel und Freundeskreise verwiesen. Viele befinden sich vom einen zum anderen Tag in fast vollständiger Isolation.“ Dick, L.v., 1990, S. 25.

55 Kriek, E., 1932, S. 177.

56 Usadel, G., 1939, S. 76.

57 Der sozialdemokratische Freundeskreis hatte unter Leitung von Louis Thelemann die Idee, ein Stück demokratischer Verwaltung mit Jugendlichen zu erproben. „Ihm [Louis Thelemann; J.K.] erschien es angesichts des diktatorischen Anspruchs der Nazis eine Notwendigkeit, die Jugend bewußt demokratisch zu erziehen, um sie gegen das Gift jener Lehren gefeit zu machen. So hatte er die Idee, ein Kinderdorf zu schaffen, wo laufend Gruppen von Jugendlichen die Freizeit verbringen könnten, und zwar so, daß sie selber dies kleine Gemeinwesen gleichsam verwalteten.“ vgl. Siefkes, W., 1979, S. 89.

Sie verweigerten das.⁵⁸ Beide mussten beim Schulrat vorstellig werden, wurden schließlich zuerst beurlaubt und mit der Umsetzung des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“⁵⁹ am 31. August 1933 aus dem Schuldienst entlassen. So musste auch Jan Berghaus das Amt als Regierungspräsident verlassen und die Dienstjahre als Lehrer wurden auf die Versorgung nicht angerechnet.⁶⁰ Auch Hermann Tempel, Lehrer in Leer und Reichstagsabgeordneter, wurde zum August 1933 aus dem Dienst entfernt, ihm wurde der Ruhegeldanspruch entzogen.⁶¹

Ippo Oltmanns, der sich ebenfalls nicht missbrauchen lassen wollte und schließlich den Weg in den Ruhestand nehmen musste, beschrieb die Willkür der Zugriffe. So wurde Rektor Hans Saul, Heisfelde, ein überzeugter Demokrat, entlassen. Saul berichtete Oltmanns vom Verfahren gegen den Lehrer Stark an der Schule Heisfelde. Stark hatte Vorwürfe der Schulbehörde, er hätte im Unterricht marxistische Lehren vertreten und sich gegen die nationalsozialistische Regierung geäußert, zurückgewiesen. Er verlangte ein Verfahren. Im Bericht, den dann Schulrat Karl Gerdes⁶² verfasste, wurde festgestellt, dass dem Lehrer Stark keine Äußerungen nachgewiesen werden konnten, aber es bestehe der Verdacht, dass der Lehrer sich wegen der Überprüfung „absichtlich vor solchen Äußerungen gehütet hätte, weil ihm die politische Einstellung von Gerdes bekannt gewesen sei.“⁶³

Der unbegründete und willkürlich geäußerte Verdacht genügte, um diesen Lehrer aus dem Dienst zu entfernen. Die Beamten und damit die Lehrerschaft hatten sich zu fügen. Die NSDAP nahm sich als Partei das Recht des

58 „Eine Aufregung folgte der anderen. Unser Schulleiter sorgte für die nächste. Eines Tages legte er dem Kollegium in einer Pause ein Schriftstück vor, das er für tunlich und notwendig erachtete – es war eine Ergebenheitserklärung an den ‚Führer‘, und er bat uns, es namentlich zu unterschreiben. Einer nach dem andern setzte seinen Namen darunter; ich weigerte mich, ebenso Friedrich Geerdes.“ In: Siefkes, W., 1979, S. 99.

59 Mit diesem Gesetz wurden Beamte jüdischer Abstammung (§ 3) und Beamte, deren „bisherige politische Tätigkeit nicht die Gewähr dafür bietet, daß sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten“, aus dem Dienst entfernt. Reichsgesetzblatt Teil I. 1933, Nr. 34, S. 175.

60 „Meine sämtlichen Dienstjahre vor der Regierungspräsidentenzeit wurden in der Anrechnung gestrichen. Mir blieb nur etwas mehr als ein Drittel der rechtmäßigen Bezüge.“ Meyer-Abich, S.J. (Hrsg.), 1967, S. 319.

61 Vgl. Hein, R., 1988, S. 83.

62 Kreisschulrat Leer, 1.10.1927 bis 1.5.1945.

63 Oltmanns, I., 1990, S. 258.

Zugriffs.⁶⁴ Das Berufsbeamtentum sollte gereinigt werden. Willige Helfer unterstützten diese Säuberungen. Sie übernahmen diese Dienste, wie Ippo Oltmanns feststellte, um sich für Funktionen im NS-Staat zu qualifizieren.⁶⁵

Die Gleichschaltung kam für viele als existenzielle Bedrohung daher. Lehrerinnen und Lehrer hatten sich anzupassen und umzustellen oder sie wurden aus dem Dienst entfernt.

Was als schulische Bildung und Erziehung zukünftig gelten sollte, das orientierte sich an der Ideologie der Nationalsozialisten. Erziehung musste weltanschaulich begründet sein, Gesinnung wurde Leitziel der Pädagogik.⁶⁶ Jedes kritische, jedes demokratische Denken wurde verbannt. Wer als Lehrerin oder Lehrer nicht bereit war, dem Führungsanspruch des NS-Staates auch und gerade in Erziehung und Lehre⁶⁷ zu folgen, musste mit Repressionen rechnen. Lehrkräfte wurden zu Werkzeugen der Staatsmacht.⁶⁸ Die Nationalsozialisten banden sie als Amtswalter vor Ort selbstverständlich ein.

Mit der Machtübernahme wurde auch die Lehrerausbildung nach den Vorstellungen der NS-Ideologie gestaltet. Kriek sprach schon 1932 von einer

64 Besonders deutlich in „Anordnung über die Verwaltungsführung in den Landkreisen“ vom 28.12.1939. Die „Menschenführung“ oblag den Kreisleitern der NSDAP, er war verantwortlich für „die Stimmung und Haltung der Bevölkerung im Kreise.“ Vgl. Neumann, F., 1984, S. 101.

65 „In Ostfriesland wurde eine Köpffkommission eingesetzt, hauptsächlich für die Lehrerschaft. Wer waren diese Richter? Der Landwirt Jaques Bauermann-Groeneveld, der junge Pastor Meyer und der junge Lehrer Lührmann, drei Parteigenossen. Groeneveld wurde hinterher Landesbauernführer in Hannover, Meyer wurde Landesprobst in Aurich, Lührmann Kreisschulrat in Weener. Wegen ihrer Berufstüchtigkeit?“ Oltmanns, I., 1990, S. 206.

66 „Der Nazipädagogik kam alles so ausschließlich auf die Gesinnung, auf den unverfälschten Nazismus ihrer Schüler an, dass die Gesinnung in allem und jedem an entscheidend erster Stelle vor jeder Befähigung und Geschicklichkeit, vor allen Kenntnissen geschätzt wurde.“ Klemperer, V., 2001, S. 247.

67 „Die nationalsozialistische Bewegung als das wache Gewissen des deutschen Volkes erhebt grundsätzlich den Anspruch, daß sie – wie in allen weltanschaulichen Fragen – auch in der Erziehung von jung und alt die letzte Entscheidung hat.“ Benze, R., 1943, S. 14.

68 „Was dann begann, war der Rückfall in die Barbarei schlechthin, und das fundamentale Verbrechen des nationalsozialistischen Staates liegt darin, daß er die ‚Würde des Menschen‘ mißachtete und alle jene Forderungen zertrat, die sich als menschliche Grund- und Freiheitsrechte daraus ableiten. Damit zerstörte er aber auch die Voraussetzungen, die jede Erziehung überhaupt erst zu ‚Erziehung‘ machen. Sobald das offenkundig wurde, war jeder einzelne Lehrer und Erzieher vor die Entscheidung gestellt, entweder mitzumachen und dadurch mitschuldig zu werden, ob er aber ... ja, was?“ Bungardt, K., 1959, S 130.

vereinheitlichten, an nationalpolitischer Erziehung orientierten „Bildnerhochschule“⁶⁹, die am „nationalpolitischen Ziel“⁷⁰ orientiert sein sollte.

Die 1926 in Preußen auf Anregung von Spranger und Becker eingerichteten „Pädagogischen Akademien“ wurden 1933 in „Hochschulen für Lehrerbildung“ umgewandelt. Aufnahme in die „Hochschule für Lehrerbildung“⁷¹ fand vorrangig nur, wer sich im Sinne des nationalsozialistischen Staates engagiert hatte.⁷² Die Junglehrer-Arbeitsgemeinschaften, die bislang die Praxisorientierung getragen hatten, existierten nicht mehr. Die Fortbildung der Lehramtsbewerber im Dienst wurde dem jeweiligen Schulleiter übertragen. Die Kreisschulräte hatten die Aufgabe, die „Schulamtsbewerber und -bewerberinnen ihres Aufsichtsbezirks zu Gemeinschaftstagen“⁷³ zu versammeln.

Der Tätigkeitsbericht der Lehramtsanwärterinnen und -anwärter zur zweiten Lehrprüfung bekam andere Schwerpunkte. Zusätzlich zur fachlichen Qualifikation mussten die Prüflinge nachweisen, dass sie sich in der Partei oder deren Gliederungen betätigt, dass sie Lehrgänge zur körperlichen Ertüchtigung und weltanschaulichen Schulung besucht und sich in den neu eingerichteten Unterrichtsgebieten Volkskunde, Vorgeschichte, Rassenkunde, Vererbungslehre und Luftfahrt weitergebildet hatten.⁷⁴ Nach Kriegsbeginn musste die Ausbildung vereinfacht werden, um Nachwuchs zu sichern. Schon im Frühjahr 1940 wurden „Schulhelferkurse“⁷⁵ eingerichtet, die Hilfslehrkräfte in dreimonatigen Kursen ausbildeten. Nach dem Kurzlehrgang unterrichteten die Helferinnen und Helfer für die Dauer von zwei Jahren mit der Besoldung eines Junglehrers. Wenn sie sich in der Unterrichtspraxis bewährten, durften sie ein einjähriges Studium an einer Hochschule für Lehrerbildung antreten. Der Abschluss erfolgte dann durch die erste Lehramtsprüfung.⁷⁶ Doch diese Maßnahme reichte nicht aus, den Bedarf zu decken.

69 Kriek, E., 1932, S. 177.

70 Ebd.

71 „Bei der Aufnahme werden in erster Linie Bewerber berücksichtigt, die den Gliederungen der nationalsozialistischen Bewegung angehören.“ Aufnahme an den Hochschulen für Lehrerbildung. In: Dräger, F.; Schumacher, P.; Tiemann, G. (Hrsg.), 1937, S. 51.

72 Ebd.

73 Fortbildung der Schulamtsbewerber. Ebd., S. 68.

74 Der Tätigkeitsbericht. ME. vom 22.4.1936, E Hb 112. In: Ebd., S. 68.

75 Bölling, R., 1983, S. 150.

76 Ebd.

Ab 1942 wurden die „Hochschulen für Lehrerbildung“ in „Lehrerbildungsanstalten“ (LBA) umgewandelt. Eine LBA fasste rund 500 Schulabgänger mit Volksschulabschluss zur Ausbildung zusammen, sie mussten die als Gemeinschaftsheim geführte Einrichtung fünf Jahre lang besuchen. Das Tragen der Uniform der Hitlerjugend war Pflicht.⁷⁷ Aber auch die Lehrerbildungsanstalten trugen nicht zum Abbau des Lehrermangels bei. Nachwuchs blieb aus. Und der Lehrberuf wurde zunehmend unattraktiv.

Der Unterrichtsausfall an den Schulen verschärfte sich durch den allumfassenden Anspruch des NSLB und die Zentralisierung der Fortbildung zusätzlich. Die ehemaligen Lehrervereine hatten die Lehrerarbeitsgemeinschaften und damit einen wesentlichen Anteil der Fortbildung der Lehrkräfte nebenamtlich getragen. Die Arbeitsgemeinschaften des Lehrervereins belasteten den täglichen Ablauf in der Schulorganisation nicht. Unterricht musste gesichert sein. Das war eine Selbstverständlichkeit. Dem NSLB aber ging es um Schulung unter Kontrolle der Machthaber. Jegliche Fortbildung wurde somit zur zentralen Reichsangelegenheit. Wer an den Fortbildungsmaßnahmen teilnahm oder teilnehmen musste, war verpflichtet, tat dies von Amts wegen und hatte seinerseits einen Anspruch auf Freistellung. Dem wurde auch, wie konnte es anders sein, von vorgesetzter Stelle entsprochen. Die Folgen waren erheblich.

In einem Bericht, der vom Gauamt für Erziehung im Auftrag des Gauleiters zur Frage des Volksschullehrermangels im Gau Weser-Ems zusammengestellt wurde, ist die Rede davon, dass die angeordnete weltanschauliche Schulung der Lehrkräfte 1937 den Unterrichtsbetrieb in den Schulen nahezu zum Erliegen brachte.⁷⁸ Die NSDAP-Führung nahm offensichtlich die negativen Wirkungen des Umbaus der Lehreraus- und -fortbildung nicht wahr. Bei den Lehrkräften muss die Geringschätzung von Unterricht und die mangelnde Verantwortung der Schule gegenüber ebenfalls Wirkung getan haben. Das berufliche Selbstverständnis, die Wertschätzung des Lehrerstandes ging

77 Vgl. Gamm, H.-J., 1990, S. 205.

78 „In den Kreisen des NS-Lehrerbundes glaubt man, sich auf die kürzlich durch den Reichsorganisationsleiter der NSDAP, Dr. Ley, ergangene Dienstabweisung für den NSLB berufen zu können, nach der die gesamte fachliche Schulung der Lehrerschaft auf weltanschaulicher Grundlage vom NSLB selbständig durchzuführen sei. ... Als erstes wäre der Lehrermangel zu nennen. – 28 Stellen unbesetzt – . Von Ostern 1936 bis zum Herbst dieses Jahres, also in 60 Schulwochen (1937) sind in einer 15 klassigen Schule mit 3 Schleppklassen 57 Lehrkräfte beurlaubt gewesen, d. h. nur in 3 Wochen war das Lehrerkollegium vollzählig, während der übrigen Zeit mußte dauernd Vertretungsunterricht gegeben werden.“ In: Wiemann, H.; Eiben, H.O., 1956, S. 14 f.

zu einem großen Teil verloren. Der Tradition folgend strebten in Ostfriesland viele Kinder aus Lehrerfamilien den Lehrberuf an. Doch die in dieser Zeit heranwachsende Generation entschied sich anders. Im Regierungsbezirk Aurich wählten nur noch 36 von 305 Kindern aus Lehrerfamilien den Lehrberuf.⁷⁹ Die geringen Aufstiegsmöglichkeiten und die schlechte Bezahlung im Vergleich zu anderen Berufen hielten junge Menschen ab, den Beruf zu ergreifen. Auch eine angestrebte Aufwertung des Standes und die Verbesserung der Schulhäuser und Lehrerwohnungen hob letztlich nicht das Ansehen des Berufes.⁸⁰

Durch die Einflussnahme des NS-Staates hatte die Arbeit in der Schule an Attraktivität verloren.

1945 zerschlugen die Alliierten alle Einrichtungen des NS-Staates.

Zwölf Jahre lang waren in den Schulen nur Lehrerinnen und Lehrer tätig gewesen, die das System akzeptierten und es zu einem großen Teil förderten. Während dieser Zeit waren nur Menschen in den Schuldienst aufgenommen worden, die aktiv die Ziele des Nationalsozialismus in Erziehung und Unterricht umsetzten. In Schulleitungen, in die Schulaufsicht waren nur Lehrkräfte gelangt, die sich in den Gliederungen der NSDAP engagiert und die Ideologie des Nationalsozialismus in Erziehung und Unterricht vertreten hatten.⁸¹

1945, nach zwölf Jahren gezielter Einflussnahme, musste die Berufsgruppe sich wandeln⁸², neue Ausbildungsformen anstreben⁸³ und einen Weg in die Demokratie finden.

1.1.3 *Zustand der Schulen 1945*

Ländliche Regionen waren in der Regel vom Kriegsgeschehen wenig betroffen.⁸⁴ Dem gering besiedelten Ostfriesland blieben schwere Gefechte er-

79 „Die seelische Verfassung des Lehrers ist heute derart, daß er in seinem Beruf kein erstrebenswertes Berufsziel für seine Kinder mehr sieht. Im Regierungsbezirk Aurich haben von 305 Kindern aus Lehrerhäusern, die bereits einen Beruf gewählt oder eine feste Berufsabsicht hatten, sich nur 36 zum Volksschullehrerberuf entschlossen.“ Ebd., S. 15.

80 Ebd.

81 Vgl. auch Bracher, K.D., 1993.

82 Dazu auch Giordano, R., 1987; Bracher, K.D., 1971.

83 Vgl. Bei der Wieden, C., 1996.

84 Eine Übersicht zu Kriegsoffern und Geschädigten: Lent, D.: Zur Geschichte und Bevölkerungsbilanz Niedersachsens im zweiten Weltkrieg. Militärgeographische Situation, Menschenverluste, Kriegsoffer und Geschädigter im Überblick. In: Brosius, D.; Last, M. (Hrsg.), 1984, S. 524–544.

spart.⁸⁵ Dennoch wurden durch die Sprengung vieler Brücken in den letzten Kriegstagen die wichtigsten Lebensadern der Region unterbrochen.⁸⁶

Die Hafenstädte litten unter erheblichen Zerstörungen. Emden war zu 74 % zerstört worden. Wilhelmshaven hatte es nicht minder getroffen, es war zu 62 % zerbombt. Im Vergleich dazu: Hannover und Braunschweig waren zu 52 % und Osnabrück zu 55 % zerstört.⁸⁷ Viele Menschen suchten Unterkunft. Der Flüchtlingsstrom erreichte Ostfriesland und trug zur Wohnraumknappheit bei. Alle noch vorhandenen öffentlichen Gebäude mussten genutzt werden. In Schulen und Sporthallen richteten sich Familien ein. Gebäude wurden umfunktioniert. Emden richtete einen Bunker als Krankenhaus; eine Schule, die Emsschule, als Rathaus ein.⁸⁸ Die Stadt Emden verfügte nur noch über eine erhaltene Volksschule, die Wallsschule.

Ausgebombte Familien bewohnten teils schon vor dem Kriegsende Bunker-räume und in den Ruinen entstanden Notunterkünfte. Aus schwer beschädigten oder ungenutzten öffentlichen Gebäuden wurden Einrichtungsgegenstände entwendet. Plünderungen durch „Einwohner und Ostarbeiter“⁸⁹ nahmen „einen bedrohlichen Umfang“⁹⁰ an. Das Militär konnte nur in geringem Umfang ordnend eingreifen. Kanadisches Militär zum Beispiel forderte die Insassen eines Ausweichlagers in Neermoor auf, sofort alle unrechtmäßig mitgeführten Gegenstände abzuliefern. Die Ausbeute war erheblich. Es wurden „mehrere Waggonladungen geplündertes Sachen aller Art innerhalb der gestellten Frist herausgerückt.“⁹¹ Organisierten Nahverkehr gab es anfänglich nicht. Auf bestimmten Strecken mussten große Umwege genommen werden. Eine durchgängige Busfahrt von Emden zum Beispiel nach Leer war nicht

85 Manche Orte wurden erst in den letzten Kriegstagen beschädigt. So wurden in Folmhusen am 22. April 1945 beim Vormarsch mehrere Häuser und die Schule beschädigt. Vgl. Jelden, H.: Wiederbeginn des Unterrichts 1945 am Beispiel der Volksschule Folmhusen. In: Bierwirth, H.; Hothan, H.; Klattenhoff, K. (Hrsg.), 1995, S. 72.

86 Darunter hatte besonders die Bevölkerung der Ostfriesischen Inseln zu leiden. Vgl. Teerling, F.: Dreissig Gramm Textilfarbe. Borkum – ein Kriegsende. In: Ostfriesland Magazin, Heft 3/1985, S. 46 ff.

87 Zahlen nach Brosius, D.: Landes- und Demokratiegründung nach 1945. In: Hucker, B.U.; Schuber, E.; Weisbrod, B., 1997, S. 602–618.

88 Zur Situation in Emden vgl. Kolbe, H., 1985. Und zum Wiederaufbau der Stadt Hummerich, G., 1995.

89 Protokoll Landrätekonferenz, 29.5.1945. StAA Rep. 17/1, Nr. 19.

90 Ebd.

91 Ebd.

möglich.⁹² Die Bewegungsmöglichkeit der Bevölkerung war von der Militärregierung auf eine Zone von 30 km jeweils im Umkreis eingeschränkt worden.⁹³ Für den Wechsel über die Brücken des Ems-Jade-Kanals mussten Passierscheine vorgewiesen werden.⁹⁴ Erst zum Herbst 1945 dehnte die Militärregierung wegen der anstehenden Erntearbeiten die Bewegungsfreiheit auf 100 km Umkreis aus.⁹⁵

In Vorbereitung auf die Wiederaufnahme des Unterrichts verschaffte sich die Militärregierung eine Übersicht über die Schulen, über deren Zustand und deren Belegung.⁹⁶ Zur ersten Sitzung des Bezirkslandtages am 15.2.1946 gab der Regierungspräsident in Aurich, Dr. Mimke Berghaus, einen ersten Bericht.⁹⁷ Es waren von 398 Schulgebäuden im Bezirk 80 durch Truppen belegt, 18 völlig zerstört, 27 schwer und 124 zum Teil beschädigt.⁹⁸ Unterschiedlichste Personengruppen besiedelten die Räume, Lehr- und Lernmaterial war zweckentfremdet, zerstört und unbrauchbar geworden.⁹⁹

Schulen, die wiedereröffnet werden sollten, zogen erschreckende Bilanz. So die Schule Folmhusen:

„Der ganze Fußboden war verschwunden und das Holz der Fenster angebrannt, Wände und Decken waren schwarz vom Rauch, der Ofen umgestürzt. ... Wandtafeln waren zerschlagen, ein Schrank, ein Pult und ein großer Kasten für Sportgeräte anderweitig verbraucht und der Inhalt derselben ver-

92 Die wichtigsten Brücken waren von den Alliierten bereits während der Kampfhandlungen durch Behelfsbrücken ersetzt worden, so z. B. die Brücke über die Leda bei Leer. Jelden, H.: Wiederbeginn des Unterrichts 1945 am Beispiel der Volksschule Folmhusen. In: Bierwirth, H.; Hothan, H.; Klattenhoff, K. (Hrsg.), 1995, S. 71.

93 Vgl. Protokoll Landrätekonzferenz, 15.6.1945, Regierung Aurich. StAA Rep. 17/1, Nr. 19.

94 Ebd.

95 Ebd.

96 Bericht vom 25.8.1945 Public Record Office, War Office (PRO WO) 171,8030 und vom 11.6.1945 Foreign Office (FO) 1050,16660. Nennung in: Lüpke-Müller, I., 1998, S. 265.

97 Rechenschaftsbericht des Regierungspräsidenten anlässlich der ersten Sitzung des Bezirkslandtages am 15.2.1946, StAA Rep. 17/1, 196.

98 Bibow, A.: Der Beginn des Wiederaufbaus des ostfriesischen Schulwesens nach der Kapitulation im Jahre 1945. In: OSB, 75. Jg., Nr. 6, Juni 1954.

99 „Durch den Luftkrieg hatte die Stadt Emden bis auf zwei erhalten gebliebene Volksschulen sämtliche Schulen verloren. Durch die Kampfhandlungen im Süden des Regierungsbezirks waren weitere Schulen zerstört worden. Die Stadt Leer hatte durch einen Luftangriff die Hoheellenschule verloren. Durch Belegung mit feindlichen und deutschen Truppenteilen waren viele Schulen arg mitgenommen. Die Schuleinrichtungen, die Lehr- und Lernmittel waren zerschlagen und verbrannt, gestohlen oder verdorben.“ Eiben, H.O.: 50 Jahre Volksschulbau in Ostfriesland. In: Wiemann, H.; Eiben, H.O., 1956., S. 16.

*nichtet. Alles in allem waren Lehr- und Lernmittel wohl zu 60 % vernichtet oder unbrauchbar geworden.*¹⁰⁰

Am 20. August 1945 wurden die Schulen zwar wieder eröffnet und der Unterricht aufgenommen¹⁰¹, doch die Probleme waren kaum zu bewältigen. Der Zustrom der Flüchtlinge stellte die Gemeinden vor kaum lösbare Aufgaben. Oft nutzten sie die Schulgebäude und Dienstwohnungen der Lehrkräfte für die Unterbringung von Familien. Es gelang vielen Gemeinden nicht, die notwendigen Wohnmöglichkeiten per „Einquartierung“¹⁰² in Gehöften und Privathäusern zu schaffen. Gleichzeitig stieg die Zahl der zur Beschulung anstehenden Schülerinnen und Schüler durch die Zuwanderung rapide. Zu Beginn des Krieges im Jahr 1939 wurden im Regierungsbezirk Aurich an den Volksschulen 41.135 Schülerinnen und Schüler von 863 Lehrkräften unterrichtet, 1942 waren es 42.745 bei 846 Lehrkräften. Zum Ende des Krieges 1945 sank die Zahl der Lehrkräfte weiter, die der Schülerinnen und Schüler in Ostfriesland aber stieg.¹⁰³ 55.792 Schülerinnen und Schüler mussten 1945 von 762 Lehrkräften unterrichtet werden. Die Zuwanderung ließ die Zahlen weiter wachsen. 1949 wiesen die Schulen 64.773 Schülerinnen und Schüler aus, die von 1.107 Lehrkräften unterrichtet werden mussten.¹⁰⁴ Den dringend benötigten Unterrichtsraum nutzten einzelne Gemeinden noch jahrelang zur Unterbringung von Flüchtlingen. Der Nds. Kultusminister musste schließlich im Interesse der Unterrichtsversorgung die Fremdnutzung unterbinden. Mit Erlass vom 1. November 1948 verbot er, wie betont wurde, in Übereinstimmung mit dem Ministerium für Flüchtlingsangelegenheiten und für Arbeit, Aufbau und Gesundheit, die Nutzung von Schulgebäuden zur Unterbringung von Flüchtlingen.¹⁰⁵

100 Zitiert nach Jelden, H.: Wiederbeginn des Unterrichts 1945 am Beispiel der Volksschule Fohlmhusen. In: Bierwirth, H.; Hothan, H.; Klattenhoff, K. (Hrsg.), 1995, S. 72.

101 Der Regierungspräsident wandte sich in einem Aufruf an alle Lehrerinnen und Lehrer in Ostfriesland. Wegen der schlechten Verkehrsverbindungen musste eine Eröffnungsveranstaltung entfallen. Vgl.: Aufruf des Regierungspräsidenten Dr. Mimke Berghaus an die Lehrerinnen und Lehrer in Ostfriesland zum Wiederbeginn des Unterrichts im August 1945. In: Bierwirth, H.; Hothan, H.; Klattenhoff, K. (Hrsg.), 1995, S. 53.

102 Vgl. Parisius, B., 2004, S. 143.

103 Zahlenangaben nach „Schülerzahl und Zahl der Schulstellen der Volksschulen im Regierungsbezirk Aurich.“ In: Wiemann, H.: 50 Jahre ostfriesischer Schulentwicklung. In: Wiemann, H.; Eiben, H.O., 1956, S. 5.

104 Ebd.

105 Erlass: Schulgebäude. Nds. KM, 1.11.1948, III 2494/48.Nds. SVBl. 1949, S. 7.

Erschwerend kam hinzu, dass Hunger und Krankheiten den Neustart der Schulen belasteten. Einfachste und unentbehrliche Ausstattung – wie Fensterglas, Baumaterial usw. – für die Schulen blieben über Jahre Mangelware. Viele Schulen konnten nur durch die Aktivitäten von Lehrkräften und Eltern wieder aufgebaut oder eingerichtet werden.¹⁰⁶ Der Mangel aber bestimmte das Leben in den Schulen. Noch 1949 führte unzureichende Beleuchtung in den Schulen zu einer Glühlampen-Sonderaktion auf amtlichem Wege.¹⁰⁷ Für schulreformerische Arbeit in der jungen Demokratie herrschten die denkbar schlechtesten Bedingungen.

1.2 Maßnahmen der ersten Jahre

1.2.1 *Aufbau schulischer Verwaltungsstruktur durch die Militärregierung*

Die Alliierten hatten sich intensiv auf die Zeit nach dem Ende des Weltkrieges vorbereitet. Ab Sommer 1943 waren in England die Nachkriegsplanungen für Deutschland in der Diskussion. Eine Arbeitsgruppe aus Akademikern, Vertretern militärischer Stabseinheiten und Emigranten erarbeiteten Modelle.¹⁰⁸ Die übergeordnete britische Militärverwaltung, Control Commission for Germany (British Element), teilte die eigene Zone in fünf Bezirke, Military Government Detachment (MilGovDet.), ein.¹⁰⁹ Der Regierungsbezirk Aurich, zur Region Hannover gehörend, bildete ab 10. Mai 1945 das MilGovDet.613 unter dem Kommando von Major Baxter.¹¹⁰

106 Vgl. Reents, H.: Schule und Schulangelegenheiten nach 1945. In: Bierwirth, H.; Hothan, H.; Klattenhoff, K. (Hrsg.), 1995, S. 63 ff.

107 Erlass: Glühlampen-Sonderaktion für Schulen. Nds. KM, 2.2.1949 – A 210/49 – Nds. SVBl. 1949, S. 33.

108 „Seit dem Sommer 1943 wurden auf allen Ebenen des Regierungsapparates von Whitehall die Nachkriegsplanungen für Deutschland forciert. Adademische Arbeitsgruppen unter Arnold Toynbee mit Schwerpunkt in Oxford, militärische Stabseinheiten der Gruppe G-5 ‚Civil Affairs und Military Government‘, teils rein britisch, teils integriert, und einzelne Abteilungen verschiedener Ministerien, zumal des Foreign Office, bildeten zusammen mit weisungsunabhängigen Fachberatern aus Londoner Emigrantenkreisen ein informelles Expertengeflecht, das sich im Laufe des Jahre 1944 unter der ordnenden Hand des Foreign Office zu einer Vielzahl von Planungsbehörden verdichtete.“ Reusch, U.: Der Verwaltungsaufbau der britischen Kontrollbehörden in London und der Militärregierung in der britischen Besatzungszone. In: Birke, A. M.; Mayring, E.A., 1992, S. 35.

109 Die Government Det. Berlin, Region Nordrhein Westfalen, Region Schleswig-Holstein, Region Hannover und Hansestadt Hamburg. Übersicht: Organisation der britischen Militärregierung (30.9.1946) In: Birke, A. M.; Mayring, E.A., 1992, S. 49. Vgl. auch Lüpke-Müller, I., 1998, S. 52 ff.

110 Ebd., S. 57.

Dreizehn Offiziere wurden in Abteilungen mit festgelegten Aufgabenstellungen eingesetzt. Zuständig für die Schulen war die Abteilung „Education and Religion“. Nach dem System der Landkreise der Region richtete die Militärregierung bis Ende Juni 1945 eigene MilGovDet. ein, für die jeweils leitende Offiziere bestellt wurden.¹¹¹

Möglichst rasch sollte eine deutsche Verwaltung die Arbeit wieder aufnehmen. Für die Landkreise ernannte die Militärregierung Landräte – für die kreisfreie Stadt Emden einen Bürgermeister. Verwaltung und Militär besprachen regelmäßig während der Landräte-Konferenzen Maßnahmen der Demokratisierung.¹¹²

Am 17. Mai 1945 übertrug die Britische Militärregierung Arthur Bibow mit Zustimmung des kommissarischen Regierungspräsidenten die Amtsgeschäfte eines Regierungs- und Schulrates.¹¹³ Die Schulabteilung in Aurich nahm somit die Arbeit auf.

Die Bestellung der Kreisschulräte erfolgte auf Vorschlag von Bibow.¹¹⁴ Die Schulräte übernahmen zum 30. Mai 1945 ihre Ämter.¹¹⁵ In Aurich wurde Schulrat i.R. Hermann Thomas eingesetzt, der bereits von 1922 bis 1937 das Amt innehatte. Den Kreis Norden übernahm der ehemalige Vorsitzende des Bezirkslehrervereins, Wilhelm Dirks. Im Schulaufsichtskreis Emden wurde Rektor Valentinus Lüken aus Norden tätig.¹¹⁶ Friedrich Geerdes, zuvor Lehrer in Widdelswehr, übernahm den Schulaufsichtskreis Weener. Der zur NS-Zeit in den Ruhestand versetzte Rektor Johannes Saul kehrte als Schulrat des

111 Für Aurich Oberstleutnant Bowers; für Leer Major Rose, später Major Van Dyck; für Wittmund Major Harrington, später Major Wood; für Norden Oberstleutnant Mackay; für die kreisfreie Stadt Emden Major Newroth, später Merry, Lowndes und Martinson. Zur Aufzählung vgl. Ebd., S. 57. Zur Nennung der Kommandeure f. Emden vgl. Siebert, E.; Deeters, W.; Schröer, B., 1980, S. 267.

112 Am 10.8.1945 fand z. B. eine Konferenz zum Thema „Selbstreinigung des Beamtenkörpers“ statt. Vgl. Aktenvermerk über die Landräte-Konferenz v. 10. August 1945, StAA Rep 17/1, Nr. 19. Und am 12.1.1946 wurde eine Tagung der Regierungspräsidenten in Arnsberg durchgeführt. Punkt 1 der Tagesordnung lautete: „Stand der Durchführung Richtlinien Militärregierung über Demokratisierung der Örtlichen Verwaltung.“ Ebd.

113 Bibow, A.: Der Beginn des Wiederaufbaus des ostfriesischen Schulwesens nach der Kapitulation im Jahre 1945. In: OSB, 75. Jg., Nr. 6, Juni 1954, S. 1.

114 Ebd.

115 Die Auflistung folgt den Angaben zur Besetzung der Schulaufsicht in: Wiemann, H.; Eiben, H.O., 1956, S. 6.

116 Zum 1. Juli 1947 wurde Schulrat Lüken für den Schulaufsichtskreis Aurich benannt, er führte den Schulaufsichtskreis Emden ab dann vertretungsweise. Vgl. Erl. RP Aurich, Amt.SchBl.AUR. 1947, S. 102.

Schulaufsichtskreises Leer in den Dienst zurück.¹¹⁷ Nur eine Besetzung nahm der britische Erziehungs-offizier Captain Lowes vor, er benannte Hauptlehrer Franzen¹¹⁸ für den Schulaufsichtskreis Wittmund.¹¹⁹

1.2.2 Neuorganisation des Schulwesens

Der Regierungspräsident Dr. Mimke Berghaus forderte in seinem Aufruf zum Wiederbeginn des Unterrichts:

*„Fort mit der geistigen Uniformierung und einer überheblichen Unduldsamkeit! Erziehen Sie die Kinder zu Zucht und Ordnung, aber auch zu selbständig denkenden, gottvertrauenden Menschen. Sie werden ihnen so Richtung und Halt fürs Leben geben.“*¹²⁰

Doch die Versorgung der Schulen mit Lehrkräften war ein nahezu unlösbares Problem. Zum Wiederbeginn des Unterrichts am 20. August 1945 standen für 302 Volksschulen 475 Lehrerinnen und Lehrer zur Verfügung. Das reichte nicht aus, um eine grundlegende Versorgung sicher zu stellen, aber es durften nur Lehrkräfte beschäftigt werden, gegen die die Militärregierung, die Public Safety, keine Bedenken erhob.¹²¹ Einbezogen waren von vornherein auch Lehrerinnen und Lehrer, die als Flüchtlinge nach Ostfriesland gekommen waren.¹²² Für eine weitere Entlastung der personellen Enge sollte der Einsatz von Schul- und Laienhelfern sorgen. Die Schulabteilung stellte 188 Hilfskräfte, „vorwiegend Abiturienten und viele mit dem ‚Zeugnis der mittleren Reife‘ als politisch geeignet bezeichnete“¹²³, ein.

117 Schulrat Saul wurde zum 1.7.1947 in den Ruhestand versetzt. Danach übernahm Schulrat Geerdes die Dienstgeschäfte, in Weener wurde Dr. Rexhausen eingesetzt. Ebd.

118 Angabe nach Bibow, A.: Der Beginn des Wiederaufbaus des ostfriesischen Schulwesens nach der Kapitulation im Jahre 1945. In: OSB, 75. Jg., Nr. 6, Juni 1954. Die Militärregierung hatte gegen die ernannten Schulräte für Wittmund und Norden Bedenken erhoben. Die Aufgabe musste später von Schulrat Thiemens kommissarisch übernommen werden. Vgl. Besprechung Regierungspräsident / Mil.Gov. v. 22.6.1944. StAA 17/1, 272.

119 Franzen wird als Schulrat von Wiemann in der Auflistung zur Schulaufsicht 1956 nicht erwähnt. Dort wird als Erstbesetzung ab 15.8.1946 Heinrich Thiemens genannt. Vgl. Wiemann, H.; Eiben, H.O., 1956, S. 6.

120 Aufruf des Regierungspräsidenten Dr. Mimke Berghaus an die Lehrerinnen und Lehrer in Ostfriesland zum Wiederbeginn des Unterrichts im August 1945. In: Bierwirth, H.; Hothan, H.; Klattenhoff, K. (Hrsg.), 1995, S. 53.

121 Angaben nach Bibow, A.: Der Beginn des Wiederaufbaus des ostfriesischen Schulwesens nach der Kapitulation im Jahre 1945. In: OSB, 75. Jg., Nr. 6, Juni 1954, S. 1.

122 Eine Erfassung dieser Gruppe erfolgte erst im März 1947. Vgl. „Registrierung der Flüchtlingslehrer“, Erl. RP Aur. Ud Lehrer 57. Gen.; Amtl. Schbl. Aur. 1947, S. 42.

123 Vgl. Bibow, A.: Der Beginn des Wiederaufbaus des ostfriesischen Schulwesens nach der Kapitulation im Jahre 1945. In: OSB, 75. Jg., Nr. 6, Juni 1954. Die Einstellung wurde mit

Die verfügbaren Schulen und Klassenräume boten nicht genügend Raum. Gaststätten, Säle, alle größeren freien Räume mussten genutzt werden. Der Unterricht erfolgte in Schichten über den Tag verteilt, Lehrerinnen und Lehrer leisteten bis zu 40 Unterrichtsstunden wöchentlich. Auf eine Lehrkraft entfielen 90–130 Schülerinnen und Schüler.¹²⁴

Es fehlte den Schulen an geeigneten Schulbüchern. Da die meisten Familien über Bibeln verfügten, wurden diese auch als Lesebücher benutzt.¹²⁵ Religion war, nach den von der Militärregierung vorgegebenen Stundenplänen, ohnehin täglich zu erteilen.¹²⁶ Die Pläne für die Jahrgänge 1–4 sahen außer Religion vier Stunden Rechnen, sechs Stunden Deutsch, Sprachlehre, Lesen und je zwei Stunden Singen, Turnen und Naturkunde vor. Die Stunde wurde mit 50 Minuten gerechnet.¹²⁷

Stoffpläne für den Unterricht, die eine Verteilung von Themen für die Fächer vorsahen, wurden durch die Militärregierung im Herbst 1945 herausgegeben¹²⁸, aktuelles Tagesgeschehen sollte durch den Rundfunk in den Unterricht einbezogen werden.¹²⁹ Am 22.11.1945 wurde in einer Schulratskonferenz des Bezirkes verlangt, alle Schulen mit Rundfunkgeräten auszustatten. Dazu hatten die Gemeinden Rundfunkgeräte zu beschlagnahmen. Regelmäßig sollten alle Schülerinnen und Schüler über das aktuelle Tagesgeschehen informiert werden.¹³⁰

Sonderkursen begleitet. Vgl. „Zugang von Mittelschülern (-innen) zum Lehrberuf“, Erl. RP Aur. Ud. 959, v. 17. 8.1946, Amt. SchBl. Aur. 1947, S. 9.

124 Zahlen nach Bibow, A.: Der Beginn des Wiederaufbaus des ostfriesischen Schulwesens nach der Kapitulation im Jahre 1945. In: OSB, 75. Jg., Nr. 6, Juni 1954.

125 Vgl. Löning, G: Meine erste Lehrtätigkeit in der einklassigen Schule Vellage. Krs. Leer. In: Klattenhoff, K.; Schäfer, B.; Sprang, H.; Weßels, P., 2007, S. 53–82.

126 Das war eine Folge der Diskussion um die Einrichtung von Konfessionsschulen. Da eine Einigung über die Einrichtung nicht herbeigeführt werden konnte, sollte – so Capt. Lowes im August 1945 – der Religionsunterricht mit mindestens zwei und nicht mehr als vier Stunden wöchentlich erteilt werden. Vgl.: Erziehungsoffizier 613, Capt. Lowes, v. 23.Aug.1945: StAA Rep. 17/4 Nr. 1770.

127 Angaben zum Plan „bevor Schulbücher geliefert werden können“ gem. Jelden, H.: Wiederbeginn des Unterrichts am Beispiel der Volksschule Fohlmusen. In: Bierwirth, H.; Hothan, H.; Klattenhoff, K. (Hrsg.), 1995, S. 75.

128 Die Broschüre enthielt Stoffpläne auf Jahrgänge bezogen für Religion, Deutsch, Sprachlehre und Rechtschreibung, Rechnen, Naturkunde, Gesangunterricht, Handarbeit, Turnunterricht und differenzierte Stundenpläne. Vgl. Stoffplan für Volksschulen in Ostfriesland. 1945.

129 Der Stundenplan für die oberen Klassen der Volksschulen – 10–14 Jahre – wies täglich für die erste Stunde „Radio“ aus. Ebd.

130 „Die Programme werden durch Kurierdienst den einzelnen Schulen zugeleitet. Ergänzend wird hinzugefügt, dass um 2.45 Uhr eine Wiederholung auf Schallplatten erfolgt. Jeden

Doch der schlechte Zustand der Schulbauten, der Mangel an Heizmaterial, die fehlende Winterbekleidung insbesondere der Flüchtlingskinder führte im Winter 1945/46 wieder zu erheblichem Unterrichtsausfall.¹³¹ Krankheiten breiteten sich aus und konnten aufgrund des Mangels an Medikamenten kaum begrenzt werden. Bis zum Frühjahr 1946 hatten sich die Bedingungen derart verschlechtert, dass die Militärregierung eine Schließung aller Schulen „aus gesundheitlichen Gründen“¹³² vorbereitete.

Der Neuanfang forderte persönliches Engagement und Durchsetzungskraft. Die Lehrerinnen und Lehrer unterrichteten ab 1945 in dem bekannten dreigliedrigen System und in althergebrachten Formen, die es vor 1933 bereits gegeben hatte. Erinnerungen an die demokratischen Gepflogenheiten, an die Reformpädagogik der Weimarer Zeit lebten zwar auf, aber die meisten Lehrkräfte hatten nicht die Kraft, die notwendig gewesen wäre, um Veränderungen mit dem Neubeginn umzusetzen. Der Mangel bestimmte die Möglichkeiten und begrenzte die pädagogische Arbeit.

1.2.3 Automatischer Arrest und Internierung von Lehrkräften

Dem deutschen Militarismus und Nationalsozialismus sollte grundsätzlich ein Ende bereitet werden, darüber waren sich die Alliierten in den Konferenzen Teheran 1943 und Jalta 1945 einig.¹³³ Die abschließende Erklärung von Jalta versprach ein Vorgehen nach einem „in gegenseitigem Einvernehmen festgelegten Plan.“¹³⁴

Im Oktober 1944 erarbeitete das von den Alliierten gemeinsam gegründete britisch-amerikanische Oberkommando, das Supreme Headquarter of the Allied Expeditionary Force (SHAEF), die Anweisungen zum „Automatischen Arrest“. Demnach sollten Vertreter der deutschen Geheimdienste, der Sicherheitspolizei, der Polizei, der Kriminalpolizei, der Nazipartei und die Staats-

Montag um 10 und 15 ½ Uhr: neueste Nachrichten mit Kommentar.“ Schreiben Schulrat Stadt Emden an alle Schulleitungen vom 23.11.1945. Archiv Bunkermuseum Emden.

131 Angaben nach Bibow, A.: Der Beginn des Wiederaufbaus des ostfriesischen Schulwesens nach der Kapitulation im Jahre 1945. In: OSB, 75. Jg., Nr. 6, Juni 1954.

132 Militär-Regierung – Deutschland. Britisches Kontroll-Gebiet. Anordnung Nr. 54 über Erziehungs-Überwachung April 1946. STAA, Rep. 17/4 Nr. 1770.

133 Darstellung des Verhandlungsverlaufes in: Edmonds, R., 1994; Benz, W., 1994.

134 Vgl. Bericht über die Krimkonferenz (Jalta) 3.-11. Februar 1945, Pkt 2. In: Lehmann, H.G., 2004.

beamten im Höheren Dienst von den Truppen festgenommen und inhaftiert werden.¹³⁵

Die Direktive der amerikanischen Stabschefs (JCS) 1067 vom 26. April 1945¹³⁶ stellte eine weitere Differenzierung¹³⁷ dar und wurde zur Grundlage des ersten Vorgehens in der Entnazifizierung. Alle, die „nicht nur nominell“ in der NSDAP tätig waren, sollten aus öffentlichen Ämtern und Positionen entfernt werden.¹³⁸

Am 28. Mai 1945 verhaftete britisches Militär in Ostfriesland die wichtigsten Amtswalter der NSDAP und alle Personen, die in irgendeiner Form für die Nationalsozialisten tätig gewesen waren.¹³⁹

Alle Beamten, Angestellten und Arbeiter, die im öffentlichen Dienst gestanden hatten und vor dem 1. April 1933 Mitglied der NSDAP gewesen waren, wurden aus dem Dienst entlassen. Die Landräte im RB Aurich kamen in der Konferenz vom 15. Juni 1945 zu der Auffassung, dass die Rechte den Beamten nur „im Rahmen eines Dienststrafverfahrens genommen werden könnten.“¹⁴⁰ Doch diese Feststellung änderte nichts am Vorgehen.

Viele Lehrkräfte, die Funktionen im NSLB oder im NSV übernommen hatten¹⁴¹, wurden festgenommen und im Civil Internment Camp No. 9 Esterwe-

135 Automatischer Arrest. Aufstellung des britisch-amerikanischen Oberkommandos (SHAEF) vom Oktober 1944. Abdruck auszugsweise in: Vollnhals, C., 1991, S. 238 ff. Ab April 1945 wurde von Briten und Amerikanern eine neue Fassung des „Handbook governing policy an procedure for the Military Occupation of Germany“ benutzt. Vgl. Wember, H., 1992, S. 35 ff.

136 Direktive Joint Chiefs of Staff (JCS) 1067. Richtlinien der amerikanischen Stabschefs an den Oberbefehlshaber der Besatzungstruppen der Vereinigten Staaten hinsichtlich der Militärregierung für Deutschland v. 26. April 1945. In: Lehmann, H.G., 2004.

137 Die Entnazifizierung wurde mehrfach modifiziert. In der britischen Zone wurde nach den Direktiven Nr. 24 vom 12.1.1946 und Nr. 38 vom 12.10.1946 des Alliierten Kontrollrates sowie nach den britischen Zonen-Exekutiv-Anweisungen Nr. 3 vom 17.1.1946 (zwei Mal novelliert) und Nr. 54 und den Verordnungen Nr. 79 vom 24.2.1947 und Nr. 110 vom 1.10.1947 verfahren.

138 Vgl. Pkt. 6, c. JCS 1067. In: Lehmann, H.G., 2004.

139 Vgl. Aper, K.-H.: Lehrer in den Lagern der britischen Militärregierung nach dem 8. Mai 1945. In: Bierwirth, H.; Hothan, H.; Klattenhoff, K. (Hrsg.), 1995, S. 575.

140 Protokoll Landräte-Konferenz Regierung Aurich, 15.6.1945. STAA Rep. 17/1, Nr. 19.

141 „Es waren viele Lehrer da, denen fast automatisch in der Nazizeit ein niedriges Amt, meistens in der NSV aufgebürdet wurde. Dazu kam auch eine ganze Reihe solcher Leute, die unschuldig denunziert und verhaftet wurden.“ Wykhoff, W.: Mit Nazis und Kriegsverbrechern hinter Stacheldraht. Bericht eines Internierten. DIZ-Bericht 1992, S. 43.

gen, dem ehemaligen Konzentrationslager, interniert.¹⁴² Eine speziell für diesen Zweck gegründete Abteilung, die Public Safety (Special Branch), vor Ort übernahm die Überprüfung der Personen und ordnete Internierung an.¹⁴³ In den Internierungslagern gab es vorerst keine Maßnahmen zur Umerziehung.¹⁴⁴ Das Leben in den Lagern beschränkte sich auf die Organisation des Ablaufs:

*„Mindestens einmal am Tag war Zählappell; ansonsten herrschte allgemeine Langeweile unter den Gefangenen. Arbeit war die Ausnahme.“*¹⁴⁵

Die Festgenommenen wurden in der Regel nach einem Verhör, das unter Umständen einige Tage in Anspruch nehmen konnte¹⁴⁶, im Internierungslager in Compounds, in Lagergruppen oder -gehegen, die mit Stacheldraht voneinander getrennt waren, untergebracht. Die Erkenntnisse aus den Verhören hatten offensichtlich Einfluss auf die Zusammenstellung der Compounds. Auf diese Weise konnte kein Informationsaustausch zwischen den Internierten stattfinden.¹⁴⁷ Die Familien der Internierten blieben lange Zeit ohne Nachricht über den Verbleib ihrer Angehörigen. Internierte durften lediglich eine vorgedruckte Postkarte verschicken, die den Anfangsbuchstaben des Familiennamens, den Geburtsort und das Geburtsdatum mit der Nachricht „Ich bin noch am Leben und befinde mich z. Z. in britischer Hand.“ ent-

142 Esterwegen war vom Sommer 1945 an Internierungslager, ab 1.7.1946 wurde es als „Prison Camp“ bezeichnet. Vgl. Auflistung in: Wember, H., 1992, S. 50 ff.

143 „Internierung umfaßte die Neutralisierung von Personen aus der Gesellschaft, die den Briten als Sicherheitsrisiko für die eigenen Truppen erschienen.“ Wember, H., 1992, S. 25.

144 Zur Umerziehung wurden besondere Einrichtungen geschaffen. In Wilton Park entstanden 1945 auf Anregung von Sir Heinz Koppler Studiengänge, die ab 1946 von deutschen Kriegsgefangenen, später auch von ausgewählten Personen des öffentlichen Lebens aus Deutschland absolviert werden konnten. Die Absolventen sollten als Multiplikatoren in Deutschland tätig werden. Ralf Dahrendorf nahm an einem Umerziehungslehrgang teil und berichtete in der Zeitschrift „Die Brücke“ darüber. Abdruck in: Plato, A. von; Leh, A., 1997, S. 328 ff. (Abdruck aus der Zeitschrift „Die Brücke. Für Verständigung und Frieden. Wilton Park Rundbrief. Zeitschrift der Studenten von Wilton Park.“ Beaconsfield, Wilton Park ab 1947.) Zur Geschichte von Wilton Park vgl. Keezer, D. M.: A unique contribution to international relations; the story of Wilton Park. New York, McGraw-Hill 1973.

145 Wember, H.: Nazis hinter Stacheldraht. Esterwegen als Internierungslager nach 1945. DIZ-Bericht 1992, S. 40.

146 Wilhelm Wykhoff berichtete davon, dass sein Verhör im ehemaligen Wehrmeldeamt Leer durchgeführt wurde. Wykhoff, W.: DIZ-Bericht 1992, S. 43. Andererseits erklärte Lehrer Hans Aper, so berichtet sein Sohn, er sei weder verhört noch verurteilt worden. Vgl. Aper, K.-H.: Lehrer in den Lagern der britischen Militärregierung nach dem 8. Mai 1945. In: Bierwirth, H.; Hothan, H.; Klattenhoff, K. (Hrsg.), 1995, S. 576.

147 Die Mitglieder der Familie eines Gauleiters wurden in unterschiedlichen Compounds untergebracht. Wykhoff, W., a.a.O., S. 42.

hielt.¹⁴⁸ Länger Einsitzende konnten von den Angehörigen in Familienangelegenheiten schriftlich befragt werden. Die Familienangehörigen durften fünf Fragen einreichen, die von dem jeweiligen Internierten sachbezogen beantwortet werden mussten.¹⁴⁹

Berichte oder Erinnerungsschriften aus dem Internierungslager Esterwegen sind selten. Im Lager war Papier knapp. Wer etwas im Compound aufschrieb, musste einen für die anderen Häftlinge einsehbaren Grund haben. Hauptlehrer Karl Schmidt, 1896–1977, aus Bunde, der vom Juni bis zum Dezember 1945 in Esterwegen einsaß, hatte die Gelegenheit, Notizen zu machen. Er leitete den Lagerchor, zeichnete also einige Lieder, englische Redewendungen, Kochrezepte und Gedichte auf. Zusätzlich brachte er aus dem Lager Abschriften von Texten Mitinternierter und die Ballade eines unbekanntenen „Lagerdichters“¹⁵⁰ mit. Die mehr oder weniger gereimte „Lagertypenbeschreibung“ des Lagerdichters ist besonders auffällig. Sie gibt bei genauem Lesen Auskunft über die Lebensbedingungen und Tagesabläufe im Internierungslager.¹⁵¹ Es wurden Schnitzarbeiten angefertigt¹⁵², Rezepte geschrieben¹⁵³, Küchendienst versehen, Holz gehackt und die Ernährung durch Nachbereiten von Kartoffelschalen aufgebessert.¹⁵⁴ Die Ernährungslage insgesamt war schlecht. H. Wember belegte zwar anhand der Zuweisungslisten, dass die Versorgung in Esterwegen nicht schlechter gewesen sei, als in anderen Lagern.¹⁵⁵ Doch W. Wykhoff berichtete von extremer Unterernährung, über die lediglich bei den regelmäßigen Untersuchungen der Internierten hinweg-

148 Ebd., S. 44.

149 Aussage der Ehefrau Johann Memmings in einem Interview. Vgl.: Galle, J.; Pannemann, R.; Schröder, G.: Interview mit Zeitzeugen. Johann Memming. 1986.

150 Der „Lagerdichter“ bezeichnete sich selbst so. Vgl. StAA Rep. 220/38 Nr. 1.

151 „Gereimte Lagertypenbeschreibung aus dem Internierungslager Esterwegen. Herbst 1945. später von Karl Schmidt mit der Schreibmaschine abgeschrieben. Verfasser unbekannt. 20 Blatt.“ Vorblatt mit Notiz des Sohnes von Karl Schmidt. Ebd.

152 Lagertypenbeschreibung, Blatt 2. Ebd.

153 Lagertypenbeschreibung, Blatt 5, Ebd.; Auch K. Schmidt schrieb Rezepte, die darauf ausgerichtet waren, möglichst wenig aufwändige und einfache Gerichte anzufertigen. Ebd.

154 „Das Essen ist als schlecht bekannt. Das hört der Lagerkommandant, und so wurde jüngst ernannt ein Herr Stärkefabrikant. Dazu passte niemand besser als ein Altertumsprofessor! Dieser ‚stokarrt‘ rum im Brei, zaubert Stärke so herbei, und er weiss in tiefsten Gründen alter Schalen noch zu finden, wonach zäh er gräbt im Fleiss: Kartoffelmehl ist dann sein Preis.“ Lagertypenbeschreibung, Blatt 2. Ebd.

155 „Gehungert wurde im Internierungslager Esterwegen wie überall in Deutschland. Die Lebensverhältnisse in Esterwegen entsprechen in etwa dem Durchschnitt.“ Wember, H.: Nazis hinter Stacheldraht. Esterwegen als Internierungslager nach 1945. DIZ-Bericht 1992, S. 40.

getäuscht wurde.¹⁵⁶ In der gereimten Lagertypenbeschreibung ist von den durch schlechte Ernährung entstandenen gesundheitlichen Problemen der Internierten und von einem Hungertoten die Rede.¹⁵⁷

Arbeitsmöglichkeiten gab es nach Angaben von Wykhoff im Lager nicht, lediglich im Frühsommer 1945 seien aus einem „Kriegsverbrechercompound“ Häftlinge geholt worden, um die Leichen erschossener KZ-Häftlinge in Börgermoor auszugraben.¹⁵⁸

Nachrichten von außen erreichten die Inhaftierten über Flüsterpropaganda, Gerüchte kursierten¹⁵⁹, jeweils alle zwei Wochen wurde eine Rundfunksendung über die Lautsprecheranlage des Internierungslagers eingespielt.¹⁶⁰ Die Themen dieser so genannten „Stunde der Integrierten“¹⁶¹ sind leider nicht bekannt. Eine Nachfrage beim Deutschen Rundfunkarchiv¹⁶² 2006 ergab, dass diese Sendungen nicht archiviert sind. Hugh C. Greene, der die Inhalte verantwortete, nahm seine Arbeit im November 1945 auf.¹⁶³ Anfänglich gab es erhebliche Schwierigkeiten bei der Programmabstimmung.¹⁶⁴

Von Maßnahmen, die der politischen Information, der Umerziehung oder der gezielten Demokratisierung hätten dienen können, ist in den Berichten der ehemaligen Internierten nicht die Rede.¹⁶⁵ Wirkungen – wenn auch nur vereinzelt – gab es:

156 „Ich wog bei einer Wiegung 46 kg und stellte dies selbst durch Augenschein fest, der deutsche Wieger gab das Resultat hörbar an den Dolmetscher weiter und dieser schließlich an den englischen Aufschreiber mit der Angabe 55 kg.“ Wykhoff, W.: Mit Nazis und Kriegsverbrechern hinter Stacheldraht. Bericht eines Internierten. DIZ-Bericht 1992, S. 43.

157 „Und neulich, da war ein großer Tag, als tot auf der Bahr' ein Verhungertes lag.“ Lagertypenbeschreibung, Blatt 11. StAA Rep. 220/38 Nr. 1.

158 Wykhoff, W., a. a. O., S. 43. Wember schreibt allerdings: „Regelmäßige Arbeit gab es nur im Internierungslager Esterwegen.“ Wember, H., 1992, S. 315.

159 „Was zischelt und raunt und flüstert herum im weiten Lagerkreise? Es ist ein Gerücht, und das bleibt nicht stumm es macht eine weite Reise. ... Gerüchtemacher am Abort, die soll der Teufel holen.“ Lagertypenbeschreibung, Blatt 2. Ebd.

160 „Zweiwöchentlich wir uns dran laben, dass wir dann einen Sender haben. Mit frohem Sinn und ohne Geld wird die Verbindung hergestellt, öffentlich mit der Aussenwelt.“ Lagertypenbeschreibung, Blatt 3. Ebd.

161 Ab Januar 1947 erfolgten diese Sendungen einmal wöchentlich. Vgl. Wember, H., 1992, S. 177 f.

162 Stiftung Deutsches Rundfunkarchiv, Frankfurt a. M.-Berlin.

163 Vgl. Tracey, M., 1984, S. 109.

164 Vgl. ders., 1983, S. 29.

165 Ausnahmen gab es. „In Hamburg-Neuengamme probierten die Briten 1947 mit großem Erfolg ein Umerziehungs-Programm aus. Außerdem wurden junge Internierte in einem Speziallager nach Fallingbommel gebracht und konnten dort an einem freiwilligen Unterricht teilnehmen.“ Wember, H.: Nazis hinter Stacheldraht. Esterwegen als Internierungslager

*„Das Verhalten der damals vormals Mächtigen, der Schuldigen und auch der Unschuldigen war sehr aufschlußreich und hat auch ohne Umschulungs- und Erziehungsversuche uns jungen Leuten den Weg zur Demokratie gezeigt.“*¹⁶⁶

Entlassungen aus der Internierung erfolgten nach und nach. Die Aufenthaltsdauer empfanden einzelne Internierte als willkürlich gesetzt, sie orientierte sich aber offensichtlich am Verlauf der Ermittlungen der britischen Organisationen. Denn ebenso nach und nach wurden Kriegsverbrecher erkannt und abgeurteilt.¹⁶⁷

Die aus der Internierung entlassenen Lehrkräfte mussten, um in den Dienst zurückkehren zu können, sich weiteren Maßnahmen der Entnazifizierung stellen. Niemand sollte in den Dienst, der die nationalsozialistische Ideologie aktiv unterstützt hatte. Der Alliierte Kontrollrat hatte für das Gebiet des ehemaligen Deutschen Reiches ein gemeinsames Vorgehen angestrebt, die Vereinbarungen der Sieger hoben darauf ab, die Entnazifizierung in allen vier Besatzungszonen einheitlich durchzuführen. Doch die Praxis wurde von den Zonengrenzen bestimmt.¹⁶⁸

1.2.4 Kategorisierung der NS-Verantwortlichen und die Schuldfrage

In der britischen und amerikanischen Zone wurde auf dem Hintergrund des „Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus“ vom 5.3.1946¹⁶⁹ nahezu einheitlich vorgegangen. Zur Beurteilung der Verantwortung Einzelner wurden fünf Kategorien geschaffen: I. Hauptschuldige, II. Belastete, III. Minderbelastete, IV. Mitläufer und V. Entlastete.¹⁷⁰ Gerade Lehrkräfte wurden von den Vorgaben dieses Gesetzes erreicht, da ihnen oft genug der Vorwurf zu machen war, sich im Unterricht und in der öffentlichen Amtsführung aktiv für den Nationalsozialismus eingesetzt zu haben.¹⁷¹ Wenn die Lehrkräfte im Nationalsozialismus auch nicht generell zu den „Hauptschuldigen“ nach den Definitionen des Gesetzes gerechnet werden konnten, so mussten sie doch als „Belastete“ angesehen werden, da es ihre

nach 1945. DIZ-Bericht 1992, S. 40. Und zu Umerziehungs-Maßnahmen Wember, H., 1992, S. 167 ff.

166 Wykhoff, W.: Mit Nazis und Kriegsverbrechern hinter Stacheldraht. Bericht eines Internierten. DIZ-Bericht 1992, S. 45.

167 Vgl. Wember, H., 1992, S. 276 ff.

168 Vgl. dazu Fürstenau, J., 1969; Vollnhals, C., 1991.

169 Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus. 5. März 1946. In: Lehmann, H.G., 2004.

170 Art. 4, Gruppen der Verantwortlichen. Ebd.

171 Art. 7. Ebd.

Aufgabe gewesen war, die Erziehung und Bildung der Jugend im Sinne des NS-Staates zu gestalten. Die einzelnen Kategorien der Schulzuweisungen waren in weitere Stufen unterteilt. Es musste festgestellt werden, ob sie als „Aktivisten“¹⁷², „Militaristen“¹⁷³ oder „Nutznießer“¹⁷⁴ Schuld auf sich geladen hatten. Traf dies zu, so musste diese Lehrkraft aus dem Dienst entfernt werden, sie verlor alle Ansprüche auf Gehalt und Versorgung und die persönlichen Konten wurden gesperrt.¹⁷⁵ Der Gesetzestext räumte allerdings die Möglichkeit der Bewährung ein.¹⁷⁶ Die Betroffenen strebten letztlich danach, möglichst den Status der „Minderbelastung“, Kategorie III, oder gar des „Mitläufers“, Kategorie IV¹⁷⁷, zu erreichen. Um wieder in den Dienst zu gelangen, hatten die Lehrkräfte den Fragebogen zur Entnazifizierung¹⁷⁸ auszufüllen und Leumundszeugnisse beizubringen. 132 Fragen galt es zu beantworten. Die erste Frage richtete sich nach der Art der Beschäftigung, die ausgeübt werden sollte: „1. Augenblickliche oder angestrebte Stellung.“ Weiter mussten Auskünfte über Schulbildung und berufliche Entwicklung, Angaben zu Militärdienstleistungen, Mitgliedschaften, Veröffentlichungen, Einkommen, Vermögen, Reisen usw. gegeben werden. Den Abschluss bildete die „Bescheinigung des Zeugen, oder, wenn in Betracht kommend, des unmittelbaren Dienstvorgesetzten.“¹⁷⁹ Lehrkräfte legten den Fragebogen mit Leumundszeugnissen beim zuständigen Kreisschulrat vor, der dann diese Schlussbescheinigung auf dem Fragebogen gab.

Das Verfahren der Entnazifizierung hatte extreme Auswirkungen auf die Unterrichtsversorgung Ostfrieslands.¹⁸⁰ Regierungsschulrat Bibow führte

172 Ebd.

173 Art. 8. Ebd.

174 Art. 9. Ebd.

175 „Gesetzliche Vermögenssperre. Artikel 61. (1) Das Vermögen der nach Art. 58 entfernten und ausgeschlossenen Personen unterliegt der Sperre. (2) Zur Verwaltung und Sicherung des nach diesem Gesetz gesperrten Vermögens bestellt der Minister für politische Befreiung oder eine von ihm beauftragte Stelle einen Treuhänder.“ Ebd.

176 Art. 11.1. Ebd.

177 Art. 11. Ebd.

178 Military Government of Germany: Fragebogen. C.C.G. (B.E.) Public Safety (Spezial Branch), Revised 1 January, 1946. Alle Personen über 18 Jahre mussten sich registrieren lassen und den Fragebogen ausfüllen. L.D. Clay berichtete, dass in seinem Bereich über 13 Millionen Registrierungen vorgenommen wurden, drei Millionen Menschen wurden zur Verantwortung gezogen. Clay, L.D., 1950, S. 290.

179 Ebd., S. 12.

180 „Den größten Eingriff in das Leben der Schule bildete die Entnazifizierung. Im Regierungsbezirk wurden insgesamt 350 bis 400 Lehrer und Lehrerinnen beurlaubt, die oft erst nach langen Jahren wieder in die Schule zurückkehren durften.“ Wiemann, H.; Eiben, H.O., 1956, S. 13.

Verhandlungen mit der britischen Militärregierung, um die Verfahren zu beschleunigen. Der britische Erziehungsoffizier aber wollte auf gar keinen Fall zulassen, dass ehemalige NS-Aktive wieder in die Schulen kamen.¹⁸¹ Doch nur mit den Entlasteten wäre die Unterrichtsversorgung Ostfrieslands nicht sicherzustellen gewesen. Selbst die Vorgabe, alle aktiven Nazis und diejenigen, die Amtswalter waren, nicht in den Lehrberuf zu lassen, hätte nur den Einsatz von „insgesamt 200 Lehrern und Lehrerinnen ermöglicht.“¹⁸²

Im Juni 1946 legten die Vertreter der Militärregierung im Regierungsbezirk Aurich, Colonel Bowers und Major Boots, das Entnazifizierungsverfahren für die Lehrkräfte endgültig fest.¹⁸³

Die Fragebogen der Volksschullehrkräfte gingen an den zuständigen Schulrat, den Regierungsschulrat und an den Erziehungsoffizier des RB Aurich. Der Unterausschuss für Lehrer des jeweiligen Kreisentnazifizierungsausschusses und die Abteilung für öffentliche Sicherheit der Militärregierung setzten sich mit den Angaben der Lehrkräfte auseinander und legten die Kategorie fest. Das Ergebnis wurde dem zuständigen Erziehungsoffizier, dem Regierungsschulrat und der Lehrkraft mitgeteilt.¹⁸⁴ In jedem Einzelfall musste das Verfahren der Entnazifizierung durchgeführt werden, wenn auch in vielen Fällen, wie unten aufgezeigt, mit deutlicher Nachsicht.

Die Entnazifizierung, die immer wieder in den Zusammenhang mit Demokratisierung und Umerziehung gestellt wird¹⁸⁵, trug allerdings nicht dazu bei, dass die ehemals aktiven nationalsozialistischen Lehrkräfte Einsicht in unredliches Handeln gewannen, Schuld anerkannten und sich zur Demokratie bekannten. Die, die in das Entnazifizierungsverfahren eintraten, versuchten möglichst schlüssig den Nachweis zu führen, dass sie sich nicht schuldig gemacht hatten. Leumundszeugnisse sollten das schließlich belegen. Es kam in den Verfahren, die dann vor deutschen Ausschüssen und Spruchkammern geführt wurden, schließlich nicht darauf an abzuwägen, wie viel Schuld der oder die Einzelne auf sich geladen hatte. Die Verfahren waren so gestaltet, dass die Beklagten von vornherein den Beweis anzutreten versuchten, sie seien vom Grundsatz her gegen den Nationalsozialismus gewesen und hätten

181 Bibow, A.: Der Beginn des Wiederaufbaus des ostfriesischen Schulwesens nach der Kapitulation im Jahre 1945. In: OSB, 75. Jg., Nr. 6, Juni 1954.

182 Ebd.

183 Entscheidung der Militär-Regierung Reg. Bezirk Aurich. Col. Bowers und Major Boots. StAA Rep. 250/1, Nr. 184.

184 Ebd. Punkte I.1. bis I.8.

185 Vgl. dazu Halbritter, M., 1979; Friedrich, J., 1984; Benz, W., 1991; Füssl, H., 1994.

nur aus lauterer Gründen mitgewirkt. Auf diese Weise kam der Gedanke an Schuld völlig in den Hintergrund, er wurde verdrängt.¹⁸⁶

Dass die Erfüllung der Beamtenpflicht im NS-Staat eine Mitschuld an den Verbrechen, die im Namen dieses Staates begangen wurden, begründete, das wurde nicht erörtert. Zu selbstverständlich waren die Staatsdiener zwölf Jahre lang vereinnahmt worden. Andersdenkende waren erst gar nicht in den Dienst gekommen. Ein Bewusstsein, als Mitläufer auch zum Mittäter geworden zu sein, existierte offensichtlich nicht.¹⁸⁷

Der nationalsozialistische Staat hatte Macht auch und gerade durch die Beamtenschaft ausgeübt. Das konnte nur dadurch gelingen, dass alle seine Gliederungen in den Behörden, den Schulen und staatlichen Einrichtungen ihren Beitrag leisteten und aktiv mitwirkten. Viele Menschen hatten das Geschehene mit zu verantworten, doch die meisten wollten nach 1945 uneteiligt und damit unschuldig gewesen sein.

1.2.5 Die Entnazifizierung am Beispiel eines Hauptlehrers aus Leer

Das Beispiel eines Lehrers, der nach 1945 im Ostfriesischen Lehrerverein aktiv und gestaltend mitwirkte, den Kreisverein Leer 1953 mit begründete und lange Jahre den Vorsitz dort innehatte, sei näher betrachtet. Johann Memming, Jahrg. 1897, war 1916–1923 in Wymeer, 1923–1935 in Esklum Lehrer. Memming entwickelte sich zum fleißigen und aufstrebenden Pädagogen, er schuf die Voraussetzungen für einen angemessenen Aufstieg. Am 5. März 1930 erwarb er die Befähigung als Mittelschullehrer¹⁸⁸, trat im März 1933 in die NSDAP ein¹⁸⁹, wurde Ortsgruppenamtsleiter des NSLB.¹⁹⁰ Wenige Monate nach der Machtübernahme wurde er von der NSDAP in den

186 Diese Wirkung wurde von Ralph Giordano als eine typische Nachkriegsentwicklung dargestellt. Vgl. Giordano, R., 1987.

187 Zur Mitschuld durch die Dienstpflicht der Beamten vgl. auch: Beschluss des Bundesverfassungsgerichts (BVerfGE 6, 132) vom 19.2.57, Gestapo-Entscheidung, Beamtenverhältnisse am 8. Mai 1945. In: Lehmann, H.G., 2004.

188 Befähigungsnachweis. StAA Rep. 17/4, Nr. 1361, Bd. 1.

189 Memming nennt dazu 10 Gründe. Vgl. Memming; J., 1989, S. 97 f.

190 Memming pflegte die Darstellung, er sei von seinen Kollegen zum Vorsitzenden des örtlichen Lehrervereins gewählt worden, da dieser auch nach der Machtübernahme weiter unabhängig arbeiten wollte. Tatsache aber ist, dass der NSLB eine völlig andere Struktur als der Ostfriesische Lehrerverein hatte. Der NS-Lehrerbund war ein der NSDAP angeschlossener Verband. Die Verbandsspitze bildete das „Hauptamt für Erzieher“ gliederte sich in „Ämter für Erzieher“. Da J. Memming die Führung einer Ortsgruppe innehatte, war er „Ortsgruppenamtsleiter“. Zur Struktur des NSLB vgl. Organisationsbuch der NSDAP. München 1943, S. 252–256. Abdruck in Gamm, H.-J., 1990, S. 197 ff.

im März gewählten Gemeindeausschuss der Gemeinde Esklum eingesetzt.¹⁹¹ In einer Auflistung der NSDAP, Kreis Leer, Ortsgruppe Oberledingermarsch, Stützpunkt Gemeinde Esklum, wurde er als der „höchste politische Amtswalter“¹⁹² und in der „Nachweisung“¹⁹³ zur Gemeinde Esklum, bei den Gemeinderäten an erster Stelle genannt und als „oberster örtl. Parteil.“¹⁹⁴ bezeichnet.

1935 übertrug der Regierungspräsident in Aurich J. Memming kommissarisch die Hauptlehrerstelle in Plaggenburg.¹⁹⁵ Zeitgleich legte Memming seinerseits dem Regierungspräsidenten am 4. April 1935 eine Bescheinigung der NSDAP, Gauleitung Weser-Ems, vor: „Hiermit bescheinige ich dem Lehrer J. Memming, Esklum, dass er seit dem 1. Mai 1933 Mitglied der N.S.D.A.P. ist.“¹⁹⁶

Am 2.9.1936 gab J. Memming auf dem Dienstwege an den Regierungspräsidenten in Aurich einen „Nachweis der Tätigkeit in der N.S.D.A.P. bzw. ihren Gliederungen oder angeschlossenen Verbänden.“ Er erklärte:

*„Ich bin in der N.S.D.A.P. als Zellenleiter, Schulungsleiter und Kulturwart tätig. Im N.S.L.B. bekleide ich das Amt eines Ortsgruppenamtsleiters. Außerdem bin ich Kreissachbearbeiter für Geschichte.“*¹⁹⁷

Er hatte also alle Funktionen inne, die er als aufstrebender Lehrer im NS-Staat in seinem regional begrenzten Wirkungskreis überhaupt erreichen konnte.¹⁹⁸ 1938 bewarb sich J. Memming um eine Rektorenstelle in Loga. In den Unterrichtsstunden zur Besichtigung praktizierte er eine Form des nationalsozialistischen Gesamtunterrichts:

„1. Unterricht. Hauptlehrer Memming unterrichtet das 7. + 8. Schuljahr. Nationalsozialistischer Gesamtunterricht: Stoff der Wiederholung: Adolf

191 „Gewählte 12.3.1933 Nr. 1–4 (Hensmann, Leemhuis, Nehuis, Homann) Eingesetzte Nr. 5–6 (Memming, 29.9.1933; Krämer 27.11.1933)“ 20. Januar 1934. Der Vorsitzende des Kreisausschusses. K.I. Leer, Namentliches Verzeichnis der z.Zt. im Amt befindlichen Gemeindeausschussmitglieder v. 20. Januar 1934. StAA Rep. 32 Nr. 165 (Klammern im Original).

192 NSDAP, Kreis Leer, Eing. 16. Januar 1934. Ebd.

193 Ebd.

194 Ebd.

195 StAA Rep. 17/4, Nr. 1361, Bd. 1.

196 Bescheinigung NSDAP Gauleitung Weser-Ems, Kreisleitung Leer, vom 4.4.1935, Ebd.

197 Nachweis der Tätigkeit in der N.S.D.A.P., StAA Rep. 17/4, Nr. 1361, Bd. 1.

198 Vgl. Kap.: Lehrerschaft im Nationalsozialismus.

Hitler, unser Führer. Die Kinder beteiligen sich rege und erzählen fließend und zusammenhängend in einzelnen Abschnitten: Der Führer im Sturm.“¹⁹⁹

Doch die Stelle in Loga wurde anderweitig vergeben.

Memming vertrat seine nationalsozialistische Überzeugung offen, wollte die Schülerinnen und Schüler emotional an die Ziele des NS-Staates binden. Zum Kriegsbeginn schrieb er im „Mitteilungsblatt des NSLB“:

*„Mit der Betrachtung der Kriegslage wird jeden Morgen der Unterricht begonnen. Es läßt sich nicht vermeiden, dass oft die ganze erste Stunde damit hingeht. Wenn dadurch hier und da lehrplanmäßig festgelegte Stoffe in den Hintergrund treten, so wird dieser Ausfall ausgeglichen durch Gewinnung anderer, wertvollere Erkenntnisse, ganz abgesehen von den Einwirkungen auf das Gefühls- und Willensleben.“*²⁰⁰

Und um deutlich zu machen, dass sich die Schule seinem Verständnis nach ganz auf die Ziele des NS-Staates auszurichten hatte, leitete er den Artikel mit dem Hinweis ein, dass er die Schule als „nationalsozialistische Schule“²⁰¹ begriff und sie als kriegswichtigen „Betrieb besonderen Maßes“²⁰² ansah. Im Oktober 1942 übernahm Memming das Amt des Ortsgruppenleiters von Heisfelde, Leer, und teilte dies auf dem Dienstwege dem Regierungspräsidenten in Aurich mit.²⁰³

Er selbst stellte sich auf diese Weise seinen Dienstvorgesetzten als politisch überzeugter und zuverlässiger Nationalsozialist dar. Er war bereit, aktiv die Ziele der NS-Diktatur in der Öffentlichkeit zu vertreten. 1943 kam es in der Region wie im ganzen Reich zur Gründung von Hauptschulen, die eine besondere Funktion im nationalsozialistischen Staat erfüllen sollten. Diese Hauptschule praktizierte eine neue Form der Auslese. Kinder, die begabt

199 Bericht über unterrichtliche Tätigkeit v. 16.2.1938. StAA Rep. 17/4, Nr. 1361, Bd. 1.

200 Memming, J.: Die erste Klasse einer Landschule richtet ihre Arbeit auf den Krieg aus. In: Mitteilungsblatt des NSLB. Gauverwaltung Weser-Ems. Nr. 6, Juni 1940, S. 46.

201 „Die nationalsozialistische Schule soll Erziehungsschule sein. Als solche hat sie im Lebenskampf der deutschen Nation eine wichtige Aufgabe zu erfüllen. Es genügt nicht, daß sie die lehrplanmäßig festgesetzten Bildungsziele verfolgt, sondern als ‚kriegswichtiger Betrieb besonderen Maßes‘ hat sie an der Festigung und Stärkung unserer geistigen und seelischen Aufrüstung mitzuarbeiten.“ Ebd.

202 Ebd.

203 „Betrifft: Ernennung zum Ortsgruppenleiter. Hiermit melde ich, dass mir mit Wirkung vom 1.10.42 das Amt des Ortsgruppenleiters in der Ortsgruppe Heisfelde übertragen wurde.“ Memming an RP v. 19.10.42, a.d.D., Eingang Schulrat Leer 21.10.1942, G.Nr. 832. Eingang RP 23.10.42, StAA Rep. 17/4, Nr. 1361, Bd. 1.

waren, aber keine weiterführende Schule besuchen konnten, sollte sie aufnehmen und gezielt fördern. Zum 1.8.1943 übernahm J. Memming die kommissarische Leitung der neu entstandenen Hauptschule Leer.²⁰⁴ Memming äußerte sich in seinem Schulbericht begeistert über die „revolutionäre Tat“²⁰⁵ der politischen Führung, er betonte die Stellung der Hauptschule im NS-Staat im Gleichrang mit den *Adolf-Hitler-Schulen*, den NAPOLAs und dem Langemark-Studium.²⁰⁶ Die nationalsozialistisch ausgerichtete Hauptschule wurde durch den NS-Staat entsprechend gefördert. An der Schule in Leer unterrichteten neben Ortsgruppenleiter und Hauptlehrer Memming als Schulleiter im Schuljahr 1942/43 gleich drei Rektoren, ein weiterer Hauptlehrer, zwei Lehrerinnen und zwei Lehrer.²⁰⁷

1943 wurde J. Memming auf Vorschlag der NSDAP das Kriegsverdienstkreuz 2. Klasse ohne Schwerter verliehen.²⁰⁸ Fünfzehn Monate nach der Übernahme des Amtes als Ortsgruppenleiter von Heisfelde, am 1.1.1944, erhielt Memming die Ernennung zum Hauptschulrektor an der Hauptschule Leer.²⁰⁹

Im Mai 1945 wurde die Schule geschlossen und Memming verhaftet. Bis zum 11. Februar 1946 blieb er in Esterwegen interniert²¹⁰, anschließend erfolgte seine Entfernung aus dem Dienst.²¹¹ Memming betrieb sofort seine Wiedereinstellung, im Mai 1946 holte er verschiedene Leumundszeug-

204 Abordnung durch RP. 21. Juli 1943. Ebd.

205 „Er bedeutet neben der Einführung der Adolf-Hitler-Schulen der Nationalpolitischen Erziehungsanstalten und des Langemarkstudiums die Verwirklichung des Punktes 20 des Parteiprogramms, wonach es jedem fähigen und fleißigen Deutschen ohne Rücksicht auf Stand und Beruf des Vaters ermöglicht werden soll, in die führende Schicht unseres Volkes aufzusteigen.“ Memming, J.: Schulbericht Hauptschule Leer 1943–45, S. 191 f. Archiv Schulmuseum.

206 Ebd.

207 Ebd., S. 81.

208 „Dem Hauptlehrer Johann Memming in Heisfelde ist auf Vorschlag der NSDAP zum 12.8.1943 das Kriegsverdienstkreuz 2. Klasse ohne Schwerter verliehen worden.“ Aktenvermerk. StAA Rep. 17/4, Nr. 1361, Bd. 1.

209 Ernennung RP 25.1.1944. Ebd.

210 Memming, J., 1989, S. 163.

211 „An den Herrn Mittelschullehrer H. Johann Memming geb. 28.5.1897 in Heisfelde, Krs. Leer. Sie werden hiermit auf Anordnung der Militärregierung aus Ihrem Amte als Lehrer entlassen. Sie werden in keiner Stellung im Schulwesen wieder beschäftigt werden, ohne Zustimmung der Militärregierung. ... Den Reg.Bez. dürfen Sie ohne Genehmigung der Militärregierung nicht verlassen.“ 29.4.1946 Der Regierungspräsident, Abtlg. Kirchen u. Schulen, StAA Rep. 17/4, Nr. 1361, Bd.1.

nisse²¹² ein: Eine Kollegin erklärte für ihn, „dass es ihm zuwider war, wenn Schüler in die Hitler-Schulen gegen den Willen der Eltern hineingezwungen werden sollten“²¹³, eine andere Kollegin bescheinigte die christliche Lebensführung²¹⁴, eine weitere Kollegin hob hervor, dass Memming nie mit dem „Deutschen Gruß“ grüßte²¹⁵, ein Kollege und Konrektor i.R. bescheinigte, dass er von Memming an die Schule geholt worden sei, obwohl bekannt war, dass er ein Gegner des NS-Regimes gewesen sei.²¹⁶ Eine Mutter schrieb, dass J. Memming ihr half, als ihrem sechzehnjährigen Sohn eine Verpflichtungserklärung bei der Waffen-SS abgezwungen worden war. Memming habe sich über das Vorgehen der Werber erregt.²¹⁷ Die Witwe eines Kollegen aus Emden, dem Memming geholfen hatte, als dieser aus dem Dienst entfernt wurde, beschrieb die Hilfsbereitschaft.²¹⁸ Zur dienstlichen Laufbahn des J. Memming erklärte der ehemalige Schulrat der NS-Zeit Gerdes, er habe „für Beförderungen nur sachliche nicht politische Gründe“²¹⁹ gehabt. Pastor Hamer, Heisfelde, betonte das christliche Leben Johann Memmings und erklärte, Memming sei nur stellvertretender Ortsgruppenleiter gewesen und hob zusätzlich hervor, als Beamter habe der Lehrer dieses Amt nicht ablehnen können.²²⁰ Eine Erklärung der Elternschaft der ehemaligen Schule mit 44 Unterschriften wurde vorgelegt, in der die Wiedereinstellung des Lehrers erbeten wurde.²²¹

Memming füllte den Fragebogen am 2.6.1946 aus, gab einigen Angaben eine besondere Wendung. Zur Verleihung von Titeln, Orden usw. notierte Memming: „Kriegsverdienstkreuz 2. Klasse, 1944, erst zurückgehalten, dann nach

212 Zur Wirkung dieser Erklärungen vgl. auch Bahlmann, P.: Die Rolle der Leumundszeugen bei der Entnazifizierung in Esens. Emdener Jahrbuch 2002.

213 Erklärung Elisabeth W., Leer, 27.5.1946, Mittelschullehrerin. StAA Rep. 2050, 50 599.

214 Erklärung Frida von O., Leer, Mittelschullehrerin, 25.5.1946. Ebd.

215 Erklärung Henriette B., Heisfelde, Lehrerin, 15.5.1946. Ebd.

216 Erklärung Johann B., Konrektor a.D., 8.3.1946. Ebd.

217 „Er verfasste ein Schreiben in meinem Namen, in dem die Gründe dargelegt wurden, die mich bestimmten, meine Zustimmung zum Eintritt meines Sohnes in die S.S. zu versagen. Dieses Schreiben habe ich unterschrieben.“ Erklärung Janette W., Mutter, 24.5.1946. Ebd.

218 Erklärung H. Schn., Emden, 25.4.1946. Ebd.

219 Erklärung Gerdes, Schulrat i.R., Leer, 24.5.1946. Ebd.

220 „Als Beamter konnte Herr Memming das ihm angetragene Amt wohl nicht gut ablehnen, aber er hat sein Amt nie mißbraucht zur Terrorisierung anderer, im Gegenteil, er hat immer ausgleichend gewirkt. Bei meinem Hausbesuchen in Heisfelde ist mir auch bei Nicht-Nationalsozialisten nie eine Klage gegen ihn zu Ohren gekommen.“ Erklärung Pastor Hamer, Heisfelde, 20.5.1946. Ebd.

221 Erklärung der Elternschaft. Ebd.

dem Tode meines gefallenen ältesten Sohnes ausgehändigt.“²²² Auf die Frage nach Veröffentlichungen erklärte Memming irreführend und unwahr: „Gelegentliche Ansprachen in der Ortsgruppe, darüber hinaus nicht. Veröffentlichungen keine.“²²³

Unter „Bemerkungen“ betonte Memming, sein Verhältnis zur NSDAP sei „rein äußerlicher Art“ gewesen. Er habe lediglich aus menschlichen Beweggründen „mitgearbeitet“ doch der „nationalsozialistischen Weltanschauung habe (er) ... als Christ stets ablehnend gegenüber gestanden.“²²⁴

Aber der Deutsche Entnazifizierungsausschuss Leer stellte im Juli 1946 fest: „Eifriger Nazi-Unterstützer für Entlassung empfohlen.“²²⁵ Memming ging in den Widerspruch, wandte sich erneut am 16.12.46 und am 1.7.47²²⁶ an den Entnazifizierungsausschuss. Der Ausschuss beriet erneut und vertrat schließlich im August 1947 die Auffassung, dass ihm Gelegenheit gegeben werden sollte, „seine demokratische Gesinnung unter Beweis zu stellen.“²²⁷ Der Entnazifizierungs-Berufungsausschuss folgte im Oktober 1947 dem Vorschlag des Entnazifizierungsausschusses, schlug Kategorie III vor und befürwortete eine Beschäftigung als Mittelschullehrer.²²⁸

Der Öffentliche Kläger beim Entnazifizierungsausschuss des Kreises Leer erteilte einen Zwischenbescheid, empfahl die Einschränkung nach Kategorie III mit Beschränkungen und stellte fest: Gegen „eine Beschäftigung als Mittelschullehrer in nicht leitd. Stellung keine Bedenken.“²²⁹

Die letzte Entscheidung sollte in mündlicher Verhandlung vor dem Entnazifizierungs-Hauptausschuss des Kreises Aurich fallen, zu der Johann Beekmann, Konrektor, Tadino Swyter, Lehrer und Bürgermeister von Esklum, Wilhelmine Siefkes, Lehrerin und Schriftstellerin, und Schulrat Saul, Leer, als Zeugen geladen waren. Es kam zu einem überraschenden Ergebnis, das

222 Fragebogen (Revised 1 January, 1946) vom 2.6.1946, gegengezeichnet von Schulrat Saul, 4.6.1946, S. 8, Frage 104. Ebd.

223 Ebd.

224 Ebd. Klammer nicht im Original.

225 Stellungnahme Deutscher Entnazifizierungs-Ausschuß/RH/Aurk/Leer/Ed/3 vom 22.7.1946, Ebd.

226 Beide Schreiben werden in der Stellungnahme des Ausschusses Leer vom 8.8.47 genannt, sie sind der Akte aber nicht beigefügt.

227 Stellungnahme Deutscher Entnazifizierungs-Ausschuß, Kreis Leer, 8.8.1947, Ebd.

228 Stellungnahme Entnazifizierungs-Berufungsausschuss (German Review Board) vom 15.10.1947. StAA Rep. 250, 50 599.

229 Zwischenbescheid des Öffentlichen Klägers bei dem Entnazifizierungs-Hauptausschuss des Kreises Leer vom 30.10.1948. StAA Rep. 17/4 Nr. 1361, Bd. 1.

sicherlich durch die Aussagen der recht einflussreichen Entlastungszeugen geprägt war. Memming wurde am 10. August 1949 bescheinigt, er sei – bis auf eine Tätigkeit für die NSV – „als Nationalsozialist nicht in Erscheinung“²³⁰ getreten. Die Darstellung, Memming sei Ortsgruppenleiter lediglich „kriegsfolgebefdingt“²³¹ gewesen, bestätigten die Ausschussmitglieder und es wurde festgestellt: „Seine Beförderung zum Rektor erfolgte auf Grund seiner pädagogischen Fähigkeiten.“²³² Diese Darstellung führte zur Einstufung in die Kategorie V., Memming war entlastet.

Dem aber wollte der Öffentliche Kläger im Entnazifizierungs-Verfahren nicht folgen, er legte Berufung ein. So kam es am 23.9.49 zur erneuten mündlichen Verhandlung, diesmal vor dem Berufungsausschuss für die Entnazifizierung im Reg.-Bezirk Aurich. Doch auch in dieser Verhandlung kam der Ausschuss zu der Auffassung, dass Memming „aufgrund seiner Tüchtigkeit“ zum Rektor ernannt wurde. Gewertet wurde dennoch, dass er 1943²³³ zum stellvertretenden Ortsgruppenleiter ernannt worden sei. Die vielen Parteiämter würden ihn zwar belasten, denn ohne das „volle Vertrauen der Partei“ hätte er sie nicht übernehmen können.²³⁴ Doch in der Zusammenschau führten die Feststellungen zur Einstufung in die Kategorie IV. Damit ermöglichte der Ausschuss J. Memming die Rückkehr in den Dienst. Er wurde 1949 Mittelschullehrer an der Friesenschule, der ehemaligen NS-Hauptschule Leer, die zur Mittelschule umgewandelt worden war.²³⁵ Und seine Wiedereingliederung wurde von vielen Seiten gefördert. Während der Sitzung des Schulausschusses Leer vom 19.6.1950 beantragte der Schulrat die Einrichtung einer Konrektorenstelle an der Friesenschule.²³⁶ Dem wurde entsprochen. Der Städtische Schulausschuss beschäftigte sich am 28.7.1950 mit der Wahl eines Konrektors für die Friesenschule. J. Memming wurde die Stelle als Konrektor übertragen, die Wahl wurde „vom Ausschuß einstimmig gut-

230 Entnazifizierungs-Hauptausschuss des Kreises Aurich im mündlichen Verfahren, Entnazifizierungs-Entscheidung v. 10.8.1949. StAA, Rep.250, 50 599.

231 Ebd.

232 Ebd.

233 Das Jahr 1943 galt als signifikant für den Niedergang der NSDAP. Davon konnte zur Zeit der tatsächlichen Ernennung zum Ortsgruppenleiter Ende 1942 noch keine Rede sein.

234 Entnazifizierungs-Entscheidung im mündlichen Verfahren. Berufungsausschuss für die Entnazifizierung im Reg.-Bezirk Aurich v. 23.9.49. StAA Rep 17/4, Nr. 1361, Bd. 1.

235 Diese Form der Hauptschule wurde generell zu Mittelschulen umgewandelt. Vgl.: StAA, Rep 17/4, Nr. 1770.

236 Protokollauszug Städt. Schulausschuss Leer vom 19.6.1950. StAA Rep 17/4, Nr. 1361, Bd. 1.

geheißen.“²³⁷ Auch der Verwaltungsausschuss der Stadt Leer stimmte am 31.7.1950 zu.²³⁸ In der Sitzung vom 28.7.1950 setzte sich der Schulausschuss zusätzlich mit einem Antrag des „Mittelschullehrers Johann Memming um Bestätigung seiner Rechte aus der Ernennung zum Hauptschulrektor am 1.1.1944“ auseinander.²³⁹

Der Ausschuss gestand ihm die Rechte, die er durch seine Tätigkeit als Hauptschulrektor 1944/45 erworben hatte, zu.²⁴⁰ Mit Datum 20.12.1950 erhielt J. Memming die Ernennungsurkunde zum Mittelschulkonrektor und er leistete den Treueeid. Er erklärte: Ich werde „getreu den Grundsätzen des republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates, meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen.“²⁴¹

Memming, der ehemalige Ortsgruppenleiter von Heisfelde und Inhaber gleich mehrerer Ämter im NSLB, übernahm die stellvertretende Schulleitung einer Mittelschule. Er wurde an der gleichen Schule, die er zur NS-Zeit als Hauptschulrektor bereits geleitet hatte, wieder tätig.

Durch das Vorgehen in der Entnazifizierung hatte Memming seine Positionen und Darstellungsweisen festigen können. Der Entnazifizierungsausschuss definierte, wie oben bereits dargestellt, auch in seinem Fall nicht seinen Anteil der Schuld. Dass Ortsgruppenleiter Aktivisten der NSDAP waren, stand zwar völlig außer Diskussion. Doch da die letzte Beschlussfassung des Berufungsausschusses der Argumentation folgte, er sei nur Stellvertreter in einer Zeit des beginnenden Zusammenbruchs gewesen, änderte sich die Sachlage und damit die Wertung.²⁴²

Tatsächlich hatte kaum jemand Kenntnis von der Einbindung dieses Lehrers in die NSDAP. Ab 1942 erschienen Kriegsausgaben der wichtigsten Veröf-

237 Protokollauszug Städt. Schulausschuss Leer vom 28.7.50. Ebd.

238 Ebd.

239 Ebd.

240 „Die durch Herrn Memming auf Grund seiner Ernennung zum Hauptschulrektor am 1.1.1944 erworbenen Rechte werden § 9 der 2. Sparverordnung bestätigt.“ Ebd.

241 Vereidigung nach dem Gesetz über den Treueeid der Richter und Beamten vom 30. November 1951, Gesetz- und Verordnungsblatt S. 255. Ebd.

242 Dem Ausschuss lag die Personalakte von J. Memming vor, er hätte die Sachlage prüfen können. Vgl. Aktenanforderung/Übersendungsvermerk an den Schulrat Leer v. 7.6.1945. Bis zum 14. September 1948 weist die Personalakte keine weiteren Einträge auf. Es wurde in dieser Zeit die Entnazifizierungsakte geführt. StAA, Rep. 17/4 Nr. 1361, Bd. 1.

fentlichungen. Behörden und Amtswalter wurden nicht mehr genannt.²⁴³ Memming hatte in dieser Funktion keinem Menschen unmittelbar Schaden zugefügt. Belastende Zeugen traten nicht auf.²⁴⁴

Zusätzlich muss festgestellt werden, dass sein pädagogisches Grundverständnis und das unterrichtliche Vorgehen zur NS-Zeit nicht näher betrachtet und auch nicht nachgefragt wurde, ob und inwieweit er die Jugend aktiv in der NS-Ideologie erzogen hatte. Memming stellte 1989 in seiner Biografie den „Nationalsozialistischen Gesamtunterricht“²⁴⁵ als Gesamtunterricht nach Gaudig und anderen dar, behauptete, seine Schule sei wegen dieses Unterrichtes zur „Versuchsschule“²⁴⁶ gemacht worden. Selbst dem Herausgeber der Biografie Schröder fiel auf, dass Memming eine bei den Machthabern unbeliebte Form des Unterrichts praktizierte, aber zum Erstaunen aller „in Ruhe gelassen wurde.“²⁴⁷ Memming selbst war, seine Biografie ist Beleg dafür, tatsächlich der festen Überzeugung, er habe sich in Distanz zur NSDAP und zum nationalsozialistischen Staat befunden. Er zitierte in seiner Darstellung zum Beleg aus seinem Bericht zur Hauptschule Leer. Dabei ließ er gezielt die Stellen aus, in denen sich seine tatsächliche Überzeugung spiegelte. Er täuschte bewusst die Leserinnen und Leser, war aber gleichzeitig von der Richtigkeit seiner Darstellung überzeugt.

Er war ebenso fest davon überzeugt, auch im Nationalsozialismus als Reformpädagoge tätig gewesen zu sein. Doch unbestreitbar ist, dass Memming die Vorgaben für die Erziehung im nationalsozialistischen Sinn als Vertreter des NSLB und Schulungsleiter gut kannte. In der ab 1932 immer wieder aufgelegten Schrift „Nationalpolitische Erziehung“²⁴⁸ hatte Kriek, Autor der NS-Pädagogik, das „Kulturprinzip der Selbständigkeit, der Selbsttätigkeit, der Selbsterarbeitung“²⁴⁹ postuliert und „beispielhafte Lebenseinheiten im

243 Memming wird daher nicht in der Übersicht der aktiven Nationalsozialisten im Gau Weser Ems genannt. Rademacher wertete die gängigen Zeitungen und Monatsschriften aus: Vgl. Rademacher, M., 2002.

244 Der Vorsitzende des Entnazifizierungsausschusses verweist auf die Tatsache, dass dies in den Verfahren ohnehin selten vorkam. Vgl.: Entnazifizierungs-Entscheidung vom 10.8.1949, StAA, Rep. 250, 50 599.

245 Bericht über die unterrichtliche Tätigkeit vom 16.2.1938. StAA Rep. 17/4, 1361, Bd. 1.

246 Vgl. Memming, J., 1989, S. 250.

247 Ebd.

248 Kriek, E., 1932.

249 „Das alles ist von der Schulreform in ihrer ersten Periode unter dem Begriff der der ‚Lernschule‘ mit Recht bekämpft worden. Dagegen richtet sich dann jeweils der reformerische Kampf, der das formale Kulturprinzip der Selbständigkeit, der Selbsttätigkeit, der Selbsterarbeitung – die pädagogische Ausprägung des die ganze vierhundertjährige Periode be-

Sinne des deutschen Gesamtunterrichts“²⁵⁰ gefordert. Memming vertrat mit seinem Unterricht also die Parteilinie und die Interessen des NS-Staates. In seiner Rolle als Erzieher und Lehrer, das zeigen seine Äußerungen zur NS-Zeit, ließ er keine Zweifel an der politischen Überzeugung aufkommen.

Fahnenappelle, Durchhalteparolen und die tägliche Lagekarte waren zur NS-Zeit üblich, das wurde ihm nicht zum Vorwurf gemacht. Und der Artikel von 1940, in der Memming seine nationalsozialistische Überzeugung nachdrücklich betonte, war den Mitgliedern des Entnazifizierungsausschusses nicht bekannt. Der Aspekt der „Nutznießung“²⁵¹ war zwar im Ausschuss diskutiert worden, aber der ehemalige NS-Schulrat behauptete, er habe Memming nur aufgrund seiner Fähigkeiten befördert. Andere Zeugen bestätigten das. Doch die Leitung einer Schule zur NS-Zeit konnte letztlich nur einem wirklich Getreuen übertragen worden sein. Diese Tatsache war den Ausschussmitgliedern bekannt, sie wurde dennoch nicht nachteilig einbezogen.²⁵² Dass die Hauptschule als Versuchsschule auch und gerade im NS-Staat eine Ausnahme darstellte, das aber wurde nicht erkannt. Die Versorgung einer Schule in einer Zeit extremen Lehrermangels durch Krieg mit herausragenden Lehrkräften stellte eine Besonderheit dar. Es unterrichteten gleich drei Direktoren und einem Hauptlehrer mit Mittelschulbefähigung wurde die Leitung der Schule übertragen. Das war ohne Einflussnahme der NSDAP-Gliederungen nicht möglich, und es spricht für die Position dieses Hauptlehrers in der Partei. Doch diese Diskussion wurde nicht geführt. Memming kehrte in die Schule zurück.

Das entgegengebrachte Vertrauen, die vielen Entlastungszeugen, die Wertung seines Fleißes und seines Einsatzes als Lehrer für die Schule hätten Memming dazu bewegen müssen, die Demokratie und den Rechtsstaat zu befürworten. Doch er akzeptierte die nach rechtsstaatlicher Gepflogenheit geführte Verhandlung und die nachsichtige Entscheidung im Entnazifizierungsverfahren bis ins hohe Alter nicht. Im Gegenteil, die Mitglieder des Entnazifizierungsausschusses, die – anders als er selbst – im NS-Staat gelitten hatten und auf eine berufliche Karriere verzichten mussten, bezeichnete er als „kleine Ehrgeizlinge, die nun in einer Art Machtrausch glaubten, ‚säubern‘ zu

herschenden Kulturprinzips zur radikaler Geltung bringen will unter Verdrängung aller Stofflichkeit.“ Ebd., S. 118.

250 Ebd., S. 148.

251 Artikel 9, Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus. Vom 5. März 1946. In: Lehmann, H.G., 2004.

252 Entnazifizierungs-Entscheidung vom 10.8.1949, StAA, Rep. 250, 50 599.

müssen, oft in einer Weise, daß einsichtige, anständige Briten oder Amerikaner mit Verachtung auf diese Kreaturen blickten.“²⁵³

Am Aufbau des demokratischen Staatswesens konnte Memming sich wegen des Verfahrens in den ersten Jahren nicht beteiligen. Verbittert wertete er Menschen, die aktiv an der Neugestaltung arbeiteten, noch in seiner Biografie 1989 ab. Er bezeichnete sie als „gefügige Werkzeuge und Handlanger der Besatzungsmächte“²⁵⁴ und behauptete, dass diese Menschen ihr „Machtstreben und Geltungsbedürfnis auf Kosten anderer zu befriedigen trachteten.“²⁵⁵ Es war ihm offensichtlich nicht möglich, eine tolerierende Haltung gegenüber der Demokratie zu entwickeln, auch wenn er später als Vorsitzender des Kreislehrervereins Leer und gewählter Personalrat demokratische Prinzipien umsetzte. Er machte die Demokratie für misslungene schulische Arbeit verantwortlich:

„Es wirkt wie eine bittere Ironie, wenn ich dran denke, dass das Leben an unserer Schule – und das war im dritten Reich! – von wirklicher Menschlichkeit und echtem Vertrauen geprägt war und nach der Weiterführung nach dem Kriege als Mittelschule in dem neuerstandenen demokratischen Staatswesen dort Misstrauen und Intrigen die Atmosphäre vergifteten und in der Person des etwas voreilig eingesetzten neuen Leiters die Voraussetzungen für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit wohl nicht gegeben waren.“²⁵⁶

1.2.6 Auswirkungen der Entnazifizierung auf den Prozess der Demokratisierung

Die genaue Zahl der Lehrkräfte, die in Ostfriesland im Entnazifizierungsverfahren Berufung einlegten und erfolgreich waren, ist unbekannt. I. Lüpke-Müller erwähnt einen Bericht an den RB in Aurich, in dem die regionale Militärregierung, Education and Religion, im September 1945 fünfzig entlassene Lehrkräfte auflistet. Diese Lehrkräfte waren in die Berufung gegangen, aber nur 16 davon hatten Erfolg.²⁵⁷

253 Memming, J., 1989, S. 166.

254 Ebd., S. 163.

255 Ebd.

256 Memming, J., 1989, S. 155.

257 I. Lüpke-Müller bezieht sich auf die Liste der entlassenen Lehrkräfte im RB Aurich, Bericht Educ. and Religion v. 8.9.1945, dort werden 50 Lehrkräfte genannt. Vgl. I. Lüpke-Müller, 1998, S. 268. Diese Liste gibt allerdings nicht Auskunft über die tatsächliche Zahl, die erheblich größer gewesen sein muss. Vgl. Angaben nach Bibow, A.: Der Beginn des

Die Aktenlage der britischen Militärregierung insgesamt ist erfasst.²⁵⁸ Doch diese Dokumente sind nicht vollständig erhalten, sie geben nur lückenhaft Auskunft über das Vorgehen der britischen Militärregierung.²⁵⁹ Die Akten wurden „fast ausnahmslos bereits 1955 bei Beendigung der Besatzungsherrschaft noch in Deutschland vernichtet.“²⁶⁰ Hinweise auf Abläufe und Besonderheiten finden sich in den periodischen Berichten der Militärregierung, die als monatliche Berichte (Monthly Reports from the Regions) gefertigt wurden und jeweils über die Schwerpunkte der Entwicklung in den Regionen Auskunft gaben.²⁶¹

Das Vorgehen der Alliierten in der Entnazifizierung hatte System, sie führte aber nicht in allen Bereichen der Militärbehörden zu vergleichbaren Ergebnissen.²⁶² In der britischen Besatzungszone wurde nachsichtiger verfahren als in der amerikanischen.²⁶³ So verblieb im ersten Halbjahr 1946 von den Angehörigen des öffentlichen Dienstes, die zwangsweise zu entlassen und von der Beschäftigung auszuschließen gewesen wären, in der amerikanischen Zone niemand im Dienst.

Doch in der britischen Zone beschäftigten die Behörden aus dieser Gruppe immerhin 3.240 Personen weiter. Aus dem öffentlichen Dienst entfernt wurden 18.529 Personen, als grundsätzlich entlassen galten 9.300 Personen.²⁶⁴

Nach Angaben des Regierungsschulrates Bibow standen in der Region Ostfriesland 1945 zur Wiedereröffnung der Schulen etwa 200 unbelastete Lehrkräfte zur Verfügung.²⁶⁵ Eine statistische Übersicht von H. Wiemann weist

Wiederaufbaus des ostfriesischen Schulwesens nach der Kapitulation im Jahre 1945. In: OSB, 75. Jg., Nr. 6, Juni 1954.

258 Vgl. Birke, A. M.; Booms, H.; Merker, O., 1993.

259 Vgl. dazu Schulze, R.: Durch die britische Brille gesehen. Beispiele zum Ertrag der britischen Quellen für die (nordwest-) deutsche Landes- und Regionalgeschichte. In: Birke, A. M.; Mayring, E.A., 1992, S. 103 ff.

260 Ebd., S. 103.

261 Ebd., S. 106.

262 Ende 1946 einigten sich die britischen und amerikanischen Vertretungen auf ein offizielles gemeinsames Vorgehen. Vgl.: Abkommen über die Zusammenlegung der britischen und der amerikanischen Besatzungszone (Bizone) vom 2. Dezember 1946. In: Lehmann, H.G., 2004.

263 Vgl. dazu auch Kettenacker, L., 1989; Schneider, U., 1984.

264 Statistik des Alliierten Kontrollrates über die Entnazifizierung in den Besatzungszonen und in Berlin gemäß der Kontrollratsdirektive Nr. 24. vom 1. Januar bis zum 30. Juni 1946. In: Nationalarchives Washington, RG 260, AGTS 122/24. Abdruck in: Vollnhals, C., 1991, S.164.

265 Bibow, A.: Der Beginn des Wiederaufbaus des ostfriesischen Schulwesens nach der Kapitulation im Jahre 1945. In: OSB, 75. Jg., Nr. 6, Juni 1954.

aus, dass zum Kriegsende in Ostfriesland 762 Lehrkräfte unterrichteten.²⁶⁶ Es wurden folglich rund 75 % der Lehrkräfte der Region anfänglich aus dem Dienst entfernt. Durch den Verlauf der Entnazifizierung änderte sich diese Zahl rasch. Viele kehrten in den Dienst zurück. Über den Anteil der letztlich entlassenen Lehrerinnen und Lehrer im Verhältnis zu den anderen Berufsgruppen des öffentlichen Dienstes gibt eine Vergleichszahl aus dem Bereich Oldenburg Auskunft.

538.806 Fragebogen gingen bis zum 31.12.1945 ein. In der Region Oldenburg konnten bis zum 1. Oktober 97 % überprüft werden. Insgesamt 14 % der überprüften Personen kamen zur Entlassung, davon 41 % aus der Ernährungsverwaltung, 33 % aus dem Bereich der Reichsbahn, 30 % aus dem Bereich der Reichspost und 24 % aus dem Bereich der Kommunalverwaltung und aus dem Bereich des Landesministeriums 12 %. Lehrerinnen und Lehrer hatten einen Anteil von 9 %. Damit lag die Entlassungsquote bei den Lehrkräften deutlich niedriger als im Durchschnitt des öffentlichen Dienstes. Nur der Polizeidienst hatte mit nur 8 % Anteil eine noch geringere Entlassungsquote aufzuweisen.²⁶⁷

Die Rückkehr der im Rahmen der Entnazifizierung in Niedersachsen aus dem Dienst entlassenen Lehrkräfte in die Schulen wurde nach erneuten Überprüfungen 1948 teilweise ermöglicht²⁶⁸, doch diese Beamten hatten nur eingeschränkte Versorgungsansprüche.²⁶⁹

Die oben bereits dargestellte Vorgehensweise in der Entnazifizierung vor den Spruchgerichten führte zur Ablehnung des Verfahrens auch in weiten Kreisen der Bevölkerung. Kirchenvertreter setzten sich für die Beklagten im Entnazifizierungsverfahren ein.²⁷⁰ Auch die Vertreter der Militärregierungen waren letztlich nicht von der Wirksamkeit des gesamten Verfahrens überzeugt. Eine grundsätzliche Einstellung der Entnazifizierung empfahl daher die amerikanische Regierung schon im Februar 1948.²⁷¹ Weitreichende Amnestien für

266 Wiemann, H.: Schülerzahl und Zahl der Schulstellen der Volksschulen im Regierungsbezirk Aurich. In: Wiemann, H.; Eiben, H.O., 1956, S. 5.

267 Angaben nach Vollnhals, C., 1991, S. 26.

268 Verordnung über Rechtsgrundsätze der Entnazifizierung im Lande Niedersachsen. 3.7.1948. Nds. GVBl. 1948, S. 68.

269 Vgl. Erlass: Beamtenrechtliche Wirkungen der Entnazifizierung. Nds. Finanzminister 24.12.1948. Abt. I/V – 105204. In Nds. SVBl. 1949, S. 32.

270 Friedrich, J., 1984, S. 144.

271 Der amerikanische Kongress-Ausschuss für Auslandshilfe empfahl die Einstellung der Verfahren zum 18. Mai 1948. Vgl.: Clay, L.D., 1950. S. 290.

„die kleineren Missetäter und Mitläufer“²⁷² sollten ein rasches Ende ermöglichen. Da aber das gesamte Verfahren auf dem Hintergrund der Gesetzgebung Angelegenheit der deutschen Justiz geworden war²⁷³, konnten lediglich nur Neuregelungen umgesetzt werden. Die Rechtsverhältnisse der am 8. Mai 1945 im Öffentlichen Dienst Beschäftigten regelte schließlich der Artikel 131 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949.²⁷⁴ Am 11. Mai 1951 verabschiedete der Deutsche Bundestag ein Bundesgesetz zur „Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen.“²⁷⁵ Dieses Bundesgesetz räumte Beamten, die am 08. Mai 1945 im öffentlichen Dienst gestanden hatten und entlassen worden waren, unter neu definierten Voraussetzungen erneut Zugang zum Öffentlichen Dienst ein.²⁷⁶

Ehemalige Beamte des NS-Staates erhielten Anspruch auf Erstattung nicht erhaltener Bezüge während der Zeit der Nichtbeschäftigung.²⁷⁷ Und die öffentliche Verwaltung wurde de facto verpflichtet, zwanzig Prozent der Stellen mit den ehemaligen Beamten zu besetzen.²⁷⁸ Diese Novelle wurde – je nach Sicht der Dinge – auch als Skandal gewertet.²⁷⁹

Die Bundesrepublik gewährte mit den Mitteln des demokratischen Rechtsstaates einmal erworbene Ansprüche neu. Doch wie J. Memming betrachteten viele Lehrkräfte die Entnazifizierung als willkürlichen Akt. Sie verstanden oft nicht die Konsequenz, mit der der automatische Arrest, die Entlassung, die Sperrung der Konten und der Entzug der Versorgungsansprüche umgesetzt wurden. Sie hatten sich von 1933 bis 1945, der eigenen Überzeugung nach, nichts zu Schulden kommen lassen. Die von Lehrerinnen und

272 Ebd.

273 Die Übergabe an deutsche Einrichtungen, so L.D. CLAY, war nicht unumstritten. CLAY betonte aber: „Deutsche waren weit eher als wir in der Lage, den wirklichen Nazi zu erkennen, der aus den Untaten des Regimes seinen Nutzen gezogen hatte.“ Clay, L.D., 1950, S. 87. Doch diese Übertragung führte zu weiteren erheblichen Schwierigkeiten. Vgl. Friedrich, J., 1984, S. 145.

274 Vgl. Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949. In: Lehmann, H.G., 2004.

275 Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen vom 11. Mai 1951. Ebd.

276 Vgl. § 6–8. Ebd.

277 Vgl. § 29–51. Ebd.

278 Vgl. § 11–17. Ebd.

279 „Nun haben ehemalige NS-Beamte sogar Anspruch auf Wiedereinstellung und Erstattung nicht erhaltener Bezüge während der Zeit der Nichtbeschäftigung.“ Lietsch, S.; Michlowski, B. (Hrsg.), 1989, S. 16.

Lehrern verlangte Erfüllung der Pflicht, wesentliches Merkmal der Bindung an den Beruf, wurde entschuldigend angeführt. Dass diese Pflichttreue zur Teilhabe an geschehenem Unrecht geführt hatte, nahmen viele nicht wahr.²⁸⁰ Richard Ahlrichs schrieb 1955 über die verbitterte Haltung eines Lehrers, die als typisch zu bezeichnen ist:

„Jahrzehntelang war er an einer ihm lieb gewordenen Stelle tätig gewesen. Wo er nur konnte, hatte er in treuer Pflichterfüllung sich für die Belange der Schule, der Kinder, der Kirche und des Gemeinwesens eingesetzt. Nie hatte er damit gerechnet, daß der Ausspruch ‚Undank ist der Welt Lohn‘ sich nach dem Zusammenbruch bei ihm so bitter auswirken würde.“²⁸¹

Die Demokratie brachte neue Rahmenbedingungen, sie eröffnete gleichzeitig neue Möglichkeiten, die aber von denjenigen, die sich ungerecht behandelt fühlten, nicht wahrgenommen wurden. Es gab Lehrkräfte, die den Nationalsozialismus mit seiner Ideologie in der Schule und im Unterricht mit Nachdruck vertreten hatten, die aber anschließend völlig unbehelligt wieder ihren Dienst aufnehmen konnten. Und es gab entlassene Lehrkräfte, die auf Grund ihres Engagements in der eigenen Gemeinde und in der Verantwortung den anvertrauten Schülerinnen und Schülern gegenüber im NS-Staat öffentliche Funktionen übernommen hatten, aber der Ideologie der Nationalsozialisten persönlich völlig fern standen, ohne jemals darüber geredet zu haben. Oft wurden die durch das Verfahren empfundenen „Ungerechtigkeiten“²⁸² auf Missgunst in der Bevölkerung oder falsch informierte militärische Dienststellen geschoben.

Der Prozess der Entnazifizierung vermittelte keine Einsichten in demokratisches Handeln. Er konnte lediglich den Aufbau der Demokratie durch das Fernhalten einflussreicher NS-Größen von führenden Funktionen unterstützen. Die Entnazifizierung hat mehr im Sinne einer „Reorganisation“ als im Sinne einer „Reeducation“ gewirkt.²⁸³

280 Die Einbindung der Lehrkräfte in die Interessen des NS-Staates wurde in einem BVG-Urteil als geradezu „charakteristisch“ bezeichnet. Was im NS-Staat als selbstverständliche Pflichterfüllung galt, wird hier als Mitschuld ausgewiesen. Vgl. Beschluss des Bundesverfassungsgerichts (BVerfGE 6, 132), Gestapo-Entscheidung, Beamtenverhältnisse am 8. Mai 1945, S. 10f. In Lehmann, H.G., 2004.

281 Ahlrichs, R.: Es muß einmal gesagt werden! In: OSB 76. Jg., Nr 3, März 1955, S. 22.

282 Ebd.

283 Die Reeducations-Diskussion wurde von den Alliierten und von Widerstandsgruppen zwar um das Wie und das Was geführt. Doch Vorgaben für den Einsatz der Personengruppen, die für die pädagogische Umsetzung Sorge tragen sollten, wurden nicht definiert. Vgl. Schlander, O., 1975. Dazu auch: Weniger, E.: Die Epoche der Umerziehung 1945–1949.

Die Lehrkräfte, die aus dem Internierungslager in die Dörfer und schließlich in die Schulen zurückkehrten, schwiegen in der Regel über ihre Erfahrungen. Aus der Sicht der Betroffenen hatte die Entnazifizierung nur negative Auswirkungen auf den Berufsstand und das berufliche Selbstverständnis. Das Vorgehen wurde als Angriff auf die „Berufsethik“²⁸⁴ gewertet. Die Haltung vieler Lehrkräfte zeugte von fehlender Einsicht in das eigene Handeln zur NS-Zeit.

Christian Graf von Krockow verwies auf ein literarisches Beispiel solcher Bewusstseinspaltung. Dr. Jekyll und Mr. Hyde, widerstreitende Personen in einer, argumentierten exemplarisch: Für das, was Hyde tat, war Jekyll nicht verantwortlich.²⁸⁵ So nahmen auch Lehrerinnen und Lehrer nicht wahr, dass auch sie schuldig geworden waren. Sie erkannten ihre Verantwortung nicht, weil sie nicht mehr gegenwärtig war. Es war eine neue Zeit angebrochen und in der jungen Demokratie sollte möglichst nicht darüber diskutiert werden.²⁸⁶ Es gab bei vielen eine Trennung von der eigenen Vergangenheit, es sollte ein Schlussstrich gezogen, ein unbelasteter Neuanfang genommen werden. Was vor 1945 geschehen war, geschah eigener Auffassung nach ohne persönliches Dazutun. Diese Trennung wurde oft genug mit dem festen Vorsatz vollzogen, eine Verpflichtung einem neuen Staat gegenüber auf gar keinen Fall mehr einzugehen.²⁸⁷ Das führte zu weiteren Belastungen.²⁸⁸

General Lucius D. Clay, seit April 1945 Stellvertreter General Eisenhowers in der Militärregierung und ab März 1947 Militärgouverneur, kam mit Blick auf die Wirkungen der Entnazifizierung zu dem Ergebnis, dass es immerhin gelungen sei, die Einflussnahme ehemaliger Nationalsozialisten bei der Gründung der Länderregierungen zu verhindern.²⁸⁹ Auch wertete er die Übertragung der gesetzgebenden Gewalt zur Entnazifizierung auf deutsche Einrichtungen positiv. Durch die Anwendung rechtsstaatlicher Prinzipien sei

Teil I-IV. In: Westermanns Pädagogische Beiträge 11/1959, S. 403–410, 517–525; 12/1960 S. 9–13, 74–75.

284 Ahlrichs, R.: Es muß einmal gesagt werden! In: OSB 76. Jg., Nr 3, März 1955, S. 22.

285 Krockow, Ch., 1990. S. 270. Die Darstellung bezieht sich auf Haffner, S: „Germany, Jekyll & Hyde. 1939 – Deutschland von innen betrachtet“. Erstveröffentlichung London 1940.

286 Ebd., S. 271.

287 Hülsewede, M., 1989. S. 191 f.

288 Vgl. dazu: Bracher, K.D., 1976.

289 Clay, L.D., 1950, S. 292.

verhindert worden, dass undemokratische Kräfte die Entwicklung hätten bremsen können.²⁹⁰

Die Entnazifizierung hatte aber ihr Ziel, die „irgendwie bedeutenderen Nazi-führer“²⁹¹ aus maßgeblichen Stellungen herauszuhalten, nicht vollständig erreichen können. Sie wurde oft als unwirksam, als große Entlastungs-maschinerie dargestellt²⁹² und sogar in überzogener Satire erfolgreich zum Bestseller verarbeitet.²⁹³ Der Neubeginn unter demokratischen Vorzeichen war auf diese Weise vielfach belastet. Es fehlte den Lehrkräften, die nach Abschluss der Entnazifizierung hätten die Schule neu gestalten können, an Initiative und Durchsetzungswillen. Theodor Heuss verwies in seiner Rede am 17. Mai 1951 zur Eröffnung des Kongresses des Deutschen Lehrerverbände in Stuttgart auf die Wirkungen des Entnazifizierungsverfahrens und hob hervor, dass vielen die notwendige „innere Freiheit“²⁹⁴ zur Neugestaltung fehle. Die Demokratie benötigte den freien Willen zum Handeln. Sie benötigte Persönlichkeiten mit einem Anspruch auf die Freiheit des Denkens, des Entwickelns und des Experimentierens. Doch die Orientierung an neuen Zielen verlangte auch Einsicht in Notwendigkeiten und diese Einsicht fehlte oft.²⁹⁵

Hatten in den zwanziger Jahren zur Weimarer Zeit noch pädagogische Reformmodelle die Zustimmung und die Mitwirkung der Lehrkräfte gefunden²⁹⁶, so war der Reformwille unter den Lehrkräften nach 1945 durch die Folgen der Entnazifizierung eher gebremst worden.

Unter sozialpsychologischen Aspekten betrachtete 1952 Dr. Richard Müller, selbst Schulleiter und Leiter von Junglehrer-Arbeitsgemeinschaften, die Situation der Lehrkräfte in einem Beitrag zum Nds. Schulverwaltungsblatt.²⁹⁷ Er zeichnete das Bild einer verunsicherten Lehrerschaft, die den Anforderungen der veränderten Schülerstruktur nicht gewachsen war. Müller betrachtete zuvorderst Lehrkräfte, die als Heimkehrer, Flüchtlinge oder Entnazifizierte im Unterrichtsalltag standen. Er bestätigte diesem Anteil der Lehrerschaft einen

290 Ebd., S. 289.

291 Ebd., S. 292.

292 Friedrich, J., 1984.

293 Salomon, E.v.: Der Fragebogen. Reinbek: Rowohlt 1961.

294 Heuss, Th., 1964, S. 20.

295 Friedrich, J., 1984, S. 41.

296 Vgl. z. B. die Beiträge zur Reichsschulkonferenz 1920: Reichsministerium des Innern, 1921.

297 Müller, R.: Zur sozialpsychologischen Situation des Nachkriegslehrers. Nds. SVBl. 1952, S. 210.

Verlust an Weltanschauung und einen Mangel an Orientierung.²⁹⁸ Dabei zeige diese Gruppe, so Müller, eine „überhöhte Nervosität“²⁹⁹ und eine gewisse Gereiztheit, die mit Gefühlen des Zurückgesetztseins und der Vernachlässigung einhergingen. Ein Anteil dieser Gruppe sei aber auch „depressiv-ängstlich und anlehnungsbedürftig.“³⁰⁰

Anders als zur Zeit der Weimarer Republik, da die Lehrkräfte mit großer Hoffnung und Energie an die Gestaltung gemeinsamer Arbeit gingen³⁰¹, versuchten nun die meisten den schulischen Alltag möglichst nur für sich zu gestalten. Bungardt, der in der Nachkriegszeit die pädagogische Arbeit mit einer Reihe von Fachschriften begleitete, erwähnte, dass es auch noch nach über zehn Jahren nicht möglich war, „mit der Lehrerschaft über diese Fragen leidenschaftslos zu sprechen. Resignation, Verbitterung, Trotz und Abwehr sind die Zeichen einer inneren Verletztheit.“³⁰²

Auf die Bedingungen des Neuanfangs, die nicht dazu beitragen konnten, Schulreformen umzusetzen und zur Demokratisierung beizutragen, wird in der Fachliteratur kaum eingegangen. Entweder es wird ohne zu differenzieren von einer „Wiederaufbauphase“³⁰³ gesprochen oder aber die Entnazifizierung wird erst gar nicht erwähnt.³⁰⁴

In der zusammenschauenden Interpretation wäre es völlig falsch, die Entnazifizierung als hinderlich für die Demokratisierung zu werten. Dieser Prozess begleitete die Wandlung der Schule hin zu einer Einrichtung, in der demokratisches Handeln bewusst wahrgenommen und selbstverständliches Gut werden konnte.

298 Ebd., S. 211.

299 Ebd.

300 Ebd.

301 Die dann nicht den gewünschten Erfolg zeigte: „Himmelhoch hoffend – zu Tode enttäuscht“ betitelt K. Bungardt den Abschnitt seiner Sozialgeschichte. Bungardt, K., 1959, S. 105.

302 Ebd., S. 131.

303 „Die ersten zehn, fünfzehn Jahre nach 1945 galten in erster Linie der Beseitigung von Kriegsschäden. Erst Ende der fünfziger Jahre war diese Wiederaufbauphase im wesentlichen abgeschlossen.“ Weimer, H.; Scholer, W., 1976, S. 273.

304 So in der „Sozialgeschichte der deutschen Lehrer“ von R. Bölling. Vgl. Bölling, R., 1983. Vgl. Auch K.H. Füssl (Die Umerziehung der Deutschen. Jugend und Schule unter den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs 1945–1955) betrachtet zwar die Rechtslage, geht aber nicht auf die Folgen der Entnazifizierung ein. Selbst ein „Kritisches Lexikon der Erziehungswissenschaft und Bildungspolitik“, das 1975 erstmalig erschien, erwähnt die Entnazifizierung nicht. Vgl. Speichert, H (Hrsg.), 1975. In aktuellen Nachschlagewerken zur Pädagogik ist der Begriff ebenfalls nicht berücksichtigt. Vgl.: Schaub, H.; Zenke, K.G., 2000.

2 Demokratisierung des Bildungswesens

2.1 Neugestaltung des Schulwesens

2.1.1 Vorgehen der Alliierten

Die Konzepte der Alliierten zielten auf die Umgestaltung des politischen Grundbaues des deutschen Staates nach der Diktatur und den Aufbau eines demokratischen Staatswesens.¹

Für die Alliierten war die Demokratisierung, die als Umerziehung, als Re-education² aufgefasst wurde, ein entscheidendes Kriegsziel.³ Die im Oktober 1944 durch SHAEF erarbeiteten Vorgaben⁴ regelten auch die Umgestaltung des deutschen Bildungswesens.

Grundsätzlich sollten alle pädagogischen Einrichtungen nur dann wieder eröffnet werden, wenn jeglicher NS-Einfluss ausgeschaltet worden war und ein funktionierendes Kontrollsystem die Arbeit der Schulen sicherstellen konnte.⁵ Die Direktive JCS 1067 beinhaltete bereits eine Formulierung, die später Anlass geben sollte, dass über den Einfluss der Konfessionen auf die Schulen erheblich gestritten wurde.⁶ Die Alliierten wollten die Neutralität gegenüber den Konfessionen wahren.⁷

-
- 1 Eine Übersicht zur ersten Diskussion der Erziehungspolitik der Alliierten noch während des Krieges 1942/43 bis hin zur Ausgestaltung gab Füssl, K.H., 1994, S. 35 ff. Zum Beginn der Verhandlungen vgl. auch: Edmonds, R., 1991. Zum Demokratisierungskonzept der amerikanischen Militärregierung vgl. Lange-Quassowski, J.B., 1979.
 - 2 „Die Grundlagen alles dessen hatte die Abteilung für Psychologische Kriegführung (Psychological Warfare Division) bei SHAEF gelegt, und unsere Informations-Kontroll-Abteilung (Information Control Division) unterstand anfangs General Robert McLure, der jene Arbeit geleitet hatte.“ Clay, L.D., 1950, S. 315.
 - 3 Diese Ziele wurden mit großem Aufwand verfolgt. Vgl. Clay, L.D., 1950, S. 315 ff.
 - 4 Erarbeitet wurde die „Direktive Joint Chiefs of Staff (JCS)“ 1067. Richtlinien der amerikanischen Stabchefs an den Oberbefehlshaber der Besatzungstruppen der Vereinigten Staaten hinsichtlich der Militärregierung für Deutschland. Erstmalig umgesetzte Fassung: 26. April 1945. In: Lehmann, H.G., 2004.
 - 5 Pkt. 6, c. Ebd.
 - 6 Vgl. Kap.: Schulpolitische Einflussnahme und Mitbestimmungs- und Mitspracherechte in Gesetzesdiskussionen.
 - 7 Ebd.

Das „Potsdamer Abkommen“⁸, die Vereinbarungen der drei Mächte im August 1945, verlangte eine Überwachung des Erziehungswesens. Der Aufbau des demokratischen Systems sollte frei sein von NS-Ideologie und Militarismus.⁹

Die Richtlinien der amerikanischen Regierung für den Kommandierenden General der Besatzungstreitkräfte von 1947¹⁰ enthielten differenzierte Anweisungen zur Gestaltung des Erziehungswesens in der Demokratie. Die Militärregierung wurde angewiesen, die „pädagogischen Methoden, Einrichtungen, Programme und Mittel zu fördern und zu unterstützen, die geeignet sind, durch Erziehung zu demokratischer Denkkungs-, Einstellung und Handlungsweise zu führen.“¹¹

Gleichzeitig musste von den deutschen Landesbehörden verlangt werden, dass sie Erziehungsprogramme entwickelten, die „geeignet sind, ein gesundes demokratisches Bildungssystem zu entwickeln, das jedem einzelnen entsprechend seinen Fähigkeiten gleiche Möglichkeiten bietet.“¹²

Die Erziehungsabteilung der Alliierten (Education Branch) unterstand Oberst Dr. John Taylor, dem Präsidenten der Universität Louisville.¹³ Mit großem

8 Abdruck in Steiniger, R., 1985, S. 74 ff.

9 „Das Erziehungswesen in Deutschland muß so überwacht werden, daß die nazistischen und militaristischen Lehrsätze völlig entfernt werden und eine erfolgreiche Entwicklung der demokratischen Ideen möglich gemacht wird.“ Ebd., S. 76.

10 Richtlinien der amerikanischen Regierung an den Kommandierenden General der Besatzungstreitkräfte der Vereinigten Staaten in Deutschland, General Lucius D. Clay. 17.7.1947. In: Lehmann, H.G., 2004.

11 „23. Erziehung: a) In der Erkenntnis der Tatsache, daß für alle freien Menschen aus der Unterdrückung und Korruption der Wahrheit schlimme Folgen erwachsen und daß die Erziehung eines der primären Mittel ist, um ein demokratisches und friedliches Deutschland zu schaffen, haben Sie weiterhin die Entwicklung aller pädagogischen Methoden, Einrichtungen, Programme und Mittel zu fördern und zu unterstützen, die geeignet sind, durch Erziehung zu demokratischer Denkkungs-, Einstellung und Handlungsweise zu führen. Sie haben von den Behörden der deutschen Länder die Anwendung und Verwirklichung von Erziehungsprogrammen zu verlangen, die geeignet sind, ein gesundes demokratisches Bildungssystem zu entwickeln, das jedem einzelnen entsprechend seinen Fähigkeiten gleiche Möglichkeiten bietet. b) Sie haben auch weiterhin dafür zu sorgen, daß nationalsozialistische, militaristische und aggressiv nationalistische Einflüsse, Bräuche und Lehren aus dem deutschen Erziehungssystem entfernt werden.“ Ebd.

12 Ebd.

13 John Taylor versah diese Aufgaben bis 1947, er wurde von Dr. Herman Wells, dem Präsidenten der Universität Indiana, abgelöst. Vgl. Clay, L.D., 1950, S. 335. 1948 übernahm diese Aufgabe Dr. Alonzo Grace, Erziehungsbeauftragter in Connecticut. Ebd., S. 336.

Aufwand wurde daran gearbeitet, ein funktionierendes Schulwesen zu ermöglichen, Lehrmaterial neu erstellen zu lassen und Lehrkräfte zu schulen.¹⁴

Doch eine Schulreform, die eine völlig neue Gestaltung und Gliederung des Schulwesens nach sich gezogen hätte, kam nicht in Gang. Die Alliierten setzten auf die Reformfähigkeit der jungen deutschen Demokratie. Militärgouverneur General L.D. Clay schrieb in seinen Erinnerungen, dass seiner Auffassung nach eine angeordnete Reform nur auf Ablehnung gestoßen wäre, er hoffte, „dass das deutsche Volk sie (die Schulreform, d.Verf.) selbst einführen wird.“¹⁵

Die Alliierten verzichteten letztlich auf lenkende Eingriffe. Deutschland sollte sich verselbstständigen, eine Anbindung an die westlichen Alliierten wurde wichtig. Der Bruch mit der Sowjetunion führte rasch zu einer Änderung der Politik. Schon im Mai 1946 warnte der britische Außenminister Ernest Bevin davor, die Deutschlandpolitik einseitig nur auf die Umerziehung zu konzentrieren. Er wollte ein wirtschaftlich gefestigtes Deutschland an der Seite der Westmächte, die gemeinsam gegen die neue „russische Gefahr“¹⁶ anzutreten hatten. Ein eigenständiges, demokratisches und loyal zu den Westmächten stehendes Deutschland sollte stark genug sein, den Werbungen der sowjetischen Seite zu widerstehen. Die politisch bewusst und verantwortlich Handelnden in Deutschland nahmen so den Auftrag der Demokratisierung auf eigenständige Weise wahr.¹⁷ Doch die Entwicklung der Diskussion führte zum Scheitern einer grundlegenden Reform des Bildungswesens.

Zwei wichtige Gründe müssen genannt werden.

Erstens: Die deutsche Seite begegnete jeder Neuerung mit distanzierter Ablehnung, die sich aus einer angenommenen kulturellen Überlegenheit festigte. Die Deutschen wollten ihre eigene Form der Demokratie, wollten sie auf einer Basis der eigenen kulturellen und historischen Entwicklung.¹⁸ Die

14 Ebd., S. 333 ff.

15 Ebd., S. 336.

16 Kabinettsvorlage des britischen Außenministers Ernest Bevin, 3.5.1946; Streng geheim. Abdruck in: Steininger, R., 1985, S. 188.

17 Diese Eigenständigkeit galt als völlig selbstverständlich. Als am 24.11.1949 Adenauer einen Beschluss zur Ruhrbehörde nicht umsetzen konnte und schließlich wütend darauf verwies, dass der engl. General Robertson ihm angekündigt habe, bei einer Nichtzustimmung werde die Demontage des Ruhrgebietes fortgeführt, rief Kurt Schumacher wütend in den Saal: „Der Bundeskanzler der Alliierten!“ Das wurde als Beleidigung aufgefasst und führte zu Tumulten. Vgl. Ferdinand, H., 1985, S. 18.

18 „Das Gefühl kultureller Überlegenheit wurde von vielen Angehörigen des Bürgertums als letzte Bastion nach der militärischen und politischen Katastrophe verteidigt. Der Anspruch

Reaktion war für die Alliierten wenig überraschend. L.D. Clay schrieb, dass es viele Menschen gegeben habe, die vor der „Mentalität der Deutschen“¹⁹ vorab gewarnt hätten. Doch diese Mentalität habe er so nicht entdecken können, vielmehr sei es notwendig gewesen, die Menschen mit „nackten, stichhaltigen Tatsachen“²⁰ zu überzeugen. Die Umerziehungsbemühungen setzten bei allen öffentlichen Einrichtungen, den Medien und kulturellen Trägern an. Vom Theater, vom Film bis hin zum Rundfunk, vom Verlagswesen bis hin zur kleinen Zeitung sollte die Neuorientierung spürbar werden.²¹ Doch eine nicht voraussehbare Entwicklung gab der Umstrukturierung eine andere Richtung. Eine Kultur der Nachkriegsgesellschaft formierte sich, die das Gute betonte, das Kritische pflegte, die traditionellen Werte, das typisch Deutsche hervorhob.²² Aus dieser neuen, mehr rückwärts gewandten Tendenz heraus entwickelte sich eine Haltung, die – wie in der Weimarer Zeit – oft Distanz und Ablehnung politischer Diskussion signalisierte. Die Folge: Wünschenswerte, grundlegende Reformen des Bildungswesens waren nicht umsetzbar.

Zweitens: Die Rede des amerikanischen Außenministers Byrnes in Stuttgart am 6. September 1946 machte deutlich, dass die Alliierten ein partnerschaftliches Deutschland wünschten.²³ Die neue Demokratie sollte von selbstbestimmten und mehrheitsfähigen politischen Entscheidungen getragen sein. Die Anwesenheit der Alliierten sollte den Aufbau des Staates sichern.²⁴ Der Aufbau des Bildungswesens aber wurde, wie oben dargestellt, von fachlich versierten Offizieren getragen. Der Diplomat und Berater des Militärgouver-

der Alliierten, die Deutschen Demokratie zu lehren, wurde daher vehement abgewehrt: Die kulturelle Niederlage wollten sie nicht auch noch erleiden oder auch nur hinnehmen. Hartnäckig wurde daher, meist im stillen, Widerstand geleistet gegen Konzepte zur Demokratisierung des Bildungswesens, der Presse und des Rundfunks, und mit Argwohn betrachtete man die kulturpolitischen Bemühungen der Militärregierungen auf dem Gebiet des Theaters, der Musik, des Films.“ Benz, W., 1994, S. 183.

19 Clay, L.S., 1950, S. 315.

20 Ebd.

21 Dargestellt auch in: Glaser, H., 1997, S. 91 ff.

22 Über sogenannte „typisch deutsche“ Eigenheiten vgl. Krockow, Chr. Graf von, 2000.

23 „Während wir darauf bestehen werden, daß Deutschland die Grundsätze des Friedens, der gutnachbarlichen Beziehungen und der Menschlichkeit befolgt, wollen wir nicht, daß es der Vasall irgendeiner Macht oder irgendwelcher Mächte wird oder unter einer in- oder ausländischen Diktatur lebt. Das amerikanische Volk hofft, ein friedliches und demokratisches Deutschland zu sehen, das seine Freiheit und Unabhängigkeit erlangt und behält.“ Stuttgartar Rede. Rede des US-Außenministers Byrnes in Stuttgart am 6. September 1946. In: Die Neue Zeitung. Eine amerikanische Zeitung für die deutsche Bevölkerung. Nr. 72 vom 9. September 1946. S. 2.

24 Ebd.

neurs Robert Murphy schrieb in seinen Erinnerungen, dass Offizieren in der Militärverwaltung lediglich Jahresverträge angeboten wurden. Viele hätten sich wegen der unsicheren Zukunft im Heimatland auch nicht länger verpflichten wollen.²⁵ Eine kontinuierliche Arbeit konnte auf diese Weise nicht geleistet werden.

In Niedersachsen betrachtete die Militärregierung die Reformbestrebungen zwar wohlwollend, sie unterstützte sie aber dennoch nicht aktiv. Der Vertreter der britischen Militärregierung in Hannover, Oberst Aitken Davies, betonte während einer schulpolitischen Diskussion im August 1946, dass die Militärregierung „so wenig wie möglich in die Neuordnung des Schulwesens“²⁶ eingreifen werde.

Die Vertreter der Militärregierung in Ostfriesland initiierten den Wiederaufbau des Schulwesens, sie begleiteten die Arbeit der Schulabteilung in Aurich, benannten Schulräte und Schulberater in Schulverbänden der Region²⁷, eine aktive Gestaltung aber gab es nicht.

2.1.2 *Hoffnung Reformpädagogik*

Alle Modelle der Reformpädagogik an den Schulen sollten gefördert werden, so legte es der Nds. Kultusminister in einem Erlass 1947 fest.²⁸ Der Minister hatte die Absicht, Lehrerinnen und Lehrer an den Schulen zu ermuntern, ihre Versuchsvorhaben oder Unterrichtsprinzipien vorzustellen.²⁹ Die Schulen, an denen diese Lehrkräfte tätig waren, sollten zu „Reformschulen“³⁰ ernannt werden. Der Regierungspräsident in Aurich setzte den Erlass um und ließ sich Schulen melden, die Reformansätze zeigten.³¹ Sicherlich hat der Regierungspräsident Rückmeldungen dazu erhalten, leider sind diese Meldungen aus dem Bereich Ostfriesland nicht mehr im Aktenbestand.³²

25 Murphy, R., 1966, S. 344.

26 Bericht über schulpolitische Diskussion im Club zu Hannover. 26. August 1946. Abdruck in: Leski, H., 1991, S. 107.

27 Angaben dazu vgl. Bericht: Bibow, A.: Der Beginn des Wiederaufbaues des ostfriesischen Schulwesens nach der Kapitulation im Jahre 1945. In: OSB 75. Jg., 1954, Nr. 6, S. 2.

28 Nds. KM: Einrichtung von Reformschulen in den Kreisen. K IV b Nr. 53 b, 14.1.1947. Amt.SchBl.AUR. 1947, S. 15 f.

29 Ebd.

30 Ebd.

31 Ebd.

32 Eine Suche im Staatsarchiv Aurich blieb erfolglos. Dieser Vorgang wird auch von H. Leski in der Auflistung der Reformvorhaben in Niedersachsen nicht erwähnt. Vgl. Leski, H., 1990; Ders. 1991.

Eine Auflistung der in Niedersachsen angegangenen reformpädagogischen Schulversuche gab Anna Mosolf, Ministerialrätin und Leiterin der Referatsgruppe Volks- und Sonderschulen im Nds. Kultusministerium³³, Ende 1950.³⁴ Die Resonanz auf die Abfrage 1947 war ausgesprochen gering³⁵, A. Mosolf nannte Gründe:

*„Eine furchtbare Unsicherheit hat die ganze Menschheit erfaßt; eine Lähmung liegt über der Welt, die nicht nur in Deutschland spürbar ist. Aber die deutschen Menschen sind in nie geahntem Ausmaße erschüttert und umgetrieben.“*³⁶

Es fehle, erklärte sie, an Möglichkeiten zur Umsetzung der bereits zur Jahrhundertwende eingeleiteten Bestrebungen der Reformpädagogik. Die Nachkriegszeit mit ihren allgemeinen Sorgen um Nahrung und Unterbringung ließe die Arbeit in den Schulen nur langsam vorwärts kommen. Und „der Mut, nach den Sternen zu greifen“³⁷ existiere nicht mehr. Das Land Niedersachsen wollte grundsätzlich alle Projekte fördern, die an Ansätzen von Georg Kerschensteiner, Berthold Otto, Peter Petersen, Johannes Kretschmann, Otto Haase und Hugo Gaudig orientiert waren.³⁸ Als besonders wirkungsvoll und pädagogisch grundlegend wurden Ansätze empfunden, die den Schülerinnen und Schülern Anregungen zu mitverantwortlichem Gestalten im Unterricht gäben. Da machten die einklassigen Landschulen aus der Not eine Tugend: Sie entwickelten Gruppensysteme, in denen die Schülerinnen und Schüler nicht nach Alter, sondern nach Leistung oder Interesse zugeordnet wurden.³⁹ Eine besondere, an demokratischen Grundsätzen orientierte Pädagogik im Aufbau der neuen Republik sollte praktiziert werden. Schülerinnen und Schüler konnten sich durch eigenes Handeln einüben und einfühlen in die Selbstverwaltung, die Gruppenarbeit und die gemeinsame Gestaltung des Schullebens.⁴⁰ Eigenständiges Engagement, so A. Mosolf, müsse gefördert werden. Mitgestaltung einerseits und Disziplin andererseits sollten den

33 Zur Biografie vgl.: Leski, H., 1990, S. 451.

34 Mosolf, A.: Schulversuche und Reformschularbeit in Niedersachsen. In NDS SVBl. 1950, S. 13 ff.

35 „Die Zahl der Reformschulen, d. h. der Schulen, in denen einheitlich der gesamte Lehrkörper einen bestimmten Reformgedanken durchführt, ist naturgemäß klein.“ Ebd., S. 14.

36 Ebd.

37 Ebd.

38 Ebd., S. 14.

39 Ebd.

40 Ebd., S. 15.

Unterricht nachhaltiger prägen und die Persönlichkeitsbildung der künftigen Staatsbürger fördern, denn:

„Es wird gerade heute viel zu wenig gesehen, daß ‚Demokratie‘ weit mehr Lebensform als politisches System ist, das sie darum ihre Wurzel im sittlichen, im erzogenen Menschen und nicht im Institutionellen hat.“⁴¹

A. Mosolf hoffte auf eine positive Wirkung der sich langsam bessernden wirtschaftliche Situation, die auch der Schule neue Möglichkeiten eröffnen könne: „Aber die große Not wird noch lange unser Leben und das der Schule begleiten.“⁴²

B. Dühlmeier⁴³ legte 2004 eine Arbeit vor, in der er einzelne Reformpädagogen aus dieser Zeit vorstellte. Aus der Region Ostfriesland nahm nur eine Lehrkraft an einem Reformvorhaben teil, Lehrer Hermann Harms⁴⁴ aus Aurich-Oldendorf war Teilnehmer der 2. Landschulreformtagung⁴⁵ am 29.7.1948.⁴⁶

2.1.3 Entwicklung der Schülermitverwaltung

Die Befreiung von dem im Nationalsozialismus praktizierten Führersystem auch in den schulischen Organisationen erschloss den Schülerinnen und Schülern ein weites Aufgabenfeld.⁴⁷ In Niedersachsen sollte eine demokratische Schülermitverwaltung installiert werden, die den Heranwachsenden Möglichkeiten der eigenständigen Gestaltung des Schullebens eröffnete.⁴⁸ Die Schülerinnen und Schüler sollten eine Form der Selbstständigkeit üben, die das Miteinander in der Gemeinschaft förderte und die Schule zur Schulgemeinde werden ließ. Der niedersächsische Kultusminister formulierte 1948 vier Aufgabenbereiche, die an den Bedingungen der Jahre nach dem Krieg orientiert waren.

41 Ebd.

42 Ebd.

43 Dühlmeier, B., 2004.

44 Hermann Harms war Lehrer an der Schule Aurich-Oldendorf. Schulaufsichtskreis Aurich. Festschrift 1954, S. 23.

45 Auf die Diskussion zur Landschulreform wird gesondert eingegangen. Vgl. Kap.: Volksschulnotstand und Landschulfrage.

46 Dühlmeier, B., 2004, S. 61.

47 Vgl. dazu auch: Werner, J., 1995. Und Wilhelm, Th., 1970.

48 Erziehung zur Schülermitverantwortung. Nds. KM 9. Sept.1948, III 2076/48, Amt. SchBl.AUR 1948, S. 141.

Erstens: Schülerinnen und Schüler sollten die Verwaltung der Schule erleichtern, sie sollten sich an der Organisation der Schule beteiligen, indem sie z. B. Torf oder Holz für das Heizen selbst besorgten.⁴⁹

Zweitens: Gleichzeitig war gefordert, dass sie eigenverantwortlich das Schulleben, die Schulgemeinde mitgestalteten, Vertrauenslehrer wählten und für die „Gesittung in der Schule“ eintraten.⁵⁰

Drittens: Die soziale Mitverantwortung in der Schule, die Sorge um das Wohl anderer stellte weitere Aufgaben. Schülerinnen und Schüler sollten den Unterernährten, den Kranken und den Mitschülern in Not helfen, für Lehrmittel sorgen und insbesondere die Fahrschüler unterstützen.⁵¹

Viertens: Es wurde ein Gedanke aufgegriffen, der aus dem Mangel an Freizeitaktivitäten und unterstützenden, unterrichtsbegleitenden Angeboten geboren war. Schülerinnen und Schüler sollten Arbeitsgemeinschaften gründen und Eigeninitiative entwickeln.⁵² Erklärtes Ziel war es, ein möglichst vielfältiges und reiches Gemeinschaftsleben in der Schule zu fördern und Schülerinnen und Schüler zum Mittragen der Arbeit in den Klassengemeinschaften bereits sehr früh zu gewinnen.

Wie die Einrichtung der Schülermitverwaltung an Leben gewann und über Jahre zum Gelingen eines guten Schulalltags beitragen konnte, das wurde beispielhaft von Rektor Walter Mögel, Braunschweig, in einer Rückschau 1954 dargestellt.⁵³ In seiner zweiklassigen Schule war ein von der Schülervertretung entwickeltes Mitverwaltungsmodell eingerichtet worden. Ein Helfersystem war entstanden, das die Eigenständigkeit förderte und zu besserem Miteinander führte.⁵⁴

Die Vorgaben des Einführungserlasses wiesen der Schülermitverwaltung eine stark sozial geprägte Rolle zu. Das pädagogische Selbstverständnis der Mitverwaltung wurde von Lehrkräften in Ostfriesland diskutiert⁵⁵ und in der Konsequenz stärker als sozialpädagogische Aufgabe der Schule verstanden.⁵⁶

49 Siehe: „I. Schüler helfen bei den Wirtschafts- und Verwaltungsaufgaben der Schule.“ Ebd.

50 Siehe: „II. Schüler übernehmen mit die Verantwortung für das Schulleben und die Gesittung in der Schule“ Ebd.

51 Siehe: „III. Schüler übernehmen die Betreuung von hilfsbedürftigen Kameraden.“ Ebd.

52 Siehe: „IV. Schüler bilden Spiel- und Arbeitsgemeinschaften.“ Ebd.

53 Mögel, W.: Schülermitverantwortung – Schülermitverwaltung. Versuch in einer acht-klassigen Volksschule. Nds. SVBl. 1954, S. 28 f.

54 Ebd.

55 Vgl. dazu die Beiträge Becker, E.A.: Schulpädagogik und Sozialpädagogik Hand in Hand. In: OSB, 76. Jg., Nr. 5, Mai 1955, S. 55; ders.: Die sozialpädagogische Aufgabe an der

Vom spielerischen Heranführen in der Primarstufe⁵⁷ bis hin zur bewussten Zusammenarbeit in der Mittelschule⁵⁸ sollten Schülerinnen und Schüler die schulische Gemeinschaft als die eigene begreifen.

Die Mitverwaltung beteiligte die Schülerinnen und Schüler, sie sollte ihnen demokratische Prinzipien nahe bringen. Doch Mitwirkungsrechte wurden ihnen mit der bis in die sechziger Jahre praktizierten Form nicht gewährt.⁵⁹ Neuere Untersuchungen heben die Entwicklung der demokratischen Mitgestaltung stärker hervor.⁶⁰

2.1.4 Entwicklung der Elternvertretung

Bereits in der Weimarer Zeit gab es Elternbeiräte, die in den Schulen mitwirkten.⁶¹ In der unmittelbaren Nachkriegszeit beteiligten sich viele Eltern am Wiederaufbau der Schulen, ermöglichten so ihren Kindern einen Schulbesuch. Der niedersächsische Kultusminister ging in seinem Einführungs-erlass⁶² Anfang 1948 dankbar darauf ein. Er verwies aber auch darauf, dass in der Weimarer Republik Elternbeiräte ihre Aufgaben auch als politische Mitwirkung aufgefasst und entsprechend Einfluss genommen hatten. So sollten die Elternrechte nicht verstanden werden.⁶³ Daher wurden die Aufga-

Jugend. In: OSB, 78. Jg., Nr. 7, Juli 1957, S. 49 f.; Aschoff, G.: Jugend im Spannungsfeld der industriellen Massengesellschaft. In: OSB, 78. Jg. Nr. 10, Okt. 1957, Nr. 11, Nov. 1957, S. 81, Nr. 12, Dez. 1957, S. 92.

56 Vgl. dazu Kapitel: Sozialpädagogische Arbeitsgemeinschaften.

57 „Die Anerkennung der Mitverantwortung und Mitverwaltung der Kinder der schulischen Gemeinschaft als erstrebenswertes Bildungsziel erfordert die Sorge und Mühe des Lehrers um die Erweckung, Förderung und Stärkung der zu diesem hohen Amte nötigen geistigen und sittlichen Kräfte des Kindes.“ Lucht, A.: Enthält das ortsgebundene Spielleben des Kindes Werte, die der Mitverantwortung und Mitverwaltung in der Schulgemeinschaft nützen? In: OSB, 78. Jg., Nr. 7, Juli 1957, S. 51.

58 Schulrat H. Fesenfeld, Weener, referierte auf dem Mittelschultag in Aurich am 26.9.1955. „Entscheidend ist immer, ob es uns bei unsern Schülern gelingt, eine Atmosphäre des Vertrauens zu schaffen, die aufs Ganze gerichtet ist, ob wir Einsicht in die Zweckhaftigkeit und Sinnhaftigkeit des allgemeinen Tuns und Verhaltens erziehen und ob wir die Schüler dahin bringen, den Unterricht als ihre Angelegenheit aufzufassen.“ Fesenfeld, H.: Die Entfaltung des Schullebens – ein Grundanliegen der Mittelschule. In: OSB, 76. Jg., Nr. 12, Dez. 1955, S. 91.

59 Vgl. dazu Amendt, G. (Hrsg.), 1970; Auernheimer, G., 1971; Hinrichs, D., 1969; Meyenburg, R., 1987.

60 Vgl. Palentien, Ch., 2003; Eder, F., 1998; Müller, S., 1996; Weiß, Ch.; Zippel, K., 1995.

61 Vgl. Tews, J., 1920.

62 Nds. KM: Aufgabe und Wahl der Elternvertretungen (Einführungserlass). K III/Rö 599/48, 18.3.1948. In: Amt.SchBl. AUR. 1948, S. 60 ff.

63 „Es muß mit großer Sorgfalt verhütet werden, daß die neuen Elternvertretungen wieder zum Abbild mißverständener demokratischer Arbeitsformen werden.“ Ebd.

ben der Elternschaft enger umrissen. Die Eltern sollten in ihrer Vertretung die Zusammenarbeit mit den Lehrkräften pflegen und Verständnis füreinander und für die schulischen Belange entwickeln⁶⁴, Eltern sollten in den Jahren der Not für die Schule konkrete Arbeiten leisten⁶⁵ und sich beim Schulträger, bei der Gemeinde für die Schule einsetzen.⁶⁶

Eltern hatten zwar das Recht den Unterricht ihrer Kinder zu besuchen, durften aber nicht in das Geschehen selbst eingreifen.⁶⁷ Schülerbeurteilungen, Lehrerangelegenheiten und schulinterne Vorgänge durften nicht zum Gegenstand von Elternschaftsversammlungen gemacht werden.⁶⁸

Schulelternräte an mehrklassigen Schulen sollten durch Wahl gebildet werden, sie mussten paritätisch besetzt sein.⁶⁹ Die Klassenlehrerinnen und Klassenlehrer hatten vom Schuljahr 1948/49 an jährlich bis zu drei Klassenelternversammlungen abzuhalten.⁷⁰ Die ersten Elternräte mussten mit Beginn des Schuljahres 1949 gebildet sein.⁷¹

Doch die Zusammenarbeit mit den Elternvertretungen gestaltete sich nicht so, wie es der Kultusminister erwartete. Einerseits gab es in Ostfriesland einen Anteil engagierter Elternvertretungen, die zum Beispiel auch bereit waren für die ordentliche Unterbringung ihrer Lehrerinnen und Lehrer in den Schulstreik zu treten.⁷² Andererseits führte der erste wirtschaftliche Auf-

64 „Sie sollen den Lehrern helfen, bei der Elternschaft das Verständnis für Erziehungs- und Unterrichtstragen zu vertiefen und über die Verschiedenheit der Erziehungsmittel in Schule und Elternhaus Klarheit zu gewinnen.“ § 1 Aufgaben der Elternschaft. Ebd.

65 „Sie sollten die gesamte Elternschaft zur Mitarbeit an Aufbau, Ausstattung und Instandhaltung der Schulgebäude, der Heime und Landheime und zur Mithilfe bei den sozialen Aufgaben der Schule heranziehen (Schulspeisung, Erntehilfe, Flüchtlingshilfe, Schüleraustausch zwischen Stadt und Land).“ Ebd.

66 „Sie sollen im Einvernehmen mit der Lehrerschaft, bei den Amtsstellen, die für den Haushalt des Schulträgers zuständig sind, dafür eintreten, daß berechtigte Wünsche der Schule erfüllt werden, damit die Schule mit allen Ihren Kräften für den Aufbau von Gemeinde und Staat wirken kann.“ Ebd.

67 „Besuche des Unterrichts durch die Eltern in den Klassen ihrer Kinder sind erwünscht. Sie finden nach Vereinbarung mit dem Lehrer, der den Unterricht erteilt, statt, sofern nicht von Lehrer oder Schulleiter wesentliche Bedenken erhoben werden. ... Die Eltern dürfen in den Unterricht nicht eingreifen.“ Ebd.

68 „Es ist nicht Aufgabe der Elternschaftsversammlung, über das Verhalten und die Leistungen einzelner Schüler zu urteilen oder persönliche und dienstliche Angelegenheiten einzelner Lehrer zu besprechen.“ Ebd.

69 § 5 Elternrat. Ebd.

70 Ebd.

71 Ebd.

72 Becker, E.A.: Schulstreiks wegen Lehrerwohnungen in Ostfriesland. In: OSB, 75. Jg., Nr. 11, Nov. 1954.

schwung zu einer bislang unbekanntem Form der Vernachlässigung der Kinder⁷³ und zu einer spürbaren Geringschätzung der Schule.⁷⁴

2.1.5 *Stellung der Lehrerschaft*

Die Stellung der Lehrerinnen und Lehrer im öffentlichen Dienst wurde vorrangig durch das Beamtengesetz definiert.⁷⁵ Die Besoldung, die Versorgung von Hinterbliebenen, die Anerkennung von Dienstzeiten, das Disziplinarrecht wurden mit einer Reihe von Erlassen und Verordnungen geregelt.⁷⁶ 1947 erschien in Niedersachsen in erster Regelung ein „Vorläufiges Gesetz über die Rechtsstellung der Beamten“⁷⁷, doch dieses Gesetz verlor mit dem Jahresende 1948 seine Gültigkeit. Der Gebietsbeauftragte der Kontroll-Kommission für Deutschland, Britisches Element, für das Land Niedersachsen bestätigte das Gesetz nicht, sondern formulierte in der Nachfolge eine Anweisung, die lediglich ein Verbot der politischen Betätigung für Beamte auswies.⁷⁸ Das Grundgesetz, im Mai 1949 verabschiedet, enthielt den Auftrag, dass der öffentliche Dienst „unter Berücksichtigung der hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums zu regeln sei.“⁷⁹

Es folgte aber in Niedersachsen lediglich eine Reihe von Einzelregelungen und Verordnungen.⁸⁰ Am 15. Dezember 1949 kündigte der Nds. Kultusminister an, die „Bezirkslehrervertretungen“⁸¹ neu regeln zu wollen. Er hatte die Absicht, die „bisherige Vertretung auf eine breitere Grundlage zu stellen.“⁸² 1950 entstanden die rechtlichen Voraussetzungen für die Neuordnung

73 Vgl. Harms, A.; Janoschek, G.: Der Lehrer als Anwalt des Kindes. In: OSB, 75. Jg., Nr. 11, Nov. 1954 (Bericht über den Vortrag Dr. W. Usadel zur pädagogischen Woche des OLV).

74 „1950 sind in der Bundesrepublik 2 % des Gesamteinkommens unseres Volkes für schulische Zwecke ausgegeben worden. Das sind rund 5 % der gesamten öffentlichen Ausgaben. Im Durchschnitt liegen die Ausgaben in den anderen Staaten zwischen 12 u. 18 %.“ Ebd.

75 Die wichtigsten Bestimmungen des Deutschen Beamtengesetzes vom 26.1.1937 (RGBl. S. 39) hatten ihre Gültigkeit behalten. Vgl. Buchheim, M.; Gläss, Th., 1951, S. 24.

76 Ebd., S. 25 ff.

77 Vorläufiges Gesetz über die Rechtsstellung der Beamten vom 10. Juni 1947. Abdruck in: Amt.SchBl.AUR. 1947, S. 173 f.

78 Verbot der öffentlichen politischen Betätigung für Angehörige des öffentlichen Dienstes. Amt.SchBl.AUR. 1947, S. 50.

79 GG Art. 33 (5). In: Lehmann, H.G., 2004.

80 Vgl. Abschnitt „Allgemeines Beamtenrecht“ in Buchheim, M.; Gläss, Th., 1951, S. 20 ff.

81 Nds. KM: Bezirkslehrervertretungen. Zusammenarbeit mit den Bezirksausschüssen der Lehrerschaft. Nds. SVBL. 2. Jg., 1950, Nr. 1, S. 1.

82 Ebd.

des Beamtentums⁸³, eine umfassende Reform der Mitbestimmung im Personalwesen zeichnete sich ab.⁸⁴ Lehrkräfte behielten eine Sonderstellung. Die Volksschullehrer waren „Staatsbeamte ganz eigener, besonderer Art“⁸⁵ mit einer Abhängigkeit von der Gemeinde, in der sie tätig waren.⁸⁶ Mittelschullehrer, so klärte es der Erlass des Nds. KM vom 20. Mai 1948, waren „Gemeindebeamte besonderer Art“⁸⁷, deren Beschäftigung durch die Gemeinden geregelt wurde.⁸⁸ „Verdrängte Beamte“⁸⁹, darunter wurden ehemalige „Beamte des Reichs, des ehemaligen Landes Preußen (mit Ausnahme der früheren Provinz Hannover und der außerpreußischen Länder)“⁹⁰ verstanden, unterlagen besonderer Regelung. Die so genannten „Flüchtlingslehrer“⁹¹ gehörten zu dieser Gruppe. Der Artikel 131 GG⁹² bezog die Gruppe der entnazifizierten und belasteten Lehrerinnen und Lehrer ebenso ein wie Flüchtlingslehrkräfte.

Die in Ostfriesland traditionell eingerichteten Interessenvertretungen, die Freien Konferenzen⁹³ und die Lehrervereine⁹⁴ lebten 1946/47 wieder auf.

Einmal monatlich führten die Lehrkräfte mehrklassiger Schulen amtliche Lehrerkonferenzen durch.⁹⁵ Das Verhältnis von Lehrer- und Elternschaft war mit den oben erörterten⁹⁶ rechtlichen Vorgaben weitgehend geordnet. Mehr

83 Vgl. Institut zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten (Hrsg.): Neues Beamtentum. Beiträge zur Neuordnung des öffentlichen Dienstes. Frankfurt: Metzner 1951.

84 Vgl. dazu Fischbach, O.G.: Deutsches Beamtengesetz nebst Bundespersonalgesetz. Detmold, Köln, Berlin, München: Heymann 1951.

85 Vgl. Buchheim, M.; Gläß, 1951, S. 20.

86 Ebd.

87 Erlass „Mittelschullehrer“ Nds. KM III A 1961/48. Abdruck in: Buchheim, M.; Gläß, Th., 1951, S. 222 f.

88 Ebd., S. 223.

89 Erlass Verdrängte Beamte. Min.Präs.Nds. vom 20.10.19046. P.NR. 3686. Abdruck in: Buchheim, M.; Gläß, Th., 1951, S. 37.

90 Ebd.

91 Zur Definition des Begriffs vgl. Gaertner, L.: Über die gegenwärtige Lage der Flüchtlingslehrer. In: Nds. SVBl. 1. Jg., 1949, S. 252 ff.

92 „Die Rechtsverhältnisse von Personen einschließlich der Flüchtlinge und Vertriebenen, die am 8. Mai 1945 im öffentlichen Dienst standen, aus anderen als beamten- oder tarifrechtlichen Gründen ausgeschieden sind und bisher nicht oder nicht ihrer früheren Stellung entsprechen verwendet werden“ Art. 131 GG. In: Lehmann, H.G., 2004.

93 RP Aur.: Freie Lehrer-Konferenzen. II Ud – 31.1.47, Amt.SchBl.AUR 1947, S. 15 f.

94 Mil-Reg.-Anweisung Nr. 105 der Britischen Kontrollzone, Erziehungskontroll-Anweisung Nr. 69 vom 17. Juli 1946, RP Aur.: Bildung von Lehrervereinen. Amt. SchBl. Aur. 1946, S. 8 f.

95 Erl. RP Aur.: Korrekturen und Protokollführung über Lehrerkonferenzen, in den Schulen. Amt.SchBl. AUR 1948, S. 54.

96 Vgl. Kap.: Entwicklung der Elternvertretung.

oder weniger regelmäßig luden die Schulräte der Schulaufsichtskreise zu Kreislehrerkonferenzen ein.⁹⁷ Doch aktive Mitwirkungsrechte wurden den Lehrkräften nur in zweierlei Hinsicht eingeräumt. Einerseits erhielt die Lehrerschaft die Möglichkeit der Mitwirkung in den Schulausschüssen der Städte und Gemeinden mit Erlass vom 8. August 1949.⁹⁸ Andererseits schuf der Nds. Kultusminister die Voraussetzungen für den Aufbau einer Personalvertretung, indem er die Einrichtung von Bezirkslehrerräten ermöglichte.⁹⁹ Der Bezirkslehrerverein Ostfriesland hatte aus dieser Tradition heraus bereits 1947 selbstständig einen Bezirksausschuss gebildet, der als Vorläufer des Bezirkslehrerrates verstanden wurde.¹⁰⁰ Der Kultusminister folgte aber erst 1951 dem Wunsch der Lehrerverbände¹⁰¹ und regelte den formalen Rahmen der Einrichtung eines Bezirkslehrerrates¹⁰², die Ausformulierung einer Wahlordnung überließ er aber mit Hinweis auf demokratische Gepflogenheiten der Lehrerschaft und damit den Lehrerverbänden.¹⁰³ Zwar war dem Verlangen nach einer funktionsfähigen Personalvertretung entsprochen worden, doch der Vertretungsrahmen – die Bezirksebene – schien dem Ostfriesischen Lehrerverein zu weit gefasst. Es wurde über die Einführung von Kreislehrerräten diskutiert.¹⁰⁴ Kreislehrerräte waren vor 1933 in Ostfriesland durchaus üblich¹⁰⁵, sie wurden aber nicht neu installiert¹⁰⁶, obwohl sehr kon-

97 Diese Konferenz hatte keine beschlussfassenden Kompetenzen. Sie wurde als Dienstbesprechung der Schulleitungen aufgefasst. Da die hohe Zahl der einklassigen Schulen zum Termin der Kreislehrerkonferenzen geschlossen werden mussten, regelte erstmalig 1949 ein Erlass den Zeitpunkt. Kreislehrerkonferenzen durften nur an Nachmittagen durchgeführt werden. Erl. Nds. KM: Kreislehrerkonferenz – Konferenzen der Schulleiter. – II A (1) 2598/49 – 21. Juli 1949.

98 Erl. Nd. KM: Schulausschüsse der Gemeinden. Teilnahme von Lehrern. 8. Aug. 1949 – III 2471/49. Nds. SVBl. 1949, S. 193.

99 Erl. Nds. KM: Bezirkslehrerräte. — III 726/51 —, 3.3.1951, Nds. SVBl. 1951, S. 49 f. Siehe auch Kap.: Formen der Praxis innerer Demokratie, der Aufbau der Personalvertretung.

100 Vgl. Mahnke, D.: Der Bezirkslehrerrat. In: Bierwirth, H.; Hothan, H.; Klattenhoff, K. (Hrsg.), 1995, S. 831.

101 Erl. Nds. KM: Bezirkslehrerräte. — III 726/51 —, 3.3.1951, Nds. SVBl. 1951, S. 49.

102 B) Einrichtung und Aufgaben. Ebd.

103 Ebd.

104 „Die Einrichtung von Kreislehrerräten, die nach Ansicht des Vorstandes von großer Wichtigkeit sind, können noch nicht vorgenommen werden, da der Herr Minister noch keine Verordnung erlassen hat.“ Vgl. Protokoll Vorstandssitzung des BLO am 20. April 1951 in Aurich. In: Protokollbuch: Vorstand des BLO/OLV, 1953–1955.

105 Sie hatten ursprünglich als Kreisausschüsse zur Weimarer Zeit beratende Funktionen. Vgl.: Beetz, K.O., 1923, S. 15.

106 Der Verlauf dieser Diskussion ist ausführlich geschildert in Kapitel: Formen der Praxis innerer Demokratie, der Aufbau der Personalvertretung.

krete Formen in der Planung waren.¹⁰⁷ Die Diskussion um eine breitere Strukturierung der Lehrpersonalvertretung wurde ab 1956 auf Landesebene geführt und ein neues Personalvertretungsgesetz nach fünfjähriger Beratung 1961 in Kraft gesetzt.¹⁰⁸

Die Mitwirkung der Lehrkräfte in den Schulen und die Möglichkeiten der Mitgestaltung „nach den Grundsätzen gemeinschaftlicher Verantwortung“¹⁰⁹ regelte der niedersächsische Kultusminister 1950 mit der Veröffentlichung einer Konferenzordnung. Die Konferenzordnung räumte der Lehrerkonferenz der Schule weitgehende Mitwirkungsrechte ein, band dabei gleichzeitig die Schulleitung an die Beschlussfassungen.¹¹⁰

Die rechtliche Stellung der Lehrkräfte definierte das Land Niedersachsen weiter im Zusammenhang mit der ersten Schulgesetzgebung im „Gesetz über die Verwaltung öffentlicher Schulen“¹¹¹ 1954. Dieses Gesetz enthielt den Hinweis auf die Bindung an das Beamtenverhältnis¹¹², die Vorgaben zur Besetzung von Planstellen¹¹³, zur Versetzung von Schulleitern¹¹⁴ und zur Berufung nebenberuflicher Lehrkräfte.¹¹⁵ Das wenige Monate später veröffentlichte „Gesetz über das öffentliche Schulwesen in Niedersachsen“¹¹⁶ enthielt allgemeine Bestimmungen zur Stellung des Kindes in der Schule und zum Unterricht¹¹⁷, Regelungen für Volksschulen¹¹⁸ und zur allgemeinen Schulpflicht.¹¹⁹ Doch dieses Gesetz regelte auch die Stellenbesetzung an den

107 Ansätze zur Einrichtung gab es. Durch die Stadt Leer wurde am 5.10.1951 ein Entwurf des Ministeriums mit der Bitte um Stellungnahme gegeben. Vgl. Stadtdirektor an KLV Leer v. 5.10.1951. In: Kreislehrerverein Leer: 1950–1956 / Entwurf III 1597/51, 10. Juli 1951. Ebd.

108 Vgl. Mahnke, D.: Der Lehrbezirkspersonalrat Aurich. In: Bierwirth, H.; Hothan, H.; Klattenhoff, K. (Hrsg.), 1995, S. 837.

109 Erl. Nds. KM: Konferenzordnung. Ordnung des Zusammenwirkens von Lehrerkonferenz und Schulleiter an Volks- und Mittelschulen. 25. März 1950 — III 1405/50 — Nds. SVBl. 1950, S. 77 ff.

110 Ebd., S. 79.

111 Abschnitt IV, Rechtsverhältnisse der Lehrer, §§ 20–25. Gesetz über die Verwaltung öffentlicher Schulen (Schulverwaltungsgesetz) vom 19. Mai 1954 (Nds. GVBl. 1954, S. 29) Nds. SVBl. 1954, S. 120.

112 § 20, ebd.

113 §§ 21–23, ebd.

114 § 24, ebd.

115 § 25, ebd.

116 Gesetz über das öffentliche Schulwesen in Niedersachsen. 14. September 1954 (Nds. GVBl. 1954, S. 89) In: Nds. SVBl. 1954, S. 214 ff.

117 Abschnitt I, Allgemeine Bestimmungen, §§ 1–6, ebd.

118 Abschnitt II, Besondere Bestimmungen für die Volksschulen, §§ 1–6, ebd.

119 Abschnitt III–V, §§ 7–28, ebd.

Volksschulen mit Blick auf die Religionszugehörigkeit der Lehrkräfte.¹²⁰ Eine Folge der Diskussion um die Einführung der Bekenntnisschulen in Niedersachsen. Diese Vorgabe aber führte dazu, dass Lehrkräfte katholischen Bekenntnisses kaum Chancen hatten in überwiegend evangelischen Regionen wie Ostfriesland eine Stellung zu finden.¹²¹

In der Rückschau stellte K. Bungardt fest, dass die Lehrerinnen und Lehrer trotz Verpflichtung zu politischer Neutralität über ihre Berufsverbände auf die Entscheidungen der Landesregierung Einfluss nehmen konnten.¹²² Die Verbände hatten sich in die Diskussion eingebracht und sie dadurch mitgestaltet.

2.2 Demokratisierung als Weg zur Schulreform

2.2.1 *Offenheit alliierter Vorgaben*

Die Militärregierung, die Control Commission for Germany (British Element), ermöglichte mit der Kontrollratsanweisung Nr. 54 vom 25. Juni 1947 „Grundsätze zur Demokratisierung der Erziehung in Deutschland“¹²³ auch eine Schulreform. Es wurde dort verlangt, dass für alle Schülerinnen und Schüler im Alter zwischen sechs und fünfzehn Jahren im Rahmen einer allgemeinen Schulpflicht gleiche Bildungsmöglichkeiten bestehen sollten.¹²⁴ Ein Schulbesuch sollte darüber hinaus bis zum achtzehnten Lebensjahr möglich sein.

Zur Gestaltung des Schulwesens formulierte die Vertretung der Militärregierung mehrdeutig:

„4. Die Schulen für das schulpflichtige Alter sollen ein umfassendes Erziehungssystem bilden. Unter den Bezeichnungen ‚Elementarbildung‘ und ‚höhere Bildung‘ sollen zwei aufeinanderfolgende Unterrichtsstufen verstanden werden, nicht zwei Typen oder qualitativ verschiedene Arten der Erziehung, die sich überschneiden.“¹²⁵

120 Ebd.

121 Vgl. dazu Fryen, A., 1988, S. 136 f.

122 Bungardt, K., 1959, S. 135.

123 Control Commission for Germany (British Element). Kontrollratsanweisung Nr. 54: Grundsätze zur Demokratisierung der Erziehung in Deutschland. In: Nds. SVBl 1949, S. 6.

124 Ebd., Pkt. 3.

125 Ebd., Pkt. 4.

Grundsätzlich sollten an allen Schulen – einschließlich Universitäten – Unbemittelte „freien Unterricht, kostenlos Lehrbücher und Lehrmittel und außerdem Unterhaltszuschüsse erhalten.“¹²⁶

Die Mehrdeutigkeit des Textes ermöglichte es, einerseits das dreigliedrige Schulsystem zu führen, aber andererseits gleichzeitig grundlegende Reformen anzustreben. Die Diskussion zur Weiterentwicklung der Schule, so die Militärregierung, eröffne der Bevölkerung die Mitwirkung:

*„Es soll in weitgehendem Maße Vorsorge getroffen werden, daß die Bevölkerung an der Reform der Organisation und auch an der Verwaltung des Erziehungssystems wirksam teilnimmt.“*¹²⁷

Die Diskussion um eine „Einheitsschule“¹²⁸, das Verlangen nach einem einheitlichen Aufbau eines Schulsystems, das in einem durchgängigen Bildungsgang differenzierte Abschlüsse ermöglicht, lebte wieder auf. Der Ansatz war in der Pädagogik hinlänglich bekannt und schien durchsetzungsfähig.¹²⁹

126 Ebd., Pkt. 2.

127 Ebd., Pkt. 10.

128 Die Diskussion um die Einführung wurde von den Lehrerverbänden bereits vor Beginn des ersten Weltkrieges geführt. Vgl. Pretzel, T.L.A., 1921, S. 240.

129 Bereits Comenius hatte die Forderung nach einem durchgängigen Aufbau des Schulsystems erhoben. Vgl. Comenius, J.A.: Pädagogische Schriften. Langensalza: Beyer 1883 (2. Aufl.). Von Süvern gebrauchte im Schulgesetzentwurf 1816 den Begriff der Schule „in organischem Zusammenhang“ zur Förderung eines einheitlichen Schulsystems. Der Süvernsche Unterrichtsentwurf v. 1819. Abdruck teilw. In: Müller, 1914, S. 142. Der Deutsche Lehrerverein machte sich diese Forderung 1848 zueigen. Vgl. Pretzel, T.L.A., 1921, S. 38. Und betonte sie zur Kaiserzeit 1914 erneut. Die Leitsätze „Die nationale Einheitsschule“ wurden von Kerschensteiner während der Deutschen Lehrerversammlung in Kiel 1914 vorgestellt. Die Versammlung machte sich die Forderungen zueigen und forderte „alle Kräfte daran zu setzen, daß die der Verwirklichung dieser Einheitsschule entgegenstehenden Widerstände überwunden werden.“ Ebd., S. 240. Die Forderung nach organischer Gestaltung des Schulwesens spiegelte sich in der Reichsverfassung von 1919. „Das öffentliche Schulwesen ist organisch auszugestalten. Auf einer für alle gemeinsamen Grundschule baut sich das mittlere und höhere Schulwesen auf.“ Die Verfassung des Deutschen Reiches (Weimarer Verfassung) vom 11.8.1919, Art. 146. Abdruck in: Hildebrandt, H., 1970, S. 99. Sehr konkrete, wenn auch in der Auslegung divergierende Programme zur Umsetzung enthielten schließlich die Leitsätze zur Reichsschulkonferenz 1920. Vgl. Reichsministerium, 1921. S. 81. Kerschensteiner vertrat dort das Verlangen nach einer „nationalen Einheitsschule“. Ebd., S. 114 ff. Zur Diskussion vgl. auch: „Die Probleme der nationalen Einheitsschule“. Kerschensteiner, G., 1916, S. 126 ff.

2.2.2 *Neubau des Schulwesens – Hannover Plan*

Das erste Schulreformprogramm, der Hannover-Plan „Zum Neubau des Schulwesens“¹³⁰, war Ergebnis der Marienauer Tagung im August 1945. Das Grundsatzreferat in Marienau hielt Herman Nohl, dessen Forderung nach einer „Bildungsgemeinschaft“¹³¹ die Bestrebungen zur Einrichtung eines Einheitsschulsystems unterstützte. Günther Rönnebeck, seit Herbst 1945 Referent für die Schulreform beim Nds. Kultusministerium, setzte sich für die Umsetzung ein. Und Kultusminister Adolf Grimme ließ keinen Zweifel daran, dass der Wunsch nach einem einheitlichen, damit klareren und freiheitlichen Schulsystem seinen Vorstellungen entsprach.¹³²

Obwohl Grimme mit seinen Reformbestrebungen als der führende Modernisierer in den westlichen Besatzungszonen¹³³ angesehen wurde, ging die Forderung nach der Einführung einer Einheitsschule in der Auseinandersetzung der verschiedenen Interessengruppen unter.¹³⁴ Rönnebeck schilderte in einem Bericht zur schulpolitischen Diskussion mit Parteienvertretungen und Militärregierung am 26. August 1946 die Lage. Er erklärte, die Schulreform werde viel zu schnell vorangetrieben, die verfügbaren Lehrkräfte könnten die für die umzusetzenden Neuerungen notwendigen Arbeiten nicht leisten, denn „die älteren Lehrer, zahlenmäßig noch überwiegend, sind müde und ängstlich, die Neulehrer unerfahren.“¹³⁵

Natürlich hätte die britische Militärregierung die Reformbewegung stärker unterstützen und eigene Erfahrungen einbringen können.¹³⁶ Doch während

-
- 130 Vorgestellt in der Zeitschrift *Die Schule*, Nr. 2, 1945. Vgl. auch Leski, H., 1990, S. 360 ff.
- 131 Vgl. dazu Offermann, J.: *Nohls Leben und Werk*. In: Nohl, H., 1967, S. 116; Klika, D.: *Herman Nohl*. In: Tenorth, H.-E., 2003, S. 123 f.; Klika, D., 2000.
- 132 Grimme vertrat seine Auffassung auch in einem Vortrag zur Pädagogischen Woche der Hamburger Oberschulbehörde im August 1945. Vgl. Grimme, A., 1947, S. 26.
- 133 „Anton Fingerle, ebenfalls ein demokratischer Bildungspolitiker und nachmals berühmter als jahrzettelanger Schulreferent in München charakterisierte den Grimme-Plan als ein Element des pädagogischen Frühlings, der ihm ausgebrochen schien.“ Benz, W., 1991, S. 195.
- 134 Vgl. auch Darstellung in: Leski, H., 1991, S. 26 ff.
- 135 „Es wurde der Durchführung der Schulreform dem Geiste nach keine günstige Prognose gestellt, weil die Durchführung 1.) übereilt vorangetrieben wird (Termin 1.9.46), 2.) die zur Verfügung stehenden Lehrkräfte den Anforderungen einer so grundlegenden Arbeit nicht entsprechen; die älteren Lehrer, zahlenmäßig noch überwiegend, sind müde und ängstlich, die Neulehrer unerfahren.“ Bericht über schulpolitische Diskussion im Club zu Hannover. 26. August 1946. Abdruck in: Leski, H., 1991, S. 107.
- 136 Schließlich war in Großbritannien Anfang der vierziger Jahre eine Diskussion um die Mehrgliedrigkeit des Schulsystems geführt und eine Schulreform umgesetzt worden. Vgl. Schilderung von David C. Thomas in: Schardt, A.; Brauneiser, M. (Hrsg.), 1966, S. 41 ff.

dieser Sitzung vertrat Oberst Aitken Davies, Vertreter der britischen Militärregierung, eine den Prozess der Reform hemmende Auffassung. Er „betonte, daß es die Politik der englischen Regierung sei, so wenig wie möglich in die Neuordnung des Schulwesens einzugreifen.“¹³⁷

Die Reformbestrebungen konnten folglich nicht greifen, da die alten Strukturen, einmal übernommen und wieder neu eingerichtet, sich verfestigten. Klare Vorgaben für die Gestaltung des Schulwesens wurden durch die politische Debatte verhindert. Eugen Löffler stellte fest, dass es noch nicht einmal gelang, die äußeren Schulangelegenheiten bundesweit einheitlich zu regeln, da hier „jahrzehnte- und jahrhundertealte Rechtsverhältnisse und Gewohnheiten nachwirken.“¹³⁸

Die Einheitsschule ließ sich in Niedersachsen nicht verwirklichen. Kompromisse wurden gesucht, doch alle Bestrebungen nach Vereinheitlichung blieben erfolglos. 1948 schließlich schrieb Grimme an die Militärregierung, es sei geplant eine „elastische Einheitsschule mit 6jähriger Grundstufe“¹³⁹ in Niedersachsen einzuführen. Der „Hannover-Plan“ in seiner ursprünglichen Form war gescheitert, die brennenden Probleme der Volksschule, die durch Abwanderung der Schülerinnen und Schüler zu den Mittel- und Oberschulen verschärft wurden, waren nicht gelöst. Der von Grimme beschriebene Kompromiss erfuhr Veränderungen. W. Flitner führte 1949 die Diskussion um einen mehrjährigen Elementarbereich, der die Rolle der Volksschule stärken sollte.¹⁴⁰ Aber auch das setzte sich nicht durch. 1951 schrieb Rönnebeck in einem Brief an Ministerialrat Löffler, Stuttgart, auf dessen Anfrage zum Stand der Schulentwicklung lapidar:

*„Die Mittelschule richtet sich im wesentlichen nach dem Preussischen Plan von 1925, auch die Volksschule arbeitet noch nach den alten Vorschriften, die neuen Richtlinien für die Volksschulen sind noch in Vorbereitung.“*¹⁴¹

Ein niederschmetterndes Ergebnis.

137 Rönnebeck: Bericht über schulpolitische Diskussion im Club zu Hannover. 26. August 1946. Abdruck in: Leski, H., 1991, S. 107.

138 Löffler, E.: Der Wiederaufbau des Schulwesens nach 1945. In: Arnold, F.; Spranger, E.; Erbe, W., 1956, S.24.

139 Briefentwurf Nds. KM – K III 191/48 an die Mil.Reg. Land Niedersachsen. 6.2.1948. Abdruck in: Leski, H., 1991, S. 116.

140 Flitner vertrat unter anderem die Idee der „Elementarschule als erster Ursprung der Volksschule“. Vgl.: Flitner, W., 1949.

141 Dr. Rönnebeck an Ministerialrat Dr. Löffler, 27.1.1951. Abdruck in: Leski, H., 1991, S. 117.

2.2.3 Innere Reform

Im September 1945 schilderte Otto Haase in einer Ansprache zur kulturpädagogischen Woche in Hannover¹⁴² die durch die NS-Erziehung und Kriegserfahrungen geprägte „seelische Lage der Jugend“.¹⁴³ Deutlich wies er auf die völlig veränderten Verhaltensweisen der Schülerinnen- und Schülergenerationen hin und betonte, dass es notwendig sei, „sich die Erfahrungen der 20er Jahre zunutze zu machen.“¹⁴⁴ Aber er wies auch auf die Grenzen hin, auf die Schwächen der reformpädagogischen Ansätze, die erkannt und die zur Herausforderung für eine erneuerte Pädagogik werden müssten.¹⁴⁵ Er forderte ein neues Selbstverständnis der Lehrkräfte, die bereit sein müssten, die notwendige Schulreform zu tragen.¹⁴⁶ Die innere, durch die Bedingungen der Zeit notwendig gewordene Reform könne nur wirksam sein, wenn sie eine Weiterentwicklung der in den zwanziger Jahren praktizierten Pädagogik beinhalte. Schulreformer der Zeit, so erklärte es Horst Leski, sahen in ihren Bemühungen um eine neue Schule immer auch die Gleichwertigkeit einer inneren und einer äußeren Schulreform.¹⁴⁷ Das Interesse an der Reformpädagogik muss also unter dem Aspekt der Weiterentwicklung betrachtet werden. Und das Interesse war rege. Zur reformpädagogischen Tagung des Göttinger Instituts am 18. und 19. März 1948 hielten H. Nohl und E. Weniger die Grundsatzreferate, 600 Lehrerinnen und Lehrer hörten ihnen zu und diskutierten mit.¹⁴⁸ Es ist also nicht erstaunlich, dass der inneren Schulreform die Fähigkeit zur Überwindung der „alten Schule“¹⁴⁹ vorrangig zugesprochen wurde.

Eine innere Wandlung der Schule, deren Ausmaß O. Haase 1945 noch nicht erkennen konnte, wurde durch die Wanderungsbewegungen in Gang gesetzt.

142 Initiiert von A. Grimme, durchgeführt im Henriettenstift in Hannover unter Beteiligung der britischen Militärregierung, Hannover, Leitung Major Beattie. Grimme, A.; Haase, O., 1946.

143 Haase, O.: Die seelische Lage der Jugend. Ebd.

144 Ebd., S. 33.

145 Ebd.

146 Ebd., S. 34.

147 „In Niedersachsen galt seit 1946 – vorwiegend für die Volksschullehrerschaft – bis in die sechziger Jahre die ‚Innere Schulreform‘ als die eigentliche Schulreform. Sie hatte das Ziel, die ‚alte Schule‘ zu überwinden.“ Leski, H., 1991, S. 53.

148 Vgl. Sebonn, H.: Die Göttinger Reformpädagogische Tagung. In: Die Schule. Nr. 6/1948, S. 198 ff.

149 Die Überwindung der „alten Schule“ wurde fast gleich lautend betont: „Handelte es sich bei der ‚inneren‘ Schulreform zunächst darum, die ‚alte‘ Schule zu überwinden, so hatten die äußeren Reformbestrebungen vorwiegend organisatorische Ziele.“ Ellwein, Th., 1960, S. 149.

Der hohe Anteil Flüchtlings- und Vertriebenenkinder verlangte ein neues Umgehen miteinander im Unterricht. Diese Bedingungen veränderten das Unterrichten in Ostfriesland nachhaltig. Das Plattdeutsche wurde nicht immer selbstverständlich verstanden¹⁵⁰ und die Kinder, die aus völlig verschiedenen Regionen kamen, brachten einen durch Flucht und Heimatlosigkeit geprägten Erfahrungshintergrund mit, der von den Unterrichtenden berücksichtigt werden musste.¹⁵¹ Alle Kinder litten unter Kriegs- und Nachkriegsfolgen. Hunger, fehlende Kleidung, Krankheiten schwächten sie, bittere und belastende Erlebnisse mussten verarbeitet werden. Die meisten Kinder hatten den Verlust von nahen Verwandten zu beklagen, die Väter vieler Kinder waren entweder vermisst oder gefallen.¹⁵² Auf all das musste im persönlichen Umgang und im Unterricht Rücksicht genommen werden. Die Bedingungen waren den Lehrkräften in Ostfriesland sehr bewusst. In der Festansprache zum Ostfriesentag 1953 erklärte Johannes Diekhoff¹⁵³ die Wandlung der Schule hin zu einer Einrichtung, die sich allen Ansprüchen öffnen musste und Kulturen verbinden sollte:

*„Die Schulen waren ‚Schulen in Ostfriesland‘ geworden, auf deren jedem dritten Platz ein nichtostfriesisches Kind saß und in denen die weitaus größte Zahl der Lehrer Nichtostfriesen waren.“*¹⁵⁴

Die Zahl der Flüchtlinge, die aufgenommen werden mussten, überstieg oft die Zahl der Anwohner in kleineren Flecken Ostfrieslands.¹⁵⁵ Um alle Flüchtlingskinder unterrichten zu können, wurden Lagerschulen in Tido-feld¹⁵⁶, Landkreis Norden, und in Sandhorst¹⁵⁷, Aurich, gegründet. Es gab so

150 „Wir hielten anfangs das ostfriesische Plattdeutsch für eine Fremdsprache und meinten, sie sprächen diese Sprache auch deshalb, um uns an der Kommunikation mit ihnen nicht teilnehmen zu lassen.“ Menzel, O.: Erst Flüchtlingssschule in Holtland, dann Lehrer in Hinrichsfehn, oder: Die gute Tat einer Landesregierung. In: Bierwirth, H.; Hothan, H.; Klattenhoff, K. (Hrsg.), 1995, S. 596.

151 Beschrieben durch Müller, E.: Vertriebenenkinder. Tatbestand und Aufgabe. In: OSB 76. Jg., Nr. 9, Sept. 1955, S. 67 ff. Ders.: In: OSB 76. Jg. Nr. 10, Okt. 1955, S. 75.

152 „Jedes fünfte Kind der Jahrgänge 1930 bis 1945 wuchs vaterlos auf.“ Wolfrum, E., 2006, S. 151.

153 Johannes Diekhoff war Lehrer an der Schule Wilhelmsfeld, Schulaufsichtskreis Wittmund. Festschrift 1954, S. 47.

154 Diekhoff, J.: Ostfrieslands Jugend und die ‚Ostfriesische Landschaft‘. OSB 74 Jg., Nr. 3, Juni 1953.

155 B. Parisius verweist darauf, dass z. B. allein aus der Grafschaft Glatz in Niederschlesien 75.000 Menschen aufgenommen werden mussten. Parisius, B., 2004, S. 76.

156 In dieser Schule wurden im August 1946 136 Flüchtlingskinder unterrichtet. Ebd., S. 165.

157 1954 war dieses Lager mit fast 4.000 Flüchtlingen belegt, über 500 Kinder besuchten die Lagerschule. Vgl. Bericht Lehrerkonferenz Aurich. In: OSB 75. Jg., Nr. 7., Juli 1954.

erhebliche Spannungen, dass von einem Krieg, der „erst nach seinem Ende begann“¹⁵⁸, gesprochen wurde. Das Hineinwachsen in die ländliche Region Ostfriesland brachte gleichzeitig auch eine Veränderung der gesellschaftlichen Struktur Ostfrieslands mit sich.¹⁵⁹ An den Unterricht wurden völlig andere Ansprüche gestellt als zur Weimarer Zeit. Wenn alle Kinder erreicht werden sollten, dann musste die Schule sich ändern. Die innere Schulreform war also zwangsläufig. Sie war eine Reaktion auf die Bedingungen dieser Zeit.

2.2.4 Die „kalte“ Reform und negative Folgen

Eine Variante der Schulreform, die diese Bezeichnung vom Grundsatz her nicht verdient, sollte kurz betrachtet werden. 1948 kam es im Landtag Niedersachsen zur Auseinandersetzung um die „Kalte Schulreform“.¹⁶⁰ Der Vorsitzende des Kultusausschusses des Niedersächsischen Landtages kritisierte im Januar 1948 die Verbreitung von Nachrichten über Reformprogramme des Kultusministeriums. Die Gremien des Landes seien zu beteiligen. Schulreformen auf den Weg zu bringen, ohne die allgemeine Zustimmung erhalten zu haben, das sollte unterbunden werden. Reformen auf kaltem Wege durfte es nicht geben.¹⁶¹

Der Vorwurf gegen den Kultusminister, er habe eine unberechtigte Reform in Gang gesetzt, war nur zu einem Teil gerechtfertigt. Das Schulwesen in Niedersachsen wurde seit Neueröffnung der Schulen sehr regional gestaltet, es gab Anweisungen der Militärregierung, Verordnungen und Erlasse regelten das Notwendige. Der Landtag Niedersachsens hätte selbstverständlich über das Schulwesen befinden müssen, wenn der politische Wille sich geäußert und Mehrheiten gebildet worden wären. Das aber geschah nicht, da die Vorgaben für die Gestaltung der Schule auch nach 1949 nicht konsensfähig waren.¹⁶² Die politischen Fronten blieben verhärtet¹⁶³, so dass erst neun

158 Vgl. Parisius, B., 2004, S. 132.

159 „Zugespitzt ist gesagt worden, daß die Bundesrepublik erst selber das Ergebnis erfolgreichen Intergrationsprozesses von 20 % Neubürgern darstellte.“ Wolfrum, E., 2006, S. 147.

160 Angaben nach Leski, H., 1991, S. 34 f.

161 Ebd., S. 37.

162 Ebd.

163 Zusätzlich hatte der ausgesprochen hart geführte Wahlkampf auf Bundesebene 1949 dazu beigetragen, dass schul- und bildungspolitische Regelungen nicht in Angriff genommen wurden. Vgl. Wolfrum, E., 2006, S. 46 ff.

Jahre nach Kriegsende ein Schulverwaltungs- und ein Schulgesetz verabschiedet werden konnten.

2.3 Wege einer Reform

2.3.1 Entwicklung des Differenzierten Mittelbaus

Das dreigliedrige Schulsystem bot zu wenig Durchlässigkeit, um den Schülerinnen und Schülern weiterführende Bildungswege zu eröffnen.¹⁶⁴ Mit Unterstützung der GEW, dessen Vorsitzender für Niedersachsen Gustav Heckmann¹⁶⁵ die Planung mit einer Arbeitsgemeinschaft vorantrieb¹⁶⁶, wurde das Modell „Differenzierter Mittelbau“ strukturiert. Im April 1951 eröffnete ein Erlass des Nds. KM die Möglichkeit des Schulversuchs.¹⁶⁷ In diesem Schulversuch sollten – von der fünften Klasse an aufsteigend für vier Schuljahre – die Schülerinnen und Schüler so gefördert werden, dass sie nach Abschluss eine weiterführende Schule besuchen oder in die Ausbildung wechseln könnten. Allen Schülerinnen und Schüler der Jahrgänge ab Klasse 5 sollte eine Teilnahme ermöglicht werden.¹⁶⁸ Für die Einrichtung der Förderklassen auf gemeinsamem Unterbau musste die Übereinstimmung mit den Lehrkräften, den Eltern und dem Schulträger hergestellt werden. Die Einrichtung des Differenzierten Mittelbaus erforderte den Einsatz von Mittelschullehrern und Lehrern des höheren Lehramtes.¹⁶⁹

Die Volksschule behielt in diesem Verfahren die Eigenständigkeit.¹⁷⁰

1955 schließlich gab Rudolf Fiedler, Ministerialrat und Nachfolger A. Mosolfs in der Leitung der Referatsgruppe Volks- und Sonderschulen¹⁷¹

164 Das wurde noch 1957 durch den Sprecher der Schulpolitischen Fachstelle des OLV anlässlich einer Tagung des OLV mit Vertretern der Verwaltung, der Wirtschaft und verschiedener Institutionen als das größte Hemmnis der Schule in der Region beschrieben. Vgl. Meyer, M.: Gedanken zur Problematik des Bildungswesens in Ostfriesland. In OSB 78. Jg., Nr. 2, Febr. 1957, S. 9 f.

165 Zur Biografie vgl. Leski, H., 1990, S. 450.

166 Vgl. Angaben Leski, H., 1991, S. 31.

167 Schulversuche in Niedersachsen. Förderklassen an Volksschulen mit gemeinsamem Unterbau für weiterführende Schulen („differenzierter Mittelbau“). Nds. KM – III A (I) 1202/51. 3. April 1951. In: Nds. SVBl. 1954, S. 73 f.

168 „Sie werden stufenweise, beginnend mit Klasse 5, in vier Jahrestufen aufgebaut und nehmen ohne vorherige Auslese Kinder eines Jahrganges (oder eines Teils eines Jahrgangs) je einer Gemeinde oder einer Volksschule auf.“ Ebd., S. 73, Klammer im Original.

169 Ebd., S. 74.

170 „Die Versuchseinrichtungen sind rechtliche Teile der öffentlichen Volksschule.“ Nds. MBl. 1951/Nr. 15, S. 134.

im Nds. Kultusministerium, einen ersten Bericht zum Versuch „Differenzierter Mittelbau“.¹⁷² Es waren bis zu diesem Zeitpunkt zwei Schüलगenerationen durch diesen Versuch gegangen. Es hatte Kritik am personellen und finanziellen Aufwand gegeben¹⁷³, und es wurden Zweifel an der Wirksamkeit laut.¹⁷⁴ Fiedler führte aus, dass in Niedersachsen an diesem Versuch insgesamt 5.350 Schülerinnen und Schüler – durchschnittlich 38 Heranwachsende pro Klasse – teilgenommen hatten.¹⁷⁵ Im Regierungsbezirk Aurich beteiligte sich zu diesem Zeitpunkt nur die Inselschule Juist am Schulversuch.¹⁷⁶ Fiedler stellte am Beispiel der Studentafeln einzelner Schulen dar, dass wirkungsvolle Förderung und problemloser Übergang möglich sei. Er verwies abschließend auf das Modell des Senates der Hansestadt Hamburg, der mit einem Gutachten vom 29. Juni 1955 die Einführung eines zweijährigen Mittelbaues empfahl.¹⁷⁷

Der Differenzierende Mittelbau in Niedersachsen blieb Schulversuch. Am 22. September 1955 konstituierte sich der Deutsche Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen. Er stellte sich zur Aufgabe die „Erarbeitung des Entwurfes einer Neuordnung des gesamten Erziehungs- und Bildungswesens.“¹⁷⁸ Sollte sich der Differenzierte Mittelbau bewähren, mussten Veränderungen angestrebt werden. 1958 wurde Dr. Brandau vom Nds. KM beauftragt, eine Untersuchung zum niedersächsischen Schulversuch Differenzierter Mittelbau durchzuführen.¹⁷⁹ Eine endgültige Entscheidung aber fiel nicht.

171 Zur Biografie vgl. Leski, H., 1990, S. 448.

172 Fiedler, R.: Zum gegenwärtigen Stand des niedersächsischen Schulversuchs „Differenzierter Mittelbau“. In: Nds. SVBl. 1955, S. 287 ff.

173 Der Philologenverband Niedersachsen sprach sich gegen den differenzierten Mittelbau aus. Der Verband führte an, der bisherige „gebräuchliche Aufbau“ habe sich bewährt, „die über die Versuche übermittelten Ergebnisberichte seien nicht als positiv zu bezeichnen“ und die „Erfolgsmeldungen der Befürworter des Planes seien übertrieben.“ Bericht: OZ vom 24.6.1952.

174 „Da aber ein kleiner Teil der Öffentlichkeit offensichtlich Zurückhaltung als stillschweigendes Eingeständnis des Mißerfolgs zu deuten bereit scheint und dem Versuch einen hohen Aufwand nachsagt, soll im folgenden ein knapper Bericht gegeben werden.“ Ebd., S. 287.

175 Ebd.

176 Vgl. folgendes Kapitel.

177 Ebd., S. 291.

178 Deutscher Ausschuss: 1955, S. 3.

179 StAA Rep. 17/4 – Nr. 757 – Nds. KM III A (1) 2702/58 v. 11. Juli 1958.

Schließlich stellte 1959 der Deutsche Ausschuss mit dem „Rahmenplan Umgestaltung und Vereinheitlichung des allgemeinbildenden öffentlichen Schulwesens“¹⁸⁰ die Förderstufe als wirksamere Alternative dar.

Fiedler gab 1963 noch einmal eine Zusammenfassung der Ergebnisse des Differenzierten Mittelbaues heraus¹⁸¹, doch das Nds. Kultusministerium folgte den Empfehlungen des Deutschen Ausschusses und führte die dreiklassige Förderstufe zum Schuljahr 1965/66 ein.¹⁸²

2.3.2 *Differenzierter Mittelbau in Ostfriesland*

Das Niedersächsische Kultusministerium wandte sich am 14.4.1951 an alle Regierungspräsidenten und bat um eine Aufstellung aller Volksschulen mit gehobenen Klassen und Förderklassen mit gemeinsamem Unterbau für weiterführende Schulen.¹⁸³

Die erste Gemeinde in Ostfriesland, die die Möglichkeit dieser Schulreform nutzen wollte, war die Inselgemeinde Juist. Sie beschloss mit Sitzung des Rates vom 8.6.1951 einen Antrag auf Einrichtung des Differenzierten Mittelbaues an das Nds. KM zu stellen.¹⁸⁴ Die Antragstellung war sicherlich nicht vorrangig durch den Willen zur Schulreform, sondern eher damit begründet, dass die Inselgemeinde eine Möglichkeit suchte, die Schülerinnen und Schüler möglichst lang auf der Insel zu halten.¹⁸⁵ Tatsache aber ist, dass die Inselschule Juist zu den ersten sechs Schulen in Niedersachsen gezählt

180 Rahmenplan zur Umgestaltung und Vereinheitlichung des allgemeinbildenden öffentlichen Schulwesens. Gutachten des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen vom 14. Februar 1955. Deutscher Ausschuss, 1959 (Folge 3).

181 Nds. Kultusministerium. (Hrsg.): Der Differenzierte Mittelbau. Untersuchungen zu Probelehen der Niedersächsischen Schulversuche. Hannover: Hahn 1963.

182 „Die bisherigen Klassen 5–7 der Volksschulen werden mit Beginn des Schuljahres 1965/66 zur dreiklassigen Förderstufe. Kinder, die mit Erfolg am Kursunterricht der dreijährigen Förderstufe teilgenommen haben, können ohne Prüfung in die 8. Klasse einer Mittelschule oder eines Gymnasiums übergehen.“ Beendigung des Schulversuchs „Differenzierter Mittelbau.“ Nds. KM Presseinformation 114/64.

183 Schreiben Nds. KM an Regierungspräsidenten vom 14.4.1951: Meldung der Volksschulen mit gehobenen Klassen und Förderklassen mit gemeinsamem Unterbau für weiterführende Schulen („Differenzierter Mittelbau“) StAA Aur. Rep 17/4 1649.

184 Schreiben Inselgemeinde Nordseebad Juist v. 25. Juni 1951 an Nds. KM. StAA Rep. 17/4, Nr. 757.

185 Die Bedingungen waren sehr bewusst. Die Inselgemeinde wünschte das Angebot einer Mittelschule. So wies sie in der Begründung zum Antrag auf Einrichtung einer neunten Klasse 1953 darauf hin, dass „Borkum und Norderney dank der grösseren Einwohnerzahl bereits über gute Mittelschulen verfügen und die Insel Langeoog durch die dort bestehende Hermann-Lietz-Schule in vollem Umfange gesichert ist.“ StAA Aur. Rep 17/4 1649.

werden kann, die die Voraussetzungen des Differenzierten Mittelbaues erfüllten.¹⁸⁶

Die Inselfschule Juist, geführt durch Rektor W. Toltenier, verfügte 1951 als Volksschule über einen gemeinsamen Unterbau für Mittel- und Oberschulen.¹⁸⁷ Es fehlte allerdings die vorgeschriebene Planstelle des höheren Lehramtes. Die Gemeinde hatte per Privatdienstvertrag Studienrat Werner Christ angestellt.¹⁸⁸ Er unterrichtete mit achtzehn Stunden im bisherigen Modell Mathematik, Englisch, Französisch und war als Klassenlehrer eines sechsten Schuljahres tätig.¹⁸⁹ Die Gemeinde hatte bis dahin bereits 22.100 DM für Schulzwecke aufgewandt und die Anstellung des Studienrates finanziert¹⁹⁰, jetzt bat sie um finanzielle Unterstützung.¹⁹¹ Auf diesen Antrag hin erhielt die Gemeinde 1.500 DM.¹⁹² Der Rat der Insel stellte schließlich im Juli 1951 rückwirkend zum 1.4.1951 den Antrag auf Umwandlung einer Planstelle für Volksschullehrer.¹⁹³

Die Unterrichtsversorgung war zu diesem Zeitpunkt angespannt, fünf Lehrkräfte unterrichteten an der Schule 221 Schülerinnen und Schüler.¹⁹⁴ Die Inselgemeinde wollte dennoch die Schule weiter ausbauen und stellte nach nicht ganz drei Jahren Schulversuch den Antrag auf Einrichtung eines 9. Schuljahres.¹⁹⁵ Diesem Antrag aber wurde nicht entsprochen, das Ministerium riet zur Einrichtung eines freiwilligen neunten Schuljahres.¹⁹⁶

186 Die Schulen Bonifatiusplatz (Hannover), Ronnenberg, Salzhemmendorf, Copenbrügge, Juist und Drochtersen erhielten 1953 die notwendigen Stellen des höheren Lehramtes für den Schulversuch. Vgl. StAA Rep 17/4 1649 – Schreiben: Staatliche Verwaltung der höheren Schulen in Hannover vom 19. August 1953.

187 Ebd., Schreiben Inselgemeinde Nordseebad Juist v. 25. Juni 1951 an Nds.KM.

188 Ebd.

189 Ebd.

190 Schreiben Inselgemeinde Nordseebad Juist vom 19.2.1951. StAA Rep 17/4 1649.

191 Ebd.

192 Schreiben Reg.Präs. II Ua Juist 9, v. 19.3.1951. StAA Rep 17/4 1649.

193 Ebd.: Einrichtung einer Studienratsstelle an der Inselfschule Juist. Antrag an Nds. KM II Ua Juist 16, v. 25. Juli 1951.

194 Nach Anerkennung der Stelle des Höheren Lehramtes unterrichteten sechs Lehrkräfte. Um weitere aufsteigende Klassen zu versorgen sollte die Zahl auf sechs, bzw. sieben angehoben werden. Vgl. Protokoll Inselgemeinde Juist v. 11.11.1953. Ebd.

195 Ebd.

196 „Ich empfehle der Gemeinde, ein freiwilliges 9. Schuljahr einzurichten, in dem die Kinder des bisherigen 8. Schuljahres, die keine Lehrstelle gefunden haben, zusammengefasst werden können. Da die Klasse nach Ihrer Feststellung, die vom Schulrat und von der Regierung bestätigt wird, seit der Einrichtung des Schulversuchs praktisch an dessen Arbeit beteiligt war, müßten die Übergänge an die weiterführenden Schulen des benach-

Die Unzufriedenheit an der Inselschule wuchs beständig. Anlässlich eines Besuches des Oberregierungsrates Rudolf Fiedler¹⁹⁷ in Begleitung des Reg.- und Schulrates Dr. H. Wiemann und Prof. Dr. Lange, Schulaufsichtskreis Norden, kam es zum Konflikt.

Dr. H. Wiemann kritisierte in einer mit dem Kollegium durchgeführten Konferenz, dass das „kollegiale Zusammenstehen im Lehrkörper“¹⁹⁸ nicht mehr existiere und das Kollegium insgesamt sich in einem „Wellental“¹⁹⁹ sehe.

Die in der Konferenz deutlich werdenden strittigen Punkte wurden durch den Protokollführer W. Christ notiert.²⁰⁰ Das Protokoll fand zwar nicht die Zustimmung des Kollegiums²⁰¹, die angeführte Kritik am differenzierten Mittelbau Juist lässt aber die allgemeine Situation deutlich werden. Die Diskussion um die methodisch-didaktischen Probleme, die während der besichtigten Unterrichtsstunden festgestellt wurden, betrachtete W. Christ emotional²⁰², er zeichnete dem gegenüber das Bild einer Schule, die durch die Forderung nach Differenzierung und die Form der Unterrichtsorganisation erheblich belastet war.²⁰³ Der Schulneubau²⁰⁴, die Organisation von Ausflügen und „überraschend angesetzte Tagungen“²⁰⁵ wurden besonders negativ empfunden. Die Kritik beschrieb der Protokollführer in neun Punkten, die während der Konferenz angesprochen wurden.²⁰⁶ Die Schwerpunkte, die erkennbar werden, beziehen sich auf die als ungenügend empfundenen Formen der Differenzierung²⁰⁷ und die wenig praktizierte Organisation des Gesamt-

barten Festlandes auch ohne ausdrückliche Zugehörigkeit der Klasse zum Schulversuch möglich sein.“ Nds. KM Nr. III A (1) 918/53 v. 11.4.1953. Ebd.

197 Von 1953 bis 1964 im Nds. KM zuständig u. a. für den Schulversuch „Differenzierter Mittelbau“. Angaben zur Biografie vgl. Leski, H., 1991, S. 89.

198 Abschrift aus dem Protokollbuch der Inselschule Juist. Konferenz am 12.11.1953. StAA Rep. 17/4 – Nr. 757.

199 Ebd.

200 Ebd.

201 Zusatz des Protokollführers: „Das Protokoll wurde – trotz des ausdrücklichen Wunsches des Protokollführers – nicht verlesen. Es ist also nur ein nicht allgemein anerkannter Bericht. Werner Christ.“ Ebd.

202 Ebd.

203 Abschrift aus dem Protokollbuch der Inselschule Juist. Konferenz am 12.11.1953. StAA Rep. 17/4, Nr. 757.

204 Ausführliche Beschreibung des Schulneubaues auf Juist in: StAA Rep. 17/4, Nr. 1412.

205 Abschrift aus dem Protokollbuch der Inselschule Juist. Konferenz am 12.11.1953. StAA Rep. 17/4, Nr. 757.

206 Ebd.

207 Vgl. Pkt 4–6, Ebd.

unterrichts.²⁰⁸ Schon am Tag nach diesem Besuch stellte die Inselgemeinde die Weiterführung des Differenzierten Mittelbaus aus finanziellen Gründen infrage.²⁰⁹ Das Nds. KM folgte dem Willen der Gemeinde und genehmigte am 3.2.1954 „Gehobene Klassen in organischer Verbindung mit dem differenzierten Mittelbau in Juist.“²¹⁰

Die neunte Klasse wurde zu Ostern 1954 eingerichtet²¹¹, die Fortführung der gehobenen Klassen blieb aber Versuch.²¹² Absolventen der 10. Klassen mussten sich einer Prüfungskommission stellen.²¹³

Zum Sommer 1955 musste die Stelle für das Lehramt an Höheren Schulen neu besetzt werden.²¹⁴ Ein 10. Schuljahr wurde trotz geringer Schülerzahl eingerichtet.²¹⁵ Zur Prüfung in Englisch, Deutsch, Mathematik, Physik und Chemie kamen am 31. März 1954 vier Schüler und drei Schülerinnen. Alle bestanden die Prüfung.²¹⁶

1956 konnte der Unterricht an der Inselchule nur noch durch Kombination von Klassen gesichert werden.²¹⁷ Am 25. März 1964 stellte die Inselgemeinde einen Antrag auf Einrichtung einer Mittelschulklasse für die aus der Klasse 7 abgehenden Kursschüler. Der Schulversuch zum Differenzierten Mittelbau war damit abgeschlossen, die Gemeinde Juist wollte durch Einrichtung einer Mittelschulklasse an der Volksschule ein erweitertes Schulangebot auf der Insel behalten.²¹⁸ Dem Antrag der Gemeinde wurde entsprochen. Zum 3. März 1965 genehmigte das Nds. KM eine „Mittelschule in verkürzter Form in Verbindung mit der Volksschule.“²¹⁹ Die Schule trug ab

208 Vgl. Pkt. 8, Ebd.

209 Schreiben Inselgemeinde Nordseebad Juist am 13. Nov.1953: Zur Frage der Weiterführung des diff. Mittelbaues auf Juist. StAA Rep 17/4, Nr. 1649.

210 Genehmigung des Nds. KM III. A (1) 232/54 vom 3.2.1954. StAA Rep 17/4, Nr. 1649.

211 Ebd.

212 Ebd.

213 Ebd.

214 Nds. KM III A (1) 2675/55 v. 9. Juni 1955. StAA Rep. 17/4, Nr. 757.

215 Schreiben Schulrat des Kreises Norden, Prof. Dr. Lange, an Nds. KM v. 19.4.1956. StAA Rep 17/4 1649.

216 Protokoll zur Abschlussprüfung am 21. März 1956. SAA Rep. 17/4, Nr. 757.

217 Schreiben Inselchule Juist vom 1.12.1956 an Schulrat Lange Norden. StAA Rep 17/4 1649.

218 Schreiben Inselgemeinde Nordseebad Juist an Nds. KM vom 25.03.1964. StAA Rep. 17/4, Nr. 757.

219 Schreiben Regierungspräsident – II/U 2 – Juist, v. 12.03.1965. Ebd.

November 1964 die Bezeichnung „Volks- und Mittelschule mit differenziertem Mittelbau.“²²⁰

Schon im Januar 1965 formulierte die Gemeinde einen Antrag auf Einrichtung einer Förderstufe und eines Mittelschulaufbauzuges.²²¹ Der Nds. KM genehmigte die Einrichtung einer Mittelschule in verkürzter Form für die Klassen 8–10 und legte fest: „Diese Schule führt die Bezeichnung Volksschule mit Förderstufe und Mittelschule (i.v.F.).“²²²

Am 1.8.1975 richtete der Landkreis Norden eine Orientierungsstufe im Bereich der Gemeinde Juist ein.²²³

An der Schule Uplengen in Remels wurde 1960 und an der Schule Moormerland in Warsingsfehn Ost 1961 der Schulversuch Differenzierter Mittelbau eingerichtet.²²⁴ Beide Schulen erhielten nach Abschluss des Schulversuchs 1965 Förderstufen und Realschulzüge als Aufbauzüge.²²⁵

Die Schülerinnen und Schüler der Aufbauzüge erwarben nach einer Abschlussprüfung das Zeugnis einer Realschule.²²⁶ In Remels wurde diese Prüfung erstmalig 1966 und in Warsingsfehn-Ost 1967 abgenommen.²²⁷

Im Mai 1962 lud Regierungsschulrat Wiemann in die Schule Warsingsfehn-Ost zu einer Konferenz über den Differenzierten Mittelbau ein.²²⁸

Anwesend waren 31 Lehrerinnen und Lehrer, darunter die Kollegien der Schulen Remels und Warsingsfehn und einzelne Interessierte der Grundschulen, die Schülerinnen und Schüler zu den weiterführenden Schulen gaben.²²⁹ Dr. Harm Wiemann referierte zur Geschichte der Reform und betonte die Bedeutung des differenzierten Mittelbaues für den Lebensweg der Schülerinnen und Schüler auch mit Blick auf die Entwicklung der Gesellschaft.²³⁰ Die Eröffnung von Chancen für die die Orientierung der

220 Schreiben Inselgemeinde Nordseebad Juist an Nds. KM v. 17. Nov. 1964. Ebd.

221 Schulrat des SAK Norden an RP – Abt. Schulen – II/U2- v. 6. 01.1965. Ebd.

222 Nds. KM III A 1690/64 an RP Aurich v. 3. März 1965. Ebd.

223 Schreiben Landkreis Norden an RP Aurich v. 24.10.1974. Ebd.

224 Vermerk RP 403 v. 4. Mai 1971. Ebd.

225 Ebd.

226 Lt. Erl. Nds KM v. 5.1.1956, SVBl. 1958, S. 8.

227 Vermerk RP 403 v. 4. Mai 1971. StAA Rep. 17/4 Nr. 844.

228 Protokoll der Konferenz über den Differenzierten Mittelbau der Schule Warsingsfehn Ost vom 15.5.1962. StAA Rep. 17/4 Nr. 844.

229 Ebd.

230 „Dieses Zusammenbleiben ist wie folgt zu begründen: 1. Von der erzieherischen Seite her: Gegenseitiges Misstrauen soll abgebaut werden. In Deutschland gibt es noch weitgehend

Schülerinnen und Schüler sei von besonderer Bedeutung. Dennoch werde der Differenzierte Mittelbau von der Lehrerschaft abgelehnt, da er die Existenz der Mittelschulen gefährde.²³¹

Rektor Bokelmann stellte in dieser Konferenz die Arbeit des Mittelbaues Warsingsfehn-Ost vor.²³² Er verwies darauf, dass die hohen Klassenfrequenzen zu Schwierigkeiten in „Auswahl und Bereitstellung des Stoffes in den Sachfächern“²³³ führten. Er betonte aber gleichzeitig die Bedeutung der Gemeinsamkeit aller Schülerinnen und Schüler im Schulleben.²³⁴

Das Nds. KM forderte 1964 eine Erhebung von allen Volksschulen mit differenzierendem Mittelbau.²³⁵ Die Schulen meldeten die Schülerzahlen, Übergänge, Mittelschulabschluss, Stundenzahlen zum Stichtag Ostern 1964.²³⁶

Die Schule Uplengen in Remels meldete drei Übergänge an weiterführende Schulen, machte aber keine Angaben zu den Mittelschulabschlu szeugnissen 1963/64.²³⁷ In den Kurs Jahrgang 5 waren 10 Schülerinnen und Schüler aufgenommen worden.²³⁸ Die Versorgung der Schule aber wies große Lücken auf. Es wurden 338 Wochenstunden erteilt, es fehlten 69 Stunden zur vollen Versorgung.²³⁹

eine Klassifizierung des Menschen auf Grund seines Sozialprestiges. Gemeinsame Erziehung kann gemeinsame Grundgehalte des Volkes erkennen lassen. Zwar soll man sich vor übertriebenen Hoffnungen hüten, es ist jedoch eine Eigenart pädagogischen Denkens, dass es utopisches Denken ist; das unerreichbare Ideal wird als Leitbild angestrebt. 2. Alle Kinder bleiben lange beim anschaulichen Denken und werden nicht, wie es die Ausbildung zur Studiumsreife erfordert, früh zum abstrakten – logischen Denken gezwungen. 3. Die gleichgültigen und leistungsschwächeren Schüler haben durch die f higeren und strebsamen eine Führung. Die besseren selbst wandern nicht von der Volksschule ab; dadurch kann die Volksschule wieder eine eigenständige Stellung in unserem Bildungswesen einnehmen. 4. Das Zusammenleben von Intelligenen und Schwächen kann die Hilfsbereitschaft der überlegenen fördern. Hierüber sind schon Untersuchungen angestellt, die aber noch nicht gedruckt vorliegen. Auch das Zusammenarbeiten der verschiedenen Lehrerrarten kann hier eine bessere Einstellung zueinander fördern, wie das etwa auf Juist der Fall ist; jedoch stellen Inselverh ltnisse eine Ausnahme dar.“ Ebd.

231 Ebd.

232 Ebd.

233 Ebd.

234 Ebd.

235 Erl. Nds. KM 11.6.1964: Erhebung von allen Volksschulen mit Diff. Mittelbau. StAA Rep. 17/4 Nr. 844.

236 Ebd.

237 Berichtbogen Remels. Ebd.

238 Ebd.

239 Ebd.

Dieser Bericht ist nur unvollständig verfasst. Rektor Möller litt unter Arbeitsüberlastung, da ihm die Schulleitungen der Schulen Bühren, Jübbeerde, Klein-Remels und Selverde zusätzlich übertragen worden waren.²⁴⁰

Die Schule Warsingsfehn-Ost meldete 30 Schülerinnen und Schüler²⁴¹ im Übergang an die weiterführenden Schulen, davon fünf an sonstige Schulen und nur eine an eine Mittelschule.

Zum Erwerb der Mittelschulabschlusszeugnisse 1963/64 wurden keine Angaben gemacht, in diesem Jahrgang waren sechs Aufnahmen in den Kurs der fünften Klasse zu verzeichnen gewesen.²⁴²

Die Unterrichtsversorgung war verhältnismäßig gut, es fehlten bei 378 Wochenstunden nur 18 zur vollen Soll-Stundenzahl.²⁴³

Die Schule Juist meldete sieben Schülerinnen und Schüler im Übergang an die weiterführenden Schulen.²⁴⁴ 1963/64 hatten sieben Schülerinnen und Schüler das Mittelschulabschlusszeugnis erhalten.²⁴⁵ Die Schule nahm zwölf neue Schülerinnen und Schüler in den Kurs des fünften Jahrganges auf.²⁴⁶ Es gab bei einer Stundenzahl von 222 Wochenstunden kein Fehl.²⁴⁷

Auch die beiden Schulen auf dem Festland strebten schließlich die Anerkennung von Realschulzügen an. 1968 stellte die Schule Uplengen einen Antrag auf Anerkennung des Realschulzuges. Dieser Antrag wurde zuerst abgelehnt, da der Schulleiter nicht über das Lehramt an Realschulen verfügte.²⁴⁸

Die Schule Moormerland, Warsingsfehn-Ost, erhielt die Anerkennung des Realschulzuges 1972.²⁴⁹

Ein vierter Versuch zur Einrichtung eines Differenzierten Mittelbaus in Ostfriesland scheiterte.

240 Vermerk RP 403 v. 4. Mai 1971. StAA Rep. 17/4 Nr. 844.

241 Berichtbogen Warsingsfehn-Ost. Ebd. Amn.: Es wurden alle Schülerinnen und Schüler der Abgangsklassen angegeben. Die Zahl trägt den Zusatz: „Nach erfüllter Schulpflicht.“

242 Ebd.

243 Ebd.

244 Berichtbogen Inselschule Juist. Ebd.

245 Ebd.

246 Ebd.

247 Ebd.

248 Vermerk RP 403 v. 4. Mai 1971. StAA Rep. 17/4 Nr. 844.

249 Ebd. Nds. KM vom 22.2.72: Anerkennung des Realschulzuges Moormerland in Warsingsfehn-Ost. Ebd.

Am 25. April 1960 wandte sich der „Schulzweckverband Marienhaf-Tjüche-Uppgant-Schott“²⁵⁰ an den Regierungspräsidenten über den Schulrat in Norden. Der Verband bat um Einrichtung einer „Dörfergemeinschaftsschule in Marienhaf.“²⁵¹ Erreicht werden sollten die umliegenden Dörfer Osteel, Leezdorf, Rechtsupweg und Siegelsum im Landkreis Norden und die Gemeinden Moorhusen, Münkeboe und Engerhaf im Landkreis Aurich.²⁵² Die Vertreter des Verbandes waren sich darüber einig, dass „ein an die neue Schule angegliederter differenzierter Mittelbau die geeignetste Schulform für den Raum Marienhaf sei.“²⁵³

Die Dörfergemeinschaftsschule wurde gebaut, aber der Differenzierte Mittelbau nicht eingerichtet. Am 13.6.61 schrieb der Schulzweckverband Marienhaf-Tjüche-Uppgant-Schott, Verbandsvorsteher Rektor Dringenberg²⁵⁴, also noch einmal und wiederholte seinen Antrag.²⁵⁵

Der Schulrat in Norden verwies in seiner Stellungnahme an den Regierungspräsidenten darauf, dass die Dörfergemeinschaftsschule Marienhaf erst seit den Sommerferien 1960 bestehe und sich etablieren müsse, bevor sie erweitert werden könne.²⁵⁶ Der Regierungspräsident antwortete dem Schulzweckverband ausweichend und versprach eine weitere Prüfung des Antrages durch Reg.- u. Schulrat H. Wiemann.²⁵⁷ Doch der Schulzweckverband Marienhaf-Tjüche-Uppgant-Schott wurde seinerseits aktiv, verwies auf die breite Zustimmung der Elternschaft in ihrem Bereich und erklärte, dass auch die Volksschule Siegelsum und Schott mit in den Verband genommen wurden.²⁵⁸

Er argumentierte weiter, dass bestehende Mittelschulen in Dornum und Pewsum zu weit entfernt seien und der Verband „bessere Chancen für Landkinder“²⁵⁹ einfordere.

250 Schreiben Schulzweckverband Marienhaf-Tjüche-Uppgant-Schott vom 25.4.1960. Ebd.

251 Ebd.

252 Ebd.

253 Ebd.

254 Jakob Dringenberg war Schulleiter der Volksschule Marienhaf. Schulaufsichtskreis Norden. Festschrift 1961, S. 62.

255 „Leider hat die Schulabteilung in Aurich sich bisher zu meinem Antrag vom 25.4.60 nicht geäußert.“ Schreiben Schulzweckverband Marienhaf-Tjüche-Uppgant-Schott vom 19.6.61. StAA Rep. 17/4 Nr. 844.

256 Stellungnahme Schulrat Norden v. 19.6.61. Ebd.

257 RP an Schulzweckverband Marienhaf-Tjüche-Uppgant-Schott am 3. Juli 1961. Ebd.

258 Schulzweckverband Marienhaf-Tjüche-Uppgant-Schott an RP am 8. April 1963. Ebd.

259 Ebd.

Am 13.4.64 schrieb der Landkreis Norden an den jetzt umbenannten Schulzweckverband Brookmerland, Verbandsvorsteher Rektor Dringenberg.²⁶⁰ Es hatte eine Sitzung des Schul- und Kulturausschusses Norden am 4. Febr. 1964 gegeben, an der beratend Dr. Wiemann und die Schulräte Basse, Norden, und Mortzfeld, Emden, teilnahmen.²⁶¹ Der Landkreis verwies nun darauf, dass der Schulversuch Differenzierter Mittelbau abgeschlossen sei.²⁶²

Die Führung von Förderklassen an der Mittelpunktschule aber wurde befürwortet.²⁶³ Eine Mittelschuleinrichtung müsse abgelehnt werden, hieß es, da bereits zwei einzügige Mittelschulen im Landkreis Norden vorhanden seien. Eine weitere einzügige könne der Landkreis nicht genehmigen.²⁶⁴

Natürlich ist der Zusammenhang zwischen dem Erhalt des Mittelschulangebotes und dieser Ablehnung eindeutig. Die Schulversuchsphase befand sich im Ausklang.

Der Ostfriesische Lehrerverein gab keine negative Stellungnahme. Der Vorstand des Bezirkslehrervereins hatte zur Vertretersammlung 1950 die Eröffnung neuer Möglichkeiten durch den Differenzierten Mittelbau begrüßt.²⁶⁵ A. Alberts als Vertreter des Pädagogischen Ausschusses betrachtete die Veränderungen und die Mängel des schulischen Angebotes 1966 mit Blick auf die Eröffnung der Möglichkeiten einer Förderstufe.²⁶⁶

2.3.3 *Volksschulnotstand und Landschulfrage*

Nach 1945 standen in Ostfriesland in den Volksschulen²⁶⁷ für die Beschulung von 55.792 Schülerinnen und Schüler 762 Lehrerinnen und Lehrer²⁶⁸

260 Schreiben Landkreis Norden an Schulzweckverband Brookmerland v. 13. April 1964. Ebd.

261 Ebd.

262 „In der Beratung wurde festgestellt, dass die beantragte Genehmigung eines differenzierten Mittelbaues inzwischen überholt ist. Bei den bislang vorhandenen diff. Mittelbauen handelte es sich lediglich um Schulversuche, die inzwischen abgeschlossen sind. Übrig geblieben sind von dem bisherigen Mittelbau lediglich die Förderklassen 5 und 6.“ Ebd.

263 Ebd.

264 Ebd.

265 Protokoll der Vertreterversammlung am 4. April 1950 in Esens. In: Protokollbuch: Vorstand des BLO/OLV, 1950–1955.

266 Alberts, A.: Erfahrungen mit dem Differenzierenden Mittelbau und seinen Problemen. In: OSB 87. Jg., Nr. 3, März 1966, S. 14.

267 Schaub, H.; Zenke, K.G., 2000, S. 585.

268 Angaben lt. statistischer Übersicht: „Schülerzahl und Zahl der Schulstellen der Volksschulen im Regierungsbezirk Aurich.“ In: Wiemann, H.; Eiben, H.O., 1956, S. 5.

und 877 Schulklassen²⁶⁹ zur Verfügung. Das waren im Durchschnitt 73 Schülerinnen und Schüler pro Lehrer und 63 Schülerinnen und Schüler pro Schulklasse. Das Lehrer-Schüler-Verhältnis verschärfte sich in dieser Schulform durch Zuwanderung von Flüchtlingen und Vertriebenen. 1948 erreichte die Schülerzahl ihren Höchststand. 64.763 Schülerinnen und Schüler wurden von 1.107 Lehrerinnen und Lehrern²⁷⁰ unterrichtet. Die Schulabteilung des Regierungsbezirkes Aurich gab einer Denkschrift im Jahr 1952 den Titel „Der Volksschulnotstand des Notstandsgebietes Ostfriesland.“²⁷¹ Lehrkräfte erteilten immer noch Unterricht in Schichten über den Tag verteilt²⁷², die Schulmöbel waren veraltet, Lehr- und Lernmittel kaum vorhanden.²⁷³ Es fehlte an Dienstwohnungen für die Lehrkräfte, viele Lehrerinnen und Lehrer, die nach Ostfriesland kamen, wollten so rasch wie möglich die Region wieder verlassen.²⁷⁴

Die bauliche Substanz der Volksschulen war völlig veraltet.²⁷⁵ Nahezu 80 % der Schulbauten stammten aus der Zeit vor 1933²⁷⁶, von den 1951 zur Verfügung stehenden 999 Klassenräumen waren nach 1945 112 neu gebaut worden.²⁷⁷ Im Jahr 1952 wies Ostfriesland 362 Volksschulen auf, 84 Schulen wurden einklassig und 115 Schulen zweiklassig geführt.²⁷⁸ Das bedeutete, dass in über der Hälfte der Volksschulen Abteilungsunterricht²⁷⁹ gegeben werden musste. Zwar nutzten viele Lehrkräfte diesen Unterricht, um Arbeitsweisen der Reformpädagogik, die Methoden der Arbeitsschule mit Gruppenunterricht, Helfersystem und Einsatz freier Arbeitsmittel zu praktizieren.²⁸⁰ Es gab aber selbst auf Seiten der Schulabteilung des Regierungs-

269 Ebd., S. 18.

270 Ebd., S. 5.

271 Denkschrift Schulabteilung Regierungsbezirk Aurich 1952. Eiben, H.O.: 50 Jahre Volksschulbau in Ostfriesland. 1905–1955. In: Wiemann, H.; Eiben, H.O., 1956, S. 18.

272 Noch 1955 wurde in 314 Klassen der Volksschulen Schichtunterricht erteilt. Eiben errechnete diese Zahl anhand der Statistik zum Stichtag 15.5.1955. Ebd., S. 19.

273 Denkschrift Schulabteilung Regierungsbezirk Aurich 1952. Eiben, H.O.: 50 Jahre Volksschulbau in Ostfriesland. 1905–1955. In: Wiemann, H.; Eiben, H.O., 1956, S. 18.

274 Ebd.

275 Ebd.

276 Ebd.

277 Ebd.

278 Ebd., S. 19.

279 Vgl. Schaub, H.; Zenke, K.G., 2000, S. 26.

280 Diese methodischen Ansätze standen im Ostfriesischen Lehrerverein immer wieder zur Diskussion. Vgl. Witthaus, L.: Das Arbeitsmittel als Bildungs- und Erziehungsmittel. OSB Okt. 1954; Schridde, R.: Alte und neue Wege im methodischen Raum. OSB 1955, S. 3; Müller, E.: Stundenplanfragen der weniggegliederten Landschule. OSB 1955, S. 27; Freyhoff, U.: Die Praxis des Gruppenunterrichts. OSB 1955, S. 28; Becker, E.A.:

bezirkes erhebliche Zweifel daran, dass der Standard der allgemeinen Schulbildung einem Vergleich mit anderen Regionen Niedersachsens hätte standhalten können:

*„Wenn in der Begründung zum Volksschulverwaltungsgesetzesentwurf mit Recht darauf hingewiesen wird, daß durch dieses zu erlassende Gesetz die Voraussetzungen für die Schaffung eines gleichen Leistungsstandes der Volksschulen in allen Bezirken des Landes Niedersachsen geschaffen werden sollen, so muß der Regierungsbezirk Aurich mit allem Nachdruck darauf hinweisen, daß der augenblickliche Zustand der äußeren Volksschulangelegenheiten in unzähligen Volksschulverbänden keine Gewähr dafür bietet, daß das dem Landesdurchschnitt entsprechende Bildungsziel erreicht wird.“*²⁸¹

Durch die Demokratisierung, so das Ziel noch 1949, sollte den Heranwachsenden aller Bevölkerungsgruppen die Möglichkeit eingeräumt werden, in ein Bildungssystem einzutreten, das ihnen die „gleiche Erziehungsmöglichkeit“²⁸² und ein „umfassendes Erziehungssystem“²⁸³ bieten sollte; ein System, das „aufeinanderfolgende Unterrichtsstufen“²⁸⁴ aufzuweisen hatte. Diesem Anspruch konnten die Volksschulen in Ostfriesland nicht gerecht werden. Ein Vergleich zeigt das Ausmaß. Die Schülerzahlen an den vierzehn Mittelschulen²⁸⁵ in Ostfriesland stiegen zwischen 1949 und 1955 langsam

Gruppenunterricht – Grundlegung und Beispiel. OSB 1955, S. 28; Weltner: Über die Organisation des Unterrichts in der Volksschul-Oberstufe. OSB 1957, S. 91; Müller, E.: Handreichung für die Schulpraxis. OSB 1958, S. 32; Hansen: Der Unterricht im letzten Bildungsabschnitt der Volksschule. In: OSB 1958, S. 85, S. 97.

281 Denkschrift Schulabteilung Regierungsbezirk Aurich 1952. Oltmanns-Eiben, H.: 50 Jahre Volksschulbau in Ostfriesland. 1905–1955. In: Wiemann, H.; Eiben, H.O., 1956, S. 18.

282 Kontrollratsanweisung Nr. 54: Grundsätze zur Demokratisierung der Erziehung in Deutschland. Nds. SVBl. 1949, S. 6.

283 Ebd.

284 Ebd.

285 Das Angebot der Mittelschulen in Ostfriesland: 1. Westrhaudefehn (ab 1924, vorher Höhere Privatschule Westrhaudefehn), 2. Norden (ab 1930, vorher Höhere Töchterschule), 3. Aurich (ab 1936, vorher Höhere Töchterschule), 4. Emden (ab 1954, neu eingerichtet), 5. Pewsum (ab 1928, vorher Höhere Privatschule Pewsum), 6. Norderney (ab 1914 Aufbauklassen, erstmalig eingerichtet 1887), 7. Leer (ab 1.10.1945, Umwandlung der Hauptschule Leer), 8. Dornum (ab 1.4.1955, vorher Privatschule Dornum), 9. Privat-Mittelschule Langeoog (August 1946 neu eingerichtet), 10. Wiesmoor (ab 1926, Schule Spetzerfehn-Strackholt, 1942 Anerkennung als Mittelschule), 11. Wittmund (ab 31.3.1926, vorher Rektorschule, Aufbauklassen, Mittelschule), 12. Borkum (ab 1914, vorher Höhere Privatschule Borkum 1894) 13. Weener (ab 1921, Umwandlung der Lateinschule; 1926 vollausgebaute Mittelschule) 14. Esens (ab 1924, vorher Rektorschule, gehobene Klassen der Volksschule). Aufstellung nach Übersicht von Wiemann, H.: 50 Jahre ostfriesischer Schulentwicklung. In: In: Wiemann, H.; Eiben, H.O., 1956, S. 8.

an: 1949 = 3.137, 1952 = 3.519, 1955 = 3.909.²⁸⁶ Der Anteil der Schülerinnen und Schüler aber im Mittelschulbereich betrug, werden die Gesamtzahlen von Volks- und Mittelschule in ein Verhältnis gesetzt, 1949 gerade 4,62 %²⁸⁷, zum Jahr 1955 stieg er auf 7,98 %²⁸⁸ an.²⁸⁹

Die Schulen in Ostfriesland blieben in ihrer überwiegenden Zahl Einrichtungen, die nach dem Prinzip geführt wurden: Ein Dorf, eine Schule, eine oder zwei Klassen, die alle Kinder der umliegenden Höfe und Siedlungen besuchten. Eine solche Schule auf dem Land hatte zwar einen örtlichen Bezug und ermöglichte den Kindern einen wohnortnahen Schulbesuch, sie verfügte aber in der Regel nur über begrenzte Lehr- und Lernmöglichkeiten. Ein oder zwei Lehrer bzw. Lehrerinnen führten diese Schule, sie bestimmten mit ihrer fachlichen Kompetenz die Grundlagen der Bildung. Von ihrem Selbstverständnis her waren die Landschulen auf die Agrarstruktur der Ortschaften hin ausgerichtet.

1927 hatte Johann Friedrich Dietz²⁹⁰ die Landschule mit ihren Besonderheiten²⁹¹ beschrieben und den Gedanken der „Landschulgemeinschaft“²⁹² geprägt. Die Ansprüche an die Landschule stiegen in der Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs der Bundesrepublik ständig. Anton Strobel²⁹³ zog 1953 eine „Zwischenbilanz der Landschulpädagogik“²⁹⁴, in der er die Gründe für die Kritik zusammenfasste. Die Lehrpläne der einzelnen Bundesländer stellten Anforderungen, die seiner Meinung nach nicht von jeder einzelnen Landschule erfüllt werden konnten.²⁹⁵ Fachunterricht, der in Werkräumen und Schulküchen erteilt werden müsse, könne nicht durchgeführt werden.²⁹⁶ Die

286 Angaben ebd.

287 In der Volksschule 64.773 zuzügl. in der Mittelschule 3.137 = 67.910, Anteil 4,62 %.

288 In der Volksschule 45.059 zuzügl. in der Mittelschule 3.909 = 48.968, Anteil 7,98 %.

289 Diese Zahlen können nur annähernde Auskunft geben, da in den Gesamtzahlen der Volksschulen auch die Schülerinnen und Schüler der Grundstufe der Volksschule (Jahrgänge 1–4) enthalten sind.

290 Dietz, J.F., 1927.

291 Dietz beschrieb die Dorfwelt, die Dorfkultur, den dörflichen Menschen und das dörfliche Erziehungswesen. Untersucht wurden von ihm die Verhältnisse in den kleinbäuerlichen Dörfern des schwäbisch-fränkischen Unterlandes zwischen Heilbronn, Marbach, Ellwangen und Mergentheim. Ebd.

292 Titel des Werkes. Ebd.

293 A. Strobel war Schulrat in Donauwörth, Bayern, und Mitherausgeber der von Johann Dietz begründeten Zeitschrift „Die neue Landschule“.

294 Strobel, A.: Zwischenbilanz der Landschulpädagogik. In: Die neue Landschule. Jan. 1953, S. 433.

295 Ebd., S. 435.

296 Ebd.

Ausstattung der Schulen reiche oft nicht aus, um einem modernen Unterricht gerecht werden zu können.²⁹⁷ Die personelle Ausstattung der Schule sei nicht geeignet, alle Ansprüche an die Unterrichtsvielfalt zu bedienen.²⁹⁸ Auf Grund seiner Berufserfahrungen kam Strobel aber mit Blick auf die Gemeinschaftserziehung zu positiver Darstellung der Landschule. Er bescheinigte ein gutes Verhältnis zwischen Lehrkräften und Schülerinnen und Schülern, hob die Bedeutung der Klassengemeinschaft hervor, lobte das Schulleben, die Ausgewogenheit der Erziehungsmittel, die geübte Schülermitverantwortung und die Toleranz des Zusammenlebens.²⁹⁹

Doch die Arbeit der Volksschule als Landschule war 1950 grundsätzlich in die Diskussion geraten. Der Präsident des Landvolkverbandes Rehwinkel übte in der „Land- und Forstwirtschaftlichen Zeitung“ unter dem Titel „Die Landschule leistet nichts mehr“ herbe Kritik am Schulwesen.³⁰⁰ Die Diskussion um die fachliche Absicherung des Unterrichtes der Landschule in Ostfriesland führte der Ostfriesische Lehrerverein, die Ortslehrervereine machten sich das Thema zu eigen. So wurde z. B. in der Konferenz Krummhörn die Forderung nach Einrichtung von Fachräumen, Werkräumen und Schulküchen laut.³⁰¹ Carl Ewen berichtete davon, dass die Samtgemeinden Südliche Krummhörn, Greetsiel und Eilsum mit der Finanzierung einer zentralen Schulküche erhebliche Schwierigkeiten hatten.³⁰² Die in dieser Region zentral gelegene Samtgemeinde Pewsum wollte sich nicht beteiligen.³⁰³ Die Mitglieder der Lehrerkonferenzen des OLV zeigten Einigkeit, gewannen die Eltern und die Schulküche wurde eingerichtet. Schließlich besuchten alle Schülerinnen – auch die der Samtgemeinde Pewsum – den Unterricht in der neuen Schulküche. Die Eltern sahen darin eine Verbesserung der Berufsaussichten für ihre Kinder und wirkten mit.³⁰⁴ Im Bezirk Weser-Ems richtete 1952 die Landwirtschaftskammer einen Landjugendberatungsdienst ein.³⁰⁵ Dieser Dienst sollte den Jugendlichen bei der Berufsvorbereitung helfen und ihnen Unterstützung im schulischen Fortkommen geben.³⁰⁶ Doch die Hilfen,

297 Ebd.

298 Ebd.

299 Ebd., S. 436.

300 Vgl. auch Angaben dazu in der Biografie. Rehwinkel, E., (ca. 1962).

301 Vgl. Interview Ewen, C., 2002.

302 Ebd.

303 Ebd.

304 Ebd.

305 Aufgaben, Ziele und Arbeitsweise des Landjugendberatungsdienstes der vorl. Landwirtschaftskammer Weser-Ems. Amt.SchBl. AUR 1952, S. 45 ff.

306 Ebd.

die gegeben wurden, bezogen sich auf das Leben in landwirtschaftlich orientierter Umgebung. Der „Landjugendberatungsdienst im Kuratorium für Wirtschaftsberatung“³⁰⁷, wie dieser Dienst späterhin genannt wurde, betreute Schulen und bot Unterrichtsmaterial an. Die Schulen erhielten Materialien z. B. zu den Themenbereichen Erdbeerbeete, Modellbauten oder Wollverarbeitung. Dr. Haase, Leer, betreute Volksschulen in Ihrenerfeld, Stapel, Nordgeorgsfehn, Langholt, Deternerlehe, Flachsmeer und Neermoor.³⁰⁸

Doch auch die Darstellung, die Strobel vom Gemeinschaftsleben der Landschule gab³⁰⁹, entsprach offensichtlich nicht der tatsächlichen Entwicklung. Am 24. September 1953 führte der Kreislehrerverein Wittmund eine Tagung durch, auf der die Probleme des Dorfes und der Landschule beraten werden sollten. Das Referat zum Thema „Schule und Lehrer des Dorfes in der Krise der Gegenwart“³¹⁰ hielt Hauptlehrer Heims, Riemsloh. Er stellte fest, dass gerade das auf das Leben in der demokratischen Gesellschaft vorbereitende „gesinnungsbildende Lehrgut“ bei den Schülerinnen und Schülern nicht ankam.³¹¹ Die Orientierung der Lebenskreise der Heranwachsenden über die Dorfgemeinschaft hinaus führte dazu, dass ein Unterricht, der auf die Gemeinschaftsschulung und die Vermittlung traditioneller Werte gerichtet war, keinen Anklang mehr fand.³¹² Die Entwicklung zur modernen Industriegesellschaft, die ständig neue Ansprüche stellte, berührte das Dorf stärker, als zu dieser Zeit noch angenommen. Der Weg in die Zukunft und damit in die moderne Gesellschaft schien für die Heranwachsenden auch im ländlichen Sozialraum kaum mehr langfristig ein- und voraussehbar.³¹³ Die Jugend reagierte abweisend, übte Zurückhaltung in Fragen der Religion und beim ehrenamtlichen Engagement für die Gemeinschaft. Der Referent betonte, dass Berufe, die großes persönliches Engagement erforderten wie das Priestertum und der Lehrberuf, die Folgen spüren und unter Nachwuchsmangel leiden würden.³¹⁴ Zum Abschluss der Tagung erhob Heims die Forderung, den Unterricht den wirklichen Gegebenheiten stärker und besser

307 Eine Einrichtung der vorläufigen Landwirtschaftskammer Weser-Ems. Vgl. Haase: Landjugendberatungsdienst und Volksschule. In: OSB 75. Jg., Nr. 5, Mai 1954.

308 Ebd.

309 S. oben.

310 Bericht dazu: Osse, J.: Schule und Lehrer des Dorfes in der Krise der Gegenwart. In: OSB 74. Jg., Nr. 8, Nov. 1953.

311 Ebd.

312 Ebd.

313 Ebd.

314 „Eine Scheu vor Berufen mit großer Verantwortung hat sich breit gemacht.“ Ebd.

anzupassen und die Aufgaben für die Gesellschaft in den Vordergrund zu stellen, es sollte „erzieherisch für eine echte Ordnung“³¹⁵ gewirkt werden. Die von Heims vorgetragenen Aussagen und erhobenen Thesen spiegeln sich in vielen Diskussionen.³¹⁶ Ein Ausweg sollte in der Aufwertung der Pädagogik gesucht werden.

Schulrat Fesenfeld, Weener, nahm am Landpädagogischen Kongress in Bayreuth teil, und diskutierte im Anschluss daran im Lehrerverein Dollart im Mai 1954 die Ergebnisse.³¹⁷ Während dieser Tagung war die Eigenständigkeit einer „Landpädagogik“³¹⁸ eingefordert worden. Sie sollte eine an der „landverbundenen Lebenswelt“³¹⁹ orientierte Bildung vermitteln und kam dem traditionellen Bild des Landlehrers entgegen. Die Arbeit in ein- und zweiklassigen Landschulen wurden von Pädagoginnen und Pädagogen auch unter Berufung auf die Reformansätze der Weimarer Zeit³²⁰ durchaus als Herausforderung verstanden, positive Darstellungen der einklassigen Schulen, z. B. durch Reichwein³²¹, sprachen für sich und die pädagogische Literatur zu Beginn der fünfziger Jahre nahm sich des Themas an.³²² Die Landschule, so war es bereits 1928 in einer Darstellung des Bildungswesens der USA nachzulesen, hatte durchaus einen Platz in der Demokratie.³²³

Es galt, die Leistungsfähigkeit dieses Systems nachzuweisen, denn das niedersächsische Schulgesetz von 1954 war in seinem Verlangen eindeutig. Es hieß dort: „Kein Kind darf aus sozialen Gründen in seinem Bildungsgang

315 Ebd.

316 Zur Jahreshauptversammlung 1953 des KLV Rheiderland am 9. Mai in Jemgum referierte Hauptlehrer Heims, Riemsloh bei Melle, über die „Wandlungen im Bereich des dörflichen Lebens und die augenblickliche Stellung und Lage des Landlehrers“; vgl. Kreislehrerverein „Reiderland“. In: OSB 74. Jg., Nr. 3, Juni 1953; und im Verlauf der Jahreshauptversammlung des OLV Januar 1954 referierte Prof. Rodiek, Wilhelmshaven, über „Die gegenwärtige Lage der Landschule“; vgl. Becker, E.A.: Hauptversammlung am 5. Januar 1954. In: OSB 75. Jg., Nr. 2, Feb. 1954.

317 Konferenz Dollart. In: OSB 75. Jg., Nr. 6, Juni 1954.

318 Feuerstack, K.: Der 3. Landpädagogische Kongreß in Bayreuth 21.-24. April 1954. In: SVBl. Nds. 1954, S. 157.

319 Ebd.

320 Hollkamm, F., 1904; Kölling, H., 1924; Lang, H., 1929; Eckhardt, K., 1931.

321 Die Schrift „Schaffendes Schulvolk“ erhielt neue Aufmerksamkeit. Reichwein, A., 1951.

322 Vgl. Hetzer, H.; Morgenstern, G. (Hrsg.), 1952; Bode, P.; Fuchs, H. (Hrsg.), 1951; Wagner, E.; Plank, U. (Hrsg.), 1948; Strobel, A., 1951; Karnick, R., 1951; Bühnemann, H., 1949; Eckhardt, K., 1948; Huber, F., 1953.

323 Vgl. „Die Landschule“ in Hylla, E., 1928.

beschränkt werden.“³²⁴ Das bedeutete, dass die Volksschule auf dem Land die gleichen Möglichkeiten eröffnen musste wie die in der Stadt. Nachweisliche Vergleichbarkeit musste geschaffen werden. So sahen es überregional auch die Ministerpräsidenten der Bundesländer. Das System der Schulen musste, so die Entschließung vom 5. und 6. Februar 1954, vergleichbar ausgelegt sein, der Deutsche Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen verlangte in einer Empfehlung vom 26. Juni 1954 in Umsetzung der Entschließung eine „Begrenzung der Zahl der Hauptschultypen“³²⁵ und gleichzeitig eine Einschränkung des „Berechtigungswesens“³²⁶, das durch die verwirrende Vielzahl von Lehr- und Ausbildungsgängen und Befähigungsnachweisen das Bildungswesen insgesamt gefährde.³²⁷

Wenn die ländliche Volksschule den Anforderungen der Zeit standhalten sollte, dann musste sie den Bedingungen der Zeit angepasst werden. Die Landschule hatte also die äußeren Rahmbedingungen, die fachliche Absicherung³²⁸, die Berufsorientierung und die Durchlässigkeit zu weiterführenden Schulen zu verbessern.

Die Rahmenbedingungen diskutierte in der Aprilausgabe 1955 des Ostfriesischen Schulblattes Eckart Müller.³²⁹ Er betrachtete Stundenplanfragen der wenig gegliederten Landschule. Die Rhythmisierung des Stundenplanes richtete sich in dieser Zeit immer noch nach der Erlasslage der Jahre 1921³³⁰ und 1922.³³¹ E. Müller verwies auf die Probleme der Anpassung der Unterrichtszeiten an die durch Landwirtschaft gegebenen Verhältnisse. Er kam zu der Auffassung, dass eine Ausdehnung des Schultages über den Rahmen der täglichen festen Stunden hinaus der Situation der Kinder in vielen Familien

324 § 4. Gesetz über das öffentliche Schulwesen in Niedersachsen. 14. September 1954 (Nds. GVBl. 1954, S. 89) In: Nds. SVBl. 1954, S. 214 ff.

325 Empfehlungen des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen. In: Nds. SVBl. 1955, S. 10.

326 Ebd., S. 12.

327 Ebd.

328 So wurde von Mitgliedern des Ostfriesischen Lehrervereins ein Lesebuch mit einer Ausgabe für Landschulen gestaltet. Vgl. Becker, E.A.; Müller, F.J.; Löning, G. (Hrsg.), 1957.

329 Eckart Müller war Lehrer an der Schule Mitling-Mark, Schulaufsichtskreis Weener. Festschrift 1954, S. 43.

330 Richtlinien zur Aufstellung von Lehrplänen für die Grundschule. U III A 404 1. ME v. 16.3.1921.

331 Richtlinien zur Aufstellung von Lehrplänen für die oberen Jahrgänge der Volksschule. ME v. 15.10.1922

stärker entspräche.³³² Die Kinder übernahmen die Versorgung des Viehs, arbeiteten auf den Feldern, halfen bei der Ernte, waren oft bereits vor Schulbeginn am Morgen lange Zeit auf den Beinen. Eckart Müller verlangte, dass in den wenig gegliederten Landschulen der Stundenplan sich stärker den Bedürfnissen des Ortes anpassen sollte, moderne, aus der Reformpädagogik entlehnte Arbeitsformen wie Selbstarbeit, Stillbeschäftigung und Gruppenarbeit sollten wirkungsvoll angewandt werden. Müller hielt seine Vorschläge für umsetzbar, die Neugestaltung sei auf nahezu die Hälfte aller ostfriesischen Schulen anzuwenden.³³³

Hinzu kam, dass der Umgang mit den Heranwachsenden allgemein und im Unterricht in den Schulen zusätzliche Erziehungsprobleme aufwarf. In einem Vortrag über die Situation der Kinder und Jugendlichen in Ostfriesland vor den sozialpädagogischen Arbeitsgemeinschaften am 20. Dezember 1954 in Emden stellte Dr. Harm Wiemann fest, dass die Umwandlung der Gesellschaft in der Nachkriegszeit erhebliche Auswirkungen auf Familie und Schule hatte. Es würden insbesondere in den Berichten der Junglehrer „Fälle von psychopathischen, von nervösen und schwererziehbaren Kindern geschildert.“³³⁴ Wiemann ging auch auf die Berufsvorbereitung in der Landschule ein, er forderte ein, dass Betriebe und Wirtschaftsverbände in der Zusammenarbeit mit den Volksschulen stärker beansprucht werden müssten. Immer mehr Jugendliche suchten eine Lehrstelle außerhalb Ostfrieslands, allein im Jahr 1954 wanderten 386 Berufsanfänger ab. Die Wirtschaft der Region musste einen Verlust an handwerklichen Kräften hinnehmen.³³⁵ Zusätzlich, so betonte er, könnte eine engere Zusammenarbeit zwischen Berufsschule und Volksschule eine Förderung der Jugend im Interesse der ostfriesischen Wirtschaft erreichen. Die heranwachsende Generation müsse in der Region eine Zukunft sehen. Das Angebot im Freizeitbereich sei viel zu gering, um Jugendliche anzusprechen, die Schule auf dem Land müsse ergänzen.³³⁶

Doch die Auswirkungen des wirtschaftlichen Aufschwungs veränderten unaufhaltsam das Leben auf dem Land. Die Folgen der Modernisierung in der Landwirtschaft Ostfrieslands diskutierte der Lehrerverein Timmel im März

332 Müller, E.: Stundenplanfragen der weniggegliederten Landschule. In: OSB 76. Jg., Nr. 4, Apr. 1955, S. 27.

333 Ebd.

334 Becker, E.A.: Ostfriesische Jugend in Not! In: OSB 76. Jg., Nr. 1, Jan. 1955, S. 1.

335 Ebd.

336 Ebd.

1955. Zur Tagung „Schule und Landvolk“ sprach Diplomlandwirt Siefken, Landschaftskuratorium Aurich. Siefken ging auf die Situation der Menschen in der Landwirtschaft in Ostfriesland ein.³³⁷ Die familiär gebundenen Klein- und Kleinstbetriebe in der Landwirtschaft verloren zunehmend ihre Existenzgrundlagen. Immer mehr Höfe orientierten sich an wirtschaftlicher Wirksamkeit, Großbetriebe entstanden, während kleinere Liegenschaften zu Nebenerwerbsbetrieben schmolzen.³³⁸ Die Orientierung an historisch gegebenen Berufsbildern der Landwirtschaft entsprach nicht den Forderungen der modernen Industriegesellschaft. Das musste Auswirkungen haben auf die Inhalte des Unterrichtes und die Struktur der Schulen. Arnold Harms zog für das Schulwesen Bilanz und hoffte auf eine Stärkung „der Jugendgruppenarbeit und der Erwachsenenbildung.“³³⁹

Je mehr der Öffentlichkeit die Probleme der Landschule bewusst wurden, desto stärker äherteten sich die Forderungen von Lehrerschaft und Landvolkverbänden an. Es kam 1955 zu einer gemeinsamen „Erklärung von Landvolk und Lehrer zur Dorfschulfrage“³⁴⁰, in der Neuerungen und eine Klärung des Rollenverständnisses der Landschule eingefordert wurden. Das Thema wurde Schwerpunkt der Vertreter- und Hauptversammlung des OLV 1955 in Emden. Landesschulrat Ernst Matthewes, Hamburg, war als Referent zum Thema „Bildungsauftrag der Volksschule“ eingeladen. Matthewes nahm die Kritik der Öffentlichkeit an der Volksschule sehr ernst, ihm ging es um sinnvolle Verbesserung, nicht um eine „Abwehr der Angriffe.“³⁴¹ Er erklärte, dass der Bedeutungsverlust des Systems Landschule durch den Willen zur Reform verursacht sei. Die Begründung: Zur Weimarer Zeit besuchten Schülerinnen und Schülern, die zu besonderen Leistungen fähig waren, die Volksschule bis zu ihrem Ende. Die Lehrkräfte hatten im Rahmen der Reformpädagogik eine Aufbesserung der schulischen Möglichkeiten angestrebt, hatten dafür Sorge getragen, dass den Schülerinnen und Schülern das gegliederte Schulsystem mit Übergängen zugänglich wurde. Und gerade in diesem Umstand sah Matthewes eine gewisse Tragik. Die erkämpfte Durchlässigkeit des Systems ermöglichte ein Abwandern der fähigsten Schülerinnen und Schüler und verursachte eine „Wertminderung“³⁴² der Volksschule.

337 Harms, A.: Schule und Landvolk. In: OSB 76. Jg., Nr. 6, Juni 1955, S. 45.

338 Ebd.

339 Ebd.

340 Niedersächsische Lehrerzeitung Nr. 9, 1955, S. 4.

341 Matthewes, E.: Der Bildungsauftrag der Volksschule. Teil I. In: OSB 76. Jg., Nr. 12, Dez. 1955, S. 89.

342 Ebd.

Die Volksschule stehe, so der Referent, auf diese Weise in der Gefahr, eine Schule „minderen Ranges“³⁴³ zu werden. Mathewes verurteilte die Orientierung der Volksschule an den Vorgaben der weiterführenden Schulen, sie könnten „niemals Ordnungsprinzip der Arbeit sein.“³⁴⁴ Wichtig sei die Herstellung einer Harmonie, einer Übereinstimmung zwischen den Bedürfnissen und den Wegen, die gegangen werden könnten, um diese Bedürfnisse zu befriedigen. Auf diesem Wege könnte die Volksschule ein eigenes Gesicht erhalten; eines, mit dem die Schülerinnen und Schüler aber auch die Eltern sich identifizieren könnten.³⁴⁵ Mathewes verlangte einen Wandel von der „Geschichtsmächtigkeit“³⁴⁶ zur „Wahrheitsträchtigkeit“³⁴⁷, da nur die Orientierung an der Realität der Gesellschaft Einsicht in die Demokratie vermitteln könne und die Möglichkeit der Teilhabe eröffne:

*„Demokratie ist nicht nur eine Form einer Mehrheitsentscheidung, nicht nur eine Form der Duldung des anderen Menschen, sondern ihr Wesentliches ist, daß jeder Mensch, ob mit einer guten oder einfachen Schulbildung, ob im akademischem Bereich oder im beruflichen Leben des Werktätigen aufgerufen ist, mit gleicher Mächtigkeit über das Schicksal unseres Volkes zu bestimmen.“*³⁴⁸

Mathewes verwies auf Länder, die mit der Demokratie bereits Erfahrungen sammeln konnten und erkannt hatten, dass die Mitbestimmung auch des „einfachen Menschen“³⁴⁹ positive Wirkungen habe. Der Referent folgerte, dass ein neues Menschenbild sich zwangsläufig entwickeln müsse, ein Menschenbild, das der persönlichen Würde, dem Streben nach berechtigter und entscheidender Mitwirkung Ausdruck verleihe.³⁵⁰ Mathewes forderte eine Neubesinnung. Es könne nicht Aufgabe der Volksschule sein, die wissenschaftlichen Bildungsgüter durch Vereinfachung volkstümlich zu machen. Es ginge darum, den umgekehrten Weg von unten nach oben zu gehen. Und es sei eine Kunst, die schwierigen Zusammenhänge in einer Gesellschaft so darzustellen, dass auch gering begabte Schülerinnen und Schüler den Stoff

343 Ebd.

344 Ebd.

345 Ebd.

346 Ebd., S. 90.

347 Ebd.

348 Ebd.

349 Ebd.

350 Ebd.

begreifen könnten.³⁵¹ Die Volksschule müsse in ihrer Arbeit vom Berufsleben und von der täglichen Umwelt der Schülerinnen und Schüler ausgehen³⁵² und einen „Eigenwert“ entwickeln.³⁵³

Natürlich bedurfte die Berufsorientierung der Schülerinnen und Schüler durch die Landschule in Ostfriesland erheblicher Verbesserung. Das Referat zur Pädagogischen Woche des OLV am 11. und 12. Oktober 1954³⁵⁴, in dem Dr. Walter Jaide³⁵⁵, Hannover, eine Befragung von Jugendlichen vorstellte, nahm Hans Sibelis³⁵⁶ zum Anlass, in seinem Bereich kurz vor Ostern 1954 eine Umfrage zu starten, in die er fünf Schulen in Großefehn einbezog. Er wollte wissen, welchen Faktoren die Berufswahl der Heranwachsenden in der Region prägten³⁵⁷, und befragte 320 Heranwachsende, 141 Jungen und 179 Mädchen.³⁵⁸ Das Ergebnis zeigte, dass die Jugendlichen das Angebot in Ostfriesland realistisch einschätzen konnten. Die Jungen wählten die Berufe Maurer 35, Schiffer 25, Schlosser 24, Landwirt 7, Mechaniker 5, Bäcker 5, Maler 5, Kraftfahrer 4, Tischler 4, Postbeamter 4, Kaufmann 3, Schmied 3, Schlachter 3, Schriftsetzer 2, Schneider 2, Friseur 2, Förster 2, Stellmacher 1, Gärtner 1, Schuhmacher 1, Kohlehändler 1, Geflügelzüchter 1, Redakteur 1.³⁵⁹

Sibelis betonte in seinem Bericht, dass die Wahl moderner Berufe wie Schlosser, Mechaniker und Kraftfahrer vom Wunsch des Umganges mit Technik geprägt wurde, die Konjunktur wirkte stark in die Berufswahl hinein. Unter den 35 Maurern waren einige, die die Absicht geäußert hatten, nach Abschluss der Lehre möglichst in das Ruhrgebiet zu gehen, um dort viel Geld zu verdienen. Traditioneller hingegen sahen die Berufsvorstellungen der Mädchen aus. Sie wählten die Berufe Verkäuferin 55, Schneiderin 45, Hausgehilfin 40, Bürogehilfin 11, Friseurin 10, Kindergärtnerin 7, Köchin 4, Krankenschwester 2, Putzmacherin 2, Handarbeitslehrerin 1, Landwirtschaft

351 Matthewes bezog sich auf Kerschensteiner: „Kerschensteiner selbst spricht von der praktischen Begabung der Volksschüler, die noch die Fähigkeit haben, nicht nur das Technische, sondern auch das Mitmenschliche schnell zu erfassen.“ Ebd.

352 Ebd.

353 Ebd.

354 Aschoff, G.: Stand der sittlichen Erziehung. OSB 75. Jg., Nr. 12, Dez. 1954.

355 Jaide bearbeitete ursprünglich Fragestellungen der Berufswahl in Niedersachsen. Vgl. dazu Jaide, W.: Zur Berufswahl des heutigen Volksschülers. Nds. SVBl. 1951, S. 202 ff.

356 Hans Sibelis war Lehrer an der Schule Ostgroßefehn IV. Festschrift 1954, S. 25.

357 Sibelis bezog sich auch auf eine Untersuchung von Paul Lazarfeld zum Thema Jugend und Beruf. Vgl. Lazarfeld, P.: Soziologie. Frankfurt a. M., Berlin, Wien : Ullstein, 1973.

358 Sibelis, H.: Berufswünsche. Ergebnisse einer Umfrage in fünf Fehnschulen. OSB 76. Jg., Nr. 3, März 1955, S. 21.

359 Ebd.

1, Filmschauspielerin 1.³⁶⁰ Die häufig angewählten Berufe wie Verkäuferin, Schneiderin und Hausgehilfin wurden genannt, da Mädchen sich an den örtlichen Möglichkeiten orientierten. Doch auch der Wunsch nach einem einfacheren und wenig beschwerlichen Berufsleben prägte die Vorstellungen. So zeigten zum Beispiel Rückfragen zum Beruf der Hausgehilfin, dass in den Vorstellungen der Heranwachsenden die Vorstellung eines städtischen Haushaltes eine entscheidende Rolle spielte. Die schwere Arbeit als Hausgehilfin in einem landwirtschaftlichen Betrieb wurde überwiegend abgelehnt. Die Auszählung der Ergebnisse spiegelte auch eine Orientierung über das Dorf hinaus. Die Verkehrsanbindungen des Zentrums von Ostgroßefehn beeinflussten die Angaben zur Berufswahl. Die Mädchen hatten eine differenzierte Vorstellung von dem, welche Berufe ihnen offen stehen. Sibelis unterschied bei der Auszählung nach ländlichem und städtischem Fehn. Das Ergebnis: Im ländlichen Fehn wurde Hausgehilfin zu 44 % und die übrigen Berufe 56 % angewählt. Im städtischen Fehn war der Berufswunsch Hausgehilfin nur noch zu 7 % vertreten, 93 % wählten andere Berufe.³⁶¹ Die Berufsvorbereitung an den ostfriesischen Landschulen hatte zu stark traditionell orientierte Vorstellungen von der Zukunftsorientierung der Heranwachsenden, sie gab offensichtlich zu wenig Orientierung für eine Zukunft in der modernen Gesellschaft.³⁶²

2.3.4 *Wege zur Zentralschule*

Lösungen für diese Probleme, die aus der Schulstruktur in Ostfriesland, in der jedes Dorf die eigene Schule führte, entstanden, waren schwer zu finden. Wollten die Verantwortlichen in den Gemeinden und die Lehrkräfte in den Landschulen den Heranwachsenden mehr Möglichkeiten der Mitwirkung und der Teilhabe an der Gesellschaft erschließen, dann mussten sie über die Grenzen ihrer kleinen geschlossenen, dörflichen Gemeinschaften hinaus schauen. Der Zusammenschluss mehrerer Gemeinden, die eine gemeinschaftliche Schule mit einem erweiterten, modernen Angebot unterhielten, schien ein Weg zu sein. 1956 gab Schulrat Paul Hahn, Lüchow-Dannenberg, in der Schrift „Die Dorfgemeinschaftsschule“³⁶³ Hinweise zur Organisation. Humorvoll ging er dabei mit dem Ruf der einklassigen Schule um:

360 Ebd.

361 Ebd.

362 Ebd.

363 Hahn, P., 1954.

„Jedenfalls ist auch der Einwand, die einklassige Schule leiste dasselbe oder noch mehr als die vollausgebaute Schule, leicht mit der Frage zu widerlegen: Warum richten dann die Städte keine einklassigen Schulen ein?“³⁶⁴

Seiner Auffassung nach sollte die Dorfgemeinschaftsschule „eine echte Landschule“³⁶⁵ sein, die aber ein breiteres und umfassendes Bildungsangebot sichern könne. Die Grundschulen der Dörfer sollten bei der Organisation erhalten bleiben, die Dorfgemeinschaftsschule sollte die aufsteigenden, eventuell mehrzünftig angelegten Klassen umfassen.³⁶⁶ Hahn kannte sehr genau die Einwände, die von Lehrkräften, Eltern und Gemeinden angeführt werden konnten.³⁶⁷ Im Grunde aber, das zeigte die Entstehungsgeschichte der von Hahn beispielhaft beschriebenen Dorfgemeinschaftsschule „Lemgow“³⁶⁸, arbeitete die Schule zur Zufriedenheit aller. Das Land Niedersachsen schaffte die Voraussetzungen und befürwortete die Einrichtung von Schulzweckverbänden. Aus Gründen der Vereinheitlichung wurde eine Mustersatzung für diese Verbände gegeben.³⁶⁹

In der ersten Sitzung des 1955 neu besetzten Bezirksausschusses für schulpolitische Fragen des Ostfriesischen Lehrervereins wurde Friedrich Baumann³⁷⁰ mit einer Materialiensammlung zur Frage: „Wie helfen wir der ostfriesischen Landschule und ihrer Lehrerschaft?“³⁷¹ beauftragt, es sollte ein Memorandum erarbeitet werden, das „nach Hannover gegeben“³⁷² werden sollte. Die Situation war nach wie vor ernst, der Mangel an Lehrkräften und der Anteil der einzügigen Schulen beschränkten das schulische Angebot. 1955 forderte das Nds. Kultusministerium einen Bericht zum Schulbau in Ostfriesland an. Die Schulabteilung des Regierungsbezirkes legte neue Zahlen vor. Danach waren von 359 Volksschulen immer noch 91 einklassig und

364 Ebd., S. 3.

365 Ebd., S. 5.

366 Ebd., S. 4 f.

367 Ebd., S. 9 ff.

368 Ebd., S. 14 ff.

369 Erl. Nds. KM III 2730/55 v. 4.10.1955. Satzungsmuster für Schulzweckverbände. Nds. SVBl. 1955, S. 270 f.

370 Friedrich Baumann war Lehrer an der Schule Südgeorgsfehn, Schulaufsichtskreis Aurich. Festschrift 1954, S. 35.

371 Harms, A.: Bezirksausschüsse des OLV konstituiert. In: OSB 77. Jg., Nr. 3, März 1956, S. 21.

372 Ebd.

108 zweiklassig.³⁷³ In seinem Kommentar zum Bericht ging Regierungsdirektor H.O. Eiben auch auf die Möglichkeit der Einrichtung größerer Gemeinschaftsschulen ein. Die Bezirksregierung hatte die Gründung dieser Schulen nachdrücklich empfohlen, die Gemeinden in Ostfriesland aber lehnten diesen Vorschlag ab:

„Einmal will jedes Dorf ‚seine‘ Schule haben, zum anderen ist das Einzugsgebiet sehr häufig so ausgedehnt, dass von vielen Kindern ein erheblicher Schulweg zurückgelegt werden muß und zwar vielfach auf Wegen, die bei anhaltenden Niederschlägen fast grundlos werden.“³⁷⁴

Am 27. Oktober 1955 führte die Junglehrerarbeitsgemeinschaft Krummhörn-Ost eine Jubiläumstagung durch, zu der Regierungs- und Schulrat Dr. Harm Wiemann, Schulrat Mortzfeld, Emden, Schulrat Becker, Aurich, und die Vorsitzenden der Ortsvereine Emden und Krummhörn eingeladen wurden.³⁷⁵ Während dieser Versammlung erörterte Dr. Wiemann die deutlich spürbaren Veränderungen in der Region, die sich in einer Erhebung spiegelten, die Dr. Pufpaff, Industrie- und Handelskammer Emden, veranlasst hatte. Es gab eine verstärkte Abwanderung vom Land zur Stadt, Menschen aus den Dörfern suchten Arbeit in größeren Städten, wurden Pendler, die Technik hielt Einzug in die Landwirtschaft. Gleichzeitig sank die Zahl der handwerklichen Betriebe und immer weniger Jugendliche – zwischen fünf und zehn Prozent eines Jahrganges – ergriffen landwirtschaftliche Berufe.³⁷⁶ Die Bevölkerung in Ostfriesland, das zeichnete sich deutlich ab, orientierte sich über die Grenzen der Dörfer hinaus, die Schule konnte dem nicht gerecht werden.

Neuen Aufschwung brachte die Empfehlung „Die Volksschule auf dem Lande“³⁷⁷ vom 1. Dezember 1956. Der Deutsche Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen wollte eine Neuordnung des Landschulwesens:

373 „Von den in Ostfriesland vorhandenen 359 Volksschulen sind – Stichtag 15.5.1955, – einklassig 91 = 25,1 %, zweiklassig 108 = 29,8 %, drei- bis sechsklassig 129 = 35,5 %, sieben- und mehrklassig 35 = 9,6 %. Die Zahl der ein- und zweiklassigen Volksschulen ist in den hinter uns liegenden Jahrzehnten erheblich zurückgegangen. Diese Tatsache ist aber lediglich auf den Umstand zurückzuführen, daß die Kinderzahl an den Schulorten angestiegen ist.“ Eiben, H.O.: 50 Jahre Volksschulbau in Ostfriesland. 1905–1955. In: Wiemann, H.; Eiben, H.O., 1956, S. 19.

374 Ebd., S. 19.

375 Beuermann, K.: Strukturwandel in Ostfriesland. In: OSB 77. Jg., Nr. 12, Dez. 1956, S. 97.

376 Ebd.

377 Die Volksschule auf dem Lande. Empfehlung des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen. In: Nds. SVBl. 1957, S. 98 ff.

*„Wo es die Verhältnisse zulassen, sind in ausgebauten Systemen (oder in Sammelklassen) Einrichtungen vorzusehen, die einen späteren Übergang zu mittleren und höheren Schulen ermöglichen, zum Beispiel Mittelbau- oder Aufbauzüge.“*³⁷⁸

Im Januar 1957 trafen sich die Schulpolitische Arbeitsgemeinschaft und die schulpolitischen Sachbearbeiter im OLV zu einer Arbeitstagung.³⁷⁹ Es sollten Vorschläge zur Behebung der dringendsten Notlagen in den Landschulen der Region gesammelt werden. Dr. Harm Wiemann und die Schulräte Becker³⁸⁰ und Hupe³⁸¹ berichteten von einer Hospitation in Schleswig-Holstein.³⁸² Dort waren gute Erfahrungen mit der Einrichtung von zentral gelegenen Volksschulen gemacht worden:

*„Man hat dort in 60 zentral gelegenen Volksschulen Aufbauzüge eingerichtet, in denen die Schüler die mittlere Reife erlangen können. Die Schüler werden mit dem Bus in die Orte gefahren, die Kosten trägt das Kultusministerium.“*³⁸³

Die Idee fand Anklang. Im Kreis Norden trafen sich Schulrat Dr. Lange, Kreisverwaltungsrat Albers und der Schulpolitische Sprecher des OLV M. Meyer, um Vorschläge zur Einrichtung von Zentralschulen zu konkretisieren.³⁸⁴ Die Runde empfahl die Standorte Marienhaf, Osteel, Westermarsch II, Hagermarsch, Neßmersiel, Dornum, Ostermoordorf, Norden, Pewsum, Groothusen, Eilsum, Loppersum, Hinte, Campen und Wybelsum.³⁸⁵ Die Orte sollten jeweils Schulen mit mindestens drei Klassen pro Jahrgang führen, die Elementarstufen müssten in den zum Schulbezirk gehörenden Dörfern verbleiben, damit diese eigene Schulen behielten.³⁸⁶ Die Zentralschulen

378 Ebd., S. 99.

379 Vgl. Bericht „Landschule in Not – Lehrermangel – Zentralschulen“ OSB, 78 Jg., Nr. 1, Jan. 1957, S. 5 f.

380 Ernst-August Becker, Schriftleiter des OSB, wurde Nachfolger des Schulrates Otto Christ. Becker übernahm den Schulaufsichtsbezirk Aurich am 1.1.1954. Wiemann, H.; Oltmanns-Eiben, H., 1956, S. 6.

381 Bernhard Hupe wurde Nachfolger des Schulrates Heinrich Thiemens, Schulaufsichtsbezirk Wittmund. Hupe übernahm das Amt am 1.12.1955. Ebd.

382 Hirte: Wie Schleswig-Holstein den Lehrermangel zu beheben versucht. OSB, 78 Jg., Nr. 1, Jan. 1957, S. 5.

383 Ebd.

384 Heberling: Kann die Zentralschule uns helfen? OSB, 78 Jg., Nr. 1, Jan. 1957, S. 6.

385 Ebd.

386 Ebd.

sollten neunte Klassen führen³⁸⁷, über ein Angebot der Mittelschule verfügen, auf die berufliche Weiterbildung vorbereiten und einen Weg zum Abitur eröffnen.³⁸⁸ Das Angebot der Einrichtung differenzierender Mittelbauten³⁸⁹ wurde nicht erwähnt. Der Vorstand des Ostfriesischen Lehrervereins plante am 17.1.1957 eine Veranstaltung zur Umsetzung des Zentralschulgedankens.³⁹⁰ Er machte sich die vielfältigen Kontakte zunutze, die sich über die regelmäßig Einbeziehung der Öffentlichkeit ergeben hatten. Eine ausgewählte Runde der Entscheidungsträger in Ostfriesland kam auf Einladung des OLV am 8.2.1957 in Aurich zusammen, um über die Möglichkeiten der Gestaltung des Schulwesens Ostfrieslands zu diskutieren.³⁹¹ Zu diesem Kreis gehörten der Regierungspräsident Hamann, der Präsident der Ostfriesischen Landschaft Stegmann, Regierungsdirektor Eiben, Reg.- und Schulrat Dr. Wiemann aus der Schulabteilung des Regierungsbezirkes, Regierungsrat Cramer, der Kulturreferent des niedersächsischen Landvolkes v. Holzendorf aus Hannover, der Vertreter der Industrie- und Handelskammer Dr. Pufpaff, Emden, Prof. Dr. Rang von der Pädagogischen Hochschule Oldenburg, Hauptlehrer Diekhoff und Superintendent Janssen für den Bereich der Erwachsenenbildung und die Heimvolkshochschulen, Oberstudienrat Onnen als Vertreter der Höheren Schulen, Dr. Welge als Vertreter der Ärzteschaft, die Landtagsabgeordneten Fischer, Norden, Onnen, Aurich, Scheffer, Norden, und Schuster, Leer, der Vertreter der schulpolitischen Landesstelle des LVN Lohmann, Walsrode, Vertreter der Handwerksammer, Oberkreis- und Stadtdirektoren, Bürgermeister und Landwirte aus der Region Wittmund und Friedeburg, die Vorsitzenden der Kreislehrervereine, verschiedene Mitglieder

387 „Das 9. Schuljahr ist allein an der Zentralschule möglich. Raum- und Lehrerfrage sind entscheidend.“ Ebd.

388 „An den Zentralorten sollen möglichst Mittelschulen sein, die Kinder aus dem 8. und 9. Schuljahr aufnehmen. Der Mittelschüler kann dann mit einem Verlustjahr in der Oberschule zum Abitur kommen. Man würde auf diesem Wege mehr Abiturienten bekommen. Das Handelsschulwesen müßte eine wesentliche Erweiterung erfahren, da der Besuch einer Handelsschule sehr begehrt ist. Der Übergang zur Höheren Handelsschule nach Emden wäre den Kindern dann leicht gemacht. Diese Schule müßte jedoch zweijährig werden, da ihre Absolventen dann zum Studium an der Wirtschaftsoberschule berechtigt wären.“ Ebd.

389 Vgl. Kap.: Differenzierter Mittelbau in Ostfriesland.

390 Harms, R.: Ostfriesischer Lehrerverein. Vorstandssitzung des OLV am 17. Januar 1957.

391 Becker, E.A.: Ostfrieslands Schulnot in gesamtostfriesischer Schau. Der Ostfriesische Lehrerverein im Gespräch mit Vertretern aller führenden Kreise über Schulfragen und die Möglichkeit der Gewinnung weiteren Nachwuchses aus eigenem Lande für die akademisch vorgebildeten Berufe. OSB 78. Jg., Nr. 2, Febr. 1957, S. 11.

des Bezirkslehrerrates und Vertreter der Gewerkschaften.³⁹² Merten Meyer, schulpolitischer Sprecher des OLV, führte in seinem Einleitungsreferat³⁹³ aus, dass die Schulstruktur Ostfrieslands nicht in der Lage sei, den Bedarf der akademischen Berufe zu decken. Zwar gingen zukünftige Techniker durch die Volks- und Mittelschulen, der Weg in andere akademische Berufe sei aber versperrt.³⁹⁴ Außerdem sei die Lage in den Volksschulen Ostfrieslands nach wie vor „katastrophal“.³⁹⁵ Während in Bremen 7,4 % aller Schülerinnen und Schüler zum Abitur komme, seien es in Niedersachsen nur 3,6 %.³⁹⁶ Die schulpolitische Landesstelle des LVN hatte eine Übersichtskarte zur Versorgung mit Mittelschulen publiziert, die nachwies, dass „besonders in den Bezirken Lüneburg, Stade, Oldenburg und Aurich das Netz dieser Schulen so weitmaschig ist, daß ohne weiteres daraus geschlossen werden kann, daß in diesen Landgebieten noch wertvolle Begabungen vorhanden sind, die unausgebildet bleiben.“³⁹⁷

Meyer verwies auf eine Befragung unter Mittelschulabsolventen der Region, bis zu 20 % hätten gern bis zum Abitur die Schule weiter besucht.³⁹⁸ Das Bildungsangebot in Ostfriesland verhindere, so der Referent, dass die ländliche Bevölkerung, die Kinder der „auf dem Lande wohnenden Arbeiterschaft“³⁹⁹ an der weiterführenden Bildung teilhabe. Der Anteil der Kinder aus der Arbeiterschaft an den Hochschulen betrage in der Bundesrepublik nur 4,4 %⁴⁰⁰, die offensichtlich brachliegenden Begabungsreserven sollten stärker gefördert werden. Den Kindern auf dem Land müsse insgesamt eine bessere Bildung zukommen, die „Bildungssperre“⁴⁰¹ gehöre aufgehoben. Meyer plädierte für ein Abschaffen der einklassigen Schulen und für die Einrichtung von Zweckverbänden, die eine Zentralschule unterhalten könnten.⁴⁰² Seine zusammenfassenden Forderungen:

392 Aufzählung ebd.

393 Meyer, M.: Gedanken zur Problematik des Bildungswesens in Ostfriesland. OSB 78. Jg., Nr. 2, Febr. 1957, S.9 ff.

394 Ebd., S. 10.

395 Ebd.

396 Ebd.

397 Ebd.

398 Ebd.

399 Ebd.

400 Ebd.

401 Ebd.

402 Ebd.

„1. Unentgeltliches Studium für alle bedürftigen Begabten. 2. Aufstockung einer dreistufigen Aufbauschule auf zentral gelegenen Mittelschulen. 3. Bau von Heim-Aufbauschulen. Diese drei Forderungen sind für uns Ostfriesen besonders dringlich, wobei als hervorstechendes Anliegen der Bau einer Heim-Aufbauschule im Ostraum Ostfrieslands zunächst in den Vordergrund zu stellen ist.“⁴⁰³

Die Umsetzung dieses Vorschlages hätte sicherlich zusätzliche Möglichkeiten geschaffen, den Heranwachsenden in der Region einen durchlässigen Bildungsgang und damit mehr Teilhabe an der Gesellschaft zu sichern. Gleichzeitig aber bedeutete dieser Vorschlag auch den Abschied von der Landschule herkömmlicher Art und eine weitere Stärkung der Mittelschulen, die durch die Einrichtung von Aufbauzügen bis hin zum Abitur erheblich an Bedeutung gewonnen hätten.

In dem zur Veranstaltung gefertigten Artikel schilderte E.A. Becker den Verlauf der Diskussion.⁴⁰⁴ Becker erklärte zwar, dass die Runde der Anwesenden im Grunde genommen über die Problematik informiert gewesen sei⁴⁰⁵, er forderte aber zusätzlich, dass die „Wirtschaftsverbände Ostfrieslands von sich aus auch noch die Schulfrage Ostfrieslands aufgreifen und nach Wegen für eine Hilfe suchen“⁴⁰⁶ müssten. Diese Forderung erscheint erstaunlich, denn gerade die Wirtschaftsverbände erhielten die teils sehr ernst formulierten Jahresberichte der IHK zur Lage in Ostfriesland regelmäßig seit 1950 zur Kenntnis.⁴⁰⁷ Jede Ausgabe beinhaltete Angaben zur Situation der Schulabsolventen und zur Lage der Berufsausbildung.⁴⁰⁸ Während der

403 Ebd.

404 Becker, E.A.: Ostfrieslands Schulnot in gesamtostfriesischer Schau. Der Ostfriesische Lehrerverein im Gespräch mit Vertretern aller führenden Kreise über Schulfragen und die Möglichkeit der Gewinnung weiteren Nachwuchses aus eigenem Lande für die akademisch vorgebildeten Berufe. OSB 78. Jg., Nr. 2, Febr. 1957, S. 11.

405 Ebd.

406 Ebd.

407 Meyer, M.: Wirtschaft und Pädagogik am runden Tisch. In: OSB 76. Jg., Nr. 7, Juli 1955, S. 50.

408 „Die Zahl der Ostern zur Entlassung kommenden Jugendlichen ohne Lehrstellen ist erschreckend groß.“ IHK-Jahresbericht 1949–1950. Runder Tisch. S. 61. In: StAA Rep. 17/4 Nr. 368. „Berufsnot der Jugendlichen“; IHK-Jahresbericht 1950–1951. Runder Tisch. S. 72. Ebd.; „Die Zahl der Lehrlinge in Industrie und Handel unseres Bezirks stieg von 1470 im Jahre 1949 auf 3455 gegen Ende des Jahres 1954. Diese Entwicklung zeigt, dass die Kammer und die Bezirkswirtschaft ohne staatliche Lenkung mit der Berufsnot der Jugendlichen fertig werden kann.“ IHK-Jahresbericht 1954–1955. Runder Tisch. S. 61. Ebd.

Veranstaltung wurde das Modell der Zentralschulen in Schleswig Holstein durch den Vertreter des OLV vorgestellt und befürwortet, der Kulturreferent des Landvolkverbandes von Holzendorff aber „forderte den Ausbau der Volksschulen allgemein zu achtklassigen Systemen (Dorfgemeinschaftsschulen).“⁴⁰⁹

Es kam zu keiner gemeinsamen Aussage zum Zentralschulsystem, doch die Einrichtung von Aufbauschulen erschien allen eine wirksame Lösung. Prof. Dr. Rang, Oldenburg, verwies darauf, dass bestehende Aufbauschulen bereits wieder umgestaltet worden seien, da die Gemeinden die Schulen in der Form nicht akzeptierten.⁴¹⁰ Die dort erlangten Abschlüsse aber brauchten nicht zwangsläufig zu einem „zweitrangigen Abitur“⁴¹¹ werden, die PH Oldenburg würde Absolventen auch in einem „durchaus wünschenswerten Nebenzugang zur P. H. ohne Abitur“⁴¹² aufnehmen.

Merten Meyer brachte folgende EntschlieÙung in die Versammlung ein:

„EntschlieÙung. Aurich, den 8. Februar 1957. Die durch den Ostfriesischen Lehrerverein nach Aurich eingeladenen Vertreter der Bezirksregierung, der Ostfriesischen Landschaft, der Industrie- und Handelskammer, des Handwerks, des Landvolks, der Gewerkschaften und der Abgeordneten des Bezirks sind nach eingehender Beratung zu der Überzeugung gelangt, daß die weiterführenden Schulen Ostfrieslands nicht in der Lage sind, die für die Volkswirtschaft erforderliche Zahl an Abiturienten heranzubilden, weil eine große Zahl an Begabungen, besonders auf dem Lande, von ihnen nicht erfaßt werden kann. Um diese als fehlenden Nachwuchs für die akademisch vorgebildeten Berufe heranzuziehen, wird gefordert:

- 1. Die Einrichtung einer Heim-Aufbauschule im Ostraum Ostfrieslands.*
- 2. Die Aufstockung eines jeweils dreijährigen Kursus auf zentralgelegene Mittelschulen.*
- 3. Die Bereitstellung von außerordentlichen Mitteln für bedürftige Begabte zur Ausbildung und zum Studium.*

409 Becker, E.A.: Ostfrieslands Schulnot in gesamtostfriesischer Schau. Der Ostfriesische Lehrerverein im Gespräch mit Vertretern aller führenden Kreise über Schulfragen und die Möglichkeit der Gewinnung weiteren Nachwuchses aus eigenem Lande für die akademisch vorgebildeten Berufe. OSB 78. Jg., Nr. 2, Febr. 1957, S. 12, Klammer im Original.

410 Ebd.

411 Ebd.

412 Ebd.

Ostfriesland erwartet als unterentwickeltes Gebiet schnellste und ausreichende Hilfe von Landesregierung und Landtag.“⁴¹³

Die Entschließung wurde einstimmig angenommen. Eine Kommission sollte das Gespräch mit dem Kultusminister suchen. Benannt wurden Reg.Dir. Eiben, Aurich; die Landtagsabgeordneten Onken, Wittmund, und Onnen, Aurich, der Landwirt und Vertreter des Landvolkverbandes Rieken, Neuharlingersiel, der Vorsitzende des OLV Janoschek, Lübbertsfehn, und der Vorsitzende des Bezirkslehrerates W. Harms, Aurich.⁴¹⁴

Doch innerhalb der Kreis- und Ortslehrervereine setzten sich diese Gedanken offensichtlich nicht so rasch durch. In der Sammlung der Anträge zur Vertreterversammlung des LVN 1957 des OLV findet sich das Verlangen nach Zentralschulen und Aufbauzügen nicht mehr. Zwei Anträge sprechen sich für eine Stärkung der Landschule aus, es sollte im Kultusministerium eine eigene Abteilung Landschulen eingerichtet werden⁴¹⁵ und ausführende Bestimmungen zum § 6 des Schulverwaltungsgesetzes sollte die Gemeinden verpflichten, die Landschulen mit einem besseren Lehr- und Lernmittelstandard zu versorgen.⁴¹⁶

Am 22. Mai 1957 wurde die Kommission, zu der Schulrat Hupe, Landwirt Rieken, Mittelschulrektor Torwegge, OLV-Vorsitzender Janoschek, Leiter des Schulpädagogischen Ausschusses M. Meyer, BLR-Vorsitzender W. Harms, MDL Landrat Onnen gehörten, durch Kultusminister Langeheine und Ministerialrat Frede in Hannover empfangen.⁴¹⁷ Der Kultusminister gestand der Region Ostfriesland die Einrichtung einer Heimaufbauschule zu, versprach sogar grundsätzlich finanzielle Unterstützung über Beihilfen für unbemittelte Schülerinnen und Schüler, die Einrichtung eines Aufbauzuges als Fortführung der Mittelschulabsolventen bis zur dreizehnten Klasse lehnte er aber ab.⁴¹⁸ Er empfahl eine Kooperation mit der nächsten Oberschule und

413 Ebd.

414 Ebd.

415 Vgl. Anträge des Ostfriesischen Lehrervereins für die Vertreterversammlung des Lehrerverbandes Niedersachsen 1957. OSB, 78. Jg., Nr. 3, März 1957, S. 20 f.

416 Ebd., S. 21.

417 Meyer, M.: Auszug Ergebnisprotokoll zum Besuch beim Nds. KM am 22. Mai 1957. Aufgeführt in: Becker, E.A.: Paßt die Landschule den heutigen Erfordernissen an! Allgemeine Begabtenförderung auf breitester Basis. OSB, 78. Jg., Nr. 6, Juni 1957, S. 41 f.

418 Ebd., S. 42.

verwies auf die Möglichkeit der Einrichtung eines differenzierten Mittelbaus.⁴¹⁹

E.A. Becker wertete die Ergebnisse ausgesprochen positiv, der Kultusminister habe den „schulpolitischen Forderungen im ostfriesischen Raum gangbare Wege und Möglichkeiten aufgezeigt und zugesagt.“⁴²⁰

2.3.5 *Barsinghauser Gespräche*

Der Reformgedanke lebte durch eine zentrale Veranstaltung, die der Leiter der Schulpolitischen Landesstelle des LVN, Helmut Lohmann⁴²¹, zum Gedanken der Dorfgemeinschaftsschulen⁴²² initiierte. Er holte Ende Februar 1957 die Vertreter des Niedersächsischen Landvolkverbandes, Vertreter der Politik, der Gewerkschaften und der Schulen zu einer Fachtagung zusammen.⁴²³ Im Sportheim Barsinghausen bei Hannover begrüßte Kultusminister Langeheine die Versammlung, hob die Bedeutung des Zusammenwirkens von Landvolk und Schulorganisation hervor und ging auf die Situation der Schulen in Niedersachsen ein. Zu den Größenvorstellungen erklärte er, dass rund 50 % aller Schulen ein- oder zweiklassige Volksschulen seien, diese Schulen würden von rund 17 % aller Kinder besucht.⁴²⁴ Auch auf den notwendigen Bildungskanon in der modernen Demokratie ging Langeheine ein. Die Orientierung an überholten traditionellen Inhalten aber lehnte er ab, da eine sichere Aussage über die in der Zukunft erforderlichen Kenntnisse und

419 Ebd.

420 Ebd.

421 Vgl. Fryen, A.: Helmut Lohmann zum Gedächtnis. Um die niedersächsische Schule verdient gemacht. EuW Niedersachsen, Ausg. 2/91.

422 Die Begriffe variierten: Zentralschule, Dorfgemeinschaftsschule, Dörfergemeinschaftsschule, Mittelpunktsschule. Gemeint war aber immer das gleiche Organisationsprinzip, das in der Auslegung (Angebot 9. Klassen, Mittelschulzüge, Aufbauklassen usw.) den örtlichen Gegebenheiten angepasst werden sollte.

423 Im einleitenden Referat stellte Kultusminister Langeheine die Entstehungsgeschichte anders dar. Er ging auf die Probleme der ländlichen Gebiete ein und erklärte: „Aus dieser Erkenntnis heraus bin ich als der für das niedersächsische Schulwesen Verantwortliche sofort und gern auf die Anregung des Verbandes des Niedersächsischen Landvolks eingegangen, die besondere Problematik dieses Schulwesens einmal auf einer gemeinsamen Tagung zu erörtern. Die dankenswerte Anregung traf auf einen von mir und meinem Ministerium bereits vorbereiteten Plan.“ Kultusministerium Niedersachsen (Hrsg.), 1957, S. 5.

424 „Gegenwärtig zählen wir 1366 einstellige und 1015 zweistellige Schulen, das sind 50,6 v.H. aller Volksschulen überhaupt. Aber nur 17 % aller Volksschüler besuchen solche Schulen.“ Ebd., S. 6.

Fähigkeiten nicht möglich sei.⁴²⁵ Er forderte: „Nur eine sittliche Grundbildung und eine gediegene Allgemeinbildung können die Voraussetzung für die Bewältigung dieser Zukunftsaufgaben schaffen.“⁴²⁶ Ein Hemmnis der Umsetzung dieses Anspruches sah Langeheine im „Berechtigungsscheinwesen“⁴²⁷ des deutschen Bildungssystems, in das die Absolventen der Volksschule nach dem Abschluss eintreten würden. Gleichzeitig stellte Langeheine heraus, dass der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die weiterführende Schulen in den Städten anstrebten, auf bis zu 50 % stieg.⁴²⁸ Der Anteil der Studenten aus dem Bereich der Landwirtschaft an deutschen Hochschulen betrage aber nur lediglich 6 %.⁴²⁹

Die Heranwachsenden auf dem Land verfügten also zu einem wesentlich geringeren Anteil über Möglichkeiten, höhere Abschlüsse anzustreben oder gar ein Studium aufzunehmen.

Der Präsident des Niedersächsischen Landvolkverbandes Rehwinkel bestätigte die Aussagen Langeheines, wies auf eine neue Bildungsorientierung in der Landbevölkerung hin und hob hervor, dass „nicht nur um wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit, sondern auch um eine gute schulische Ausbildung und um volle Teilnahme an den kulturellen Errungenschaften“⁴³⁰ gekämpft werden müsse. Landrat und Bauer Heinrich Warner, Melle, der auch auf dem Landpädagogischen Kongress in Bayreuth gesprochen hatte, betonte die Rolle des Landlehrers.⁴³¹ Da seiner Meinung nach die Lehrer über viele Jahre in der Schule wirken würden, lehnte er den Einsatz von Lehrerinnen wegen dieser Belastung ab.⁴³² Minister Langeheine hatte auf den steigenden Anteil der Lehrerinnen in der Berufsgruppe angesprochen.⁴³³ Warner berichtete von konkreten Schulneubauten in Samtgemeinden und hob hervor, dass die Aufgabe alter Schulgebäude in den Dörfern schwer fiel⁴³⁴, die Neuorganisation der Schulwege und die Einrichtung von Beförderungsmöglichkeiten bereiteten Schwierigkeiten.⁴³⁵ Letztlich wollten viele Gemeinden ihre Dorf-

425 Ebd., S. 8.

426 Ebd.

427 Ebd., S. 9.

428 Ebd.

429 Ebd.

430 Rehwinkel: Bauertum und Schule. Ebd., S. 15.

431 Warner, H.: Was erwartet das Land von seinen Schulen? Ebd., S. 18.

432 Ebd., S. 20.

433 Ebd., S. 7.

434 Ebd., S. 21.

435 Ebd., S. 22.

lehrer behalten.⁴³⁶ Die Einrichtung ländlicher Berufs- und Fachschulen⁴³⁷ und Hauswirtschaftsschulen⁴³⁸ begrüßte Warner aber nachdrücklich. Schulrat Paul Hahn, Lüchow-Dannenberg, berichtete über die „Bildungssituation an den wenig gegliederten Schulen.“⁴³⁹ In seine Analyse bezog er die veränderte Bildungsorientierung der Eltern, die Entwicklung der Volksschuloberstufe in der Nachkriegszeit und den neuen Typus des Landlehrers ein. Die Eltern seien sehr an einer möglichst vielseitigen Bildung interessiert, die Schule müsse den Heranwachsenden „Berechtigungen‘ oder doch wenigstens Erleichterungen für möglichst viele, möglichst einträgliche, möglichst gesicherte und möglichst bequeme Berufslaufbahnen“⁴⁴⁰ gewähren. Die Berufswünsche der Eltern bezögen sich auf typisch städtische Berufe, da im Bereich der Landwirtschaft ohnehin kaum noch Arbeitsplätze zu erhalten seien.⁴⁴¹ Es sei zu beobachten, dass die Volksschuloberstufe stark an Bedeutung verliere. Immer mehr Schülerinnen und Schüler der Jahrgänge wanderten zu weiterführenden Schulen ab, das Interesse der Eltern an der Volksschule ziele nun stärker auf das Angebot der Grundschule, „von deren Leistungsfähigkeit der Erfolg des gefürchteten Probeunterrichts für weiterführende Schulen“⁴⁴² abhängе. Folglich sinke die Wertschätzung der Oberstufe der Volksschule stark.⁴⁴³ Die ständig rückläufigen Schülerzahlen in der Oberstufe führten zusätzlich zu Problemen in der Unterrichtsversorgung in der Landschule⁴⁴⁴, der nach dem vierten Schuljahr verbliebene Rest an Schülerinnen und Schüler stelle „hinsichtlich der Begabung eine negative Auslese dar.“⁴⁴⁵ Die Lehrerschaft verändere sich außerdem sehr stark, 56 % der Lehrkräfte sei über 50 Jahre alt, der Anteil der Lehrerinnen unter 35 Jahren nähme beständig zu, die Lehrkräfte strebten den Schulen in der Stadt zu, so dass der Lehrermangel nicht zu beheben sei. Es gäbe im Kreis Lüchow-Dannenberg „noch keine Einlehrerschule, die mit einer Frau besetzt“⁴⁴⁶ sei. Hahn ging nicht auf die Organisationsform der Dörfergemeinschaftsschule

436 Ebd., S. 22.

437 Ebd., S. 22 ff.

438 Ebd., S. 24 ff.

439 Hahn, P.: Die Bildungssituation an den wenig gegliederten ländlichen Schulen. Ebd., S. 27 ff.

440 Ebd., S. 28.

441 Ebd.

442 Ebd., S. 30.

443 Ebd.

444 Ebd.

445 Ebd., S. 31.

446 Ebd., S. 32 f.

Lemgow ein, das übernahm Lehrer Heinz Klein⁴⁴⁷, Woltersdorf bei Lüchow. Die Idee der Dörfergemeinschaftsschule⁴⁴⁸ sei von den Eltern begeistert angenommen worden, sie argumentierten: „Gebt dem Landkind auf schulischem Gebiet endlich die Chance, die das Stadtkind schon längst hat!“⁴⁴⁹ Auch die über die Lehrervereine geführte Diskussion um die Einführung sei positiv verlaufen, nur wenige Lehrkräfte lehnten die Dörfergemeinschaftsschule aus pädagogischen Gründen ab.⁴⁵⁰ Diese Form der Schule biete auch den Lehrkräften mehr Möglichkeiten, schaffe Raum für Differenzierung, für einen Kursunterricht in Englisch und Mathematik, könne die schwachen Schülerinnen und Schülern in Hilfsschulklassen fördern, biete die vergleichbare Bildung für Kinder in Stadt und Land, ohne dass auf die speziellen „Bildungsgüter und Arbeitsweisen, die für das Landkind wichtiger sind als für das Stadtkind“⁴⁵¹, verzichtet werden müsse. Die Lehrkräfte würden aus ihrer Vereinzelung hinausgeführt und könnten Kollegien bilden, die „im Sinne der Konferenzordnung ein echtes Schulleben“⁴⁵² schaffen könnten. Auch bei den Gemeinden fand die Idee starken Zuspruch, es seien aber drei wichtige Punkte zu klären gewesen, „die Ortsfrage, das Transportproblem und die Aufbringung der Baukosten für die notwendigen baulichen Erweiterungen.“⁴⁵³ Diese Probleme seien aber angegangen und schließlich mit Hilfen des Kultusministeriums im Rahmen der Zonenrandförderung einer Lösung zugeführt worden.⁴⁵⁴

Der Beitrag von Heinz Klein zeigt drei Schwerpunkte der Entwicklung, die für das Verlangen nach Demokratisierung des Bildungssystems von Bedeutung sind:

1. Eltern, Lehrkräfte und Gemeindevertretungen waren sich einig in dem Verlangen nach gleichen Bildungschancen für die Heranwachsenden, die

447 Klein, H.: Die Dörfergemeinschaftsschule. Ebd., S. 42 ff.

448 Klein stellte dar, dass der Begriff „Zentralschule“ aus politischen Gründen vermieden worden sei. Denn diese Schule „soll sich sowohl in ihrer äußeren Organisationsform als auch in ihrer inneren Struktur von der Zentralschule östlicher Prägung wesentlich unterscheiden.“ Ebd., S. 42.

449 Ebd., S. 43.

450 Ebd.

451 Ebd., S. 44.

452 Ebd., S. 45.

453 Ebd.

454 Ebd.

sich in der demokratischen Gesellschaft beruflich orientieren und frei entfalten sollten.⁴⁵⁵

2. Die Gemeinden hatten sich für eine Form der Auslegung der Schule entschieden, die von den Lehrerverbänden fachlich und schulisch versiert in den Entscheidungsgremien vorgestellt worden waren und Mehrheiten gefunden hatte.⁴⁵⁶
3. Erstmals wird darauf hingewiesen, dass auch die Schule als Einrichtung in der Demokratie nicht nur von Einzelnen gestaltet werden sollte. Die Konferenzen erhielten eine arbeitsfähige Form und konnten das Schulleben mitgestalten.⁴⁵⁷

Ein Nebensatz, von Klein im Zusammenhang mit der Umsetzung der Forderungen der Gemeinden eingebracht, verweist auf Schwierigkeiten besonderer Art: Die Behörden verhielten sich „mehr zögernd als fördernd.“⁴⁵⁸ Von ähnlichen Äußerungen berichtete August Fryen. Er hatte 1958 mit dem Organisator der Barsinghauser Gespräche noch einmal über die Ergebnisse der Tagung gesprochen. Fryen berichtet, er habe Lohmann als „einen engagierten Vertreter der Ergebnisse dieser Tagung“⁴⁵⁹ empfunden. Mit Nachdruck vertrat Lohmann im Gespräch mit dem in der Zwischenzeit als Schulrat tätigen Fryen die Auffassung, dass gerade die Schulaufsicht „für diese Angelegenheit“⁴⁶⁰ gewonnen werden müsse. Eine Ursache für die Zögerlichkeit mag in der Vielfalt der in Barsinghausen vorgestellten Organisationsformen liegen. Letztlich hatte die Schulaufsicht die Auslegung der zentralen Schule zu genehmigen und musste die Wirkungen auf das Bildungsangebot insgesamt berücksichtigen.

Die Vielfalt sprach für sich. Während der Tagung in Barsinghausen stellte Rektor Harbeck, Hamdorf bei Rendsburg, zusätzlich den „ländlichen Aufbauzug“⁴⁶¹ vor. Dieser Aufbauzug sollte dem Charakter nach eine Landschule sein, die die Bildungsabschlüsse der Mittelschulen vermittelte und

455 Ebd.

456 Ebd.

457 Ebd.

458 Ebd.

459 Fryen, A.: Helmut Lohmann zum Gedächtnis. Um die niedersächsische Schule verdient gemacht. EuW Niedersachsen, Ausg. 2/91.

460 Ebd.

461 Harbeck: Der ländliche Aufbauzug. Kultusministerium Niedersachsen (Hrsg.), 1957, S. 47 ff. Anm.: Harbeck war Leiter eines Aufbauzuges.

Möglichkeiten der weiteren Orientierung im berufsbildenden Bereich oder einen Übergang zum Abitur an einer „ländlichen Oberschule“⁴⁶² eröffnete.

Schulrat Hans Thierbach, Springe, betonte die Schule mit Aufbauzug als alternatives Angebot in einer „industrialisierten ländlichen Gemeinde.“⁴⁶³ Und Hermann Seifert, Salzhemmendorf, wollte den Differenzierenden Mittelbau⁴⁶⁴ als Möglichkeit der Ausdehnung des schulischen Angebotes auf dem Land neu beleben.⁴⁶⁵ Regierungsdirektor Döpke, Hannover, sprach über das „ländliche Berufs- und Fachschulwesen“⁴⁶⁶ und erörterte die Bildungsmöglichkeiten in „den sogenannten höheren landwirtschaftlichen Fachschulen, den höheren Landbauschulen und den Oberklassen der Landfrauenschulen.“⁴⁶⁷ Mittelschulrektor Lommatzsch erklärte die Arbeitsweise einer Heimmittelschule⁴⁶⁸ und Hilfsschulrektor Erick Würke, Celle, erörterte die Arbeitsweise der ländlichen Hilfsschule und erinnerte daran, dass alle Heranwachsenden ein Recht auf angemessene Förderung haben und die Schule dem entsprechen müsse.⁴⁶⁹

Harte Kritik an der Entwicklung der Schulpädagogik, an der Ausbildung zum Lehrberuf durch die Pädagogische Hochschule, an den Wirkungen der Schulpolitik mit Blick auf die Demokratisierung und an einem falschen Verständnis der Landschuldiskussion übte Prof. Dr. Heinrich Heise, Göttingen.⁴⁷⁰ Heise kam zur Tagung zu spät, da er zuvor noch Gespräche mit Absolventen der Hochschule zu führen hatte, „um sie zu überreden, eine Landstelle in Ostfriesland anzunehmen.“⁴⁷¹ Eines dieser Gespräche führte er „symbolisch für den Gegenstand, der hier verhandelt wird“⁴⁷², an. Einer der

462 Harbeck nennt die Ländliche Oberschule in Niebüll. Oberstudienrat P. Hansen von dieser Schule war in Barsinghausen ebenfalls anwesend und stellte die Arbeit dieser Schulform vor. Hansen, P.: Die ländliche Oberschule. Ebd., S. 77 ff.

463 Thierbach, H.: Auf der Suche nach der angemessenen Schulform in einer industrialisierten ländlichen Gemeinde. Ebd., S. 54 ff.

464 Seifert, H.: Der Differenzierende Mittelbau. Ebd., S. 57 ff.

465 Ebd., S. 61.

466 Döpke: Ländliches Berufs- und Fachschulwesen. Ebd., S. 62 ff.

467 Ebd., S. 66.

468 Lommatzsch: Die Heimmittelschule. Ebd., S. 70 ff.

469 „Der geistig und charakterlich schwache Mensch hat ein Recht auf angemessene Förderung. Hierin liegt ein Auftrag für die Gesellschaft, der auch im Jugendwohlfahrtsgesetz verankert ist.“ Würke, E.: Die ländliche Hilfsschule. Ebd., S. 81.

470 Heise, H.: „Der Lehrer zwischen Theorie und Praxis“ (Skizze des Gedankenganges). Kultusministerium Niedersachsen (Hrsg.): 1957, S. 34 ff.

471 Ebd., S. 34.

472 Ebd.

Absolventen hatte darum gebeten, nicht nach Ostfriesland geschickt zu werden, da er bereits einige Jahre in Bautzen im Gefängnis gesessen habe.⁴⁷³ Heise begann mit einem „Sündenbekenntnis der Pädagogischen Hochschule“⁴⁷⁴, es sei eine Pädagogik getrieben worden, die sich oft noch auf ein antiquiertes Menschenbild bezöge.⁴⁷⁵ Diese Pädagogik sei nicht in der Lage wirkliche Praxisnähe zu vermitteln.⁴⁷⁶ Wenn die Schulpädagogik als Hochschuldisziplin die „ideologische Überschärfung der Schulreform“⁴⁷⁷ und die Nichtbeachtung der Bedingungen des Schulalltages überwinden könne, würden die jungen Lehrkräfte realistischer an die Arbeit gehen und nicht zu missionarischem Eifer neigen.⁴⁷⁸ Zu dem wirke die übertrieben rasche Theoriebildung in der Pädagogik negativ auf die Schulpolitik, sie werde letztendlich in den politischen Parteien nicht ernst genommen und lasse Realitätsnähe vermissen.⁴⁷⁹ Heise warnte in diesem Zusammenhang vor „formalistischer Demokratiespielerei.“⁴⁸⁰ Die organisatorische Umgliederung der Landschule, wie sie von allen Diskutierenden in einem Grundmodell⁴⁸¹ vertreten wurde, begrüßte Heise. Er wies aber gleichzeitig darauf hin, dass dieses Modell keine Erfindung sowjetzonaler Politik, sondern in Deutschland bereits zur Weimarer Zeit als Alternative erkannt wurde.⁴⁸² In Deutschland sei der Übergang von einer geschlossenen Gemeinschaft zur offenen Gesellschaft genommen worden, dieser Übergang sei aber kein abgeschlossener Prozess, sondern müsse verlängert werden.⁴⁸³ Die Veränderung des Lebens auf dem Land, die Verstädterung, die Technisierung und die Zentralisierung seien beste Beispiele dafür.⁴⁸⁴ Sobald die gesellschaftlichen Bedingungen allgemein erkannt und gewürdigt worden seien, könnte auch für den Hochschul-

473 Ebd.

474 Ebd.

475 Ebd.

476 Ebd.

477 Heise meint hier die übertriebene Vermittlung praxisferner Reformgedanken. Er führt als Beispiel den Gesamtunterricht an: „Gesamtunterricht ist zweifellos die höhere Form des Unterrichts, darf aber nicht direkt gewollt werden, ohne daß der Student in den einfacheren Verhältnissen des gefächerten Unterrichts Sicherheit in Stoff und Unterrichtsführung erlangt hat.“ Ebd., S. 35.

478 Ebd., S. 36.

479 Ebd.

480 Ebd.

481 Ebd., S. 38.

482 Ebd.

483 Ebd., S. 39.

484 Ebd., S. 40.

absolventen, der nach Ostfriesland gehen müsse, die Landschule attraktiv sein.⁴⁸⁵

Die Tagung schloss mit einer grundsätzlichen Empfehlung zur Zusammenfassung der Oberstufen der Volksschulen ab.⁴⁸⁶ Alle diskutierten Formen der Schulorganisation – Volksschuloberstufe, Aufbauzug und Mittelschule, Gymnasien in verkürzter Form (Aufbauschulen) und Sonderformen für das flache Land (Heimschulen) – sollten möglich sein.⁴⁸⁷ Die Schulträger sollten die Beförderung der Schülerinnen und Schüler regeln, über eine Erziehungsbeihilfe könne ein Ausgleich der Fahrtkosten erfolgen.⁴⁸⁸ Die Landschullehrerstellen müssten durch ein verstärktes Angebot von Dienstwohnungen und den Ausbau des Systems der Gehaltszuschläge attraktiver gestaltet werden.⁴⁸⁹

Ministerialrat Fiedler wertete insbesondere die Haltung des Landvolksverbandes positiv.⁴⁹⁰ Es habe sich die Auffassung durchgesetzt, dass „Parität mit der gewerblichen Wirtschaft nur zu erringen und auf die Dauer zu bewahren ist, wenn auf dem Gebiete der Schule keine Disparität besteht.“⁴⁹¹

In der Aprilausgabe 1957 des Ostfriesischen Schulblattes äußerte sich E.A. Becker anerkennend über die Tagung in Barsinghausen⁴⁹², die ihm wie eine Wiederholung der eigenen Veranstaltung in Aurich zu Beginn des Jahres vorkam.⁴⁹³ Allerdings sah Becker einen Zusammenhang sehr kritisch. Kultusminister Langeheine hatte in seiner Einleitung darauf hingewiesen, dass das Land über die Steuern das Schulsystem, also auch die Stadtschulen, mitfinanzierte.⁴⁹⁴ Becker formulierte also die Forderung nach einem Vergabeschlüssel, der den Landschulen eine bessere Versorgung pro Klasse sichern könne.⁴⁹⁵ Die Empfehlungen der Tagung kritisierte E.A. Becker, sie

485 Ebd.

486 Kultusministerium Niedersachsen (Hrsg.), 1957, S. 82.

487 Auflistung ebd., S. 82 f.

488 Ebd., S. 82.

489 Ebd., S. 84.

490 Fiedler, R.: Das Dorf und seine Schulen. Ein vorläufiger Tagungsbericht. In: Nds. SVBl. 1957, 100 ff.

491 Ebd., S. 101.

492 Becker, E.A.: Notwendigkeit und Möglichkeiten einer Reform einer Landschule. OSB 78. Jg., Nr. 4 S. 25 f.

493 Ebd., S. 25.

494 Ebd.

495 Ebd.

seien zu schwach, um Veränderungen durchzusetzen. Die Zeit der Diskussion sei nun vorüber, die Reform müsse umgesetzt werden:

*„Wir in Ostfriesland wissen, daß wir durch unsere ebenfalls auf breitester Ebene durchgeführten Versammlungen und unser stetes Anrufen der Öffentlichkeit in Fragen besonders der Landschulnot, stark an diesem ‚Gespräch im Lande‘ beteiligt waren und sind der Meinung, daß mit einer Reform des Landschulwesens im großen begonnen werden kann und muß.“*⁴⁹⁶

Die Neugestaltung bedürfe klarer Regelungen, unwilligen Gemeinden müssten, so der Vorschlag E.A. Beckers, Fördergelder vorenthalten werden.⁴⁹⁷ Doch Sanktionen standen außerhalb der Diskussion. Friedrich Schneider, Prof. der Pädagogik an der Ludwig-Maximilian-Universität München, verwies in der im gleichen Jahr veröffentlichten Schrift „Die Dorfschule“⁴⁹⁸ darauf, dass die Zusammenlegung der Schulen überwiegend an der „Eifersucht der Dörfer“⁴⁹⁹ scheitere. Selbst England, in dem seit 1944 die Möglichkeit der Bildung von Zentralschulen bestehe, sei von der Einführung „auch heute noch, 13 Jahre nach Annahme des entsprechenden Gesetzes, weit entfernt.“⁵⁰⁰

Am 9. März 1957 forderte der Deutsche Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen den „Ausbau der Volksschule.“⁵⁰¹ Die Volksschule habe sich nun den Beanspruchungen der modernen Zivilisation⁵⁰² anzupassen. Drei Gründe stellte der Ausschuss besonders heraus. In der modernen Arbeitswelt seien Menschen gefordert, die über persönliche und seelische Reife verfügen.⁵⁰³ Die Arbeit werde immer stärker technisiert und spezialisiert, es müsse auch den Volksschülerinnen und -schülern die Möglichkeit gegeben werden, über das vierzehnte Lebensjahr hinaus die Schule zu besuchen: „Zwei weitere volle Schuljahre in einem Lebensalter, in dem das Urteil erst reift.“⁵⁰⁴ Das dritte Argument bezog sich auf eine der wichtigen Grundlagen der Demokratisierung: die politische Erziehung und Bildung. Der Ausschuss

496 Ebd., S. 26.

497 Ebd.

498 Schneider, F., 1957.

499 Ebd., S. 33.

500 Ebd., S. 34.

501 Ausbau der Volksschule. Empfehlung des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen. 9. März 1957. In: Nds. SVBl. 1957, S. 152 ff.

502 Ebd., S. 152.

503 Ebd.

504 Ebd., S. 153.

stellte fest, dass die politische Erziehung bis zum vierzehnten Lebensjahr zwar möglich sei, dies reiche „aber nicht aus, um Verständnis für den Sinn staatlicher Gemeinschaft zu wecken und Mitverantwortung im politischen Leben anzubahnen.“⁵⁰⁵

Dazu sei es notwendig, die aktuellen Geschehnisse zu verstehen und zu interpretieren, das Verständnis für den „Sinn staatlicher Gemeinschaft zu wecken und Mitverantwortung im politischen Leben anzubahnen.“⁵⁰⁶ Gerade die Volksschule als Landschule müsse diese Aufgabe erfüllen können, denn nur so sei zu erreichen, dass die Bevölkerung auf dem Land „im Gefüge der gesamten Gesellschaft nicht isoliert wird, sondern als Partner am gemeinsamen Leben teilnimmt.“⁵⁰⁷ Dem Ausschuss waren die Schwierigkeiten, die eine Ausdehnung der Volksschule auf neun oder zehn Schuljahre mit sich bringen würde, durchaus bewusst⁵⁰⁸, die Kritik an einer „Verschulung“⁵⁰⁹ der Jugend aber müsse zurückgewiesen werden. Es ginge letztlich nur darum, das Bildungssystem den Erfordernissen der modernen Gesellschaft anzupassen.⁵¹⁰

Die Aufwertung der Volksschule und damit der Landschule wurde von den Lehrerverbänden begrüßt. Zur Vertreterversammlung des LVN 1957 in Bad Pyrmont vertrat der Vorsitzende des Verbandes, Bautz, die Parole: „Schafft endlich eine neue Ordnung im Schulwesen!“⁵¹¹ Die vom ostfriesischen Lehrerverein eingebrachten Anträge auf Einrichtung einer Abteilung für Landschulen beim Kultusministerium und auf Erlass einer Richtlinie zur Ausstattung der Schulen mit Lern- und Lehrmitteln wurden angenommen.⁵¹² Eine einstimmig verabschiedete Entschließung des überregionalen Interessenverbandes setzte drei Schwerpunkte der Reform des Schulwesens:

„A. Der grundlegende Neuaufbau des Landschulwesens, 2. der Ausbau der heutigen Volksschuloberstufe in Richtung einer Verlängerung und Differen-

505 Ebd.

506 Ebd.

507 Ebd.

508 Ebd., S. 154 f.

509 Ebd., S. 154.

510 „Die Volksschule aber kann heute im Heranwachsenden die Bildungskräfte der Vergangenheit nur lebendig erhalten, wenn sie ihm auch hilft, in der modernen Zivilisation sich als Mensch zu behaupten.“ Ebd., S. 156.

511 Sibels, H.: Vertreterversammlung des Lehrerverbandes Niedersachsen 1957 in Bad Pyrmont. OSB 78. Jg., Nr. 5, Mai 1957, S. 33.

512 Ebd.

zierung, 3. für die Begabtenförderung sind mehr Möglichkeiten zu schaffen und im großen Umfange Mittel für die Erziehungsbeihilfen bereitzustellen.“⁵¹³

2.3.6 Die Reform setzt sich durch

Der Ostfriesische Lehrerverein begann auf dem Hintergrund der Zusagen des Kultusministers vom 22. Mai 1957 und der durch die Barsinghauser Gespräche angeregten Neugestaltung der Volksschule Bündnispartner zu suchen. Zum Ausklang des Jahres 1957 fragte der OLV die Konferenzen nach den Möglichkeiten der Gründung solcher Schulen. Die Vertreter der schulpolitischen und der pädagogischen Fachstelle, Merten Meyer und Albert Alberts, verfassten darauf hin ein Diskussionspapier, das 16 Punkte aufwies.⁵¹⁴ Diese Punkte spiegelten den Stand der Entwicklung, sie zeigten aber auch Rahmenbedingungen auf, die bei den Gemeinden zwangsläufig Debatten auslösen mussten. Die Vorschläge gingen weit über die Reformdiskussion hinaus: Dort, wo die Vorbedingungen für die Einrichtung von Zentralschulen gegeben seien, sollten „erhöhte staatliche Beihilfen“⁵¹⁵ fließen; die für Niedersachsen angekündigte Einführung eines neunten Schuljahres könne nur diese Schulen erreichen⁵¹⁶, die besoldungsrechtlichen Ansprüche der Leiter der einklassigen Schulen müssten gesichert sein⁵¹⁷, die Planung von Neubauten sollten ausschließlich Schulzweckverbände übernehmen⁵¹⁸ und die Grenze der Übernahme des gesetzlichen Zuschusses, das Baudrittel für die Gemeinden, müsse auf über 4.000 Einwohner angehoben werden.⁵¹⁹

Zwei Linien der Auseinandersetzungen zeichneten sich ab. Einerseits mussten Fragen nach den Standorten der Zentralschulen beantwortet, andererseits die Auslegung der Oberstufe geklärt werden. Die erste Standortfrage beschäftigte den Kreislehrerverein Norden. Während der Mitgliederversammlung am 7.11.1957 nach einem Vortrag von A. Heberling⁵²⁰ diskutierten die Anwesenden den im Kreis Norden zentral gelegenen Standort Marienhaf,

513 Ebd., S. 34.

514 Meyer, M.; Alberts, A.: Gedanken über die Zentralschule. Eine Diskussionsgrundlage. In: OSB 78. Jg., Nr. 12, Dez. 1957, S. 90.

515 Pkt. 10, ebd.

516 Pkt. 11, ebd.

517 Pkt. 12, ebd.

518 Pkt. 14, ebd.

519 Pkt. 15, ebd.

520 Adolf Heberling war Konrektor an der Schule Hage, Schulaufsichtskreis Norden. Festschrift 1959, S. 39.

ein zweiter Standort, Osterupgant, wurde wegen zu großer Nähe ausgeschlossen.⁵²¹ Es gab auch kritische Stimmen, die eine Klärung der Anrechte der Hauptlehrer, die ihre Schulen aufgeben müssten, einforderten und darauf verwiesen, dass einklassige Schulen verwaisten.⁵²²

Die Organisation der Volksschuloberstufe machte sich die Versammlung des Kreislehrervereins Aurich am 12.11.1957 zum Thema.⁵²³ Der Referent K. Weltner betonte, dass die Klassenlehrertätigkeit, die in Landschulen Prinzip sei, wegen der erforderlichen Spezialisierungen dem Fachlehrersystem weichen müsse.⁵²⁴ Insbesondere die Einrichtung des neunten Schuljahres erfordere fachlich versierte Lehrkräfte, die bestimmte „Fachkombinationen“⁵²⁵ anbieten könnten. Auf dieses Referat meldete sich O. Seger⁵²⁶ zu Wort. Er befürwortete die Spezialisierung und empfahl wegen der hohen Zahl der zu leistenden Unterrichtsfächer eine „Weiterbildung in mindestens zwei Fächern.“⁵²⁷ Auf der Jahreshauptversammlung des OLV am 7. Januar 1958 sprach Prof. Dr. Heise, Referent der Barsinghauser Gespräche, zum Thema „Schulreform, ein Weg zur geistigen Entstädterung.“⁵²⁸ Obwohl die Versammlung Prof. Heise mit „herzlichem Beifall“⁵²⁹ begrüßte, lehnte sie die Einführung des neunten Schuljahres, für das der Referent unter anderem eintrat, „wegen des herrschenden Lehrermangels“⁵³⁰ einstimmig ab.

Doch die Erfolge der Diskussion um die Neustrukturierung und die Einrichtung von Zentralschulen blieben nicht aus. Anfang 1958 weihte die Gemeinde Wymeer eine Zentralschule ein, die den Ansprüchen der neuen Oberstufe gerecht werden konnte. Vier Klassenräume, zwei Gruppenräume, ein Lehrer- und ein Lehrmittelzimmer waren eingerichtet, Werkraum, Lehr-

521 Knippelmeyer: Zur Frage des Problems der Zentral- und Mittelpunktschulen. In: OSB 78. Jg., Nr. 12, Dez. 1957, S. 90 f.

522 Ebd., S. 91.

523 Weltner, K.: Über die Organisation des Unterrichts in der Volksschuloberstufe. In: OSB 78. Jg., Nr. 12, Dez. 1957, S. 91.

524 Ebd., S. 91.

525 Ebd.

526 Otto Seger war Hauptlehrer an der Schule Neuekels. Schulaufsichtskreis Aurich. Festschrift 1958, S. 34.

527 Seger, O.: Stimmen aus der Lehrerschaft zu dem Vortrage von Dozent Dr. Weltner. In: OSB 78. Jg., Nr. 12, Dez. 1957, S. 92.

528 Becker, E.A.: Vertreter und Hauptversammlung des Ostfriesischen Lehrervereins 1958. OSB 79. Jg., Nr. 2, Febr. 1958, S. 9 ff.

529 Ebd., S. 12.

530 Ebd., S. 13.

küche, Dusch- und Toilettenanlagen standen zur Verfügung. Und – die Gemeinde hatte „einen Sonderraum für eine Volksbücherei“⁵³¹ angelegt.

Diese Schule zeigte deutlich, dass die Gemeinde bei der Gestaltung der Schule an den Nutzen für die Gemeinschaft dachte. Wenn sie schon erhebliche Mittel investierte, dann sollte die Schule zusätzlich ein Ort sein, an dem sportliche und kulturelle Angebote sinnvoll umgesetzt werden konnten. War noch während der ersten niedersächsischen Schulbautagung im Dezember 1949⁵³² von der Beseitigung der ersten Not die Rede, und wurden einfache Klassen- und Gruppenräume mit dem notwendigen Raumangebot und Lichteinfall und möglichst zusätzlich aus „sozialen und hygienischen Gründen“⁵³³ eine „Bade- oder Duscheinrichtung“⁵³⁴ empfohlen, so hatte sich die Übertragung der Bauplanung und -ausführung auf die Gemeinden⁵³⁵ letztlich sehr positiv ausgewirkt. Die Schule sollte zum Sozialraum der Gemeinde werden; Eltern, Lehrkräfte und Kinder bildeten eine „sich selber erziehende Lebensgemeinschaft“⁵³⁶, eine „Schulgemeinde“⁵³⁷; die Schule entwickelte sich zum Ort der „Gemeinschaftserziehung“⁵³⁸. Vom „Schullokal“⁵³⁹ des 16. Jahrhunderts hatte sie sich Anfang des 20. Jahrhunderts zur „Schulstube“ und „zum Reich der Kinder“⁵⁴⁰ gewandelt. In der modernen Demokratie musste sie nicht nur der Vielfalt neuer pädagogischer Ansätze⁵⁴¹ Entwicklungsmöglichkeiten bieten, sondern hatte auch der Gemeinschaft⁵⁴² aller ein Zentrum zu sein, Schulraum wurde „Markthalle“.⁵⁴³ Der Gedanke, der Ende des 19. Jahrhunderts mit Blick auf die Versorgung der Bevölkerung⁵⁴⁴ und die

531 Neue Schulen in Ostfriesland. OSB 79. Jg., Nr. 3, März 1958, S. 22.

532 Rönnebeck, G.: Die erste Niedersächsische Schulbautagung. Nds. SVBl. 1950, S. 12 f.

533 Ebd., S. 13.

534 Ebd.

535 Erstmalig für Braunschweig: Erlass „Durchführung von Schulbauten.“ 1.4.1950. V III 518/50. Ebd., S. 84.

536 Behrendt, F.: Die Wandlung der Schulstube. Nds. SVBl. 1950, S. 87.

537 Ebd.

538 Ebd., S. 87.

539 Vgl. Schmidt, R., 1967, S. 19 ff.

540 Bezeichnung wurde auf dem Kunsterzieheritag 1901 geprägt. Behrendt, F.: Die Wandlung der Schulstube. Nds. SVBl. 1950, S. 86.

541 Behrendt nennt den Anspruch Montessoris, den Raum der „Selbstausbildung des Kindes“, und die Entwicklung nach Kerschensteiner zum „Arbeitsplatz“ aller Kinder. Ebd.

542 Sie bot daher „Gemeinschaftsräume“. Schmidt, R., 1967, S. 19 ff.

543 Ebd., S. 346.

544 Die Emsschule in Emden, eingeweiht 1886, wurde mit zwei größeren Zisternen ausgestattet. Nicht alle Bürgerhäuser verfügten über eine eigene Wasserversorgung. Ein großer Raum im Souterrain diente der „Speisung der armen Schulkinder im Winter.“ Vgl.

allgemeine Hygiene⁵⁴⁵ aufgekommen war, entwickelte die Schule zum öffentlichen Raum, zum Raum der Öffentlichkeit. Die hohe Finanzkraft der Schulzweckverbände und die Bezuschussung durch Landesmittel ließ Schulen entstehen, die kulturelle Zentren auf dem Land bildeten. Die Zentralschule Wymeer in der gering besiedelten dörflichen Region nahe der holländischen Grenze war noch sehr knapp ausgelegt, die Planung großer Systeme bedurfte erheblicher Anstrengungen. So stritten die Verhandlungspartner über die Gründung der Zentralschule Marienhafte lange Zeit.⁵⁴⁶ Die Verhandlungen mit den Gemeinden Marienhafte, Tjüche und Osterupgant übernahmen schließlich Regierungspräsident Dr. Heinrichs und ein Vertreter des Kultusministeriums.⁵⁴⁷ Es sollte ein achtklassiger Bau entstehen, für den die Vertreter des OLV einen Aufbauzug wünschten.⁵⁴⁸

Im Februar 1959 konnte die fünfklassige Zentralschule für Ihren und Ihrenerfeld Richtfest feiern.⁵⁴⁹ In den Gemeinden Nenndorf, Westerholt und Willmsfeld, Kreis Wittmund, ging eine weitere Dörfergemeinschaftsschule in Planung.⁵⁵⁰ Doch der Anteil der Zentralschulen an der Neubausubstanz blieb verhältnismäßig gering. Es entstanden allein 1958 sechs neue Schulen⁵⁵¹: in Sandhorst, Kreis Aurich, eine siebenklassige Volksschule; eine weitere Volksschule in Halbmond, Kreis Norden; dreiklassige Schulneubauten in Ostgroßefehn V und in Berumerfehn und ein Erweiterungsgebäude als Ergänzung der alten zweiklassigen Schule in Ostermoordorf.⁵⁵² Sogar eine neue einklassige Schule wurde als Ersatzbau für ein abgängiges Gebäude aus dem Jahr 1847 in Amdorf eingerichtet. Die Gemeinde hatte sich, zum Bedauern des OLV⁵⁵³, den Plänen der Zentralschule verschlossen.

Fürbringer: Die Stadt Emden in Gegenwart und Vergangenheit. Emden: Schwalbe 1892. S. 108.

545 Zur Weimarer Zeit wurde in der Emsschule ein „Schulbad“ eingerichtet. In einem Raum des Souterrains konnten Wannensäler genommen werden. Vgl. Schulchronik der Emsschule. Kopie Archiv Schulmuseum Folmhusen.

546 Aus Schul- und Lehrerleben des Bezirks. OSB 79. Jg., Nr. 7, Juli 1958, S. 58.

547 Ebd.

548 Ebd.

549 OSB, 80. Jg., Nr. 2, Feb. 1959, S. 19.

550 Aus Schul- und Lehrerleben des Bezirks. OSB 79. Jg., Nr. 11, Nov. 1958, S. 94.

551 Neue Schulen in Ostfriesland. OSB 79 Jg. Nr. 11, Nov. 1958, S. 94 f.

552 Ebd., S. 95.

553 Ebd.

Die Heimaufbauschule für Ostfriesland, Region Wittmund, wurde für 1960 in den Haushaltsplan des Landes aufgenommen.⁵⁵⁴ Die Umsetzung aber ließ Jahre auf sich warten.⁵⁵⁵

Im Verlauf der folgenden Jahre etablierte sich die Zentralschule. Nach einer Arbeitstagung in Rinteln 24.-27.5.1965 wurde der Bericht „Die Mittelpunktschule“⁵⁵⁶ aufgelegt. Die Leitung der Tagung hatte Oberregierungsrat Albers, es referierte Ministerialdirigent Dr. Rönnebeck, aus Ostfriesland nahmen Schulrat Basse, Norden, als Vertreter der Regierung in Aurich, Rektor Petersen, Weene, Rektor Cornelius, Jemgum, Hauptlehrer Jander, Esens, teil. Es wurden die Rahmenbedingungen für die Mittelpunktschulen und Mittelpunktsonderschulen definiert:

*„Eine vollgegliederte Mittelpunktschule ist eine Volksschule, die unabhängig von der Organisation der Grundschule die Klassen 5-9 als Jahrgangsklassen führt und Schüler der Jahrgänge 5-9 wenigstens einer anderen Schule aufgenommen hat. Eine Mittelpunktschule in verkürzter Form ist eine Volksschule die unabhängig von der Organisation der Jahrgänge 1-6 die Klassen 7-9 als Jahrgangsklassen führt und Schüler der Jahrgänge 7-9 wenigstens einer anderen Schule aufgenommen hat. Eine Mittelpunktschule im Aufbau ist eine Volksschule, die unabhängig von der Organisation der Jahrgänge 1-7 die Klassen 8 und 9 als Jahrgangsklassen führt und Schüler der Jahrgänge 8 und 9 wenigstens einer anderen Schule aufgenommen hat. Es muß mit Sicherheit zu erwarten sein, daß diese Schule sich mindestens zu einer Mittelpunktschule in verkürzter Form entwickeln wird.“*⁵⁵⁷

Von der Möglichkeit über die Einrichtung einer Mittelpunktschule auch das öffentliche Leben der Gemeinden aufzuwerten, wurde noch selten Gebrauch gemacht. Ein positives Beispiel gab die Mittelpunktschule „Kloster Barthe“⁵⁵⁸ in Hesel. Sie wurde in einer auf die Schuljahrgänge bezogenen Bauweise gestaltet, ein „Housing-System“⁵⁵⁹ vermittelte Zusammenhalt. Die Schule bot Fachräume, eine Gemeindebücherei, einen Garten-Innenhof,

554 Neue Schulen in Ostfriesland. OSB, 80. Jg., Nr. 12, Dez. 1959, S. 115.

555 Vgl. Meyer, M.: Markante Schritte auf dem Wege zur Heimschule Esens. OSB, 87. Jg., 1966, S. 36.

556 Bericht Mittelpunktschulen. StAA Rep. 17/4 1649.

557 Definition Mittelpunktschulen. Nds. KM vom 1.11.1965. StAA Rep 17/4 Nr. 1648.

558 Vgl. Bericht Hothan, H.: Prozesse zur Durchsetzung moderner Schulbauten in den 60er Jahren am Beispiel der Mittelpunktschule „Kloster Barthe“ in Hesel. In: Bierwirth, H.; Hothan, H.; Klattenhoff, K. (Hrsg.), 1995, S. 127.

559 Ebd., S. 131.

Turn- und Schwimmhalle, einen gestalteten Pausenbereich und einen „Marktplatz der Schule“⁵⁶⁰, das Forum. Später kam eine Cafeteria dazu. Der Marktplatz konnte für Veranstaltungen genutzt werden, ein Raum der die Öffentlichkeit der Schule repräsentierte.

Die Debatte um die Einrichtung der Mittelpunktschulen in den Gemeinden nahm durch die Gebiets- und Verwaltungsreform Mitte der sechziger Jahre Aufschwung.⁵⁶¹ Doch immer gab es heftige Auseinandersetzungen und sogar Schulstreiks.⁵⁶² Die Vorteile dieser neuen Schulform erkannten Eltern oft erst, wenn ein Realschulzweig eröffnet wurde und die eigenen Kinder sich über die Grenzen der Dörfer hinaus beruflich orientieren konnten.⁵⁶³

Die Einführung des neunten Schuljahres durch Verordnung vom 8. Juli 1960⁵⁶⁴ zum Schuljahr 1962 ließ noch einmal die Diskussion, die seit Festlegung von neun Pflichtschuljahren nach dem Schulgesetz von 1954⁵⁶⁵ geführt worden war, aufflammen. Der Vertreter des Pädagogischen Ausschusses des OLV, Reinhard Barfs, Logabirum, arbeitete an einem Memorandum des Gesamtverbandes Niedersächsischer Lehrer (GNL) zum neunten Schuljahr mit.⁵⁶⁶ Das neunte Schuljahr wurde nicht mehr in einer Sonderstellung, sondern in einer Einheit mit dem Volksschulwesen gesehen.⁵⁶⁷ In diesem zusätzlichen Jahr sollten die Schülerinnen und Schüler insbesondere ihre soziale Reife fortbilden, das demokratische Mitwirken beispielhaft erfahren⁵⁶⁸, die Berufswelt kennen lernen⁵⁶⁹ und durch politische Erziehung auf die „Welt der Erwachsenen“⁵⁷⁰ vorbereitet werden. Damit wurde auch dem

560 Ebd., S. 133.

561 Vgl.: Hothan, H.: Die Entwicklung der vierklassigen Volksschule Hesel, Kreis Leer, zu Mittelpunktschule mit Hauptschule und Realschulzug „Kloster Barthe“. In: Bierwirth, H.; Hothan, H.; Klattenhoff, K. (Hrsg.), 1995, S. 117.

562 „In einem Fall gab es am Tage der Umschulung von Klassen sogar einen eintägigen Schulstreik einiger Eltern aus der Gemeinde Firrel.“ Ebd., S. 116.

563 Ebd., S. 117.

564 Verordnung über die Einführung des neunten Schuljahres. 9. Juli 1960. Nds. GVBl. S. 140, Nds. SVBl. 1960, S. 181.

565 § 18, 1: „Die Volksschulpflicht dauert neun Jahre.“ Gesetz über das öffentliche Schulwesen in Niedersachsen vom 14.9.1954. Nds. GVBl 1954, S. 89; Nds. SVBl. 1954, S. 215.

566 Bartsch: Memorandum der Pädagogischen Landesstelle des GNL zum 9. Schuljahr. Aus der Arbeit des Pädagogischen Ausschusses im OLV. OSB 81. Jg., Nr. 7/8, Jul./Aug. 1960, S. 64 f.

567 Ebd., S. 65.

568 Ebd.

569 Ebd.

570 Ebd.

Bildungsauftrag der Volksschule, dem Auftrag zur Erziehung der Heranwachsenden zu „Bürgern eines demokratischen und sozialen Rechtsstaates“⁵⁷¹ stärker entsprochen. Die Eltern aber reagierten oft ablehnend auf die Einführung des neunten Schuljahres, in einer Diskussion verlangte ein Handwerksmeister, dass die Landesregierung ihm den Lohnausfall seines Sohnes im ersten Lehrjahr erstatten solle.⁵⁷² Doch die Erfahrungen, die in der dann einsetzenden Arbeit im neunten Schuljahr gemacht wurden, spiegeln wertvollen pädagogischen Gewinn.⁵⁷³

Die Reform setzte sich in Ostfriesland durch.

Es dauerte nahezu 20 Jahre bis das in der Region eingerichtete Schulsystem dem Anspruch der Demokratisierung in Ansätzen gerecht werden konnte, allen Heranwachsenden die Wege zur Mitwirkung in der demokratischen Gesellschaft zu eröffnen und ihnen die freie Entfaltung der Person zu ermöglichen. Der Ostfriesische Lehrerverein, die Konferenzen, Ausschüsse und Arbeitsgemeinschaften hatten einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet.

571 § 3. Gesetz über das öffentliche Schulwesen in Niedersachsen vom 14.9.1954. Nds. GVBl 1954, S. 89; Nds. SVBl. 1954, S. 215.

572 Hothan, H.: Die Entwicklung der vierklassigen Volksschule Hesel, Kreis Leer, zu Mittelpunktschule mit Hauptschule und Realschulzug „Kloster Barthe“. In: Bierwirth, H.; Hothan, H.; Klattenhoff, K. (Hrsg.), 1995, S. 117.

573 Vgl. Hothan, H.: Die ersten Jahre des 9. Schuljahres an der Volksschule Hesel. In: Bierwirth, H.; Hothan, H.; Klattenhoff, K. (Hrsg.), 1995, S. 109 ff.

3 Interessenvertretung in der Demokratie

3.1 Wiederaufleben der Interessenvertretungen der Lehrkräfte nach 1945

3.1.1 Die Freien Konferenzen

Die Tradition der ostfriesischen Lehrerschaft, sich in Lehrerkonferenzen¹ einmal monatlich über die Belange der Schule zu informieren, Fortbildung zu betreiben, die eigene Arbeit zu organisieren und einen Austausch zu pflegen, lebte 1945 schon vor der Wiedereröffnung der Schulen wieder auf.² Da diese erste Organisation der Lehrerschaft nicht den Charakter von Gewerkschaften, Parteien oder Vereinen besaß, sondern der Absicherung des Schulwesens in der Region diene, duldeten die Militärbehörden diese Form des freien Zusammenkommens. Der von der Militärregierung berufene Regierungsschulrat Bibow berichtete davon, dass so genannte „Schulberater“³, die „auf Anordnung der Militärregierung von den einzelnen Schulverbänden auf dem Lande namhaft gemacht“⁴ wurden, in den Sommermonaten 1945 die Arbeit aufnehmen. Es ging um die Vorbereitung der Wiedereröffnung der Schulen, die Aufnahme des Unterrichts, die Personalversorgung, die Sichtung der noch vorhandenen Materialien usw. Nach Eröffnung der Schulen im August 1945 übernahmen die Freien Lehrerkonferenzen die Betreuung und Ausbildung der in Unterrichtsangelegenheiten teils völlig unerfahrenen Schulhelferinnen und -helfer⁵ und Ausbildungsanteile in den Amtlichen Lehrerarbeitsgemeinschaften. Rektor Schrader, Leer, schrieb 1947 über die Ausbildung:

-
- 1 Erste Lehrerkonferenzen wurden in Ostfriesland zu Beginn des 19. Jahrhunderts unter französischer Herrschaft (1807–1810) gebildet. Löning, G.: Zur Vorgeschichte des Ostfriesischen Lehrervereins. In: Festschrift 1963, S. 7.
 - 2 Regierungsschulrat Bibow führte vorbereitende Gespräche mit den Lehrkräften. Vgl. Bibow, A.: Der Beginn des Wiederaufbaus des ostfriesischen Schulwesens nach der Kapitulation im Jahre 1945. In: OSB, 75. Jg., Nr. 6, Juni 1954.
 - 3 Ebd.
 - 4 Ebd.
 - 5 Zur Situation der Schulhelferinnen und -helfer vgl. Bericht Jelden, H.: Wiederbeginn des Unterrichts 1945 am Beispiel der Schule Folmhusen. In: Bierwirth, H.; Hothan, H.; Klattenhoff, K. (Hrsg.), 1995, S. 71.

„Sie besteht in der heutigen Form seit Ende des Jahres 1945 und leistete Notarbeit. Die Anforderungen wurden ganz wesentlich bestimmt von dem stark vertretenen Element der Laienlehrkräfte, die außer einer lobenswerten Einsatzbereitschaft keinerlei Rüstzeug für die Schularbeit mitbrachten und doch vollverantwortliche Schularbeit zu leisten hatten. Es war zwangsläufig, daß auch aus der Fortbildungsarbeit eine Ausbildungsarbeit werden mußte, die sich auf das Allernotwendigste in Theorie und Praxis beschränkte.“⁶

Die ersten Lehrerkonferenzen arbeiteten in einem Geist des Neuanfangs. Es galt, ein selbstständiges Zusammenwirken zu organisieren, Lösungen für aktuelle Tagesprobleme zu finden, die Berufsanfänger einzuweisen und die zugezogenen Flüchtlingslehrkräfte einzubinden.

Schrader schilderte die Situation der Freien Konferenz so:

„Sie ist jung und versucht z. Zt., die Lehrerschaft, die seit 1933 trotz des N.S.L.B. keinen inneren Zusammenhalt mehr hatte, zellenweise und traditionengebunden zu sammeln. Die früher so bewährten freien Lehrerkonferenzen sind wieder gebildet worden; die vielen jungen und zum großen Teil nicht eingessenen Lehrkräfte wie auch die Flüchtlingslehrkräfte sammeln sich langsam um den Teil der Lehrerschaft, der im alten Konferenzleben verwurzelt war.“⁷

Im Vordergrund stand die Sorge um den Schulalltag. Die Lehrerschaft insgesamt hielt sich politisch⁸ zurück, die Erörterung standesrechtlicher und schulpolitischer Fragen aber wurde als selbstverständliche Aufgabe der Konferenzen angesehen.⁹

6 Schrader, R: Wie kann die Arbeit in den Amtlichen Arbeitsgemeinschaften für Lehrerfortbildung durch die Arbeit in den freien Lehrerkonferenzen ergänzt und unterstützt werden. (Grundgedanken aus einem Referat, gehalten am 13. November 1947 in Aurich). In: Amt.SchBl.AUR, 1947, S. 169 ff.

7 Ebd.

8 Im Juni 1947 wurde das Verbot der politischen Betätigung in Nds. für Beamte ausformuliert. Vgl. Gesetz über die Rechtsstellung der Beamten vom 10. Juni 1947, veröffentlicht: Nds. Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 9, vom 3. Juni 1947, § 5, Abs.2; und Amt.SchBl.AUR, 1947, S. 112; der Gebietsbeauftragte der Kontroll-Kommission für Deutschland für das Land Niedersachsen hob 1948 das Verbot auf und ließ politische Betätigung unter besonderen Voraussetzungen zu. Vgl. Erlass: Politische Betätigung für Angehörige des öffentlichen Dienstes. Nds. SVBl. 1949, S. 3.

9 „Es muß bedacht werden, daß die freien Lehrerkonferenzen nicht Fortbildungsaufgaben haben, sondern ebenso sehr das gesellige Moment wie wirtschaftliche, standes- und schulpolitische Fragen zu pflegen haben.“ Amt.SchBl.AUR, 1947, S. 169.

Die Militärregierung räumte im Juli 1946 die Möglichkeit ein, Lehrervereine zu gründen.¹⁰ Doch die auflebende, veränderte Struktur der Interessenvertretung der Lehrkräfte, die deutlich eine gewerkschaftliche Orientierung aufwies, wurde von einzelnen traditionell geprägten Konferenzen abgelehnt.¹¹ Viele Lehrerinnen und Lehrer teilten die Auffassung, dass Beamte sich einer Gewerkschaft, die sie als die ursprüngliche Form der Vereinigung der Arbeiterschaft betrachteten, nicht anschließen sollten.¹² Folglich befürworteten nicht alle Konferenzen den Zusammenschluss zu überregionalen Organisationen. Auch die Bereitschaft zum Engagement über die Grenzen des eigenen Ortes hinaus war nur gering¹³, obwohl die Arbeit der Konferenzen in Ostfriesland mit Blick auf die Organisation des regionalen Schulwesens ausgesprochen effektiv erfolgte. Schrader gab an, dass Ende 1947 bereits „60–70 % der Lehrkräfte in Ostfriesland zur freien Konferenzarbeit zusammengefunden“¹⁴ hatten.¹⁵

Die Militärregierung ließ den Konferenzen in der gesamten Aufbauphase zur Wiedereinrichtung des Schulwesens in Ostfriesland freie Hand¹⁶, Auflagen gab es nicht. Da aber die Lehrerkonferenzen, die keinen Antrag auf Zulassung als Verein gestellt hatten, als traditionelle Freie Lehrerkonferenz weiterhin existieren wollten, baten diese die Militärregierung um Genehmigung zur Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit.¹⁷ 1947 entschloss sich die Militärregierung besondere Regelungen für die Konferenzen zu schaffen, die 1946 keinen Lehrerverein gegründet hatten.¹⁸ Der Regierungspräsident in Aurich führte am 10.1.1947 mit dem Britischen Erziehungsoffizier Schonfield ein

10 Bildung von Lehrervereinen. Reg.Präs. 19. Aug. 1946 / Mil-Reg-Anweisung Nr. 105 der Britischen Kontrollzone / Erziehungs-Kontroll-Anweisung Nr. 69 vom 17. Juli 1946. Amt.SchBl.AUR 1946, S. 8.

11 Thiele, F., 1950, S. 6.

12 Vgl. Mahnke, D.: Wiederaufbau des Ostfriesischen Lehrervereins nach 1945. In: Bierwirth, H.; Hothan, H.; Klattenhoff, K. (Hrsg.), 1995, S. 804.

13 Fryen zitierte aus dem Brief eines Kollegen vom 25. Mai 1947: „Die Lehrerschaft ist zu müde und die ehemals aktiven Elemente zu alt, als daß sie aufs neue das Steuer ergreifen könnten.“ Fryen, A., 1988, S. 116.

14 Schrader, R.: Wie kann die Arbeit in den Amtlichen Arbeitsgemeinschaften für Lehrerfortbildung durch die Arbeit in den freien Lehrerkonferenzen ergänzt und unterstützt werden. In: Amt.SchBl.AUR, 1947, S. 170.

15 Schrader differenzierte an dieser Stelle allerdings nicht zwischen Freien Konferenzen, die einen Lehrerverein gegründet hatten, und unabhängigen Freien Konferenzen.

16 Bibow, A.: Der Beginn des Wiederaufbaus des ostfriesischen Schulwesens nach der Kapitulation im Jahre 1945. In: OSB, 75. Jg., Nr. 6, Juni 1954.

17 Diese Anfrage wurde erwähnt im Erlass: Freie Lehrer-Konferenzen. Amtl.SchBl.AUR 1947, S. 15 f.

18 Erlass: Freie Lehrer-Konferenzen. Amt.SchBl.AUR 1947, S. 15 f.

Gespräch über die Bedingungen.¹⁹ Es wurde festgelegt, dass jede Freie Konferenz einen Arbeitsplan des jeweiligen Halbjahres und nachträglich einen monatlichen Kurzbericht über „das tatsächlich Behandelte“²⁰ vorzulegen hatte. Gleichzeitig mussten die Konferenzen die Namen der Leiter und ihrer engsten Mitarbeiter in der Konferenzleitung mitteilen.²¹ Die Freien Konferenzen wurden realiter den Lehrervereinen der Zeit gleichgestellt.

Der Protokollant der freien Konferenz Stickhausen vermerkte zur Gründungsveranstaltung der Konferenz am 14.6.1947, dass Schulrat Saul während der Schulleitertagung bereits am 14. Januar 1947 erklärt hatte, dass die „freien Konferenzen wieder arbeiten dürften.“²² Die Konferenz Stickhausen empfand sich als eigenständig, zählte aber die Mitglieder zum neu gegründeten LVN.²³ Während der Konferenz im Juni wurden „die Satzungen aus dem Jahre 1930 vorgelesen und mit einigen Änderungen angenommen.“²⁴

Zu dieser Versammlung waren alle Schulen des Bereichs vertreten: „An der großen Zahl der Anwesenden ist zu erkennen, dass der Wille zum Zusammenschluß vorhanden ist und der ist heute nötiger denn je.“²⁵

Allen Lehrkräften war bewusst, dass die Arbeit in den Schulen nur dann verbessert werden konnte, wenn eine aktive Interessenvertretung für die Region eintrat.

„In der Demokratie gilt die Masse, darum brauchen die Lehrer eine starke Organisation.“²⁶

19 Auf dieses Gespräch wurde im Erlass ausdrücklich hingewiesen. Ebd.

20 Ebd.

21 So gab sich die Freie Konferenz Stickhausen Velde „Vereinigung“ eine eigene Satzung, obwohl sie auch Mitglied des Lehrervereines war. Vgl.: Protokollbuch: Konferenz „Vereinigung“, Archiv Schulmuseum Folmhusen.

22 Protokoll vom 14.6.47. Ebd.

23 Protokoll vom 12.7.47. Ebd.

24 Protokoll vom 14.6.47. Ebd.

25 Protokoll vom 12.7.47. Ebd.

26 Ebd.

3.1.2 Die Lehrervereine

Die Militärregierung der Britischen Zone ermöglichte im Juli 1946 die Bildung von Lehrervereinen.²⁷ Eine Genehmigung zur Gründung musste per ausführlich formuliertem Antrag in vierfacher, zweisprachiger Ausfertigung eingeholt werden. Der Antrag hatte die Namen aller Leiter und die Bezeichnungen der Ausschüsse des Vereins aufzuweisen. Abschriften der Statuten mit Angaben zu den Zielen des Vereins mussten beigelegt werden.²⁸ Die Militärregierung wollte verhindern, dass ehemalige NS-Angehörige sich neu organisierten oder in parteiähnlichen Zusammenschlüssen mitwirkten. Deshalb sollte sichergestellt sein, dass alle Vereinsmitglieder für die demokratischen Grundsätze eintraten. Es musste folglich zum Antrag auch eine Erklärung darüber abgegeben werden, dass Mitglieder des Vereines ausschließlich Lehrkräfte waren, die von der Militärregierung bestätigt wurden.²⁹ Außerdem hatte der Verein schriftlich zu erklären, dass er keiner parteipolitischen Organisation angehörte.³⁰

Die meisten Konferenzen der Region, die bereits vor 1933 zum Ostfriesischen Lehrerverein zählten, stellten einen Antrag auf Gründung eines Lehrervereins.³¹ Gleichzeitig wurden überregional auf den Kreis- und Bezirksebenen Neugründungen der Verbände betrieben.

In Hannover trafen sich im Juni 1945 ehemalige Mitglieder der Lehrervereine, die vor 1933 in verschiedenen Bereichen der Verbandsarbeit gestanden hatten, um die Bildung eines neuen Landesverbandes voranzutreiben.³² Zu diesem Kreis gehörten Mitglieder des Provinzial-Lehrervereins, u. a. August Lersch, und die ehemalige Vorsitzende des Hannoverschen Lehrerinnenvereins von 1921–1933, Anna Mosolf.³³ Lersch legte das erste provisorische Schulprogramm vor und beschrieb den Aufgabenbereich des nach demokratischen Grundsätzen zu führenden Verbandes.³⁴ Die Gründung dieses im Landesbereich agierenden Verbandes musste sich an den Vorgaben der

27 Bildung von Lehrervereinen. Reg.Präs. 19. Aug. 1946 / Mil.Reg.Anweisung Nr. 105 der Britischen Kontrollzone / Erziehungs-Kontroll-Anweisung Nr. 69 vom 17. Juli 1946. Amt.SchBl.AUR 1946, S. 8.

28 Ebd.

29 Ebd.

30 Ebd.

31 Innerhalb der ersten fünf Jahre stieg die Zahl auf 32. Vgl. Festschrift 1953, o. Seitenangabe.

32 Ratzke, E., 1981, S. 20.

33 Ebd.

34 Ebd., S. 21.

Militärregierung zur Einrichtung von Berufsverbänden und Gewerkschaften³⁵ orientieren. Der Verband bekam so eine gewerkschaftliche Prägung. Die Gründungsfeier des neuen Lehrerverbandes Niedersachsen (LVN) fand am 10. Juli 1946 im großen Hörsaal der Pädagogischen Hochschule Hannover statt.³⁶ Da im Landesbereich in den Regionen Braunschweig und Oldenburg weitere einflussreiche Einzelverbände existierten, die sich als eigenständig verstanden, vertraten letztlich drei Verbände³⁷ die Lehrerschaft in der Britischen Zone.

In Ostfriesland bildeten die örtlichen Lehrervereine im Zusammenschluss Kreislehrervereine (KLV), die sich in ihren Grenzen an den Schulaufsichtskreisen Aurich, Emden, Norden, Leer, Weener und Wittmund orientierten. Die Satzung des LVN³⁸ kannte keine Bezirksverbände, die KLV wurden folglich unmittelbar Mitglieder des LVN.

In der freien Konferenz Stickhausen wurde zur Sitzung am 14.6.1947 vermerkt, dass „die Vertreter der einzelnen Konferenzen am 21. Juni zur Gründung der höheren Verbände zusammentreten werden.“³⁹ In der folgenden Sitzung erklärte Schrader, der für die Konferenz an der Sitzung in Leer teilgenommen hatte, dass nur Kreisvereine gebildet würden.⁴⁰ Schrader war zum Vorsitzenden des Kreisvereins Leer gewählt worden. Der Protokollant betonte:

*„Für Ostfriesland wäre der Bezirksverein dafür besser geeignet, der würde das ganze Land umfassen.“*⁴¹

Doch der ursprüngliche Ostfriesische Lehrerverein im Regierungsbezirk Aurich, wie er vor 1933 existiert hatte, lebte als Bezirksorganisation vorerst nicht wieder auf. In Aurich trafen sich am 28. Juni 1947⁴² die Vertretungen

35 Industrial-Relations-Directive Nr. 16. vom 12.4.1946.

36 Fryen, A., 1988, S. 115.

37 1. Gesamtverband Braunschweigischer Lehrerinnen und Lehrer (GBL), 2. Verein Oldenburgischer Lehrerinnen und Lehrer (VOLL), 3. Lehrerverband Niedersachsen (LVN).

38 Vgl. Satzung LVN 1952.

39 Protokoll vom 14.6.1947. Protokollbuch: Konferenz „Vereinigung“, Archiv Schulmuseum Folmhusen.

40 Protokoll vom 12.7.1947. Ebd.

41 Ebd.

42 E.A. Becker führt 1946 als Gründungsdatum an. Er schrieb zur Verabschiedung von H. Hirte: „Auf der Versammlung 1946 im Schützenhaus in Aurich dann, die das Wiedererstehen des ‘Bezirkslehrervereins Ostfriesland’ brachte, war Hans Hirte bereit, das ihm angebotene Amt des 1. Vorsitzenden zu übernehmen.“ Becker, E.A.: Hans Hirte zum Abschied. OSB 80. Jg., Nr. 4, April 1959, S. 37.

der Lehrervereine, um Vorgespräche zur Neugründung eines regionalen Lehrervereins für den Bezirk zu führen, es kam aber nicht zu einer Einigung.⁴³

Das Protokoll zur Septembertagung 1948 der Freien Konferenz Stickhausen vermerkt schließlich:

*„Der Bezirksverein Ostfriesland soll wieder eingerichtet werden. Am 11.10.48 finden in Aurich die Vorstandswahlen statt. Je 30 Mitglieder stellen einen Wahlmann.“*⁴⁴

Diese Gründungsversammlung war schließlich erfolgreich, der regionale Lehrerverein gab sich den Namen „Bezirkslehrerverein Ostfriesland“ (BLO).⁴⁵ Den Vorstand bildeten Hans Hirte⁴⁶, Werdum, als Vorsitzender; Hellmut Specht⁴⁷, Sandhorst, als Stellvertreter; Emil Ziegenbruch⁴⁸, Carolinensiel, als Schriftführer und Diedrich Altling⁴⁹, Norden, als Kassierer. Die Satzung des BLO wurde im April 1949 verabschiedet⁵⁰, als Zweck des Vereins wurde knapp ausgewiesen:

*„Der BLO. erstrebt eine möglichst vollkommene Ausgestaltung des Schulwesens und vertritt die gemeinsamen Angelegenheiten des Lehrerstandes.“*⁵¹

Der BLO umfasste der Satzung nach die Einzelvereine, die „sich in Kreisvereinen zusammenschließen können.“⁵² Er nahm eine Ausnahmestellung innerhalb des LVN auf Landesebene ein, betrachtete sich aber als zugehörig

43 Vgl. Mahnke, D.: Wiederaufbau des ostfriesischen Lehrervereins nach 1945. In: Bierwirth, H.; Hothan, H.; Klattenhoff, K. (Hrsg.), 1995, S. 804.

44 Protokoll vom 18.9.1948. Protokollbuch: Konferenz „Vereinigung“, Archiv Schulmuseum Folmhusen.

45 Vgl. Mahnke, D.: Wiederaufbau des ostfriesischen Lehrervereins nach 1945. In: Bierwirth, H.; Hothan, H.; Klattenhoff, K. (Hrsg.), 1995, S. 804.

46 Hirte, Hans, Vorsitzender des BLO, Vorsitz des KLV Wittmund seit 1946, ab 1949 Hauptlehrer in Burhafe. Vgl.: Becker, E.A.: Hans Hirte zum Abschied. OSB 80. Jg., Nr. 4, April 1959, S. 37.

47 Specht, Hellmut, Hauptlehrer, Sandhorst, 1953 erster Wahlleiter Bezirkslehrerrat. Vgl: Bezirkslehrerratswahl. RP Aur.26. Apr. 1951 –Ud Lehrer 55 – Amtl.SchBl.AUR 1951, S. 37.

48 Ziegenbruch, Emil, Rektor, Schriftführer des BLO-Vorstandes, Vorsitz Lehrerkonferenz Neufunnixsiel/Carolinensiel. Vgl. Hinrichs, J.O.: Nachruf Rektor Emil Ziegenbruch-Carolinensiel. In: OSB, 81. Jg., Nr. 6., S. 61.

49 Altling, Dietrich, Rektor, Kassenführer des BLO, Vorsitz LV und Konferenz Norden bis 1953.

50 Satzung BLO 1949.

51 Ebd. § 1.

52 Ebd. § 2.

und damit auch als Teilorganisation des Allgemeinen Deutschen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes (ADLLV).⁵³

Dennoch blieben die einzelnen Lehrervereine kritisch. Die Konferenz Stickhausen erklärte am 25.10.1948 zur „Stellung der Lehrerschaft zur Gewerkschaft“⁵⁴: „Die Gew. kann uns nur wirtschaftlich, nicht aber kulturell vertreten.“⁵⁵

Der Bezirkslehrerverein Ostfriesland (BLO) erreichte bis 1953 einen überraschenden Organisationsgrad:

„Von den in Ostfriesland amtierenden rund 1250 Volks- und Mittelschullehrern sind z.Zt. 1006 Mitglied des BLO, das sind ca. 83,5 %.“⁵⁶

Im Jahr 1954, das sei zum statistischen Vergleich angeführt, waren in der Region Ostfriesland 1.197 Volksschullehrerinnen und -lehrer, 88 Mittelschullehrerinnen und -lehrer, sowie 81 Berufsschullehrerinnen und -lehrer beschäftigt.⁵⁷

1954 nahm der BLO die vor 1933 bereits existierende Bezeichnung *Ostfriesischer Lehrerverein* wieder an. Der Ostfriesische Lehrerverein bildete 1969 den Bezirksverband Aurich der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft.⁵⁸ Und die Orts- und Kreisvereine bildeten eigenständige Verbände.⁵⁹ Der Ostfriesische Lehrerverein existierte unter dem Namen „Bezirksverband Aurich“⁶⁰ bis 1979 weiter, er ging dann in den Bezirksverband Weser-Ems der GEW über.

53 Ebd.

54 Protokoll vom 25.10.1948. Protokollbuch: Konferenz „Vereinigung“, Archiv Schulmuseum Folmhusen.

55 Ebd.

56 Becker, E.A.: Wer bestimmt die Lehrmethode? In: OSB 74. Jg., Nr. 2, Mai 1953.

57 Lt. Auskunft der Regierung an den Vorstand BLO 1954. Vgl. Protokoll Vorstandssitzung des BLO am 20. April 1954 in Aurich. In: Protokollbuch: Vorstand des BLO/OLV, 1950–1955.

58 „§ 1. Der Ostfriesische Lehrerverein ist der Bezirksverband Aurich der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Er umfasst das Gebiet des Regierungsbezirks Aurich.“ Satzung OLV 1969.

59 „§ 3. Der OLV gliedert sich in Ortsverbände, die sich zu Kreisverbänden zusammengeschlossen haben.“ Ebd.

60 „Satzung und Geschäftsordnung des Bezirksverbandes Weser-Ems traten mit der Annahme durch die Vereinigungsversammlung der drei Altbezirke Aurich, Oldenburg und Osnabrück am 9.2.1979 in Kraft.“ Satzung GEW, BV Weser-Ems 1979.

3.2 **Schwerpunkte der Demokratisierung im Bezirkslehrerverein Ostfriesland (BLO)/Ostfriesischer Lehrerverein (OLV)**

3.2.1 *Grundlagen und Konflikte in der Legitimation verbandspolitischer Einflussnahme in der Region – die Satzungsdiskussion*

Vor 1933 war der Bezirkslehrerverein Ostfriesland (BLO) von seinem Verständnis her die übergeordnete, für den Regierungsbezirk Aurich die zusammenfassende Interessenvertretung der einzelnen Lehrervereine bzw. Kreislehrervereine.⁶¹ In der Satzung von 1927 wurden Lehrervereine und Freie Konferenzen gleichgesetzt. Freie Konferenzen konnten die Mitgliedschaft erklären, ohne sich als Lehrerverein zu bezeichnen. Überregional organisierte sich der BLO im gewerkschaftlich orientierten Hannoverschen Provinzial-Lehrerverein.⁶² Zweck des Vereines war die Förderung von Bildung und Bildungseinrichtungen, die Gestaltung des Schulwesens und die Wahrnehmung der Standesvertretung.⁶³ Jedes Mitglied des Lehrervereins war gleichzeitig Mitglied des Bezirkslehrervereins Ostfriesland (BLO).

Der in der Satzung des BLO 1949 ausgewiesene Vereinszweck umfasste zwei Aufgabenbereiche. Der Verein wollte eine „möglichst vollkommene Ausgestaltung des Schulwesens“⁶⁴ erreichen und die Vertretung der „gemeinsamen Angelegenheiten des Lehrerstandes“⁶⁵ betreiben.

Die Gliederung dieser Satzung entsprach der Aufteilung von vor 1933. Auch hier waren örtliche Lehrervereine und Freie Konferenzen gleichgesetzt.⁶⁶ Die Einzelvereine hatten einmal jährlich den Mitgliederbestand und die

61 „2. Gliederung des Vereins. Der B.L.O. umfaßt die im Regierungsbezirk Aurich vorhandenen Einzelvereine (Konferenzen), die sich zu Kreisvereinen zusammenschließen können. Er ist ein Glied des Hannoverschen Provinzial-Lehrervereins, eines Zweigvereins des Preußischen und des Deutschen Lehrervereins, der für die in ihm zusammengeschlossenen Mitglieder zugleich die Berufsgewerkschaft bildet.“ Satzung BLO 1927.

62 Ebd.

63 „1. Zweck des Vereins. Der Bezirkslehrerverein Ostfriesland bezweckt die Förderung der Volksbildung und den Ausbau der in ihrem Dienste stehenden Einrichtungen, insbesondere erstrebt er eine möglich vollkommene Ausgestaltung des Schulwesens und die Hebung des Lehrerstandes.“ Ebd.

64 „1. Zweck des Vereins. Der BLO. Erstrebt eine möglichst vollkommene Ausgestaltung des Schulwesens und vertritt die gemeinsamen Angelegenheiten des Lehrerstandes.“ Satzung BLO 1949.

65 Ebd.

66 „§ 2 Gliederung des Vereins. Der BLO. umfaßt die im Regierungsbezirk Aurich vorhandenen Einzelvereine (Konferenzen), die sich in Kreisvereinen zusammenschließen können. Er ist ein Glied des Lehrerverbandes Niedersachsen (LVN) und des Allgemeinen Deutschen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes (ADLLV).“ Ebd.

Aktivitäten dem Bezirk zu melden.⁶⁷ Ebenfalls jährlich fanden auf Bezirksebene eine Voll- und eine Vertreterversammlung statt.⁶⁸ Zur Vertreterversammlung entsandten alle Einzelvereine ihre Vertreterinnen und Vertreter⁶⁹, dieses Gremium entschied über Ablehnung oder Annahme von Anträgen der Vereine oder des Vorstandes.⁷⁰ Zur Vollversammlung war die gesamte Mitgliedschaft eingeladen. Vorträge zu schulpolitischen, pädagogischen oder standesrechtlichen Fragen begleiteten die Veranstaltungen.⁷¹ Den Vorstand bildeten laut Satzung der Vorsitzende, je ein aus den Schulaufsichtskreisen vorgeschlagenes Mitglied, je eine Vertreterin oder ein Vertreter der Schulgruppen.⁷² Eine Lehrerin als Mitglied im Vorstand trug die Vertretung der Lehrerinnen.⁷³ Die Ausschüsse arbeiteten selbstständig unter der Leitung eines Vorstandsmitgliedes.⁷⁴ Auf diese Weise entwickelte sich ein System, in dem die Vorsitzenden der Kreislehrervereine als Mitglieder des Vorstandes auch die Leitung der Ausschüsse zu den Fachfragen übernehmen konnten.

Eine explizit hervorgehobene zu demokratischem Handeln und Wirken verpflichtende Formulierung enthielt diese Satzung nicht. Eine deutliche Betonung der Demokratisierung enthielt die Satzung des ADLLV 1950. Dort wurde erklärt, man wolle „die deutsche Schule und die deutsche Erziehung mit dem Geiste der Menschlichkeit und der Duldsamkeit, des Rechts und der Freiheit erfüllen, damit das heranwachsende Geschlecht zu demokratischem und sozialem Denken und Handeln geführt werde.“⁷⁵

Es kam Anfang der fünfziger Jahre immer wieder zu einer Diskussion um die Rolle des BLO als Bezirksorganisation innerhalb der Organisation des LVN.

Jeder Interessenverband hat das Bestreben, seine Vorstellungen in den politischen Prozess einzubringen, um Entscheidungen zu seinem Vorteil zu beeinflussen.⁷⁶ Der BLO nahm also Einfluss.

67 § 5, Ebd.

68 § 6, Ebd.

69 Kleine Vereine delegierten je ein Mitglied, größere Vereine durften auf je 15 Mitglieder eine Vertreterin, einen Vertreter entsenden. § 7, ebd.

70 Ebd.

71 Ebd.

72 § 9, Ebd.

73 Ebd.

74 § 10, Ebd.

75 Satzung GEW 1950.

76 „Denn nur über den Zusammenschluss mit anderen zu gemeinsamem Verfolgen gleicher Ziele gewinnt der einzelne eine Chance.“ Besson, J.; Jasper, G., 1991, S. 21.

Doch auch die Kreisorganisationen machten von den durch die Satzung des LVN gegebenen Möglichkeiten der unmittelbaren Mitwirkung Gebrauch. Das führte zu Interessenkonflikten.⁷⁷ Der Vorstand des Bezirkes verfasste Stellungnahmen für den Landesverband, die von Kreislehrervereinen unter Umständen abweichend formuliert wurden.

Ein Beispiel bietet die Diskussion um die Formulierung einer Satzung zur Einrichtung von Bezirkslehrerräten 1950.⁷⁸

Der Kreislehrerverein Leer bildete einen Ausschuss zur Beratung.⁷⁹ Dieser Ausschuss formulierte eine Stellungnahme zu oben erwähnter Satzung und gab einen Bearbeitungsvorschlag unmittelbar an den LVN.⁸⁰ Der Kreislehrerverein erhielt schließlich zur Antwort:

*„Der Ihnen kürzlich zugegangene Entwurf, der als Entwurf des Kultusministers bezeichnet wurde, war das Ergebnis mehrmaliger Aussprachen zwischen Vertretern des Kultusministeriums und Vertretern der Lehrerschaft.“*⁸¹

Damit gab sich der Ausschuss des KLV Leer nicht zufrieden. J. Memming wandte sich an den Bezirksvorstand. M. Meyer, Schulpolitischer Ausschuss des BLO, antwortete am 25.11.1950:

*„Die Verhandlungen über die Einrichtung der Lehrerräte für Land, Bezirk und Kreis laufen schon seit 1948.“*⁸²

Der Vorsitzende des Schulpolitischen Ausschusses beschrieb den Verlauf der Verhandlungen, nannte Widerstände und verwies nachdrücklich darauf, dass

77 Der LVN bezog in die verbandliche Arbeit die Kreislehrervereine ein. Die Bezirkslehrervereine übten keine Mitbestimmung aus. Vgl. VII, Nr. 2. Satzung LVN 1952.

78 Vgl. Bezirkslehrerräte. Einführungserlass Nds. KM, III 726/51. 3.März 1951. In: Nds.SVBl. 1951, S. 50 f.

79 Diesem Ausschuss gehörten an: Memming, Gerjets, Folkerts, Schrader, Basse, Doedens. Vgl. Protokoll der Sitzung des Ausschusses zur Beratung des Entwurfs zur Frage der Einrichtung von Bezirkslehrerräten. Leer, 24.10.1950. In: Kreislehrerverein Leer: 1950–1956, Archiv Schulmuseum Folmhusen.

80 Ebd.

81 Schreiben LVN vom 9.11.1950 an LV Leer, Memming. In: Kreislehrerverein Leer: 1950–1956. Archiv Schulmuseum Folmhusen.

82 Schreiben Schulpol. Ausschuss BLO, M. Meyer, v. 25.11.1950. Kreislehrerverein Leer: 1950–1956. Archiv Schulmuseum Folmhusen.

der „Verband ... alles Menschenmögliche getan“⁸³ habe, um „ein annehmbares Ergebnis zu erzielen.“⁸⁴

M. Meyer betonte: „Ich möchte mit diesen Zeilen nur erreichen, dass das Bemühen des Verbandes anerkannt wird.“⁸⁵ Tatsache aber blieb, dass der Bezirksvorstand über den Schulpolitischen Ausschuss mitwirkte, die Kreislehrervereine aber nicht einbezogen worden waren. Dem KLV Leer war de facto das Recht auf Stellungnahme genommen worden.

Der Bezirksvorstand wurde zum Gespräch nach Leer eingeladen. Der Vorsitzende des BLO nahm an einer Sitzung im November 1950 teil⁸⁶ und Friedrich Doedens⁸⁷, Vorsitzender des LV Leer und Ausschussmitglied, wandte sich anschließend an die Kreisgruppe Leer des DGB.⁸⁸ Die Stellungnahme des Ausschusses des KLV Leer wurde nun allen Lehrervereinen im Bereich des BLO zur Kenntnis gegeben. In seiner Grußadresse zum Jahreswechsel⁸⁹ bedauerte der Vorsitzende des BLO, dass die Stellungnahme sich nicht durchgesetzt hatte.⁹⁰

Die Bezirkseinrichtungen der Vertretungen der Lehrkräfte sollten zwar die Einigkeit der Lehrerschaft stärken.⁹¹ Doch die Regelungen, die die Mitwirkungsrechte in der Satzung des LVN definierten, bezogen sich ausschließlich nur auf Kreisvereine.⁹² Das galt für die Mitgliedschaft im LVN⁹³ ebenso wie für die Vertretungsrechte in der dortigen Vertreterversammlung.⁹⁴

Es war eine Situation entstanden, die – sicherlich auch durch fehlende Information – einem KLV die Möglichkeit der Stellungnahme genommen hatte.

83 Ebd.

84 Ebd.

85 Ebd.

86 Vgl. Schreiben LV Leer an Kreisgruppe Leer des Deutschen Gewerkschaftsbundes vom 30.11.1950. In: Kreislehrerverein Leer: 1950–1956. Archiv Schulmuseum Folmhusen.

87 Friedrich Doedens war Lehrer an der Osterstegschule, Schulaufsichtskreis Leer. Festschrift 1954, S. 31.

88 Schreiben LV Leer an Kreisgruppe Leer des Deutschen Gewerkschaftsbundes vom 30.11.1950. In: Kreislehrerverein Leer: 1950–1956. Archiv Schulmuseum Folmhusen.

89 Schreiben Vors. BLO H. Hirte v. 27.12.1950. In: Kreislehrerverein Leer: 1950–1956. Archiv Schulmuseum Folmhusen.

90 Ebd.

91 „Der LVN besteht aus Kreisvereinen, die sich in Einzelvereine gliedern und zu Bezirksvereinen zusammenschließen können.“ Satzung LVN 1952.

92 Ebd.; vgl. dazu auch Ratzke, E., 1981, S. 22.

93 Ebd. Pkt. III.

94 Ebd. Pkt. VII.

Durch die Mitwirkung des Schulpolitischen Sprechers im Landesverband hatte der Vorstand des BLO die Rechte des Kreislehrervereins missachtet. Die Stellung des BLO in der Landesorganisation beschränkte seine Möglichkeiten:

1. In verbandspolitischen Angelegenheiten besaß der BLO nicht das Mitwirkungsrecht in der übergeordneten Organisation.
2. Die Bündelung von Interessen der Mitgliedschaft der Region Ostfriesland im Rahmen einer Bezirksorganisation war nicht möglich.

Diese Situation wollte der Vorstand des BLO so rasch wie möglich ändern. Auf der Vertreterversammlung 1953 in Osnabrück⁹⁵ versuchte der BLO per Antrag „die Bezirkslehrervereine (BLV), als Zwischenstufe zwischen Kreisvereine und LVN einzuschalten.“⁹⁶

Doch die Argumente setzten sich nicht durch. Obwohl Fryen, Osnabrück, für die Annahme des Antrages sprach, wandten sich die Bezirke Lüneburg, Hannover und Hildesheim gegen den Antrag mit der Begründung, „daß bei der Stärke ihrer KLV ein BLV überflüssig sei.“⁹⁷ Es kam in dieser Versammlung nicht mehr zur Abstimmung über den Antrag, da das Ende der Veranstaltung erreicht war.⁹⁸

Die Mitglieder des Vorstandes des BLO beschlossen am 6. Oktober 1953 folglich sich weiterhin aktiv dafür einzusetzen, „dass die Bez.Vereine vom LVN anerkannt werden.“⁹⁹ Gleichzeitig veröffentlichte der Vorstand im November 1953 einen Satzungsentwurf, der die Verhältnisse innerhalb des Bezirkes restriktiver ordnete und offensichtlich Alleingänge unterbinden sollte. Es wurde betont:

*„Der Ausschluß eines Mitgliedes eines Kreisvereines kann erfolgen, wenn ein Mitglied ... den Bez.- oder Kreisverein in seinen Bestrebungen in der Öffentlichkeit oder die demokratische Staatsform bekämpft.“*¹⁰⁰

95 Ulrichs, F.O.: Bezirkslehrerverein Ostfriesland. Die Anträge des BLO auf der VV in Osnabrück. OSB 74. Jg., Nr. 3. Juni 1953.

96 Ebd.

97 Ebd.

98 Ebd.

99 Vgl. Protokoll Vorstandssitzung vom 6.10.1953. Protokollbuch: Vorstand des BLO/OLV, 1950–1955.

100 Satzung Entwurf BLO 1953.

Der Vorstand des BLO wollte den Zusammenhalt stärken. Dem zufolge formulierten die versammelten Vertreterinnen und Vertreter zu Beginn des Jahres 1954 deutlich den Willen zur Einigkeit und stärkten die Bezirksorganisation.¹⁰¹ Der Bezirkslehrerverein nahm die Bezeichnung „Ostfriesischer Lehrerverein“¹⁰² (OLV) an. Die schließlich überarbeitete Satzung, Februar 1955 veröffentlicht, erklärte unmissverständlich, dass der OLV ein „Zusammenschluß der Kreisvereine des Lehrerverbandes Niedersachsen im Regierungsbezirk Aurich ist.“¹⁰³

Die Mitgliedschaft der Lehrerinnen und Lehrer im OLV war jetzt an die Zugehörigkeit zu einem Ortsverein gebunden. Der Ortsverein erklärte seine Mitgliedschaft zu einem Kreisverein, der wiederum seine Mitgliedschaft im OLV zu erklären hatte. Einzelmitglieder nahm die Bezirksorganisation nicht mehr auf.¹⁰⁴ Auch das noch im Entwurf vorgesehene Ausschlussverfahren klang moderater. Die Vertreterversammlung des OLV konnte über den Ausschluss eines Kreisvereins entscheiden, wenn dieser seinen satzungsgemäßen Verpflichtungen nicht nachkam.¹⁰⁵

Die Formulierung zum Zweck des Vereins wurde kurz gefasst. Sehr sachlich formuliert hieß es dort, der Verein bezwecke „die Förderung von Erziehung und Wissenschaft und den Ausbau der in deren Dienst stehenden Einrichtungen.“¹⁰⁶

Als erste Möglichkeit der Umsetzung des Vereinszwecks nannte die Satzung „die Arbeit in Versammlungen, Ausschüssen und Arbeitsgemeinschaften.“¹⁰⁷

Damit waren innerhalb der Bezirksorganisation die Vertretungsrechte enger und klarer strukturiert, doch nicht alle Kreislehrervereine waren mit der Übertragung der verbandspolitischen Vertretung auf den Bezirk einverstanden. Es gab Kritik am demokratischen Verfahren.

Am 6. März 1954 kritisierte J. Memming, Vorsitzender des KLV Leer, anlässlich der Vorstandssitzung des OLV die Verfahrensweisen während der

101 Vgl. dazu Becker, E.A.: „Ostfriesischer Lehrerverein“ Jahreshauptversammlung am 4. und 5. Januar 1954 in Westrhauderfehn. In: OSB 75. Jg., Nr. 1, Jan. 1954.

102 Kommentar dazu vgl. Becker, E.A., Ebd.

103 Satzung OLV 1955.

104 Ebd., § 3.

105 Ebd.

106 Ebd., § 2.

107 Ebd.

Jahreshauptversammlung.¹⁰⁸ Das Vorgehen in der Diskussion zur Satzungsberatung, zur Erweiterung des Ostfriesischen Schulblattes und zur Beitragserhöhung sei nicht satzungsgemäß erfolgt.¹⁰⁹ Der Bezirksvorstand reagierte einsichtig und erklärte, er wolle „in Zukunft in jedem Falle streng nach den Vorschriften der Satzung“ verfahren.¹¹⁰

Der Kreislehrerverein Leer arbeitete dennoch weiter an Vorschlägen zur Neugestaltung des OLV.¹¹¹ Johann Memming, Leer, fasste 1955 die Kritikpunkte aus den Reihen der Kreisorganisation zusammen:

*„1. der mangelnde Gehalt der Vertreterversammlungen, 2. die unglückliche Lage und die Entwertung der ‚Neben‘-Versammlungen, 3. der geringe Ertrag eines erheblichen finanziellen, arbeitsmäßigen und zeitlichen Einsatzes.“*¹¹²

Der KLV Leer machte den Vorschlag, den OLV zu entlasten und die verbandspolitischen Aufgaben auf die Kreisebene zu verlagern. Der OLV sollte somit nur aus dem Geschäftsführenden Vorstand und dem Gesamtvorstand bestehen. Es sollten Arbeitsausschüsse gebildet werden, die auf sechs beschränkt werden sollten: 1. der Pädagogische Ausschuss, 2. ein Ausschuss für äußere Schulangelegenheiten, 3. ein Ausschuss für Schulpolitik und Standesfragen, 4. ein Jugendschriftenausschuss, 5. ein Ausschuss für Heimatpflege und 6. ein Ausschuss für Verbandseigenes Schrifttum.¹¹³

Der Ablauf der regelmäßigen Hauptversammlungen sollte reglementiert werden.

Der KLV Leer gründete einen fünfköpfigen Ausschuss zur Ausarbeitung von Vorschlägen für die zukünftige Arbeit des OLV.¹¹⁴ Die Umgestaltung des OLV wurde zum Antrag zur nächsten VV erhoben.¹¹⁵

Zusätzlich warb der KLV für die Umstrukturierung des OLV bei den benachbarten Vereinen.

108 Vorstandssitzung des OLV am 6. März 1954. In: OSB 75. Jg., Nr. 4, Apr. 1954.

109 Ebd.

110 Ebd.

111 Memming, J.: Vorschläge zur Organisation des Ostfriesischen Lehrervereins. In OSB 76. Jg., Nr. 5, Mai 1955, S. 37.

112 Ebd.

113 Ebd., S. 38.

114 Vgl. Krüger, J.: Kreislehrerverein Leer. OSB 76. Jg., Nr. 6., Juni 1955, S. 47.

115 Anträge zur Vertreterversammlung in Emden. In: OSB 76. Jg., Nr. 7, Juli 1955, S. 53.

Zur Augusttagung 1955 des Lehrervereins Niederrheiderland referierte J. Memming über die so genannten „Leeraner Vorschläge.“¹¹⁶ Der Lehrerverein Niederrheiderland signalisierte seine Zustimmung.¹¹⁷ Ebenfalls im August 1955 referierte Hauptlehrer W. Kipsch¹¹⁸ die Vorschläge des KLV Leer zur Neustrukturierung in der Konferenz Oberrheiderland. Auch diese Konferenz schien von der Notwendigkeit der Umstrukturierung überzeugt.¹¹⁹

Der Vorstand des OLV sah durch die Leeraner Vorschläge die Einigkeit des Lehrerstandes gefährdet. Die Übertragung der verbandspolitischen Aufgaben auf die Kreisvereine hätte zur Folge gehabt, dass der OLV im Bezirk nur auf die übergreifende Ausschussarbeit festgelegt gewesen wäre. Unbeweglichkeit und Einflusslosigkeit wären die Folge gewesen. Es musste eine Lösung gefunden werden. Während der Sitzung des OLV-Vorstandes am 22. August 1955 in Emden wurde der Antrag des KLV Leer zur Diskussion gestellt. Nun sollte der Antrag von einem Ausschuss auf Bezirksebene so überarbeitet werden, dass er von der VV angenommen werden konnte:

*„Der Vorstand beschließt, daß sich ein Ausschuß, bestehend aus den Vorstandsmitgliedern Meyer, Janoschek, Memming u. Schridde am 29.8.55 in Leer trifft, den Antrag Leer bearbeitet u. den neuen Vorschlag dem Vorstand vorlegt, damit dieser der V.V. einen Antrag unterbreiten kann.“*¹²⁰

Da J. Memming als Vorsitzender des KLV Leer in diesen Ausschuss integriert war, schien eine einvernehmliche Lösung möglich. Doch der KLV Leer ging in der Vorbereitung auf die Hauptversammlung des OLV 1955 noch einen Schritt weiter. Der KLV fand, eine Umstrukturierung des OLV sei nun nicht mehr abweisbar. Offensichtlich rechnete die Kreisvertretung mit der Zustimmung während der Hauptversammlung. Um den Gang der Dinge zu beschleunigen, stellte der LV Leer folglich einen Dringlichkeitsantrag, der den Vorstand der Bezirksorganisation weiter beschränken sollte:

116 Konferenz Niederrheiderland. In: OSB 76. Jg., Nr. 9, Sept. 1955, S. 71.

117 Ebd.

118 Walter Kipsch war Hauptlehrer an der Ledaschule Leer, Schulaufsichtskreis Leer. Festschrift 1954, S. 31.

119 Konferenz Oberrheiderland. In: OSB 76. Jg., Nr. 9, Sept. 1955, S. 71.

120 Vgl. Protokoll Vorstandssitzung des OLV am 22. August 1955 in Emden. In: Protokollbuch: Vorstand des BLO/OLV, 1950–1955.

„Der bisherige Vorstand führt die Geschäfte für ein halbes Jahr weiter. In dieser Zeit wird die beschlossene Umorganisation durchgeführt. Darauf erfolgt Neuwahl nach dem in Emden beschlossenen Verfahren.“¹²¹

Während der Sitzung des BLO-Vorstandes in Emden am 22. August 1955 nahm der Antrag Leer „den größten Teil der Zeit in Anspruch“¹²², es zeichnete sich eine Bereitschaft zum Kompromiss ab:

„In der Aussprache kam zum Ausdruck, daß die Einheit und Stärke des OLV gewahrt werden müsse, daß aber sein Aufgabengebiet klar zu umreißen sei.“¹²³

Zur Vorstandssitzung am 20. September 1955 wurde vom Ausschuss des Bezirkes ein vorläufiges Ergebnis vorgelegt. Der Vorstand akzeptierte den Kompromiss. Die „Empfehlung des Vorstandes zur Umgliederung des O.L.V.“¹²⁴ wurde verabschiedet. Obwohl das Regelwerk sehr genau umschrieb, wie der Vorstand und die Ausschüsse besetzt, die Versammlungen zu organisieren seien, fehlten Aussagen zur Stellung des BLO im LVN.¹²⁵ Gleichzeitig sollte ein wichtiges Organ, die Vertreterversammlung, mit der Hauptversammlung zusammengelegt und als „Gemeinsame Versammlung“¹²⁶ zukünftig geführt werden.

Allen Gliederungen des Vereines gingen diese Empfehlungen vor der folgenden Hauptversammlung zu.¹²⁷

Während der Vertreter- und Hauptversammlung des OLV 1955 in Emden vertrat Walter Kipsch, Leer, den Antrag des KLV Leer. Er wies zu Beginn seiner Ausführungen darauf hin, „daß der OLV erhalten bleiben müsse, da Aufgaben vorhanden sind, um deren Erfüllung willen er notwendig ist.“¹²⁸

Kipsch stellte dennoch unmissverständlich klar, dass eine Umstrukturierung notwendig sei. Insbesondere sei der Wahlmodus zu den Vertreterversamm-

121 Memming: Dringlichkeitsantrag des Lehrervereins Leer. In: OSB 76. Jg., Nr. 9, Sept. 1955, S. 71.

122 Alberts, A.: Vorstandssitzung des OLV in Emden am 22.8.1955. Ebd., S. 66.

123 Ebd.

124 Vollständig in das Protokoll übernommen. Vgl. Protokoll Vorstandssitzung des OLV am 20. September 1955. In: Protokollbuch: Vorstand des BLO/OLV, 1950–1955.

125 Ebd.

126 Ebd.

127 Ebd.

128 Becker, E.A.: Vertreter- und Hauptversammlung des OLV 1955. In: OSB 76. Jg., Nr. 11, Nov. 1955, S. 82.

lungen den gegebenen Bedingungen anzupassen, um der „Vertretermisere“¹²⁹ entgegen zu wirken.

In der Diskussion unterstützte W. Harms¹³⁰ das Verlangen des KLV Leer. Die VV könne fortfallen und das Geld den Arbeitsgruppen zur Verfügung gestellt werden.¹³¹ Jannoschek¹³², nach Abschluss des Wahlganges neuer Vorsitzender des OLV, erklärte, der Vorstand habe die Vorschläge sehr ernst genommen und sei an einer sinnvollen Umstrukturierung interessiert. Ein Weg sei, die Festigung der Arbeit der Ausschüsse und eine Verkleinerung der VV.¹³³

H. Torwegge¹³⁴ verwies auf Beispiele der Bezirksvereine Osnabrück und Stade, er empfahl die Annahme der Empfehlungen des Vorstandes.¹³⁵

H. Dirks¹³⁶ forderte, dass der OLV nicht nur kulturell tätig sein sollte, sondern die Gewerkschaftsarbeit verstärkt wahrnehmen müsse.¹³⁷ E. Blödorn¹³⁸ sprach für eine weitere Einschränkung und verlangte, dass die Arbeitsausschüsse sich nur mit den Belangen Ostfrieslands befassen sollten.¹³⁹

129 „Koll. Kipsch weist auf die Begründung im Antrag Leer und auf die ‚Vertretermisere‘ hin, daß häufig uninteressierte Kollegen aus Verlegenheitsgründen entsandt wurden und manche Konferenz die Auswahl der Vertreter nicht ernst genug nähme.“ Ebd.

130 Wilhelm Harms war 1. Vorsitzender des Bezirkslehrrates (Festschrift 1955, S. 31) und Lehrer an der Lambertischule Aurich, Schulaufsichtskreis Aurich (Festschrift 1955, S. 33).

131 Becker, E.A.: Vertreter- und Hauptversammlung des OLV 1955. In: OSB 76. Jg., Nr. 11, Nov. 1955, S. 82.

132 Georg Jannoschek war Lehrer an der Schule Lübbertsfehn, Schulaufsichtskreis Aurich (Festschrift 1955, S. 33) und bis 1955 zweiter Vorsitzender des OLV (Festschrift 1955, S. 31).

133 Becker, E.A.: Vertreter- und Hauptversammlung des OLV 1955. In: OSB 76. Jg., Nr. 11, Nov. 1955, S. 82.

134 Hermann Torwegge war Mittelschulrektor an der Mittelschule Esens, Schulaufsichtskreis Wittmund. Festschrift 1955, S. 45.

135 Becker, E.A.: Vertreter- und Hauptversammlung des OLV 1955. In: OSB 76. Jg., Nr. 11, Nov. 1955, S. 82.

136 Heinrich Dirks war Rektor der Schule Nesserland. Schulaufsichtskreis Emden. Festschrift 1955, S. 37.

137 Becker, E.A.: Vertreter- und Hauptversammlung des OLV 1955. In: OSB 76. Jg., Nr. 11, Nov. 1955, S. 82.

138 Erich Blödorn war Konrektor der Plytenbergschule Leer, Schulaufsichtskreis Leer. Festschrift 1955, S. 49.

139 Becker, E.A.: Vertreter- und Hauptversammlung des OLV 1955. In: OSB 76. Jg., Nr. 11, Nov. 1955, S. 82.

Auch die Aufgaben der Vertreterversammlungen blieben umstritten. G. Seidel¹⁴⁰, Emden, sah in der VV ein schlagkräftiges Gremium, das erhalten bleiben sollte.¹⁴¹ Merten Meyer erklärte, dass eine VV in jedem Fall notwendig sei, schwerwiegende Probleme müssten umfassend diskutiert werden, um wirksame Lösungen zu finden.¹⁴² W. Harms setzte sich ebenfalls für eine Stärkung der VV ein. Ebenso argumentierte H. Jander.¹⁴³ Er unterstrich, in diesem Gremium könnten die Vertreter der Konferenzen ihren Einfluss geltend machen.¹⁴⁴

Schulrat E.A. Becker, Aurich, verwies auf die Notwendigkeit einer abstimmenden und beschließenden Versammlung. Die VV sei ein wichtiges, demokratisches Gremium.¹⁴⁵ Er forderte eine Stärkung der VV.

Gegenpositionen taten sich auf. Doedens forderte, die Aufgaben der VV auf die Mitglieder der Ausschüsse zu übertragen.¹⁴⁶ Blödorn trat dafür ein, dass jeder Ortsverein das Recht haben sollte, nach einer bestimmten Schlüsselzahl die stimmberechtigten Vertreter für eine VV zu entsenden.¹⁴⁷ Kipsch suchte schließlich einen Kompromiss in einer ergänzenden Formulierung, die Ortsvereine sollten ihre Ausschussmitglieder aktivieren.¹⁴⁸

Die „zum Teil recht erregte Debatte“¹⁴⁹ drohte den Rahmen zu sprengen, sie führte zu zeitlichen Verzögerungen. Doch schließlich zeichnete sich Einigkeit ab. Der Bezirksvorstand sollte nun maximal 14 Personen umfassen. Er sollte bestehen aus dem Vorsitzenden des OLV, dem Rechnungsführer, dem Schriftleiter des OSB, den sechs Kreisvereinsvorsitzenden, dem Vorsitzenden des Bezirkslehrerrates, den drei Vorsitzenden der Ausschüsse und der Vertreterin der Lehrerinnen.¹⁵⁰

140 Günter Seidel war Rektor der Schule Nord-Emden, Schulaufsichtskreis Emden. Festschrift 1955, S. 37.

141 Becker, E.A.: Vertreter- und Hauptversammlung des OLV 1955. In: OSB 76. Jg., Nr. 11, Nov. 1955, S. 82.

142 Ebd.

143 Herbert Jander war Lehrer an der Schule Esens-Stadt, Schulaufsichtskreis Wittmund. Festschrift 1955, S. 45.

144 Becker, E.A.: Vertreter- und Hauptversammlung des OLV 1955. In: OSB 76. Jg., Nr. 11, Nov. 1955, S. 82.

145 Ebd.

146 Ebd.

147 Ebd.

148 „Es wird den Ortsvereinen empfohlen, als Vertreter in die VV in erster Linie Ausschussmitglieder zu entsenden.“ Ebd.

149 Ebd., S. 82.

150 Ebd.

Den Vorschlägen des KLV Leer zur Einrichtung der Ausschüsse folgte die Versammlung. Es kam zur Gründung dreier Arbeitsausschüsse: 1. des pädagogischen Ausschusses, 2. des Ausschusses für Schulpolitik und Standesfragen und 3. des Ausschusses für Heimatpflege.¹⁵¹ In den Kreisvereinen sollten entsprechende Ausschüsse gebildet werden, um die Arbeit effektiver zu gestalten.¹⁵²

Die neue Satzung wurde verabschiedet und im OSB Januar 1956¹⁵³ veröffentlicht.

Die Bezirksorganisation hatte sich damit durchgesetzt. Bestehende Einrichtungen erhielten zum Teil nur andere Bezeichnungen – und auf die Mitgliedschaft der Kreislehrervereine kamen dadurch, dass nun Ausschüsse auch auf ihrer Ebene geführt werden sollten, weitere Aufgaben zu.

Für den Prozess der Demokratisierung des Bildungswesens bedeutete diese Auseinandersetzung, dass die Bezirksorganisation in dem Zeitraum bis 1955 an Durchsetzungskraft verlor. Die gerade erreichte Eigenständigkeit war durch den KLV Leer infrage gestellt worden. Erste Schritte einer Schulreform, die den Schülerinnen und Schülern mehr Chancen einräumen sollten, ging die Lehrervertretung schließlich erst nach dem Ende dieser Debatte.¹⁵⁴ Und selbst in der Antragsformulierung zur Einrichtung einer Zentralschule, dessen Formulierung rund ein Jahr vor den Barsinghauser Gesprächen erfolgte¹⁵⁵, wurden räumliche Einschränkungen gemacht. Es wurde verlangt, dass „der Bau einer Heim-Aufbauschule im Ostraum Ostfrieslands zunächst in den Vordergrund zu stellen ist.“¹⁵⁶

Damit wurde der Bereich Leer ausgenommen. Der OLV zeigte insgesamt einen Zusammenhalt, der die Interessenvertretung mit ihrem Anliegen in der Demokratie zum wirkungsvollen Instrument werden ließ. Je größer die Gemeinschaft, desto wirkungsvoller konnten die angestrebten Ziele verfolgt

151 Ebd. S. 83.

152 „Es hängt von der Arbeit der Ausschüsse, die in allen Kreisen gebildet sind, ab, ob im OLV von unten her frisches Leben erwächst.“ Protokoll v. 9.5.1956. Protokollbuch: KLV Leer 1956–1965.

153 Satzung OLV 1955.

154 Vgl. Kap.: Wege zur Zentralschule.

155 Becker, E.A.: Ostfrieslands Schulnot in gesamtostfriesischer Schau. Der Ostfriesische Lehrerverein im Gespräch mit Vertretern aller führenden Kreise über Schulfragen und die Möglichkeit der Gewinnung weiteren Nachwuchses aus eigenem Lande für die akademisch vorgebildeten Berufe. OSB 78. Jg., Nr. 2, Febr. 1957, S. 11.

156 Ebd.

werden. Besson und Jasper beschrieben die umfassende Form der Organisation als die wirkungsvollste in der industriellen Gesellschaft:

*„Die eigentlichen Akteure in der industriellen Gesellschaft sind nicht mehr die einzelnen Bürger, sondern nur noch die zu sozialen Zwecken organisierten Vereinigungen von vielen Individuen.“*¹⁵⁷

3.2.2 Themenbereiche und Leitthemen in der regionalen Interessenvertretung zur Demokratisierung

Aufgabenverteilung und Zusammensetzung der Interessenvertretung der Lehrerschaft der Region entsprachen anfänglich der Praxis der Weimarer Zeit. Das zentrale Leitungsgremium der Interessenvertretung, der Vorstand des Bezirkslehrervereins Ostfriesland (BLO), konstituierte sich nach seiner Wahl im Oktober 1948.¹⁵⁸

Die Aufgaben des Bezirksvorstandes waren so ausgelegt, dass grundsätzlich alle Diskussionsschwerpunkte, die sich in den Ortslehrervereinen herausbildeten, aufgegriffen und regional in die politische Willensbildung eingebracht werden konnten.¹⁵⁹ Der BLO/OLV praktizierte eine Verbandspolitik, die grundsätzlich alle Ebenen von Politik und Verwaltung ansprach. Vertreterinnen und Vertreter der Öffentlichkeit wurden zu allen wichtigen Veranstaltungen eingeladen, der BLO verfügte über ein mit allen Lehrervereinen der Region abgestimmtes Konzept der „Pädagogisierung der Öffentlichkeit.“¹⁶⁰

Die berufliche Situation der Lehrkräfte, die Situation in den Schulen, die Bedingungen des Lehrens und Lernens sollten durch das Handeln des Vorstandes des BLO als das zusammenfassende Organ des Verbandes auch und gerade über die öffentliche Diskussion beständig verbessert werden können.

Der Vorstand des BLO bündelte über die in den Vertreter- und Vollversammlungen gefassten Beschlüsse die Interessen, um, wie Besson und Jasper¹⁶¹ es in einem „Baulement der freiheitlichen Staatsordnung“¹⁶² um-

157 Besson, W.; Jasper, G: 1991, S. 21.

158 Vgl. Mahnke, D.: Wiederaufbau des ostfriesischen Lehrervereins nach 1945. In: Bierwirth, H.; Hothan, H.; Klattenhoff, K. (Hrsg.), 1995, S. 804.

159 Satzung BLO 1949.

160 Vgl. Memming: Pädagogisierung der Öffentlichkeit. In: OSB 75. Jg., Nr. 12, Dez. 1954.

161 Vgl. Besson, W; Jasper, G., 1991.

162 Untertitel zu Besson, W.; Jasper, G., 1991.

schrieben, „den einzelnen aus seiner Ohnmacht zu befreien und ihn als Glied einer komplizierten Gesellschaft handlungsfähig zu machen.“¹⁶³

Die Aufgaben des Bezirksvorstandes, formuliert in der Satzung vom 6. April 1949¹⁶⁴, umschrieben sehr allgemein, dass der Vorstand „den Verein nach außen“¹⁶⁵ zu vertreten und „Maßnahmen, die für die Erreichung der Vereinsziele erforderlich sind“¹⁶⁶, zu treffen hatte.

Als Leitungsorgan vereinte dieses Gremium alle Vertretungsrechte auf sich.¹⁶⁷ Ausschüsse, die „zur Vorbereitung oder Ausführung wichtiger Vereinsangelegenheiten“¹⁶⁸ gebildet werden konnten, mussten von einem Mitglied des Vorstandes oder einem „Sachverständigen“¹⁶⁹ geleitet werden.

Dem Vorstand oblagen „a) die Belebung des Vereinswesens; b) die Vorbereitung, Berufung und Leitung der Vertreter- und Vollversammlung; c) die Ausführung der in den Versammlungen gefassten Beschlüsse; d) die Erstattung des Jahresberichtes; e) die Rechnungslegung.“¹⁷⁰

Um die Aufgaben eines Verbandes wahrnehmen zu können, um im Sinne der Demokratisierung der „verlängerte, politische Arm der einzelnen, durch den diese ihren Wünschen Nachdruck verleihen“¹⁷¹, zu sein, musste das Leitungsgremium Mittel und Wege finden, alle Gruppierungen innerhalb des Vereines zu erreichen und deren Mitwirkung sicherzustellen.

Gleichzeitig galt es, die mit dem Zweck des Vereins verbundenen Schwerpunkte der Arbeit, die „vollkommene Ausgestaltung des Schulwesens“¹⁷² einerseits und die „gemeinsamen Angelegenheiten des Lehrerstandes“¹⁷³ andererseits umzusetzen. Mit Gründung des Bezirksvereines wurden zu diesen Arbeitsbereichen die „Erziehungswissenschaftliche Fachstelle“, Leitung A. Alberts, und die „Schulpolitische Fachstelle“, Leitung E.A. Becker, eingerichtet.

163 Ebd., S. 53.

164 Satzung BLO 1949.

165 Ebd. § 9.

166 Ebd.

167 Ebd.

168 Ebd. § 10.

169 Ebd.

170 Ebd. § 9.

171 Besson, W.; Jasper, G., 1991, S. 54.

172 § 1. Satzung BLO 1949.

173 Ebd.

Die in den Orts- und Kreisvereinen, bzw. Konferenzen geführten Diskussionen formten die thematischen Vorgaben für die Bezirksebene. Es entwickelte sich eine von Vorträgen und Diskussionsveranstaltungen geprägte Verbandskultur, die die Themen in den jährlichen Vertreter- und Hauptversammlungen der Bezirkseinrichtung spiegelte. Der Lehrerverein vertrat nahezu die gesamte Lehrerschaft der Region. Im Jahr 1955 umfasste der Verein 1.008 Mitglieder¹⁷⁴, im Verlauf von rund zehn Jahren blieb diese Zahl nahezu stabil. Im Jahr 1964 zählte der Verein 1.200 Mitglieder.¹⁷⁵ Die Zahl der Ortslehrervereine veränderte sich im gleichen Zeitraum kaum, 1951 wurden 31 Ortsvereine aufgelistet¹⁷⁶, 1965 zählte der Lehrerverein 33 Ortsvereine.¹⁷⁷

In den Versammlungen der Ortslehrervereine wurden Probleme thematisiert, deren Diskussion von der Mehrheit gewünscht wurde. Entwickelten sich aus den so allgemein beschriebenen Themen Forderungen, die in der Interessenvertretung auf Bezirks-, Landes-, oder Bundesebene umgesetzt werden sollten, so wurden Anträge ausformuliert und Beschlüsse gefasst, die zu einzelnen Themen, Vorhaben und Veränderungen Aussagen machten.

Diese Beschlüsse, von verschiedenen Lehrervereinen der Bezirksorganisation mehrheitlich gefasst, lassen sich folglich zu Leitthemen zusammenfassen. Diese Leitthemen, vertreten von den Gliederungen und der Bezirkseinrichtung, wurden nach außen allen anderen Interessengruppen gegenüber und in der Öffentlichkeit als gemeinsame Aussage zur Gestaltung des Bildungswesens vertreten.

In den Versammlungen wurde frei diskutiert und ausgetauscht. Die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit¹⁷⁸ garantierte auf diese Weise eine, wie oben dargestellt, öffentliche Meinungs- und Mehrheitenbildung.

Insgesamt weisen die in den einzelnen Ortsvereinen, Lehrerarbeitsgemeinschaften und Junglehrerversammlungen geführten Diskussionen und die dort

174 Zahl der zahlenden Mitglieder lt. Kassenbericht Altling 1955. In: Becker, E.A.: Vertreter- und Hauptversammlung des OLV 1955. In: OSB 76. Jg., Nr. 11, Nov. 1955, S. 81.

175 Becker, E.A.: Zu den Fragen um Konkordat und Novellierung des Niedersächsischen Schulgesetzes. In: OSB 86. Jg., Nr. 4, April 1965, S. 52.

176 Vgl. Festschrift 1951.

177 Angaben in: Festschrift 1965, S. 53.

178 GG Art. 8. In: Lehmann, H.G., 2004. Vgl. auch Hesselberger, D., 1990.

gehaltenen Referate eine intensive Auseinandersetzung um die Aspekte der Demokratisierung aus.¹⁷⁹

Entscheidende Gremien in der regionalen Meinungsbildung und in der inhaltlichen Arbeit des Lehrervereins auf ostfriesischer Ebene waren die Vertreter- und Hauptversammlungen. Der Vorstand hatte die Veranstaltungen zu organisieren und die in den Vertreter- und Hauptversammlungen gefassten Beschlüsse umzusetzen.¹⁸⁰

Die Themen der Vertreter- und Hauptversammlung (VV, HV), der Nebenversammlungen (NV) oder der Pädagogischen Wochen (PW) sind ablesbar aus Anträgen, Vorträgen und Diskussionsrunden; sie können den Protokollen des Vorstandes und den Veröffentlichungen im Ostfriesischen Schulblatt entnommen werden. Die genannten Themen lassen sich nach ihren Inhalten zusammenfassen und schließlich einzelnen Bereichen der diskutierten Schwerpunkte – und damit mehrheitlich getragenen Leitthemen – zuordnen.

Um eine Übersicht zu gewinnen, ist es notwendig, die Diskussionsschwerpunkte der einzelnen Versammlungen in knapper Form aufzulisten und zu Themenbereichen zusammenzuführen.

Es werden Leitthemen formuliert und die jeweiligen Anträge zu den Vertreterversammlungen (VV) mit kurzer inhaltlicher Beschreibung unter Angabe des Ursprungs zugefügt. Berücksichtigung finden nur Themen, die nachhaltig diskutiert und von der Mehrheit der Versammlungsmitglieder unterstützt wurden.

In gleicher Weise werden Referate aufgenommen, die zu den Hauptversammlungen (HV) und Pädagogischen Wochen (PW) gehalten wurden. Die Themen spiegeln die inhaltlichen Diskussionsschwerpunkte. Sie dienen der Festigung der Leitthemen.

Die Analyse der Arbeit des Lehrervereins ist auf den Zeitraum bis einschließlich 1967 und damit vor Einsetzen der zweiten Welle der Demokratisierung¹⁸¹ beschränkt:

179 Eine Auszählung der Nennungen von Referaten und Veranstaltungen im Bereich des BLO/OLV, die sich auf die Demokratisierung beziehen, weist 33 behandelte Themenbereiche aus.

180 § 9. Satzung BLO 1949.

181 Vgl. Lehnhart, V. (Hrsg.), 1972; Vilmar, F., 1973; Schelsky, H., 1973.

Leitthema: Schulreform

- VV 1950: „Schulreform. Differenzierter Mittelbau, gehobene Klassen, Versuchsvorhaben.“ Durch Schulpolitische Hauptstelle.¹⁸²
- HV 1951: „Ziele der Schulreform.“ Prof. Petersen.¹⁸³
- HV 1953: „Die gegenwärtige Lage der Landschule.“ Durch W. Heims, Riemsloh.¹⁸⁴
- VV 1956: Sozial- und reformpädagogische Bestrebungen sollen stärker gestützt werden. Durch Vorstand.¹⁸⁵
- VV 1957: Einführung eines „Fünf-Tage-Unterrichts“ prüfen.¹⁸⁶
- VV 1957: MK möge „besondere Abteilung für Landschulen“ einrichten.¹⁸⁷
- HV 1958: „Schulreform, ein Weg zur geistigen Entstädterung.“ Durch: Prof. Dr. Heise, Göttingen.¹⁸⁸
- HV 1958: Resolution zur Ablehnung der Einführung eines neunten Schuljahres: „Jede Mitarbeit und Verantwortung für eine Ausweitung der Schulpflicht ablehnen, solange wegen des herrschenden Lehrermangels die Jahrgänge 1–8 nicht annähernd ausreichend beschult werden können.“ Durch: Schulpolitische Fachstelle.¹⁸⁹

182 Protokoll der Vertreterversammlung am 4. April 1950 in Esens. In: Protokollbuch: Vorstand des BLO/OLV, 1950–1955.

183 Festschrift 1951, S. 23.

184 Protokoll Vorstandssitzung 9.12.1952. Vorbereitung zum 6.1.1953. In: Protokollbuch: Vorstand des BLO/OLV, 1950–1955. Vgl. auch: Bezirkslehrerverein Ostfriesland. Hauptversammlung 4.-6.1.1953. In: OSB 74. Jg., Nr. 1. April 1953.

185 Zusammengefasste Anträge an LVN. Vgl.: Becker, E.A.: Vorstandssitzung des OLV am 10. Jan. 1956. OSB 77. Jg., Nr. 1, Dez. 1956, S. 15.

186 Anträge des Ostfriesischen Lehrervereins für die Vertreterversammlung des Lehrerverbandes Niedersachsen 1957. In: OSB 78. Jg., Nr. 3, März 1957, S. 20 f. (Die Herkunft der Anträge wurde nicht veröffentlicht. Anm. d. Verf.)

187 Ebd.

188 Hauptversammlung des Ostfriesischen Lehrervereins. 5.-7. Januar 1958 in Aurich. OSB 78. Jg., Nr. 12. Dezember 1957, S. 89.

189 Becker, E.A.: Vertreter- und Hauptversammlung des Ostfriesischen Lehrervereins 1958. In: OSB 79. Jg., Nr. 2, Febr. 1958, S. 11.

- HV 1958: Resolution Widerspruch zur Ablehnung der Einrichtung einer „Dependence einer Oberschule.“ Durch: Schulpolitische Fachstelle.¹⁹⁰
- PW 1958: Der Unterricht im letzten Bildungsabschnitt der Volksschule. Referat Prof. Dr. W. Hansen, PH Vechta.¹⁹¹
- PW 1958: Muttersprache und Sachunterricht auf der Volksschuloberstufe. Durch Prof. Dr. Bernhard Schultz, P.H. Lüneburg.¹⁹²
- PW 1958: „Unsere Landschule heute und morgen.“ Durch Schulrat Dießel, Wolfenbüttel.¹⁹³
- VV 1959: Bejahung der Einführung des neunten Schuljahres unter Absicherung der Lehrerversorgung. Durch KV Aurich.¹⁹⁴
- VV 1959: „OLV möge betr. 9. Schuljahr die nötigen Untersuchungen anstellen.“ Bejahung der Einführung. Durch KV Leer.¹⁹⁵
- VV 1959: Entschließung: Versorgung mit Lehrkräften. Durch Vorstand.¹⁹⁶
- HV 1959: Referat „Der Rahmenplan und die Volksschule.“ Durch E. Schwartz, Oldenburg.¹⁹⁷
- HV 1961: Referat „Die Aufgabe der Volksschuloberstufe.“ Durch Min.Rätin a.D. A. Mosolf.¹⁹⁸
- HV 1963: Referat „Schulwirklichkeit und Schulreform.“ Durch Prof. Dr. Freyhoff, Dortmund.¹⁹⁹

190 Becker, E.A.: Vertreter- und Hauptversammlung des Ostfriesischen Lehrervereins 1958. In: OSB 79. Jg., Nr. 2, Febr. 1958, S. 9 f.

191 Pädagogische Woche des Ostfriesischen Lehrervereins. Programm. OSB 79. Jg., Nr. 8, Aug. 1958, S. 71.

192 Ebd.

193 Ebd.

194 Anträge zur VV des OLV 1959. In: OSB 80. Jg., Nr. 9, Sept. 1959, S. 83.

195 Ebd.

196 Schulpolitische Forderung der ostfriesischen Lehrerschaft. Entschließung der Vertreterversammlung des OLV 1959. In: OSB 80. Jg., Nr. 10, Okt. 1959, S. 85.

197 Becker, E.A.: Vertreter- und Hauptversammlung des OLV 1959. In: OSB 80. Jg., Nr. 11, Nov. 1959, S. 101.

198 Programm: Hauptversammlung und Vertreterversammlung des Ostfriesischen Lehrervereins 1961. In: OSB 82. Jg., Nr. 9, Sept. 1961, S. 88.

199 Programm Hundertjahrfeier des OLV. In: OSB 84. Jg., Nr. 9, Sept. 1963, S. 88.

- HV 1963: Aktuelle Fragen der Sonderschule. Durch Fachgruppe Sonderschule.²⁰⁰
- VV 1963: Mittelpunktschulen „auf der Oberstufe mehrzügig“ und mit Fachräumen. Entschließung VV.²⁰¹
- VV 1963: „Einrichtung von ländlichen Sonderschulen“, mindestens drei- bis vierzügige Schulen. Entschließung VV.²⁰²
- HV 1965: Die Chancen der Hauptschule. Durch Prof. Dr. Hausmann, Univ. Münster.²⁰³
- NV 1965: Förderstufe – Hauptschule. Durch FG Volksschule.²⁰⁴
- NV 1965: Probleme der Eingangsstufe. Durch FG Realschule.²⁰⁵
- PW 1966: Förderstufe – Eingangsstufe, Fortschritt oder Stagnation des Bildungswesens? Durch Prof. Dr. Ruprecht.²⁰⁶

Leitthema: Dreigliedriges Schulsystem

- VV 1951: Zuschüsse an die Mittelschulen im „angemessenen Verhältnis zu den Zuschüssen für die Volksschulen einerseits und die höheren Schulen andererseits.“ Durch KV Esens.²⁰⁷
- HV 1955: Der Bildungsauftrag der Volksschule. Durch Mathewes, Hamburg.²⁰⁸
- HV 1955: Entschließung zur Entwicklung und zum Ausbau des Volksschulwesens in Ostfriesland. Hauptversammlung 1955.²⁰⁹

200 Ebd.

201 Entschließung der VV 1963. In OSB 84. Jg., Nr. 10, Okt. 1963, S. 103.

202 Ebd.

203 Programm Haupt- und Vertreterversammlung des OLV 1965. In: OSB 86. Jg., Nr. 7/8, Juni 1965, S. 85.

204 Ebd.

205 Ebd.

206 Programm Haupt- und Vertreterversammlung des OLV 1965. In: OSB 87. Jg., Nr.5, Mai 1966, S. 57.

207 Anträge zur V.V. (27.3.1951 in Leer): Vorstand des BLO/OLV, 1950–1955.

208 Hautversammlung des Ostfr. Lehrervereins. 6.-8. Oktober 1955 in Emden. Programm. OSB 76. Jg., Nr. 9. September 1955, S. 65.

209 Vertreter- und Hauptversammlung in Emden. In: OSB 76. Jg., Nr. 11, Nov. 1955, S. 84.

- NV 1963: Die Volksschule und ihre Anliegen. Durch Fachgruppe Volksschulen.²¹⁰
- NV 1963: Die Förderstufe des Rahmenplanes aus der Sicht der Mittelschule. Durch Fachgruppe Mittelschule.²¹¹
- VV 1965: Ländliche Sonderschulen einrichten. Durch OV Krummhörn.²¹²

Leitthema: Entwicklung der Pädagogik

- VV 1950: „Bericht über pädagogisches Schrifttum der letzten Jahre.“ Durch Pädagogische Hauptstelle.²¹³
- HV 1950: „Pädagogik heute.“ Durch A., Hannover.²¹⁴
- HV 1951: „Beiträge zur Geschichte der ostfriesischen Schule und ihrer Lehrerschaft.“ Durch Dr. Wiemann, Leer.²¹⁵
- VV 1951: Gruppen- und Vorhabenmethodik verbessern und Erfahrungsberichte veranlassen. Durch LV Emden.²¹⁶
- VV 1951: Das Nieders. Lesebuch verbessern; es „möchte doch ein Mangel daran behoben werden, den die politischen Verhältnisse während seiner Entstehungszeit veranlasst haben.“ Durch LV Emden.²¹⁷
- HV 1952: Zur Lage der Unterrichtslehre in der Pädagogik. Durch Prof. Cramer, Wilhelmshaven.²¹⁸
- NV 1953: „Gruppenunterricht und Vorhaben.“ Durch Alberts, Nortmoor.²¹⁹

210 Programm Hundertjahrfeier des OLV. In OSB 84. Jg., Nr. 9, Sept. 1963, S. 88.

211 Ebd.

212 Anträge zur Vertreterversammlung des OLV. In: OSB 86. Jg., Nr. 9, Sept. 1965, S. 100.

213 Protokoll der Vertreterversammlung am 4. April 1950 in Esens. In: Protokollbuch: Vorstand des BLO/OLV, 1950–1955.

214 Protokoll der Vollversammlung des BLO am 5. April 1950 in Esens. Ebd.

215 Festschrift 1951.

216 Anträge zur V.V. (27.3.1951 in Leer): Vorstand des BLO/OLV, 1950–1955.

217 Ebd.

218 Protokoll Vorstandssitzung 31.3.1952: Ebd.

219 Protokoll Vorstandssitzung 9.12.1952. Vorbereitung zum 6.1.1953. Ebd.

- HV 1953: „Die mitbürgerliche Erziehung.“ Durch Reg.Präs. Hamann, Aurich.²²⁰
- NV 1955: Wann und wo ist Gruppenunterricht möglich? Durch Alberts, Nortmoor.²²¹
- NV 1955: Landschule und Hilfsschulprogramm in Ostfriesland. Durch Verspermann, Emden.²²²
- PW 1956: Die ganzheitliche Bildung als Grundlage lebensnaher Schularbeit. Durch Rektor W. Krick, Frankfurt am Main.²²³
- PW 1956: Was verlangt die Gegenwart vom Erzieher? Professor Dr. H. Nieuwenhuis, Rijksuniversiteit Groningen.²²⁴
- PW 1956: Der freie Christ in der Gesellschaft. Professor Dr. J. Weerda, Universität Erlangen.²²⁵
- PW 1958: „Kunst im Dienste der Macht. Methoden der Bewußtseinsumbildung unter dem sowjet-marxistischen Regime.“ Durch Jans, Leiter des Außendienstes der „Freunde der Stätte der Begegnung“, Vlotho.²²⁶
- NV 1959: „Exemplarisches Lernen.“ Durch A. Alberts.²²⁷
- PW 1963: Erziehung zur Bildung. Durch Prof. Dr. Gamm, Oldenburg.²²⁸
- PW 1963: Die Entwicklungsländer im Erdkundeunterricht der Volks- und Mittelschule. Durch Prof. Dr. Grotelüsch.²²⁹

220 Ebd., vgl. auch Bezirkslehrerverein Ostfriesland. Hauptversammlung 4.-6.1.1953. In: OSB 74. Jg., Nr. 1. April 1953.

221 Hauptversammlung des Ostfr. Lehrervereins. 6.-8. Oktober 1955 in Emden. Programm. OSB 76. Jg., Nr. 9. September 1955, S. 65.

222 Ebd.

223 Pädagogische Woche des Ostfriesischen Lehrerverein. Programm. In: OSB 77. Jg., Nr. 9, Sept. 1956.

224 Ebd.

225 Ebd.

226 Pädagogische Woche des Ostfriesischen Lehrervereins. Programm. OSB 79. Jg., Nr. 8, Aug. 1958, S. 71.

227 Die Versammlungen der Arbeitsgruppen In: OSB 80. Jg., Nr. 8, Aug. 1959, S. 73.

228 Hochschultage (Pädagogische Woche) des OLV. In: OSB 84. Jg., Nr. 3, März. 1963, S. 78. (Klammer im Original)

229 Ebd.

- PW 1963: Überlegungen zu einer Gesamtkonzeption des Geschichtsunterrichts in der Volks- und Mittelschule. Durch Prof. Dr. habil. Degener.²³⁰
- PW 1964: Die Bauernfrage bei Marx und Lenin. Durch Prof. Dr. Weymar, PH Osnabrück.²³¹
- PW 1964: Die Bedeutung der Soziologen für die Schule. Durch Prof. Dr. Magold, PH Osnabrück.²³²
- PW 1964: Programmiertes Lernen in der Schule. Durch Prof. Dr. Weltner, PH Osnabrück.²³³
- NV 1965: Richtlinien für die Sonderschule. Durch FG Sonderschule.²³⁴
- PW 1966: Die Zukunft als pädagogische Aufgabe der Gegenwart. Durch Prof. Dr. Wittig.²³⁵
- PW 1966: Grundfragen des Musikunterrichts in der Förderstufe. Durch Prof. Dr. Otto.²³⁶
- PW 1966: Grundlagen des Mathematikunterrichts in der Förderstufe. Durch Prof. Dr. Bauersfeld.²³⁷

Leitthema: Unabhängigkeit der Schule

- HV 1950: Schule und Kirche. Durch Prof. Heckmann, Hannover.²³⁸
- VV 1951: „Der BLO möge sich im Interesse der deutschen Kinder und der deutschen Schule für die Einheit und den staatlichen Charakter der deutschen Schule einsetzen.“ Durch LV Esens.²³⁹

230 Ebd.

231 Hochschultage des OLV 1964. In: OSB 84. Jg., Nr. 5, Mai 1964, S. 58.

232 Ebd.

233 Ebd.

234 Programm Haupt- und Vertreterversammlung des OLV 1965. In: OSB 86. Jg., Nr. 7/8, Juni 1965, S. 85.

235 Programm Haupt- und Vertreterversammlung des OLV 1965. In: OSB 87. Jg., Nr. 5, Mai 1966, S. 57.

236 Ebd.

237 Ebd.

238 Protokoll der Vollversammlung des BLO am 5. April 1950 in Esens. In: Protokollbuch: Vorstand des BLO/OLV, 1950–1955.

239 Anträge zur V.V. (27.3.1951 in Leer): Ebd.

VV 1954: „Die Festlegung der ‚allgemeinern deutschen Volksschule‘ als Regelform der Volksschule.“ Durch Schulpol. Fachstelle.²⁴⁰

Leitthema: Rechtsverhältnis in der Schule

VV 1951: Ergänzung um eine Zeugnisnote für „nicht genügende Leistungen.“ Durch KV Emden.²⁴¹

VV 1951: Bessere Regelung des Schulversäumnisverfahrens. Durch KV Emden.²⁴²

VV 1951: Neuregelung des Züchtigungserlasses vom 14.10.46. Durch LV Emden.²⁴³

VV 1953: Strafarbeitserlass sofort zurücknehmen. Durch KV Leer.²⁴⁴

VV 1954: Zeugnisse verändern, sie lassen eine „gerechte Beurteilung der Schüler nicht zu.“ Durch LV Emden-Stadt.²⁴⁵

VV 1955: Forderung zu den Folgen des Züchtigungsverbotes/Karlsruher Urteil. Durch LV Timmel.²⁴⁶

VV 1955: Rechtssicherheit. Nicht hinnehmbarer „Zustand, dass ein Lehrer vor strafrechtlicher Verfolgung nicht geschützt ist, wenn er ... die körperliche Züchtigung anwendet.“ Karlsruher Urteil. Durch LV Südbrookmerland.²⁴⁷

VV 1957: Erlass „Kopfschulnoten in den Entlassungszeugnissen“ aufheben.²⁴⁸

240 Ostfriesischer Lehrerverein. Jahreshauptversammlung am 4. und 5. Januar 1954 in Westrhaudefehn. Entschlüsse. OSB 75. Jg., Nr. 1. Januar 1954.

241 Anträge zur V.V. (27.3.1951 in Leer): Vorstand des BLO/OLV, 1950–1955.

242 Ebd.

243 Ebd.

244 Originalantrag liegt nicht vor. Antrag wurde auf der VV des LVN vorgestellt und dort angenommen. Vgl. Ulrichs, F.O.: Bezirkslehrerverein Ostfriesland. Die Anträge des BLO auf der VV in Osnabrück. OSB 74. Jg., Nr. 3, Juni 1953.

245 Anträge zur Vertreterversammlung des BLO am 4.1.1954 in Westrhaudefehn. In: OSB 74. Jg., Nr. 8, November 1953.

246 Anträge zur Vertreterversammlung in Emden. In: OSB 76. Jg., Nr. 7, Juli 1955, S. 54.

247 Ebd.

248 Anträge des Ostfriesischen Lehrervereins für die Vertreterversammlung des Lehrerverbandes Niedersachsen 1957. In: OSB 78. Jg., Nr. 3, März 1956, S. 21. (Die Herkunft der Anträge wurde nicht veröffentlicht. Anm. d. Verf.)

VV 1965: Wegfall der Zeugniszensur im „Lehrfach Evangelische Unterweisung.“ Durch OV Emden.²⁴⁹

Leitthema: Mitbestimmungs- und Mitspracherechte in der Gesetzesdiskussion

VV 1950: „Beamtengesetz: Beamtenrechte, Mitbestimmungsrecht, Versorgungsbezüge für verdrängte Beamte aus dem Osten.“ Durch Schulpolitische Hauptstelle.²⁵⁰

VV 1954: Schulpolitische Grundsatzforderungen zum Schulverwaltungsgesetz berücksichtigen. Durch Schulpol. Fachstelle.²⁵¹

VV 1954: Mitbestimmungsrecht der Lehrerschaft in den Entwurf zum Schulverwaltungsgesetz aufnehmen. Durch LV Esens.²⁵²

VV 1955: Schulverwaltungsgesetz. Nicht hinnehmbar, da „Wahl der Lehrer von der Entscheidung der Gemeinden abhängig“ ist. Durch LV Südbrookmerland.²⁵³

VV 1956: Stimmberechtigte Mitglieder in den Schulausschüsse im Schulverwaltungsgesetz verankern. Durch Vorstand.²⁵⁴

VV 1956: Änderung Schulgesetz. Besetzung der Schulstellen soll nach dem „früheren Schulunterhaltungsgesetz“ geschehen. Durch Vorstand.²⁵⁵

VV 1957: Schulgesetz ändern. Es muss der „Vorsitz in den kommunalen Schulausschüssen von einem Schulleiter bzw. Lehrer geführt“ werden.²⁵⁶

249 Anträge zur Vertreterversammlung des OLV. In: OSB 86. Jg., Nr. 9, Sept. 1965, S. 100.

250 Protokoll der Vertreterversammlung am 4. April 1950 in Esens. In: Protokollbuch: Vorstand des BLO/OLV, 1950–1955.

251 Ostfriesischer Lehrerverein. Jahreshauptversammlung am 4. und 5. Januar 1954 in Westrhaudefehn. Entschlüsse. OSB 75. Jg., Nr. 1, Januar 1954.

252 Anträge zur Vertreterversammlung des BLO am 4.1.1954 in Westrhaudefehn. In: OSB 74. Jg., Nr. 8, November 1953.

253 Anträge zur Vertreterversammlung in Emden. In: OSB 76. Jg., Nr. 7, Juli 1955, S. 54.

254 Zusammengefasste Anträge an LVN. Vgl.: Becker, E.A.: Vorstandssitzung des OLV am 10. Jan. 1956. OSB 77. Jg., Nr. 1, Dez. 1956, S. 15.

255 Ebd.

256 Anträge des Ostfriesischen Lehrervereins für die Vertreterversammlung des Lehrerverbandes Niedersachsen 1957. In: OSB 78. Jg., Nr. 3, März 1957, S. 20 f. (Die Herkunft der Anträge wurde nicht veröffentlicht. Anm. d. Verf.)

- VV 1961: „Nur eine vollausgebildete Lehrkraft ist befähigt, an einer Volksschule zu unterrichten. Dort, wo trotzdem Aushilfslehrerinnen ... nur unter verantwortlicher Leitung einer ordentlichen Lehrkraft.“ Durch Päd. Ausschuss.²⁵⁷
- VV 1961: Änderung des Schulgesetzes. Bestimmungen für „Kannkinder“ ändern, da das neunte Schuljahr Eltern zu frühzeitiger Anmeldung bringt. Durch LV Hesel.²⁵⁸

Leitthema: Verbesserung der Lebenssituation

- VV 1951: Behebung der Wohnungsnot und der finanziellen Not. Durch KV Krummhörn, LV Jemgum, KV Emden-Krummhörn.²⁵⁹
- VV 1951: Verbesserung Ruhestandsgehälter. Durch KV Oberrheiderland.²⁶⁰
- VV 1951: Gleiche Ortsklassen in Stadt und Land. Durch LV Esens.²⁶¹
- VV 1951: Aufhebung der Kürzung des Besoldungsdienstalters als Folge der Entnazifizierung. Durch KV Leer.²⁶²
- VV 1953: Die Aufsichtsbehörden mögen die Gemeinden auffordern, die Lehrerwohnungen besser instandzuhalten. Durch KV Leer.²⁶³
- VV 1953: „Die Schulaufsichtsbehörde [möge; d.V.] nicht nur die Arbeitsleistung der Lehrer in der Schule feststellen, sondern sich auch der häuslichen Arbeitsmöglichkeiten der Lehrer (ruhige und ausreichende Wohnung) annehmen.“ Durch KV Aurich.²⁶⁴
- VV 1954: „Einführung der Besoldung ‘L.’“ Durch Schulpol. Fachstelle.²⁶⁵

257 Vorstandssitzung des OLV am 13. Jan. 1961. Anträge zur VV des GNL in Wilhelmshaven. In: OSB 81. Jg., Nr. 2, Jan. 1961, S. 15.

258 Anträge für die VV Leer. In: OSB 82. Jg., Nr. 9, Sept. 1961, S. 88.

259 Anträge zur V.V. (27.3.1951 in Leer): Vorstand des BLO/OLV, 1950–1955.

260 Ebd.

261 Ebd.

262 Ebd.

263 Originalantrag liegt nicht vor. Antrag wurde auf der VV des LVN vorgestellt und dort angenommen. Vgl. Ulrichs, F.O.: Bezirkslehrerverein Ostfriesland. Die Anträge des BLO auf der VV in Osnabrück. OSB 74. Jg., Nr. 3, Juni 1953.

264 Ebd.

265 Ostfriesischer Lehrerverein. Jahreshauptversammlung am 4. und 5. Januar 1954 in Westrauderfehn. Entschlüsse. OSB 75. Jg., Nr. 1, Januar 1954.

- VV 1954: Besoldung an private Wirtschaft angleichen. Durch LV Timmel.²⁶⁶
- VV 1954: Besoldungsrecht Dienstaltersstufen angleichen. Durch KV Emden.²⁶⁷
- VV 1954: Leiter der Volksschulen gleichstellen. Durch LV Timmel.²⁶⁸
- VV 1954: Härteausgleicherlass für die „nicht berücksichtigten Kollegen.“ Durch Junglehrervertretung.²⁶⁹
- VV 1955: „Beseitigung des ... durch die letzten Besoldungsänderungsgesetze zugefügten Unrechts.“ Durch Vorstand.²⁷⁰
- VV 1955: Verbesserung der Besoldungsdienstalters für „Vergessene Lehrergeneration.“ Durch LV Sandhorst.²⁷¹
- VV 1955: „Überprüfung der Bestimmungen für Reisekosten und Tagegelder.“ Durch Esens.²⁷²
- VV 1955: Aufhebung bestehender „Besoldungsspannen“. Durch LV Timmel.²⁷³
- VV 1955: Nachzahlungen auf Abrechnungen „spezifizieren“. Durch LV Dollart.²⁷⁴
- VV 1955: Durchsetzen, dass „Lohnsteuerjahresausgleich ohne Antrag durchgeführt“ wird. Durch LV Dollart.²⁷⁵
- HV 1955: Entschließung zur Besoldungsregelung des Jahres 1954. Hauptversammlung 1955.²⁷⁶

266 Anträge zur Vertreterversammlung des BLO am 4.1.1954 in Westrhauderfehn. In: OSB 74. Jg., Nr. 8. November 1953.

267 Ebd.

268 Ebd.

269 Ebd.

270 Anträge zur Vertreterversammlung in Emden. In: OSB 76. Jg., Nr. 7, Juli 1955, S. 53.

271 Ebd.

272 Ebd.

273 Ebd., S. 54.

274 Ebd.

275 Ebd.

276 Vertreter- und Hauptversammlung in Emden. In: OSB 76. Jg., Nr. 11, Nov. 1955, S. 84.

- VV 1956: Besoldungsgesetz, Gleichberechtigung der Ruhestandsbeamten. Durch Vorstand.²⁷⁷
- VV 1956: Ortsklasseneinteilung aufheben. Durch Vorstand.²⁷⁸
- VV 1956: Monatsmieten nicht an der „Rentabilität der Wohnungen“ orientieren. Durch Vorstand.²⁷⁹
- VV 1957: Grundgehalt anpassen an „Lebenshaltungs- und Lohnhöhenindex.“²⁸⁰
- VV 1957: Vergütung für „nebenamtlichen Unterricht“ erhöhen.²⁸¹
- VV 1957: Stundennachlass für ältere Lehrkräfte „in Soll-Bestimmung“ umwandeln.²⁸²
- VV 1957: Anpassung der Alterszulage „nach dem Lebensalter und nicht mehr nach dem BDA.“²⁸³
- VV 1957: Kilometergeld bei „Vertretung an benachbarten Schulen auf dem Lande.“²⁸⁴
- VV 1957: Anrechnung der Zeit „als Erster oder Alleiniger Lehrer“ auf das Ruhegehalt.²⁸⁵
- VV 1958: Beihilfen für Lehrkräfte, die in den Ruhestand gehen und die Dienstwohnung räumen müssen. Durch KV Dollart.²⁸⁶
- VV 1958: „Anträge, die sich auf die Besoldung beziehen, wurden in die Besoldungsforderungen des Landesverbandes aufgenommen.“ Durch Vorstand.²⁸⁷

277 Zusammengefasste Anträge an LVN. Vgl.: Becker, E.A.: Vorstandssitzung des OLV am 10. Jan. 1956. OSB 77. Jg., Nr. 1, Dez. 1956, S. 15.

278 Ebd.

279 Ebd.

280 Anträge des Ostfriesischen Lehrervereins für die Vertreterversammlung des Lehrverbandes Niedersachsen 1957. In: OSB 78. Jg., Nr. 3, März 1957, S. 20 f. (Die Herkunft der Anträge wurde nicht veröffentlicht. Anm. d. Verf.)

281 Ebd.

282 Ebd.

283 Ebd.

284 Ebd.

285 Ebd.

286 Anträge für die VV am 6.1.1958. OSB 78. Jg., Nr. 12, Dezember 1957, S. 97.

287 Ebd.

- VV 1959: „Beihilfegrundsätze ... zugunsten der jetzt benachteiligten Personengruppen ändern.“ Durch KV Emden-Stadt.²⁸⁸
- VV 1959: Einführung Dörfergemeinschaftsschulen; es sind „Gruppen von Kollegen stark benachteiligt worden.“ Durch LV Esens.²⁸⁹
- VV 1961: Abschaffung der Ortsklasse B. Durch: KLV Emden-Krummhörn.²⁹⁰
- VV 1961: Bereitstellung von „Arbeitgeberdarlehen“ für den Hausbau, zur „Seßhaftmachung von Lehrer auf dem Lande“ Durch: KLV Emden-Krummhörn.²⁹¹
- VV 1961: Gerechtere Regelung der Bezüge der Pensionäre. Durch: KLV Emden-Krummhörn.²⁹²
- VV 1961: Änderung der „Dienstwohnungsverordnung“, preisgünstigere Wohnungen gefordert. Durch: KLV Emden-Krummhörn.²⁹³
- VV 1961: Auszahlung des vollen Ortszuschlages für Pensionäre. Durch: KLV Emden-Krummhörn²⁹⁴ und LV Stickhausen-Velde.²⁹⁵
- VV 1961: Gleichstellung der Altpensionäre. Durch Vorstand.²⁹⁶
- VV 1963: „Auf dem Land genügend Wohnraum.“ Durch FG Volksschule.²⁹⁷
- VV 1963: Erhöhung und Angleichen der Bezüge in nächster Besoldungs-novelle. Durch FG Volksschule.²⁹⁸
- VV 1963: Der Gewerkschaftliche Ausschuss soll Bedarf und Versorgung mit „Wohnungen für Lehrer an Land- und Stadtschulen“ feststellen. Durch OV Emden.²⁹⁹

288 In: OSB 80. Jg., Nr. 8, Aug. 1959, S. 72.

289 Ebd.

290 Vorstandssitzung des OLV am 13. Jan. 1961. Anträge zur VV des GNL in Wilhelmshaven. In: OSB 81. Jg., Nr. 2, Jan. 1961, S. 16.

291 Ebd.

292 Ebd.

293 Ebd.

294 Ebd.

295 Anträge für die VV Leer. In: OSB 82. Jg., Nr. 9, Sept. 1961, S. 89.

296 Ebd.

297 Anträge zur VV des OLV am 5. Oktober 1963 in Norden. In OSB 84. Jg., Nr. 9, Sept. 1963, S. 92.

298 Ebd.

299 Ebd.

- VV 1965: Staatliches Baudrittel für Lehrerdienstwohnungen wieder genehmigen. Durch OV Timmel.³⁰⁰
- VV 1965: Stundenermäßigungen für stellv. Schulleitungen. Durch OV Leer.³⁰¹
- VV 1965: Abschaffung der Ortsklassen. Durch OV Leer.³⁰²
- VV 1965: Gleichstellung angestellter Lehrkräfte und Aushilfslehrkräften. Durch OV Krummhörn.³⁰³
- VV 1965: Einheitliche Vergütung bei Teilnahme an dstl. Arbeitstagen. Durch OV Krummhörn.³⁰⁴
- VV 1965: Stundenermäßigung für Lehrer z.A. Durch OV Emden.³⁰⁵
- VV 1965: Angleichung der Besoldung an hessische Besoldungsordnung. Durch FG Realschule.³⁰⁶
- VV 1965: Arbeitszeitverkürzung. Durch OV Hesel.³⁰⁷
- VV 1965: Novellierung der Besoldungsordnung, Ruhegehaltsfähige Zulage. Durch OV Hesel.³⁰⁸
- VV 1967: Stundenermäßigung für Konrektoren. Durch OV Timmel.³⁰⁹
- VV 1967: Stundenermäßigung für Vertreter bei Erkrankung des Schulleiters. Durch FG Realschulen.³¹⁰

Leitthema: Einbindung der Flüchtlingslehrer

- VV 1951: Gewähren eines Darlehens zur Beschaffung von Hausrat usw. Durch LV Jemgum.³¹¹

300 Anträge zur Vertreterversammlung des OLV. In: OSB 86. Jg., Nr. 9, Sept. 1965, S. 100.

301 Ebd.

302 Ebd.

303 Ebd.

304 Ebd.

305 Ebd.

306 Ebd.

307 Ebd.

308 Ebd.

309 Anträge zur VV des GNL. In: OSB 88. Jg., Nr. 2, Februar 1967, S. 22.

310 Anträge zur VV des OLV 1967. In: OSB 88. Jg., Nr. 9, Februar 1967, S. 82.

311 Anträge zur V.V. (27.3.1951 in Leer): Vorstand des BLO/OLV, 1950–1955.

- VV 1951: Gewähren von Wartegeldern für vertriebene Kollegen. Durch LV Jemgum.³¹²
- VV 1953: Gleichstellung Flüchtlingslehrer. Durch LV Timmel.³¹³
- VV 1954: Einfordern des Gleichheitsgrundsatzes für „131er-Flüchtlingsbeamte.“ Durch KV Norden.³¹⁴
- PW 1955: Ostmitteleuropa im Spannungsfeld der großen Mächte. Durch Professor Dr. A. Degener, Pädagogische Hochschule Oldenburg.³¹⁵
- VV 1957: Wartezeit für „aus der DDR zum Westen geflüchteten Kollegen(innen)“ verkürzen.³¹⁶
- VV 1959: Besserstellung der Flüchtlingslehrer. „Die 131er Flüchtlingskollegen sind seit mehr als einem Jahrzehnt in ihrem Besitzstand beschädigt worden.“ Durch LV Hage.³¹⁷

Leitthema: Sicherung der Personalversorgung

- VV 1950: „Schulnot und neue Lehrerstellen“ Durch Schulpolitische Hauptstelle.³¹⁸
- VV 1950: „Ausschreibung u. Besetzung von Stellen.“ Durch LV Südbrookmerland.³¹⁹
- VV 1958: Fehlende Versorgung mit Lehrkräften führt zu Notlage. KV Leer.³²⁰

312 Ebd.

313 Anträge zur Vertreterversammlung des BLO am 4.1.1954 in Westrhauderfehn. In: OSB 74. Jg., Nr. 8. November 1953.

314 Ebd.

315 Pädagogische Woche des Ostfriesischen Lehrerverein. Programm. In: OSB 77. Jg., Nr. 9, Sept. 1956.

316 Anträge des Ostfriesischen Lehrervereins für die Vertreterversammlung des Lehrerverbandes Niedersachsen 1957. In: OSB 78. Jg., Nr. 3, März 1956, S. 20 f. (Die Herkunft der Anträge wurde nicht veröffentlicht. Anm. d. Verf.)

317 In: OSB 80. Jg., Nr. 8, Aug. 1959, S. 72.

318 Protokoll der Vertreterversammlung am 4. April 1950 in Esens. In: Protokollbuch: Vorstand des BLO/OLV, 1950–1955.

319 Ebd.

320 Anträge für die VV am 6.1.1958. OSB 78. Jg., Nr. 12. Dezember 1957, S. 97.

VV 1963: Für ländliche Schulen „genügende Anzahl ortsansässiger Lehrkräfte gewinnen“, dafür Dienstwohnungen. Entschließung VV.³²¹

**Leitthema: Nachwuchsfragen, Generationenkonflikt,
Interessenvertretung der Junglehrer**

VV 1950: „Antrag, einen Junglehrervertreter in den Vorstand aufzunehmen.“ Durch Vorstand.³²²

VV 1951: Junglehrer soll „bereits auf der Hochschule über die Rechtsgrundlagen seiner Berufsarbeit eingehend belehrt“ werden. Durch KV Krummhörn.³²³

VV 1953: Gesamtausbildungskosten an den PHs absenken, damit mittellose Studenten die Ausbildung in Anspruch nehmen können und Unterhaltsbeihilfe zahlen. Durch KV Leer.³²⁴

VV 1954: Werbung für den Lehrernachwuchs. Durch KV Leer.³²⁵

VV 1954: „Schaffung von Aufbauschulen“ für die Heranbildung neuer Lehrkräfte. Durch LV Esens.³²⁶

NV 1955: Die Lehrerfortbildung zwischen der ersten und zweiten Prüfung. Durch Schridde, Manslagt.³²⁷

NV 1955: Ausbildung der Mittelschullehrer; Der Probeunterricht; Verbandsfragen. Durch Memming, Leer.³²⁸

VV 1957: „Mittel für die amtliche Fortbildung der Junglehrer in den Arbeitsgemeinschaften erhöhen.“³²⁹

321 Entschließung der VV 1963. In OSB 84. Jg., Nr. 10, Okt. 1963, S. 103.

322 Protokoll der Vertreterversammlung am 4. April 1950 in Esens. In: Protokollbuch: Vorstand des BLO/OLV, 1950–1955.

323 Anträge zur VV. (27.3.1951 in Leer), Ebd.

324 Originalantrag liegt nicht vor. Antrag wurde auf der VV des LVN vorgestellt und dort abgelehnt. Vgl. Ulrichs, F.O.: Bezirkslehrerverein Ostfriesland. Die Anträge des BLO auf der VV in Osnabrück. OSB 74. Jg., Nr. 3, Juni 1953.

325 Anträge zur Vertreterversammlung des BLO am 4.1.1954 in Westrhaudefehn. In: OSB 74. Jg., Nr. 8, November 1953.

326 Ebd.

327 Hauptversammlung des Ostfr. Lehrervereins. 6.-8. Oktober 1955 in Emden. Programm. OSB 76. Jg., Nr. 9, September 1955, S. 65.

328 Ebd.

329 Anträge des Ostfriesischen Lehrervereins für die Vertreterversammlung des Lehrerverbandes Niedersachsen 1957. In: OSB 78. Jg., Nr. 3, März 1957, S. 20 f. (Die Herkunft der Anträge wurde nicht veröffentlicht. Anm. d. Verf.)

- VV 1957: Ausschuss soll gebildet werden, der die „Frage des Lehrernachwuchses“ mit der Landesregierung klärt.³³⁰
- VV 1957: Wegen des Mangels an Lehrkräften, sollen erfahrene Lehrkräfte „zu Hilfs- bzw. Mittelschullehrern ernannt werden, ohne die vorgeschriebene Prüfung abgelegt zu haben.“³³¹
- VV 1963: Forderung nach einer Arbeitsgemeinschaft, die die Entwicklung der Schulen in Ostfriesland und den Lehrbedarf bis 1970 ermittelt. Durch OV Emden.³³²
- VV 1967: Junglehrer sollen nach der ersten Prüfung zu Beginn des Schuljahres „zur Verfügung stehen.“ Durch OV Aurich.³³³
- VV 1967: Generelle Kürzung der Pflichtstunden für alle Volksschullehrer. Durch OV Aurich.³³⁴
- VV 1967: Lehrer an der Förderstufe als Realschullehrer bezahlen. Durch OV Aurich.³³⁵
- VV 1967: Stundenermäßigungen für Konrektoren. Durch OV Aurich.³³⁶
- VV 1967: „Koordinationsstunde“ nach hessischem Muster. Durch OV Leer.³³⁷
- VV 1967: Stundenermäßigung für Lehrkräfte, die Realschullehrerprüfung ablegen. Durch FG Realschulen.³³⁸
- VV 1967: Gegen Einsparungen in der zweiten Phase der Ausbildung. Durch FG Realschulen.³³⁹
- VV 1967: Fachseminar für Lehrer z.A. an Sonderschulen durchführen. Durch FG Sonderschulen.³⁴⁰

330 Ebd.

331 Anträge des Ostfriesischen Lehrervereins für die Vertreterversammlung des Lehrerverbandes Niedersachsen 1957. In: OSB 78. Jg., Nr. 3, März 1957, S. 21. (Die Herkunft der Anträge wurde nicht veröffentlicht. Anm. d. Verf.)

332 Anträge zur VV des OLV am 5. Oktober 1963 in Norden. In OSB 84. Jg., Nr. 9, Sept. 1963, S. 92.

333 Anträge zur VV des GNL. In: OSB 88. Jg., Nr. 2, Februar 1967, S. 22.

334 Ebd.

335 Ebd.

336 Ebd.

337 Ebd.

338 Anträge zur VV des OLV 1967. In: OSB 88. Jg., Nr. 9, Februar 1967, S. 82.

339 Ebd.

340 Ebd.

- VV 1967: Sportlehrgänge für Lehrer z.A. für alle öffnen. Durch KV Leer.³⁴¹
- VV 1967: Fachseminar für Englisch einrichten. Durch KV Leer.³⁴²

Leitthema: Gleichstellung der Lehrerinnen

- VV 1951: „Gleiche Gehälter für Lehrerinnen unter Maßgabe gleicher Pflichtstundenzahl.“ Durch KV Oberheiderland.³⁴³
- NV 1953: Referat „Die Lehrerin in der Gewerkschaft E. u. W.“ Durch Liehr, Emden.³⁴⁴
- NV 1955: Referat „Die Koedukation im Hinblick auf die Mädchenerziehung.“ Durch Pätzold, Hannover.³⁴⁵
- VV 1957: Angemessene „Dienstwohnung für alleinstehende Lehrerinnen in Stadt und Land.“³⁴⁶
- NV 1959: Referat „Die Lehrerin im Verein.“ Durch H. Bruckmann.³⁴⁷

Leitthema: Lehrerräte, Aufbau einer Personalvertretung

- VV 1950: „Lehrerräte z. koll. Schulleitung.“ Durch Schulpolitische Hauptstelle.³⁴⁸
- VV 1951: „Der BLO möge sich mit Nachdruck dafür einsetzen, dass die Kreis- und Bezirkslehrerräte unter voller Berücksichtigung des Mitbestimmungsrechts der Lehrer in Kürze eingerichtet werden.“ Durch LV Leer.³⁴⁹

341 Ebd.

342 Ebd.

343 Anträge zur VV. (27.3.1951 in Leer): Vorstand des BLO/OLV, 1950–1955.

344 Protokoll Vorstandssitzung 9.12.52. Vorbereitung zum 6.1.1953. In: Protokollbuch: Vorstand des BLO/OLV, 1950–1955.

345 Hauptversammlung des Ostfr. Lehrervereins. 6.-8. Oktober 1955 in Emden. Programm. OSB 76. Jg., Nr. 9. September 1955, S. 65.

346 Anträge des Ostfriesischen Lehrervereins für die Vertreterversammlung des Lehrerverbandes Niedersachsen 1957. In: OSB 78. Jg., Nr. 3, März 1957, S. 21. (Die Herkunft der Anträge wurde nicht veröffentlicht. Anm. d. Verf.).

347 Die Versammlungen der Arbeitsgruppen. In: OSB 80. Jg., Nr. 8, Aug. 1959, S. 73.

348 Protokoll der Vertreterversammlung am 4. April 1950 in Esens. In: Protokollbuch: Vorstand des BLO/OLV, 1950–1955.

349 Anträge zur V.V. (27.3.1951 in Leer): Vorstand des BLO/OLV, 1950–1955.

- VV 1954: „Gewährung des Mitwirkungsrechtes der Lehrer durch Lehrerräte auf allen Verwaltungsebenen.“ Durch Schulpol. Fachstelle.³⁵⁰
- VV 1954: Einführung „Ehrenrat ..., der in der Lage ist, etwa auftretende Differenzen zwischen allen Lehrkräften zu schlichten.“ Durch KV Leer.³⁵¹

350 Ostfriesischer Lehrerverein. Jahreshauptversammlung am 4. und 5. Januar 1954 in Westrhaudefehn. Entschlüsseungen. OSB 75. Jg., Nr. 1. Januar 1954.

351 Anträge zur Vertreterversammlung des BLO am 4.1.1954 in Westrhaudefehn. In: OSB 74. Jg., Nr. 8. November 1953.

Leitthema: Ausweitung der Interessenvertretung

- VV 1950: „Bildung der Ausschüsse.“ Durch Vorstand.³⁵²
- VV 1950: „Antrag, einen Junglehrervertreter in den Vorstand aufzunehmen.“ Durch Vorstand.³⁵³
- VV 1957: Mehr Mittel für „die Finanzierung der amtlichen Kreislehrerkonferenzen.“³⁵⁴

Leitthema: Politische Einflussnahme

- HV 1950: Stellung zur Lehrerschaft. Durch Regierungs- u. Schulrat Dr. Bertram.³⁵⁵
- VV 1951: Bei Schulneubauten sollen Lehrkräfte gehört werden. Durch LV Jemgum.³⁵⁶ (Siehe auch Protokoll BLO vom 29. August 1952).
- HV 1952: Schulpolitische Gegenwartsarbeit. Durch Bautz, Hannover.³⁵⁷
- VV 1955: Reinigungspersonal soll Verträge erhalten und „einheitliche Richtlinien für die Bezahlung.“ Durch LV Dollart.³⁵⁸
- VV 1957: Ausstattung der Schulen gem. § 9 SchVG; „Richtlinien über Umfang und Ausgestaltung der Schulen“ erarbeiten.³⁵⁹
- PW 1958: Grundzüge der bürgerlichen Revolution in Europa. Durch Prof. Hinrich Wulff, P.H. Bremen.³⁶⁰
- VV 1958: Zu § 15, Abs.1 Nds. Schulverw.G., „dass der Vorsitz in den kommunalen Schulausschüssen von einem Schulleiter bzw.

352 Protokoll der Vertreterversammlung am 4. April 1950 in Esens. In: Protokollbuch: Vorstand des BLO/OLV, 1950–1955.

353 Ebd.

354 Anträge des Ostfriesischen Lehrervereins für die Vertreterversammlung des Lehrerverbandes Niedersachsen 1957. In: OSB 78. Jg., Nr. 3, März 1957, S. 21. (Die Herkunft der Anträge wurde nicht veröffentlicht. Anm. d. Verf.)

355 Protokoll der Vollversammlung des BLO am 5. April 1950 in Esens. In: Protokollbuch: Vorstand des BLO/OLV, 1950–1955.

356 Anträge zur VV. (27.3.1951 in Leer): Vorstand des BLO/OLV, 1950–1955.

357 Protokoll Vorstandssitzung 31.3.1952: Vorstand des BLO/OLV, 1950–1955.

358 Anträge zur Vertreterversammlung in Emden. In: OSB 76. Jg., Nr. 7, Juli 1955, S. 54.

359 Anträge des Ostfriesischen Lehrervereins für die Vertreterversammlung des Lehrerverbandes Niedersachsen 1957. In: OSB 78. Jg., Nr. 3, März 1957, S. 21. (Die Herkunft der Anträge wurde nicht veröffentlicht. Anm. d. Verf.)

360 Pädagogische Woche des Ostfriesischen Lehrervereins. Programm. OSB 79. Jg., Nr. 8, Aug. 1958, S. 71.

- Lehrer geführt wird oder aber ... stimmberechtigt vertreten sind.“ LV Timmel.³⁶¹
- VV 1957: Schulen sollen frei über zugewiesenen Haushalt verfügen. Nicht hinnehmbar, dass bei jeder Ausgabe „die Gemeindebehörde befragt werden muß.“³⁶²
- VV 1959: Bei Einführung von Dörfergemeinschaftsschulen „gegenüber Sonderwünschen von Schulträgern, die nur den traditionellen Aufbau retten wollen, hart zu bleiben.“ Durch LV Esens.³⁶³
- VV 1959: Änderung des § 21.2 des Nds. Schulverwaltungsgesetzes. „Planstellen von Leitern und Lehrern an öffentlichen Schulen werden nach Anhören des Schulträgers von der Regierung besetzt.“ Durch KV Aurich.³⁶⁴
- VV 1963: „In Zusammenarbeit mit dem Hochbaudezernat der Bezirksregierung sicherstellen“, dass Schulraumbedarf für neunte und zehnte Klassen berücksichtigt wird. Durch OV Emden.³⁶⁵
- VV 1965: Landeszuschuss für Schulneubauten erhöhen. Durch FG Realschule.³⁶⁶
- PW 1966: Gesellschaft, Wirtschaft und Staat im heutigen Europa. Durch Prof. Dr. Schneider.³⁶⁷
- VV 1967: Bei der Gebietsreform „uneingeschränkte staatliche Schulaufsicht erhalten.“ Durch FG Realschulen.³⁶⁸

361 Anträge für die VV am 6.1.1958. OSB 78. Jg., Nr. 12. Dezember 1957, S. 97.

362 Anträge des Ostfriesischen Lehrervereins für die Vertreterversammlung des Lehrerverbandes Niedersachsen 1957. In: OSB 78. Jg., Nr. 3, März 1956, S. 21. (Die Herkunft der Anträge wurde nicht veröffentlicht. Anm. d. Verf.)

363 Anträge zur VV des OLV 1959. In: OSB 80. Jg., Nr. 8, Aug. 1959, S. 72.

364 Ebd., S. 83.

365 Anträge zur VV des OLV am 5. Oktober 1963 in Norden. In OSB 84. Jg., Nr. 9, Sept. 1963, S. 92.

366 Anträge zur Vertreterversammlung des OLV. In: OSB 86. Jg., Nr. 9, Sept. 1965, S. 100.

367 Programm Haupt- und Vertreterversammlung des OLV 1965. In: OSB 87. Jg., Nr. 5, Mai 1966, S. 57.

368 Anträge zur VV des OLV 1967. In: OSB 88. Jg., Nr. 9, Februar 1967, S. 82.

Leitthema: Pädagogisierung der Öffentlichkeit

- NV 1953: „Die Pädagogisierung der Öffentlichkeit.“ Durch Schulpol. Bezirksstelle.³⁶⁹
- VV 1953: „Der LVN möge die Tagespresse veranlassen, regelmäßig und an bestimmter Stelle Beiträge zu Erziehungsfragen der Gegenwart aufzunehmen.“ Durch KLV Emden-Krummhörn.³⁷⁰

Leitthema: Entwicklung sozialer Einrichtungen der Interessenvertretung

- VV 1950: „Rechtsschutz, Haftpflicht, Unterstützungen.“ Durch Vorstand.³⁷¹
- VV 1959: Gründung eines Pestalozzivereins oder „Sozialkasse“. Durch Vorstand.³⁷²

Leitthema: Der Heimatgedanke

- VV 1951: Pädagogischer Ausschuss „möge schnellstens einen konstruktiven Plan für die Verwirklichung der Heimatschule entwickeln.“ Durch LV Leer.³⁷³
- HV 1954: Plädoyer für eine „Heimatschule“ als Schule für alle Kinder. Durch Schulpol. Fachstelle.³⁷⁴

369 Protokoll Vorstandssitzung 9.12.52. Vorbereitung zum 6.1.1953. In: Protokollbuch: Vorstand des BLO/OLV, 1950–1955.

370 Originalantrag liegt nicht vor. Antrag wurde auf der VV des LVN vorgestellt und dort angenommen. Vgl. Ulrichs, F.O.: Bezirkslehrerverein Ostfriesland. Die Anträge des BLO auf der VV in Osnabrück. OSB 74. Jg., Nr. 3. Juni 1953.

371 Protokoll der Vertreterversammlung am 4. April 1950 in Esens. In: Protokollbuch: Vorstand des BLO/OLV, 1950–1955.

372 Becker, E.A.: Außerordentliche Vertreterversammlung des OLV. In: OSB 80. Jg., Nr. 1, Jan. 1959, S. 4.

373 Anträge zur V.V. (27. 3.1951 in Leer): Vorstand des BLO/OLV, 1950–55.

374 Jahreshauptversammlung am 4. und 5. Januar 1954 in Westrhauderfehn. OSB 75. Jg., Nr. 2. Februar 1954.

Leitthema: Jugend, Berufschancen und neue Medien

- VV 1951: Bereitstellung von Mitteln zur Einrichtung von Schülerbüchereien. Durch LV Leer.³⁷⁵
- VV 1951: Einsatz dafür, „dass bei Filmen die Erteilung des Vermerkes ‚Jugendfrei‘ nach pädagogisch vertretbaren Gesichtspunkten erteilt werden und dass die ausgesprochenen Beschränkungen beachtet und überwacht werden.“ Durch LV Leer.³⁷⁶
- VV 1954: „Volksschullehrer zu den Eignungsprüfungen, die die verschiedensten Berufsgruppen durchführen“, zulassen. Durch LV Neufunnixiel.³⁷⁷
- NV 1955: Die sozialpädagogischen Arbeitsgemeinschaften und die Jugendwohlfahrtsausschüsse. Durch Witt, Emden.³⁷⁸
- PW 1955: Die heutige Jugend vor der Gottesfrage. Durch Professor Lic. K. Janssen, Universität Münster.³⁷⁹
- PW 1955: Über die seelische Belastungsfähigkeit der heutigen Schülergeneration. Durch Professor Dr. H. Müller, Universität Münster.³⁸⁰
- PW 1955: Probleme der Seelenentfaltung des heutigen Schulkindes. Dr. med. H. Müller-Eckhard, Facharzt für Neurologie und Psychiatrie, Wuppertal.³⁸¹
- PW 1958: „Schule und Jugend unter der Sowjetherrschaft.“ Durch Dr. Albertin. Außendienst der „Freunde der Stätte der Begegnung.“³⁸²

375 Anträge zur V.V. (27.3.1951 in Leer): Vorstand des BLO/OLV, 1950–1955.

376 Ebd.

377 Anträge zur Vertreterversammlung des BLO am 4.1.1954 in Westrhauderfehn. In: OSB 74. Jg., Nr. 8. November 1953.

378 Hautversammlung des Ostfr. Lehrervereins. 6.-8. Oktober 1955 in Emden. Programm. OSB 76. Jg., Nr. 9. September 1955, S. 65.

379 Pädagogische Woche des Ostfriesischen Lehrerverein. Programm. In: OSB 77. Jg., Nr. 9, Sept. 1956.

380 Ebd.

381 Ebd.

382 Pädagogische Woche des Ostfriesischen Lehrervereins. Programm. OSB 79. Jg., Nr. 8, Aug. 1958, S. 71.

- VV 1963: Eine „umfassende Begabtenförderung“ – dafür Ausbau der Mittelschulversorgung und Fachräume. Entschließung VV.³⁸³
- PW 1964: Die heutige Musik und die Musikerziehung. Durch Prof. Sydow, PH Osnabrück.³⁸⁴
- VV 1965: Für alle Schüler „Freistellung Fahrtkosten zum Schulort.“ Durch FG Realschule.³⁸⁵
- VV 1967: „Kostenfreie Beförderung zum Schulort.“ Durch FG Realschulen.³⁸⁶
- VV 1967: Bedarf der Aufsicht für Fahrschüler an Mittelpunktsonderschulen berücksichtigen. Durch FG Sonderschulen.³⁸⁷

3.2.3 *Differenzierung der Leitthemen*

Konkrete Aussagen über die im „Gründungs Jahrzehnt 1949-1959“³⁸⁸ gegebenen Themen zur Demokratisierung, deren Reflexion, Verbreitung in den politischen Gremien und Haltungen der Bevölkerung können nur annähernd gegeben werden.³⁸⁹ Zwar wurde seit Gründung der Bundesrepublik auf Anregung der Militärregierung politikwissenschaftliche Forschung betrieben³⁹⁰, doch zu Prozessen der Meinungsbildung in der jungen Demokratie können gesicherte Aussagen nicht gemacht werden.³⁹¹

In der Literatur verbinden sich Fragestellung und Analyse. So geht zum Beispiel bei der Analyse der „Hauptentwicklungstendenzen während der Weimarer Republik“³⁹² Kurt Sontheimer von einer „allgemein formulierten Behauptung einer Neuorientierung des Geisteslebens und der Wissenschaft-

383 Entschließung der VV 1963. In OSB 84. Jg., Nr. 10, Okt. 1963, S. 103.

384 Hochschultage des OLV 1964. In: OSB 84. Jg., Nr. 5, Mai 1964, S. 58.

385 Anträge zur Vertreterversammlung des OLV. In: OSB 86. Jg., Nr. 9, Sept. 1965, S. 100.

386 Anträge zur VV des OLV 1967. In: OSB 88. Jg., Nr. 9, Februar 1967, S. 82.

387 Ebd.

388 Vgl. Wolfrum, E., 2006, S. 43 ff.

389 Vgl. Arndt, H.-J., 1978.

390 Konferenz Waldleiningen, 1949. Ebd., S. 177. Vgl. auch Sontheimer, K., 1999, S. 67.

391 Schäfer, W.; Miller, M.: Schwierigkeiten der Umfrageforschung in den fünfziger Jahren in Deutschland: Erinnerungen und Beobachtungen. In: ZUMA-Nachrichten 43. Jg. 22. November 1998, S. 8.

392 Sontheimer, K., 1962, S. 79.

ten³⁹³ aus. Und Edgar Wolfrum stellt „Fragen an die Republik“³⁹⁴, um die Entwicklungsgeschichte der Demokratie in Deutschland darzustellen.³⁹⁵

Eine Differenzierung von Themenbereichen ist möglich, wenn folgende Voraussetzungen gegeben sind: Fragestellungen in demokratischen Prozessen entwickeln sich aus einem Konflikt über eine soziale oder gesellschaftliche Bedingung und münden in einen Entscheidungsprozess der konkurrierenden Kräfte. Konflikte sind die Zündpunkte und die Demokratie garantiert die Freiheit der Entwicklung zu neuen Auffassungen, Ordnungen und Strukturen. R. Dahrendorf stellt dar, dass „Konflikt und Freiheit“³⁹⁶ einander bedingen:

*„Konflikt ist Freiheit, weil durch ihn allein die Vielfalt und Unvereinbarkeit menschlicher Interessen und Wünsche in einer Welt notorischer Ungewissheit angemessen Ausdruck finden kann.“*³⁹⁷

Nur durch den Konflikt treten Fragestellungen auf, die in die Entscheidung einer Interessenvertretung einmünden. So sind die Anträge der Ortsvereine und der Gremien der regionalen Interessenvertretung ausschließlich Ergebnisse von Diskussionen, die von den Versammlungen um genau umrissene, symptomatische Inhalte geführt wurden. Drei entscheidende Aspekte sind durch die Form der Arbeit des Lehrervereins als Interessengruppe gegeben:

- Es handelt sich um Kernfragen der Interessengruppe, die den Mitgliedern bereits aus den Veröffentlichungen und Diskussionen bekannt sind.
- Es handelt sich um durchsetzungsfähige Zielvorstellungen, die der Einschätzung nach von den überregionalen Vertretungen mit getragen werden.
- Es handelt sich um Ansprüche, die der Sicherung des Einflusses der eigenen Interessenvertretung oder des Bestandes der Berufsgruppe dienen.

Die im vorausgegangenen Kapitel gegebenen Leitthemen umfassen die Kernfragen der Interessengruppe, durchsetzungsfähige Zielvorstellungen und formulierte Ansprüche der Interessenvertretung. Die Benennung der Leitthemen ergab sich aus der Sammlung themengleicher oder themenähnlicher

393 Ebd.

394 Wolfrum, E., 2006, S. 11 ff.

395 Dabei sieht er „Demokratisierungserfolge“ im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Entwicklung: „Modernisierung verband sich zudem mit Demokratisierung: Das war ein Novum in der deutschen Geschichte.“ Ebd., S. 13.

396 Dahrendorf, R., 1965, S. 161 ff.

397 Ebd., S. 174.

Nennungen. Die dort nur annotierten Anträge und Referate sind mit kurzen, sinntragenden Worten notiert. Sie sind aber bei genauer Analyse der jeweils vollständigen Texte durchaus mehrfach interpretierbar und könnten gleichzeitig auch anderen oder weiteren Leitthemen zugeordnet werden. Darauf wurde verzichtet, da die nur die Intensität eines Konfliktes über den gesamten Zeitraum darüber entschied, wie oft zu einem Leitthema ein Antrag eingereicht oder ein Referat gehalten wurde. Die Zahl der Nennungen weist also nicht nur darauf hin, dass ein Thema mehrfach verhandelt und angesprochen wurde, sondern es verdeutlicht, wie oft es notwendig war, zu einem Thema einen mehrheitsfähigen Beschluss herbeizuführen.

Zwei Beispiele:

Erstens. Das Leitthema „Pädagogisierung der Öffentlichkeit“ ist in die Auswertung als Leitthema übernommen. Die ostfriesische Lehrerschaft handelte in vielen Bezügen nach dem Prinzip, die Vertreterinnen und Vertreter der öffentlichen Einrichtungen einzubeziehen und die Bevölkerung durch Einladung zur Teilnahme oder über die Medien zu informieren. Dennoch gab es zu diesem Themenbereich nur zwei Anträge. Ein Antrag wurde von der Schulpolitischen Bezirksstelle³⁹⁸ und einer vom KLV Emden ausformuliert.³⁹⁹ Da die mit diesem Antrag erhobene Forderung gängige Praxis wurde, gab es folglich keinen weiteren Antrag zum Thema. Ähnlich ist die Nennung zum Leitthema „Soziale Einrichtungen des Lehrervereins“ zu betrachten. Der Vorstand des BLO formulierte nur einen Antrag, es folgte die Umsetzung, von daher gab es keine weitere Antragstellung zu diesem Leitthema.

Zweitens. Das Leitthema „Verbesserung der Lebenssituation“ umfasst 51 Anträge. Diese Anträge lassen sich durchaus in zwei Themenbereiche aufteilen: es handelt sich vorrangig um Anträge zu Wohnungs- und Besoldungsfragen. Die Gründe sind bei näherer Betrachtung allzu deutlich. In nahezu jedem Jahr gab es neue Regelungen in der Versorgung der Landesbeamten, so dass immer wieder auf neue Situationen reagiert werden musste.

398 Protokoll Vorstandssitzung 9.12.52. Vorbereitung zum 6.1.1953. In: Protokollbuch: Vorstand des BLO/OLV, 1950–1955.

399 Originalantrag liegt nicht vor. Antrag wurde auf der VV des LVN vorgestellt und dort angenommen. Vgl. Ulrichs, F.O.: Bezirkslehrerverein Ostfriesland. Die Anträge des BLO auf der VV in Osnabrück. OSB 74. Jg., Nr. 3. Juni 1953.

3.2.4 Dynamik der Leitthemen in der Gremienarbeit zur Umsetzung

Die Satzungen des Bezirkslehrervereines/Ostfriesischen Lehrervereines bezeichnen Gremien zur Verwirklichung der Ziele der Interessengemeinschaft. Einerseits sind es die Vertreter- und Vollversammlung⁴⁰⁰ bzw. die Vertreter- und Hauptversammlung⁴⁰¹, die als Mehrheiten bildende Gremien agieren. Andererseits werden als Gremien der Verbandsarbeit der Vorstand selbst⁴⁰², die Ausschüsse⁴⁰³ bzw. Arbeitsausschüsse⁴⁰⁴ und ab 1955 die Fachgruppen⁴⁰⁵ genannt. Die Satzung aus dem Jahr 1954 formuliert „Mittel zur Erreichung“⁴⁰⁶ des Vereinszwecks:

*„a) die Arbeit in Versammlungen, Ausschüssen und Arbeitsgemeinschaften, b) die Herausgabe des ‚Ostfriesischen Schulblattes‘, c) die berufliche und wissenschaftliche Fortbildung der Mitglieder, d) die Zusammenarbeit mit kulturellen Institutionen Ostfrieslands.“*⁴⁰⁷

Jedes Ziel, das sich der Lehrerverein auf Bezirksebene setzte, musste von allen Gremien angestrebt werden, jeder Beschluss verlangte nach Umsetzung. Da die einzelnen Beschlüsse thematisch übergreifen, waren unter Umständen verschiedene Gremien an der Umsetzung beteiligt.

Die Themen besaßen eine eigenständige Dynamik, die sich daraus entwickelte, dass unterschiedliche Interessen- und Funktionsbereiche berührt wurden.

Werden nun die Aktivitäten der Gremien auf die Umsetzung der Leitthemen hin überprüft, sind Überschneidungen unabdingbar. Eine Eingrenzung kann dadurch erfolgen, dass bestimmte Leitthemen der Arbeit eines Gremiums beispielhaft zugeordnet werden. Entscheidend für eine Aussage über Erfolg oder Misserfolg, über die Wirkungen der Arbeit auf die Demokratisierung des Bildungswesens ist der Umgang mit dem Thema unter den dort gegebenen Aufgabenstellungen.

400 §§ 8–9. Satzung BLO 1949.

401 § 7. Satzung OLV 1955.

402 § 9. Satzung BLO 1949; § 5. Satzung OLV 1955.

403 § 10. Satzung BLO 1949.

404 § 6. Satzung OLV 1955.

405 § 8. Ebd.

406 § 2. Ebd.

407 Ebd.

Zwei weitere Aspekte der Dynamik der Leitthemen sind ebenfalls zu berücksichtigen.

Erstens: Die Prägung durch Persönlichkeiten.

Einige der in den Gremien entscheidenden Persönlichkeiten erfüllten ihr Amt über viele Jahre hinweg. Viele traten öffentlich durch Referat oder Schriftsatz für die Umsetzung der Leitthemen ein, prägten dabei gleichzeitig mit ihren Auffassungen die Diskussion.

Zweitens: Die Darstellung der Arbeit nach außen.

Drei Persönlichkeiten beeinflussten die Darstellung der Arbeit nach außen nachhaltig und gaben der Diskussion damit eine eigenständige Prägung.

Ernst August Becker⁴⁰⁸, zuletzt Schulrat in Aurich, trat als Schriftführer des OSB oft als Kommentator auf. Seine Beiträge begleiteten viele Diskussionen zu den Leitthemen. Er gab das Amt als Schriftführer des OSB erst zum Jahresende 1967 ab.⁴⁰⁹

Merten Meyer⁴¹⁰ schrieb als Vorsitzender des Schulpolitischen Ausschusses⁴¹¹ viele Resolutionen und Stellungnahmen. Er leitete den Ausschuss noch 76jährig.⁴¹²

Ebenfalls bis ins hohe Alter arbeitete Albert Alberts für den Pädagogischen Ausschuss, verfasste für das OSB eine Reihe von Beiträgen zur Pädagogik der Zeit. Auch noch nachdem die Arbeit durch Reinhard Barfs⁴¹³ Anfang der 60er Jahre übernommen wurde, blieb Alberts mit Stellungnahmen präsent.

408 Weßels, P.: Schulrat Ernst August Becker. In: Klattenhoff, K.; Schäfer, B.; Sprang, H., Weßels, P. (Hrsg.), 2004, S. 51 ff.

409 Becker, E.A.: An die Leser des „Ostfriesischen Schulblattes“. In: OSB 88. Jg., Nr. 12., Dez. 1967, S. 115.

410 Jahrg. 1890. Vgl. Personalien. Rektor a.D. Merten Meyer-Pewsum 75 Jahre. In: OSB 86. Jg., Nr. 4, April 1965, S. 46.

411 Es wurden wechselnde Bezeichnungen für diesen Ausschuss gewählt. Vgl. Kap.: Schulpolitischer Ausschuss/Ausschuss für Schulpolitik und Standesfragen.

412 Vgl. Dichmann, H.: Schulpolitische Bezirksstelle im OLV. In: OSB 88. Jg., Nr. 1, Januar 1967, S. 10.

413 Vgl. Hinrichs, J.O.: Aus der Arbeit des Pädagogischen Ausschusses im OLV. In: OSB 81. Jg., Nr. 12, Dez. 1960, S. 110.

4 Die Arbeit in den Gremien

4.1 Der Vorstand

4.1.1 Politische Aktivität und Wirksamkeit des Vorstands

Der Vorstand des Bezirkslehrervereins Ostfriesland (BLO) konstituierte sich nach seiner Wahl im Oktober 1948¹ unter dem Vorsitz von H. Hirte.² Die Mitglieder des Vorstandes waren gleichzeitig Vertreter der zu Kreislehrervereinen (KLV) zusammengeschlossenen Lehrervereine (LV). Die Grenzen der KLV orientierten sich an den Zuständigkeitsbereichen der einzelnen Schulaufsichtskreise. Eine Lehrerin nahm die Interessenvertretung der weiblichen Lehrkräfte wahr und die Belange der einzelnen Schulgruppen sollten, so die Satzung, von je einem zu diesem Zweck gewählten Mitglied wahrgenommen werden.³

Der Vorstand traf sich in der Regel monatlich zu einer Sitzung. Die Protokolle der Sitzungen von 1950–1955⁴ sind erhalten, ab 1955 wurden die Protokolle im Ostfriesischen Schulblatt⁵ veröffentlicht. Die Zusammensetzung des Vorstandes des BLO blieb in den ersten Jahren nahezu gleich. So tagte der Vorstand 1950⁶ überwiegend in der Zusammensetzung: H. Hirte, M. Meyer⁷, W. Sparenborg⁸, A. Alberts⁹, H. Bruckmann¹⁰, D. Alting¹¹, H. Specht¹², M. Stellmann¹³ und E. Ziegenbruch¹⁴.

-
- 1 Vgl. Mahnke, D., Wiederaufbau des ostfriesischen Lehrervereins nach 1945. In: Bierwirth, H.; Hothan, H.; Klattenhoff, K. (Hrsg.), 1995, S. 804.
 - 2 Zur Biografie vgl. Becker, E.A.: Der Ehrenvorsitzende des Ostfriesischen Lehrervereins Hauptlehrer Hans Hirte und unser langjähriges Vorstandsmitglied Rektorin Hilda Bruckmann traten in den Ruhestand. In: OSB 80. Jg., Nr. 4, April 1959, S. 37.
 - 3 Ebd.
 - 4 Vgl. Protokollbuch: Vorstand des BLO/OLV, 1950–1955.
 - 5 Vgl. OSB ab 83. Jg., 1955.
 - 6 Protokoll der Vorstandssitzungen v. 03.4.1950, 16.6.1950, 5.10.1950. In: Protokollbuch: Vorstand des BLO/OLV, 1950–1955.
 - 7 Merten Meyer war Rektor Schule Pewsum, hatte den Vorsitz des Kreislehrervereins Emden-Krummhörn und war Leiter des Schulpolitischen Ausschusses. Vgl. Festschrift 1954, S. 31.
 - 8 Weert Sparenborg, Bunde, war bereits im November 1946 zweiter Vorsitzender des neu gegründeten Kreislehrervereins Rheiderland. Vgl. Hohlfield, W., 1979, S. 31.

Auf Grund einer Eingabe der Junglehrkräfte beschloss der Vorstand 1950 eine Junglehrerververtretung einzurichten.¹⁵ Die Kreisvorstände und Schulgruppensprecher nahmen als Vorstandsmitglieder nicht immer regelmäßig die Möglichkeiten einer Beteiligung an den Sitzungen wahr. So nahmen im Jahr 1950 lediglich der Kreisvorsitzende Norden, Jandt¹⁶, im Juni und im Oktober 1950 der Kreisvorsitzende KLV Leer, J. Memming¹⁷, teil.

Um die Interessenvertretung stärker an die Politik heranführen zu können, wurde im Oktober 1950 beschlossen, dass die jeweiligen Landtags- und Bundestagsabgeordneten regelmäßig über die Arbeit des BLO informiert und einbezogen werden sollten.¹⁸ Damit öffnete sich der Vorstand des BLO dem politischen Geschehen einerseits und erhoffte natürlich auch andererseits eine zusätzliche Möglichkeit der Interessenvertretung in der Demokratie. Der Vorstand des BLO war darüber hinaus bereit, in behördliche Abläufe einzugreifen und Angelegenheiten des Bezirkes unmittelbar im Kultusministerium zu erörtern.

So hatte sich der Vorstand ab 1950 mehrfach bei der Regierung in Aurich und im Ministerium dafür eingesetzt, dass die Schulen wirksamere Handhabe bei Schulversäumnisverfahren erhalten sollten.¹⁹

-
- 9 Albert Alberts war Lehrer an der Schule Nortmoor, Schulaufsichtskreis Leer und Leiter des Erziehungswissenschaftlichen Ausschusses des OLV. Vgl. Festschrift 1954, S. 34. Er war seit 1948 Vorsitzender der Lehrerkonferenz Stickhausen „Vereinigung“. Vgl. Protokoll Lehrerkonferenz Stickhausen.
 - 10 Hilda Bruckmann war Rektorin der Herrentorschule Emden, Vertreterin der Lehrerinnen im OLV, Verwalterin der Wohlfahrts- und Unterstützungskasse des OLV. Vgl. Personalien: Rektorin i.R. Hilda Bruckmann-Emden geehrt. In: OSB 83. Jg., Nr. 1, Jan 1962. S. 19 f.
 - 11 Dietrich Altling war Rektor der Schule II, Stadt Norden. Vgl. Festschrift 1954, S. 37.
 - 12 Helmut Specht wird mit Anschrift Aurich nur als Vorstandsmitglied geführt. Vgl. Festschrift 1954, S. 15.
 - 13 Martin Stellmann war Mittelschulrektor, später ord. Professor Univ. Tübingen, Nachfolger von Bollnow. Vgl. ders., Erinnerungen an die Spranger-Woche Leer 1929. In: OSB, 85. Jg., Nr. 1, 1964, S. 1.
 - 14 Emil Ziegenbruch war Rektor der Schule Carolinensiel, Schulaufsichtskreis Wittmund, Vorsitzender Lehrerverein Neufunnixsiel und Schriftführer des OLV. Vgl. Festschrift 1954, S. 15.
 - 15 Protokoll Vorstandssitzung v. 3.4.1950. In: Protokollbuch: Vorstand des BLO/OLV, 1950–1955.
 - 16 Protokoll Vorstandssitzung des BLO am 16. Juni 1950. Ebd.
 - 17 Protokoll Vorstandssitzung des BLO am 5. Oktober 1950. Ebd.
 - 18 Ebd.
 - 19 Meyer, M., Schulschwänzer – asoziale Schüler! Wer hilft. OSB 74. Jg., Nr. 6, Sept. 1953.

Und als der für das Amt des Kreisschulrates in Norden nominierte Kandidat 1951 die Stelle nicht antrat, wurde der Vorsitzende Hirte persönlich im Kultusministerium vorstellig.²⁰ Das eigenmächtige Vorgehen des Bezirksvorsitzenden blieb nicht ohne Kritik des Landesverbandes. Zur Sitzung am 24. September 1951 vermerkte der Protokollant:

„Der Vorstand beschäftigt sich darauf mit der Frage: Wer hat im Kultusministerium im Auftrage der Verbände vorzusprechen? Es wird darauf hingewiesen, daß das nur vom Vorstand des LVN getan werden kann oder von einem Kreisvertreter mit Genehmigung des Vorstandes des L.V.N.“²¹

Das war deutliche Kritik. Doch der Vorstand lernte aus dem Vorgang. Er nutzte die Zusammenarbeit mit politischen Vertretungen in punktuellen Fragen. Als 1957 Vorschläge im Zusammenhang mit der Schulreform²² aufgegriffen wurden, konnte der Vorstand seine Vorstellungen über die Vorbereitung in kommunalpolitischen Gremien in die Politik des Landes hineinragen. Die Unterstützung durch die politischen Vertreter Ostfrieslands war gewährleistet.²³

Der Vorstand des BLO vermied Stellungnahmen zu politischen Diskussionen in eigenen Veröffentlichungen. Hans Hirte, der Vorsitzende des BLO, bekannte sich in einem kurzen Beitrag im ersten neu erschienenen Schulblatt 1953 für schuldig an der Einstellung des Blattes 1933.²⁴ Er leitete den Artikel ein: „Du bist auch schuld daran“²⁵, ging aber auf die eigentliche historische Entwicklung, auf den Nationalsozialismus, die Diktatur oder das Wirken des NSLB nicht ein.

Der Vorstand als Leitungsgremium der jährlichen Veranstaltungen nutzte über die öffentlichkeitswirksam veranstalteten Vertreter- und Hauptversammlungen die Einflussnahme auf die regionale Politik. Vertreterinnen und Vertreter der Kommunalpolitik hielten Grußworte und bezogen Stellung zur schulpolitischen Entwicklung Ostfrieslands. Die jährlich zu den Vertreterversammlungen geführten Beratungen der Anträge der Kreis- oder Ortsvereine

20 Protokoll Vorstandssitzung des BLO am 17. Februar 1951 in Aurich. In: Protokollbuch: Vorstand des BLO/OLV, 1953–1955.

21 Vgl. Protokoll Vorstandssitzung des BLO am 24. September 1951 in Aurich. Ebd.

22 Becker, E.A., Ostfrieslands Schulnot in gesamtostfriesischer Schau. OSB 78. Jg., Nr. 2, Febr. 1957, S. 11.

23 Vgl. Kap.: Die Reform setzt sich durch.

24 Hirte, H., Dem „Ostfriesischen Schulblatt“ zum Geleit! Du bist auch schuld daran! In: OSB 74. Jg., Nr. 1, Apr. 1953.

25 Ebd.

folgten einem nahezu immer gleichen Modus. Die Anträge wurden zusammengestellt und im OSB veröffentlicht. 1955 fasste der OLV erstmalig Anträge der „sechs Kreisvereine“²⁶ zur VV des LVN zusammen²⁷, die große Zahl themengleicher Anträge machte diesen Schritt notwendig.

Eine Pädagogische Woche führte der Ostfriesische Lehrerverein zum ersten Mal am 11. und 12. Oktober 1954 durch. Die Veranstaltungen und Foren sollten der Lehrerschaft Ostfrieslands und allen „an pädagogischen Fragen Interessierten“²⁸ zur Information dienen. Die Pädagogischen Wochen, ab 1963 als „Hochschultage“²⁹ bezeichnet, wurden in der Regel mit zweijährigem Abstand durchgeführt. Es referierten ausgesuchte Hochschullehrkräfte und Fachleute zu jeweils aktuellen Themen, die von pädagogischem, standesrechtlichem und politischem Interesse waren.³⁰

Einzelne Kreis- und Ortslehrervereine nahmen die Veranstaltungen zum Anlass, die Referenten zur Diskussion aktueller Themen vor Ort einzuladen. H. Hirte nutzte 1955 seine Verbindungen, um im Bereich seines KLV den Vorsitzenden des LVN, Bautz, zum Thema „Lehrer und Lehrerorganisation im politischen Raum. Stand der schulpolitischen und besoldungsrechtlichen Fragen“ referieren zu lassen.³¹

Veränderungen in der Zusammensetzung des Vorstandes ergaben sich zum Jahresbeginn 1956. Im Februar wählte der Vorstand Merten Meyer, Pewsum, zum 2. Vorsitzenden und Arnold Harms,³² zum Schriftführer.³³ Die bestimmenden Themenbereiche dieser Zeit waren die Ausstattung der Schulen der Region³⁴ und das Verlangen nach einer Neugestaltung der schulischen Land-

26 Kreisvereine Aurich, Emden, Leer, Weener-Krummhörn, Wittmund, Norden. Becker, E.A., Vorstandssitzung des OLV am 10. Jan. 1955. OSB 77. Jg., Nr. 1, Jan. 1956, S. 15.

27 Becker, E.A., Vorstandssitzung des OLV am 10. Jan. 1955. OSB 77. Jg., Nr. 1, Jan. 1956, S. 15.

28 Programm. Pädagogische Woche des Ostfriesischen Lehrervereins. In: OSB 75. Jg., Nr. 9, Sept. 1954.

29 Becker, E.A., Hochschultage des Ostfriesischen Lehrervereins 1963. In OSB 84. Jg., Nr. 5, Mai 1963, S. 47 f.

30 Vgl. Kap.: Themenbereiche und Leitthemen in der regionalen Interessenvertretung zur Demokratisierung.

31 Osse, J., Lehrer und Lehrerorganisation im politischen Raum. Stand der schulpolitischen und besoldungsrechtlichen Fragen. In OSB 77. Jg., Nr. 3. März. 1956, S. 20 f.

32 Arnold Harms war Lehrer an der Schule Weene, Schulaufsichtskreis Aurich. Festschrift 1955, S. 35. Und Vorsitzender des Lehrervereins Timmel. Ebd., S. 30.

33 Becker, E.A., Vorstandssitzung des OLV am 16. Februar 1956. In: OSB 77. Jg., Nr. 3, März 1956, S. 22.

34 Vgl. Leitthema: Politische Einflussnahme.

schaft durch eine Schulreform³⁵, die den Schülerinnen und Schülern in Ostfriesland eine gut versorgte Schule und damit bessere Schulbildung bieten sollte.³⁶

Im Januar 1957 beriet der Vorstand über eine Hauptversammlung, die unter dem Titel „Schule in Not“³⁷ die schulische Situation in Ostfriesland der Öffentlichkeit deutlich machen sollte. Dabei ging es nicht nur um die unterrichtliche Versorgung. W. Hollenberg³⁸ wurde vom Vorstand als Vertreter für den Schulbauausschuss der Bezirkslehrervereine bestellt.³⁹ Im September 1957 nahm der Vorstand die Diskussion über die Einführung von „Zentralschulen“⁴⁰ auf. A. Alberts, Pädagogischer Ausschuss, informierte im Oktober 1957 den Vorstand über Probleme „im Zusammenhang mit der Zentralschule (Mittelpunktschule).“⁴¹ Es kam zu „einer lebhaften Diskussion“⁴², doch der Vorstand ebnete den Weg zur Einrichtung von Mittelpunktschulen und setzte sich damit aktiv für eine verbesserte Chancengerechtigkeit in der Region ein.

Unmittelbare Kontaktnahme mit der regionalen Politik setzte nach einem weiteren Wechsel der Vorstandsbesetzung ein. 1957 löste Arnold Harms Hans Hirte als Vorsitzenden des OLV ab.⁴³ Anfang 1959 wurde E. Richter⁴⁴ zum Schriftführer gewählt.⁴⁵

Im September 1958 machte der Vorstand seinen politischen Einfluss geltend, um die schulische Landschaft zu verändern.

35 Vgl. Leitthema: Schulreform.

36 Vgl. dazu Kap.: Die Reform setzt sich durch.

37 Harms, A., Vorstandssitzung des OLV am 17. Januar 1957. In: OSB 78. Jg., Nr. 2, Feb. 1957, S. 15.

38 Wilhelm Hollenberg war Rektor der Schule Barenburg, Schulaufsichtskreis Emden. Festschrift 1958, S. 35.

39 Harms, A., Vorstandssitzung des OLV am 17.1.57. In: OSB 78. Jg., Nr. 2, Feb. 1957, S. 15.

40 Harms, A., Vorstandssitzung des OLV am 12.9.57. In: OSB 78. Jg., Nr. 10, Oktober 1957, S. 77.

41 Harms, A., Vorstandssitzung des OLV am 30.10.57. In: OSB 78. Jg., Nr. 11, November 1957, S. 85.

42 Ebd.

43 Becker, E.A., Vertreter- und Hauptversammlung des Ostfriesischen Lehrervereins 1958. In: OSB 79. Jg., Nr. 2, Febr. 1958, S. 11. Und: Vorstandssitzung am 12.8.1958. In: OSB 79. Jg., Nr. 10, Okt. 1958, S. 81.

44 Ernst Richter war Lehrer an der Volksschule Weener, Schulaufsichtskreis Weener (Ems). Festschrift 1959, S. 74.

45 Vorstandssitzung des OLV am 11.3.1959. In: OSB 80. Jg., Nr. 4, April 1959, S. 35.

„Eine bessere Chance, den Aufgaben einer ländlichen Schule entsprechend den Erfordernissen unserer Zeit eines Umbruchs gerecht zu werden.“⁴⁶

Der Vorstand lud Vertreter der Regierung des Bezirkes Aurich⁴⁷, die Schulräte, die Mitglieder des BLR und die Presse zu einem Gespräch in das Depottre-Haus, Aurich, ein.⁴⁸ Eine Diskussion, die letztlich auf politischer Ebene Zustimmung fand und darüber hinaus zur Zusammenarbeit der ländlichen Gemeinden beitrug.⁴⁹ Dieser Vorgang zeigt deutlich, wie viel Anerkennung die regionale Lehrervertretung erhielt. Es kamen, das wurde oben bereits geschildert, alle eingeladenen Organisationen und Parteien, sie diskutierten mit und machten sich das Leitthema Schulreform zu Eigen.

Der Einfluss des Lehrervereins über die Arbeit des Vorstandes spiegelte sich insbesondere Anfang der sechziger Jahre stark in den politischen Diskussionen zur Struktur des Bezirkes und zum entstehenden neuen Raumordnungsplan.⁵⁰ Die Umsetzung der mit den Leitthemen erarbeiteten Schwerpunkte zur Gestaltung der Schullandschaft in den Raumordnungsplan muss als politischer Erfolg gewertet werden.

1961 erreichte der Vorstand eine Zusammensetzung, die eine Neuordnung der Arbeitsformen notwendig machte. Dem Vorstand gehören unter dem Vorsitz von A. Harms und dessen Stellvertreter H. Hothan⁵¹ jetzt zehn weitere Mitglieder an. D. Alting war weiterhin als Rechnungsführer tätig, E.A. Becker als Schriftleiter des OSB, A. Ehlers⁵² war als Vertreterin der gewerkschaftlichen Landesstelle⁵³ tätig, G. Simon⁵⁴ als Vertreter des Landlehrerausschusses, Th. Schmidt⁵⁵ als Vorsitzender des Heimatkundeauschusses, M. Meyer als Vorsitzender des Schulpolitischen Ausschusses, A. Alberts als Vorsitzender des Pädagogischen Ausschusses, R. Bode⁵⁶ als

46 Metger, H., Die Dörfergemeinschaftsschule. In: OSB, 79. Jg., Nr. 10, Oktober 1958, S. 77.

47 Es kommen Regierungsdirektor Kind, Reg.- u. Schulrat Wiemann. Vgl. Becker, E.A., Kommentar zu: Die Dörfergemeinschaftsschule. In: OSB, 79. Jg., Nr. 10, Oktober 1958, S. 78.

48 Ebd., S. 78.

49 Vgl. Kap.: Die Reform setzt sich durch.

50 Vgl. Kap.: Die politische Dimension der Zukunft in der Raumordnung.

51 Gewählt 1961. Vertreterversammlung des Ostfriesischen Lehrervereins am 4. Oktober 1961 in Leer. In: OSB 82. Jg., Nr. 10, Okt. 1961, S. 99.

52 Annemarie Ehlers war Lehrerin an der Realschule Emden. Schulaufsichtskreis Emden. Vgl. Festschrift 1965., S. 89.

53 Sie sollte den Vorsitz im entstehenden Gewerkschaftlichen Ausschuss übernehmen. Ebd.

54 Günter Simon war Rektor der Volksschule Hinte. Vgl. Festschrift 1965. S. 66.

55 Theodor Schmidt war Rektor der Volksschule Leerhufe. Vgl. Festschrift 1965. S. 83.

56 Renate Bode war Lehrerin an der Volksschule Loga. Vgl. Festschrift 1965. S. 70.

Vertreterin der Lehrerinnen, W. Schmidt⁵⁷ als Vorsitzender der Fachgruppe Mittelschule und N. de Vries, Vertreter des Ausschusses junger Lehrer.⁵⁸

Am 2.10.1961 richtete der OLV einen Geschäftsführenden Ausschuss (GA)⁵⁹ ein, der in der Zusammensetzung A. Harms, H. Hothan, D. Alting, W. Schmidt tagen und die „Gesamtvorstandssitzungen vorbereiten, die Tagesordnungen aufstellen und schnell zu bearbeitende Aufgaben erledigen“ soll.⁶⁰

Die folgenden Kapitel zeigen an drei Beispielen, welche Möglichkeiten der politischen Einflussnahme der GA und der Vorstand entwickelten.

Die Beteiligung der Lehrerschaft an den Aktivitäten der Lehrervereine aber ging offensichtlich in der gleichen Zeit zurück. Anonym erschien 1963 im OSB eine „aus Sorge geschriebene Glosse“⁶¹, die davon sprach, dass nur noch rund 20 % der Mitglieder zu den Sitzungen und Veranstaltungen erscheinen.⁶² Zwar feierte der OLV am 4. und 5.10.1963 in Norden mit großem Zuspruch das 100jährige Bestehen⁶³, die Arbeit aber wurde auf Bezirksebene vielfältiger und damit unübersichtlicher. 1967 stellte sogar ein Kreisverein ohne Rückmeldung an den Bezirk die Arbeit vollständig ein.⁶⁴ Und dem Vorstand des Lehrervereins fehlten in der Zwischenzeit Mittel, um z. B. „Seminare und Arbeitsgemeinschaften“⁶⁵ durchzuführen. Gremien und Mitgliedschaft des OLV schienen zunehmend unzufriedener mit der Informationspolitik des Gesamtverbandes. Zur VV des GNL 1967 stellte der OV Aurich einen Antrag, der deutliche Kritik enthielt:

„Der Vorstand sollte auf der VV in geeigneter Weise darüber unterrichten, was seit der letzten VV zur Durchführung der damals angenommenen Anträge geschehen ist.“⁶⁶

57 Werner Schmidt war Leiter der Internats-Realschule Nordseebad Langeoog. Vgl. Festschrift 1965. S. 92.

58 Vertreterversammlung des Ostfriesischen Lehrervereins am 4. Oktober 1961 in Leer. In: OSB 82. Jg., Nr. 10, Okt. 1961, S. 99.

59 Ostfriesischer Lehrerverein Vorstandssitzung am 20.10.1961. In: OSB 82. Jg., Nr. 12, Dez. 1961, S. 121.

60 W. Schmidt trug die Funktion des Schriftführers. Ebd.

61 Besuch mäßig – regelmäßig mäßig. Statt eines Jahresberichts der Konferenz. In OSB 84. Jg., Nr. 5, Mai 1963, S. 52.

62 Ebd.

63 Programm Hundertjahrfeier des OLV. In OSB 84. Jg., Nr. 9, Sept. 1963, S. 88.

64 Pladies, H., Satzung des OLV: Hemmschuh oder Ordnungsrahmen? OSB 88. Jg., Nr. 7/8, Juli/August 1968, S. 76 f.

65 Memming, J., Protokoll. Vorstandssitzung des OLV am 2. Juni 1967 in Wiesmoor. In: OSB 88. Jg., Nr. 9, Februar 1967, S. 83.

66 Anträge zur VV des GNL. In: OSB 88. Jg., Nr. 2, Februar 1967, S. 22.

Der Vorstand des OLV machte sich den Antrag zu Eigen⁶⁷, denn schließlich hatte der Vorsitzende A. Harms vorgeschlagen, dass eine „Umstrukturierung des Verbandes“⁶⁸ bevorstehe: „Aufhebung der Landesstellen, dafür Einsetzung von Referaten, Verkleinerung des Vorstandes.“⁶⁹

Es zeichnete sich eine weitere Neuorientierung des Bezirksverbandes ab, der in seiner Arbeitsfähigkeit von der Aktivität der Mitgliedschaft abhing. Einerseits wurden hohe Anforderungen an die regionale Organisation erstellt, die ein „subkulturelles Eigenleben“⁷⁰ entwickelten und sich den Anforderungen der Demokratisierung stellen musste. Andererseits mussten die einzelnen Gremien des OLV dem Anspruch auf Umsetzung der Beschlüsse nachkommen können, obwohl die entscheidende Entwicklung des Bildungswesens an die politische Entscheidung auf Landesebene gebunden waren.

4.1.2 *Die politische Dimension der Zukunft in der Raumordnung*

Anfang der sechziger Jahre zeichnete es sich ab, dass die allgemein bestehenden Probleme in der Gestaltung der kommunalpolitischen Landschaft der Region zur Diskussion gestellt werden sollten. Am 11.2.1963 bereite der Vorstand des OLV eine „Arbeitstagung mit der Bezirksregierung“⁷¹ vor. Der GA erhielt den Auftrag, die Themen, die durch die Arbeitsausschüsse und Fachgruppenvertretungen vorgetragen werden sollten, vorab zu prüfen und „die Auffassung des OLV zu formulieren.“⁷²

An der Arbeitsbesprechung, die mit gleichem Umfang wie 1958 bereits einmal tagte⁷³, sollten der Regierungspräsident und weitere fünf Dezernenten teilnehmen, acht Vertreter und eine Vertreterin des OLV-Vorstandes hatten vorzutragen.⁷⁴ Zwar bildete das Schwerpunktthema Schulreform, die Vorbereitung der Einrichtung von Mittelpunktschulen⁷⁵, den Kern, aber es ent-

67 Protokoll. Vorstandssitzung des OLV am 31. Januar 1967. In: OSB 88. Jg., Nr. 3, März 1967, S. 31.

68 Ebd.

69 Ebd.

70 Scheer, H., Innerorganisatorische und innerparteiliche Demokratie. In: Greiffenhagen, M., 1973. S. 140.

71 Schmidt, W., Protokoll. Vorstandssitzung des OLV am 11. Februar 1963. In: OSB 84. Jg., Nr. 3, März. 1963, S. 30.

72 Ebd.

73 Becker, E.A., Die Dörfergemeinschaftsschule. In: OSB, 79. Jg., Nr. 10, Oktober 1958, S. 77.

74 Schmidt, W., Protokoll. Vorstandssitzung des OLV am 11.3.1963. In OSB 84. Jg., Nr. 5, Mai 1963, S. 53 f.

75 Ebd.

wickelte sich eine weitere Dimension der Teilhabe an Entscheidungsprozessen der regionalen Politik. Es kann als ein Ergebnis der Gespräche mit Regierungsvertretern angesehen werden, dass die Vorschläge des Lehrervereins nun Eingang in die Raumplanung fanden, die einen für die Zukunft der Region entscheidenden Ordnungsrahmen gab. Der Regierungspräsident ließ einen Raumordnungsplan⁷⁶ aufstellen, der die Entwicklung der Schulen analysierte und vorauszeichnete.⁷⁷ Ohne Nennung der Interessenvertretung der Lehrkräfte bezeichnet der Plan die Gründe:

*„Das Wachstum der Bevölkerung ..., angestauter Nachholbedarf im Schulbau, neue pädagogische Zielsetzungen ... haben eine erhebliche raumbeeinflussende Wirkung.“*⁷⁸

Die Situation der allgemeinbildenden Schulen wurde in Zahlen umrissen und diesen Zahlen war entnehmbar, dass eine Möglichkeit der Teilhabe an qualifizierender Bildung den Heranwachsenden dieser Region nur zu einem sehr geringen Prozentsatz gegeben wurde:

*„Der Anteil an der Gesamtschülerzahl liegt im Schnitt bei den Volksschulen bei 83 Prozent (davon im Schnitt 1,2 Prozent Sonderschüler), bei den Mittelschulen bei 8 Prozent, bei den Oberschulen bei 7 Prozent.“*⁷⁹

In den „Folgerungen für die Raumordnung“⁸⁰ wurden die Leitthemen ausgewiesen, die die regionale Interessenvertretung der Lehrkräfte benannt hatte: der „zeitgemäße Ausbau des Schulwesens“⁸¹, die Deckung des „Bedarfs an Wohnungen für die zusätzlichen Lehrkräfte“⁸², eine mit Gemeinden, Politikern und den Schulleitern abgestimmte „Standortwahl der zentralen Schulen ... nach den Grundsätzen moderner Raumordnung.“⁸³

Die Schülerinnen und Schüler der Region sollten durch ein differenziertes, flächendeckendes Angebot die Chance erhalten, sich über die Grenzen

76 Vgl. dazu: Beutz, H., Unsere Heimat in der Zukunft: Ein Raumordnungsplan für Ostfriesland. In: Ostfreesland ein Kalender für Jedermann. Norden: Soltau 1964, Bd. 47, S. 59 ff.

77 Erziehung und Bildung im Raumordnungsplan für Ostfriesland. In OSB 85. Jg., Nr. 12, Dez. 1964, S. 115 ff.

78 Ebd. S. 115.

79 Ebd.

80 Ebd. S. 117.

81 Ebd.

82 Ebd.

83 Ebd.

Ostfrieslands hinaus in der Gesellschaft zu orientieren. Der Durchschnitt aller Schulabgänger mit höherem Schulabschluss sollte angehoben werden.⁸⁴

Die Leitthemen „Schulreform“, „Nachwuchsfragen“, „Jugend und Berufschancen“ waren in der Region auf eine Weise umgesetzt worden, die für die Zukunft hoffen ließ.

Diese Form sollte eine Fortsetzung finden. Für Ostfriesland veröffentlichte der Regierungspräsident einen „kulturellen Entwicklungsplan.“⁸⁵ Dieser Plan wies Bibliotheken, Museen, Theater usw. aus und stellte das Angebot für die Sporterziehung der Schulen in einem gesonderten Abschnitt dar.⁸⁶

Da zur gleichen Zeit in Niedersachsen eine Sachverständigenkommission für die Verwaltungs- und Gebietsreform⁸⁷ die Arbeit aufgenommen hatte, befürchtete der Vorstand des OLV negative Veränderungen durch die nun bevorstehende Neufassung der Raumordnung. Es wurden Bedenken geäußert, dass „der Bezirk Ostfriesland seine Eigenständigkeit“⁸⁸ verliert.

Im Oktober 1966 reagierte die Bezirksregierung auf die bis dahin unbeantworteten Fragen nach der Gestaltung des Schulwesens in Ostfriesland.⁸⁹ Während einer Pressekonferenz stellte die Regierung dar, dass der Schulbau den Reformen so rasch nicht folgen könne und der Lehrermangel weiterhin Probleme bereiten werde.⁹⁰ Anlässlich eines Referates, das H. Jelden⁹¹ am 3. März 1967 im Vorstand zu Schulversuchen hielt, wurde erneut zur Verwaltungsreform zu beraten.⁹²

84 „Der Durchschnitt in den niedersächsischen Großstädten sogar 5 Schüler auf 100 Einwohner.“ Ebd.

85 Ein kultureller Entwicklungsplan für Ostfriesland. In OSB 85. Jg., Nr. 12, Dez. 1964, S. 117 f.

86 Sporterziehung und Sportstätten im Raumordnungsplan für Ostfriesland. In OSB 86. Jg., Nr. 1, Jan. 1965, S. 8 f.

87 Vgl. Niedersächsischer Minister des Innern (Hrsg.), 1966.

88 Hinrichs, H., Protokoll. Vorstandssitzung des OLV am 25. Mai 1966. In: OSB 87. Jg., Nr. 6, Juni 1966, S. 75.

89 Die Bezirksregierung zu den Schulproblemen Ostfrieslands. (Bericht OZ) Abdruck in: OSB 87. Jg., Nr. 10, Juni 1966, S. 105 f.

90 Ebd. S. 105.

91 Hajo Jelden war Mittelschullehrer an der Realschule Westrauderfehn, in dieser Zeit 2. Schriftführer des OLV und Vorsitzender der Fachgruppe Realschule. Vgl. Festschrift 1965, S. 91.

92 Memming, J., Protokoll. Vorstandssitzung des OLV am 3. März 1967. In: OSB 88. Jg., Nr. 4, April 1967, S. 41 f.

Nachteile zeichneten sich ab. Das Land nahm die Umsetzung des Raumordnungsplanes zum Anlass, Strukturveränderungen durchzusetzen, die unter Umständen die nachteilige Randlage der Region erneut verstärkten.⁹³ Die Sachverständigenkommission des Landes⁹⁴ arbeitete nicht öffentlich und die Lehrervertretung wurde nicht einbezogen. Darauf reagierte das Leitungsgremium des OLV verärgert. Der Vorstand verfasste eine Resolution und erklärte, die Landesregierung entwickle „keinen demokratischen Stil, wenn sie die Öffentlichkeit nicht in aller Offenheit über die Notwendigkeit, das Ausmaß und die Durchführung der geplanten Verwaltungs- und Gebietsreform informiert.“⁹⁵

Zwar war der Vorstand mit der Verfolgung der Leitthemen und dem Einbringen der Erfordernisse des Bildungswesens in den Raumordnungsplan erfolgreich gewesen, hatte sich Gehör verschafft und damit Beiträge zur Demokratisierung des Bildungswesens durch die Eröffnung von weiterreichenden Bildungschancen für die Heranwachsenden der Region erreicht, er konnte und wollte aber die Eigenständigkeit des Bezirkes nicht aufgeben.⁹⁶

4.1.3 *Widerstreit der Interessen in Diskussion um das Konkordat*

Die Novellierung des Schulgesetzes⁹⁷ 1965 brachte einen heftigen Konflikt, der die Ostfriesische Lehrerschaft und die Interessenvertretung der Lehrkräfte der Region zu politischem Handeln bewegen musste. Die Katholische Kirche beabsichtigte, über eine Vereinbarung, ein Konkordat mit dem Land Niedersachsen, der Minderheit der Katholiken in einigen Regionen stärkeren Einfluss zu verschaffen. Gleichzeitig sollte das Konkordat eine Ergänzung des 1955 mit der Evangelischen Kirche geschlossenen Loccumer Vertrages darstellen. Die Unterzeichnung des Konkordates am 26.2.1965 erfolgte überraschend zügig, Ministerpräsident G. Diederichs erklärte, dass er eine „gute und freundschaftliche Handhabe des Vertrages“⁹⁸ erwarte.

93 Der OLV zur Gebiets- und Verwaltungsreform. In: OSB 88. Jg., Nr. 10, Oktober 1967, S. 96.

94 Vgl. dazu: von Unruh, G.-Ch., 1978.

95 Der OLV zur Gebiets- und Verwaltungsreform. In: OSB 88. Jg., Nr. 10, Oktober 1967, S. 96.

96 Der Abschlussbericht des Landes Niedersachsen wurde 1969 vorgelegt. Niedersächsischer Minister des Innern (Hrsg.), 1969.

97 Neu gestaltet werden sollte das Gesetz über das öffentliche Schulwesen in Niedersachsen vom 14. September 1954 in der Fassung des Gesetzes vom 26. Juni 1958. Nieders. GVBl. Sb. I, S. 379.

98 Katholisches Büro Niedersachsen (Hrsg.), 2005, S. 19.

Da der Text des Konkordates⁹⁹ Aussagen zum Schulwesen enthielt, schien es unumgänglich, das Schulgesetz auf die Bedingungen des Konkordates hin auszurichten. Das aber wurde von den meisten Lehrkräften und Eltern als Eingriff in die Grundlagen der „offenen Schule“¹⁰⁰ und als Beschränkung der Elternrechte¹⁰¹ betrachtet, der Entwurf der Novelle wurde abgelehnt.

Der Vorstand des OLV sah sich zu politischem Handeln verpflichtet. Während der Sitzung am 12. März 1965 beschloss das Leitungsgremium ein gemeinsames Vorgehen gegen die Umsetzung des Konkordates.¹⁰² Die Mitglieder des Vorstandes machten deutlich, dass die durch die Novelle notwendig werdenden Strukturänderungen den „südlichen Kreis Leer“¹⁰³ treffen würden.

In einer Erklärung des Vorstandes¹⁰⁴ bezeichneten sie die vorgesehenen Änderungen als „Rückschritt“.¹⁰⁵

„Schulpflichtige Kinder in Orten mit evangelischen Minderheiten könnten gezwungen werden, eine weit entfernte Schule besuchen zu müssen.“¹⁰⁶

Vielfältig wehrte sich die Lehrerschaft, denn „der fortschrittliche Geist einer freiheitlichen Ordnung unseres Bildungswesens muß gewahrt bleiben.“¹⁰⁷

In den Lehrervereinen der Region geriet die Rolle der Kirche und ihr Verhältnis zur Schule in die Kritik. Die Konferenz Niederrheiderland lud Pastor Th. Immer zum Gespräch. Der Eingriff des Landes in die Schullandschaft im Auftrag der Kirche wurde als undemokratischer Vorgang gesehen: „Kirche als privilegierte Gesellschaft.“¹⁰⁸

Der GNL initiierte sogar ein juristisches Gutachten, eine Stellungnahme der „Humanistischen Union“ sprach davon:

99 Bischöfliches Generalvikariat (Hrsg.), 1965.

100 Vgl. Darstellung der Entwicklung durch Bungardt, K., Von der Konfessionsschule zur offenen Schule. In: Die Deutsche Schule: 66. Jg., Heft 5, Mai 1974. S. 332 ff.

101 Vgl. zur Auffassung der Zeit: Schäfer, W., 1963.

102 Hinrichs, H., Vorstandssitzung am 12. März 1965 in Wittmund. In: OSB 86. Jg., Nr. 4, April 1965, S. 52 f.

103 Ebd.

104 Harms, A., Der Ostfriesische Lehrerverein zum Konkordat und zur Novellierung des Schulgesetzes. In: OSB 86. Jg., Nr. 3, März 1965, S. 31.

105 Ebd.

106 Ebd.

107 Ebd.

108 Schmidt, B., Konferenz Niederrheiderland. In: OSB 86. Jg., Nr. 3, März 1965, S. 31.

„Die Entscheidung für die Gemeinschaftsschule, die alle Kinder zusammenfasst, ist ... für [die; d.V.] noch sehr ungefestigte bundesdeutsche Demokratie eine Lebensfrage.“¹⁰⁹

Der OLV-Vorstand verfasste am 9. April 1965 eine Petition, die er an den Niedersächsischen Landtag sandte. Darin hieß es:

„Wir meinen, dass eine weitere Konfessionalisierung dem staatlichen Allgemeininteresse widerspricht. Sie bedeutet Rückschritt im schul- und bildungspolitischen Raum.“¹¹⁰

Der Vorstand befürchtete einen Verlust an Selbstständigkeit der Schule und eine Einschränkung der in der Demokratie gegebenen freiheitlichen Ordnung. Er erklärte:

„Wir würden die Einengung einer freiheitlichen Ordnung des Bildungswesens gerade im Lande Niedersachsen nicht verstehen.“¹¹¹

Das Schreiben wurde in der Lehrerschaft in Ostfriesland verteilt und zur Unterschrift ausgelegt. Es gab ein überraschendes Ergebnis. Der Ostfriesische Lehrerverein verzeichnete 1965 insgesamt 1.200 Mitglieder, 1.610 Lehrkräfte unterzeichneten die Petition.

„Darunter waren 1277 Volks- und Sonderschullehrer (davon 20 Lehrkräfte katholischer Konfession – das sind rund 20 Prozent aller katholischen Lehrer Ostfrieslands), 130 Mittelschullehrer, 55 nebenamtliche Lehrkräfte und 148 Lehrer höherer Schulen, Berufsschulen, Schulaufsichtsbeamte und Versorgungsempfänger.“¹¹²

Der Vorgang zeigte, dass die Lehrkräfte der Region sehr genau verfolgten, was in den Interessenvertretungen geschah. Und der Zuspruch zu dieser Aktion, die in der politischen Auseinandersetzung in offener Diskussion geführt werden musste, stellte gleichzeitig eine einmalige Anerkennung der Arbeit der Interessenvertretung dar. Dem Vorstand war es gelungen, überzeugende Mehrheiten auf sich zu vereinen. Zur GNL-Tagung in Göttingen 1965 wurde das Ergebnis des Bezirkes Aurich als herausragend vorgestellt.¹¹³

109 Zitiert in: Becker, E.A., Zu den Fragen um Konkordat und Novellierung des Niedersächsischen Schulgesetzes. In: OSB 86. Jg., Nr. 4, April 1965, S. 50.

110 Ebd., S. 52.

111 Ebd.

112 Ebd. S. 52 (Klammer im Original).

113 Gewerkschaft Erziehung u. Wissenschaft (Hrsg.), 1966, S. 69.

Da in allen Bereichen des Landes Niedersachsen die Proteste aufflammten¹¹⁴ und das Kultusministerium unter politischen Druck geriet¹¹⁵, zog der Kultusminister die Konsequenzen, am 25. April 1965 trat Dr. Mühlenfeld zurück. Die Kritik an der Form der Beratung des Konkordates und an der Eile der Umsetzung in das Schulgesetz riss nicht ab. Landespolitiker gaben zu, dass Informationen zu Verhandlungen um das Konkordat zu spät in die Öffentlichkeit getragen worden seien.¹¹⁶

Weitere Protestveranstaltungen verschärfen die Auseinandersetzung.¹¹⁷ Unterstützung kam jetzt sogar aus den Reihen der Evangelischen Kirche. Pastor E.-E. Janssen erklärte:

*„Nach dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ist die Regelung der Schulfrage in das partnerschaftliche Verhältnis von Staat und Elternschaft hineingebunden.“*¹¹⁸

Die „Entscheidungsfreiheit der Eltern“¹¹⁹ stehe auf dem Spiel.

Der erste Vorsitzende des OLV, Arnold Harms, wandte sich im Mai 1965 an die Öffentlichkeit. In einer umfangreichen Stellungnahme für die Presse gab er eine Übersicht zur Entwicklung und den Folgen des Konkordates. Er stellte klar, dass in diesem Fall seiner Meinung nach Mitbestimmungsrechte beschnitten und politische Entscheidungsfreiheit eingeschränkt worden seien:

*„Die Demokratie gibt jedem Bürger die Verantwortung für sich, seine Mitmenschen und das Ganze, darum sollte sie ihn zur Ausübung dieser Verantwortung auch instandsetzen.“*¹²⁰

Der OLV-Vorstand plante umgehend eine Informationsveranstaltung, um in der Region auch in der Bevölkerung mehr Unterstützung zu erhalten. Am 25. Mai 1965 standen die Vorstandsmitglieder des OLV in Aurich vor überfülltem Saal.¹²¹ Es waren „zahlreiche Vertreter vieler Bevölkerungskreise

114 Ebd.

115 Dies., 1965.

116 Ebd.

117 Becker, E.A., Zu den Fragen um Konkordat und Novellierung des Niedersächsischen Schulgesetzes. In: OSB 86. Jg., Nr. 5, Mai 1965, S. 61 f.

118 Ebd., S. 61.

119 Ebd.

120 Abdruck in: Ebd., S. 62.

121 Becker, E.A., Öffentlicher Diskussionsabend des OLV zu den Fragen um das niedersächsische Konkordat und die Schulgesetznovelle. In: OSB 86. Jg., Nr. 6, Juni 1965, S. 69.

anwesend“¹²², die zu den Auswirkungen des Konkordates informiert werden wollten. Die Veranstaltung „nahm teilweise während der Diskussion einen recht erregten Verlauf.“¹²³ Der Vorstand hatte Prof. Dr. Weymar, Osnabrück, als Referenten zum Thema „Konkordat und Schulgesetznovelle in Niedersachsen 1965“¹²⁴ eingeladen. Weymar stellte Schritte vor, die vor der Schulgesetznovelle genommen werden sollten. Das Konkordat sollte unter anderem „zunächst der Öffentlichkeit zur Stellungnahme vorgelegt“¹²⁵ werden, die „staatspolitische Richtigkeit“¹²⁶ müsse geprüft und die „pädagogische Fachwelt“¹²⁷ zu den Auswirkungen des Konkordates auf das Schulgesetz gehört werden. Das waren Forderungen, die kaum einer Umsetzung entgegenzusehen konnten. Zusätzlich zeigten sich in der Diskussion die anwesenden Mitglieder des Landtages Onnen (SPD), Aurich, Mühling (SPD), Bingham, und Rosenberg (SPD), Emden, indifferent.¹²⁸ Überwiegend signalisierten sie keine eindeutige Ablehnung des Konkordats und äußerten sich nicht konkret zur Schulgesetznovelle. Es gab auch Einzelstimmen. Studienrat Kurth, Aurich, „sprach aus der Sicht eines katholischen Vaters. Er betonte vor allem das Recht der Eltern, die ihnen passende Schulform für die Kinder zu wählen.“¹²⁹

Und ein junger Bankkaufmann beschwerte sich darüber, dass „man Jugendgruppen in der Angelegenheit ... nicht zur Diskussion herangezogen habe.“¹³⁰

Die Mehrheit äußerte sich gegen eine Verabschiedung des Konkordates durch den Niedersächsischen Landtag. Im Juni 1965 rief der Vorstand alle Kreis- und Ortsvorsitzenden des OLV zusammen, da die Ratifizierung noch vor den Ferien erfolgen sollte.¹³¹ Am 18.6.65 verfassten die Vertreter und Vertreterinnen des Lehrervereins eine Stellungnahme für die Presse, die noch vor Verabschiedung des Konkordates und der Schulgesetznovelle veröffentlicht werden sollte.¹³² In dieser Erklärung wehrte sich die ostfriesische

122 Ebd.

123 Ebd.

124 Ebd.

125 Ebd.

126 Ebd.

127 Ebd.

128 Ebd.

129 Ebd., S. 71.

130 Ebd., S. 69.

131 Bericht dazu ohne Titel. In: OSB 86. Jg., Nr. 6, Juni 1965, S. 71 f.

132 Vollständiger Abdruck in: Ebd.

Lehrerschaft gegen den Vorwurf der „Störung des Schulfriedens“¹³³ und betonte:

*„Demokratische Vernunft und demokratische Reife können doch wohl nicht Kritiklosigkeit bedeuten. Konstruktive Kritik ... ist doch geradezu ein ganz wesentliches Kennzeichen einer freiheitlichen Demokratie.“*¹³⁴

Die Versammlung betonte das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung.¹³⁵ Nachdrücklich wies sie auf die Einschränkung der Freiheit der Pädagogik als Folge der Novelle hin und verlangte eine „Erziehung ohne konfessionelle Bindung“¹³⁶, sie hob hervor:

*„Es geht um die Freiheit und damit um die Wahrhaftigkeit der Erziehung ohne konfessionelle Einengung. Es geht um die Schule in Freiheit. Wir wehren uns auch gegen eine Institutionalisierung der konfessionellen Lehrerbildung, die eine unbefangene Begegnung mit der christlichen Wahrheit zumindest stark beeinträchtigt.“*¹³⁷

Am 30. Juni nahm in dritter Lesung der Landtag Niedersachsen schließlich das Konkordat an.¹³⁸ Es stimmten 14 Mitglieder der FDP-Fraktion und elf Mitglieder der SPD-Fraktion gegen das Konkordat – darunter Thiemann, SPD, Leer. Ein CDU-Abgeordneter und der SPD-Abgeordnete Onnen, Aurich, enthielten sich der Stimme.¹³⁹

Im Juli 1965 wurde das „Zweite Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das öffentliche Schulwesen in Niedersachsen“¹⁴⁰ bereits veröffentlicht. In einer Stellungnahme betonte der OLV-Vorstand, dass die Umsetzung die Schulen vor erhebliche Probleme stellen werde.¹⁴¹ Zur VV 1965 ging der Vorsitzende A. Harms noch einmal auf den Verlauf der Diskussion und die Rolle der Lehrerschaft in der Region ein. Er stellte fest:

133 Erklärung vom 18.6.1965. Ebd.

134 Ebd.

135 GG Art. 5 (1). In: Lehmann, H.G., 2004. Vgl. dazu auch: Hesselberger, D., 1990.

136 Ohne Titel. In: OSB 86. Jg., Nr. 6, Juni 1965, S. 72.

137 Ebd.

138 Konkordat und Schulgesetznovelle vom Niedersächsischen Landtag gebilligt. In: OSB 86. Jg., Nr. 7/8, Juni 1965, S. 87 f.

139 Ebd., S. 88.

140 Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das öffentliche Schulwesen in Niedersachsen. 5. Juli 1965, Nds. GVBl. S. 205. Nds. SVBl. 1965, S. 198 f.

141 Das Niedersächsische Konkordat ist ratifiziert. Stellungnahme des OLV-Vorstandes. In: OSB 86. Jg., Nr. 10, Okt. 1965, S. 116.

„Der gesamte Lehrerstand dürfte an Ansehen in der Öffentlichkeit durch seine klare und entschiedene Haltung in der Konkordatsfrage gewonnen haben.“¹⁴²

Die Auseinandersetzung um das Konkordat hatte ein derart großes Interesse in der Bevölkerung geweckt, dass die Landeszentrale für politische Bildung in Niedersachsen unter Zeitdruck eine Zusammenfassung veröffentlichte.¹⁴³ Im Januar 1966 nahm Kurt Engel¹⁴⁴ in Loccum an einer „Nachlese zum Konkordat“¹⁴⁵ teil. Während dieser Tagung sei das „Miteinandergehen“¹⁴⁶ erneut geübt worden. Staatssekretär Dr. Konrad Müller habe während der Tagung erklärt, dass aus dem Vorgang gelernt worden sei. Wichtige Vereinbarungen würden zukünftig nicht mehr „vor einer allgemeinen Diskussion unterzeichnet.“¹⁴⁷

Das Leitungsgremium der Lehrervertretung in der Region hatte gezeigt, dass es einer Belastungsprobe standhalten konnte. Eine Umsetzung der Leitthemen „Pädagogisierung der Öffentlichkeit“, „Mitbestimmungs- und Mitspracherechte in der Gesetzesdiskussion“, „Politische Einflussnahme“, „Rechte der Schule“¹⁴⁸ war erfolgt.

Auch wenn der Einsatz des Lehrerverbandes auf Landesebene wenig erfolgreich war, so hatte er sich Gehör verschafft, Fachwissen eingebracht und mögliche Wirkungen abgeschwächt. Die Rolle des Interessenverbandes in der Demokratie hatte eine neue Dimension erreicht:

„Bei der gewaltigen Ausdehnung und Kompliziertheit moderner Gesetzgebung sind heute die Vertreter der betroffenen Interessenverbände nicht selten die einzigen wirklichen Experten.“¹⁴⁹

142 Becker, E.A., Vertreterversammlung 1965 des OLV. In: OSB 86. Jg., Nr. 10, Okt. 1965, S. 112.

143 Landeszentrale für Politische Bildung (Hrsg.): Die niedersächsische Schule vor und nach dem Konkordat. Hannover 1965.

144 Kurt Engel war 1. Lehrer an der Volksschule Rhaude, Schulaufsichtskreis Leer II. Festschrift 1965, S. 73. Und Vorsitzender des LV Oberledingerland. Ebd. S. 53.

145 Engel, K., Randnotizen zu Loccum. In: OSB 87. Jg., Nr. 2, Feb. 1966, S. 20.

146 Ebd.

147 Ebd.

148 Vgl. Kap.: Themenbereiche und Leitthemen in der Regionalen Interessenvertretung zur Demokratisierung.

149 Besson, W.; Jasper, G., 1991. S. 54.

4.1.4 *Vertretung der Lehrerinnen und die geschlechtersensible Orientierung in der Demokratie.*

In der Satzung des BLO 1949 wurde die Vertreterin der Lehrerinnen bereits an dritter Stelle genannt.¹⁵⁰ Eine ausformulierte Aufgabenzuordnung aber gab es nicht. Die überregionale Satzung des ADLLV räumte den Vertretungen der Lehrerinnen das Recht ein, „eigene Versammlungen innerhalb einer Fachgruppe oder über deren Rahmen hinaus zu veranstalten.“¹⁵¹

Rektorin Hilda Bruckmann¹⁵², die seit Neugründung des BLO die Vertretung der Lehrerinnen als ständiges Mitglied im Vorstand wahrnahm, machte zur Vorstandssitzung des BLO am 4. Januar 1953 den Vorschlag, die Vertreterin der Lehrerinnen durch die Vertreterversammlung des BLO wählen zu lassen. Der Vorstand stimmte dem zu.¹⁵³ Die Vertretung der Lehrerinnen arbeitete unabhängig, sie wurde nach der VV 1955 zusätzlich dem Ausschuss für Schulpolitik und Standesfragen zugeordnet.¹⁵⁴ H. Bruckmann nahm die Vertretung der Lehrerinnen auch über ihre Pensionierung 1959¹⁵⁵ hinaus bis 1961¹⁵⁶ wahr.

Innerhalb der Standesvertretungen im Lehrberuf besaß die Berufsgruppe Lehrerinnen ein historisch geprägtes Eigenverständnis.¹⁵⁷ Geformt wurde dies Eigenverständnis durch die 1848 in Oldenburg geborene Helene Lange, die Gründerin des Vereins zu Förderung der Erwerbstätigkeit 1866. H. Lange vertrat zwei Prämissen: „Demokratie“ und „Geschlechterdifferenz“.¹⁵⁸

Hilda Bruckmann äußerte sich zu ihrem Selbstverständnis als Lehrerinnenvertreterin 1953 in einem kurzen Artikel. Sie sei „bisher bemüht gewesen, die

150 § 9. Satzung BLO 1949.

151 § 12, Satzung ADLLV legte fest: „Die weiblichen Mitglieder haben das Recht, bei Fragen, die sie besonders angehen, eigene Versammlungen innerhalb einer Fachgruppe oder über deren Rahmen hinaus zu veranstalten.“ Satzung GEW 1950.

152 Zur Biografie: Becker, E.A., Rektorin Hilda Bruckmann – Emden in den Ruhestand getreten. In: OSB 80. Jg., Nr. 4, April 1959, S. 37.

153 Protokoll Vorstandssitzung des BLO am 4. Januar 1953 in Aurich. In: Protokollbuch: Vorstand des BLO/OLV, 1950–1955.

154 Satzung OLV 1955.

155 Zur Biografie: Becker, E.A., Rektorin Hilda Bruckmann – Emden in den Ruhestand getreten. In: OSB 80. Jg., Nr. 4, April 1959, S. 37.

156 Hoppmann, E., Lehrerinnen-Arbeitstagung anlässlich der VV in Leer. In: OSB 82. Jg., Nr. 11, Nov. 1961, S. 110.

157 Über dieses Eigenverständnis wurde oft berichtet. Vgl. dazu: Lange, H., 1892; Brehmer, I. (Hrsg.), 1980; Hanisch, K., 1974; Brock-Utne, B.; Haukaa, R., 1986; Jansen, H. (Hrsg.), 1992.

158 Jacobi, J., Helene Lange. In: Tenorth, H.-E. (Hrsg.), 2003, Bd. 1, S. 199.

Interessen der Lehrerinnen zu vertreten und unsere Einstellung zu mancherlei Fragen des Berufs und Standes darzulegen.“¹⁵⁹

Und sie forderte die Lehrerinnen auf, „sich auch zum Beispiel über die besonderen Erfahrungen der Lehrerinnen auf dem Lande über ihre Wohnungs-sorgen und dergleichen zu äußern. Oder erzählen Sie doch einmal von den sozialen Aufgaben, denen Sie ihre besondere Aufmerksamkeit und Hilfe widmen!“¹⁶⁰

H. Bruckmann setzte für sich zwei Arbeitsschwerpunkte: Eine Verbesserung der Lebenssituation der Lehrerinnen und die Verbesserung der sozialen Absicherung im Lehrberuf.

Die Unterbringung insbesondere unverheirateter Junglehrerinnen und Lehrerinnen im ländlich geprägten Ostfriesland der Nachkriegszeit war ausgesprochen problematisch. Wohnraum blieb wegen der Aufnahme vieler Flüchtlings- und Vertriebenenfamilien über Jahre hinweg knapp und Lehrerwohnungen wurden vorenthalten.¹⁶¹ Es gab Extremfälle. In Rysum war eine Lehrerinnenstelle 1945 von der unverheirateten Lehrerin Marianne Wille angetreten worden. Drei Schuljahre unterrichtete sie, nahm aber zu Ostern 1948 den Dienst nicht mehr auf. Es gab keine Unterbringungsmöglichkeit, es stand ihr noch nicht einmal ein Zimmer zur Verfügung.¹⁶²

Die Konferenzen, der Vorstand des OLV und die örtlichen Lehrervereine forderten immer wieder eine angemessene Unterbringung der Lehrkräfte, also auch der Lehrerinnen.¹⁶³ Als aber eine Lehramtsanwärterin 1953/54 eine Stelle nicht antreten wollte, weil die angebotene Wohnung unzumutbar schien, nahmen die Lehrerinnenvertreterin Hilda Bruckmann und Hans Hirte, Vorsitzender des BLO, dies zum Anlass, gerade diese Lehrerinnenwohnung vor Ort zu besichtigen.¹⁶⁴ In ihrem Bericht zu dieser Besichtigung schilderte H. Bruckmann sehr subjektiv die Fahrt zu dieser Wohnung und ihre Eindrücke. Positiv hob sie die Veränderung der Landschaft in den Jahren nach dem Krieg hervor. H. Bruckmann würdigte die Arbeit, die geleistet wurde,

159 Bruckmann, H., Lehrerinnen im BLO. In: OSB 74. Jg., Nr. 2, Mai 1953.

160 Ebd.

161 Vgl. auch OSB 74. Jg., Nr. 4, 1953.

162 Angaben nach Ohling, J. (Hrsg.), O.J.; S. 106 f.

163 Ebd.

164 Bruckmann, H., Die Lehrerin auf dem Lande. In: OSB 75. Jg., Nr. 8, Aug. 1954.

um die allgemeine Notsituation zu überwinden.¹⁶⁵ Zur Wohnung, die der Lehramtsanwärterin angeboten worden war, schrieb sie:

„In einem ... Fehnhause besichtigten wir die der Lehramtsanwärterin angebotene und von der jetzigen Lehrerin des Ortes benutzte Wohnung, einen etwa 12 qm großen Raum, in dem geschlafen, gearbeitet und musiziert wird. Daneben war der Lehramtsanwärterin ein schräger, nebenan liegender Raum zur eventuellen Benutzung als Schlafräum angeboten worden.“¹⁶⁶

H. Bruckmann führte zusätzlich aus, dass die Lehrerin „vorläufig“¹⁶⁷ mit einem Raum zufrieden sein musste, in dem es noch nicht einmal fließendes Wasser „und ähnliche städtische Bequemlichkeiten“¹⁶⁸ gab.

Die Lehramtsanwärterin hatte eine weitere Wohnung, die ihr angeboten worden war, abgelehnt. H. Bruckmann und H. Hirte suchten auch das Haus des pensionierten Beamten auf, in dem diese Wohnung lag. Sie fanden dort „ein zwar kleines, aber sehr nett eingerichtetes Schlafzimmer. Einen weiteren Raum unten im Hause hätte sich die junge Dame als Wohnzimmer einrichten können, wenn sie nicht das bereitgestellte Wohnzimmer der Eheleute mit benutzen wollte.“¹⁶⁹

Eine Lehrerin trat schließlich die vakante Stelle an. Über deren Erfahrungen schrieb Bruckmann, sie sei zufrieden, weil sie sich über „die aufgeschlossene, herzliche Art ihrer Wirtsleute“¹⁷⁰ sehr freue und „der Schule durchaus positiv“¹⁷¹ gegenüberstehe.

Während der Rundreise besuchten die Vertreterin und der Vertreter des OLV noch eine weitere Lehrerin, die in einer Wohnung lebte, die aus „einem recht mangelhaften, bescheidenen Zimmerchen bestand.“¹⁷² Aber auch diese Lehrerin schien zufrieden, denn die Gemeinde hatte angekündigt, eine neue Schule mit Lehrerinnen-Wohnung zu bauen.

165 Ebd.

166 Ebd.

167 Ebd.

168 Ebd.

169 Ebd.

170 Ebd.

171 Ebd.

172 Ebd.

Im Jahr zuvor hatte der Lehrerverein eine Befragung zur Situation der Dienstwohnungen und Schulen in Ostfriesland veröffentlicht.¹⁷³ H. Bruckmann erwähnte zwar einleitend diese Befragung, doch die Zusammenfassung wies nicht aus, wie viele Wohnungen für alleinstehende Lehrerinnen überhaupt zur Verfügung standen. Es ist aber davon auszugehen, dass auf Grund der Wohnraumnot in Ostfriesland durch die Unterbringung der Vertriebenen und Flüchtlinge, den Unverheirateten kaum größere Wohnungen zur Verfügung gestellt werden konnten.¹⁷⁴ Die Elternschaften einzelner Gemeinden reagierten mit völligem Unverständnis auf die fehlenden Wohnmöglichkeiten der Lehrerinnen. Es war nicht einsehbar, dass sie auf eine Lehrerin verzichten mussten, nur weil es an Wohnraum fehlte. Die Elternschaften griffen zu drastischeren Mitteln und veranlassten 1954 Schulstreiks in den Gemeinden Westdorf (Norden) und Widdelswehr (Leer).¹⁷⁵

Im Januar 1957 bat H. Bruckmann die Lehrerinnen in Ostfriesland darum, „möglichst bald über ihre Wohnverhältnisse Mitteilung zu machen.“¹⁷⁶ Die Frauenvertretung des LVN hatte Auskunft über die Wohnsituation der Lehrerinnen erbeten. Der zunehmenden Zahl der Lehrerinnen auf dem Land musste annehmbarer Wohnraum geboten werden, damit „auch die alleinstehende Lehrerin sich dort wohlfühlen kann und bei Stellenbesetzungen weniger Schwierigkeiten entstehen.“¹⁷⁷

Im März des gleichen Jahres wurde ein Antrag zur VV des LVN formuliert, der OLV erhob die Forderung auf Versorgung der Lehrerinnen mit Dienstwohnungen.¹⁷⁸

1957 wurde das „Gesetz über die Gleichberechtigung von Mann und Frau auf dem Gebiete des bürgerlichen Rechts“¹⁷⁹ durch den Bundestag verabschiedet. Das Gesetz räumte in Fragen der Erwerbstätigkeit und der Mitbestim-

173 Vgl. Torwegge: Schulen und Dienstwohnungen an ländlichen Orten Ostfrieslands. Auswertung der durch Regierung und Bezirkslehrerrat ausgegebenen Fragebogen. In: OSB 74 Jg., Nr. 4, Juli 1953.

174 Ebd.

175 Becker, E.A., Schulstreiks wegen Lehrerwohnungen in Ostfriesland. In: OSB 75. Jg., Nr. 11, Nov. 1954.

176 Bruckmann, H., An alle Lehrerinnen Ostfrieslands. In: OSB 78. Jg., Nr. 1, Jan. 1957, S. 6.

177 Ebd.

178 Anträge des Ostfriesischen Lehrervereins für die Vertreterversammlung des Lehrerverbandes Niedersachsen 1957. In: OSB 78. Jg., Nr. 3, März 1957, S. 21.

179 Gesetz über die Gleichberechtigung von Mann und Frau auf dem Gebiete des bürgerlichen Rechts (Gleichberechtigungsgesetz). Bundesgesetzblatt. Jahrgang 1957. Teil I. Nr. 26 vom 21. Juni 1957. S. 609 ff.

mung in der Familie den Frauen mehr Rechte ein¹⁸⁰, die „halbherzige Reform“¹⁸¹ brachte aber keine Verbesserung für die Lehrerinnen in ihrer beruflichen Situation.

Ende 1959 bat H. Bruckmann erneut die Kreislehrervereine ihr mitzuteilen, „in welchen Orten die den Lehrerinnen zur Verfügung stehenden Wohnungen noch unzureichend sind und nicht den zeitentsprechenden Anforderungen genügen.“¹⁸²

Die ihr zugegangenen Berichte sind leider nicht erhalten. Zu der von H. Bruckmann initiierten Versammlung der Lehrerinnen im Oktober 1959¹⁸³ berichtete sie über die immer noch unzureichende Wohnungsversorgung, es kam zu einer „längeren Aussprache.“¹⁸⁴ Alleinstehenden Lehrerinnen, hieß es, werde immer noch „zugemutet, in nur einem Raume unter primitivsten Verhältnissen zu leben.“¹⁸⁵ Das hemme die „Berufsfreudigkeit“¹⁸⁶ und schränke die sozialen Kontakte erheblich ein. Bruckmann betonte, die Wohnungen der Lehrerinnen sollten zukünftig den einfachsten Anforderungen genügen, es müsse „eine ausreichende Wohnung mit möglichst zeitgemäßen sanitären Anlagen zur Verfügung gestellt werden.“¹⁸⁷ Die Lehrerinnen verlangten eine Absicherung schon bei der Neueinstellung:

*„Die Regierung soll gebeten werden, bei Stellenzuweisungen die Wohnungsverhältnisse dahingehend zu prüfen, ob solche Vorbedingungen erfüllt sind.“*¹⁸⁸

Lehrerin Ingeborg Schmidt-Vilmar¹⁸⁹ erklärte in einem Gespräch, dass es über die problematische Wohnsituation hinaus für die jungen Lehrerinnen von Bedeutung war, die sozialen Kontakte zu pflegen. Für sie brachte die Anschaffung eines eigenen Wagens die entscheidenden Möglichkeiten.¹⁹⁰ Für

180 Ebd.

181 Wolfrum, E., 2006. S. 152.

182 Bruckmann, H., Betr. Wohnungen für Lehrerinnen. In: OSB 80. Jg., Nr. 11, Nov. 1959, S. 106.

183 Die Versammlung erfolgte am 7. Oktober 1959 im Rahmen der HV des OLV 1959. Vgl. Becker, E.A., Vertreter- und Hauptversammlung des OLV 1959. In: OSB 80., Jg. Nr. 11, Nov. 1959, S. 99 f.

184 Bruckmann, H., Versammlungen der Lehrerinnen anlässlich der Hauptversammlung des OLV. Ebd., S. 102.

185 Ebd.

186 Ebd.

187 Ebd.

188 Ebd.

189 Ingeborg Schmidt-Vilmar war Lehrerin an der Schule Holtermoor, Schulaufsichtskreis Weener. Festschrift 1959, S. 72.

190 Vgl. Interview Schmidt-Vilmar.

die jungen Lehrerinnen stellten die Arbeitsbedingungen in Ostfriesland eine erhebliche Belastung dar, denn erschwerend kam hinzu, dass unverheiratete Lehrerinnen nicht das volle Gehalt und weniger Wohngeld erhielten.¹⁹¹ Mit Blick auf die soziale Situation der Lehrerinnen kann also nicht von einer „Gleichstellung der Lehrerinnen“¹⁹² gesprochen werden. Die Verletzung eines der Grundrechte in der Demokratie¹⁹³ wurde durch den OLV zwar nicht hingenommen, doch die Vertretung der Frauen im Interessenverband blieb, das ist den Beiträgen von H. Bruckmann deutlich anzumerken, den überkommenen Wertvorstellungen verpflichtet.

Das zeigt ein weiteres Beispiel.

Die Form der Gleichstellung in der Geschlechterdifferenzierung, der Beachtung der gleichberechtigten Nennung von Mann und Frau in allen Bereichen der Gesellschaft, der beruflichen Tätigkeitsfelder, der Kultur und Sprache, die „geschlechtersensible“¹⁹⁴ Orientierung in der Demokratie, befand sich in der Nachkriegszeit in den Anfängen. Die amtliche Regelung zur Verwendung der Bezeichnung „Frau“ oder „Fräulein“ als so genannte „Personenstandsbezeichnung“ wurde 1954 angeglichen:

„Es muss daher auch unverheirateten weiblichen Personen überlassen bleiben, ob sie sich im behördlichen Verkehr mit ‚Frau‘ oder ‚Fräulein‘ bezeichnen wollen. Solchen Wünschen ist Rechnung zu tragen, soweit sie der Gepflogenheit des täglichen Lebens entsprechen.“¹⁹⁵

Doch diese Regelung ließ alles offen. Eine Lehrerin musste schon von sich aus darauf hinweisen, dass sie mit Frau angesprochen werden wollte. Es gab den Versuch, die Bezeichnung des Lehrervereins sprachlich anzupassen. Im November 1953 wurde der Entwurf der neuen „Satzung des Bezirks-Lehrer- und Lehrerinnenvereines“¹⁹⁶ veröffentlicht. Aber diese Bezeichnung setzte

191 Vgl. Reuer, W., Sozialsituation der Lehrerin/des Lehrers. In: Bierwirth, H.; Hothan, H.; Klattenhoff, K. (Hrsg.), 1995, S. 567 ff.

192 Vgl. Kap.: Themenbereiche und Leitthemen in der Regionalen Interessenvertretung zur Demokratisierung.

193 GG Art. 3. In: Lehmann, H.G., 2004.

194 Es wird zurzeit international die Entwicklung „geschlechtersensibler Konzepte“ angestrebt. Vgl. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, 2003, S. 44.

195 Führung der Bezeichnung „Frau“. Nds. MI / Nds. Min.Präsident und sämtliche nds. Minister. 18.12.1954 II / 4 120 267. Nds. SVBl. 1955, S. 25.

196 Satzung Entwurf BLLO 1953.

sich nicht durch, obwohl noch im Dezember 1953 Lehrerin Ch. Liehr¹⁹⁷ auf der Hauptversammlung des BLO über das Thema „Die Lehrerin in der Gewerkschaft E.u.W.“¹⁹⁸ referierte.

Darüber hinaus brachte die Vertretung der Lehrerinnen Fragen der Bildungschancen der Mädchen 1955 zur Diskussion, als es um Auswirkungen der Koedukation ging. Zur Hauptversammlung des OLV vom 6.-8. Oktober 1955 in Emden referierte A. Pätzold, Hannover, zum Thema „Die Koedukation im Hinblick auf die Mädchenerziehung – und andere Fragen.“¹⁹⁹ Die Fragen der Mädchenerziehung wurden erst Anfang der sechziger Jahre im Zusammenhang mit der Berufsorientierung der Mädchen aufgegriffen.²⁰⁰

H. Bruckmann trat 1959 in den Ruhestand²⁰¹, sie behielt aber ihre Funktionen inne und wollte die Frauenarbeit aktivieren.²⁰² Im August 1959 kritisierte H. Bruckmann während einer Tagung der Konferenzvorsitzenden des OLV die „gering hervortretende Mitarbeit der Frauen“²⁰³ in der Arbeit des Vereins. Sie forderte die aktive Mitarbeit ein, denn „mit der Anerkennung der Frau als gleichwertige Partnerin im Beruf sind für sie mit diesem Recht auch gleichzeitig ... neue Pflichten erwachsen.“²⁰⁴

Zur HV des OLV im Oktober 1959 führte H. Bruckmann eine Nebenversammlung der Lehrerinnen durch. Diskutiert werden sollte das Thema „Lehrerinnen im Verein.“²⁰⁵ H. Bruckmann erklärte:

*„Es entwickelte sich ... eine lebhaftige Aussprache, bei der besonders auf die starke Inanspruchnahme der verheirateten Lehrerin durch Beruf und Haushalt hingewiesen wurde.“*²⁰⁶

197 Christel Liehr war Lehrerin an der Schule Nord, Schulaufsichtskreis Emden. Vgl. Festschrift 1954, S. 28.

198 Vgl. Vorbereitung der Planung. Protokoll Vorstandssitzung des BLO am 9. Dezember 1952 in Aurich. In: Protokollbuch: Vorstand des BLO/OLV, 1950–1955.

199 Angaben nach: Tagungsverlauf. In: OSB 76. Jg., Nr., 9, Sept. 1955, S. 65.

200 Vgl. Schülenburg, G., Zur Mädchenbildung im 9. Schuljahr. In: OSB 84. Jg., Nr., 1, Jan. 1963, S. 4.

201 Becker, E.A., Rektorin Hilda Bruckmann-Emden in den Ruhestand getreten. In: OSB 80. Jg., Nr. 4, April 1959, S. 37.

202 Vorstandssitzung des OLV am 11.3.1959. In: OSB 80. Jg., Nr. 4, April 1959, S. 35.

203 H. Bruckmann referierte zum Thema „Die Lehrerinnen in der Konferenzarbeit.“ Vgl. Becker, E.A., Tagung der Konferenzvorsitzenden des OLV. In: OSB 80. Jg., Nr. 9, Sept. 1959, S. 80.

204 Ebd.

205 Bruckmann, H., Versammlung der Lehrerinnen anlässlich der Hauptversammlung des OLV. In: OSB 80. Jg., Nr. 11, Nov. 1959, S. 102.

206 Ebd.

Die Runde der Lehrerinnen beabsichtigte die Arbeit fortzusetzen. H. Bruckmann lud im Dezember 1959 zu einem Treffen der Lehrerinnen nach Aurich ein. Es referierte Lehrerin Irmgard Meyer²⁰⁷ über die Ergebnisse der Tagung der Frauengruppe des GNL in Goslar.²⁰⁸

1961 leitete H. Bruckmann eine Arbeitstagung zur VV des OLV in Leer²⁰⁹, zu der die Reformpädagogin und Ministerialrätin a.D. Anna Mosolf ihre Auffassungen zur Rolle der Lehrerin darstellte. Mosolf äußerte sich kritisch. Würde die Lehrerin als gleichwertige Mitarbeiterin der Schule anerkannt, dann „könnte dadurch in verwaltungstechnischen Fragen manchmal eine gewisse Einseitigkeit vermieden werden.“²¹⁰ Von der Ausschreibung der Stellen, die nur in männlichen Formen erfolgten, bis hin zur Anerkennung der Arbeit der Frau seien Schranken zu überwinden und mehr Selbstbewusstsein zu zeigen:

*„Häufig sei allerdings bei den Lehrerinnen eine Abneigung dagegen festzustellen, einen leitenden Posten einzunehmen. Bei den wirklich dafür befähigten Lehrerinnen könne man wohl von einer Scheu vor dem Mißtrauen der männlichen Umwelt sprechen.“*²¹¹

Frauen seien, so A. Mosolf, nicht präsent genug, sie seien zu selten vertreten in den Schulleitungen, in den Konferenzen und in den Vorständen der Lehrervereine.²¹² Die Referentin forderte, dass in allen Schulleitungen die Stellvertretung von einer Frau getragen werden müsse und dass die Vorstände der Lehrervereine eine Anzahl Frauen ausweisen müssten, „um ein echtes Bild des Mitgliederstandes zu geben.“²¹³ Dass dieser Anspruch auch durch Vereinbarungen oder rechtliche Regelungen erreicht werden könne, dazu hatte A. Mosolf ein treffendes Argument:

*„Der Grundsatz einer sich ergänzenden Zusammenarbeit wird sogar bei den Elternratswahlen beachtet.“*²¹⁴

207 Irmgard Meyer war Lehrerin an der Schule Nesserland, Schulaufsichtskreis Emden. Festschrift 1959, S. 56.

208 Bruckmann, H., Treffen der Lehrerinnen Ostfrieslands. In: OSB 80. Jg., Nr. 11, Nov. 1959, S. 103.

209 Hoppmann, E., Lehrerinnen-Arbeitstagung anlässlich der VV in Leer. In: OSB 82. Jg., Nr. 11, Nov. 1961, S. 110.

210 Ebd.

211 Ebd.

212 Ebd.

213 Ebd.

214 Ebd.

H. Bruckmann²¹⁵ beendete 1961 ihre Arbeit als Lehrerinnenvertreterin, Nachfolgerin wurde R. Bode²¹⁶, Loga.²¹⁷ H. Bruckmann, die an nahezu allen Sitzungen des Vorstandes und Veranstaltungen des Lehrervereins der regionalen Ebene teilnahm und als Vertreterin der Lehrerinnen im Bezirkslehrerrat tätig war, hatte Verdienste um die Verbesserung der Lebenssituation der Lehrerinnen gesammelt. Die Unterstützung, die sie im Zusammenhang mit den Schulstreiks der Elternschaften erhielt, zeigt, dass die Bevölkerung auf Seiten des Lehrerstandes war.

Die Gleichberechtigung der Frau, die geschlechtersensible Ausgestaltung des Berufes blieb Thema.

Ihre Nachfolgerin im OLV, Renate Bode, umschrieb die von ihr verfolgten Ziele im Stichwortkatalog der Aufgaben des Vorstandes des OLV mit anderen Schwerpunkten:

*„a) Werbung, vor allem in Zusammenarbeit mit dem Ausschuß für Junge Lehrer, b) Wohnungsfragen.“*²¹⁸

Dass innerhalb des Lehrervereins die Berücksichtigung der Lehrerinnen in den Interessenvertretungen – wie von A. Mosolf 1961 gefordert – längst nicht Selbstverständnis war, zeigt eine Nachfrage von R. Bode beim Vorstand des OLV im März 1965. Die Lehrerinnenvertreterin kritisierte²¹⁹ den „Schlüssel für die Aufteilung der Vertreter für Göttingen. Sie fragt, warum sie als Frauenvertreterin nicht delegiert werde.“²²⁰ Der Vorstand reagierte ausweichend:

„Nach längerer Diskussion ist der Vorstand bereit, ihr für zwei Tage das Tage- und Übernachtungsgeld auf OLV-Kosten zu gewähren, damit sie an der VV und den Nebenversammlungen teilnehmen kann. Frl. Bode wird

215 H. Bruckmann starb 1962 im 67. Lebensjahr an einem Herzleiden. Vgl. Vespermann, E., Nachruf. Rektorin Hilda Bruckmann, Emden. In: OSB 83. Jg., Nr. 9, Sept. 1962, S. 97.

216 Renate Bode, Lehrerin an der Volksschule Loga, Schulaufsichtskreis Leer. Vgl. Festschrift 1965. S. 70.

217 Hoppmann, E., Lehrerinnen-Arbeitstagung anlässlich der VV in Leer. In: OSB 82. Jg., Nr. 11, Nov. 1961, S. 110.

218 Ostfriesischer Lehrerverein Vorstandssitzung am 20.10.1961. In: OSB 82. Jg., Nr. 12, Dez. 1961, S. 121.

219 Hinrichs, H., Vorstandssitzung am 12. März 1965 in Wittmund. In: OSB 86. Jg., Nr. 4, April 1965, S. 52 f.

220 Es handelte die Benennung der Delegierten für die VV des LVN. Vgl. Hinrichs, H., Vorstandssitzung am 12. März 1965 in Wittmund. In: OSB 86. Jg., Nr. 4, April 1965, S. 52 f.

*gleichzeitig aufgeben, die Frauenarbeit auf Bezirksebene zu aktivieren.*²²¹

Die Einrichtung einer Vertretung der Lehrerinnen im OLV – wie auch im gesamten Verband – trug nicht dazu bei, dem Grundrecht Gleichberechtigung²²² Geltung zu verschaffen. Gleichzeitig muss festgestellt werden, dass auch der diesem GG-Artikel differenzierend zugefügte staatliche Auftrag nicht umgesetzt wurde. Der Staat hatte „auf die Beseitigung bestehender Nachteile“²²³ hinzuwirken, umgesetzt wurde dieser Auftrag nicht. Wolfrum stellte 2006 fest:

*„Neben schichtenspezifischen Differenzierungen gehören die nach wie vor bestehenden sozialen Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern zu den wesentlichen Charakteristika der Sozialstruktur moderner Gesellschaften.“*²²⁴

Und H. von Hentig beschrieb in der Rückschau die Entwicklung in der Demokratie:

*„Die Gleichberechtigung, ein so wichtiger Grundsatz unserer Verfassung, wurde schon in der Kindheit das Opfer falscher Ansichten und falscher Verhältnisse.“*²²⁵

Während des in Betracht gezogenen Zeitraums der Arbeit des BLO/OLV wurden zum Leitthema „Gleichstellung der Lehrerinnen“²²⁶ nur zwei Anträge gestellt und drei Referate gehalten. Lediglich ein Antrag bezog sich auf die Gleichstellung der Lehrerin im Beruf.²²⁷ Natürlich gab es viele Anträge zur allgemeinen „Verbesserung der Lebenssituation“²²⁸, in der Zusammenschau aber muss festgestellt werden, dass gerade die Rolle der Lehrerin, die in dieser Berufssparte eine immer größer werdende Rolle spielte, in der Demokratisierung des Bildungswesens vernachlässigt wurde.

221 Ebd.

222 GG Art. 3. In: Lehmann, H.G., 2004.

223 GG Art. 3 (2)). Ebd.

224 Wolfrum, E., 2006. S. 250.

225 Hentig, H. von, 1999, S. 23.

226 Vgl. Kap.: Themenbereiche und Leitthemen in der Regionalen Interessenvertretung zur Demokratisierung.

227 VV 1951: Es ging um „gleiche Gehälter für Lehrerinnen unter Maßgabe gleicher Pflichtstundenzahl“; durch KV Oberrheiderland. Anträge zur VV. (27.3.1951 in Leer): Protokollbuch: Vorstand des BLO/OLV, 1950–1955.

228 Vgl. Kap.: Themenbereiche und Leitthemen in der Regionalen Interessenvertretung zur Demokratisierung.

4.1.5 *Regulative der inneren Struktur – der Ehrenrat*

Im Zusammenhang mit der Entwicklung des ersten Bezirksleherrates (BLR)²²⁹ kam 1953 die Frage auf, welche Instanz der Lehrervertretung in Streitfällen, die nicht zum Gegenstand der Verhandlung in der neuen Personalvertretung gehörten, schlichten könne.²³⁰ Der BLR gab den Hinweis, einen Ehrenrat einzurichten, wie er bereits vor 1933 existierte.²³¹

Der KLV Leer riet am 18.3.1953 dazu, die Funktion des Schlichtens dem Bezirksleherrat zu übertragen. Der BLR sei aufgrund des amtlichen Charakters eher in der Lage, alle Lehrerinnen und Lehrer der Region zu erfassen. Die Vollversammlung des KLV Leer übernahm diese Sichtweise und verabschiedete dies als Beschluss am 12. Mai 1953.²³²

Dennoch war es der Lehrerverein Leer, der zur Vertreterversammlung des BLO am 4.1.1954 den Antrag stellte, einen Ehrenrat einzusetzen. Dieser Ehrenrat sollte in der Lage sein, „etwa auftretende Differenzen zwischen allen Lehrkräften zu schlichten.“²³³ Der Vorstand des BLO befürwortete den Antrag während der Vorstandssitzung vom 14. Dezember 1953 und ergänzte:

*„Zu Antrag 9 schlägt der Vorstand vor, Ehrenräte für die Kreisvereine einzurichten.“*²³⁴

Aus dem Lehrerverein Nordbrookmerland wurde während der Jahrestagung 1953/54 für den Kreislehreehrenrat die Lehrerin M. Steffens²³⁵ vorgeschlagen.²³⁶ Der KLV Norden hatte im Sommer 1954 die Bildung des Kreislehreehrenrates abgeschlossen und veröffentlichte dessen Satzung. Diese Satzung umfasste neun Punkte. Nach der Satzung übernahm der Ehrenrat „die Wahrung der Standeswürde und die Sicherung der Eintracht unter der Lehrerschaft.“²³⁷

229 Vgl. Kap.: Formen der Praxis innerer Demokratie, der Aufbau der Personalvertretung.

230 Gerjets: Aus dem Bezirksleherrat Aurich. Lehrer-Ehrenrat. In: OSB 74. Jg., Nr. 4., Juli 1953.

231 Ebd.

232 Ebd.

233 Anträge für die Vertreterversammlung des BLO am 4.1.54 in Westrhauerfehn. In: OSB 75. Jg., Nr. 3, März 1954.

234 Aufzählung gem. Angaben des Protokolls Vorstandssitzung des BLO am 14. Dezember 1953 in Aurich. In: Protokollbuch: Vorstand des BLO/OLV, 1950–1955.

235 Meta Steffens war Lehrerin an der Schule Marienhafte, Schulaufsichtskreis Norden. Vgl. Festschrift 1954, S. 39.

236 Lehrerverein Nordbrookmerland. In: OSB 75. Jg., Nr. 3, März 1954.

237 Satzung Kreislehreehrenrat 1954.

Auf Antrag des Vorsitzenden des KLV, auf Antrag einer Lehrkraft oder auch aus eigener Initiative konnte sich der Ehrenrat befassen mit „persönlichen Differenzen unter Kollegen und mit dem dienstlichen oder außerdienstlichen Verhalten eines Kollegen, sofern dadurch das Ansehen des Lehrerstandes untergraben wird.“²³⁸

Der Ehrenrat setzte sich in der Regel aus fünf Mitgliedern zusammen. Vier Mitglieder wählte der KLV, das fünfte Mitglied sollte vom zuständigen Ortslehrerverein benannt werden. Der Ehrenrat bestimmte aus seiner Mitte heraus den Vorsitzenden. Wer in einem Schlichtungsverfahren persönlich betroffen war, konnte sich befragen erklären. Das Verfahren musste aber in jedem Fall von mindestens drei Mitgliedern des Ehrenrates geführt werden. Die Selbstverpflichtung des Ehrenrates legte fest, er solle „sich bei seiner Tätigkeit leiten lassen von dem Geiste der Versöhnlichkeit und Weitherzigkeit. Er hat jede Angelegenheit nach bestem Wissen und Gewissen zu prüfen, unparteiisch zu verfahren und jedermann – auch der Behörde – gegenüber Schweigen zu bewahren. Er muß dem Mitglied, gegen das ein Verfahren schwebt, ausgiebig Gelegenheit geben, zu seiner Verteidigung. Insbesondere muss er die Zeugen des Angeschuldigten zu Wort kommen lassen und sein sonstiges Beweismaterial prüfen.“²³⁹

Der Ausgang eines jeden Verfahrens sollte im Regelfall schriftlich festgehalten werden, es konnte aber auch vereinbart werden, keine schriftlichen Unterlagen über ein Verfahren anzulegen. Es hieß in Pkt. 6 der Satzung:

*„Ein mit den Unterschriften versehener Spruch ist für die Beteiligten verbindlich.“*²⁴⁰

Welche Inhalte ein solcher Spruch enthalten konnte, wurde nicht festgelegt. Es hieß lediglich, dass bei negativem Ausgang des Verfahrens nur im Fall eines Mitgliedes des OLV oder eines Verbandes jeweils dem entsprechenden Vorstand der Beschluss vorgelegt werden solle. Abschließend wurde die beratende Funktion des Ehrenrates noch einmal betont und erklärt:

*„Er hat keinerlei Befugnis, Strafen zu verhängen. Seine Tätigkeit beschränkt sich auf die Feststellung und kritische Würdigung des Sachverhaltes auf Empfehlungen und Ratschläge.“*²⁴¹

238 Ebd.

239 Ebd.

240 Ebd.

241 Ebd.

Der Kreislehrerverein Emden-Krummhörn gründete am 23. August 1954 einen Kreislehrerehrenrat. Die vorgeschlagene Satzung des KLV Norden wurde für den Kreislehrerehrenrat Emden übernommen. Die Versammlung berief als Mitglieder Rektor Meyer, Pewsum, als Vorsitzenden, Rektor Vespermann und Rektorin Bruckmann als Vertreter der Konferenz Emden, Lehrer Lange²⁴², Manslagt, und Lehrerin Biermann²⁴³, Greetsiel, als Vertreter der Konferenz Krummhörn. Es wurde festgelegt, dass die weiblichen Mitglieder des Ehrenrates nur dann zur Beratung hinzugezogen werden, wenn eine Lehrerin betroffen sei.²⁴⁴

Da die Arbeit der Ehrenräte absoluter Verschwiegenheit unterlag, sind Beispiele aus der tatsächlichen Arbeit nicht bekannt.

Der Ehrenrat sollte als Regulativ der inneren Struktur wirken, sollte zur Einheit und zur Einigkeit eines Standes in der Gesellschaft beitragen.²⁴⁵ Die Entwicklung der Gruppe innerhalb des Rechtsstaates führte im Rahmen der Umsetzung der Mitwirkungsrechte im Berufsstand zu einer mit differenzierter Aufgabenstellung versehenen Personalvertretung, die auf dem Hintergrund staatlich gegebener Gesetze agierte. Das machte die Arbeit der Ehrenräte bald überflüssig. Die Kreisorganisationen des OLV führten diese Einrichtung nicht weiter.²⁴⁶

Der Ehrenrat stellte einen Aspekt des Selbstverständnisses der Interessenvertretung in der Demokratie dar. Es sollte sich eine Berufsgruppe mit dem Bildungssystem identifizieren, die ohne jeden Tadel zu sein hatte. Anders gesagt: Diese Form der Mitwirkung stärkte die Lehrervertretung in ihren Aussagen in der Gesellschaft, sie wird geführt mit der Absicht, dass die „Erhöhung der Partizipationsrate in ausdifferenzierten und arbeitsteiligen Organisationen mehr Leistungsmotivation und damit bessere Zielverwirklichungschancen eröffnet.“²⁴⁷

242 Wilhelm Lange war Lehrer an der Schule Manslagt. Vgl. Festschrift 1954, S. 29.

243 Erna Biermann war Lehrerin an der Schule Greetsiel. Ebd.

244 Konferenz Emden-Krummhörn. In: OSB 75. Jg., Nr. 9, Sept. 1954.

245 Satzung Kreislehrerehrenrat 1954.

246 Ehrenräte werden in der Regel nur noch von Vereinen geführt. Allein der Bayrische Lehrerinnen- und Lehrerverein, BLLV, führt als Organisation der Lehrkräfte einen Ehrenrat. Satzungen: Bayrischer Lehrerinnen- und Lehrerverein, 2004.

247 Scheer, H., Innerorganisatorische und innerparteiliche Demokratie. In: Greiffenhagen, M., 1973. S. 141.

4.2 Die Ausschüsse

4.2.1 *Entwicklung der Ausschüsse und ihre Arbeitsgebiete als Instrumente der Umsetzung*

Mit der Neugründung des Bezirkslehrervereines (BLO) wurden erste Ausschüsse mit differenzierten Aufgabenbereichen gebildet. Die Satzung des BLO vom 6.4.1949 fasste diese Aufgabenbereiche noch sehr allgemein.²⁴⁸ Es galt die „Vorbereitung oder Ausführung wichtiger Vereinsangelegenheiten“²⁴⁹ vorzunehmen. Die Leitung eines Ausschusses hatte jeweils ein Vorstandsmitglied oder ein Sachverständiger.²⁵⁰ Die Sitzungen der Ausschüsse sollten grundsätzlich unabhängig und frei gestaltet werden, sie fanden „mit Billigung des Vorstandes“²⁵¹ statt.

Nach Gründung des BLO lebten zwei Ausschüsse sofort auf. Der Schulpolitische Ausschuss wurde 1949²⁵² ins Leben gerufen; Merten Meyer, Jahrg. 1890, seit 1946 Rektor an der Volksschule Pewsum²⁵³, übernahm den Vorsitz. Im gleichen Jahr richtete der Vorstand den Erziehungswissenschaftlichen Ausschuss²⁵⁴ ein und übertrug die Leitung Lehrer Albert Alberts²⁵⁵, Lehrer an der Schule Nortmoor.²⁵⁶ Die Neufassung der Satzung des OLV 1955²⁵⁷ wies schließlich drei „Arbeitsausschüsse“²⁵⁸ aus. Der Schulpolitische Ausschuss trug nun die Bezeichnung „Ausschuß für Schulpolitik und Standesfragen“²⁵⁹ und der Erziehungswissenschaftliche Ausschuss die Bezeichnung „Pädagogischer Ausschuß“.²⁶⁰ Auf dem Hintergrund eines Arbeitsschwerpunktes in der pädagogischen Diskussion der Region²⁶¹ setzte der

248 § 10 Ausschüsse. Satzung BLO 1949.

249 Ebd.

250 Ebd.

251 Ebd.

252 Vgl. Bericht von H. Hirte zur Vertreterversammlung 1950. In: Protokoll Vertreterversammlung v. 4.4.1950 in Esens. In: Protokollbuch: Vorstand des BLO/OLV, 1950–1955.

253 Personalien In: OSB 86. Jg., Nr. 4, April 1965, S. 46.

254 Vgl. Bericht von H. Hirte zur Vertreterversammlung 1950. In: Protokoll Vertreterversammlung v. 4.4.1950 in Esens. In: Protokollbuch: Vorstand des BLO/OLV, 1950–1955.

255 Albert Alberts war Vorsitzender der Konferenz „Vereinigung“ LV Stäckhausen/Velde. Vgl. Protokoll 24.1.48. Vgl. Protokollbuch: Konferenz „Vereinigung“.

256 Vgl. Festschrift 1954, S. 31.

257 § 9. Satzung OLV 1955.

258 Ebd.

259 Ebd.

260 Ebd.

261 Vgl. Kap.: Der Heimatkundliche Ausschuss/Bezirksausschuss Heimatkunde.

BLO einen „Ausschuß für Heimatpflege“²⁶² ein. Den Ausschüssen wies die Satzung „Arbeitsgebiete“²⁶³ zu.

Der Ausschuss für Schulpolitik und Standesfragen bearbeitete das Gebiet:

*„Schulpolitik, Gewerkschafts- und Standesfragen und persönliche Angelegenheiten.“*²⁶⁴

Der Pädagogische Ausschuss umfasste:

*„Pädagogik und Psychologie, Fragen der inneren Schularbeit, Vorbereitung Pädagogischer Wochen. Die Arbeit kann auf das Gebiet der Sozialpädagogik erweitert werden.“*²⁶⁵

Und der Ausschuss für Heimatpflege setzte sich ein für:

*„Kulturelle und heimatkundliche Fragen, insbesondere des ostfriesischen Raumes. Förderung der Pflege und der Sicherung ostdeutschen Kulturgutes. Landschaftsgebundene Schulbücher. Heimatkundliche Schriftenreihen. Zusammenarbeit mit der Ostfriesischen Landschaft.“*²⁶⁶

Erstmals formulierte die Satzung auch die Zusammensetzung der Ausschüsse. Dem Pädagogischen Ausschuss und dem Ausschuss für Heimatpflege gehörten jeweils „zwei gewählte Mitglieder“²⁶⁷ aus den KLV an. Zum Ausschuss für Schulpolitik und Standesfragen zählten pro KLV ein Mitglied, ihm gehörten zusätzlich „eine Lehrerin, ein Junglehrer, ein Mittelschullehrer, ein Sonderschullehrer und ein Vertreter der 131er“²⁶⁸ an. Jetzt stellte der Vorstand des BLO nicht mehr die Vorsitzenden aus ihrer Runde, sondern die Ausschüsse wählten „ihre Vorsitzenden selbst.“²⁶⁹ Im März 1956 berichtete A. Harms, dass die sechs Kreisvereine die Ausschüsse besetzt hatten.²⁷⁰ Zur Vorstandssitzung im Juni 1956 stellten die Ausschüsse ihren Tagungs-

262 § 9. Satzung OLV 1955.

263 Vgl. § 6, 1. Ebd.

264 Ebd.

265 Ebd.

266 Ebd.

267 Ebd.

268 Ebd.

269 Ebd.

270 Harms, A., Bezirksausschüsse des OLV konstituiert. In OSB 77. Jg., Nr. 3, März. 1956, S. 19. (Nur ein Vertreter der 131er im Ausschuss für Schulpolitik und Standesfragen wurde nicht benannt. Anm. d. Verf.)

rhythmus vor. Der Päd. Ausschuss sollte nach Bedarf zusammentreten²⁷¹, der Schulpolitische Ausschuss rechnete mit „vier- und fünfmaliger Zusammenkunft im Jahre“²⁷² und der Ausschuss für Heimatpflege kündigte ein monatliches Treffen an.²⁷³ 1961 erweiterte sich die Zahl der Ausschüsse. H. Hothan gab zu Protokoll, „dass sich die Junglehrerververtretung in ‚Ausschuß für junge Lehrer‘ umbenannt hat.“²⁷⁴ Eine entsprechende Änderung der Satzung erfolgte noch im gleichen Jahr.²⁷⁵

Ein „Gewerkschaftlicher Ausschuß“²⁷⁶ wurde im Februar 1962 eingerichtet, den Vorsitz übernahm Annemarie Ehlers²⁷⁷, Emden.²⁷⁸ Dieser Ausschuss bekam eine umfangreiche Aufgabenbeschreibung. Sie reichte von der Besoldungsnovelle über Fragen des Oberstufenlehrers, der Bewährungsprüfung, der Sicherung der Rechte von Schulleitern bis hin zur Gewährung von Beihilfen und Heilkuren nach der Pensionierung.²⁷⁹ Da diese Aufgabenbeschreibung das Arbeitsfeld des Ausschusses für Schulpolitik und Standesfragen betrafte, führte der Vorsitzende M. Meyer bald Klage über eine „Einengung der Aufgaben“²⁸⁰ durch die Gewerkschaftliche Bezirksstelle. Zur VV 1965 stellt der LV Leer den Antrag, die „Schulpolitische Bezirksstelle“²⁸¹ und die „Gewerkschaftliche Bezirksstelle“²⁸² unter der alten Bezeichnung „Bezirksstelle für Standesfragen und Schulpolitik“²⁸³ wieder zusammen zu schließen. Der Antrag setzt sich nicht durch.²⁸⁴ Daraufhin legte die Vorsitzende der

271 Harms, A., Vorstandssitzung des OLV am 2. Juni 1956. In OSB 77. Jg., Nr. 6, Juni 1956, S. 46 f.

272 Ebd.

273 Ebd.

274 Ebd.

275 Entwurf einer Satzung für den OLV. In: OSB 82. Jg., Nr. 7/8, Jul./Aug. 1961, S. 72 f.

276 Sandvoß, O., Gewerkschaftlicher Ausschuß im OLV. In OSB 81. Jg., Nr. 3, März 1962, S. 32.

277 Annemarie Ehlers war Vertragslehrerin an der Realschule Emden, Schulaufsichtskreis Emden. Vgl. Festschrift 1964, S. 89.

278 Sandvoß, O., Gewerkschaftlicher Ausschuß im OLV. In OSB 81. Jg., Nr. 3, März 1962, S. 32.

279 Ebd.

280 Meyer, M., Fragen um die Mittelpunktschule und die ländliche Sonderschule. In OSB 84. Jg., Nr. 9, Sept. 1963, S. 91 f.

281 Die Bezeichnung für den lt. Satzung benannten „Ausschuß für Schulpolitik und Standesfragen“ wurde im Sprachgebrauch der Protokolle und der Beiträge zum OSB oft variiert. (Anmerkung d. Verf.). Vgl. Anträge zur Vertreterversammlung des OLV. In: OSB 86. Jg., Nr. 9, Sept. 1965, S. 110.

282 Ebd.

283 Ebd.

284 Becker, E.A., Vertreterversammlung 1965 des OLV. In: OSB 86. Jg., Nr. 10, Okt. 1965, S. 114.

Gewerkschaftlichen Bezirksstelle, A. Ehlers, den Vorsitz nieder²⁸⁵, die freiwerdende Position konnte nicht wieder neu besetzt werden.

Zwischenzeitlich nahm für nur begrenzte Zeit ein Presseausschuss die Arbeit auf, er tagte erstmalig im April 1962. Der Ausschuss machte es sich zur Aufgabe, die „ostfriesische Presse zu beobachten, die Schule, die Schulpolitik und unsere Verbandsarbeit betreffende Artikel zu sammeln.“²⁸⁶

Der BLO/OLV entwickelte über die Einrichtung der Gremien die Instrumente, die notwendig waren, Beschlüsse umzusetzen und die Aufgaben gemäß Satzung zu erfüllen. Die mit den Anträgen an die VV, mit den Entschlüssen der HV und den Beschlüssen des Vorstandes gegebenen Themen wurden aufgenommen und – mit unterschiedlicher Intensität und Wirksamkeit – umgesetzt. Die in den Ausschüssen umgesetzten Themenbereiche sollen nun auf ihre möglichen Auswirkungen auf die Demokratisierung betrachtet werden.

4.2.2 *Der Schulpolitische Ausschuss/Ausschuss für Schulpolitik und Standesfragen*

4.2.2.1 Die bearbeiteten Themenfelder

Merten Meyer, Vorsitzender des schulpolitischen Ausschusses des BLO, gab zur Vertreterversammlung in Esens 1950 einen ersten Tätigkeitsbericht. Er berichtete über die angestrebte Schulreform und die Möglichkeiten zur Einrichtung des Differenzierten Mittelbaues, die Klassenbildung, die Versuchswochen, Schulnot und neue Lehrerstellen.²⁸⁷ Die Arbeit des Ausschusses zur Schulreform und seine Mitwirkung in der Schulpolitik der Region bei der Gestaltung des Schulwesens nahm umfangreiche Formen an. Diese Arbeit wurde bereits ausführlich dargestellt.²⁸⁸

Zu Mitbestimmungsfragen nannte Merten Meyer die Themen „zum Beamten-gesetz: Beamtenrecht, Mitbestimmungsrecht, Versorgungsbezüge für verdrängte Beamte aus dem Osten. Lehrerräte u. koll. Schulleitung.“²⁸⁹

285 Ostfriesischer Lehrerverein. Protokoll. Vorstandssitzung am 3. Oktober 1965 in Wittmund. In: OSB 86. Jg., Nr. 10, Okt. 1965, S. 114.

286 Schmidt, W., Protokoll. Vorstandssitzung des OLV, 22.6.1962. In: OSB 83. Jg., Nr. 9, Sept. 1962, S. 94.

287 Vgl. Protokoll Vertreterversammlung am 4. April 1950 in Esens. In: Protokollbuch: Vorstand des BLO/OLV, 1950–1955.

288 Vgl. Kap.: Wege einer Reform.

289 Vgl. Protokoll Vertreterversammlung am 4. April 1950 in Esens. In: Protokollbuch: Vorstand des BLO/OLV, 1950–1955.

Zur Vorstandssitzung des BLO am 5. Oktober 1950 referierte M. Meyer über die Auslegung des Art. 131 GG.²⁹⁰ Es ging um die Absicherung der Flüchtlingslehrer, dazu brachte er einen Antrag in die VV 1950 ein.²⁹¹ Der Zusammenhalt aller sollte sich auch in der Absicherung des Lehrerstandes insgesamt ausdrücken.

In seinem Geleitwort zur Neuauflage des OSB betonte Merten Meyer die Hoffnung, dass es der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft gelingen werde, die Lehrerschaft auch schulpolitisch zu einen, und führte zur Arbeit seit 1948 aus:

*„Mit betonter Absicht haben wir neben das ‚Recht des Kindes‘ das ‚Recht des Lehrers‘ gestellt. Beides zu vertreten soll auch in Zukunft die Hauptaufgabe der Schulpolitischen Bezirksstelle sein.“*²⁹²

Der Schulpolitische Ausschuss umfasste so ein Themenfeld, das durch die Formulierung der Satzung zum Arbeitsgebiet „Schulpolitik, Gewerkschafts- und Standesfragen und persönliche Angelegenheiten“²⁹³ auf jedes Leitthema hin ausdehnbar war, das einer Interessenvertretung in der Demokratie in ihrer Außenwirkung, d. h. in ihrer Wirkung auf die Gesellschaft, die Politik, die Interessengruppen und Parteien, zur Verfolgung des Vereinszwecks dienlich sein konnte.

Die Vielfalt der vom Schulpolitischen Ausschuss in Protokollen und Beiträgen für das OSB berührten Themenfelder können folglich einzelnen Leitthemen zugeordnet werden: Sicherung der Personalversorgung, Politische Einflussnahme, Mitbestimmungs- und Mitspracherechte in der Gesetzesdiskussion, Dreigliedriges Schulsystem, Unabhängigkeit der Schule, Verbesserung der Lebenssituation, Einbindung der Flüchtlingslehrer, Aufbau der Personalvertretung, Rechtsverhältnis in der Schule.²⁹⁴

Der Schulpolitische Ausschuss bearbeitete Kernfragen der Interessengemeinschaft, formulierte schulpolitische Zielvorstellungen zur Verbesserung des Bildungssystems und erhob Forderungen, die der Interessenvertretung und dem Bestand der Berufsgruppe dienen.

290 Protokoll Vorstandssitzung des BLO am 5. Oktober 1950 in Aurich. Ebd.

291 Protokoll der Vertreterversammlung am 4. April 1950 in Esens. Ebd.

292 Meyer, M., Schulpolitische Bezirksstelle im BLO. Dem Ostfriesischen Schulblatt zum Geleit! In: OSB, 74. Jg., Nr. 2, Mai 1953.

293 Vgl. § 6, 1. Satzung OLV 1955.

294 Vgl. Kap.: Themenbereiche und Leitthemen in der Regionalen Interessenvertretung zur Demokratisierung.

4.2.2.2 Schulpolitische Einflussnahme und Mitbestimmungs- und Mitspracherechte in Gesetzesdiskussionen

1951 erschien eine Sammlung mit dem Titel „Schulrecht in Niedersachsen für Volks- und Mittelschulen.“²⁹⁵ Es handelte sich um eine Zusammenfassung der 1951, sechs Jahre nach der Neueröffnung der Schulen, gültigen Erlasse und Verordnungen. Die Verfasser M. Buchheim und Th. Gläss vermerkten in ihrem Vorwort offen:

*„Es mußte z. B. in Kauf genommen werden, daß viele verwaltungsrechtliche Fragen strittig sind, so lange kein neues Volksschulverwaltungsgesetz das preußische Volksschulunterhaltungsgesetz aus dem Jahre 1906 und das preußische Volksschulfinanzgesetz aus dem Jahre 1936 ersetzt.“*²⁹⁶

Eine Neuformulierung eines Schulverwaltungsgesetzes oder eines allgemeinen Schulgesetzes für Niedersachsen enthielt zwangsläufig Konfliktstoff. Dem Verlangen nach Mitwirkung bzw. Anhörung der Lehrerverbände wurde auf Landesebene nicht entsprochen. So berichtete Merten Meyer zur Vorstandssitzung am 17. Dezember 1951 von der Tagung des LVN in Hannover:

*„Es wird bemängelt, daß der Minister keine Aussprache mit dem Vorstand des L.V.N. angestrebt hat, um auch die Wünsche der Lehrer im Schulverwaltungsgesetz zu berücksichtigen.“*²⁹⁷

Einer der wesentlichen Punkte der Auseinandersetzung war die Frage nach einer möglichen bekenntnisorientierten Ausrichtung der Schule in Niedersachsen. Die Militärregierung hatte schon im Januar 1946 verfügt, dass überall da, wo nach dem Elternwillen und der Schülerzahl eine konfessionelle Schule eingerichtet werden könnte, diese einzurichten sei.²⁹⁸ Nur in den Bereichen, in denen Schulen ohne Bindung des Bekenntnisses eingerichtet seien und die Eltern keine Bekenntnisbindung wünschten, sollten diese Schulen existent bleiben.²⁹⁹ Grimme hatte sich 1946 um Kompromisse bemüht und den Elternwillen nachdrücklich betont.³⁰⁰ Für die Schulgestalter ging es in dieser Diskussion auch darum, wie viel Einfluss den Kirchen auf die Schule

295 Buchheim, M.; Gläss, Th., 1951.

296 Vorwort. Ebd.

297 Vgl. Protokoll Vorstandssitzung des BLO am 17. Dezember 1951 in Aurich. In: Protokollbuch: Vorstand des BLO/OLV, 1950–1955.

298 Erziehungsanweisung an deutsche Behörden. Nr. 1, 22.1.1946.

299 Ebd.

300 Über Bekenntnis-, Simultan- und weltliche Schulen. Rundfunkvortrag am 12. Februar 1946 – Nordwestdeutscher Rundfunk, Hamburg. Vgl. Grimme, A., 1947, S. 127 ff.

eingerräumt wurde.³⁰¹ Solange kein Schulgesetz ausformuliert war, galt das „Gesetz betreffend die Unterhaltung der Öffentlichen Schulen“³⁰² vom 28.7.1906, das auch „Konfessionelle Verhältnisse“³⁰³ regelte.

Es dauerte weitere zwei Jahre, bis erste Entwürfe diskutiert wurden.

Der Vorstand des LVN sandte am 6. August 1953 ein umfangreiches Beratungspapier zum Schulverwaltungsgesetz an alle KLV.³⁰⁴ In den Erläuterungen im Anhang zu diesem Schreiben betonte der LVN drei Aufgaben dieser Gesetzgebung:

„1. die Sicherung des staatlichen Charakters der Schule,

2. die Sicherung der persönlichen Freiheit des Lehrers,

*3. die Sicherung einer gesunden Demokratisierung im pädagogischen Raume.“*³⁰⁵

In Spetzerfehn sprach am 12. August 1953 Walter Kipsch³⁰⁶ zum Thema „Unsere schulpolitische und standesrechtliche Situation.“³⁰⁷ Kipsch erörterte, dass die staatlichen Vorgaben bislang die Aufgaben der Volksschule „beschränkt und begrenzt hat, wie sehr sich aber auch der aktive Teil der Lehrerschaft aber auch dagegen auflehnte und Ziel und Wesen unserer Arbeit weit mehr im menschlichen sah als in einem begrenzten, vom Staat aufgestellten Leitbild.“³⁰⁸

Der Lehrer und Schulleiter setzte seine Hoffnungen in das entstehende neue Schulverwaltungsgesetz. Er hoffte darauf, dass die von der Lehrerschaft aufgestellten Forderungen zur Absicherung der eigenen Arbeit stärker verankern würden.³⁰⁹

301 Vgl. dazu: Rönnebeck: Bericht über schulpolitische Diskussion im Club zu Hannover. 26. August 1946. Vollständiger Abdruck in: Leski, H., 1991, S. 106 ff.

302 Gesetz betreffend die Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen. Abdruck in: Buchheim, M.; Gläss, Th., 1951, S. 60 f.

303 Vierter Abschnitt. Konfessionelle Verhältnisse §§ 33–41. Gesetz betreffend die Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen. Ebd, S. 61 ff.

304 Schreiben Vorsitzender LVN v. 6. August 1953. Vgl. Kreislehrerverein Leer: Protokolle und Schriftverkehr. GEW-Protokolle 1950–1956.

305 Ebd.

306 Walter Kipsch war Rektor der Ledaschule in Leer, Schulaufsichtskreis Leer. Vgl. Festschrift 1954, S. 31.

307 Konferenz Großefehn. In: OSB 74. Jg., Nr. 6, Sept. 1953.

308 Ebd.

309 Ebd.

Am 14.8.1953 referierte der Vorsitzende des LVN, Bautz, in Leer zu schul- und verbandspolitischen Problemen, er erörterte besoldungstechnische Fragen und gab schließlich eine kritische Darstellung der Arbeiten am geplanten niedersächsischen „Schulverwaltungsgesetz“.³¹⁰ Er stellte klar: Die Vorlage sei „auf Grund einer äußerst scharfen, manchmal sinntestellenden öffentlichen Polemik bisher noch nicht über einen Entwurf hinausgekommen.“³¹¹

Es stehe deshalb heute „nur ein Schulverwaltungsgesetz zur Debatte, das den Fragenkomplex Kirche – Staat – Schule eliminiere.“³¹² Außerdem ging er auf das zukünftige Dienstverhältnis der Lehrkräfte ein. Die Personalkosten werde nach dem neuen Gesetz der Staat allein tragen müssen, somit habe also auch nur der Staat allein die Stellenbesetzung vorzunehmen. Denn „dieser biete die Gewähr dafür, dass die Bewerber nach ihrer fachlichen Qualifikation durch pädagogisch geschulte Fachkräfte ausgewählt würden. (Großer Beifall).“³¹³

Ein erster „Entwurf eines Gesetzes über die Verwaltung öffentlicher Schulen (Schulverwaltungsgesetz)“³¹⁴ erschien im Oktober 1953 als Beilage zum Schulverwaltungsblatt Niedersachsen. Die Regierungsvorlage dazu wurde im gleichen Jahr übernommen.³¹⁵

In den Lehrerorganisationen der Region entwickelte sich eine Debatte über die Möglichkeiten der Schulgesetzgebung. Während einer Sitzung des Lehrervereins Norden im November 1953 suchte die Mitgliedschaft in der Diskussion um das Schulverwaltungsgesetz einen Kompromiss:

*„Die Konferenz spricht sich einhellig für die christliche Gemeinschaftsschule aus.“*³¹⁶

Im Dezember 1953 veröffentlichte Lothar Witthaus, Junglehrervertreter, einen „Brief an unsere jungen Kollegen.“³¹⁷ Er forderte die Junglehrerinnen und -lehrer auf, an der Tagung des BLO am 4. und 5. Januar 1954 in West-

310 Freyhoff: Wir treiben ein Werk, laßt es uns in Einheit treiben! In: OSB 74. Jg., Nr. 6, Sept. 1953.

311 Ebd.

312 Ebd.

313 Ebd. (Klammer im Original)

314 Niedersächsischer Landtag, 2. Wahlperiode, Landtagsdrucksache Nr. 1111. Beilage zum Schulverwaltungsblatt für Niedersachsen. Heft 10/1953.

315 Landtagsdrucksache Nr. 1128. Beilage zum Schulverwaltungsblatt für Niedersachsen. Heft 10/1953.

316 Lehrerverein Norden-Stadt. In: OSB 75. Jg., Nr. 9, Dez. 1953.

317 Witthaus, L., Ein Brief an unsere jungen Kollegen. OSB 74. Jg., Nr. 9, Dez. 1953.

rhauderfehn teilzunehmen, und sprach die Entstehung des neuen Schulverwaltungsgesetzes an. Es müsse nun Stellung bezogen werden:

*„Dürfen wir gleichgültig bleiben, wenn es um die Frage: ‚Gemeinschafts- oder Bekenntnisschule?‘ geht? Wir alle – Du und ich, junge und alte Kollegen – müssen den Kampf um unsere Schule führen.“*³¹⁸

Gerade die jungen Lehrkräfte, das betonte Witthaus, müssten ein Interesse an der Mitarbeit in der Lehrerschaft zeigen. Zur VV des OLV 1954 gab es einige Anträge zur Formulierung des Schulverwaltungsgesetzes. M. Meyer, Vorsitzender der Schulpolitischen Fachstelle, brachte eine umfassendere EntschlieÙung zum Schulgesetz durch. Diese EntschlieÙung forderte eine „Festlegung der ‘allgemeinen deutschen Volksschule’ als Regelform der Volksschule, die Gewährung des Mitwirkungsrechtes der Lehrer durch Lehrerräte auf allen Verwaltungsebenen, die sechssemestrige Ausbildung der Lehrer auf Hochschulen und die Durchführung der fachlichen Schulaufsicht in Land, Bezirk und Kreis.“³¹⁹

Gegen den Einfluss der Gemeinden wehrte sich ein Antrag des LV Südbrookmerland.³²⁰ Und der Vorstand des OLV verlangte die Aufnahme der Regelung für die Schulausschüsse in den Gemeinden und forderte, die Besetzung der Schulstellen nach dem „früheren Schulunterhaltungsgesetz“³²¹ vornehmen zu lassen. Im Januar 1954 führte der LV Großefehn eine gemeinsame Tagung mit Lehrkräften aus Wiesmoor in Voßbarg durch.³²² Während dieser Tagung stellte Gemeindedirektor Knippert, Wiesmoor, eine Tonbandaufnahme von der niedersächsischen Landtagsdebatte über das neue Schulverwaltungsgesetz zur Verfügung. Es gab eine lebhaftere Diskussion um die Klärung der Begriffe „Christliche Gemeinschaftsschule“³²³ und „Allgemeine Deutsche Volksschule“.³²⁴ Gleichzeitig erhob die Versammlung die Forderung nach einer autonomen Pädagogik, die sich gegen jeglichen Einfluss „schulfremder Mächte“³²⁵ auf die Schularbeit zur Wehr setzen sollte.

318 Ebd.

319 Ostfriesischer Lehrerverein. Jahreshauptversammlung am 4. und 5. Januar 1954 in Westrhauderfehn. EntschlieÙungen. OSB 75. Jg., Nr. 1. Jan. 1954.

320 Zusammengefasste Anträge an LVN. Vgl. Becker, E.A., Vorstandssitzung des OLV am 10. Jan. 1956. OSB 77. Jg., Nr. 1, Dez. 1956, S. 15.

321 Ebd.

322 Konferenz Großefehn. In: OSB 75. Jg., Nr. 2, Feb. 1954.

323 Ebd.

324 Ebd.

325 Ebd.

Es wurden Parallelen zur schulpolitischen Situation nach dem ersten Weltkrieg diskutiert und deren Probleme erörtert.³²⁶ Während der Tagung des LV Nordbrookmerland im März 1954 gab es eine Auseinandersetzung über einen Aufsatz des Pastors Elster, Petkum, der eine „Resolution zur Schulfrage“³²⁷ im „Sonntagsboten“³²⁸ veröffentlicht hatte. Der LV Nordbrookmerland sprach sich gegen die Bekenntnisschule aus und forderte die „Allgemeine deutsche Volksschule“.³²⁹ Dennoch sollte Religion auch in ihr ordentliches Lehrfach sein.³³⁰

Während der Tagung des LV Großefehn³³¹ im Mai 1954 und während der Versammlungen des LV Krummhörn im April und Mai 1954³³² wurde der Text des neuen Schulverwaltungsgesetzes heftig diskutiert. Der LV Krummhörn forderte die Lehrerschaft und den LVN auf, alles daran zu setzen, dass grundlegende Bestimmungen dieses Gesetzes noch gemildert werden. Besonders der Einfluss der Gemeinden wurde kritisiert:

„Die Versammlung erhob schärfsten Protest gegen das Gesetz, das sämtliche Lehrer zu Landesbeamten macht (also im Sinne unserer Forderungen nach der Staatsschule zu Staatsbeamten), das aber in gleichem Atemzuge den Gemeinden weitgehendes Wahlrecht zugesteht!“³³³

Auch diese Konferenz wollte erreichen, dass ein staatliches Reglement die Vorgaben für die Schulen eindeutig umriss und die Eingriffsmöglichkeiten der Gemeinden beschränkte.

Nahezu zeitgleich entstand eine Debatte um die allgemeine Schulgesetzgebung in Niedersachsen, die unabhängig von der Verwaltungsgesetzgebung geführt werden sollte. Die Einbringung des Entwurfes des Gesetzes „über das öffentliche Schulwesen in Niedersachsen“³³⁴ begleitete der Nds. Ministerpräsident H.W. Kopf mit einer Rede zur 62. Sitzung des Niedersächsischen Landtages am 10. Febr. 1954. Kopf ging auf Schwerpunkte der Diskussion ein, die – wie er sagte – „in besonderem Maße die Gemüter zu beschäftigen

326 Ebd.

327 Lehrerverein Nordbrookmerland. In: OSB 75. Jg., Nr. 3, März 1954.

328 Ebd.

329 Ebd.

330 Ebd.

331 Konferenz Großefehn. In: OSB 75. Jg., Nr. 6, Juni 1954.

332 Konferenz Krummhörn. In: Ebd.

333 Ebd.

334 Entwurf. Gesetz über das öffentliche Schulwesen in Niedersachsen. In: Sonderheft zum Schulverwaltungsblatt für Niedersachsen. März 1954, S. 7 ff.

scheinen.“³³⁵ Der Ministerpräsident zitierte besorgte Anfragen. Es sei befürchtet worden, dass das neue Gesetz die weltliche Schule in Niedersachsen einführen würde. Kopf betonte nachdrücklich, dass der Wille der Eltern respektiert werde. Es gelte zu verhindern, dass in „bekenntnismäßiger Hinsicht eine Minderheit durch eine Mehrheit einfach majorisiert werden könnte.“³³⁶ Er versuchte die öffentliche Diskussion zu dämpfen, in dem er erklärte, „daß sich die Grundsätze dieses Gesetzes durch eine überzeugende Bewährung in der Praxis eine so allgemeine Anerkennung verschaffen werden, daß sich in nicht allzu langer Zeit jedermann ebenso selbstverständlich dazu bekennen wird, wie man sich heute zur Schulpflicht überhaupt bekennt.“³³⁷

Im Vorfeld dieser Debatte hatten die Erzbischöfe und Bischöfe an den Nds. Ministerpräsidenten geschrieben und ihre Bedenken geäußert.³³⁸ H.W. Kopf war bestrebt, die Auseinandersetzung nicht zu einer Debatte um die Ansprüche der Religionen werden zu lassen. Die Neutralität des schließlich verabschiedeten Textes spricht für sich.

Rascher als das Gesetz über das öffentliche Schulwesen verabschiedete der Landtag das „Gesetz über die Verwaltung öffentlicher Schulen (Schulverwaltungsgesetz)“.³³⁹ Es wurde im Juni 1954 veröffentlicht.³⁴⁰ Die Mitglieder des Vorstandes des OLV bezogen am 28. Juni 1954 Stellung zum Schulverwaltungsgesetz.³⁴¹ Der Vorstand formulierte „seinen schärfsten Protest ... gegenüber der Minderung der ‚Rechtsverhältnisse des Lehrers‘, wie sie vor allem im Abschnitt IV. des Gesetzes zum Ausdruck kommt.“³⁴²

Er kritisierte nachdrücklich, dass der Gesetzgeber zwar den Lehrer zum Landesbeamten gemacht habe, die Wahl des Lehrers aber in großem Maße dem Schulträger und damit den Gemeinden vor Ort überlasse. Das sei ein

335 Rede des Nds. Ministerpräsidenten Kopf als Stellv. Kultusminister zur Einbringung der Regierungsvorlage in der 62. Sitzung des Niedersächsischen Landtages am 10. Februar 1954. Sonderheft zum Schulverwaltungsblatt für Niedersachsen. März 1954, S. 4 ff.

336 Ebd.

337 Ebd. S. 6.

338 Abdruck in: Sonderheft zum Schulverwaltungsblatt für Niedersachsen. März 1954, S. 22.

339 Gesetz über die Verwaltung öffentlicher Schulen (Schulverwaltungsgesetz) vom 19. Mai 1954. Nds. GVBl. 1954, S. 29.; Nds. SVBl. 6. Jg., 1954, S. 117 ff.

340 Ebd.

341 Vgl. Protokoll Vorstandssitzung des BLO am 28. Juni 1954 in Aurich. In: Protokollbuch: Vorstand des BLO/OLV, 1950–1955.

342 Der Ostfriesische Lehrerverein protestiert gegen die Minderung der „Rechtsverhältnisse des Lehrers.“ In: OSB 75. Jg., Nr. 7 Juli 1954.

unvereinbarer Widerspruch, die Lehrkräfte seien Landesbeamte.³⁴³ Weiter habe der Staat das Recht veräußert, auf die Stellenbesetzung in den Schulen Einfluss zu nehmen. Es sei fraglich, ob das den Schulträgern übertragene Recht in „positivem Sinne“³⁴⁴ genutzt werden könne. Und ein zweiter wesentlicher Aspekt der grundsätzlichen Kritik an der Gesetzgebung lautete:

*„Den Schülern ist das Recht auf Selbstverwaltung durch das Gesetz gewährleistet, den Lehrern hat der Gesetzgeber das Mitwirkungsrecht vorenthalten.“*³⁴⁵

Der OLV ergänzte die Kritikpunkte mit Hinweisen zu einzelnen Paragraphen, die missverständlich geblieben waren. Es sei nicht ausformuliert, wie gem. § 21(1) das Einvernehmen rein formal zwischen Schulträger und Schulbehörde hergestellt werde.³⁴⁶ Außerdem sei in § 22(1) der Hinweis vermisst worden, wie die so genannte „fünfte Stellenbesetzung“³⁴⁷ bei wenig gegliederten Schulen vorzunehmen sei. Und letztlich sei der § 24³⁴⁸ unverständlich, er bedürfe deshalb einer eingehenden Erläuterung.³⁴⁹ Die Protestnote wurde mit der Bitte um Unterstützung dem LVN übergeben.³⁵⁰

Der Lehrerverein Emden-Stadt entschloss sich zu einer abweichenden Resolution.³⁵¹ Die Mitglieder des Vereines hatten das Schulverwaltungsgesetz interpretiert und die finanziellen Auswirkungen berechnet. Sie stellten fest, dass die Kommune als Schulträger jährlich um rund 500.000 DM entlastet worden sei. Also verabschiedete der Verein eine Resolution. Der Rat

343 Der Abschnitt IV „Rechtsverhältnisse der Lehrer“ des Gesetzes erklärte mit § 20, die Lehrer seien Landesbeamte. Die §§ 21–25 regelten aber lediglich die Einstellung, die Versetzung, die Berufung nebenberuflicher Lehrkräfte. Vgl. Gesetz über die Verwaltung öffentlicher Schulen (Schulverwaltungsgesetz) vom 19. Mai 1954. Nds. SVBl. 1950, S. 120.

344 Ebd.

345 Der Ostfriesische Lehrerverein protestiert gegen die Minderung der „Rechtsverhältnisse des Lehrers.“ In: OSB 75. Jg., Nr. 7, Juli 1954. Hervorhebung im Original.

346 Ebd.

347 Ebd.

348 § 24 „Vor der Versetzung von Schulleitern ist der alte Schulträger zu hören.“ Vgl. Gesetz über die Verwaltung öffentlicher Schulen (Schulverwaltungsgesetz) vom 19. Mai 1954. Nds. SVBl. 1950, S. 120.

349 Der Ostfriesische Lehrerverein protestiert gegen die Minderung der „Rechtsverhältnisse des Lehrers.“ In: OSB 75. Jg., Nr. 7, Juli 1954.

350 Ebd.

351 Eesmann: Resolution des Lehrervereines Emden an die Stadt Emden. In: OSB 76. Jg., Nr. 1, Jan. 1955, S. 6.

der Stadt Emden wurde aufgefordert, mit diesen Mitteln die Volks- und Mittelschulen der Stadt zu fördern.³⁵²

Im September 1954 wurde das „Gesetz über das öffentliche Schulwesen in Niedersachsen“³⁵³ veröffentlicht. Es enthielt die Formulierung:

*„Die von den Gemeinden, Landkreisen, Zweckverbänden und vom Land getragenen Schulen (öffentliche Schulen im Sinne dieses Gesetzes) sind grundsätzlich christliche Schulen. In ihnen werden die Schüler ohne Unterschied des Bekenntnisses und der Weltanschauung gemeinsam erzogen.“*³⁵⁴

Damit war die Entscheidung, ob die Schule in Niedersachsen eine Bekenntnisschule oder eine weltliche Schule sein sollte, umgangen worden. Das Verfahren zur Stellenbesetzung erwies sich als wesentlich stabiler als angenommen. Nur in einem Fall gab es eine Auseinandersetzung um eine Auslegung, gegen die E.A. Becker sich wehrte. Die Gemeinde Friedeburg, Kreis Wittmund, hatte eine Lehrerstelle für die Volksschule ausgeschrieben, eine Fehlinterpretation „der Herstellung des sogen. Einvernehmens.“³⁵⁵

Die Interessenvertretung der Lehrkräfte hatte zwar immer wieder versucht, auf die Formulierungen des Schulverwaltungsgesetzes Einfluss zu nehmen. Doch da auch der LVN auf Landesebene kein Gehör fand, musste sich die Interessenvertretung vor Ort auf Proteste und Hinweise beschränken. Die Wirkungen solcher Aktionen lassen sich nicht an Reaktionen auf Seiten des Gesetzgebers ablesen, dennoch sind die Stellungnahmen wegen ihres fachlichen Hintergrundes von Bedeutung. Den politischen Entscheidungsträgern „sind heute die Vertreter der betroffenen Interessenverbände nicht selten die einzigen wirklichen Experten. Man kann sich ihres Sachwissens bedienen, ohne ihren Forderungen nachgeben zu müssen.“³⁵⁶

Der Hinweis, dass den Schülern zwar Mitbestimmungsrechte eingeräumt worden seien, die Lehrkräfte durch das Gesetz aber in ihrem „Rechtsverhältnis“³⁵⁷ nicht gestärkt würden, hatte nur bedingt Bestand.

352 Ebd.

353 Gesetz über das öffentliche Schulwesen in Niedersachsen vom 14. September 1954. Nds. SVBl. 1950, S. 214 ff.

354 § 2. Ebd., Klammer im Original.

355 Becker, E.A., Der Lehrer – Staatsbeamter? In: OSB 76. Jg., Nr. 1, Jan. 1955, S. 13.

356 Besson, W.; Jasper, G., 1991. S. 54.

357 Der Ostfriesische Lehrerverein protestiert gegen die Minderung der „Rechtsverhältnisse des Lehrers“. In: OSB 75. Jg., Nr. 7 Juli 1954.

4.2.2.3 Fer Praxis innerer Demokratie, der Aufbau der Personalvertretung

Der Schulpolitische Ausschuss und der Vorstand des BLO sahen einen Arbeitsschwerpunkt in der Einrichtung einer Personalvertretung im Bezirk.³⁵⁸ Die erste Einführung der Bezirkslehrerververtretungen mit Erlass des Niedersächsischen Kultusministers vom 18.1.1949³⁵⁹ sollte als Erprobung verstanden werden. Es wurde angekündigt, dass die Bezirkslehrrerausschüsse³⁶⁰ einen neuen Wahlmodus erhalten sollten. Eine genaue Definition der Aufgaben und Rechte der Bezirksvertretungen war erforderlich.³⁶¹ Der Kultusminister äußerte sich 1950 über die Erprobung positiv.

„Aus den Berichten ... ist zu ersehen, dass die Lehrerschaft in den Bezirksausschüssen in sachlich fördernder und beiderseits befriedigender Weise an grundlegenden oder für die Schularbeit und die Lehrerschaft besonders wichtigen Entscheidungen teilnimmt.“³⁶²

Der Vorstand des BLO legte mit Sitzung vom 5. Oktober 1950 fest, dass alle Vereine einen „Entwurf zur Frage der Errichtung von Bezirkslehrräten zugeleitet“ zur Stellungnahme erhalten.³⁶³

Der Entwurf zur Arbeit der Bezirkslehrräte³⁶⁴ regelte die Fragen der Zusammenarbeit mit den jeweiligen Regierungspräsidenten der Bezirke. Der Bezirkslehrrat (BLR) sollte in allen schulischen Angelegenheiten beraten, Mängel und Missstände aufzeigen, Vorschläge für die Besetzung der Stellen im Schulaufsichtsdienst unterbreiten, Sachverständige vorschlagen, Fragen zu den Schulverhältnissen beantworten, Vorschläge für den Schuletat unterbreiten, Lehrkräfte für die Prüfungsausschüsse benennen, die Rechte der

358 Protokoll Vorstandssitzung des BLO am 5. Oktober 1950 in Aurich. In: Protokollbuch: Vorstand des BLO/OLV, 1950–1955.

359 Erlass: Bezirkslehrerververtretungen. Zusammenarbeit mit den Bezirksausschüssen der Lehrerschaft. Erl. d. Nds. KM v. 15.12.1949 III 4164/49, Nds. SVBl. 1950, S. 1.

360 Bezirkslehrrerausschüsse wurden geführt gem. Gesetz betreffend die Unterhaltung der Öffentlichen Volksschulen vom 28.7.1906. Abdruck in: Buchheim, M.; Gläss, Th., 1951, S. 60 ff.

361 Erlass: Bezirkslehrerververtretungen. Zusammenarbeit mit den Bezirksausschüssen der Lehrerschaft. Erl. d. Nds. KM v. 15.12.1949 III 4164/49 Nds. SVBl. 1950, S. 1.

362 Ebd.

363 Protokoll Vorstandssitzung des BLO am 5. Oktober 1950 in Aurich. In: Protokollbuch: Vorstand des BLO/OLV, 1950–1955.

364 Entwurf – Wachsmatrizenabzug LVN v. 20.9.1950. In: Kreislehrerverein Leer: 1950–1956.

Lehrerinnen und Lehrer vertreten, Stellung zu Entlassungen oder Zahlung von Unterstützungen nehmen, Beschwerden und Wünsche weiterleiten.³⁶⁵

In einem zweiten Teil des Entwurfes wurden die Verpflichtungen der Regierungspräsidenten genannt. Diese hatten Beauftragte zu den Sitzungen des BLR zu entsenden, zu Stellungnahmen vor Erlass von Verfügungen aufzufordern, eine Beteiligung an der Vorbereitung amtlicher Einrichtungen zur Fortbildung der Lehrkräfte sicherzustellen, eine Anhörung vor Verhängung von Disziplinarstrafen durchzuführen und einem bevollmächtigten Mitglied des BLR Einsicht in Personalakten zu gewähren.³⁶⁶

Selbstverständlich hatte für sämtliche Vorgänge Amtsverschwiegenheit zu gelten. Die Mitglieder des BLR, deren Amtszeit auf drei Jahre festgelegt wurde, sollten für ihre Tätigkeit keine generelle Beurlaubung erhalten. Und: „Jedes Mitglied genießt den natürlichen Schutz seines Amtes.“³⁶⁷

Der KLV Leer gründete zur Beratung des Entwurfes, den dieser allerdings vom LVN erhalten hatte³⁶⁸, einen Ausschuss.³⁶⁹ Diesem gehörten an: J. Memming³⁷⁰, B. Gerjets³⁷¹, W. Folkerts³⁷², G. Schrader³⁷³, W. Basse³⁷⁴ und F. Doedens.³⁷⁵ Der Ausschuss des KLV kritisierte, dass eine Wahlordnung zum Entwurf fehle, die Schaffung von Kreislehrerräten nicht vorgesehen sei und dem BLR in allen Punkten lediglich Beratungsrecht zugestanden werde. Der KLV forderte mehr Rechte ein:

365 Ebd.

366 Ebd.

367 Ebd.

368 Dieser Vorgang führte zu einem Konflikt mit der Bezirksvertretung. Vgl. Kap.: Grundlagen und Konflikte in der Legitimation verbandspolitischer Einflussnahme in der Region – die Satzungsdiskussion.

369 Vgl. Protokoll der Sitzung des Ausschusses zur Beratung des Entwurfes zur Frage der Einrichtung von Bezirkslehrerräten. KLV Leer, 24.10.1950 In: Kreislehrerverein Leer: 1950–1956.

370 Johann Memming war Mittelschulkonrektor an der Mittelschule Leer, Schulaufsichtskreis Leer. Festschrift 1954, S. 31; und Vorsitzender des LV Leer. Festschrift 1950, ohne Seitenangabe.

371 Bernhard Gerjets war Konrektor an der Osterstegschule Leer, Schulaufsichtskreis Leer. Festschrift 1954, S. 31.

372 Wiard Folkerts war Rektor der Schule Neermoor, Schulaufsichtskreis Leer. Festschrift 1954, S. 35; und Vorsitzender des LV Neermoor. Festschrift 1953, ohne Seitenangabe.

373 Gottfried Schrader war Rektor an der Hoheellernschule Leer, Schulaufsichtskreis Leer. Festschrift 1954, S. 31.

374 Willi Basse war Lehrer an der Hoheellernschule Leer, Schulaufsichtskreis Leer. Ebd.

375 Friedrich Doedens war Lehrer an der Osterstegschule Leer, Schulaufsichtskreis Leer. Ebd.

„Die Lehrerschaft fordert dazu für den Bezirkslehrrat als Arbeitnehmervertretung das für beide Teile bindende Mitbestimmungsrecht.“³⁷⁶

Außerdem sollte der BLR eine offene Einrichtung sein, der auch Rechenschaftspflicht auferlegt werden sollte. Eine Rechenschaftspflicht allerdings, die dem BLO, also dem Lehrerverein gegenüber bestehen sollte. Die Begründung:

„Dieser Punkt dürfte verhindern, daß der Lehrerorganisation (B.L.O.) die Einflußnahme auf die Arbeit des Bezirkslehrrates aus der Hand genommen wird.“³⁷⁷

Der KLV Leer ließ die Stellungnahme dem LVN zukommen, es gab allerdings in der Folge einen Konflikt mit dem Vorstand des BLO.³⁷⁸

Zur gleichen Zeit gab es einen erneuten Anlauf zur Einrichtung von Kreislehrerräten (KLR), die vor 1933 selbstverständliche Einrichtung waren. Durch die Stadt Leer wurde am 5.10.1951³⁷⁹ dem KLV Leer ein Entwurf des Ministeriums³⁸⁰ mit der Bitte um Stellungnahme zugestellt. Dieser Entwurf sah vor, dass ein KLR vor Ort in allen Fragen des Schulwesens mitwirken sollte, Maßnahmen zur Gestaltung des Schulwesens machen und Missstände aufzeigen sollte.³⁸¹ Er sollte gutachterliche Stellungnahmen zu Plänen von Schulaus- und -umbauten fertigen und die Gesundheitspflege an den Schulen unterstützen.³⁸² Der KLR sollte bei der Gestaltung der Junglehrerarbeitsgemeinschaften mitwirken, in allen Angelegenheiten der Lehrkräfte tätig werden und Vorschläge für die Besetzung der Beförderungsstellen in den Schulen abgeben.³⁸³ Eine Zusammenarbeit mit der jeweiligen Kreisverwaltung und dem Schulrat des Schulaufsichtskreises sollte gepflegt werden, letztgenannter sollte an den Sitzungen des KLR teilnehmen können.³⁸⁴

376 Vgl. Protokoll der Sitzung des Ausschusses zur Beratung des Entwurfes zur Frage der Einrichtung von Bezirkslehrerräten. KLV Leer, 24.10.1950 In: Kreislehrerverein Leer: 1950–1956.

377 Ebd. Klammer im Original.

378 Vgl. Kap.: Grundlagen und Konflikte in der Legitimation verbandspolitischer Einflussnahme in der Region – die Satzungsdiskussion.

379 Stadt Leer. Stadtdirektor an KLV Leer v. 5.10.1951. In: Kreislehrerverein Leer: 1950–1956.

380 Zu III 1597/51, 10. Juli 1951. In: Kreislehrerverein Leer: 1950–1956.

381 Ebd.

382 Ebd.

383 Ebd.

384 Ebd.

Der KLV Leer begrüßte die Absicht zur Einrichtung grundsätzlich, sah aber Schwierigkeiten in der Umsetzung. Die Strukturen der ländlichen und städtischen Regionen sollten differenziert einbezogen werden.³⁸⁵ Der BLO-Vorstand befürwortete zwar die Einrichtung einer Kreisvertretung, stellte jedoch fest:

*„Die Einrichtung von Kreislehrerräten, die nach Ansicht des Vorstandes von großer Wichtigkeit sind, kann noch nicht vorgenommen werden, da der Herr Minister noch keine Verordnung erlassen hat.“*³⁸⁶

Der Gedanke an die Einrichtung von Kreisvertretungen setzte sich nicht durch.

Der Einführungserlass für die Bezirkslehrerräte wurde im März 1951 veröffentlicht.³⁸⁷ Die „Wahlordnung für einen Bezirkslehrerrat“³⁸⁸ ging den Lehrervereinen etwa zur gleichen Zeit zu. Die Mitglieder der Bezirkslehrerräte sollten auf drei Jahre gewählt werden.³⁸⁹

Der Bezirk entsprach einem Wahlbezirk, auf je 20 Wahlberechtigte entfiel ein Platz im BLR.³⁹⁰ Wahlberechtigt waren alle Lehrerinnen und Lehrer, die im aktiven Dienst standen.³⁹¹ Dem Wahlleiter, der zukünftig vom BLR selbst bestimmt werden sollte, mussten Wahlvorschläge aus dem Kreis der Lehrerschaft mit je 20 Unterschriften mindestens sechs Wochen vor der Wahl vorgelegt werden.³⁹² Die Schulaufsichtskreise bildeten jeweils einen eigenen Stimmbezirk.³⁹³ Ein Einspruchsrecht wurde eingeräumt.³⁹⁴

Für das erste Verfahren stellte der Vorstand des BLO mit Sitzung vom 20. April 1951 einen Wahlvorstand für den Bezirk zusammen.³⁹⁵ Benannt

385 Stellungnahme zum Entwurf betr. Kreislehrerräte. Memming, Leer, 11.10.1951. In: Kreislehrerverein Leer: 1950–1956.

386 Vgl. Protokoll Vorstandssitzung des BLO am 16. Juni 1951 in Aurich. In: Protokollbuch: Vorstand des BLO/OLV, 1950–1955.

387 Bezirkslehrerräte. Einführungserlass. Nds. KM 03. März 1951 III. 726/51. Nds. SVBl. 1951, S. 49 f.

388 Wahlordnung für einen Bezirkslehrerrat. 22.2.1951. In: Kreislehrerverein Leer: 1950–1956.

389 Ebd.

390 Ebd.

391 Ebd.

392 Ebd.

393 Ebd.

394 Ebd.

395 Protokoll Vorstandssitzung des BLO am 20. April 1951 in Aurich. In: Protokollbuch: Vorstand des BLO/OLV, 1950–1955.

wurden Hauptlehrer Specht³⁹⁶, Sandhorst; Rektor Borchhardt³⁹⁷, Aurich und ein Berufsschullehrer.³⁹⁸ Wahlleiter H. Specht forderte die Wahlvorschläge ein.³⁹⁹ Aber es gab einen Einspruch gegen das Vorgehen in der Vorbereitung auf die Wahl des ersten Bezirkslehrerrates. Die Gruppe der Berufsschullehrer, im Vorstand des BLO nicht vertreten, war nicht genügend berücksichtigt worden. Die Lösung:

„Man einigt sich bei dem Vertreter der Berufsschullehrer dahingehend, daß für denselben 2 Stellvertreter gewählt werden (1 Handelsschullehrer u. 1 Landwirtschaftslehrer), die jeweils an der Sitzung des BLR teilnehmen sollen, falls Fragen ihrer Schulgattung in Frage kommen.“⁴⁰⁰

Die Debatte um die Besetzung des BLR veranlasste den Kreisverein Leer zu einer EntschlieÙung, die die Präsenz des BLO-Vorstandes im BLR beschränken sollte:

„Der Lehrerverein Leer ist in der Frage der Bezirkslehrerratswahl nach eingehender Aussprache zu der Auffassung gekommen, daß es grundsätzlich nicht zweckmäßig ist, daß Spitzenfunktionäre des Lehrerverbandes (BLO, Kreisvereine usw.) zugleich Mitglieder des Bezirkslehrerrates sind. Er hält es jedoch für unbedingt erforderlich, daß die für den Bezirkslehrerrat gewählten Vertreter der Lehrerschaft bewährte Persönlichkeiten aus unserer Organisation sein müssen.“⁴⁰¹

Der KLV befürchtete ein Schwinden der Einflussmöglichkeiten in Entscheidungen der Lehrervertretungen. Es würde „die Handlungsfreiheit unserer Organisationsführung in unerträglicher Weise eingeengt.“⁴⁰²

396 Hellmut Specht Hauptlehrer Schule Sandhorst, Schulaufsichtskreis Aurich. Erster Wahlleiter Bezirkslehrerrat. Vgl: Bezirkslehrerratswahl. RP Aur.26. Apr. 1951 – Ud Lehrer 55 – Amt.SchBl.AUR 1951, S. 37. Und stellv. Vorsitzender im BLO. Vgl. Festschrift 1950, S. 31.

397 Hans Borchhardt war Rektor der Reilschule Aurich, Schulaufsichtskreis Aurich. Festschrift 1954, S. 23; und Vorsitzender des LV Aurich. Festschrift 1952, ohne Seitenangabe.

398 Vgl. Protokoll Vorstandssitzung des BLO am 20. April 1951 in Aurich. In: Protokollbuch: Vorstand des BLO/OLV, 1950–1955. In: Kreislehrerverein Leer: 1950–1956.

399 Bezirkslehrerratswahl. RP Aur. 26. Apr. 1951 – Ud Lehrer 55 – Amt. SchBl.AUR 1951, S. 37.

400 Vgl. Protokoll Vorstandssitzung des BLO am 16. Juni 1951 in Aurich. In: Protokollbuch: Vorstand des BLO/OLV, 1950–1955.

401 Kreislehrerverein Leer. EntschlieÙung! v. 23.5.51 In: Kreislehrerverein Leer: 1950–1956.

402 Ebd.

Im Juni 1951 musste wegen der Unklarheiten in der Umsetzung des Wahlvorganges – nach einem Einspruch des Berufsschullehrers Hanken⁴⁰³ – die Wahl des Bezirkslehrerrates verschoben werden.⁴⁰⁴ Die Wahlordnung für den Bezirkslehrerrat im Regierungsbezirk Aurich erschien im September 1951.⁴⁰⁵ Es wurde eine Einheitsliste aufgestellt, die mit dem Vorstand des BLO, dem Beauftragten des Mittelschullehrerverbandes und dem Verband der Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen am 17.12.1951 abgeklärt war.⁴⁰⁶

Nominiert wurden:

Lehrer K. Wode, Hagermarsch, Vertreter Rektor D. Alting, Norden; Lehrer W. Harms, Aurich, Vertreter apl. Lehrer J. Diekhoff, Hatshausen;

Konrektor B. Gerjets, Leer, Vertreter Lehrer G. de Buhr, Veenhusen; Rektor M. Meyer, Pewsum, Vertreter Rektor Vespermann, Emden;

Mittelschullehrer H. Torwegge, Esens, Vertreter Hauptlehrer H. Borers, Marx;

Hauptlehrer A. Plagge, Holthusen, Vertreter Hauptlehrer F. Suhre, Westrauderfehn III;

Rektorin H. Bruckmann, Emden, Vertreterin Rektorin E. Daniel, Aurich;

Hauptlehrer Hans Hirte, Burhufe, als Vorsitzender des BLO;

Mittelschullehrer H. Banken, Weener, als Vorsitzender des Mittelschullehrerverbandes;

Gewerbeoberlehrer Schrick, Leer, als Beauftragter der Lehrkräfte an Berufsbildenden Schulen.⁴⁰⁷

Der gewählte Bezirkslehrerrat versuchte sich zuerst einen Überblick über die „Struktur der Schulverhältnisse“⁴⁰⁸ im Bezirk zu verschaffen, in dem ein

403 Vgl. Anmerkung im Protokoll Vorstandssitzung des BLO am 24. September 1951 in Aurich. In: Protokollbuch: Vorstand des BLO/OLV, 1950–1955.

404 Verschiebung der Wahl des Bezirkslehrerrates. RP Aur. 25. Juni 1951 – Ud Lehrer 55 – Amt.SchBl.AUR 1951, S. 52.

405 Bezirkslehrerratswahl. RP Aur 28. Sept. 1951 – Ud Lehrer 55 –, Amt.SchBl.AUR 1951, S. 72 ff.

406 Wahl des Bezirkslehrerrates (BLR). 27.12.1951. Amt.SchBl.AUR 1952, S. 3 f.

407 Aufzählung nach: Wahl des Bezirkslehrerrates (BLR). 27.12.1951. Amt.SchBl.AUR 1952, S. 3 f.

408 Fragebogen des Bezirkslehrerrates. RP Aur. 19. Juni 1953, Amt.SchBl.AUR 1953, S. 57.

Fragebogen an die Schulen ausgegeben wurde. Der Regierungspräsident in Aurich unterstützte diese Befragung.⁴⁰⁹

Der BLR strebte eine sachliche Darstellung des Zustandes der Schulen und Dienstwohnungen an.⁴¹⁰ Auf dem Hintergrund der Ergebnisse wollte die Personalvertretung in Gemeinden und Kreisen Beratungen über Bauvorhaben durchführen.⁴¹¹ Der neue Lehrerrat arbeitete unabhängig und verselbständigte sich rasch, er wurde aber von der Interessenvertretung der Lehrkräfte, dem BLO, finanziert.⁴¹² Merten Meyer berichtete für den Schulpolitischen Ausschuss zur Vorstandssitzung am 17. Dezember 1951 von einer Tagung des LVN in Hannover und verwies auf ein Änderungsvorhaben zur Finanzierung des BLR:

*„Bisher trug die organisierte Lehrerschaft die Kosten. Es sind aber Aussichten vorhanden, daß dieselben vom Ministerium übernommen werden. Es ist die Summe von 38000 DM angegeben. Sollten sich diese Verhandlungen zerbrechen, so müssen die Unkosten durch eine Umlage bei der Lehrerschaft gedeckt werden.“*⁴¹³

Da die Zusammenarbeit des Bezirkslehrerrates mit dem BLO sehr eng war, musste eine andere finanzielle Regelung gefunden werden, um die Unabhängigkeit der Personalvertretung zu gewährleisten. In der Schulpolitik konnte der erste wahrnehmbare Erfolg der Arbeit des BLR verzeichnet werden, als 1952 Proteste von Lehrkräften gegen das unangemessene Vorgehen einiger Gemeinden zur Bewirtschaftung der Dienstwohnungen eingelegt wurden.⁴¹⁴ Die Gemeinden der Region hatten zum Jahr 1952 die Mieten nach eigenem Gusto erhöht. Die Notlage der Lehrkräfte aufgrund der ohnehin zu geringen Bezahlung verschärfte sich. Der BLR legte bei der Regierung Protest gegen

409 Ebd.

410 Vgl. dazu Kap.: Sicherung der Rechte einzelner – Lebens- und Arbeitssituation.

411 Vgl. Auswertung Torwegge: Schulen und Dienstwohnungen an ländlichen Orten Ostfrieslands. Auswertung der durch Regierung und Bezirkslehrerrat ausgegebenen Fragebogen. OSB 74, Nr. 4, Juli 1953.

412 Vgl. Protokoll Vorstandssitzung des BLO am 17. Dezember 1951 in Aurich. In: Protokollbuch: Vorstand des BLO/OLV, 1950–1955.

413 Ebd.

414 H. Torwegge, Mitglied des BLR, berichtete im Vorstand des BLO. Vgl. Protokoll Vorstandssitzung des BLO am 06. November in Aurich. In: Protokollbuch: Vorstand des BLO/OLV, 1950–1955.

die Erhöhung der Mieten ein und setzte sich durch.⁴¹⁵ Der Regierungspräsident regelte daraufhin die Bemessung der Mieten per Verfügung.⁴¹⁶

Der Kontakt zum Vorstand des BLO wurde durch den BLR regelmäßig gepflegt, Maßnahmen gemeinsam beraten und Stellungnahmen abgesprochen. So diskutierten der BLO-Vorstand und der BLR in gemeinsamer Sitzung zum Beispiel auch den Entwurf des neuen Schulverwaltungsgesetzes.⁴¹⁷ Regelmäßige Berichte aus der Arbeit des BLR wurden mündlich gegeben.⁴¹⁸

Auch die neu eintretenden Junglehrkräfte sollten regelmäßig über die Aufgaben des BLR in Kenntnis gesetzt werden. B. Gerjets⁴¹⁹ informierte während der Junglehrerfreizeit die Junglehrerinnen und -lehrer des Kreises Leer auf der Insel Borkum über „Aufgaben und Tätigkeiten des Bezirkslehrerrates.“⁴²⁰

Um den dreijährigen Wahlzyklus einheitlich zu regeln, wurde die Wahl in allen Bezirken 1954 durchgeführt. Zum Wahlleiter im Bezirk Aurich wurde E. Ziegenbruch, Vorstandsmitglied des OLV⁴²¹, nominiert.⁴²² Die Neuwahlen des Bezirkslehrerrates standen für den November 1954 an.⁴²³

Zu dieser Wahl wurde erneut für die sechs Schulaufsichtskreise jeweils ein Mitglied mit einer Stellvertretung nominiert. Hinzu kamen Gruppenvertretungen:

Für die Lehrerinnen Rektorin Hilda Bruckmann, Emden, Vertreterin Rektorin Elfriede Daniel, Aurich; für die Junglehrer Lehrer Rolf Schridde, Manslagt; für die Mittelschulen Dr. Nossag, Weener, Vertretung Mittelschulrektor Liebetau, Pewsum, und für die Gewerbelehrerververtretung Fachvorsteher

415 Vgl. Protokoll Vorstandssitzung des BLO am 06. November in Aurich. In: Protokollbuch: Vorstand des BLO/OLV, 1950–1955.

416 Neufestsetzung von Mieten für Lehrerdienstwohnungen. RP Aur. 31. Oktober 1952 – II Ua – 3.26 –, Amt.SchBl.AUR 1952, S. 90.

417 Vgl. Protokoll Vorstandssitzung des BLO am 7.2.1953. In: OSB 74. Jg., Nr. 1, Apr. 1953.

418 In der Regel berichtete R. Torwegge. Vgl. Vorstandssitzung des BLO am 27.6.1953. In: OSB 74. Jg., Nr. 4, Juli 1953.

419 Bernhard Gerjets war Konrektor an der Osterstegschule in Leer. Vgl. Festschrift 1954, S. 31.

420 Möller, F., Lehrer-Wochenendfreizeit in Borkum. In: OSB 74. Jg., Nr. 9, Dez. 1953.

421 Emil Ziegenbruch war erster Schriftführer des Vorstandes. Festschrift 1954, S. 15.

422 Neuwahl des Bezirkslehrerrates. In: OSB 75. Jg., Nr. 5, Mai 1954.

423 Neuwahl des Bezirkslehrerrates. RP Aur. 5. Juli 1954 – Ud – Amt.SchBl.AUR 1954, S. 56.

Julius Weber, Leer, Vertretung Direktor Stellvertreter Max Schiller, Wittmund.⁴²⁴

Die erste Sitzung hielt der neu gewählte Bezirkslehrerrat am 14. Dezember 1954 mit Vertretern der Regierungsschulabteilung unter der Leitung von W. Harms ab. Zu Beginn erörterte der BLR die Schulbuchfrage. Es sollte eine Vorschlagsliste zwecks Orientierungshilfe für Ostfriesland erstellt werden.⁴²⁵ Zu Diskussionen führte das Vorgehen der Bezirksregierung bei „Versetzungen im Interesse des Dienstes.“⁴²⁶ Die jeweils fünfte Stelle war nach dem Schulverwaltungsgesetz durch die Regierung frei zu besetzen. Doch die Zahl der Stellen an den Schulen reichte für solche Versetzungen nicht aus. Die Versetzungen im dienstlichen Interesse erfolgten aufgrund von Verfügungen mit disziplinarischem Charakter, die aber vom BLR grundsätzlich befürwortet wurden. E.A. Becker, Vorsitzender des schulpolitischen Ausschusses, erklärte dazu:

*„Der BLR tritt geschlossen für unbedingte Sauberhaltung des Standes ein und fordert bei Verfehlungen ein energisches Durchgreifen der Regierung. Alle Gründe der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit werden dabei selbstverständlich weitgehend beachtet.“*⁴²⁷

Der BLR, so Becker, diskutierte auch die Konferenzordnung und die darin umschriebene Rolle des Schulleiters.⁴²⁸ Zur Situation der Schul- und Lehrer-dienstwohnungen wurde Oberregierungs- und Baurat Müller-Stüler gehört.⁴²⁹ Für den Probeunterricht⁴³⁰, zu dem bislang ausführliche Regelungen fehlten, sollten neue Richtlinien herausgegeben werden. Den Schülerinnen und Schülern sollten während der Zeit des Überganges an weiterführende Schulen mehr Chancen eingeräumt werden. Außerdem wandte sich der BLR in dieser Sitzung gegen die zahllosen Störungen des Unterrichtes durch „Sammlungen, Untersuchungen, Berufsberatungen, Kurse etc.“⁴³¹ Die Be-

424 Angaben nach: Neuwahlen für den Bezirkslehrerrat. In: OSB 75. Jg., Nr. 9, Sept. 1954. Ebenso: Wahl des Bezirkslehrrates (BLR). RP Aur. Amt.SchBl.AUR 1954, S. 81.

425 Becker, E.A., Aus der Arbeit des Bezirkslehrrates. In: OSB 76. Jg., Nr. 1, Jan. 1954, S. 7.

426 Ebd.

427 Ebd.

428 Ebd.

429 Ebd.

430 Letzter Erlass 1953: Übergang der Grundschüler auf weiterführende Schulen (Probeunterricht). Nds. KM 01.Nov.1953, III 4486/53. In: Nds. SVBl. 1953, S. 241.

431 Becker, E.A., Aus der Arbeit des Bezirkslehrrates. In: OSB 76. Jg., Nr. 1, Jan. 1955, S. 7.

lastung der Schule mit zusätzlichen Arbeiten blieb Thema. W. Harms berichtete dem Vorstand des OLV im Februar 1955 dazu:

*„In den Schulen soll nur 1 Sammlung für die Jugendherbergen durchgeführt werden. Sammlungen für Kriegsgräber usw. sind freiwillig.“*⁴³²

Der Schulpolitische Ausschuss setzte sich zudem für eine Entlastung der Schulen in Verwaltungsangelegenheiten ein. Um die Schulleiterinnen und Schulleiter weiter zu entlasten, das berichtete E.A. Becker, legte der BLR eine Vorschlagliste für die Festsetzung der Pflichtstundenzahlen vor.⁴³³

Dennoch blieb die Unabhängigkeit des BLR gewahrt. Wenn sich zwischen dem Vorstand des BLO, dem schulpolitischen Ausschuss und dem BLR keine Übereinstimmung beim Vorgehen herstellen ließ, dann handelten die Interessenvertretungen durchaus eigenständig – und damit widersprüchlich. Als die Frage nach dem Modus der Besetzung von Konrektorstellen diskutiert wurde⁴³⁴, betonte der Lehrerrat, dass die Kollegien das Recht auf die Wahl eines Konrektors habe.⁴³⁵

Doch der BLO entwickelte mit dem schulpolitischen Ausschuss eine eigene Auffassung. Er sprach sich für die Ausschreibung der Stellen aus und beauftragte den BLO-Vorsitzenden:

*„Zur Frage der Konrektorstellen, die ja Planstellen sind, wird der Vors. Beauftragt mit der Reg. sich in Verbindung zu setzen, daß diese Stellen in Zukunft ausgeschrieben werden.“*⁴³⁶

Eine Begründung für diese Auffassung wurde nicht gegeben.

Zur Vertreter- und Hauptversammlung des OLV 1955 in Emden berichtete W. Harms aus dem BLR. Er verwies auf das gute Arbeitsklima, das zwischen Regierung und dem Bezirkslehrerrat bislang bestanden habe.⁴³⁷ Er ging da-

432 Protokoll Vorstandssitzung des OLV am 7. Februar 1955 in Aurich. In: Protokollbuch: Vorstand des BLO/OLV, 1950–1955.

433 Becker, E.A., Aus der Arbeit des Bezirkslehrerrates. In: OSB 76. Jg., Nr. 1, Jan. 1955, S. 7.

434 Protokoll Vorstandssitzung des OLV am 7. Februar 1955 in Aurich. In: Protokollbuch: Vorstand des BLO/OLV, 1950–1955.

435 Regelung in § 1 Durchführungsverordnung zu § 22, Nr.1 des Schulverwaltungsgesetzes vom 7. August 1954. Sonderbeilage zu Heft 8. Nds. SVBl. 1954.

436 Protokoll Vorstandssitzung des OLV am 5. Mai 1955 in Aurich. In: Protokollbuch: Vorstand des BLO/OLV, 1950–1955.

437 Becker, E.A., Vertreter- und Hauptversammlung des OLV 1955. In: OSB 76. Jg., Nr. 11, Nov. 1955, S. 81.

bei auf die Unsicherheiten in der Rechtsprechung ein, die das so genannte „Karlsruher Urteil“⁴³⁸ zum Züchtigungsrecht verursacht hatte.

Auch die Auseinandersetzungen um die schulpolitische Einflussnahme von Kreislehrervereinen im LVN spielte eine Rolle. Davon wurde nach wie vor Gebrauch gemacht. Im Rahmen des LVN hatte es keine Einschränkung der Rechte der Kreisvereine durch die Satzung gegeben.⁴³⁹

Am 5. August 1955 wurde das erste Personalvertretungsgesetz auf Bundesebene veröffentlicht.⁴⁴⁰ 1957 kam der Entwurf eines neuen Personalvertretungsgesetzes (PVG) für das Land Niedersachsen in die Diskussion.⁴⁴¹ E.A. Becker übernahm für den Schulpolitischen Ausschuss eine Stellungnahme des LVN.⁴⁴² Es wurde gefordert, dass das neue PVG „Stufenvertretungen“⁴⁴³ und eine „Einigungsstelle“⁴⁴⁴ für strittige Fragen enthalten sollte. Es sollten zukünftig die Gewerkschaftsvertretungen „an den Personalratssitzungen“⁴⁴⁵ teilnehmen. Außerdem forderte die Lehrervertretung eine „Erweiterung des Mitbestimmungsrechts der Personalräte.“⁴⁴⁶

A. Ehlers⁴⁴⁷, Mitwirkende in der Gewerkschaftlichen Arbeitsstelle des LVN,⁴⁴⁸ referierte 1960 vor der neu eingerichteten „Arbeitsgemeinschaft für Schulpolitik und Standesfragen im OLV“⁴⁴⁹ zum Thema „Aufgabenbereich der Personalräte.“⁴⁵⁰

438 Urteil des Bundesgerichtshofes zum Züchtigungsrecht (Aktenzeichen 5 StR 688/53). Abdruck in: Nds. SVBl. 6.Jg., 1954, 253 ff.

439 Vgl. Kap.: Grundlagen und Konflikte in der Legitimation verbandspolitischer Einflussnahme in der Region – die Sitzungsdiskussion.

440 Personalvertretungsgesetz. Bundesgesetzblatt. Jg. 1955. Teil I. Nr. 25 vom 6. August 1955. S. 477 ff.

441 Es darf nicht schlechter werden. Entwurf des Personalvertretungsgesetzes in der Diskussion. In: OSB 78. Jg., Nr. 8, August 1957, S. 59 f.

442 Ebd.

443 Ebd.

444 Ebd.

445 Ebd.

446 Ebd.

447 Annemarie Ehlers war Lehrerin an der Realschule Emden, Schulaufsichtskreis Emden. Vgl. Festschrift 1965., S. 89.

448 Diese Stelle wurde 1962 auch durch den OLV eingerichtet; das führte zu Interessenskonflikten mit dem Schulpolitischen Ausschuss. Vgl. Kap.: Entwicklung der Ausschüsse und ihre Arbeitsgebiete als Instrumente der Umsetzung.

449 Vorsitz weiterhin M. Meyer. Vgl. Ahlrichs, R., Protokoll. Arbeitsgemeinschaft für Schulpolitik und Standesfragen im OLV. In: OSB 81. Jg., Nr. 7/8, Juli/August 1960, S. 75.

450 Ebd.

Die Wahlordnung zum Nds. Personalvertretungsgesetz trat zum 1. Juni 1961 in Kraft.⁴⁵¹ Die Forderungen der Interessenvertretungen der Lehrkräfte fanden Berücksichtigung.⁴⁵² Lehrpersonalräte sollten zukünftig bei den Schulaufsichtskreisen, den Bezirken, den Höheren und Berufsbildenden Schulen und den Studienseminaren eingesetzt sein.⁴⁵³ Der Vorstand des OLV stellte sich auf die Änderung des Wahlmodus ein und betrieb die Wahlvorbereitungen.⁴⁵⁴

Zur ersten Wahl der Lehrpersonalräte nach dem neuen Nds. Personalvertretungsgesetz am 1. Oktober 1961 erschien eine Sonderausgabe des Ostfriesischen Schulblattes.⁴⁵⁵ Der Vorstand des OLV hob in einem Vorwort dazu hervor, dass die Forderungen des Lehrerstandes nach Mitbestimmung und Mitwirkung nun umgesetzt seien. Zur Bedeutung der Personalräte erklärte der Vorstand:

*„Ihre gesetzliche Verankerung bedeutet einen Schritt voran in der Demokratisierung des Schulwesens, der Lehrerschaft, der Beamten und Angestellten überhaupt. Die gesetzliche Verankerung der Personalräte ist ein Attribut eines sozialen Rechtsstaates.“*⁴⁵⁶

Im so genannten „Gründungsjahrzehnt“⁴⁵⁷ hatte der BLO/OLV wesentlich dazu beigetragen, eine Praxis innerer Demokratie aufzubauen. Eine Praxis, die es der Interessenvertretung der Lehrerschaft ermöglichte, die Rechte der Lehrkräfte innerhalb ihres Tätigkeitsfeldes wahrzunehmen und auszubauen. Das stellte für den schulpolitischen Ausschuss des BLO Anfang der fünfziger Jahre eine schwierige Aufgabe dar. Es mussten Verfahrensregelungen gefunden werden, die in ihrer Prägung dem demokratischen Anspruch der neu entstandenen Bundesrepublik entsprachen. Dabei war es das Bestreben, bestehende, teils noch auf preußischen Vorgaben beruhende Regelungen umzusetzen. Hinderlich in der Arbeit war, das zeigt der Verlauf der Entwicklung, der überaus große Zeitraum, der benötigt wurde, übereinstimmende Regelungen

451 Wahlordnung vom 31.5.1961 (Nds. GVBl. 1961, S. 133). In: Nds. SVBl. 13. Jg., 1961, S. 130 ff.

452 Wedemeyer, H., Die Personalvertretung der Lehrer nach dem Personalvertretungsgesetz für das Land Niedersachsen. In: Nds. SVBl. 13. Jg., 1961, S. 143 ff.

453 Ebd., S. 145.

454 Protokoll. Vorstandssitzung des OLV am 13. Jan. 1961. In: OSB 82. Jg., Nr. 2, Jan. 1961, S. 16.

455 Die Personalratswahl geht alle an! In OSB 82. Jg., Nr. 8a, Sonderausgabe Sept. 1961.

456 Ebd.

457 Vgl. Wolfrum, E., 2006.

zu finden. Der erste Bundestag hatte „ein immenses Arbeitspensum“⁴⁵⁸ zu bewältigen, das Land Niedersachsen kam gerade im Kultusbereich nur in kleinen Schritten voran.⁴⁵⁹ Dahrendorf notierte Anfang der sechziger Jahre:

*„Beide Seiten der Freiheitschancen, die die Absicht moderner Staatsbürgerrechte ausmachen, die äußere und die innere Seite, sind in der deutschen Gesellschaft noch unterentwickelt.“*⁴⁶⁰

Waren auf bundespolitischer Seite im ersten Jahrzehnt große Schritte der Demokratisierung gegangen worden, so musste in Niedersachsen in kleinen Schritten über einen langen Zeitraum hin eine praktikable Form der inneren Demokratie errungen werden.

4.2.2.4 Sicherung der Rechte einzelner – Lebens- und Arbeitssituation

Die Sicherung der Rechte, die den Menschen das tägliche Leben, die Ausübung des Berufes, die Gründung einer Familie und die Gestaltung einer Zukunft ermöglichen, wird in der Regel getragen von der staatlichen Gemeinschaft. Die Voraussetzungen dazu werden durch den politischen Prozess gewährleistet:

*„Im politischen Prozeß der Demokratie haben zwei Güter notwendig den Primat: individueller Wohlstand und individuelle Freiheit.“*⁴⁶¹

Die Arbeits- und Lebenssituation in der unmittelbaren Nachkriegszeit war für die Lehrkräfte wie für alle Menschen prekär. In den ersten Jahren standen die Sorgen um das Überleben, die Aufrechterhaltung des Unterrichts und das tägliche Auskommen im Vordergrund. Die Versorgung der Schulen in den Gemeinden mit Lehrerinnen und Lehrern scheiterte nach 1945 oft genug an fehlenden Wohnmöglichkeiten. Lehrkräfte wurden gebraucht, aber geeignete Wohnungen gab es nicht. Der Regierungspräsident in Aurich wollte 1946 die Lehrerstellen nur noch dann besetzt wissen, wenn der Stelleninhaber angemessen untergebracht werden konnte:

„Aus gegebener Veranlassung weise ich erneut darauf hin, daß eine Gemeinde nur dann einen Lehrer erhalten kann, wenn für ihn und seine Familie eine einigermaßen ausreichende Unterbringungsmöglichkeit besteht. Ist das nicht

458 Ebd., S. 89.

459 Vgl. Darstellung der Entwicklung in: Leski, H., 1991.

460 Dahrendorf, R., 1965, S. 144.

461 Kielmannsegg, P. Graf: Der demokratische Verfassungsstaat im Wettbewerb der Systeme. In: Funke, M.; Jacobsen, H.-A.; Knütter, H.-H.; Schwarz, H.-P. (Hrsg.), 1987, S. 589.

*der Fall, so ersuche ich, im Benehmen mit dem Bürgermeister erforderlichenfalls mit dem Herrn Landrat die erforderlichen Maßnahmen zu erwirken.*⁴⁶²

Dass dem längst nicht gefolgt wurde, das zeigt das Beispiel der Lehrerin M. Wille, die am 1.11.1945 ihren Dienst antrat und ihn nach den Osterferien 1948 nicht wieder aufnahm, weil kein Zimmer zur Verfügung stand.⁴⁶³ Erst mit der Währungsreform im Juni 1948, der „Geburtsstunde der sozialen Marktwirtschaft“⁴⁶⁴, wurde über die Bedingungen verhandelt und gestritten.⁴⁶⁵

Fehlende Dienstwohnungen oder deren Fremdnutzung gaben immer wieder zur Beschwerde Anlass. Der Nds. Kultusminister beabsichtigte, die Gemeinden stärker in die Verpflichtung zu nehmen. Er berief sich auf die Anordnung der Militärregierung vom 7. Juni 1948⁴⁶⁶ und forderte eine angemessene Zahl Dienstwohnungen ein. Die Aufteilung der Lehrerdienstwohnungen nach Mieteinheiten hatten nur die Gemeinden vorzunehmen, damit in ihrem Verantwortungsbereich im Rahmen von Räumungsklagen selbstständig gehandelt werden konnte.⁴⁶⁷

Jede Lehrerin und jeder Lehrer sollte in seiner Dienstwohnung ein Arbeitszimmer erhalten⁴⁶⁸, das wurde von den meisten Gemeinden gar nicht berücksichtigt. Den Anspruch aber gab es.

Eine wesentliche Verbesserung der Situation trat nicht ein. Selbstorganisation und Provisorien bestanden über lange Zeit.⁴⁶⁹ Die Mitglieder der Lehrervereine halfen oft genug bei der Unterbringung.⁴⁷⁰

462 Vorsorge für ausreichende Unterbringung. Reg. Präs. – U.1 – 5. August 1946. Amt.SchBl.AUR 1946, S. 6.

463 Ohling, J. (Hrsg.), O.J., S. 106.

464 Wolfrum, E., 2006, S. 77.

465 Vgl. dazu: Währungsreform und Wirtschaftsordnung. Legende und Wirklichkeit. In: Benz, W., 1991, S. 98 ff.

466 Anordnung Militärregierung v. 7.6.1948 – 229/MG – 6751/445 MAN. Vgl. auch Erlass: Dienstwohnungen. A) Wohnraumbedarf. Nds. KM 22.7.1948 III A 3005/48, Nds. SVBl. 1949 S. 33 f.

467 Lehrerdienstwohnungen. RP Aur. – Ub – 22.07.1948, Amt. SchBl. 1948, S. 113.

468 Lehrerdienstwohnungen. Nds. KM 22. Juli 1948, Nr. 3a 3005/48. Amt. SchBl. 1948, S. 141.

469 Vgl. Zeitzeugenerinnerungen Houtrouw, L., Zur Wohnsituation einer Lehrerin auf dem Lande 1947–1957. In: Bierwirth, H.; Hothan, H.; Klattenhoff, K. (Hrsg.), 1995, S. 583 ff.; Engel, K., Über die Wohn- und Lebensverhältnisse der ostfriesischen Landlehrer nach dem Kriege. Ebd., S. 593 ff.

470 Beispiele erwähnt H. Wiemann in: Galle, J.; Pannemann, R.; Schröder, G., 1984, (Videoaufzeichnung).

Zur VV im März 1951 in Leer wurden Anträge vorgelegt, die die Situation deutlich umrissen.⁴⁷¹ Die Kreislehrerkonferenz Krummhörn, der der Vorsitzende des schulpolitischen Ausschusses angehörte, verlangte, dass der BLO bei der Regierung sich für den „Dienstwohnungs- und Eigenheimbau“⁴⁷² und eine finanzielle Verbesserung der Situation der Lehrkräfte einsetzen sollte:

*„Die finanzielle Not in Lehrerkreisen nimmt derartige Formen an, dass unbedingt eine sofortige Erhöhung der Bezüge amtlicher Gehaltsgruppen eintreten muss.“*⁴⁷³

Der KLV Oberrheiderland forderte eine Verbesserung der Ruhestandsgelälter⁴⁷⁴, der LV Esens stellte den Antrag, dass gleiche Ortsklassen der Gelälter in Stadt und Land angestrebt werden sollten⁴⁷⁵ und der KLV Leer verlangte die Aufhebung der Kürzung des Besoldungsdienstalters als Folge der Entnazifizierung.⁴⁷⁶ Zwar unterstützte die Regierung in Aurich den Eigenheimbau⁴⁷⁷, doch den Lehrerinnen und Lehrern fehlten die Finanzen. Die Teuerungsrate Anfang der 50er Jahre verunsicherte sehr.⁴⁷⁸ Die geringe Bezahlung der Lehrkräfte führte in Einzelfällen zu erheblicher Not. Es wurde Aufgabe⁴⁷⁹ des Schulpolitischen Ausschusses, sich einen Überblick über die Lage in Ostfriesland verschaffen, der Vorstand forderte im Februar 1951 Berichte über den Stand der Verschuldung der Lehrerschaft ein⁴⁸⁰, doch ein Ergebnis wurde nicht veröffentlicht. Bereits im November 1948 hatte der Gewerkschaftsrat des vereinten Wirtschaftsgebietes⁴⁸¹ wegen der Versorgungslage alle „Arbeiter, Angestellte, Beamte im vereinigten Wirtschaftsgebiet“⁴⁸²

471 Anträge zur VV. 27.3.1951 in Leer: Vorstand des BLO/OLV, 1950–1955.

472 Ebd.

473 BLO: Anträge zur VV 27.3.-28.3.1951. KLV Leer – GEW Protokolle 1950–1956.

474 Anträge zur V.V. 27.3.1951 in Leer: Vorstand des BLO/OLV, 1950–1955.

475 Ebd.

476 Ebd.

477 RP Aur., Gewährung von Baudarlehen. 19.12.1950. Amt.SchBl.AUR, 43. Jg., 1951, S. 3.

478 Wolfrum, E., 2006, S. 85.

479 Vgl. Anträge zum Leitthema Verbesserung der Lebenssituation. Kap.: Themenbereiche und Leitthemen in der Regionalen Interessenvertretung zur Demokratisierung.

480 Protokoll Vorstandssitzung des BLO am 17. Februar 1951 in Aurich. In: Protokollbuch: Vorstand des BLO/OLV, 1950–1955.

481 Vgl. Protokoll des Gründungskongresses DGB. Erster Bundeskongreß des deutschen Gewerkschaftsbundes für die britische Zone vom 22. bis 25. April 1947 in Bielefeld. In: Grebing, H.; Pozorski, P.; Schulze, R., 1980, S. 109 ff.

482 Aufruf des Gewerkschaftsrates des Vereinigten Wirtschaftsgebietes zum Demonstrations- und Generalstreik vom 12. November 1948. In: Grebing, H.; Pozorski, P.; Schulze, R., 1980, S. 112 f.

zur Arbeitsniederlegung aufgefordert. Im April 1951 rief der LVN zur Urabstimmung über die Streikfrage auf.⁴⁸³

Der LVN betonte:

„Mehr und mehr setzt sich die Auffassung durch, daß das Treueverhältnis zwischen Beamten und Staat entweder als beiderseitiges Treueverhältnis besteht oder aber beiderseitig nicht besteht; daß es entfällt, wenn der Staat so wie bisher die Verelendung seiner Beamten geschehen läßt.“⁴⁸⁴

Es galt in dieser Zeit das Deutsche Beamtengesetz vom 26.1.1937⁴⁸⁵, das unter Abschnitt V die „Sicherung der rechtlichen Stellung der Beamten“⁴⁸⁶ umschrieb. Kritik wurde an den Grundsätzen der Versorgung der Lehrkräfte als Beamte geübt. Dem Schulpolitischen Ausschuss als Gremium des BLO erwachsen so Aufgaben, die von ihrer Entwicklung her drei Schwerpunkte bildeten: die Entwicklung der Schulbauten, die Versorgung der Lehrkräfte mit Wohnraum und die Auseinandersetzung zur Dynamik der Gehälter.

Zur Entwicklung der Schulbauten in Niedersachsen berichtete Günther Rönnebeck erstmalig 1949.⁴⁸⁷ Rönnebeck hatte an der ersten Schulbautagung teilgenommen, die 1949 in Hannover veranstaltet wurde. Es tauschten sich 350 Architekten, Städtebauer, Ärzte, Lehrer, Vertreter der Schulträger aus. Fazit für Niedersachsen zu diesem Zeitpunkt:

„Rund 1,2 Millionen Schulkinder der allgemein bildenden Schulen Niedersachsens müssen mit 16000 Klassenzimmern auskommen; auf jeden Klassenraum entfallen in der Volksschule im Durchschnitt 80 Kinder. 10000 Klassenräume müssen in Niedersachsen gebaut werden, wenn gesunde Unterbringung, durchschnittliche Klassenfrequenz von 50 Kindern, Erziehungserfolge und die Leistungen erreicht werden sollen, ohne die eine produktive Volkswirtschaft nicht arbeiten kann.“⁴⁸⁸

In diesem Beitrag wurden bereits Hinweise zur Anlegung von Schulentwicklungsplänen gemacht, Größenvorgaben der Schulen beschrieben, Verkehrsan-

483 LVN Vorstand: Urabstimmung innerhalb des Lehrerverbandes Niedersachsen über die Streikfrage. (April 1951) Einzelblatt. Einlage in: Protokollbuch der Konferenz Timmel, Protokoll vom 4.5.1951.

484 Ebd.

485 Deutsches Beamtengesetz vom 26.1.1937 (RGBl. S. 39). Abdruck in Buchheim, M.; Gläss, Th. (Hrsg.), 1951, S. 24 ff.

486 Ebd., S. 27.

487 Rönnebeck, G., Die erste Niedersächsische Schulbautagung. Nds. SVBl. 1950, S. 12 f.

488 Ebd.

bindungen, Schulgeländemaße, Bau- und Raumgestaltung betrachtet. Berücksichtigt wurde die Auslegung der Klassen- und Gruppenräume ebenso wie Kleiderablage, Badeeinrichtungen, Anlage zur Freiluft-erziehung usw.⁴⁸⁹

Unterrichtsräume und Abortanlagen der Schulen sollten möglichst rasch dem Bedarf, der durch starken Zugang von Schülerinnen und Schülern zu verzeichnen war, angepasst werden. Der Nds. Kultusminister kündigte Mittel an, die den Gemeinden unmittelbar nach der „Geldneuordnung“⁴⁹⁰ zugehen sollten.

Doch auch zum Schuljahr 1950/51 war das Problem der überhöhten Klassenfrequenzen nicht gelöst. Im Gegenteil. Als ein leichter Schülerrückgang zu verzeichnen war, stellte die Konferenz Krummhörn zur Vertreterversammlung des BLO 1951 den Antrag:

*„Der BLO möge die Regierung in Aurich auffordern, dafür einzutreten, daß die Klassenfrequenz von 50 auf zunächst 40 heruntersetzt wird. Bei dem z. Zt. in vielen Gemeinden eintretenden Schülerrückgang besteht die Gefahr der Einsparung von Lehrerstellen. Dies muß im Interesse eines fortschrittlichen Unterrichts verhütet werden.“*⁴⁹¹

Diesem Antrag ist deutlich anzumerken, dass die Schulen sich durch die Gemeinden vernachlässigt fühlten. Die Probleme des schulischen Alltags wurden offensichtlich nicht ernst genommen.

Auch die Fremdnutzungen der Schulen für Feiern, Veranstaltungen usw. führten zu Beschwerden. Die Überlassung von Schulräumen zu schulfremden Zwecken sollte schließlich erheblich eingeschränkt werden. Ein ausführlicher Erlass regelte die Nutzung.⁴⁹²

1952 reagierte der Vorstand des BLO und der BLR auf die anhaltende Kritik am Zustand der Schulen und der Dienstwohnungen. Torwegge⁴⁹³, Mitglied des Bezirkslehrerrates, initiierte eine Befragung der Schulen.⁴⁹⁴ Der BLR

489 Ebd., S. 13.

490 Unterrichtsräume und sanitäre Anlagen bei den Volksschulen. Nds. KM 7. Sept. 1948 III A 2744/48. Amt.SchBl. 1948, S. 138.

491 Vgl. BLO: Anträge zur VV 27.3.-28.3.1951. KLV Leer – GEW Protokolle 1950–1956.

492 Überlassung von Schulräumen und Schulplätzen für schulfremde Zwecke. Nds. KM 22. Mai 1950, III 200/50 Nds. SVBl. 1950, S. 122 f.

493 Hermann Torwegge war Mittelschulrektor der Mittelschule Esens, Schulaufsichtskreis Wittmund. Festschrift 1954, S. 45.

494 Protokoll Vorstandssitzung des BLO am 29. August 1952 in Norden. In: Protokollbuch: Vorstand des BLO/OLV, 1950–1955.

führte schließlich diese Befragung durch und zum 1.12.1952 konnten die Ergebnisse zusammengestellt werden. Die Ergebnisse wollten die Mitglieder des BLR nutzen, um in den Gemeinden und Kreisen eine Beratung über Bauvorhaben von Schulen und Dienstwohnungen durchzuführen.⁴⁹⁵

Die Befragung erfasste insgesamt 327 Schulen in Ostfriesland, davon in den Aufsichtskreisen Aurich 74, Emden 28, Leer 57, Weener 60, Norden 43, Wittmund 65. Die Anzahl der Klassenräume war immer noch zu gering. Als ausreichend versorgt wurden Schulen angesehen, die für jede Klasse einen Raum zur Verfügung hatten. Das traf auf 193 (59 %) Schulen zu. Immerhin in 134 Fällen (41 %) standen nicht genügend Klassenräume zur Verfügung. Nur 40 Schulen (12,2 %) konnten den Schulplatz auch als Sportplatz nutzen.⁴⁹⁶

Ähnlich stand es um den Schulneubau. Vor 1870 waren 83 Schulen (25,3 %) erbaut, 71 (21,4 %) waren vor 1900 erbaut, bis 1920 waren 80 (21,4 %) Schulen und bis 1940 68 (21 %) Schulen entstanden.

Nach 1940 waren in Ostfriesland bis zu diesem Zeitpunkt 26 Schulen neu gebaut worden, das entsprach einem Anteil von 8 %.⁴⁹⁷

Klänglich stand es um die Heizungen in den Schulen. 290 Schulen (88 %) hatten zu diesem Zeitpunkt Ofenheizung, nur 40 Schulen (12 %) verfügten über eine Zentralheizung. Die Wasserversorgung entsprach den ländlichen Bedingungen. Dennoch – völlig ohne Wasser waren 6 Schulen (1,6 %), Wasser aus Zisternen holten 148 Schulen (39,6 %), Wasser aus Brunnen zogen 182 Schulen (49 %), über eine Wasserleitung verfügten lediglich 37 Schulen (10 %).⁴⁹⁸

Eine Schule – im Kreis Aurich – verfügte noch nicht einmal über elektrische Beleuchtung. In 17 Schulen (5 %) waren die natürliche Beleuchtung und in 65 Schulen (20 %) die Aborte als nicht ausreichend eingeschätzt worden. Immerhin waren in 240 Schulen (72,5 %) die Räume nach 1950 zum letzten Mal gestrichen worden. Weitere 86 Schulen waren vor 1950 aufgefrischt worden und nur in fünf Fällen lag die Renovierung vor 1940.⁴⁹⁹

495 Vgl. Auswertung Torwegge: Schulen und Dienstwohnungen an ländlichen Orten Ostfrieslands. Auswertung der durch Regierung und Bezirkslehrerrat ausgegebenen Fragebogen. OSB 74, Nr. 4, Juli 1953.

496 Ebd.

497 Ebd.

498 Ebd.

499 Ebd.

Die Unterbringung der Lehrkräfte in Dienstwohnungen war an fast allen Schulen möglich, lediglich 4 (1,3 %) Schulstandorte verfügten über keine Lehrerwohnung. 296 Schulen (90,5 %) hatten die zugehörigen Dienstwohnungen. 36 (11 %) waren kircheneigene, 11 (3,4 %) gemeindeeigene Wohnungen.⁵⁰⁰

Insgesamt gab es in Ostfriesland 472 Dienstwohnungen, davon waren 291 (61,8 %) in Schulgebäuden untergebracht, separat davon lagen 181 (38,2 %). Mit dem Alter der Dienstwohnungen stand es ähnlich wie mit dem Alter der Schulen, 51,11 % davon waren nach 1940 erstellt worden. Die Größe der Dienstwohnung variierte von 30 qm (in 29 Fällen = 6,2 %) die größten darunter maßen über 125 qm (in 16 Fällen = 3,4 %). Die Einrichtungen und der Zustand der Wohnungen ließen zu wünschen übrig. 311 Wohnungen verfügten über eine Waschküche, ohne diese Einrichtung waren immerhin 169 (36 %). Ähnlich stand es um verfügbare Badezimmer. 82 Badezimmer wurden gezählt, 382 (82,7 %) Dienstwohnungen hatten kein Badezimmer. Der Abort befand sich bei 373 Wohnungen im Haus, 93 Aborte befanden sich außerhalb des Hauses. Nur 58 Wohnungen (12,3 %) verfügten über eine Wasserleitung. Aus Zisternen bezogen 351 Wohnungen (74,4 %) ihr Wasser und über Brunnen wurden 174 Wohnungen (37 %) versorgt. Gezählt wurden 445 Wohnungen mit Ofenheizung, über eine Zentralheizung verfügten 27 Wohnungen (5,7 %).⁵⁰¹

Doch Tatsache blieb: Die Lehrerinnen und Lehrer konnten oft nicht selbst über die vorhandene Dienstwohnungen verfügen, da es immer noch anderweitige und offensichtlich dringlichere Verwendungen gab. Die Stelleninhaber an den Schulen bewohnten nur in 204 Fällen (43,2 %) die eigene Dienstwohnung. 164 (34,7 %) Wohnungen waren durch Flüchtlinge und durch Lehrer im Ruhestand 32 (6,8 %) belegt. Andere Personen nutzten in 86 Fällen (18,2 %) die Dienstwohnung und anderweitige, vermutlich zweckentfremdete Nutzung gab es in 13 Fällen (2,8 %).⁵⁰²

Natürlich gab es auch Mehrfachnutzungen oder Untervermietungen. Die Fremdbewohner zahlten in 92 Fällen an den Stelleninhaber direkt, an die jeweilige Gemeinde zahlten 127 (58 %) Wohnungsinhaber.⁵⁰³ Ein erster Auf-

500 Ebd.

501 Ebd.

502 Ebd.

503 Ebd.

schwung zeichnete sich aber ab. An insgesamt 42 Standorten war ein Neubau der Dienstwohnung in Planung.

Der Schriftleiter des OSB, E.A. Becker, kommentierte:

*„Bei Beratungen über die geldlichen Anforderungen für eine moderne Wehrmacht nennt man heute ohne Scheu riesige Zahlen. Wir fordern die gleichen Summen für eine moderne, umfassende Ausbildung der deutschen Jugend und ihrer Lehrer und für deren Unterbringung in Schulen und Wohnungen, die nach Räumen, Einrichtung und gesundheitlichen Verhältnissen modernsten Anforderungen entsprechen. Was für ein Krankenhaus heute eine selbstverständliche Forderung ist, sollte für eine Schule, in der gesunde Jugend heranwachsen und sich wohlfühlen soll, gleiche Selbstverständlichkeit und eine Forderung des ganzen Volkes sein.“*⁵⁰⁴

Die Forderungen des BLR waren sicherlich gerechtfertigt, dennoch muss betont werden, dass die Wohnsituation der Gesamtbevölkerung in Ostfriesland in der Regel nicht besser war. Unter welchen Umständen gewohnt werden musste, das schilderte eindrucksvoll auch K. Engel.⁵⁰⁵

Schulrat Stellmann, Bremervörde, ehemaliger Mittelschulrektor in Weener, veröffentlichte in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung einen Artikel zur Lage der Schulen im Gebiet Nordlüneburg. Der Artikel belegte sehr deutlich, wie die Schulen allgemein im Verhältnis zum sonstigen feststellbaren Fortschritt des Wiederaufbaues noch vernachlässigt wurden. Der Vorsitzende des BLO, Hirte, übernahm den Artikel unter dem Titel „Aktion: Helft den Schulen“ in das OSB offensichtlich in der Hoffnung, dass der Text die Aufmerksamkeit aller verantwortlichen Gemeinden auf sich zog. Dennoch lobte Hirte auf dem Hintergrund der letzten Erfahrungen mit den Schulbauten die Haltung der ostfriesischen Gemeinden zum Wiederaufbau der Schulen.

*„Ich glaube sogar, daß wir verpflichtet sind für den Bezirk Aurich festzustellen, daß unsere Regierung nichts an ernstlichen Bemühungen hat fehlen lassen, um ein anständiges Schulbauprogramm durchzuführen.“*⁵⁰⁶

Das Lob kam zu früh. 1954 wollten Eltern den durch fehlenden Wohnraum verursachten Lehrermangel nicht mehr hinnehmen, sie organisierten einen Schulstreik. Der Schriftführer des OSB, E.A. Becker, begrüßte die Aktivität

504 Ebd. Kommentar der Schriftleitung.

505 Engel, K., Über die Wohn- und Lebensverhältnisse der ostfriesischen Landlehrer nach dem Kriege. In: Bierwirth, H.; Hothan, H.; Klattenhoff, K. (Hrsg), 1995, S. 587 ff.

506 Hirte: Aktion: Helft den Schulen. In: OSB 75. Jg., Nr. 6, Juni 1954.

der Eltern, lehnte aber die Form des Streikes vom Prinzip her ab. Mit Blick auf die Verfügbarkeit der Dienstwohnungen und die Durchsetzungskraft der Gemeinden stellte er fest:

*„Es sind weitere Fälle in Ostfriesland bekannt, wo seit Jahren Menschen in Lehrerwohnungen untergebracht sind, die keinen Frieden halten wollen. Sie wurden aber bisher nicht in einer anderen Wohnung untergebracht.“*⁵⁰⁷

Der Personenkreis, der die Dienstwohnungen in Anspruch genommen hatte und auf die Nutzung nicht verzichten wollte, schien in den ostfriesischen Dörfern nicht besonders gelitten:

*„Nicht etwa deshalb, weil inzwischen nicht Wohnungen frei geworden wären, sondern weil niemand im Dorf diese Personen aufnehmen will.“*⁵⁰⁸

Die Gemeinden konnten oder wollten sich bei der Bereitstellung der Wohnungen nicht durchsetzen, Räumungstermine und Aufforderungen blieben wirkungslos. Außerdem war ein Anteil der in den Dienstwohnungen untergebrachten Personen unfriedlich. E.A. Becker schilderte Fälle, „in denen Unfrieden durch Mitbewohner immer wieder in das Lehrerhaus hineingetragen wurde (Überfälle, Bedrohungen, Verleumdungen, Verdächtigungen, Schikaniereien usw.).“⁵⁰⁹

Die Problemlage war allgemein bekannt. Die Gemeinden handelten nach eigenem Gusto, die Übertragung der Verwaltung der Dienstwohnung gab ihnen das Recht dazu.⁵¹⁰ Da die Bevölkerung sich gegen die Einquartierungen oft wehrte⁵¹¹, blieb der bequeme Weg, den Wohnraum zu nehmen, auf den nur die Gemeinde Zugriff hatte. Daraus entstanden Konflikte. Schon 1948 hatte der Nds. Kultusminister während der 2. Schulrätetagung in Schwöbber davon erfahren. Ihm war berichtet worden, „daß Einmieter, die zwangsweise in Lehrerdienstwohnungen einquartiert sind, sich mehrfach untragbare Uebergriffe erlaubt und – abgesehen von der allgemeinen Belastung für die Schule – z. B. deren Anteil an der Benutzung von Bedürfnisanlagen in untragbarer Weise geschmälert haben.“⁵¹²

507 Becker, E.A., Schulstreiks wegen Lehrerwohnungen in Ostfriesland. OSB 75. Jg., Nr. 11, Nov. 1954.

508 Ebd.

509 Ebd. (Klammer im Original).

510 Lehrerdienstwohnungen. RP AUR. – Ub – 22.07.1948, Amt.SchBl.AUR 1948, S. 113.

511 Parisius, B., 2004, S. 132 ff.

512 Nds. KM: Wohnverhältnisse der Lehrer. K IV 1633/48. Amt.SchBl.AUR 1948, S. 110.

Andererseits sollte berücksichtigt werden, dass Flüchtlinge und Vertriebene aufgrund von Benachteiligung und ungerechter Behandlung oft abwehrend reagierten.⁵¹³

1954 widmeten sich die Mitglieder des neu gewählten Bezirkslehrrates in einer Sitzung mit Vertretern der Regierungsschulabteilung erneut der Wohnungsfrage.⁵¹⁴ Zur Situation der Schul- und Lehrerdienstwohnungen wurde Oberregierungs- und Baurat Müller-Stüler gehört. Der Baurat sprach über die Möglichkeiten des Schul- und Lehrerwohnungsbaues in Ostfriesland. Der BLR forderte, dass Dienstwohnungen für Lehrkräfte in größerem Umfang zur Verfügung gestellt werden sollten. Er bezog sich dabei nachdrücklich auch auf die gem. § 8 des Schulverwaltungsgesetzes gegebene Verpflichtung des Schulträgers. Der BLR forderte zusätzlich, alle Dienstwohnungen mit Öfen auszustatten und schlug eine einheitliche Regelung für Ostfriesland vor.⁵¹⁵ Und das Problem der Unterbringung schulfremder Personen in Dienstwohnungen war immer noch nicht gelöst. Der BLR erhob erneut die Forderung, dass dringend benötigter Wohnraum freigemacht werden sollte.⁵¹⁶ Die vorgesetzten Dienststellen zeigten Verständnis und setzten sich für die Verbesserung der Situation ein. Am 21. Februar 1955 führte der KLV Wittmund in Zusammenarbeit mit der amtlichen Kreislehrerkonferenz eine Versammlung durch, zu der auch Oberregierungsrat Eiben, Aurich, eingeladen wurde. Der Oberregierungsrat referierte zum Thema „Schule und Wohnungsbau in Ostfriesland“⁵¹⁷ und forderte nachhaltig weitere Geldmittel ein, die wegen der besonderen Situation „aus Landes- und Bundeskassen“⁵¹⁸ fließen sollten.

Doch insgesamt hatte sich bis zur Jahresmitte 1955 in Ostfriesland viel bewegt. Vom Juni 1948, dem Zeitpunkt der Währungsreform, bis zum 31. März 1955 waren in Ostfriesland 54 Volksschulen neu erbaut worden.⁵¹⁹ Diese 54 Schulen wiesen 154 Klassenräume und 89 sonstige Unterrichtsräume aus. Durch Um- und Erweiterungsbauten an 53 Schulen wurden 67 Klassenräume und 38 sonstige Unterrichtsräume neu erstellt. Vier Schulen, durch Kriegs-

513 Vgl. „Spannungen in Ostfriesland“ In: Parisius, B., 2004, S. 143 f.

514 Becker, E.A., Aus der Arbeit des Bezirkslehrrates. In: OSB 76. Jg., Nr. 1, Jan. 1954, S. 7.

515 Ebd.

516 Ebd.

517 Kreislehrerverein Wittmund. In: OSB 76. Jg., Nr. 3, März 1955, S. 23.

518 Ebd.

519 Angaben nach: Becker, E.A., Schul- und Lehrerdienstwohnungsneu-, -erweiterungs- und -umbauten in Ostfriesland seit der Währungsreform. In: OSB 76. Jg., Nr. 8, Aug. 1955, S. 61 f.

einwirkungen erheblich beschädigt, nahmen die Arbeit wieder auf, 24 Klassenräume und fünf sonstige Unterrichtsräume waren dadurch gewonnen worden. Drei Mittelschulen wurden in diesem Zeitraum neu errichtet, die 11 Klassenräume und vier sonstige Unterrichtsräume aufwiesen. Eine Mittelschule wurde durch Um- und Erweiterungsbau mit zwei Klassenräumen und einem sonstigen Unterrichtsraum errichtet.⁵²⁰

Im März 1955 befanden sich einige Volksschulen noch im Bau. Allerdings errichteten viele Gemeinden immer noch Schulen mit zu geringer Klassenzahl. Zum Stand:

„Am 31.03.55 waren in Ostfriesland noch 78 Volksschulen mit 222 Klassen neu zu bauen.“⁵²¹

Damit kamen durchschnittlich auf jede Volksschule maximal drei Räume.

Die „Verbesserung der Lebenssituation“⁵²² als Leitthemenbereich umfasste, so ist es den Anträgen der Lehrervereine zu den Vertreterversammlungen zu entnehmen, neben dem Schul- und Dienstwohnungsbau wesentlich auch Forderungen nach geregelterem Einkommen. Lehrerinnen und Lehrer fühlten sich als Staatsbeamte, das prägte „Sozialstatus und Selbstbewußtsein der Lehrer.“⁵²³ Während in der freien Wirtschaft die Löhne in den Jahren 1950 bis 1956 sich verdoppelten⁵²⁴, blieben die Gehälter in der Entwicklung zurück. Ansprüche, die bereits vor 1933 erworben waren⁵²⁵, wurden zum Teil nicht erfüllt. Die Lehrkräfte wurden bis 1950 in der Regel nach „A4 c2 bezahlt, das entsprach einem Inspektorengeloh.“⁵²⁶ Bis 1950 galt noch die durch die Brüningische Deflationspolitik 1931 eingesetzte Gehaltskürzung um 6 %.⁵²⁷ Unterschiede in den Gehältern ergaben sich auch wesentlich durch die Ortsklassenstufen. An einem Beispiel:

„Ein unverheirateter Kollege erhielt 174,-- DM netto im Monat, ich als verheirateter – N.B. hatte Ortsklasse – fast 200,-- DM netto im Monat. Ich wurde von meinen ehemaligen Kommilitonen beneidet, die auf anderen

520 Ebd.

521 Ebd., S. 62.

522 Vgl. Kap.: Themenbereiche und Leitthemen in der Regionalen Interessenvertretung zur Demokratisierung.

523 Lemberg, E., Lehrer und Gesellschaft. In: Lemberg, E.; Bauer, A.; Klaus-Roeder, R., 1971.S. 59.

524 Wolfrum, E., 2006, S. 85.

525 Bölling, R., 1983, S. 35 ff.

526 Michael, H.J., Schule und Lehrerverein nach dem Krieg. In: Endrejat, H., 1996, S. 234.

527 Vgl. Sturm, R., 1983.

*Dörfern nach den Ortsklasse D, C oder B noch weniger ausgezahlt bekamen.*⁵²⁸

Wertangaben zu den Lebenshaltungskosten der Zeit ergeben kaum ein realistisches Bild. Um eine Angabe zu den Verdienstgruppen zu geben, ist ein Vergleich in der Aussage kräftiger:

*„Legt man die Bezeichnungen des seit 1957 bestehenden Besoldungssystems zugrunde, so befanden sich 1950 die meisten Studienräte in der Gruppe A 13 (damals A2 c2) als Eingangsstufe des höheren Dienstes, die Volksschullehrer in Gruppe A 9 (damals A4 c2).“*⁵²⁹

Wichtig im Ausgleich der Interessen war eine Anhebung des Ansehens des Berufsstandes durch eine signifikante Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Lehrkräfte. Das sollte erreicht werden durch eine geregelte, umfassende akademische Ausbildung der Volksschullehrkräfte. Durch den Landtag Niedersachsen wurde Erich Weniger beauftragt, ein Gutachten über die Verfassung der Niedersächsischen Pädagogischen Hochschulen und die Dauer des Studiums der Volksschullehrkräfte anzufertigen.⁵³⁰ E. Weniger trug die Ergebnisse am 25. Februar 1950 dem Landtag vor und betonte die Bedeutung der Bildung in der Demokratie:

*„Die Demokratie gewährt jedem einzelnen im Volke und auch dem Einfachsten gleiche staatsbürgerliche Rechte und läßt ihn teilhaben an der politischen Verantwortung. Daraus erwächst die erzieherische Aufgabe, jeden einzelnen für die Übernahme dieser Verantwortung, für die Anteilnahme am politischen Leben zu erziehen und zu bilden. Jeder einzelne muß also der Einsichten teilhaftig werden, die zur Erfüllung der politischen Pflichten notwendig sind. Es müssen in ihm die sittlichen Kräfte geweckt werden, die ihn zur Freiheit der Entscheidung und zur Selbständigkeit befähigen.“*⁵³¹

528 Michael, H.J., Schule und Lehrerverein nach dem Krieg. In: Endrejat, H., 1996, S. 234.

529 Bölling, R., 1983, S. 163.

530 Vgl. dazu auch Weniger, E., Volksbildung als Beruf. In: Unsere Schule, 6. Jg., Nr. 1951. Ders., Die bleibenden Aufgaben der Lehrerfortbildung. Westermanns Pädagogische Beiträge, H. 3, 1951.

531 Weniger, E., Zur akademischen Ausbildung der Volksschullehrer. In: Nds. SVBl. III. Jg., 1951, S. 83. Vgl. auch: Ders., 1953.

In den frühen fünfziger Jahren erschienen eine Reihe einzelner Regelungen zur Besoldung⁵³², die keine grundsätzliche Verbesserung oder ausgleichende Maßnahmen beinhalteten.

Je mehr nicht zufrieden stellende Regelungen erschienen, desto mehr Anträge stellten die örtlichen LV an die regionale und überregionale Interessenvertretung. In einer Entschließung der Hauptversammlung des OLV 1954⁵³³ hieß es enttäuscht, „daß noch immer nicht das Ziel der Angleichung an den Lebenshaltungsindex erreicht“⁵³⁴ sei.

Hoffnungen wurden in eine neue Form der Besoldungsregelung, Besoldung „L“, einen gerechteren Wohngeldzuschuss und eine angegliche Besoldungsdienstalterregelung gesetzt.⁵³⁵

Das Bundeskabinett verabschiedete im November 1954 ein neues Ortsklassenverzeichnis im Rahmen des 3. Beamtenbesoldungsgesetzes.⁵³⁶ M. Meyer, Vorsitzender des Schulpolitischen Ausschusses, listete die Unzulänglichkeiten dieses Gesetzes auf und verwies auf die „Ungerechtigkeit der gesamten Ortsklasseneinteilung.“⁵³⁷ Er begründete: „Heute ist eine moderne Mietwohnung auf dem Lande kaum billiger als in der Stadt.“⁵³⁸ Und erklärte zu den Folgen:

*„Es steht also fest, dass die heutige Ortsklasseneinteilung eine erhebliche Benachteiligung der Landbeamten mit sich bringt, und wenn heute von einer Landflucht der Lehrer die Rede ist, so dürfte der Grund auch in diesen Verhältnissen zu suchen sein.“*⁵³⁹

Die niedrigen Ortsklassen auf dem Land sorgten dafür, dass die Stellen in der Region unattraktiv blieben. Meyer verwies auf die „Abgeschlossenheit vom Kulturleben der Stadt und vor allem die höheren Kosten für die Ausbildung der Kinder.“⁵⁴⁰ Er forderte einen Ausgleich in Form von „Erziehungsbei-

532 Im Jahr 1951 erschienen fünf Einzelregelungen zur Besoldung und zum Dienstalter: Nds. SVBl. 1951, Seiten 76, 97, 98, 147, 271. Im Jahr 1952 sechs: Nds. SVBl. 1952, Seiten 2, 25, 78, 79 102, 280. Im Jahr 1953 fünf: Nds. SVBl. 1953, Seiten 73, 103, 146, 147, 220.

533 Entschließungen in Westrhauderfehn. Entschließung zur Besoldungspolitik. In: OSB 75. Jg., Nr. 1, Jan. 1954.

534 Ebd.

535 Ebd.

536 Meyer, M., Änderung der Ortsklassen. In: OSB 75. Jg., Nr. 12, Dez. 1954.

537 Ebd.

538 Ebd.

539 Ebd.

540 Ebd.

hilfen für die Landbeamten⁵⁴¹ oder der Einfachheit halber den „Fortfall jeglicher Ortsklassen.“⁵⁴²

Merten Meyer blickte auf die Auseinandersetzungen des letzten Jahres zurück. Die Änderungen des Besoldungsgesetzes hatten zur Folge gehabt, dass „im Volks- und Mittelschulsektor 16 Gehaltsgruppen entstanden.“⁵⁴³ Die geforderte Vereinfachung der Besoldungsordnung durch eine angestrebte Besoldung „L“ ließ auf sich warten.⁵⁴⁴

Das Besoldungsänderungsgesetz vom November 1954 brachte für Niedersachsen „einen ganzen Rattenschwanz von Zusatzanträgen“⁵⁴⁵, die dann in das 4. Besoldungsänderungsgesetz einfließen. Dabei stellte sich heraus, dass die Regelung für Ruhelehrer und Hinterbliebene „nicht das erfüllte, was ... erwartet wurde.“⁵⁴⁶ Eine Entschließung des OLV während der VV 1955 lautete:

*„Die Versorgungsbezüge der inaktiven Beamten sind auf Grund der jetzigen Besoldungsneuregelung neu festzusetzen.“*⁵⁴⁷

M. Meyer stellte für den OLV und den Schulpolitischen Ausschuss fest:

*„Er bedauert außerordentlich, dass es im 3. und 4. Besoldungsänderungsgesetz nicht gelungen ist, die Gleichstellung zu erreichen und er erhebt den schärfsten Protest gegen diese Missachtung wohlverdienender Beamtenrechte.“*⁵⁴⁸

Diese Auffassungen wurden von einzelnen Lehrervereinen geteilt. Im September 1954 berichtet in Großefehn F. Prange⁵⁴⁹ ausführlich über die Besoldungsordnung und das neue Schulverwaltungsgesetz. Seiner Auffassung nach bedeutete dieses Gesetz sogar in vielerlei Beziehung einen Rückschritt. Es bringe nur „in wenigen Ansätzen Positives.“⁵⁵⁰

541 Ebd.

542 Ebd.

543 Meyer, M., Nur die „L“- Besoldung kann die Lehrerschaft befriedigen. In: OSB 76. Jg., Nr. 1, Jan. 1955.

544 Ebd.

545 Ebd.

546 Meyer, M., Und die Pensionäre und Hinterbliebenen? In: OSB 76. Jg., Nr. 2, Feb. 1955.

547 Ebd.

548 Ebd.

549 Fritz Prange war Lehrer an der Schule Ostgroßefehn IV, Schulaufsichtskreis Aurich. Vgl. Festschrift 1954, S. 25.

550 Konferenz Großefehn. OSB 75. Jg., Nr. 10, Okt. 1954.

1956 sprach Bautz, 1. Vorsitzender des LVN, vor dem Kreislehrerverein Wittmund. Es sei, so erklärte er, Absicht des LVN gewesen „eine allgemeine Verbesserung der Landlehrerposition zu erreichen.“⁵⁵¹ Das Interesse des Verbandes war es, das Verlangen der Lehrkräfte nach der Besoldung „L“, durchzusetzen. Der Berichterstatter J. Osse⁵⁵² verwies auf Benachteiligungen der Region:

*„Was gedenken das Ministerium und der Verband zu tun, daß unsere ostfriesischen Schulen und Kinder genau so gestellt werden wie in den übrigen Bundesgebieten, daß sie hinter den Schulen und Schülern der Großstadt nicht zurückstehen? – Macht den Lehrerberuf attraktiv! Macht auch Ostfriesland attraktiv!“*⁵⁵³

Im August 1957 schrieb Hans Pasternak, Hauptlehrer in Stapelmoorerheide, an den Bundestagsabgeordneten Kortmann, Aurich.⁵⁵⁴ Kortmann hatte die „L“-Besoldung abgelehnt und vor dem Plenum des Bundestages davon gesprochen, dass eine angemessene Form der Besoldung „auch innerhalb der Einheitsbesoldung zum Ausdruck kommen kann.“⁵⁵⁵ Pasternak wollte nun wissen, welche Vorschläge von Seiten des Mitgliedes des Bundestages gemacht werden. Kortmann antwortete, er habe eine Lehrerbesoldung, „die den besonderen Gegebenheiten des Berufsstandes gerecht wird, für entbehrlich“⁵⁵⁶ gehalten. Seiner Meinung nach führe sie die Lehrerschaft „in eine Isolierung“⁵⁵⁷, diese Sonderrolle sei nicht tragbar, da „auch anderen Berufsgruppen dasselbe Recht einzuräumen“⁵⁵⁸ sei.

Als schließlich das Bundesbesoldungsgesetz 1957 erschien, gingen einige Wünsche, so der Vorsitzende des Schulpolitischen Ausschusses, in Erfüllung:

„Keine Kürzung des BDA bei Beförderungen, Wegfall des Diätariats, Fortfall der Klasse C und eine neues Ortsklassensystem Verlängerung des Be-

551 Osse, J., Lehrer und Lehrerorganisation im politischen Raum. In: OSB 77. Jg., Nr. 3, März 1955, S. 20.

552 Jonny Osse war Lehrer an der Schule Altfunnixsiel, Schulaufsichtskreis Wittmund. Vgl. Festschrift 1954, S. 45.

553 Osse, J., Lehrer und Lehrerorganisation im politischen Raum. In: OSB 77. Jg., Nr. 3, März 1955, S. 20.

554 Schriftverkehr Pasternak/Kortmann: Zum Kampf um die L-Besoldung im Bundestag. In: OSB 78. Jg., Nr. 8, August 1957, S. 53.

555 Bericht Wochenzeitschrift: Das Parlament, Nr. 26. v. 10. Juli 1957.

556 Antwort Kortmann vom 23.7.57. Schriftverkehr Pasternak/Kortmann: Zum Kampf um die L-Besoldung im Bundestag. In: OSB 78. Jg., Nr. 8, August 1957, S. 53.

557 Ebd.

558 Ebd.

zuges der Kinderzuschläge ... und Erhöhung der Besoldungslage auf 165 % – das alles sind Dinge, die sich hören lassen.“⁵⁵⁹

Dennoch stellte M. Meyer erneut die Frage: „Wo bleibt für uns Lehrer die L-Besoldung?“⁵⁶⁰ Grund zu dieser Frage gab ihm das Verlangen nach Vergleichbarkeit der Leistungen. Der LVN hatte die Forderungen des Verbandes zusammengefasst: Gleichstellung der Studienräte mit Richtern, daran gemessen die Gehälter für die anderen Lehrkräfte und gleiche Behandlung für die Pensionäre.⁵⁶¹

M. Meyer wollte aber ein Verzetteln verhindert wissen, denn:

*„Es muß vermieden werden, durch Einzeleingaben und Vorstellungen kleiner Gruppen und Grüppchen ein undiszipliniertes Bild zu geben. Wir können nur gewinnen durch Einigkeit!“*⁵⁶²

Die Gleichstellung der Pensionäre ließ auf sich warten, schließlich führte Wilhelm Schipper⁵⁶³, Oldenburg, 1959 eine Klage bis vor das Bundesverfassungsgericht.⁵⁶⁴

Da das Bundesbesoldungsgesetz zwischen Alt- und Neupensionären unterschied und sich daraus „in Einzelfällen über 150 DM monatlich zu lasten der Altpensionäre“⁵⁶⁵ ergab, betonte Merten Meyer: „Die derartige Regelung in § 48 BBesG verstößt gegen Art. 3 des Grundgesetzes.“⁵⁶⁶

Im Oktober 1959 berichtete W. Schipper in Bremen vom Verlauf der Verhandlungen. Hoffnung wurde auch in die Formulierung eines neuen Beamtenrechts gesetzt, das auch dazu beitragen sollte, Ungleichheiten aufzuheben. Merten Meyer, der nach Bremen gereist war, erklärte, es werde „da-

559 Meyer, M., Zwischen den Schlachten. In: OSB 78. Jg., Nr. 9, Sept. 1957, S. 68.

560 Ebd.

561 Ebd.

562 Ebd.

563 Schipper war Vorsitzender des Ruhelehrrerausschusses des GNL. Vgl. Angaben in: Meyer, M., Und die Pensionäre und Hinterbliebenen? In: OSB 80. Jg., Nr. 11, Nov. 1959, S. 103.

564 Meyer, M., Wie steht es mit der rechtsgleichen Überleitung der Pensionäre? In: OSB 80. Jg., Nr. 1, Jan. 1957, S. 5f.

565 Meyer, M., Das Recht der Pensionäre. In: OSB 80. Jg., Nr. 3, März 1959, S. 28. (M. Meyer bezieht sich auf eine Denkschrift des DGB. Zitate daraus wurden von ihm nicht gekennzeichnet.)

566 Ebd., S. 28.

mit zu rechnen sein, daß unsere gerechten Forderungen in absehbarer Zeit erfüllt werden.“⁵⁶⁷

Zur VV 1959 tagte der Ausschuss für Schulpolitik und Standesfragen, Merten Meyer forderte eine „gerechte Ortsklassenverteilung“⁵⁶⁸, denn die „Teuerungsverhältnisse in Stadt und Land gleichen sich an.“⁵⁶⁹

Im September 1960 schließlich stellte Merten Meyer in einem umfangreichen Beitrag für das OSB die nächsten Schritte vor, die gegangen werden müssten, um „Gerechtigkeit für die Altpensionäre“⁵⁷⁰ durchzusetzen. Die Klage Schippers war vor dem Bundesverfassungsgericht gescheitert. Merten Meyer äußert sich enttäuscht über die Behandlung des Beamtengesetzes vor dem Nds. Landtag. Er forderte die Mitglieder auf:

*„Nur wenn es uns gelingt, den Bundestag von der Gerechtigkeit unserer Sache zu überzeugen, ist die Möglichkeit gegeben, das Gesetz zu ändern.“*⁵⁷¹

Schließlich kam es zu einer Telegramm-Aktion des DGB-Bundesvorstandes, der auf die Vorbereitungen zur 3. Novelle der Art. 131 GG Einfluss nehmen wollte.⁵⁷² In einem Telegramm an die Fraktionsvorsitzenden der Parteien wurde eine Gleichstellung der Altpensionäre verlangt.⁵⁷³

Die Vertreterversammlung des OLV folgte 1961 dem Beispiel⁵⁷⁴ und verfasste ein Telegramm im Namen von „1200 Mitgliedern“⁵⁷⁵, in dem gefordert wurde:

„Nachdem der Innenausschuß des Bundestages und der Bundestag selber die Möglichkeit der Gleichstellung anerkannt haben ... sollte es für die Abge-

567 Meyer, M., Und die Pensionäre und Hinterbliebenen? In: OSB 80. Jg., Nr. 11, Nov. 1959, S. 103.

568 Meyer, M., Ausschuss für Schulpolitik und Standesfragen im OLV. In: OSB 80. Jg., Nr. 12, Dez. 1959, S. 113. Vorgestellt auch in: Meyer, M., Neues Beamtenrecht in Niedersachsen. In OSB 81. Jg., Nr. 9, Sept. 1960, S. 81 f.

569 Ebd.

570 Meyer, M., Die erste Forderung: Gerechtigkeit für die Altpensionäre. In: OSB 81. Jg., Nr. 9, Sept. 1960, S. 79.

571 Ebd.

572 Ebd.

573 Meyer, M., Und immer wieder: Gerechtigkeit den Altpensionären. In: OSB 82. Jg., Nr. 7/8, Juli/Aug. 1961, S. 70 f.

574 Becker, E.A., Betr., Besoldungsrechtliche Gleichstellung der Altpensionäre. In: OSB 82. Jg., Nr. 10, Okt. 1961, S. 100.

575 Ebd.

ordneten des Niedersächsischen Landtages eine Selbstverständlichkeit sein, ein Gleiches zu tun.“⁵⁷⁶

Erst im Juni 1962 setzte sich die Gleichstellung der Versorgungsbezüge durch. Mit dem „Gesetz zur Anpassung der Versorgungsbezüge an das neue Besoldungsgesetz“⁵⁷⁷ wurde den Ansprüchen der Interessenvertretungen, Verbände und Parteien Rechnung getragen.

Zwar waren die Gehälter der Lehrkräfte in den Jahren angepasst und grundsätzlich geregelt worden, letztlich konnten auch Ungleichheiten in den Versorgungsbezügen aufgehoben werden, doch gesteigerte Anforderungen an den Lehrerberuf bei gleichzeitig erheblichem Lehrermangel machten Studium und Ausbildung junger Pädagogen nicht attraktiver. Der Vorsitzende des GNL, Lohmann, und der Geschäftsführer Meitz sprachen 1962 auf einer Tagung des OLV zu der die „Vorsitzenden der 34 Ostfriesischen Konferenzen“⁵⁷⁸ des OLV eingeladen waren. Es sollten weitere Verbesserungen eingefordert werden, denn „wenn die zukunftsgerichtete Schule der Gegenwart neue Aufgaben für den Lehrer und Erzieher mit sich bringt, wenn die Lehrerbildung den Erfordernissen der modernen Zeit angepaßt werden soll, dann ist auch die Frage nach einer Überprüfung der Lehrerbesoldung berechtigt und begründet.“⁵⁷⁹

Zur Vertreterversammlung 1963 wurde über die Entwicklung der L-Besoldung diskutiert. Eine vereinfachte Darstellung der Besoldungsvorgaben sorgte für Vergleiche: „Studienrat – Richter = 100 %, Mittelschullehrer = 90 % des Studienratsgehaltes, Volksschullehrer = 80 % des Studienratsgehaltes.“⁵⁸⁰ Der Berichterstatter verwies auf eine Besprechung mit der Bezirksregierung am 24.3.1963.

D. Mahnke bemängelte seinerseits den Bericht, es sei zu wenig darüber ausgesagt worden, was „im Bezirk gearbeitet worden ist.“⁵⁸¹

576 Ebd.

577 Meyer, M., Mitteilungen des Schulpolitischen Ausschusses und des Ausschusses für Ruhelehrer. In: OSB 82. Jg., Nr. 10, Okt. 1961, S. 95.

578 Schmidt, W., Die Stellungnahme des GNL zur Besoldungssituation. In: OSB 83. Jg., Nr. 12, Dez. 1962, S. 126.

579 Ebd.

580 Vertreterversammlung des Ostfriesischen Lehrervereins 1963. In: OSB 84. Jg., Nr. 10, Okt. 1963, S. 100.

581 Ebd.

Die Diskussion um das Beamtenrecht bildete in der Arbeit dieses Gremiums einen Bereich, der gleichzeitig auch die Schwäche der regionalen Vertretung deutlich werden ließ. Zwar konnte M. Meyer die Willenserklärungen der Interessengemeinschaft aufnehmen und an die überregionale Vertretung weitergeben, konnte dafür Sorge tragen, dass die Auffassungen, die sich aus der Arbeit des Gremiums entwickelten, zum Tragen kamen. Eine unmittelbare Einflussnahme aber gab es nicht. Tatsache ist, dass dieses Gremium immer auch mit Blick auf die Gleichbehandlung der Interessengruppen in der Gesellschaft handelte. Es ging darum, in der Demokratie die Position der eigenen Berufsgruppe zu verbessern, ihre Interessen zu wahren und ihren Mitgliedern ein Auskommen zu sichern.

4.2.3 *Der Erziehungswissenschaftliche Ausschuss / Pädagogische Ausschuss*

4.2.3.1 Die bearbeiteten Themenfelder

Die Themenfelder des Pädagogischen Ausschusses umfassten ein Arbeitsgebiet, das die Aspekte des Wirkens der Mitglieder aufnehmen und in ein gemeinsames, die Pädagogik und die Schule förderndes Vorgehen einfließen lassen sollte. Dieser auf die Außenwirkung der Interessengemeinschaft gerichtete Auftrag umfasste: „Pädagogik und Psychologie, Fragen der inneren Schularbeit, Vorbereitung Pädagogischer Wochen.“⁵⁸² Ergänzend weist die Satzung einen Themenbereich aus, der aus der Diskussion der Zeit verstanden werden muss: „Die Arbeit kann auf das Gebiet der Sozialpädagogik erweitert werden.“⁵⁸³

Der Pädagogische Ausschuss musste auf Veränderungen reagieren und Strömungen, die von der Mehrheit der Mitgliedschaft getragen wurden, erkennen. Das geschah zum Einen dann, wenn die aktuelle Situation in Ostfriesland es erforderlich machte, in der Schule und in der Pädagogik darauf zu reagieren; zum Anderen dann, wenn die Anforderungen an die Schule sich veränderten und es notwendig wurde, diese Veränderungen mit pädagogischen Maßnahmen zu begleiten. Als wesentliches Instrument diente dazu „die berufliche und wissenschaftliche Fortbildung der Mitglieder“⁵⁸⁴, die in Versammlungen, Tagungen und Arbeitsgemeinschaften durchgeführt wurde.

582 Vgl. § 6, 1. Satzung OLV 1955.

583 Ebd.

584 Ebd.

Der Pädagogische Ausschuss erreichte auf diese Weise folgende Leitthemen⁵⁸⁵: Schulreform, Entwicklung der Pädagogik, Dreigliedriges Schulsystem, Unabhängigkeit der Schule, Jugend, Berufschancen und neue Medien.

4.2.3.2 Lehrplan Demokratie – Neue Fächer, Politische Bildung, Rahmenrichtliniendiskussion, Stoffverteilungspläne

Die Arbeit des Pädagogischen Ausschusses umfasste das Leitthema „Entwicklung der Pädagogik“⁵⁸⁶, 26 Vorträge während Pädagogischer Wochen und Anträge der einzelnen Lehrervereine bezogen sich darauf. Wiederholt ging es darum, bestimmte Methoden vorzustellen (z. B. Gruppenunterricht⁵⁸⁷, Exemplarisches Lernen⁵⁸⁸ u. a.), seltener wurden didaktische Diskussionen zu einzelnen Unterrichtsfächern geführt.

Eine erste Zusammenfassung der Arbeit des Pädagogischen Ausschusses gab A. Alberts zur gemeinsamen Tagung aller Vorsitzenden der Lehrervereine, den Mitgliedern des Bezirks-Lehrerrates, Schulleitern, AG-Leitern und Vertretern der Junglehrerarbeitsgemeinschaften am 2. Juni 1954.

Während der Tagung äußerte sich Alberts zu grundsätzlichen Auffassungen der Pädagogik der Nachkriegszeit.⁵⁸⁹ Er stellte drei Richtungen vor. Da sei in der Pädagogik einerseits „das Festhalten am Überlieferten“⁵⁹⁰, dann andererseits das „unbedingte Aufnehmen neuen Gedankengutes“⁵⁹¹ und schließlich „das besonnene Aufnehmen und kritische Überprüfen alter und neuer pädagogischer Gedanken, die Revision.“⁵⁹² Er betonte die prägende Entwicklung in der Pädagogik 1918 bis 1933 insbesondere im Gedanken der Arbeitsschule nach Kerschensteiner auf der Basis der „Pädagogik vom Kinde aus.“⁵⁹³ Allen grundlegenden Gedanken in der Pädagogik sei es eigen, dass sie nach der Überspitzung in eine Krise geraten seien, in die Revision. So sei

585 Vgl. Kap: Themenbereiche und Leitthemen in der Regionalen Interessenvertretung zur Demokratisierung.

586 Ebd.

587 Alberts: Wann und wo ist Gruppenunterricht möglich. Referat Hauptversammlung des Ostfr. Lehrervereins. 6.-8. Oktober 1955 in Emden. Programm. OSB 76. Jg., Nr. 9., Sept. 1955, S. 65.

588 Alberts: Exemplarisches Lernen. Referat. Vgl. Die Versammlungen der Arbeitsgruppen In: OSB 80. Jg., Nr. 8, Aug. 1959, S. 73.

589 Alberts, A., Lage und Aufgabe der Gegenwartspädagogik. In: OSB 75. Jg., Nr. 9, Sept. 1954.

590 Ebd.

591 Ebd.

592 Ebd.

593 Ebd.

die „Krisis der Arbeitsschule“⁵⁹⁴ 1930 nicht Anlass gewesen, die wesentlichen Charakterzüge dieser Pädagogik über Bord zu werfen.

An Übernehmenswertem reflektierte Alberts verschiedene Herangehensweisen. Er verlangte:

*„Konzentration und Aufmerksamkeit erfordern eine starke Selbstzucht der Schüler. Die Kunst des Lehrers in der Arbeitsschule liegt darin, diese Selbstzucht zu erreichen.“*⁵⁹⁵

Zum aktuellem Stand der pädagogischen Diskussion vor Ort gab Alberts an: „Sprechspur, Gruppenunterricht und Vorhaben stehen noch in den Anfängen ihrer Entwicklung.“⁵⁹⁶

Das Übernehmenswerte sei aber in der derzeitigen Situation der Schule und des Unterrichtens bereits im Begriff, verloren zu gehen. Alberts nannte Hemmnisse:

*„Wir müssen heraus aus 1. der Unverbindlichkeit der theoretischen Pädagogik, 2. der Unberührtheit der Praxis von der theoretischen Pädagogik, 3. dem geringen Anspruchsniveau des Denkens und Urteilens, 4. der Abhängigkeit des Pädagogischen Handelns von vergänglichen Moden, 5. dem Vorrang politischer Entscheidungen, 6. der Geringschätzung der Pädagogik als Wissenschaft.“*⁵⁹⁷

Ein Scheitern der neueren und seiner Auffassung nach zielsetzenden Pädagogik sah Alberts in den extremen Richtungen, die zur Diskussion standen. Der „pädagogische Subjektivismus“⁵⁹⁸ sehe den Unterricht und das unterrichtliche Handeln zu sehr vom Kinde aus.⁵⁹⁹ Alberts formulierte als Ziel: „Erziehung zu Humanität durch Humanisierung der zwischenmenschlichen Beziehungen.“⁶⁰⁰

Für den Ausschuss gab Alberts die Anregung, in Konferenzen oder besonderen Fachgruppen philosophisch-pädagogische Werke zu diskutieren und regte

594 Von Alberts zitierter Artikel von Gerdes: Zur Krisis der Arbeitsschule. In: Pädagogischer Wegweiser. Nr. 1/54.

595 Alberts, A., Lage und Aufgabe der Gegenwartspädagogik. In: OSB 75. Jg., Nr. 9, Sept. 1954.

596 Ebd.

597 Ebd.

598 Ebd.

599 Ebd.

600 Ebd.

die Gründung einer übergreifenden pädagogisch-philosophischen Arbeitsgemeinschaft an.⁶⁰¹

Das Referat von Alberts löste eine Diskussion um das so genannte „Generationsproblem“⁶⁰² aus. Die Junglehrkräfte strebten nach Neuem, sie lehnten den Arbeitsschulgedanken ab, der ein zu „romantisches Bild vom Kinde“⁶⁰³ zeichnete. Neue Formen, Arbeitsweisen und Inhalte sollten sich entwickeln, die restaurativen Tendenzen mussten überwunden werden. Der Mittelschulrektor i.R. O. Hartmann⁶⁰⁴ versuchte zu vermitteln: „In der Restauration muß eine schöpferische Synthese stecken zwischen Alt und Neu.“⁶⁰⁵ Ruf und Ansehen der Schule in der Weimarer Zeit und ihrer Lehrer verteidigte E. Siebels, Aurich, 1955. Er hob die Verdienste der Lehrerschaft in Ostfriesland in den Schulen insbesondere mit Blick auf die Jahre nach dem ersten Weltkrieg hervor.⁶⁰⁶ Siebels, in der Weimarer Zeit Leiter der Volksschule Loga, verwies auf die Kritik, die an reformpädagogischen Ansätzen schon vor Zeiten geübt wurde. Das Hineinreden und die teils offene Herausforderung beschreibt er in der Wirkung so:

„Diese Schule stand in einem harten Kampf. Die öffentliche Meinung, der überwiegende Teil der Elternschaft verstand die neue Art nicht. Arbeitsschule?! Nun, das war die Schule, in der eben nichts getan wurde. Sie machte ‚Künsten‘ (Plattdeutsch). Unterricht im Freien?! Nun, der Lehrer bummelt mit den Kindern etwas herum. Der Lehrer Freund und Kamerad der Kinder?! Wo bleiben da die Autorität, der Respekt? Kinder müssen den Lehrer fürchten!“⁶⁰⁷

Die Diskussion entwickelte sich Anfang der fünfziger Jahre in zwei Richtungen. Einerseits sollten die Erziehungsziele reformiert werden, andererseits galt es, die Methoden weiter zu entwickeln.

Am 21. Juni 1955 sprach Arthur Dumke⁶⁰⁸, LVN, in Aurich über die Situation an den Volksschulen und machte deutlich, welche Wege zurzeit die

601 Konferenz Wiesmoor. In: OSB 75. Jg., Nr. 11, Nov. 1954.

602 Vgl. Vorwort der Schriftleitung zu Hartmann, O., Das Generationsproblem und die Schulreform. In: OSB 75. Jg., Nr. 10, Okt. 1954.

603 Ebd.

604 Otto Hartmann war Mittelschullehrer in Aurich, dann Mittelschulrektor in Verden. Er schrieb diesen Artikel im Ruhestand 1954. Ebd.

605 Ebd.

606 Siebels, E., Die „alte“ Schule und ihre Lehrer. In: OSB 76. Jg., Nr. 8, Aug. 1955, S. 57.

607 Ebd. (Klammer im Original).

608 Zur Biografie vgl. Dumke, A., 1987.

Lehrervereine überregional gingen. Vordringlich nannte er das Problem der Erziehung in Schule und Unterricht. Die moderne Zeit in der jungen Demokratie fördere den Individualismus, denn „es kann nicht übersehen werden, daß sich als Protest gegen das Massendasein ein gewisser Egoismus ausbreitet. Durch die technische Revolution ist das patriarchalische System weitgehend aufgelöst worden.“⁶⁰⁹

Die Erziehungsziele der Schule seien oft genug weit entfernt von dem, was in der Gesellschaft das Leben präge. Das „praktische Ziel“⁶¹⁰ in der Arbeit müsse „in dem liegen, was gedacht wird.“⁶¹¹ Die Schule müsse sich ändern; „Umgangsformen sollen erlernt und gepflegt, Verantwortungsfreude, Duldsamkeit und Verständnis für ethische Werte geweckt werden.“⁶¹²

Das den Schülerinnen und Schülern vermittelte Wissen halte den neuen Anforderungen beim Übergang in den Beruf nicht stand:

*„Noch am 28.4.1955 hat der Industrie- und Handelstag in Köln festgestellt, daß bei den Volksschülern im allgemeinen Mängel im Elementarwissen vorhanden sind. ... Mängel in der Elementarbildung hätten berufliche Minderleistungen zur Folge. Die Leistung der heutigen Volksschule genüge nicht.“*⁶¹³

Dumke ging auf die relative Bedeutung der Zeugniszensuren und deren Vergleichbarkeit ein. Es müssten allgemeingültige Zensurengrundlagen geschaffen werden. Er forderte z. B. „Normdiktate ... die eventuell unter Mithilfe des Rundfunks durchgeführt werden könnten.“⁶¹⁴

Eine verstärkte Kooperation zwischen der Schule und allen Institutionen der Öffentlichkeit könnte hilfreich sein:

*„Eine Änderung der Erziehungssituation kann nur erreicht werden, wenn alle Kräfte außerhalb der Schule an der Erreichung der Erziehungsziele der Schule mitarbeiten.“*⁶¹⁵

Auf Fragen der Methodik ging Dr. Joppich, Göttingen, in seinem Referat „Alte und neue Wege im methodischen Raum“⁶¹⁶ zur Pädagogischen Woche

609 Harms, A., Zur Situation der Volksschule heute. OSB 76. Jg., Nr. 8, Aug. 1955, S. 58.

610 Ebd.

611 Ebd.

612 Ebd.

613 Ebd., S. 59.

614 Ebd.

615 Ebd.

616 Vgl. Schridde, R., Alte und neue Wege im methodischen Raum. In: OSB 76. Jg., Nr. 1, Jan. 1955, S. 3 f.

1954 ein. Drei Aspekte des unterrichtlichen Verfahrens stellte der Referent in den Vordergrund:

„1. Vom direkten zum indirekten Verfahren!“⁶¹⁷ Die im Frontalunterricht gestellte Lehrerfrage, die das Lernen in den Schulen überwiegend bestimmte, sollte abgelöst werden durch eine Frage, die Unterrichtende sich immer wieder stellen sollten: „Lernt das Kind so denken?“⁶¹⁸

Der zweite Aspekt: „Vom erfundenen, konstruierten Verfahren zum natürlich gefundenen Verfahren!“⁶¹⁹ Problemstellungen, die Schülerinnen und Schüler im Unterricht selbst fänden und bearbeiteten, wirkten sich nachhaltiger auf das Lernen aus, als die Konstruktion von Problemstellungen per Unterrichtsthema, in dem rein theoretisch Fragen erhoben würden.

Der dritte Aspekt: „Vom gebundenen Normalverfahren zum aufgelockerten Verfahren!“⁶²⁰ Das Unterrichtsgespräch und die Lehrerfrage, das so genannte „gebundene Normalverfahren“, verursache Desinteresse, Langeweile und Antriebslosigkeit bei Schülerinnen und Schülern. Ein ständiger Methodenwechsel, so der Referent, sorge für Auflockerung und schaffe ein geistiges Klima des ständigen Austausches.

Der Gruppenunterricht rückte als eine der wichtigen und sozial prägenden Form der Unterrichtsgestaltung in den Vordergrund.⁶²¹

Im April 1954 erschien ein Artikel von Ulrich Freyhoff⁶²² im OSB, der die Praxis des Gruppenunterrichtes zum Thema hatte.⁶²³ Freyhoff setzte sich mit der Schrift von Günter Slotta „Die Praxis des Gruppenunterrichtes und ihre Grundlagen“⁶²⁴ auseinander. Diese Arbeit, die in Junglehrer-Arbeitsgemeinschaften Verbreitung fand, brachte neue Formen der Gestaltung des Gruppenunterrichtes. Slotta hatte den Ansatz der nach dem Verständnis der Zeit von den Lehrkräften aufgefassten sozialpädagogischen Aufgaben des Lehrers gewählt. Es sollten Formen in den Unterricht Einzug halten, die das soziale

617 Ebd.

618 Ebd.

619 Ebd.

620 Ebd.

621 Zur Diskussion des Gruppenunterrichtes in dieser Zeit: Petersen, P., 1946. Ders., 1950; Schmidt, W., 1950.

622 Ulrich Freyhoff war Lehrer an der Hardewykenschule Leer, Schulaufsichtskreis Leer. 1954 für das Studium beurlaubt. Festschrift 1954, S. 31.

623 Freyhoff, U., Die Praxis des Gruppenunterrichts. Gedanken zu einem neuen Buch. In: OSB 76. Jg., Nr. 4, Apr. 1955, S. 28.

624 Slotta, G., 1954.

Handeln in der Klassengemeinschaft stärken und die Gruppen zu sozialen Gemeinschaften werden ließen. In diesem Zusammenhang nutzte Slotta den Begriff der Gruppe als „Sozialform“.⁶²⁵ Der Gruppenunterricht sollte im methodischen Aufbau eine fünfstufige Herangehensweise⁶²⁶ praktizieren.

Wesentlicher Vorteil der Gruppenarbeit war es, dass durch arbeitsteiliges Vorgehen eine innere Differenzierung auch in größeren Klassenverbänden möglich wurde. Eine Praxis, die durch die Zusammenfassung verschiedener Jahrgänge in einer Klasse – zu diesem Zeitpunkt an den wenig gegliederten Schulen überwiegend schulischer Alltag – Gruppenformen bereits vorgegeben hatte.

E.A. Becker griff die Problematik auf und fertigte eine Rezension⁶²⁷ zu einem neu erschienen Titel von Ernst Meyer zum Thema an.⁶²⁸ Meyer betrachtete den Gruppenunterricht unter dem Aspekt der gesellschaftlich notwendigen Anpassung der Arbeitsformen in der Schule. Die Änderung der Form der Arbeit sollte Reaktion auf die veränderte Gesellschaft in der Nachkriegszeit sein. Der Gruppenunterricht, so Becker, diene der Identifikation mit der Lerngemeinschaft:

„Meyer sieht die innere Problematik unserer Schule vor allem darin, daß der Mensch immer mehr von der Familiengemeinschaft losgelöst wird und nicht mehr zu sich selbst findet.“⁶²⁹

Zur Hauptversammlung des OLV 1955 referierte der Vorsitzende des Ausschusses Albert Alberts zum Thema: „Wann und wie ist Gruppenunterricht möglich?“⁶³⁰

In seinem Referat machte er deutlich, dass die Gruppenarbeit „zur Entfaltung von sozialen Tugenden beiträgt und Sinn für Gemeinschaftsleben und gegenseitige Hilfe weckt.“⁶³¹ Diese Form des Unterrichtes „leitet zur Selbständig-

625 Freyhoff, U., Die Praxis des Gruppenunterrichts. Gedanken zu einem neuen Buch. In: OSB 76. Jg., Nr. 4, Apr. 1955, S. 28.

626 1. Gesamtplanung innerhalb der Klasse, 2. Planung innerhalb der Gruppen, 3. Stufe des eigentlichen Arbeitsprozesses, 4. Ergebnisbericht, 5. Zusammenfassung. Ebd.

627 Becker, E.A., Gruppenunterricht – Grundlegung und Beispiel. Eine Buchbesprechung. OSB 76. Jg., Nr. 4, Apr. 1955, S. 29.

628 Meyer, E., 1954.

629 Ebd.

630 Alberts, A., Wann und wie ist Gruppenunterricht möglich? In: OSB 76. Jg., Nr., 8, Aug. 1956, S. 60 f.

631 Ebd. S. 61.

keit an, zeigt wie man lernt, zwingt zu klaren und deutlichen Formulierungen.“⁶³²

In seinem Bericht „Aus dem pädagogischen Leben Ostfrieslands in den Jahren 1954/55“⁶³³ wertete er die pädagogische Arbeit im Rahmen des Ausschusses. Er nannte die Besuche von niederländischen Lehrerinnen und Lehrern in Ostfriesland und die Tagungen für ostdeutsche Volkskunde.⁶³⁴ In einer Aufzählung verwies er auf die Arbeitstreffen des Leuchtbojekreises, die Arbeit der Lesebuchkommission am Ostfriesischen Lesebuch und die Sammlung zum Ostfriesischen Lehrerdenkmal.⁶³⁵ Abschließend hob er besonders die Zusammenarbeit der Lehrervereine mit den Kreisvereinen des Landvolkes hervor. Die Treffen würden eine stärkere Orientierung an schulischen Problemen auf dem Land ermöglichen.⁶³⁶ Alberts betonte die Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit der Elternschaft. Das Interesse für Schulfragen steige, dies sei daran abzulesen, dass Elternzeitschriften mit wachsendem Interesse in Ostfriesland gelesen würden. Allein die Zeitschrift „Die Schule“⁶³⁷ wurde zu diesem Zeitpunkt mit 2.938 Exemplaren in Ostfriesland vertrieben.

Er würdigte die Gründung des Vereines „Deutsch-Niederländische Heimvolkshochschule“, der von der Ostfriesischen Landschaft das de Pottere Haus in Aurich zur Verfügung gestellt bekam. In diesem Haus sollten Fortbildungen durchgeführt und Möglichkeiten der Begegnung geschaffen werden.⁶³⁸

Nur in seiner Einleitung zum Bericht ging Alberts noch einmal auf die Aktivitäten zur Unterrichtsgestaltung ein. Die durch die Kultusministerkonferenz 1953 gegebenen „Hinweise für den Geschichtsunterricht“⁶³⁹ und der Ansatz von E. Spranger hatten dazu geführt, dass die heimatkundlichen Inhalte in den Vordergrund gerückt wurden. In der Folge fertigten Kollegien und regionale Arbeitsgemeinschaften verstärkt Beispielpäne und Materialien

632 Ebd.

633 Alberts, A., Aus dem pädagogischen Leben Ostfrieslands in den Jahren 1954/55. In: OSB 77, Nr. 1, Jan. 1956, S. 3 f.

634 Ebd.

635 Ebd.

636 Ebd.

637 Zeitschrift: Die Schule.

638 Alberts: Aus dem pädagogischen Leben Ostfrieslands in den Jahren 1954/55. In: OSB 77, Nr. 1, Jan. 1956, S. 4.

639 Empfehlung der Kultusminister-Konferenz vom 17.12.1953: Hinweise für den Geschichtsunterricht. In: Nds. SVBl. 1954, S. 101 ff.

zur Unterrichtsgestaltung an.⁶⁴⁰ Die Arbeit an Plänen, die auf die Region abgestimmt waren, hatte Geschichte.⁶⁴¹ 1946 wurden bereits erste Ansätze zur regionalen Arbeit an Plänen zum Geschichtsunterricht mit den „Gedanken und Richtlinien zum Geschichtsunterricht“⁶⁴² gegeben. Diese Empfehlungen zeigte eine erste Orientierung an der neuen Demokratie, wies aber in Diktion und Wortwahl noch eine Nähe zur NS-Zeit aus.

Im Juli 1948 erschien in der Region der erste Beispielplan für den Geschichtsunterricht unter dem Titel „Stoffplan in Geschichte für die Zeit vom 1848 bis zur Gegenwart.“⁶⁴³ Dieser Plan, der „von einer Kommission aus der Lehrerschaft aufgestellt“⁶⁴⁴ wurde, verpflichtete die Schulen, „den Stoff nach ihren Schulverhältnissen auszuwählen, zuzuschneiden und einen wöchentlichen Stoffverteilungsplan für den Geschichtsunterricht“⁶⁴⁵ zu erstellen. Er beinhaltete ein umfangreiches Kapitel zum Thema „Der Hitlerstaat“⁶⁴⁶ und gab sieben Themenbereiche vor:

*„1. Die nationalsozialistische Partei. 2. Wie Hitler einen autoritären Staat schafft. 3. Umstellung auf den totalen Krieg. 4. Hitlers Rechtsbrüche. 5. Stalingrad, die große Wende. 6. Der Zusammenbruch. 7. Unsere Gegenwart.“*⁶⁴⁷

Im August 1948 wurden von der „Lehrerschaft des Schulaufsichtskreises Leer ausgearbeitete Rahmenpläne für den Volksschulunterricht“⁶⁴⁸ aufgelegt. Diese umfangreichen „Rahmenlehrpläne für den Volksschulunterricht“⁶⁴⁹

640 Alberts: Aus dem pädagogischen Leben Ostfrieslands in den Jahren 1954/55. In: OSB 77, Nr. 1, Jan. 1956, S. 3 f.

641 Nach 1945 behielten die Richtlinien für die Aufstellung von Lehrplänen des Gesetzes „betreffend die Grundschule und Aufhebung der Vorschulen“ v. 28. April 1920 (Erl. Reichsminister d. Innern v. 18.07.1921 – III 3681) Gültigkeit. Abdruck in: Buchheim, M.; GLÄß, Th., 1951, S. 171 ff, und der ERL. des Nds. KM: Anregungen zur Gestaltung des Schullebens und der unterrichtlichen Arbeit sowie zur Aufstellung von Lehrplänen für die Volksschulen. V. 1.11.1946 – K IV Nr. 1967 In: Ebd. S. 67 ff.

642 Gedanken und Richtlinien zum Geschichtsunterricht aufgestellt im Auftrage der Regierung – Schulabteilung von einem Schulleiter des Regierungsbezirks Aurich. Beilage Amt. SchBl.AUR 1946.

643 Rundschreiben. Der Schulrat des Aufsichtskreises Emden vom 2. Juli 1948: Stoffplan in Geschichte für die Zeit von 1848 bis zur Gegenwart. Archiv Bunkermuseum Emden.

644 Ebd.

645 Ebd.

646 Ebd.

647 Ebd.

648 Angekündigt: RP Aur: 9. Betr., Rahmenpläne für den Unterricht. Amt.SchBl.AUR 1948, S. 115.

649 Volksschullehrerschaft des Schulaufsichtskreises Leer – Ostfriesland 1948.

boten eine Themenauswahl, die es erforderlich machte, für jede Schule einen Plan „mit besonderer Eigenprägung“⁶⁵⁰ aufzustellen. Diese Schulpläne bedurften „der Genehmigung durch den Schulrat.“⁶⁵¹

Im September 1949 hatte die 20. Versammlung deutscher Historiker die Schulpädagogik erstmalig einbezogen.⁶⁵² Im Rahmen dieser Tagung wurde der Verband deutscher Geschichtslehrer neu gegründet. Auch Schulleiterinnen und Schulleiter Niedersachsens waren eingeladen.⁶⁵³ Vom 21. bis 28. Juli 1950 wurde die zweite deutsch-englische Geschichtslehrertagung in Braunschweig durchgeführt. Dort wurden erste Gutachten über deutsche und englische Schulgeschichtsbücher gemeinsam gefertigt.⁶⁵⁴

Ansätze der Politischen Bildung in der Schule der jungen Demokratie wurden 1951 formuliert.⁶⁵⁵ 1952 lebte in Leer eine geschichtswissenschaftliche Arbeitsgemeinschaft auf, die sich eine Neubesinnung auf historische Grundfragen zum Ziel setzte.⁶⁵⁶ Doch gerade der Geschichtsunterricht führte in den Lehrervereinen immer wieder zu Diskussionen.⁶⁵⁷ 1953 berichtete Mittelschullehrer E. Siebert⁶⁵⁸ vor dem Lehrerverein Krummhörn über den Historikertag in Springe und die dort gehaltenen Referate.⁶⁵⁹ Er erörterte die Umsetzung der „Richtlinien für den Geschichtsunterricht“⁶⁶⁰, die auf Bundesebene von der Ständigen Konferenz der Kultusminister beraten wurden. In den Vordergrund seiner Erörterungen stellte er den Aspekt „Allgemeine Geschichte und Heimatgeschichte.“⁶⁶¹ Während dieser Veranstaltung, an der

650 RP Aurich: Lehr- und Stoffpläne für Volksschulen. 28. Mai 1948. – Ud-Gen. 66b-II-Volksschullehrerschaft des Schulaufsichtkreises Leer – Ostfriesland: 1948.

651 Ebd.

652 Nds. KM: Geschichtstagung in München. 26. 7.1949, III 2369/49. SVBl. 1949, S. 171.

653 Ebd.

654 Vgl. Eckert, G., Die 2. deutsch-englische Geschichtslehrertagung in Braunschweig. Nds. SVBl. 1950, S. 256.

655 Buchheim, Max: Aufgaben und Möglichkeiten der politischen Bildung in der Schule. In: Die Sammlung, 1951, S. 419 ff.

656 Freyhoff, U., Geschichtswissenschaftliche Arbeitsgemeinschaft in Leer. In: OSB 74. Jg., Nr. 9, Dez. 1953.

657 Zur Sitzung der Konferenz Krummhörn am 13. Mai 1953 referierte Jungmann, Visquard, zum Thema „Der Geschichtslehrer und seine Aufgabe“. Das Referat führte zu lebhaften Diskussionen. Vgl. Konferenz Krummhörn. In: OSB 74. Jg., Nr. 3, Juni 1953. Zum vorgeprägten Geschichtsbild der Zeit vgl. auch: Werner, K.F., 1967.

658 Ernst Siebert war Mittelschullehrer an der Mittelschule Pewsum. Schulaufsichtskreis Emden. Vgl. Festschrift 1954, S. 31.

659 Konferenz Krummhörn. In: OSB 74. Jg., Nr. 4, Juli 1953.

660 Empfehlung der Kultusminister-Konferenz vom 17.12.1953: Hinweise für den Geschichtsunterricht. In: Nds. SVBl. 1954, S. 101 ff.

661 Konferenz Krummhörn. In: OSB 74. Jg., Nr. 4, Juli 1953.

auch Reg.-Schulrat Dr. H. Wiemann und Schulrat Mortzfeld teilnahmen, entwickelte sich der Gedanke, die Heimatgeschichte der Krummhörn in ihrer Beziehung zur allgemeinen Geschichte darzustellen und auf diesem Hintergrund einen Unterrichtsplan zu erarbeiten.⁶⁶² Siebert, der die Bearbeitung des Unterrichtsplanes übernahm, veröffentlichte 1954 einen Beitrag zur „Stellung der Heimatgeschichte im Geschichtsunterricht.“⁶⁶³ Er erklärte, die Heimatgeschichte halte nun „Einzug in die Schulen Ostfrieslands“⁶⁶⁴ und nannte zwei Gründe, warum das bislang nicht geschehen sei:

*„Der erste Grund lag in der Stofffülle, von der man sich nicht trennen konnte und in der der Lehrer versank. ... Der zweite Grund lag wohl darin, daß die dynastisch gesehene Landesgeschichte selbst eine Art Heimatgeschichte enthielt, je mehr die wirkliche Geschichte sich der gesamtdeutschen Darstellung erschloß, nachdem nun einmal die Nation geschichtliche Realität geworden war.“*⁶⁶⁵

Im Januar 1955 referierte E. Siebert vor der Konferenz Aurich über die „Richtlinien für den Geschichtsunterricht.“ Auch dieser Vortrag wurde mit Blick auf die Heimatgeschichte als Ausgangspunkt historischer Identifikation der Schülerinnen und Schüler gehalten. Festgestellt wurde, es gelte „der Grundsatz: Ausgangs- und Anknüpfungspunkt für das Verständnis der allgemeinen Geschichte ist die Geschichte der Heimat.“⁶⁶⁶

Die Arbeit im Bereich der Heimatgeschichte entwickelte in der Region schließlich ein Eigenleben.⁶⁶⁷ Gleichzeitig geriet die Diskussion um die Inhalte des Unterrichtes und deren Orientierung an der demokratischen Gesellschaft mit einer stärkeren Betonung der politischen Erziehung in den Vordergrund. Im Herbst 1953 trafen sich ehemalige Studenten der Pädagogischen Hochschule Hannover in Aurich zu einer gemeinsamen Tagung, Prof. Dr. Koselleck und Prof. Dr. Heckmann referierten. Koselleck „zeigte in einem eindrucksvollen Vortrag die Verbindungen auf, die zwischen dem Geschichtsunterricht und der politischen Bildung bestehen.“⁶⁶⁸

662 Ebd.

663 Siebert, E., Die Stellung der Heimatgeschichte im Geschichtsunterricht. In: OSB 75. Jg., Nr. 4, Apr. 1954.

664 Ebd.

665 Ebd.

666 Ahrens, van: Konferenz Aurich. In: OSB 76. Jg., Nr. 2, Febr. 1955, S. 15.

667 Vgl. Kap.: Der Heimatkundliche Ausschuss/Bezirksausschuss Heimatkunde.

668 Aschoff, G., Politische Bildung – ein Erziehungsauftrag. In: OSB 75. Jg., Nr. 5, Mai 1954.

In der Aussprache zu den Referaten wurde festgestellt, dass „nur der Erzieher eine echte politische Bildung bei seinen Kindern erreichen kann, der selbst ein positives Verhältnis zur Demokratie hat.“⁶⁶⁹

Am 22. Januar 1955 veröffentlichte der Deutsche Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen das Gutachten zur Politischen Bildung und Erziehung.⁶⁷⁰ Es stellte fest: „In einem demokratischen Staat brauchen alle Bürger ein bestimmtes Mindestmaß an politischer Einsicht.“⁶⁷¹

Dieses Gutachten betrachtete „Politische Bildung als allgemeines Prinzip des Unterrichts.“⁶⁷²

Zu den Ansätzen der politischen Bildung referierte Junglehrer R. Schridde⁶⁷³ zur Februartagung 1955 des Lehrervereins Krummhörn.⁶⁷⁴ Schridde betrachtete in seinem Vortrag zu Beginn die Versuche der Demokratisierung in der Weimarer Zeit, die veränderte und verzerrte Erziehung zwischen 1933 und 1945 und die gescheiterte Umerziehung nach 1945. Er bezog sich auf Litt und hob hervor:

*„Das deutsche Volk hat vielmehr einen Auftrag der politischen Selbsterziehung bekommen. Damit ist einmal die nicht zu übersehende Schwierigkeit aufgezeigt, wie sie in der Schule von der Sache her auch die Person des Lehrers erfaßt, zum anderen liegen hier die Gründe für die Unsicherheit, die sich in der Diskussion um eine politische Erziehung in den Veröffentlichungen der ersten Nachkriegsliteratur zeigte.“*⁶⁷⁵

Er wandte sich Friedrich Oetinger⁶⁷⁶ und Theodor Litt⁶⁷⁷ vertiefend zu. F. Oetinger habe Anfang der 50er Jahre das Grundmodell der Partnerschaft in die Schule einziehen lassen, erklärte er. Den Ansatz aber kritisierte Th. Litt, da er impliziere, dass nur mit dem Gedanken der Partnerschaft keine kritische

669 Ebd.

670 Gutachten des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen zur Politischen Bildung und Erziehung. In: Nds. SVBL 1955, S. 147 f.

671 Ebd., S. 147.

672 Ebd., S. 150. Erste Ansätze dazu vgl. auch: Binder, G., Frede, G.; Kolling, K.; Messerschmidt, F.(Hrsg.), 1953.

673 Rudolf Schridde war Lehrer an der Schule Manslagt, Schulaufsichtskreis Emden. Vgl. Festschrift 1954, S. 29.

674 Gülke, M: Konferenz Krummhörn. In: OSB 76. Jg., Nr. 4, Apr. 1955, S. 30.

675 Schridde, R., Politische Erziehung als pädagogischer Auftrag. In: OSB 77. Jg., Nr. 3, März 1956, S. 17.

676 Vgl. Erziehung zur Kooperation. In: Oetinger, F., 1951, S. 163 ff. Ders., 1953. Und: Seitzer, O., o.J. (1953).

677 Vgl. Litt, Th., 1957.

Auseinandersetzung möglich werde. Dieser Ansatz wurde von Schridde betont, in dem er feststellte:

*„Aber wie soll denn der politisch handelnde Mensch die Spielregeln des ‚politischen Kampfes‘ beherrschen und anwenden, wenn er nicht von früh an mit ihnen durch partnerschaftliches Verhalten vertraut gemacht ist!“*⁶⁷⁸

Schridde wollte die politische Erziehung als Grundsatz der schulischen Pädagogik umgesetzt wissen. Demokratie sei, so erklärte er, eine Frage der Atmosphäre, des Klimas in der Schule, des Miteinander. Um dieses Klima zu schaffen, sei es notwendig, dass die Schülerinnen und Schüler gemeinschaftlich und partnerschaftlich miteinander umgehen, Fragen stellen und Antworten einfordern. Übereinstimmung in der Diskussion bedinge aber auch, dass in der Konsequenz Veränderungen herbeigeführt werden. Schulisches Leben sollte deshalb so gestaltet sein, dass Absprachen und Vereinbarungen innerhalb dieser Gemeinschaft getroffen werden können, die Gültigkeit erhalten und letztlich auch eine gemeinsame Sanktionierung von Fehlverhalten ermöglichen.⁶⁷⁹

Besonders förderlich für die Herstellung dieser Atmosphäre, betonte Schridde, sei der Ansatz Kerschensteiners⁶⁸⁰, der über das gemeinschaftliche Wirken in den schulischen Arbeitsgemeinschaften der Schülerinnen und Schüler ein abgewogenes Miteinander pädagogisch erreichen wolle und die gegebenen Ziele so erfülle. Zusätzlich sei die Form des Gruppenunterrichtes eine Möglichkeit, Rücksichtnahme zu pflegen und Gemeinschaft zu bilden.⁶⁸¹ Auf diese Weise könnten die Schulen in die Lage versetzt werden, sich zu „Übungsstätten kooperativen Verhaltens“⁶⁸² zu entwickeln. Aus der Verantwortung heraus wachse bei den Schülerinnen und Schülern ein Pflichtgefühl, das motivierend wirke und zukünftig eine positive Haltung dem Lernen gegenüber bedinge. Drei Aspekte der Kritik an der Schule der Zeit führte Schridde an. Er hob hervor, dass die hohen Klassenfrequenzen die Gruppenarbeiten erschwerten, dass es oft an geeigneten Unterrichtsmaterialien und sinnvollen Ausstattungen der Schulen mangle und – dies nicht zuletzt – dass

678 Schridde, R., Politische Erziehung als pädagogischer Auftrag. (I. u. II) In: OSB 77, Jg., Nr. 3 März 1956, S. 17.

679 Ebd.

680 Vgl. dazu Kerschensteiner, G., 1950.

681 Schridde, R., Politische Erziehung als pädagogischer Auftrag. Teile I. u. II. In: OSB 77, Jg., Nr. 3 März 1956, S. 17.

682 Ebd. Teile III. u. IV. In: OSB 77, Jg., Nr. 4, April 1956, S. 26.

die Unterstützung der Schule durch die Sozialgemeinschaft am eigenen Ort, durch Elternschaft und Öffentlichkeit, oft fehle.

*„Es fehlt der politischen Erziehung in unseren Schulen eine wesentliche Unterstützung: das Beispiel der Öffentlichkeit. Die besondere Situation, in der unser Land beginnt, sich zur Demokratie zu bekennen, bringt diese Schwierigkeit mit sich. Ich glaube, daß sie nur auf dem langen Weg über die Erziehung zu überwinden ist.“*⁶⁸³

Im April 1955 und im September 1956 kamen Fachleute der Lehrerausbildung zusammen, um über die „Praxis der politischen Bildung in der Volksschule“⁶⁸⁴ zu beraten. Max Buchheim machte konkrete Vorschläge für die aufzunehmenden Inhalte.⁶⁸⁵

Zur Novembertagung 1955 der Konferenz Krummhörn referierte R. Schridde über Erfahrungen während seiner mehrwöchigen Englandreise. Er nannte wichtige Aspekte der Arbeit im englischen Schulsystem:

*„Es gibt kein Sitzenbleiben, kein Schulreifeproblem und keine Hilfsschulen. Religionsunterricht wird in den englischen Schulen nicht erteilt. Dafür beginnt jeder Tag mit einer religiösen Morgenandacht. Den Eltern steht es frei, ihre Kinder daran teilnehmen zu lassen.“*⁶⁸⁶

Mit Blick auf die laufende Diskussion zur politischen Erziehung aber gab Schridde eine harte Einschätzung:

*„Nach den Feststellungen der Kollegen, die England besuchten, kann die deutsche Schule bezüglich des Leistungsstandes wohl mit der englischen Schule konkurrieren, noch nicht aber in sozialer Hinsicht.“*⁶⁸⁷

Zum Vergleich der Schulsysteme stellte Blumenthal während einer Tagung, die der KLV Aurich 1956 veranstaltete, als Referent fest, dass die Schule sich in den letzten 50 Jahren kaum verändert habe. Der Mangel an Lehrkräften führe dazu, dass quantitativ weniger Unterricht erteilt werde. Dennoch sollte die Schule „wahrhaft demokratische Menschen“⁶⁸⁸ erziehen, die „mit Verstand zur Wahlurne gehen und bereit sind, Mitverantwortung zu tragen.“⁶⁸⁹

683 Ebd.

684 Vgl. Vorwort zu Bundeszentrale für Heimatdienst (Hrsg.), 1957.

685 Buchheim, M., Politische Bildung in der Praxis der Volksschule. In: Ebd. 1957, S. 27 ff.

686 Gülke, M., Konferenz Krummhörn. In: OSB 77. Jg., Nr. 1., Jan. 1956, S. 8.

687 Ebd.

688 Gülke, M., Konferenz Krummhörn. In: OSB 77. Jg., Nr. 6., Juni 1956, S. 44.

689 Ebd.

Diese Aufgabe stelle aber, so der Referent, eine Überforderung dar. Die Ziele seien nur dann zu erreichen, wenn es der Schule gelinge „Autorität zurückzugewinnen und wenn die Öffentlichkeit gewillt ist, die Erzieherautorität zu stärken.“⁶⁹⁰

Die in Niedersachsen gültigen Richtlinien zur „Stoffverteilung für die Gemeinschaftskunde“⁶⁹¹ wurden 1958 von den „Richtlinien für die politische Erziehung und Bildung an den Schulen Niedersachsens“⁶⁹² abgelöst. Diese Richtlinien traten zum Schuljahresbeginn 1958/59 in Kraft.

Die Erziehung zur Gemeinschaft und zur Mitverantwortung wurde zum fächerübergreifenden Prinzip.⁶⁹³ In Umsetzung der Richtlinien führte Ernst Amelong⁶⁹⁴ am 19.3.1959 in einem dritten Schuljahr an der Volksschule Wiesmoor-Hinrichsfehn ein Experiment durch.⁶⁹⁵ Er wollte wissen, „auf welche Weise das Partnerdiktat zum Mitschüler erzieht.“⁶⁹⁶ Zehn Lehrerinnen und Lehrer beobachteten und analysierten die Verhaltensweisen der Schülerinnen und Schüler beim Diktieren und Schreiben. In einer „Tatsachenliste“⁶⁹⁷ wurden Hilfen, Verweigerungen und Hindernisse aufgeführt. Die Auswertung zeigte, dass die Schülerinnen und Schüler in der überwiegenden Zahl als „Mitschüler“⁶⁹⁸ fungierten, gegenseitige Hilfen gaben und anderen Mitschülern Chancen einräumten.

Die Arbeit des Pädagogischen Ausschusses konzentrierte sich in diesen Jahren stark auf das Erstellen von Arbeitsmaterialien, diese „Vorhaben“⁶⁹⁹ trugen zur Orientierung der Lehrkräfte an den vor Ort umsetzbaren Lerninhalten bei und gaben Anhaltspunkte zur Vergleichbarkeit der erreichten Lernziele. Doch nicht alle von Alberts 1954 angegebenen Arbeitsschwerpunkte

690 Ebd.

691 Erlasse KM vom 18.4.1957, III 1457/57, und 1.10.1057, III B 4378/57.

692 Erl. Nds. KM v. 31.03.1958, III 900/58: Richtlinien für die politische Erziehung und Bildung an den Schulen Niedersachsens. In: Nds. SVBl. 1958, S. 82.

693 Vgl. dazu Lucht, A., Enthält das ortsgebundene Spielleben des Kindes Werte, die der Mitverantwortung und Mitverwaltung in der Schulgemeinschaft nützen? In: OSB 78. Jg., Nr. 7., Juli 1957, S. 49 f.

694 Ernst Amelong war Hauptlehrer an der Schule Wiesmoor-Hinrichsfehn, Schulaufsichtskreis Aurich. Festschrift 1959, S. 54.

695 Amelong, E., Kleine Bausteine zur politischen Erziehung. In: OSB 80. Jg., Nr. 5., Mai 1959, S. 44.

696 Ebd.

697 Ebd.

698 Ebd.

699 Alberts benutzte das Wort im Sinne von Arbeitsvorhaben oder Planarbeit. Vgl. Kretschmann, J., 1948.

des Ausschusses⁷⁰⁰ setzten sich auf Dauer durch. Die so genannte „Sprechspur“⁷⁰¹ sollte die Lernanfänger durch Verbindung von Lesen, Schreiben und Sprechen beim Erlernen der Buchstabenschrift unterstützen.⁷⁰² Nach dieser Methode unterrichteten in Ostfriesland Jan Spieker, Detern, und Ernst Amelong.⁷⁰³ Doch im Verlauf der Jahre wurde immer herbere Kritik an dieser Methode geübt, da die Schriftform der Kurzschrift ähnelte und der Schreibschrift zu fern war. Anfang 1953 wurde durch den Bürgermeister von Detern das anonyme Schreiben eines Lehrers veröffentlicht, der diese Methode als „pädagogischen Unsinn“⁷⁰⁴ bezeichnete. Die Elternschaft vor Ort stellte sich gegen diese Methode, die Schulaufsichtsbehörde gab dem Drängen der Elternschaft nach und das Modell Sprechspur wurde eingestellt.⁷⁰⁵ Der Eingriff von außen in die schulinterne Arbeit wurde durch die Lehrerschaft erheblich kritisiert⁷⁰⁶, doch die Methode Sprechspur setzte sich nicht durch.

Von 1954 an war es das Bestreben der Lehrerschaft der Region, möglichst einheitliche Vorgaben für den Unterricht zu erhalten.⁷⁰⁷ Außerdem fehlte es an „Übungsmitteln für den differenzierenden Unterricht.“⁷⁰⁸

Zum Jahreswechsel 1956/1957 waren die „Richtlinien für die Volksschulen des Landes Niedersachsen“⁷⁰⁹ in Umsetzung der Forderungen der Kultus-

700 Alberts nannte: „Sprechspur, Gruppenunterricht und Vorhaben“; Alberts, A., Lage und Aufgabe der Gegenwartspädagogik. In: OSB 75. Jg., Nr. 9, Sept. 1954.

701 Die Sprechspur, auch als Wurzelschrift oder Internationalistenstenographie bezeichnet, wurde entwickelt von Kunowski (1868–1934). Die Anwendung der gestaltphonetischen Schrift sollte durch Übereinstimmung der Sprech- und Schreibtätigkeit das Erlernen der Schriftsprache erleichtern. Vgl. Kunowski, F. von: Hochsprache mit Hilfe der Sprechspur. Ein Beitrag zur Sprecherziehung. Detmold 1962; Rahn, G., Handbuch der Sprechspur. Bochum: Ferdinand Kamp o. J. (ca. 1951); Tratzmüller, J., Schreiblesen auf motorischer Grundlage unter Berücksichtigung sämtlicher Lerntypen. München: Seyfried & Co. 1924; Koegerl, M., Schreiblesen im Gesamtunterricht des ersten Schuljahres. Ansbach: Prögel ca. 1927. (Aus der Reihe: Methodik des Volksschulunterrichts, hrsgg. von Bezirksoberlehrer Fr. Fikenscher, Heft 12.) Erstes Material nach 1945: Sprechspur. Fibel für das erste Schuljahr. Ferdinand Kamp, Bochum o.J. (ca. 1946, Notdruck buntfarbig geplanter Blätter).

702 Es wurden bundesweit 1950 in 200 Klassen ca. 8.000 Lernanfänger nach dieser Methode unterrichtet. Vgl. Schulz, B., Sprechspurtagung in Paderborn. In: Nds. SVBl. 1950, S. 257.

703 Nennung der Lehrkräfte durch Rahn, G., Die Sprechspur in Niedersachsen. In: Nds. SVBl. 1950, S. 157 f.

704 Becker, E.A., Wer bestimmt die Lehrmethode. In: OSB 74. Jg., Nr. 1, 1953.

705 Ebd.

706 Zitiert nach Becker, E.A., Ebd.(Hervorhebung im Original).

707 Alberts, A., Bericht des Pädagogischen Ausschusses im OLV, Westthrauderfehn 1954. In: OSB 75 Jg., Nr. 4, April 1954.

708 Ebd.

709 Kultusministerium Niedersachsen (Hrsg.), 1957.

ministerkonferenz (KMK)⁷¹⁰ zur Vereinheitlichung des Schulwesens in der Bundesrepublik⁷¹¹ erschienen, die „bindende Anweisungen für die Erfüllung der Aufgaben, die der Volksschule in der Gegenwart erwachsen,“⁷¹² enthielten. Doch diese Richtlinien gewährten Entscheidungsfreiheit⁷¹³, es sollten „im Bereich der organisatorischen Aufgaben der Lehrerkonferenz und dem einzelnen Lehrer eigene Erwägungen und Entscheidungen möglich bleiben.“⁷¹⁴

Die Arbeit des Pädagogischen Ausschusses in der Region orientierte sich folglich an den dort formulierten Vorgaben und richtete die Planarbeit entsprechend aus.⁷¹⁵ Zur VV 1958 in Aurich verwies Alberts darauf, dass ein „Lehrplan für Heimatkunde von der Junglehrer-A.G. Uplengen“⁷¹⁶ erstellt worden war. Die Materialienreihe des so genannten Leuchtboje-Kreises wurde daraufhin um ein „Marschenheft“⁷¹⁷ ergänzt. Auch der Kreislehrerverein Norden legte einen „Stoffplan für den Heimatkunde-Unterricht“⁷¹⁸ vor, der Pädagogische Ausschuss formulierte „Pläne für das 7. u. 8. Schuljahr“⁷¹⁹ und die Pädagogische Arbeitsgemeinschaft Emden-Krummhörn erstellte einen „Stoffplan für Abgangsklassen.“⁷²⁰ Zu den Richtlinien fand Ende 1957 überregional eine Tagung der Pädagogischen Landesstelle⁷²¹ statt, die Versammlung kritisierte in einem etwa 50 Punkte umfassenden Katalog irreführende oder fehlende Aussagen und Anforderungen der Richtlinien.⁷²² Die Mitglie-

710 „Eine Länderübergreifende Koordinierung der Bildungspolitik erfolgte nach 1949 allein durch die KMK.“ Raschert, J., *Bildungspolitik im kooperativen Föderalismus*. In: Max-Planck-Institut für Bildungsforschung: 1980, S. 108 (Bd. 1).

711 Abkommen zwischen den Ländern der Bundesrepublik zur Vereinheitlichung auf dem Gebiete des Schulwesens. Abdruck in *Schulverwaltungsblatt für Niedersachsen*. 1956, S. 34 f.

712 Erl. Nds. Kultusminister III A (1) 4980/56 v. 28.12.1956. In: *Kultusministerium Niedersachsen* (Hrsg.), S. 3.

713 Eine Einschränkung der pädagogischen Verantwortung sollte es nicht geben. Vgl. Becker, H., 1957.

714 Erl. Nds. Kultusminister III A (1) 4980/56 v. 28.12.1956. In: *Kultusministerium Niedersachsen* (Hrsg.), 1957, S. 3.

715 Alberts erklärte, dass einzelne „Pläne also noch abzuändern bzw. zu ergänzen“ seien. Alberts, A., *Pädagogischer Ausschuss im OLV*. In: *OSB 79. Jg.*, Nr. 3, März 1958, S. 19.

716 Ebd.

717 Ebd.

718 Ebd.

719 Ebd.

720 Ebd.

721 5.-11. September 1958 in Schwöbber. Vgl. Alberts, A., *Was sagen wir zu den Richtlinien*. In: *OSB 79. Jg.*, Nr. 2, Febr. 1958, S. 10.

722 Ebd.

der verlangten die Orientierung der Inhalte der Richtlinien an den Forderungen einer modernen Gesellschaft.

Alberts forderte die Aufnahme der „sexualpädagogischen Aufgaben der Schule“⁷²³ und einer differenzierten „Berufsfindung“⁷²⁴ in die Rahmenrichtlinien. Vermisst wurden im Kapitel „Das Schulleben“⁷²⁵ Aussagen zur „Mitarbeit der Eltern“⁷²⁶ in der Schule, zu „Erziehungsmaßnahmen“⁷²⁷ und zur „Mädchenbildung“.⁷²⁸

Die Planarbeit des Pädagogischen Ausschusses des regionalen Lehrervereins, so der Vorsitzende des Ausschusses in einem Beitrag im OSB im April des gleichen Jahres, sollte besonders den Lehrkräften der „wenig gegliederten Schulen“⁷²⁹ die Arbeit erleichtern, denn die Aufstellung der Pläne auf dem Hintergrund der Richtlinien für die Volksschule bedeute für die Lehrkräfte „eine starke Belastung, wenn nicht eine Überforderung.“⁷³⁰ Gleichzeitig sollten die Pläne Möglichkeiten eröffnen, „die vom **W e r k t ä t i g e n** her einen eigenartigen Zugang für kindliche Selbständigkeit vermitteln.“⁷³¹ Durch das Angleichen der Forderungen der Rahmenrichtlinien an die „praktische Schularbeit“ könne letztlich „das Leistungsniveau der dann in Dörfergemeinschaftsschulen zusammengefassten Landschulkinder gehoben werden.“⁷³²

Anfang 1959, das berichtete der Ausschussvorsitzende auf der VV des Jahres, waren für die Unterrichtsfächer Geschichte, Naturkunde, Naturlehre, Gemeinschaftskunde, Muttersprachliche Bildung⁷³³ und Heimatkunde Beispielpläne erarbeitet, die in der Region über die Lehrervereine allen Schulen zur Verfügung gestellt wurden.⁷³⁴

723 Ebd., S. 11.

724 Ebd.

725 Kultusministerium Niedersachsen (Hrsg.), 1957. S. 10 f.

726 Alberts, A., Was sagen wir zu den Richtlinien. In: OSB 79. Jg., Nr. 2, Febr. 1958, S. 12.

727 Ebd.

728 Ebd.

729 Alberts, A., Grundsätzliche Gedanken zur Aufstellung von Beispielplänen. In: OSB 80. Jg., Nr. 4, April 1959, S. 33.

730 Ebd.

731 Ebd. (Gesparte Schrift im Original). Alberts gebraucht das Wort „Werkstätige“ im Sinne von Stieger, K., Unterricht auf werktätiger Grundlage. Essen: Schule und Welt 1951.

732 Ebd.

733 Die Rahmenrichtlinien wiesen an Stelle eines Faches Deutsch die Muttersprachliche Bildung aus. Vgl. Kultusministerium Niedersachsen (Hrsg.), 1957. S. 22.

734 Alberts, A., Pädagogischer Ausschuss im OLV. In: OSB 80. Jg., Nr. 11, Nov. 1959, S. 104.

Der Vorstand des OLV machte sich die Stellungnahme des GNL, die aus der Tagung in Schwöbber erwachsen war, zu eigen, schob aber eine Berichterstattung an das Kultusministerium um zwei Jahre hinaus.⁷³⁵

Die Planarbeit, die unter der Federführung des Pädagogischen Ausschusses geleistet wurde, mündete ein in eine Anpassung an die auf Landesebene erarbeiteten Richtlinien. Die Beispielpläne für die Schulen Ostfrieslands sollten den Lehrkräften an den wenig gegliederten Schulen, an den Schulen, die über geringe Mittel und knappe Ausstattung verfügten, eine zusätzliche Hilfe sein. Die Lehrkräfte der Region strebten gleichzeitig danach, eine vergleichbare und messbare Bildung der Heranwachsenden zu gewährleisten, damit beim Übergang in den Beruf oder beim Wechsel zu weiterführenden Schulen auf eine möglichst fundierte Auswahl an Fähigkeiten, Fertigkeiten und Grundwissen zurückgegriffen werden konnte.

4.2.3.3 Die Chancen in der Demokratie – Volksschule, die Einführung des neunten Schuljahres und die Berufsorientierung

Die Satzung des BLO aus dem Jahr 1949 verlangte, dass „eine möglichst vollkommene Ausgestaltung des Schulwesens“⁷³⁶ anzustreben sei. „Fragen der inneren Schularbeit“⁷³⁷ hatte der Pädagogische Ausschuss aufzugreifen. Das gegliederte Schulwesen, das auf Grund der gescheiterten Reformversuche des Neubeginns⁷³⁸ die Struktur der Weimarer Zeit spiegelte, musste den Bedingungen einer mobilen und an der industriellen Entwicklung orientierten Gesellschaft entsprechen. Doch die wieder entstandene Mehrgliedrigkeit des Schulwesens bereitete Probleme. Die Schülerinnen und Schüler besuchten die örtlichen Volksschulen gemeinsam bis zum vierten Grundschuljahr. Zum Ende des letzten Grundschuljahres hatte, so die erste Richtlinie des Nds. KM 1947 zu den Übergängen im mehrgliedrigen Schulsystem, eine „Auslese“⁷³⁹ zu erfolgen, die die „zukünftige Leistungsfähigkeit“⁷⁴⁰ berück-

735 Becker, E.A., Protokoll. Vorstandssitzung des OLV am 8.5.1959. In: OSB 80. Jg., Nr. 6, Juni. 1959, S. 53.

736 Satzung BLO 1949.

737 Vgl. § 6, 1. Satzung OLV 1955.

738 Vgl. Kap.: Demokratisierung als Weg zur Schulreform.

739 „Die Auslese derjenigen Volksschüler(-innen), die für den Besuch der höheren oder mittleren Schule geeignet sind, bestimmt nicht nur die Bildungsrichtung und die Berufswahl, sie ist vielmehr für die zukünftige Leistungsfähigkeit des ganzen Volkes von Bedeutung.“ Nds. KM v. 14.2.1947: Richtlinien für den Übergang der Grundschüler an weiterführende Schulen im Schuljahr 1947/48 K IV a Nr. 645 a /Rö.

740 Ebd.

sichtigen musste. Voraussetzungen für den Übergang waren das „Versetzungszeugnis von Klasse 4 nach Klasse 5 der Volksschule“⁷⁴¹, ein entsprechendes „Gutachten des Grundschullehrers“⁷⁴², das „Ergebnis der Probeunterrichtszeit an der weiterführenden Schule“⁷⁴³ und die „Bewährung in der 5. Klasse der weiterführenden Schule.“⁷⁴⁴

Der Minister forderte im Grundsatz:

*„Ziel der Auslese ist nicht, jeden Grundschüler, der auf irgendeinem Gebiet überdurchschnittliche Fähigkeiten und Fertigkeiten zeigt, der Volksschule zu entziehen.“*⁷⁴⁵

Zwar wurden die Bedingungen des Übergangs der Schülerinnen und Schüler von der Elementarstufe in die weiterführenden Schulen Ende 1947 noch einmal ergänzt⁷⁴⁶ und die Regelungen für den Probeunterricht Ende 1948 weiter differenziert⁷⁴⁷, doch das geschah, ohne gleichzeitig der Oberstufe der Volksschule adäquate Möglichkeiten zu geben, Erziehung und Bildung der dann verbleibenden Schülerinnen und Schülern an den neuen gesellschaftlichen Anforderungen auszurichten oder weitere Bildungswege zu eröffnen.⁷⁴⁸

In den ausgewiesenen Leitthemen⁷⁴⁹ der Arbeit der Lehrerverorganisation wird der Bereich der Ausgestaltung der Volksschule⁷⁵⁰ im Zusammenhang mit der Schulreform mehrfach genannt.⁷⁵¹

741 Ebd.

742 Ebd.

743 Ebd.

744 Ebd.

745 Ebd.

746 Nds. KM v. 10.12.1947: Richtlinien für den Übergang der Grundschüler an weiterführende Schulen im Schuljahr 1948–49 K III Nr. 1034 t /Rö.

747 Nds. KM v. 25.11.1948: Probeunterricht im Schuljahr 1949/50 III Nr. 2970/48.

748 Die Richtlinie von 1948 sah lediglich weitere Übergangsmöglichkeiten auch für die „später reifenden Begabungen“ nach dem siebten oder achten Schuljahrgang vor. Nds. KM v. 14.2.1947: Richtlinien für den Übergang der Grundschüler an weiterführende Schulen im Schuljahr 1947/48 K IV a Nr. 645 a /Rö.

749 Vgl. Kap.: Themenbereiche und Leitthemen in der Regionalen Interessenvertretung zur Demokratisierung.

750 Es sind hier nur die Ansätze der inneren Umgestaltung der Volksschule gemeint. Die Wege der äußeren Schulreform in Ostfriesland wurden bereits dargestellt. Vgl. Kap.: Demokratisierung als Weg zur Schulreform.

751 Ebd.

Einerseits ging es um die „Ausweitung der Schulpflicht“⁷⁵² durch Einführung eines neunten Schuljahres und andererseits um die Neuorientierung der unterrichtlichen Arbeit „im letzten Bildungsabschnitt der Volksschule“⁷⁵³, der auf das Leben in Gesellschaft und Beruf vorbereiten sollte.

Die Vielseitigkeit dieser beiden Ansätze spiegelte sich in Referaten und Anträgen zu den Leitthemen „Entwicklung der Pädagogik“⁷⁵⁴, „Dreigliedriges Schulsystem“⁷⁵⁵ und besonders zu „Jugend, Berufschancen und neue Medien.“⁷⁵⁶

Der Pädagogische Ausschuss des OLV ging in der Umsetzung dieser Leitthemen mit Blick auf die Wirkungen der Demokratisierung den Weg der Gestaltung des schulischen Angebotes in der Region.

Der Übergang zwischen Schule und Beruf forderte eine Veränderung des Bildungskanons. Im Zusammenhang mit den ab 1948 eingeführten Berufsberatungen⁷⁵⁷ und in den paritätisch besetzten Ausschüssen⁷⁵⁸ für die Umsetzung der Hilfen zum Übergang von den Schulen in den Beruf wurde immer wieder Kritik an den Möglichkeiten der Aufnahme der Berufsanfänger, an deren Wissen und Reife geübt. Den Lehrbetrieben sollte die Aufnahme von Jugendlichen erleichtert werden. Im Schuljahr 1949/50 vereinbarten die Kammern mit dem Niedersächsischen Arbeitsministerium, „daß Kontrollen der Gewebeaufsichtsämter für Innehaltung der Bestimmungen des Niedersächsischen Jugendarbeitsschutzgesetzes nicht durchgeführt werden sollen.“⁷⁵⁹

Betriebe, die die Einstellung der oft erst vierzehn Jahre alten Lehrlinge wegen der Jugendschutzvorschriften scheuten, sollten nicht kontrolliert werden.

752 Becker, E.A., Vertreter- und Hauptversammlung des Ostfriesischen Lehrervereins 1958. In: OSB 79. Jg., Nr. 2, Febr. 1958, S. 11.

753 Hansen, W., Der Unterricht im letzten Bildungsabschnitt der Volksschule. Referat. Pädagogische Woche des Ostfriesischen Lehrervereins. Programm. OSB 79. Jg., Nr. 8, Aug. 1958, S. 71.

754 Vgl. Kap.: Themenbereiche und Leitthemen in der Regionalen Interessenvertretung zur Demokratisierung.

755 Ebd.

756 Ebd.

757 Erste Berufsberater wurden an Mittelschulen und Volksschulen eingesetzt. Vgl. Nds. KM / Nds. Min. f. Arbeit, Aufbau u. Gesundheit v. 6.7.1949 Vorbereitung der Berufswahl in den Volks- und Mittelschulen – III 1208/49. In: Nds. SVBl. 1949, S. 170.

758 Diese Ausschüsse waren mit Vertretern der Lehrerverbände, der IHK, der Landwirtschafts- und Handwerkskammer, der Schulen und der Schulaufsicht besetzt. Ebd.

759 IHK-Jahresbericht 1949/50 (Runder Tisch Emden, maschinenschriftliches Exemplar). S. 61. StAA Rep. 17/4, Nr. 368.

Der Kammerbericht des Jahres 1950/51 unterstellte schließlich den Betrieben, sie würden „keinen besonderen Wert“⁷⁶⁰ auf die Ausbildung des Nachwuchses legen. Es sei im Berichtsjahr „des öfteren vorgekommen“⁷⁶¹, dass selbst langfristig existierende Lehrverträge aufgelöst wurden, „weil der Lehrling für den Beruf ungeeignet sei.“⁷⁶²

Die Lehrlinge, die nach acht Schuljahren in den Beruf übergangen, seien einfach noch nicht reif genug. 1952 listete Friedrich Schneider in seiner Schrift „Das neunte Schuljahr“⁷⁶³ die Aspekte auf, die für eine Verlängerung der Schulzeit sprachen. Die charakterliche Bildung und die Erziehung der Vierzehnjährigen sei noch nicht abgeschlossen⁷⁶⁴, es fehle die „für den Eintritt in den Beruf erforderliche Reife“⁷⁶⁵ und die „Fähigkeit der Selbstdiagnose“⁷⁶⁶, sie seien noch nicht zur „rationalen Berufswahl fähig“⁷⁶⁷ und das für den Eintritt in den Beruf notwendige Wissen weise „große Lücken auf.“⁷⁶⁸ Seine Forderung:

*„Verlängerung der Schulzeit bedeutet Erhöhung der Bildung und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit.“*⁷⁶⁹

Im Februar 1954 empfahl der Deutsche Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen die Einführung eines neunten Schuljahres an Volksschulen.⁷⁷⁰

Im September des gleichen Jahres wurde das „Gesetz über das öffentliche Schulwesen in Niedersachsen“⁷⁷¹ veröffentlicht. Dieses Gesetz schrieb die Volksschulpflicht auf neun Jahre fest⁷⁷² und schränkte gleichzeitig die Umsetzung ein:

760 Ebd.

761 Ebd.

762 Ebd.

763 Vgl. Schneider, F., 1952.

764 Ebd., S. 16 f.

765 Ebd., S. 19.

766 Ebd., S. 22.

767 Ebd., S. 21.

768 Ebd., S. 23.

769 Ebd., S. 24.

770 Vgl. Deutscher Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen: 1955.

771 Gesetz über das öffentliche Schulwesen in Niedersachsen. Nds. SVBl. 1954, S. 214 ff.

772 §18 (1), Ebd., S. 215.

„Das neunte Schuljahr wird eingeführt, sobald und soweit die schulorganisatorischen Verhältnisse die Durchführung eines geordneten Schulbetriebes ermöglichen.“⁷⁷³

Solang diese Bedingungen nicht erfüllt werden konnten, sollte es bei der achtjährigen Schulform bleiben.⁷⁷⁴ Da Niedersachsen landesweit und Ostfriesland im Besonderen „an einem chronischen Lehrermangel“⁷⁷⁵ litten, der die Einführung des neunten Schuljahres nicht erlaubte, blieb es bei der Absichtserklärung.

Die Möglichkeiten des Überganges in einen zukunftssicheren Beruf waren in Ostfriesland auf Grund der wirtschaftlichen Struktur beschränkt. 1955 bedauerte E.A. Becker unter dem Titel „Ostfriesische Jugend in Not“, dass immer mehr Jugendliche die Region verließen, um im Ruhrgebiet eine Ausbildung zu beginnen, „in einem der letzten Jahre allein 386.“⁷⁷⁶

Der Lehrerverein Emden-Krummhörn führte 1955 eine Tagung gemeinsam mit Vertretern der Industrie- und Handelskammer, den Vertretern von Handel und Gewerbe, des Arbeitsamtes, der Handels- und Berufsschulen durch.⁷⁷⁷ Auf Anregung des Schulrates Mortzfeld, Emden, diskutierte die Runde unter der Leitung von Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Dr. Pufpaff Fragen der schulischen Qualifikation und der Berufsausbildung. Den Vorwurf des sinkenden Niveaus der Volksschulbildung kommentierte M. Meyer Schulpolitischer Ausschuss des OLV:

„Es ist zweifellos in den vergangenen Jahren eine Minderleistung zu verzeichnen gewesen, daran sind aber nicht die Schule an sich, nicht die neue Lehrerbildung und nicht die Betonung des Musischen schuld, sondern die Kriegs- und Nachkriegsverhältnisse mit ihrer Raum- und Schulnot, ihrem Lehr- und Lernmittelmangel, ihrem Fehlen des Lehrernachwuchses und nicht zuletzt ihren sozialen Mißständen.“⁷⁷⁸

Hinzu kam, dass der Übergang in das Berufsleben nicht schulisch begleitet wurde, so wie es vergleichsweise beim Wechsel an die weiterführenden Schulen geschah. Die Einschätzung der Reife für den Beruf erfolgte „in zwei

773 §18 (2), Ebd.

774 Ebd.

775 Wiemann, H., Leitsätze 1955. In: Wiemann, H.; Oltmanns-Eiben, H., 1956. S. 14.

776 Becker, E.A., Ostfriesische Jugend in Not! In: OSB 76. Jg., Nr. 1, Jan. 1955, S. 1.

777 Meyer, M., Wirtschaft und Pädagogik am runden Tisch. In: OSB 76. Jg., Nr. 7, Juli 1955, S. 50.

778 Ebd.

bis drei Stunden seitens ihm [dem Berufsanfänger, Anm. d. Verf.] fremder Personen.“⁷⁷⁹

Die Probleme der Volksschule fasste Ernst Mathewes, Landesschulrat Hamburg, in seinem Vortrag zur Hauptversammlung des OLV in Emden 1955 zusammen.

Er betonte, dass vor dem ersten Weltkrieg die „damalige Volksschule wie die anderen Schularten weitgehend sozial gebunden“⁷⁸⁰ waren. Die Volksschule sei die Schule der „unteren Schichten“⁷⁸¹ gewesen, die auch von „Hochbegabungen, die oft im Leben zu führenden Stellen aufgestiegen sind“⁷⁸², besucht worden sei. Gerade die Lehrerschaft habe sich für mehr Chancengerechtigkeit eingesetzt. Doch „das Tragische“⁷⁸³ liege darin, dass die Umsetzung der Durchlässigkeit zwischen den Schulformen die Volksschule gleichzeitig „eine Wertminderung erfahren mußte.“⁷⁸⁴

Es sei notwendig, die Volksschule mit veränderter Perspektive zu betrachten, mit einer völlig neuen Orientierung in der Demokratie. Denn:

*„Demokratie ist nicht nur eine Form einer Mehrheitsentscheidung, nicht nur eine Form der Duldung des anderen Menschen, sondern ihr Wesentliches ist, dass jeder Mensch, ob mit einer guten oder einfachen Schulbildung, ob im akademischen Bereich oder im beruflichen Leben des Werk tätigen aufgerufen ist mit gleicher Mächtigkeit über das Schicksal unseres Volkes zu bestimmen.“*⁷⁸⁵

Dieses neue Denken müsse „das demokratische Element als formprägend für unser Menschenbild“⁷⁸⁶ ansehen.

Dabei lehnte Mathewes eine „Vereinfachung, ein Volkstümlichmachen der wissenschaftlichen Bildungsgüter“⁷⁸⁷ ab. Er verlangte vielmehr das Fördern aller Heranwachsenden „je nach Begabung und der Entfaltung ihrer Kräfte“

779 Ebd.

780 Mathewes, E., Der Bildungsauftrag der Volksschule. In: OSB 76. Jg., Nr. 12, Dez. 1955, S. 89.

781 Ebd.

782 Ebd.

783 Ebd.

784 Ebd.

785 Ebd., S. 90.

786 Ebd.

787 Mathewes, E., Der Bildungsauftrag der Volksschule (Teil II). In: OSB 77. Jg., Nr. 1, Jan. 1956, S. 1.

te.“⁷⁸⁸ Er hoffte auf eine Neuorientierung ohne Verlust des Bildungsgedankens, hoffte auf die Vermittlung einer gleichwertigen Bildung, der es gelingen müsse, das „Berufsleben nicht als etwas Bildungsfremdes zu betrachten, sondern im Berufsleben die Bildungsprinzipien“⁷⁸⁹ zu vermitteln.

Im Oktober 1957 gab Günter Aschoff, der ursprünglich dem KLV Norden angehörte und an die Hochschule Hannover gewechselt war, eine ausführliche Analyse der Bedingungen der „Jugend im Spannungsfeld der industriellen Massengesellschaft.“⁷⁹⁰ Da aus „diktaturbedingter Widerspruchslosigkeit ... das Gegenteil geworden“⁷⁹¹ sei, müsse nun die Schule der Entwicklung Rechnung tragen. Einerseits stellte Aschoff die Schulpflicht infrage. Er sah sie als „Requisit aus der Zeit des Absolutismus.“⁷⁹² Diese Pflicht stehe „in ihrer derzeitigen Form als ‚kulturelle Zwangsbeglückung‘ im Widerspruch zur demokratischen Staatsform und zum Prinzip der Selbstverantwortlichkeit.“⁷⁹³

Andererseits verlangte er mit Blick auf die Sozialisierung und die Lebensbedingungen der Heranwachsenden eine Ausdehnung des Schulbesuches „insbesondere im derzeitigen Volksschulbereich um mindestens zwei Jahre“⁷⁹⁴ bei gleichzeitiger Neubewertung der Orientierung an der Arbeitswelt. Diese Forderungen kamen zu einem Zeitpunkt, da bundesweit eine Diskussion um die Möglichkeiten der Begabtenfördern und des Zweiten Bildungsweges einsetzte.⁷⁹⁵

In der Empfehlung „Die Volksschule auf dem Lande“⁷⁹⁶ betonte der Deutsche Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen, dass das „Bauerntum ... sich im Zusammenhang des Staatsvolkes nicht recht verstanden“⁷⁹⁷ fühle. Es sei notwendig, die Bildungsinhalte an die Notwendigkeiten

788 Ebd.

789 Ebd.

790 Aschoff, G., Jugend im Spannungsfeld der industriellen Massengesellschaft. In: OSB 78. Jg., Nr. 10, Okt. 1957, S. 73 ff. (Teil I); OSB 78. Jg., Nr. 11, Nov. 1957, S. 81 ff. (Teil II). OSB 78. Jg., Nr. 13, Dez. 1957, S. 92 ff. (Teil III).

791 Ebd. In: OSB 78. Jg., Nr. 13, Dez. 1957, S. 94. (Teil III).

792 Ebd.

793 Ebd.

794 Ebd.

795 Vgl. dazu: Bungardt, K., 1957; Arlt, F., 1958; Dahrendorf, R.; Ortlieb, H.D. (Hrsg.), 1959.

796 Empfehlung des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen v. 1.12.1956: Die Volksschule auf Lande. In: Nds. SVBl. 1957, S. 98 f.

797 Ebd., S. 98.

der neuen Gesellschaft anzupassen, da „die bäuerliche Jugend selber durchweg Anteil an den Gütern der städtischen Kultur und Lebensform verlangt.“⁷⁹⁸

Der Ausschuss hielt die Einrichtung von neunten Klassen an ländlichen Volksschulen für „unentbehrlich“.⁷⁹⁹ Notwendig seien „praktische Grundlehrgänge“⁸⁰⁰, die auch an Geschlechterrollen gebunden sein müssten. Dazu müsse eine „Trennung der Geschlechter erfolgen.“⁸⁰¹ Bei aller Orientierung an der beruflichen Bildung gehöre aber eine „spezielle Berufsausbildung“ nicht in die Volksschule. In der Empfehlung zum „Ausbau der Volksschule“⁸⁰² differenzierte der Ausschuss seine Forderungen und dehnte sie, da „vierzehnjährige Kinder für den Eintritt in die moderne Berufswelt nicht reif“⁸⁰³ seien, auf ein zehntes Schuljahr aus. Die letzten beiden Schuljahre sollten „Nähe zur Arbeitswelt, Hinführung auf eine sinnvoll genutzte Freizeit, gesellschaftliches und politisches Verständnis“⁸⁰⁴ vermitteln.

Der OLV veranlasste in Reaktion auf die aktuelle Entwicklung eine gemeinsame Sitzung des Schulpolitischen und Pädagogischen Ausschusses am 22. August 1957.⁸⁰⁵ Die Kreis- und Ortsvereine wurden aufgefordert, die Möglichkeiten der Einführung eines neunten Schuljahres zu diskutieren. Eine Umsetzung sollte trotz Mangels an Lehrkräften erfolgen. Die Ausschüsse des OLV wollten prüfen, ob eine „Zusammenlegungen von Schulklassen zwecks Beschulung des zusätzlichen Schuljahres sich verantworten lassen.“⁸⁰⁶

Während einer Versammlung des KLV Aurich im November 1957 referierte Dr. Klaus Weltner, Osnabrück, zu den Perspektiven der differenzierten Ausgestaltung der Oberstufe der Volksschule. Weltner sah eine Lösung darin, dass der „Lehrer ... von der Vielzahl der zu unterrichtenden Fächer entlastet werden“⁸⁰⁷ muss und die „verantwortliche Führung einer Klasse mit der per-

798 Ebd.

799 Ebd., S. 100.

800 Ebd.

801 Ebd.

802 Empfehlung des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen v. 9.3.1957: Ausbau der Volksschule. In: Nds. SVBl. 1957, S. 152 ff.

803 Ebd. S. 153.

804 Ebd., S. 156.

805 Meyer, M., Förderung des ostfriesischen Schulwesens durch den Ostfriesischen Lehrerverein. Erfüllt der Ostfriesische Lehrerverein seine satzungsgemäßen Aufgaben? In: Festschrift 1958. S. 29 ff.

806 Ebd., S. 30 f.

807 Seger, O., Über die Organisation des Unterrichts in der Volksschuloberstufe. In: OSB 77. Jg., Nr. 12, Dez. 1957, S. 91.

sönlichen Bindung“⁸⁰⁸ zu übernehmen habe. In der Diskussion dieses Ansatzes betonten die Mitglieder des Lehrervereins, dass bei Einführung des neunten Schuljahres entsprechend ausgebildete Lehrkräfte notwendig seien. Die Runde befürwortete das Fachlehrerprinzip, doch auch gut ausgebildete Lehrer könnten kaum Erfolge erzielen, wenn „die Auspowerung der Volksschule durch den Übergang in weiterführende Schulen in bisheriger Weise fortschreitet.“⁸⁰⁹

In seinem Bericht zu den Arbeitsausschüssen zur Vertreterversammlung 1958 erklärte der Vorsitzende des Pädagogischen Ausschusses, dass er nach der gemeinsamen Sitzung der Ausschüsse 1957 der Frage der Einführung des neunten Schuljahres „nicht weiter nachgegangen sei.“⁸¹⁰ Der Vorsitzende A. Alberts begründete das Untätigsein damit, dass „unser Bezirk mit 16,3 % als Maßzahl für unbefriedigtes Unterrichtsbedürfnis weit unter dem Durchschnitt des Landes Niedersachsen mit 9 % liegt.“⁸¹¹

Alberts ging offensichtlich davon aus, dass das neunte Schuljahr wegen des hohen Lehrermangels in Ostfriesland nicht eingeführt werden könne. Zur außerordentlichen Vertreterversammlung äußerte sich Alberts für den Pädagogischen Ausschuss schlicht nicht mehr zu diesem Thema. Er machte vielmehr seinem Unmut über die fehlende Mitarbeit in den Kreis- und Ortsvereinen Luft.⁸¹² Sehr knapp erklärte er, die Arbeit hänge von „der Einrichtung der Ausschüsse in allen Kreisen und deren Aktivität ab.“⁸¹³ Der Berichterstatter E.A. Becker kommentierte:

*„Aus den letzten Worten des Koll. Alberts klang etwas wie Verbitterung darüber, daß immer wieder aus Kollegenkreisen Kritik geübt und über mangelnde Arbeit des Päd. Ausschusses geklagt wird.“*⁸¹⁴

Zu Pfingsten 1958 veranstaltete der ADGL in München einen Kongress der Lehrer und Erzieher, der mit der Erklärung „*Erziehung entscheidet unser Schicksal*“⁸¹⁵ eine neue, der menschlichen und gesellschaftlichen Entwick-

808 Ebd., S. 92.

809 Ebd., S. 91.

810 Alberts, A., Berichte der Arbeitsausschüsse auf der VV des OLV in Aurich. Pädagogischer Ausschuß im OLV. In: OSB 79. Jg., Nr. 3, März 1958, S. 19.

811 Ebd.

812 Becker, E.A., Außerordentliche Vertreterversammlung des OLV 1959. In: OSB 80. Jg., Nr. 1, Jan. 1959, S. 4.

813 Ebd.

814 Ebd.

815 Abdruck in OSB 79. Jg., Nr. 6, Jan. 1958, S. 45 ff.

lung entsprechende Selbstverpflichtung gab. Der Vorsitzende des OLV Arnold Harms begrüßte die Wendung und übernahm einen Begriff aus der Presse, ein „*Goldener Plan*“⁸¹⁶ müsse her, der dem Schulwesen eine den Anforderungen gerecht werdende Prägung geben könne. Harms betonte:

*„München ist für uns alle ein Arbeitsauftrag. Wir wollen dabei nicht vergessen, dass eine Arbeitskoordination vorgenommen werden sollte.“*⁸¹⁷

Der OLV machte sich die Forderungen zu eigen. Zur Vertreterversammlung im Oktober 1959 legte der Kreisverein Aurich einen Antrag vor, der zwar das neunte Schuljahre befürwortete, eine Einführung aber wegen des bestehenden Lehrermangels für nicht machbar hielt.⁸¹⁸ Es hieß, im Regierungsbezirk Aurich fehlten „augenblicklich 127 Lehrkräfte“⁸¹⁹ und es fielen „jährlich 142.240 Unterrichtsstunden aus.“⁸²⁰ Der Antrag wurde angenommen und, um dem Verlangen der Mitgliedschaft Nachdruck zu verleihen, in einer die Situation des Schulwesens in Ostfriesland zusammenfassenden Entschlie-ßung per Telegramm umgehend dem Niedersächsischen Landtag zuge-stellt.⁸²¹

Zur Tagung des Pädagogischen Ausschusses im Dezember 1959 berichtete R. Barfs⁸²², der die Arbeit des Pädagogischen Ausschusses übernommen und an einer Tagung der Pädagogischen Landesstelle im November teilgenommen hatte, über „die Probleme des 9. Schuljahres.“⁸²³

Neue Vorschläge zur Einführung waren nicht vorgelegt worden, Lösungen für die Region zeichneten sich nicht ab. H.W. Bartsch⁸²⁴ referierte vielmehr die bekannten „Hinweise und Anregungen“⁸²⁵, die von Schneider bereits

816 Harms, A., Zum Kongreß der Lehrer und Erzieher in München 1958. In OSB 79. Jg., Nr. 7, Juli 1958, S. 53.

817 Ebd., S. 54.

818 Anträge zur VV des OLV 1959. In: OSB 80. Jg., Nr. 9, Sept. 1959, S. 83.

819 Ebd.

820 Ebd.

821 Schulpolitische Forderungen der ostfriesischen Lehrerschaft. Entschlie-ßung der Vertreter-versammlung des OLV 1959. In: OSB 80. Jg., Nr. 10, Okt. 1959, S. 85.

822 Reinhard Barfs war Hauptlehrer an der Schule Logabirum, Schulaufsichtskreis Leer. Vgl. Festschrift 1958, S. 37.

823 Bartsch, H.W., Aus der Arbeit des Pädagogischen Ausschusses im OLV. In: OSB 80. Jg., Nr. 12, Dez. 1959, S. 112.

824 Horst-Wolfgang Bartsch war Lehrer an der Schule in Ditzum, Schulaufsichtskreis Weener. Vgl. Festschrift 1958, S. 41.

825 Bartsch, H.W., Aus der Arbeit des Pädagogischen Ausschusses im OLV. In: OSB 80. Jg., Nr. 12, Dez. 1959, S. 112.

1952 gemacht worden waren.⁸²⁶ Zusätzlich erörterte R. Barfs die Vorschläge der Landesstelle⁸²⁷ zur Umsetzung, die aus dem Vortrag von Weltner 1957 ebenfalls bereits bekannt waren.⁸²⁸

Die politischen Gremien des Landtages Niedersachsen setzten 1960 der Diskussion um die Einführung eine Grenze, das „Gesetz über das öffentliche Schulwesen in Niedersachsen“⁸²⁹ von 1954 wurde per Verordnung umgesetzt: „Mit Beginn des Schuljahres 1962 wird das neunte Schuljahr eingeführt.“⁸³⁰

Die in Ostfriesland daraufhin entstandene Diskussion um die Einführung kommentierte Karl Brübach⁸³¹, KLV Emden.⁸³² Er befürwortete die Einführung und setzte drei Schwerpunkte: die Orientierung der Bildungsinhalte an dem, was die „allgemeine Menschenbildung“⁸³³ in der modernen Gesellschaft ausmache, die Einsichtnahme in „die demokratische Lebensform“⁸³⁴ und in den Umgang mit der Ausdehnung der Freizeit, die mehr Möglichkeiten einer „persönlichen Lebensgestaltung“⁸³⁵ eröffne. Brübach sah die Einführung des neunten Schuljahres als eine „Möglichkeit der Entwicklung zur Hauptschule hin, die erst durch ein zehntes Vollschuljahr verwirklicht werden“⁸³⁶ könne. Überregional nahmen die Vorschläge Form an. Der Kongress der Lehrer und Erzieher fand in Bremen 1960 seine Fortsetzung. In seinem Einleitungsreferat verlangte Eugen Fink vor dem Kongress in Bremen 1960, dass die „kulturpolitischen Konsequenzen“⁸³⁷ aus der industriellen und gesellschaftlichen Entwicklung gezogen werden sollten und „ein Entwurf neuer Bildungs- und Schulpläne in der modernen Gesellschaft“⁸³⁸ das Schulwesen neu prägen müsste:

826 Vgl. Schneider, F., 1952.

827 Bartsch, H.W., Aus der Arbeit des Pädagogischen Ausschusses im OLV. In: OSB 80. Jg., Nr. 12, Dez. 1959, S. 112.

828 Vgl. Ebd., S. 91.

829 Gesetz über das öffentliche Schulwesen in Niedersachsen. Nds. SVBl. 1954, S. 214 ff.

830 Nds. Landesministerium: Verordnung über die Einführung des neunten Schuljahres. 8. Juli 1960. Nds. SVBl. 1960, S. 181.

831 Karl Brübach war Rektor der Herrentorschule B, Schulaufsichtskreis Emden. Vgl. Festschrift 1961, S. 54.

832 Brübach, K., Es bleibt uns eine Frist. In OSB 81. Jg., Nr. 7/8, Juli/Aug. 1960, S. 68 f.

833 Ebd., S. 68.

834 Ebd.

835 Ebd., S. 69.

836 Ebd.

837 Fink, E., Menschenbildung – Schulplanung. MUND Sondernummer, Jun. 1960. S. 7.

838 Ebd.

*„Die geplante Neugestaltung des Schulwesens in Richtung auf eine dynamische Einheit, die die alten Klassenkämpfe der verschiedenen Lehrergruppen beenden, dem deutschen Bildungswesen nicht eine öde Uniformität, wohl aber einen sich differenzierenden und wieder zusammenschließenden Zusammenhang geben könnte, erstrebt eine wahrhafte Bildungsdemokratie.“*⁸³⁹

Der während des Kongresses erarbeitete „Plan zur Neugestaltung des Schulwesens“, der so genannte „Bremer Plan“⁸⁴⁰, forderte eine Schule „in einem dynamischen, gestuft-vereinheitlichten Schulsystem“⁸⁴¹, eine Schule „der sozialen Gerechtigkeit“⁸⁴², die „das Recht des Kindes und Jugendlichen“⁸⁴³ zu verwirklichen hatte.

Das Verlangen der Pädagogen wurde von Medizinern unterstützt. Anfang 1960 veröffentlichten auf Initiative von Heinrich Rodenstein der Material- und Nachrichten-Dienst (MUND) der AGDL zwei Ärzte, Dr. med. Theodor Hellbrügge und Dr. med. et phil. Joseph Rutenfranz, „Graphische Darstellungen zur Schulsituation“⁸⁴⁴, die deutlich zeigten, dass die Schule sich auf die Leistungsfähigkeit der Jugendlichen besser einstellen und die äußeren Bedingungen der Beschulung der modernen Entwicklung angepasst werden mussten.⁸⁴⁵

Eine im Juni 1960 im Auftrag der AGDL erstellte umfangreiche soziologische Situationsanalyse der Nachwuchssituation der Industriegesellschaft bestätigte die Forderungen.⁸⁴⁶ Die Autoren Hans-Joachim Knebel und Janpeter Kob verurteilten das verhältnismäßig unbewegliche System der Ausbildung in Handel, Industrie und Handwerk und deren Form der Zukunftsorientierung: „Irgendwann landen solche starren Plan-Zuwachsraten immer im Grotesken.“⁸⁴⁷ Die Autoren verwiesen gleichzeitig darauf, dass das Bil-

839 Ebd. S. 21.

840 Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverbände (Hrsg.): Plan zur Neugestaltung des deutschen Schulwesens. 3. Entwurf der Planungskommission. Der Vertreterversammlung in Bremen 1960 in der vom Hauptvorstand am 8. Mail 1960 überarbeiteten Form vorgelegt. (Einzeldruck, ohne Ort, ohne Verlag).

841 Ebd.

842 Ebd.

843 Ebd.

844 Hellbrügge, Th.; Rutenfranz, J., Graphische Darstellungen zur Schulsituation. Mund, 11. Jg., Nr. 94, 15.1.1960 (Dokumentation, Heft 6/1960).

845 Ebd., S. 31.

846 Knebel, H.-J.; Kob, J. (Hrsg.): Der quantitative und qualitative Nachwuchsbedarf in der industriellen Gesellschaft. MUND Sondernummer F1, 11. Jahrg. v. 1. Juni 1960.

847 Ebd. S. 29.

dungssystem mehr „aus sozialen Motiven produzierte Begabungen“⁸⁴⁸ zur Verfügung stelle, als in der gegebenen Gesellschaftsstruktur⁸⁴⁹ zu qualifizierten Positionen gelangen konnten.

Probleme, die Heranwachsende in der aufstrebenden Industriegesellschaft mehr und mehr empfanden, wurden erkannt und ein Anspruch auf Gestaltung von Freiräumen und verfügbarer Freizeit erhoben.⁸⁵⁰ Die Freizeitpädagogik, die aus der Volkshochschulbewegung⁸⁵¹ aufgenommen wurde, sollte „die Entwicklung der jugendlichen Persönlichkeit zum eigenständigen Urteil, zur selektiven Verbraucherhaltung und zur Selbsthilfe fördern.“⁸⁵²

Ein Ansatz, der von Schelsky als eine „langfristige Aufgabe einer inneren, geistigen Schulreform“⁸⁵³ betrachtet wurde. Die Diskussion dieses Ansatzes der Schulreform fand Zuspruch über die Arbeit der september-gesellschaft, die in der übergreifenden Verbandspolitik für die Reform des Schulwesens eintrat. Die Wirtschaftsverbände, die in Einzelbezügen z. B. der Begabtenförderung⁸⁵⁴ engagiert mitwirkten, sorgten für eine distanzierte Wertung des Rahmenplanes des deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen. Einerseits wurde der Rahmenplan als „wertvoller Diskussionsbeitrag angesehen“⁸⁵⁵ und die Einführung des neunten Schuljahres begrüßt, andererseits aber auch die Mehrgliedrigkeit des Schulwesens nachdrücklich betont. Insbesondere die Neuordnung des höheren Schulwesens könne, so die Stellungnahme der Arbeitgeberverbände, „in der vorliegenden Form nicht den Anforderungen der heutigen Wirtschaft und Gesellschaft entsprechen.“⁸⁵⁶

Am 22. Juni 1960 griff die Mitgliedschaft des OLV während der Tagung des Pädagogischen Ausschusses in Aurich die Schulreformvorhaben auf.⁸⁵⁷ Die weitreichenden Forderungen der überregionalen Diskussion wurden aber nicht wiederholt. Die Diskussion beschränkte sich auf die Einführung des

848 Ebd. S. 31.

849 Eine erste Untersuchung dazu lieferte bereits 1956 Karl Valentin Müller. Vgl. Müller, K.V., 1956.

850 Wittig, H.E., Schule und Freizeitgestaltung. Mund, 11. Jg., 30. Sept. 1960.

851 Ebd. S. 7.

852 Ebd. S. 34.

853 Schelsky, H., 1962, S. 50.

854 Vgl. Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände: 1958.

855 Stellungnahmen der Arbeitgeberverbände. Stellungnahme zum Rahmenplan für die Umgestaltung und Vereinheitlichung des allgemeinbildenden öffentlichen Schulwesens. In: september-gesellschaft. Heft 4, Juli 1960. S. 17.

856 Ebd., S. 18.

857 Die Forderungen des Bremer Plans führten zu heftiger öffentlicher Kritik. Vgl. Bungardt, K., o. J. (1960). Ders., 1962.

neunten Schuljahres. R. Barfs, der an der Landestagung des GNL teilgenommen hatte, berichtete über das „Memorandum der Pädagogischen Landesstelle des GNL zum 9. Schuljahr.“⁸⁵⁸ Das neunte Schuljahr sollte eine Auseinandersetzung mit „der Welt der Erwachsenen“⁸⁵⁹ sein und „die Anliegen der politischen Erziehung und Bildung in dem Fach Sozialkunde“⁸⁶⁰ nachhaltig berücksichtigen. Die Schülerinnen und Schüler sollten erkennen, „w i e man arbeitet“⁸⁶¹, das Schuljahr dürfe aber dennoch nicht nur „der eigentlichen Berufsfindung dienen.“⁸⁶²

Die angestrebte Studentafel des neunten Schuljahres sollte, so Barfs, einen Schwerpunkt im Bereich „Muttersprache und Sachunterricht“⁸⁶³ mit einem Anteil von zwölf Wochenstunden bilden, den freien Arbeitsgemeinschaften sollten fünf Stunden eingeräumt und Englisch als Fremdsprache „wahlfrei“⁸⁶⁴ mit drei Stunden erteilt werden.

Karl Brübach erarbeitete Grundlagenmaterial für das Memorandum des GNL. Schülerinnen und Schüler, die das neunte Schuljahr ohne Abschluss verlassen würden, sollten aufgefangen werden. Durch Differenzierung, Förderung und unterstützende Hilfen sollten diese Heranwachsenden so angenommen werden, dass sie „an dem gesamten Schulleben beteiligt sind und sich nicht abschließen.“⁸⁶⁵

Zur Junitagung des LV Emden 1960 referierte Artur Dumke zur Vorbereitung auf die Einführung des neunten Schuljahres die Aspekte des Sachunterrichtes.⁸⁶⁶ Er betonte den Begriff der „Sachbildung“⁸⁶⁷, die sich durch das „Prinzip der Erkundung“⁸⁶⁸ der eigenen Umwelt präge und den Schülerinnen und Schülern Einsicht in die eigenen Lebensbedingungen vermitteln helfe.

858 Bartsch: Memorandum der Pädagogischen Landesstelle des GNL zum 9. Schuljahr. In OSB 81. Jg., Nr. 7/8, Juli/Aug. 1960, S. 65 ff.

859 Ebd. S. 65.

860 Ebd.

861 Ebd.

862 Ebd.

863 Ebd., S. 66.

864 Ebd.

865 Brübach, K., Was kann für die Schüler der Volksschule getan werden, die nicht die Abschlußklasse erreichen? In: OSB 81. Jg., Nr. 11, Nov. 1960, S. 100.

866 Menzel, I., Sachunterricht im 9. Schuljahr. In: OSB 81. Jg., Nr. 7/8, Juli/Aug. 1960, S. 66 ff.

867 Ebd., S. 67.

868 Ebd., S. 68.

Erste konkrete Hinweise der Umsetzung in der Region enthielten die „Gedanken zur Vorbereitung des 9. Schuljahres.“⁸⁶⁹ Es wurde empfohlen an jeder infrage kommenden Schule eine „Gruppe der Lehrer für die folgenden drei Jahre“⁸⁷⁰ auf die Übernahme des neunten Schuljahres vorzubereiten. Die Schriftleitung des OSB bat um Einsendung bereits erarbeiteter „Grundtechniken, Lesepläne, Rahmenpläne“⁸⁷¹, damit sie veröffentlicht und diskutiert werden könnten.

Im September 1960 sprach Dr. Freyhoff, Oldenburg, vor dem KLV Leer zur Einführung des neunten Schuljahres. Er betonte vier Schwerpunkte der Arbeit: die „Erziehung zu einem rechten Sozialverhalten“⁸⁷², „die Heranführung an die Arbeits- und Industriewelt“⁸⁷³, die Hilfen zur sinnvollen Nutzung der „später zur Verfügung stehenden Freizeit“⁸⁷⁴ und „die verstärkte Pflege eines historisch-politischen Bewußtseins und die Erziehung zur Verantwortung gegenüber der demokratischen und freiheitlichen Ordnung.“⁸⁷⁵

Ende 1960 gab die Regierungsschulabteilung Aurich vor der Presse eine Stellungnahme zur Einführung des neunten Schuljahres.⁸⁷⁶ Es müssten, so die Einschätzung Dr. Harm Wiemanns, „Schwierigkeiten in Kauf“⁸⁷⁷ genommen werden. Die entstandenen Dörfergemeinschaftsschulen⁸⁷⁸ würden die Einführung erleichtern. Die Anforderungen an Schulbau und Ausstattung würde noch „mit den Oberkreisdirektoren und Schulräten“⁸⁷⁹ beraten.

Zur letzten Sitzung des Jahres 1960 diskutierte der Pädagogische Ausschuss die Entwicklung der Volksschule.⁸⁸⁰ A. Alberts sprach zum Thema „Was

869 (Ohne Verf) Gedanken zur Vorbereitung des 9. Schuljahres. OSB 81. Jg., Nr. 12, Dez. 1960, S. 111 f. (Teil I). OSB 82. Jg., Nr. 2, Feb. 1961, S. 11 f.

870 Ebd., S. 112.

871 (Ohne Verf) Gedanken zur Vorbereitung des 9. Schuljahres. In: OSB 82. Jg., Nr. 2, Feb. 1961, S. 12.

872 Ritterhoff, Fr., Probleme des 9. Schuljahres. In: OSB 81. Jg., Nr. 11, Nov. 1960, S. 103.

873 Ebd.

874 Ebd.

875 Ebd.

876 Für das neunte Schuljahr. Stellungnahme der Regierungsschulabteilung Aurich auf einer Pressekonferenz. In: OSB 81. Jg., Nr. 12, Dez. 1960, S. 110.

877 Ebd.

878 Vgl. Kap.: Wege zur Zentralschule.

879 Für das neunte Schuljahr. Stellungnahme der Regierungsschulabteilung Aurich auf einer Pressekonferenz. In: OSB 81. Jg., Nr. 12, Dez. 1960, S. 110.

880 Schmidt, W., Was geschieht mit unserer Volksschule. In: OSB 81. Jg., Nr. 12, Dez. 1960, S. 109 f.

geschieht mit und in unserer Volksschule“⁸⁸¹ und setzte sich mit der ähnlich betitelten Schrift Ellweins⁸⁸² auseinander. Zwei Aspekte der Kritik Ellweins bestätigte Alberts. Die Gruppenarbeit würde noch zu selten praktiziert, denn es fehlten oft noch „die erforderlichen Arbeitshilfen und Arbeitsmittel“⁸⁸³, Schülermitverwaltung und Gemeinschaftskundeunterricht seien „auch nicht überall zu finden.“⁸⁸⁴ Alberts sprach von der „Diskrepanz“⁸⁸⁵ zwischen Schulwirklichkeit, die vom Mangel an Lehrkräften, Ausstattung und Finanzen geprägt sei, und dem begründeten Anspruch an die Schule, Bildung und Erziehung aller Schülerinnen und Schüler sicherzustellen und eine fundierte Vorbereitung auf Beruf und Ausbildung zu gewährleisten. Es kam im Ausschuss letztlich zu einer Diskussion um die Bedingungen der Einführung des neunten Schuljahres. Der Einsatz von Hilfskräften in der Schule wurde abgelehnt. Die Mitglieder verabschiedeten eine EntschlieÙung, die an die Pädagogische Landesstelle weitergeleitet werden sollte. Der Ausschuss machte deutlich, dass die „Einstellung von Hilfslehrerinnen ... eine Abwertung unserer pädagogischen Bildungsarbeit“⁸⁸⁶ darstellte. In der EntschlieÙung wurde betont: „Nur eine vollausgebildete Lehrkraft ist befähigt, an einer Volksschule zu unterrichten.“⁸⁸⁷ Die Kritik an der Versorgung der Schulen mit Hilfslehrkräften ebte nicht ab. Zur Landeslehrerversammlung des GNL 1961 in Wilhelmshaven gingen „noch einmal die Wogen hoch über das Problem ‚Aushilfslehrer‘.“⁸⁸⁸

Im Dezember 1960 hielt Bürgermeister Hermann Metger, Ihrhove, vor dem Sozialpädagogischen Arbeitskreis in Weener einen Vortrag zur Situation der Gemeinden und deren Belastung durch die kommunale Schulverwaltung.⁸⁸⁹ Der Bürgermeister betonte, dass er zu der Forderung der „Einbettung des platten Landes in die deutsche und abendländische Gemeinschaft“⁸⁹⁰ stehe, die Gemeinden aber dringend der Entlastung bedürften. Das Versprechen,

881 Ebd.

882 Vgl. Ellwein, Th., 1960.

883 Schmidt, W., Was geschieht mit unserer Volksschule. In: OSB 81. Jg., Nr. 12, Dez. 1960, S. 109 f.

884 Ebd. S. 109.

885 Ebd.

886 Ebd., S. 110.

887 Ebd.

888 Memming, J., Landeslehrerversammlung und Vertreterversammlung des GNL in Wilhelmshaven vom 4. bis 7. April 1961. In: OSB 82. Jg., Nr. 4, April 1961, S. 32.

889 Metger, H., Die Gemeinden und das 9. Schuljahr. In: OSB 82. Jg., Nr. 3, März 1961, S. 21 ff.

890 Ebd., S. 22.

dass den „finanzschwachen Gemeinden die Ausfälle ersetzt werden“⁸⁹¹, müsse unbedingt eingehalten werden, damit Reformvorhaben umgesetzt werden könnten.

K. Brübach führte im Dezember 1960 für die Lehrkräfte im Bezirk Ostfriesland in Rinteln einen Kurs „Neuntes Schuljahr“⁸⁹² durch, an dem die „Leiter der geplanten Mittelpunktkurse für die Schulaufsichtskreise Ostfrieslands“⁸⁹³ teilnahmen. Pädagogische Erwägungen und fachliche Vorbereitung auf die Arbeit in den Schuljahrgängen bildeten die Schwerpunkte, es sprachen z. B. Schulrat Dr. Blumenthal, Hameln, über die „Jugendschule“⁸⁹⁴ und A. Duhmke zum Thema „Sachunterricht auf der Oberstufe.“⁸⁹⁵ Zur Einführung des neunten Schuljahres, es sollte Ostern 1962 „allgemeinen verbindlich“⁸⁹⁶ eingeführt werden, gab das Niedersächsische Kultusministeriums im April 1961 eine Broschüre⁸⁹⁷ heraus. Das neunte Schuljahr sollte „kein Jahr der Berufsfindung sein“⁸⁹⁸, sondern dem Jugendlichen „jenes Rüstzeug geben, das ihn befähigt ein tüchtiges Glied der Gesellschaft zu werden und sich in ihr als Mensch zu bewähren.“⁸⁹⁹

In dieser Broschüre griff der Kultusminister auch die Versorgungsfrage des neunten Schuljahres auf. Es sollten „zu Ostern 1962 mehr als 1200 Junglehrer eingestellt“⁹⁰⁰ werden, weiterhin sei anzunehmen, „daß eine größere Zahl von Ruheständlern teils mit voller, teils mit verkürzter Stundenzahl weiter unterrichten“⁹⁰¹ werde. Pensionäre sollten gewonnen werden, wieder in den Dienst zurückzukehren, es sei die „Einrichtung halber Beamtenstellen ermöglicht“⁹⁰² worden. Und ein „gangbarer Ausweg bietet sich an, die Lücke vorübergehend mit Aushilfslehrkräften zu schließen.“⁹⁰³

891 Metger, H., Die Gemeinden und das 9. Schuljahr. In: OSB 82. Jg., Nr. 3, März 1961, S. 22.

892 Schmidt: Die Entwicklung der Volksschuloberstufe zur Jugendschule. In: OSB 82. Jg., Nr. 5, Mai 1961, S. 41.

893 Ebd.

894 Ebd.

895 Mensing: Der Sachunterricht auf der Oberstufe. In: OSB 82. Jg., Nr. 5, Mai 1961, S. 42.

896 Niedersächsischer Kultusminister (Hrsg.): Die Einführung des 9. Schuljahres in Niedersachsen. Broschüre, ohne Ort, ohne Verlag (Beilage zum Nds. SVBL 5/1962) Vorwort, S. 3.

897 Ebd.

898 Ebd., S. 6.

899 Ebd.

900 Ebd., S. 8.

901 Ebd., S. 9.

902 Ebd.

903 Ebd., S. 10.

Die Gemeinden sollten für die Ausstattungs- und Baumaßnahmen Zuwendungen aus Mitteln erhalten, die dem Land „vom Volkswagenwerk als Gewinn für die Jahre 1955 bis 1959 zugeflossen“⁹⁰⁴ waren. Die einklassigen Schulen blieben ausgenommen. Das neunte Schuljahr sollte „aus pädagogischen Gründen nicht an einer 1- oder 2-Lehrerschule abgeleistet“⁹⁰⁵ werden, Zusammenschlüsse nach dem Modell der Mittelpunktschulen sollten gefördert werden.

Die Möglichkeit des Zusammenschlusses und die Aspekte der Zusammenarbeit der weniggegliederten Schulen griff Reinhard Barfs auf, er befürwortete Jahrgangsklassen mit neunten Schuljahren.⁹⁰⁶

Im März 1961 veranstaltete der OLV eine Podiumsdiskussion mit Vertretern der Niedersächsischen Landjugend und Lehrern der landw. Berufsschule über das 9. Schuljahr.⁹⁰⁷ Neue Kritik kam auf. R. Barfs und A. Harms, Vorsitzender des OLV, mussten Bedenken ausräumen, dass „durch die Verlängerung der Schulpflicht viele Schüler abgehalten würden, sich u. a. an landwirtschaftlichen Fachschulen weiterzubilden, weil sie zu alt würden.“⁹⁰⁸

Aus der Arbeit der Rintelner Tagung entstand ein Schwerpunkt mit der „Erkundung der heimatlichen Arbeitswelt im 9. Schuljahr.“⁹⁰⁹ Die bisher geleisteten Berufspraktika sollten jetzt zu „Betriebspraktika“⁹¹⁰ werden, die den Jugendlichen die „gegenwärtige Arbeitswelt“⁹¹¹, also einen realen Betrieb in der Region, erleben lassen sollten. Lehrkräfte erarbeiteten Hinweise und Vorbereitungen der Erkundung der Arbeitswelt für die neunten Klassen, die auf Ostfriesland ausgerichtet waren. Ernst Amelong⁹¹² arbeitete mit dem Pädagogischen Ausschuss und dem Heimatkundeausschuss des OLV⁹¹³ Grundlagen für diese Erkundungen aus. Begonnen wurde mit einer Analyse der in

904 Ebd., S. 12.

905 Ebd., S. 13.

906 Barfs, R., Möglichkeiten für die Zusammenarbeit der weniggegliederten Schulen. In: OSB 82. Jg., Nr. 2, Feb. 1961, S. 12 f.

907 Podiumsgespräch mit Lehrern der landw. Berufsschule über das 9. Schuljahr. In: OSB 82. Jg., Nr. 4, April 1961, S. 35.

908 Ebd.

909 Pohl, E.A., Erkundung der heimatlichen Arbeitswelt im 9. Schuljahr. In: OSB 82. Jg., Nr. 6, Juni 1961, S. 56 f.

910 Diepen: Berufspraktika im 9. Schuljahr. In: OSB 82. Jg., Nr. 6, Juni 1961, S. 57.

911 Ebd.

912 Ernst Amelong war Hauptlehrer an der Schule Wiesmoor-Hinrichsfehn, Schulaufsichtskreis Aurich. Vgl. Festschrift 1959, S. 54.

913 Amelong, E., Die Erkundung der heimatlichen Arbeitswelt im 9. Schuljahr. In OSB 82. Jg., Nr. 11, Nov 1961, S. 108.

Wiesmoor verbreiteten Berufe und Berufsfelder durch Befragung der Schülerinnen und Schüler.⁹¹⁴ Verständnisfragen für die Arbeit in der ländlichen Region im Verhältnis zu der Arbeitslage in den Städten wurden geklärt und Aspekte der „Entmenschlichung und Vermenschlichung in der modernen Arbeitswelt“⁹¹⁵ betrachtet. Schließlich wurden die Gärtnerei Wiesmoor und ein Bauernhof besichtigt.⁹¹⁶

Zur Sitzung des Pädagogischen Ausschusses im Juni 1961 berichtete R. Barfs über die Arbeit der Landesstelle. Die Endfassung der Richtlinien für die Volksschulen in Niedersachsen stand in der Beratung, es ging um die Abstimmung der Stundentafeln, letztlich auch um den Bremer Plan und die Arbeit im Differenzierten Mittelbau.⁹¹⁷

Zur VV des OLV im Jahr 1961 gab A. Alberts einen Arbeitsbericht des Pädagogischen Ausschusses.⁹¹⁸ Er erklärte, dass die Mitglieder sich „mit Fragen im Zusammenhang mit dem 9. Schuljahr“⁹¹⁹ beschäftigt hätten, stellte aber in diesem Zusammenhang eine Verbindung zu den erarbeiteten Beispielplänen her.⁹²⁰ Auf Probleme der Umsetzung ging er nicht ein.

Am 20.10.1961 beschrieb der Vorstand des OLV die Aufgabenstellung des Pädagogischen Ausschusses neu:

*„a) Bearbeitung des Ostfriesischen Lesebuches, b) Probleme des 9. Schuljahres, c) Probleme der Volksschuloberstufe überhaupt, d) Vorbereitung der Pädagogischen Woche 1962.“*⁹²¹

Zur Jahreshauptversammlung des OLV 1961 sprach Ministerialrätin a. D. Anna Mosolf zum Thema „Die Volksschuloberstufe im Rahmen der Schulreform.“⁹²² Sie ging dabei einerseits auf die durch den Ausschuss für das

914 Ebd., S. 109.

915 Amelong, E., Die Erkundung der heimatlichen Arbeitswelt im 9. Schuljahr. In OSB 82. Jg., Nr. 12, Dez. 1961, S. 118.

916 Ders. in: OSB 83. Jg., Nr. 1, Jan. 1962, S. 1 ff. und Nr. 2, Jan. 1962, S. 16 ff.

917 Alberts, A., Pädagogischer Ausschuss im OLV. In: OSB 82. Jg., Nr. 7/8, Juli/Aug. 1961, S. 73.

918 Alberts, A., Arbeitsbericht anlässlich der VV 1961. In: OSB 82. Jg., Nr. 10, Okt. 1961, S. 99.

919 Ebd.

920 Ebd.

921 Ostfriesischer Lehrerverein Vorstandssitzung am 20.10.1961. In: OSB 82. Jg., Nr. 12, Dez. 1961, S. 121.

922 Becker, E.A., Die Volksschuloberstufe im Rahmen der Schulreform. In: OSB 82. Jg., Nr. 10, Okt. 1961, S. 93 ff.

Erziehungs- und Bildungswesen geforderte Einrichtung der Förderstufe⁹²³ ebenso ein wie auf die Ausgestaltung der Volksschuloberstufe.⁹²⁴ Mit Blick auf die Ereignisse des 13. August 1961⁹²⁵ erklärte sie, es sei im „Auftrage einer politischen Erziehung“⁹²⁶ die „oft genannte Bewältigung der Vergangenheit dadurch zu vollziehen, dass Schuld und schwere Gegenwart zu der Verpflichtung zwingen, dafür mitzusorgen, daß schweres völkerrechtliches Unrecht nicht wieder vorkommt.“⁹²⁷

Der LV Krummhörn führte Ende 1962 mehrere Betriebsbesuche durch, um mehr über die Entwicklung der Jugendlichen im Beruf zu erfahren.⁹²⁸ Lehrkräfte besuchten die Baustelle der Büssing-Werke und die Nordseewerke in Emden. Sie befragten die jeweiligen Lehrlingsbetreuer nach den Leistungen und dem Verhalten der vierzehnjährigen und danach, welche Veränderungen durch die Einführung des neunten Schuljahres erwartet würden. Übereinstimmend erklärten die Befragten, „daß die 14jährigen zunächst etwas verspielt, dann aber durchaus pflichtbewußt und zielstrebig ihrer Arbeit“⁹²⁹ nachgekommen seien. Allerdings ließen die „Leistungen in Deutsch und Rechnen ... zu wünschen übrig.“⁹³⁰ Die Lehrlingsbetreuer erwarteten, dass die Absolventen des neunten Schuljahres nun reifer seien und „bessere Leistungen in Sachrechnen und Deutsch bringen“⁹³¹ würden.

Zur gleichen Zeit berichtete Christian Harms⁹³² von der Entwicklung der Schülerinnen und Schüler im achten und neunten Schuljahr.⁹³³ Er beobachte-

923 Deutscher Ausschuß: Folge 6. 1963.

924 Becker, E.A., Die Volksschuloberstufe im Rahmen der Schulreform. In: OSB 82. Jg., Nr. 10, Okt. 1961, S. 94.

925 Bau der Mauer. W. Brandt, Oberbürgermeister, forderte den „Schutz der Menschenrechte“ ein. Vgl. Der Regierende Bürgermeister von Berlin Brandt zum Bau der Mauer. Verhandlungen des Deutschen Bundestages. 3. Wahlperiode. 167. Sitzung. Bonn, Freitag, den 18. August 1961. S. 9773 ff.

926 Becker, E.A., Die Volksschuloberstufe im Rahmen der Schulreform. In: OSB 82. Jg., Nr. 10, Okt. 1961, S. 94.

927 Ebd.

928 Neue Wege für die Vorbereitung der Lehrer auf die Führung des 9. Schuljahres. In: OSB 83. Jg., Nr. 1, Jan. 1962, S. 4.

929 Ebd.

930 Ebd.

931 Ebd.

932 Christian Harms war Lehrer an der Osterstegschule, Leer. Vgl. Festschrift 1959, S. 68.

933 Harms, Ch., Gedanken über die Einrichtung des 9. Schuljahres. In: OSB 83. Jg., Nr. 1, Jan. 1962, S. 3.

te, dass bereits die Vierzehnjährigen „nicht mehr als Schüler“⁹³⁴ behandelt, sondern „Erwachsene sein und als solche angesprochen werden“⁹³⁵ wollten.

Anfang 1962 hielt Kultusminister Voigt zur Landeslehrerversammlung des GNL den Festvortrag zum Thema „Das neunte Schuljahr in Niedersachsen.“⁹³⁶ Vor der überregionalen Lehrervertretung referierte der Kultusminister die bereits bekannten Grundlagen der Einführung des neunten Schuljahres in Niedersachsen. E.A. Becker, Berichterstatter im OSB, hob einzelne Aspekte in seiner Berichterstattung dadurch hervor, dass er in Klammern jeweils die Reaktionen der Versammlung beschrieb. Da die Lehrerschaft von den Meldungen über Finanzierung, Umsetzung und Einstellung z. B. von Aushilfelehrkräften verhältnismäßig spät und meist nur über die Presse informiert worden war, erklärte der Minister:

„Vielleicht wäre es besser gewesen, die Lehrerschaft früher umfassender zu unterrichten (starker Beifall in der Versammlung).“⁹³⁷

Der Minister betonte, dass der GNL die Einführung des neunten Schuljahres immer befürwortet habe, die finanzielle und personelle Absicherung habe aber Entscheidungen notwendig gemacht, die mit der Lehrervertretung hätten abgeklärt werden müssen. Reaktionen des GNL auf Presseveröffentlichungen führten zu Verstimmungen:

„Es wäre nach Ansicht des Ministers besser gewesen, wenn diese Pressemeldungen durch den GNL übersehen oder mit dem Ministerium zusammen zurückgewiesen worden wären. („Ja, ja!“ aus der Versammlung).“⁹³⁸

Abschließend dankte der Minister den Frauen, „die mit großem Fleiß sich ihrer Vorbereitungsarbeit gewidmet haben und die sich nun mit fleißigem Streben und einem mütterlichen Herzen in die Reihen der Volksschullehrer einordnen. Er verspricht sich eine Bereicherung der Volksschularbeit davon. (Unruhe in der Versammlung).“⁹³⁹

1962, nach Einführung des neunten Schuljahres, berieten einzelne Lehrervereine die Umsetzung der Arbeit im neunten Schuljahr. Der KLV Leer hörte

934 Ebd.

935 Ebd.

936 Becker, E.A., Landeslehrerversammlung des GNL 1962 in Bad Pyrmont. In: OSB 83. Jg., Nr. 1, Jan. 1962, S. 39 ff.

937 Ebd., S. 41. Klammer im Original.

938 Ebd., Klammer im Original.

939 Ebd., Klammer im Original.

ein Referat von Dr. Sulzbacher zum Thema „Muttersprachlicher Unterricht im 9. Schuljahr“⁹⁴⁰ und der KLV Emden diskutierte „Konzentrationsstörungen bei Kinder der Volksschuloberstufe.“⁹⁴¹ Eine übergreifende Veranstaltung bot der KLV Leer und behandelte das Thema die „Zusammenarbeit der Lehrer in der Volksschule.“⁹⁴² Diese Veranstaltung ließ Probleme deutlich werden, die offensichtlich bei der Abstimmung der Schulpläne entstanden. Der Berichterstatter Jürgen Weitz⁹⁴³ kommentierte:

*„Die Demokratie im Lehrerzimmer, die gemeinsame Auseinandersetzung um die Aufgaben der Erziehung und des Unterrichts, ist die erste Voraussetzung für die politische Erziehung im Klassenzimmer.“*⁹⁴⁴

Anfang 1963 gab Gertrud Schulenberg⁹⁴⁵ der Arbeit an der Gestaltung des neunten Schuljahres einen weiteren Impuls. Sie stellte die Möglichkeit der Einrichtung von Lehrgängen zur Mädchenbildung in den neunten Schuljahren vor.⁹⁴⁶ Diese Lehrgänge waren bereits 1957 im Rahmen des Bundesjugendplanes⁹⁴⁷ ermöglicht worden, Schulenberg hatte mit 42 Schülerinnen an einem Mädchenbildungsseminar der Arbeiterwohlfahrt in Wilhelmshaven teilgenommen und positive Erfahrungen gesammelt.⁹⁴⁸ Mit dem von ihr gegebenen Bericht sollte „eine Diskussion über Mädchenbildung in Gang gebracht und die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft für Mädchenbildung angeregt werden.“⁹⁴⁹

940 Gerdes, F., Muttersprachlicher Unterricht im 9. Schuljahr. In: OSB 83. Jg., Nr. 4, Apr. 1962, S. 47.

941 Claudi, R., Konzentrationsstörungen bei Kindern der Volksschuloberstufe. In: OSB 83. Jg., Nr. 7/8, Juli/Aug. 1962, S. 45 f.

942 Weitz, J., Zur Zusammenarbeit der Lehrer in der Volksschule. In: OSB 83. Jg., Nr. 9, Sept. 1962, S. 92.

943 Jürgen Weitz war Lehrer an der Schule Steenfelde, Großwolde, Schulaufsichtskreis Weener. Vgl. Festschrift 1963, S. 63. Und Vorsitzender des Ausschusses für junge Lehrer. Ebd. S. 37.

944 Weitz, J., Zur Zusammenarbeit der Lehrer in der Volksschule. In: OSB 83. Jg., Nr. 9, Sept. 1962, S. 93.

945 Gertrud Schulenberg war techn. Lehrerin an der Volksschule Wiesmoor-Mitte. Vgl. Festschrift 1965, S. 62.

946 Schulenberg, G., Zur Mädchenbildung im 9. Schuljahr. In: OSB 84. Jg., Nr. 1, Jan. 1963, S. 5 f.

947 Erlass BM des Innern v. 13.5.1957: Arbeitshilfen für die Förderung besonderer Bildungsmaßnahmen für Mädchen im Rahmen des Bundesjugendplanes. J 2 – 2660 – 6777/57.

948 Schulenberg, G., Zur Mädchenbildung im 9. Schuljahr. In: OSB 84. Jg., Nr. 1, Jan. 1963, S. 5 f.

949 Ebd.

Der Besuch von Mädchenbildungsseminaren wurde zur Regel. Volkert Dinkela⁹⁵⁰ berichtete davon, dass die „ostfriesische Sonderschullehrerschaft“⁹⁵¹ beschloss, alle Schülerinnen der neunten Sonderschulklassen an den Mädchenbildungsseminaren teilnehmen zu lassen. Viele neunte Klassen nahmen gemeinsam an Heimaufenthalten teil. Anfang 1963 fuhren die neunten Jahrgänge der Schulen Hesel und Filsum in die Heimvolkshochschule Potshausen und die Schulen des Schulbezirkes Ostrhauderfehn in die Jugendherberge Westerstede.⁹⁵² Dabei wurde der Schwerpunkt auf die Orientierung der Jugendlichen an Gesellschaft und Politik gesetzt. Die Schülerinnen und Schüler aus Hesel und Filsum folgten einem Vortrag über das geteilte Deutschland, behandelten das Thema Entwicklungsländer, sahen und diskutierten Filme über die Situation in Indien und Israel und Kreisberufsschuldirektor Wehberg⁹⁵³ sprach über „Deine Verantwortung in Beruf und Gemeinde.“⁹⁵⁴

Während der Tagung des Pädagogischen Ausschusses im Sommer 1963 setzten sich die Lehrkräfte mit der Ausgestaltung der Berufsorientierung und die notwendigen Betriebspraktika auseinander.⁹⁵⁵ Im KLV Emden wurden Materialien durch Kurt Neuhaus⁹⁵⁶ zum Betriebspraktikum und von Friedel Thiemann⁹⁵⁷ ein Arbeitsplan zur „Erkundung der Arbeitswelt“⁹⁵⁸ vorgestellt. Daraus entwickelte sich die Idee zu einer neuen Arbeitsgemeinschaft Betriebsbesichtigungen.⁹⁵⁹

950 Volkert Dinkela war Sonderschullehrer an der Sonderschule Norden. Vgl. Festschrift 1965, S. 75.

951 Dinkela, V., Zur Mädchenbildung im 9. Schuljahr. In: OSB 84. Jg., Nr. 4, April 1963, S. 43.

952 O. Verf., 9. Schuljahre erleben Heimaufenthalte. Ebd.

953 Johann Wehberg war Direktor der Landwirtschaftlichen Berufs- und Berufsfachschule des Landkreises Leer. Vgl. Ostfreesland, 1971, S. 63.

954 O. Verf., 9. Schuljahre erleben Heimaufenthalte. In: OSB 84. Jg., Nr. 4, April 1963, S. 43.

955 Alberts, A., Pädagogischer Ausschuß im OLV. In OSB 84. Jg., Nr. 9, Sept. 1963, S. 93.

956 Kurt Neuhaus war Rektor der Herrentorschule B, Emden. Schulaufsichtskreis Emden. Festschrift 1965, S. 63.

957 Friedel Thiemann war Konrektorin der Volksschule Barenburg, Emden. Ebd.

958 Thiemann, F., Schule und Arbeitswelt. In: OSB 84. Jg., Nr. 6, Juni 1964, S. 63.

959 Der Arbeitskreis nahm seine Arbeit auf und überarbeitete die Materialien zur Erkundung der Arbeitswelt. Ebd.

Zur VV 1963 berichtet Reinhard Barfs⁹⁶⁰ als Nachfolger von A. Alberts⁹⁶¹ über die Arbeit des Pädagogischen Ausschusses. K. Brübach formulierte die „Forderungen der Richtlinien zur Erkundung der Arbeitswelt“⁹⁶², F. Thiemann hatte „Schemata und Gesichtspunkte für die Durchdringung von Betrieben“⁹⁶³ und Neuhaus Materialien zur „Erkundung der heimatlichen Arbeitswelt“⁹⁶⁴ erarbeitet, Labs⁹⁶⁵ stellte Materialien für die „Durchführung einer Lehrfahrt mit dem neunten Schuljahr zur Erkundung der Arbeitswelt“ zusammen und Amelung die bereits zitierte Arbeit zur „Erkundung der heimatlichen Arbeitswelt“ am Beispiel Wiesmoor. Die Arbeit für die Ausgestaltung des neunten Schuljahres sei noch nicht abgeschlossen, zu den Möglichkeiten der Einrichtung und Arbeit von Schülerarbeitsgemeinschaften sollte weiter gearbeitet werden.⁹⁶⁶

Die Pädagogische Bezirksstelle (Pädagogischer Ausschuss) beriet am 6. November 1963 die Frage „Was geschieht mit den Kindern, die den Abschluß der Volksschule nicht erreichen?“⁹⁶⁷ und stellte Grundsätze für die Führung von „Schülerarbeitsgemeinschaften im neunten Schuljahr und in der Mittelschule auf“⁹⁶⁸, Themenbereiche für diese Schülerarbeitsgemeinschaften wurden nicht festgelegt.

Um die Arbeit an den Empfehlungen „Hinführung zur Arbeitswelt“⁹⁶⁹ zu koordinieren wurde der Vorsitzende des KLV Emden-Krummhörn Günter Simon⁹⁷⁰ beauftragt, die Materialien zusammen zu stellen.⁹⁷¹ Im April 1964 berichtete Reinhard Barfs über die Entwicklung der Arbeit des neunten

960 Reinhard Barfs war Hauptlehrer an der Volksschule Logabirum. Vgl. Festschrift 1965, S. 70.

961 Albert Alberts hatte aus gesundheitlichen Gründen den Vorsitz niedergelegt. Reinhard Barfs übernahm den Vorsitz im Pädagogischen Ausschuss, Lothar Witthaus (Mittelschulrektor, Realschule Norden) wurde Stellvertreter. Vgl. Vertreterversammlung des Ostfriesischen Lehrervereins 1963. In: OSB 84. Jg., Nr. 10, Okt. 1963, S. 100.

962 Ebd.

963 Ebd.

964 Ebd.

965 Helmut Labs war Lehrer an der Volksschule Norden II. Vgl. Festschrift 1965, S. 74.

966 Vertreterversammlung des Ostfriesischen Lehrervereins 1963. In OSB 84. Jg., Nr. 10, Okt. 1963, S. 100.

967 Reck, H.R., Pädagogische Bezirksstelle. Tagung 6. November 1963. In OSB 85. Jg., Nr. 1, Jan. 1964, S. 7.

968 Ebd., S. 8.

969 Hinrichs, J.O., Pädagogische Bezirksstelle. In OSB 85. Jg., Nr. 3, März 1964, S. 33.

970 Günter Simon war Rektor der Volksschule Hinte. Vgl. Festschrift 1965, S. 66.

971 Hinrichs, J.O., Pädagogische Bezirksstelle. In: OSB 85. Jg., Nr. 3, März 1964, S. 33.

Schuljahres.⁹⁷² K. Brübach gab eine Übersicht⁹⁷³ zu den Forderungen der Richtlinien für die Volksschulen des Landes Niedersachsen⁹⁷⁴ an den Aufgabenbereich Hinführung zur Arbeitswelt. Durch diese Neuorientierung fanden die Richtlinien für politische Erziehung und Bildung⁹⁷⁵ eine stärkere Berücksichtigung.

Der Pädagogische Ausschuss diskutierte aber bereits einen Themenbereich, der sich nun abzuzeichnen begann: „Programmiertes Lernen.“⁹⁷⁶ Rektor Plotzitzka⁹⁷⁷ führte eine „Werkwoche“⁹⁷⁸ mit Schülerinnen und Schülern in der Landvolkshochschule Potshausen durch. Und das Ehepaar Anneliese und Helmut Labs organisierten eine „Lehrfahrt“⁹⁷⁹ der Klasse 9 der Linteler Schule, Norden, in das Ruhrgebiet, um dort Großbetriebe zu besichtigen.

Überregional kam es zu neuen Vereinbarungen zur Ausgestaltung des Schulwesens. Das „Abkommen zur Vereinheitlichung auf dem Gebiete des Schulwesens“⁹⁸⁰ sah nun vor:

*„Die Hauptschule schließt an die Grundschule an und endet mit der 9. Klasse. Eine 10. Klasse ist zulässig.“*⁹⁸¹

Prof. Dr. Hausmann, Hamburg, der zu den „Chancen der Hauptschule“⁹⁸² während der Hauptversammlung des OLV am 4.10.1965 in Wittmund sprach, erklärte, mit der Vereinheitlichung des Schulsystems ginge die „Ära einer emotionalen Schulreform“⁹⁸³ zu Ende. Als Schwachpunkt des Modells be-

972 Barfs, R., Schule und Arbeitswelt. In: OSB 85. Jg., Nr. 4, Apr. 1964, S. 39.

973 Brübach, K., Hinführung zur Arbeitswelt. In: OSB 85. Jg., Nr. 4, Apr. 1964, S. 39 ff.

974 Zur gleichen Zeit erschien eine kommentierte Ausgabe. Vgl. Dumke, A.; Schaar, B., 1964.

975 Erl. Nds. KM v. 31.03.1958, III 900/58: Richtlinien für die politische Erziehung und Bildung an den Schulen Niedersachsen. In: Nds. SVBl. 1958, S. 82.

976 Reck, H.-R., Pädagogische Bezirksstelle. Sitzung am 10. März 1964. In: OSB 85. Jg., Nr. 4, Apr. 1964, S. 39.

977 Karl-Heinz Plotzitzka war Rektor der Lambertischule Aurich. Schulaufsichtskreis Aurich. Festschrift 1965, S. 55.

978 „Werkwoche“ als Versuch der Berufserkundung. In: OSB 85. Jg., Nr. 7/8, Juli/Aug. 1964, S. 79.

979 Labs, H., Schule und Arbeitswelt. Bericht über eine Lehrfahrt der Klasse 9 der Linteler Schule, Norden. In: OSB 85. Jg., Nr. 9/10, Sept/Okt. 1964, S. 87.

980 Abkommen zwischen den Ländern der Bundesrepublik zur Vereinheitlichung auf dem Gebiete des Schulwesens. Nds. SVBl. 1965, S. 169 ff. (Anm.: Es handelte sich um das so genannte Hamburger Abkommen, vorausgegangen war das Düsseldorfer Abkommen v. 29.10.1964. Erste Vereinheitlichung durch Nds. Erlass vom 4.1.1956. Nds. SVBl. 1954, S. 34).

981 Ebd. § 9 (1).

982 Becker, E.A., Chancen der Hauptschule. In: OSB 86. Jg., Nr. 11, Nov. 1965, S. 121 ff.

983 Ebd., S. 121 ff.

zeichnete Hausmann die angestrebte „Durchlässigkeit der Schulsysteme“⁹⁸⁴, die bei den gegebenen Voraussetzungen „nicht funktionieren“⁹⁸⁵ könne. Die eigentliche Barriere in der Bildung, die Dreigliedrigkeit des Schulsystems, sei nicht beseitigt worden: „Solange die Schule dreigliedrig bleibt, schafft sie die dreigliedrige Gesellschaft.“⁹⁸⁶

Hausmann forderte, die Hauptschule müsse „in der Förderstufe geöffnet werden für die rationelle Geistigkeit“⁹⁸⁷, um eine gemeinsame Orientierung zu ermöglichen. Eine Diskussion über die Arbeit in der Förderstufe setzte im OLV wenige Monate vor Einrichtung der ersten Förderstufen in Ostfriesland an der Osterstegschule und an der Ledaschule in Leer⁹⁸⁸ ein. In Hinte befand sich 1965 eine Förderstufe im Schulversuch.⁹⁸⁹ Die Fachgruppe Volksschule im OLV diskutierte während der Hauptversammlung des OLV 1965 die Möglichkeiten der Differenzierung und Begabtenförderung, es wurden die Schulleiter der Differenzierten Mittelbaue zur ihren Erfahrungen im Gruppen- und Kursunterricht befragt.⁹⁹⁰ Die Pädagogische Bezirksstelle (der Pädagogische Ausschuss) lud Schulleiter Fündeling, Achim, zur Diskussion über seine Erfahrungen mit der Förderstufe ein, und ließ Rektor Friedrich Möller⁹⁹¹ zu Differenzierungsmöglichkeiten referieren.⁹⁹² Am 22.9.1965 berichteten Rektor Simon und Konrektor Baumfalk⁹⁹³ in der Pädagogischen Bezirksstelle über ihre Erfahrungen mit dem Unterricht in der Förderstufe.⁹⁹⁴ Ziel der Förderstufe, so wurde erklärt, sei es, „alle Begabungen zu fördern, sowohl die, die sich auf den weiterführenden Schulen bewähren sollen, als

984 Ebd., S. 122.

985 Ebd.

986 Ebd.

987 Becker, E.A., Chancen der Hauptschule. In: OSB 86. Jg., Nr. 11, Nov. 1965, S. 122.

988 Die Förderstufen wurden am 1.4.1966 eingerichtet. Vgl. Neue Förderstufen in Ostfriesland. In: OSB 86. Jg., Nr. 11, Nov. 1965, S. 124.

989 G. Simon stellte die Arbeit auf der Fachgruppensitzung Volksschule zur HV des OLV vor. Vgl. Harms, G., Diskussion um die Förderstufe. OSB 86. Jg., Nr. 11, Nov. 1965, S. 125.

990 Es handelte sich um die Rektoren Möller, Remels, und Bokelmann, Ostwärtsingefn. Ebd.

991 Friedrich Möller war Rektor der Volksschule Remels, Schulaufsichtskreis Leer. Vgl. Festschrift 1965, S. 70.

992 Barfs, R., Berichte der Fachgruppen und Bezirksstellen zur HV und VV 1965. Gewerkschaftliche Bezirksstelle. In: OSB 86. Jg., Nr. 11, Nov. 1965, S. 127.

993 Hans Baumfalk war Konrektor an der Ledaschule, Leer. Schulaufsichtskreis Leer. Vgl. Festschrift 1965, S. 67.

994 Alberts, A., Pädagogische Bezirksstelle im OLV. Tagung am 22. September 1965. In: OSB 86. Jg., Nr. 11, Nov. 1965, S. 129.

auch die, die das Niveau der Hauptschule bis zur möglichen Höhe anheben werden.“⁹⁹⁵

A. Alberts listete in einem umfangreichen Beitrag zum OSB die „Probleme der Förderstufe“⁹⁹⁶ auf. Er äußerte die Hoffnung, dass ein „dichteres Netz der weiterführenden Schulen“⁹⁹⁷ sich ergeben würde und somit auch Kinder, deren Begabungen erst erkannt werden müssten, eine Chance auf vertiefende Bildung erhalten könnten: „Kinder mit durchschnittlichen Leistungen bedeuten noch beträchtliche Begabungsreserven.“⁹⁹⁸ Begabte Kinder „finanziell schlecht gestellter Eltern“⁹⁹⁹ sollten unterstützt werden. Die Förderstufe, so Alberts, eröffne neue Möglichkeiten:

*„Zusammenarbeit mit den Eltern, ... Zusammenarbeit zwischen Volks-, Real- schul- und Gymnasiallehrern und ... Gewinnung eines Übergangsstils im Verfahren.“*¹⁰⁰⁰

Im Februar 1966 veranstaltete das Nds. Kultusministerium eine weitere Arbeitstagung in Barsinghausen, „um unsere Sache, d. h. den weiteren Ausbau des Schulwesens, voranzutreiben.“¹⁰⁰¹

Der Kreis, der der Zusammensetzung von 1957 entsprach, beriet die Möglichkeiten der Umsetzung eines neuen, in sich durchlässigen Schulsystems, das den Schülerinnen und Schülern Chancen in der Gesellschaft bieten sollte. Dr. Rönnebeck betonte die „praktischen Grundforderungen“¹⁰⁰², die mit den Zielen der Parteiprogramme übereinstimmten:

*„1. das milieubedingte soziale Handicap ausschalten und gleiche Entwicklungschancen für alle bieten; 2. die Bildung so breit anlegen, dass bei den wechselnden Ansprüchen der Wirtschaft der junge Mensch im Laufe seines Lebens zum Weiter- und Umlernen befähigt wird, 3. dafür zu sorgen, dass die Investitionen in Bildungseinrichtungen erhöht werden.“*¹⁰⁰³

995 Ebd. Festschrift.

996 Alberts, A., Probleme der Förderstufe. In: OSB 87. Jg., Nr. 4, April 1966, S. 45 ff.

997 Ebd.

998 Ebd.

999 Ebd.

1000 Ebd., S. 47.

1001 Rede des KM R. Langeheine: Der weitere Ausbau des niedersächsischen Schulwesens. Arbeitstagung am 23. und 24. Februar 1966 im Sportheim Barsinghausen. In: Nds. SVBl. 1966, S. 66.

1002 Rede des Min.Dir. Dr. Rönnebeck: Ebd. S. 80.

1003 Ebd.

Gleichzeitig bezeichnete Rönnebeck die nun angestrebte Struktur des Schulwesens:

*„Typische Kompromißlösung in Niedersachsen: Mittelpunktsschule, 9. Schuljahr, Berufsaufbauschule.“*¹⁰⁰⁴

Gleichzeitig wurden Beispiele der Schulentwicklung in Niedersachsen veröffentlicht, die während der Landesschulrätekonferenz am 10. Februar 1966 vorgestellt worden waren.¹⁰⁰⁵ Horst Leski stellte die „Weiterentwicklung der Schulorganisation in der Stadt Leer“ vor.¹⁰⁰⁶

Leski betonte in seiner mit genauen Zahlen belegten Abhandlung, dass diese „Organisationsänderung ... ohne die Mitarbeit des Schulträgers, der Lehrer- und der Elternschaft nicht gelungen“¹⁰⁰⁷ wäre.

Die Veränderungen hatten Wirkungen auf die Gemeinden und Kreise, denn diese mussten das „Schulwesen auch in diesem Zusammenhange sehen und manche überkommene Organisation und Bezirkseinteilung aufgeben.“¹⁰⁰⁸

Die Bezirksregierung Aurich gab während einer Pressekonferenz 1966 einen Bericht zu den „Schulproblemen Ostfrieslands.“¹⁰⁰⁹ Die Zielsetzungen in Ostfriesland seien, „möglichst vier Jahrgänge gegliederte Grundschulen, möglichst zwei- und dreizügig gegliederte Volksschuloberstufen, davon Klasse 5 und 6 als Förderstufe, für die Klassen 7 bis 9 Neuordnung der 3. Bildungsstufe.“¹⁰¹⁰

Erklärtes Ziel der Volksschule sei eine Erziehung „zum politisch mündigen Bürger, der den wechselnden Leistungsanforderungen der Arbeitswelt gewachsen ist und in sinnvoller Weise am Kulturleben teilnehmen kann.“¹⁰¹¹

In Ostfriesland wurden zu diesem Zeitpunkt bereits acht Förderstufen geführt, sechs weitere sollten ihre Arbeit zum Ende des Jahres aufnehmen und an den Volksschulen Remels, Warsingsfehn, Juist und Hinte sollte die Arbeit in einer „umstrukturierten Oberstufe (7. bis 9. Schuljahr) nach dem Prinzip,

1004 Ebd.

1005 Beispiele zur Strukturverbesserung der Volksschule. In: Nds. SVBl. 1966, S. 159 ff.

1006 Leski, H., Zur Weiterentwicklung der Schulorganisation in der Stadt Leer. In: Nds. SVBl. 1966, S. 162.

1007 Ebd., S. 163.

1008 Ebd.

1009 O.Verf., Die Bezirksregierung zu den Schulproblemen Ostfrieslands. In: OSB 87. Jg., Nr. 10, Okt. 1966, S. 105.

1010 Ebd.

1011 Ebd.

einen lebensnahen Unterricht zu vermitteln, der den unterschiedlichen Begabungen entspricht“¹⁰¹², aufgenommen werden.

Obwohl die Entwicklung mehr Orientierungsmöglichkeiten und Chancen für Schülerinnen und Schüler versprach, das mehrgliedrige Schulsystem blieb erhalten. Teile der Lehrerschaft in Ostfriesland hofften auf weiterreichende Veränderungen. So setzte sich E.A. Becker im Juni 1966 für die „Konzeption einer gegliederten Gesamtschule“¹⁰¹³ ein.

Die Arbeit des Pädagogischen Ausschusses zur Umsetzung der Leitthemen mit Blick auf die Wirkungen der Demokratisierung hatte eine engere Orientierung an der gesellschaftlichen Wirklichkeit mit sich gebracht.¹⁰¹⁴ An den Schulen Ostfrieslands, das zeigen die angeführten Beispiele, wurden Maßnahmen ergriffen, um den anvertrauten Schülerinnen und Schülern Orientierung in demokratischen Zusammenhängen zu geben. Es wurden Schritte unternommen, den Schülerinnen und Schüler die freien Entfaltung der Persönlichkeit¹⁰¹⁵ und eine angemessene Gestaltung des persönlichen und beruflichen Lebensweges¹⁰¹⁶ zu ermöglichen. Ab 1965 stieg die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die Realschulen oder Höhere Schulen besuchten, signifikant an.¹⁰¹⁷ Die weitreichenden Forderungen des Bremer Plans aber, der in seiner letzten Konsequenz eine Aufhebung des dreigliedrigen Schulwesens beinhaltete, wurden nicht umgesetzt. Voraussetzung dazu wäre die politische Willensäußerung der Landesregierung gewesen. Aber die politische Unterstützung fehlte dem Bremer Plan.¹⁰¹⁸

4.2.4 *Der Heimatkundliche Ausschuss/Bezirksausschuss Heimatkunde – „Mit der Heimat die Welt umfassen“*

Als Arbeitsschwerpunkt zur aktiven „Ausgestaltung des Schullebens“¹⁰¹⁹ bildete sich in der unmittelbaren Nachkriegszeit noch vor Gründung des Regionalverbandes die Heimatkunde heraus. Ausgehend von Aktivitäten, die der Kreislehrerverein Leer in Arbeitsgemeinschaften – besonders gefördert

1012 Ebd.

1013 Becker, E.A., Wie muß eine Deutsche gegliederte Gesamtschule der Zukunft aussehen? In: OSB 87. Jg., Nr. 6, Juni 1966, S. 68.

1014 Vgl. dazu Tollkötter, B., 1967.

1015 GG Art. 2. In: Lehmann, H.G., 2004.

1016 GG Art. 12 (1). Ebd.

1017 Vgl. Tabelle „Relativer Schulbesuch der Schuljahrgänge 9 bis 10 im Deutschen Reich und in der Bundesrepublik, 1911–1975, nach Schultypen.“ In: Lundgren, P., 1981, S. 118.

1018 Vgl. dazu Sienknecht, H., 1968.

1019 § 1, Satzung BLO 1949.

von Dr. Harm Wiemann¹⁰²⁰ – entwickelte, erstellten aktive Lehrkräfte erste Lehrpläne, die dem Heimatkundeunterricht einen Schwerpunkt der unterrichtlichen Arbeit zukommen ließen.¹⁰²¹

Einerseits besaß diese Arbeit im Ostfriesischen Lehrerverein bereits vor 1933¹⁰²² eine große Tradition, andererseits nahm aber das Thema, einmal abgesehen von exemplarischen Handreichungen¹⁰²³, in der Diskussion der Reformpädagogik¹⁰²⁴ eher eine nachrangige Rolle ein. Da es in Niedersachsen in der Nachkriegszeit über viele Jahre zu keiner Einigung auf einheitliche Richtlinien für den Unterricht kam¹⁰²⁵, behielten die einschlägigen Vorgaben des preußischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung der Weimarer Zeit ihre Gültigkeit.¹⁰²⁶ Die Richtlinien zur Aufstellung von Lehrplänen für Grund- und Volksschulen von 1922 wurden noch 1951 in der Sammlung zum niedersächsischen Schulrecht von M. Buchheim und Th. Gläss ausgewiesen¹⁰²⁷, die Arbeit der Lehrkräfte bei der Erstellung von Lehrplänen hatte sich daran zu orientieren. Die Richtlinien für den Bereich der Grundschule sahen zwar die Heimatkunde im dritten Schuljahrgang als „Vorbereitung für den späteren erdkundlichen, naturkundlichen und geschichtlichen Hintergrund“¹⁰²⁸ vor, doch in der Oberstufe wurden die Fächer differenziert unterrichtet, „Geschichte und Staatsbürgerkunde“¹⁰²⁹ kamen hinzu. Natürlich besaß die Auseinandersetzung mit der Heimatkunde auch

1020 Vgl. Videoaufzeichnungen. Galle, J.; Pannemann, R.; Schröder, G., 1984.

1021 Vgl. Volksschullehrerschaft, 1948.

1022 Vor 1933 dazu in Ostfriesland veröffentlicht: Upstalsboom – Blätter für ostfriesische Geschichte und Heimatkunde. Emden ab 1911; Bielefeld, R., Ostfriesland Heimatkunde. Aurich: Dunkmann 1924; Schrader, E., Ostfriesland. Eine Heimatkunde für Schule und Haus. Emden: Schwalbe 1928; Ostfriesische Nachrichten, Heimatbeilage: Heimatkunde und Heimatgeschichte. Aurich: Dunkmann 1929 (Sonderdruck); Kreisausschuss des Kreises Leer: Der Kreis Leer Ostfriesland. Ein Beitrag zur Heimatkunde. Kiel: Kunst- und Verlagsbüro 1932.

1023 Vgl. Stinkel, R., 1949.

1024 1948 erschien die Schrift „Natürlicher Unterricht“ von J: Kretschmann in einer von O. Haase, bearbeiteten Fassung. Der Bereich Heimatkunde wurde nicht gesondert erwähnt. Vgl. Kretschmann, J.; Haase, O., 1948.

1025 Die ersten Richtlinien für Niedersachsen erschienen 1957. Kultusministerium Niedersachsen (Hrsg.), 1957.

1026 Vgl. Erl. d. preuß. Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung v. 16.3.1921: Richtlinien zur Aufstellung von Lehrplänen für die Grundschule. Abdruck in: Buchheim, O.; Gläss, Th., 1951, S. 171 ff. Und: Vgl. Erl. d. preuß. Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung v. 15.10.1922: Richtlinien zur Aufstellung von Lehrplänen für die oberen Jahrgänge der Volksschule. Ebd. S. 181 ff.

1027 Buchheim, O.; Gläss, Th., 1951.

1028 Ebd. S. 173.

1029 Ebd. S. 185.

den Aspekt, „durch Anschauung und Mitwirkung gewecktes Interesse am öffentlichen Leben in Staat und Gemeinde“¹⁰³⁰ zu fördern, so wie es der Erlass „Staatsbürgerliche Erziehung“¹⁰³¹ verlangte.

Einzelne Aktivitäten von Lehrerarbeitsgemeinschaften im BLO/OLV sorgten für die Etablierung der Heimatkunde in Ostfriesland. 1949 wurde eine heimatkundliche Tagung in Leer durchgeführt, Dr. Harm Wiemann referierte dort zum Thema „Der Heimatkundeunterricht in Ostfriesland“¹⁰³², Prof. Dr. Aubin, Hamburg, zum Thema „Kulturelle Gemeinsamkeiten im Nordseeraum“¹⁰³³ und Prof. Bader zur Frage „Wie wurde Ostfriesland Niederdeutsch?“¹⁰³⁴ Der jährlich stattfindende Ostfriesentag erhielt 1953 einen Schwerpunkt in der Pflege des Heimatgedankens. Johannes Diekhoff¹⁰³⁵ unternahm eine Neubewertung des Begriffs auch mit Blick auf die Schaffung einer Heimat für die Familien der Vertriebenen:

*„Die Frucht der Besinnung auf das Wort: ‚Weh dem, der keine Heimat hat!‘ war die für viele Betroffenen schmerzliche Wahrheit, daß die Heimat als ein Besitz nicht mit den anderen Gaben von den Eltern auf die Kinder vererbt werden kann. Die Heimat muß vielmehr von jedem menschlichen Geschöpfe ganz aufs Neue erworben werden. Sie ist keine Gabe, Heimat ist eine Aufgabe!“*¹⁰³⁶

Zum Ostfriesentag wurde eine Werkausstellung ostfriesischer Schulen zum Thema „Kinder sehen ihre Heimat“¹⁰³⁷ gezeigt. Die Beteiligung der Schulen spiegelt die Bedeutung, die der Heimaterziehung gewidmet wurde. Die Ausstellung in den Räumen der Lambertischule in Aurich umfasste rund 100 Werkstücke, Modelle und Handarbeiten, 50 Volks- und Mittelschulen waren beteiligt.¹⁰³⁸

1030 Erl. Nds. KM v. 24.8.1949: Staatsbürgerliche Erziehung. III 2398/9.

1031 Ebd.

1032 Heimatkundliche Tagung in Leer. RP Aur. 11. Mai 1949, Ud Lehrer 58. Amt.SchBl.AUR 1949, S. 80.

1033 Ebd.

1034 Ebd.

1035 Johannes Diekhoff war Lehrer in Wilmsfeld. Festschrift 1954, S. 47.

1036 Diekhoff, J., Ostfrieslands Jugend und die ‚Ostfriesische Landschaft‘. OSB 74 Jg., Nr. 3, Juni 1953.

1037 Flemer, E., „Kinder sehen ihre Heimat“. Werkausstellung ostfriesischer Schulen am 10. Mai 1953 in Aurich. In: OSB, 74. Jg., Nr. 3, Juni 1953.

1038 Ebd.

Parallel zur Erstellung von Lehrplänen entwickelte sich eine Produktion von Materialien für den Unterricht. Zu den „Rahmenlehrplänen“¹⁰³⁹ erschienen Lesestoffe mit Heimatbezug. Die überwiegend plattdeutsche Beiträge ausweisenden „Heimatanhänge“¹⁰⁴⁰ umfassten für das zweite und dritte Schuljahr 14 Beiträge auf 16 Seiten¹⁰⁴¹ und für die Schuljahre 4 bis 6 zehn Beiträge auf 16 Seiten.¹⁰⁴² 1950 erschienen die ersten beiden heimatbezogenen Hefte des Arbeitskreises Leuchtboje, Harm Wiemann veröffentlichte gemeinsam mit Fr. Doedens¹⁰⁴³ „Der goldene Ring“¹⁰⁴⁴, ein Müller Heft über den Deichbau, und ein Auszug des 1936 von Jan van Dieken erschienenen Werkes¹⁰⁴⁵ „Der Moorschulmeister.“¹⁰⁴⁶ Der Heimatgedanke, die Identifikation mit der eigenen engeren Umwelt sollte durch die Lektüre der Schülerinnen und Schüler gezielt gefördert werden. So stellte es Franz J.¹⁰⁴⁷ dar, als er den Plan vorstellte, das Ostfriesische Lesebuch in neuer Bearbeitung vorzulegen. F.J. Müller, Vorsitzender der Lesebuchkommission, erklärte, mit dem Ostfriesischen Lesebuch werde „eine Tradition wieder aufgenommen, die durch Bereitstellung von Lesestoffen aus der ostfriesischen Heimat den Deutschunterricht mit der Heimatkunde zur tragenden Einheit der Grundschularbeit verbindet.“¹⁰⁴⁸

Texte, die den Schülerinnen und Schülern eine Auseinandersetzung mit dem Leben in der jungen Demokratie ermöglichten, beinhalteten diese Materialien nicht.

1039 Vgl. Volksschullehrerschaft des Schulaufsichtskreises Leer-Ostfriesland, 1948.

1040 Lehrpläne; Regierung Aurich (Hrsg), Teil I./Teil II. 1948.

1041 Ebd., Teil I. 1948.

1042 Regierung Aurich (Hrsg): Lesestoff für Schulen. Teil II. Heimatanhang für Ostfriesland. 4./6. Schuljahr. Berlin: Pädagogischer Verlag Berthold Schulz 1948 (Zusammengestellt im Auftrag der Regierung Aurich durch eine Kommission ostfriesischer Lehrer. Genehmigt für den Gebrauch in Schulen durch Control Commission for Germany B.E.).

1043 Friedrich Doedens war Lehrer an der Osterstegschule, Schulaufsichtskreis Leer. Festschrift 1954, S. 31.

1044 Wiemann, H.; Doedens, F., Der goldene Ring. Leer: Zopfs 1950. (Leuchtboje, Heft 1).

1045 Dieken, J. van: Der Moorschulmeister. Marburg: Spener 1936.

1046 Dieken, J. van: Der Moorschulmeister. Leer: Zopfs 1950. (Leuchtboje, Heft 2).

1047 Franz Müller war Rektor der Osterstegschule Leer, Schulaufsichtskreis Leer. Festschrift 1954, S. 31.

1048 Müller, F.J., Ostfriesisches Lesebuch für das 3. und 4. Schuljahr. In: OSB 74. Jg., Nr. 2., Mai 1953.

Einzelaktivitäten der Schulen zur Heimatkunde wirkten auch in die Dörfer hinein.¹⁰⁴⁹ So richtete die Schule Tergast Anfang 1954 eine „Dorfsammlung“¹⁰⁵⁰ ein.

Der Dachboden der Schule bot genügend Raum, um eine von den Schülerinnen und Schülern selbst gestaltete Ausstellung zur Geschichte des Dorfes mit vielen Exponaten anzulegen. Reinhard Barfs berichtete über die Arbeit an dieser Sammlung und hob hervor, dass es viele Gründe für das Einrichten der Ausstellung gegeben habe. Die Sammlung eröffne, so Barfs, eine Vielzahl pädagogischer und methodischer Möglichkeiten. Einerseits seien die Schülerinnen und Schüler der Oberstufe der Volksschule selbst aktiv und trügen inhaltlich zur Gestaltung des Unterrichtes, aber auch zur Identifikation mit der eigenen Heimatgeschichte bei. Andererseits enthalte diese Sammlung vielerlei Gegenstände, die im unterrichtlichen Zusammenhang exemplarisch eingesetzt werden könnten. Und nicht zuletzt sei hervorzuheben, dass auch die Erwachsenenwelt des Dorfes über diese Sammlung persönliche Identifikation mit dem Heimatort gewinnen könne. Der Unterricht in Heimatkunde nähere sich so sehr stark dem tatsächlichen Leben des Dorfes.¹⁰⁵¹

Die allgemeine Beschäftigung mit Heimatkunde und -erziehung brachte den Gedanken an eine neue Form der „Heimatschule“¹⁰⁵² auf. E.A. Becker, als Vorsitzender des Schulpolitischen Ausschusses, stellte in seinem Bericht zur Jahreshauptversammlung 1954 fest:

*„Wer im ostfriesischen Raum Erziehungsarbeit leisten will, der muss mit Heimat im Herzen – mit der ostfriesischen Heimat im Herzen – arbeiten, er muss trotz allem Vergangenen sich zu dieser Landschaft als einer Heimat bekennen und ein Verhältnis zu ihr zu gewinnen versuchen. Das ist Voraussetzung, um im Sinne einer Heimatschule wirken zu können, die den Kindern ‚in der Schule Heimat‘ und ‚Schule in der Heimat‘ ist, auch den Kindern der zahlreichen nach Ostfriesland gekommenen vertriebenen Deutschen aus dem Osten unseres Vaterlandes.“*¹⁰⁵³

1049 Anregungen dazu gab Schulze, H., Von der Schulstube zum Heimatort. Langensalza: Beltz 1924. (Mehrfach aufgelegt: 1928, 1929, 1931, 1934, 1938).

1050 Barfs, R., Eine Dorfsammlung in Tergast. In: OSB 75. Jg., Nr. 8, Aug. 1954.

1051 Ebd.

1052 Geprägt bereits im Zusammenhang mit der Arbeitsschuldiskussion. Vgl. Grupe, H: 1921.; Huth, A., 1924.

1053 Hauptversammlung am 5. Januar 1954. In: OSB 75. Jg., Nr. 2, Feb. 1954.

Aspekte, die im Hinblick auf die Demokratisierung von Bedeutung waren, schwebten zwar in den Diskussionen der Lehrerschaft um die Heimatkunde mit, hatten aber selten konkreten Bezug. So sprach zur Septembertagung 1954 des Kreislehrervereines Norden Dr. Swart, Westermarsch, zum Thema „Die Siedlungsgeschichte Ostfrieslands und ihre Bedeutung für die Heimatkunde.“¹⁰⁵⁴ Der Referent führte aus, dass einerseits die Freiheit des Lebens, andererseits aber auch die notwendige Sicherung des Landes durch den Deichbau wesentlich zur Solidarität in der Bevölkerung beigetragen habe. Der Vorsitzende des KLV Norden, van Düllen¹⁰⁵⁵, erinnerte in diesem Zusammenhang an den Wahlspruch der Hamburger Reeder „Mit der Heimat die Welt umfassen!“ Dieser Ausspruch könne, so der Vorsitzende, auch als didaktischer Grundsatz für die Heimatkunde in der Volksschule gelten.¹⁰⁵⁶ Der didaktische Grundsatz wurde schließlich auch während der Pädagogischen Woche des OLV 1954 diskutiert. Zum Thema „Heimaterziehung und gesellschaftliche Neuordnung“¹⁰⁵⁷ referierte Prof. Dr. Rückriem, Pädagogische Hochschule Osnabrück. Er verwies im Referat auf den in der Zwischenzeit sehr fragwürdig gewordenen Begriff Heimat. Nach Ablehnung aller romantischen Aspekte des Begriffes sollten neue gesellschaftliche Voraussetzungen für die Erfüllung einer Neuorientierung des Menschen im positiven Sinne gefordert werden. Der Berichterstatter W. Basse¹⁰⁵⁸ formulierte die Forderungen so:

*„Nach seiner Auffassung gilt es, Menschen in ihrer Personenwürde leben zu lehren und Menschen zu einer neuen gesellschaftlichen Ordnung hinauf zu führen.“*¹⁰⁵⁹

Doch die Wirkungen der neuen Heimaterziehung wollte Rückriem in der Sicht auf eine neue gesellschaftliche Ordnung nicht deuten.

1054 Kreislehrerverein Norden. In: OSB 75. Jg., Nr. 10, Okt. 1954.

1055 Heinrich van Düllen war Rektor der Schule I, Stadt Norden, Schulaufsichtskreis Norden. Festschrift 1954, S. 37.

1056 Kreislehrerverein Norden. In: OSB 75. Jg., Nr. 10, Okt. 1954.

1057 Basse, W., Heimaterziehung und gesellschaftliche Neuordnung. In: OSB 75. Jg., Nr. 11, Nov. 1954.

1058 Wilhelm Basse war Lehrer an der Schule Ihlowerfehn, Schulaufsichtskreis Aurich. Vgl. Festschrift 1954, S. 25.

1059 Basse, W., Heimaterziehung und gesellschaftliche Neuordnung. IN: OSB 75. Jg., Nr. 11, Nov. 1954.

*„Dabei tut es not, nichts zu restaurieren, sondern eine eigene Begriffswelt zu bauen. Es bleibt eine Schicksalsfrage, ob wir wieder sehen lernen, an welche Werte die Menschen sich gebunden fühlen.“*¹⁰⁶⁰

Die Schule vor Ort könne über ihre Erziehung zur Identifikation mit der Heimat beitragen und so dem heranwachsenden Menschen neue Bindungen und Werte geben. Doch Rückriem sah auch negative Wirkungen. Einerseits sei da das Problem der Neuordnung des gesellschaftlichen Lebens und Daseins, das die Orientierung an neuen Inhalten notwendig mache, zum „ändern gilt es über die unselige Klassenspaltung in der wir uns befinden, zur gesellschaftlichen Neuordnung zu kommen.“¹⁰⁶¹

Seine Überlegungen führten in die Unterrichtsgestaltung der Volksschule hinein, in eine notwendige Neugestaltung der Stoffverteilungspläne, die der „Entrümpelung“ dringend bedürften. Ein neues Denken – auch im Sinne Sprangers¹⁰⁶² – müsse die Schulen durchdringen. Letztlich hänge die neue Schularbeit ganz und gar von der Person des Erziehers und damit auch von der Wahl seiner Methoden ab:

*„Das Methodenproblem ist: neue Wege, neue Möglichkeiten der Begegnung suchen. Immer ist die Methode sekundärer Art, der Geist ist das Primäre. Letztlich hängt die neue Schularbeit ganz und gar von der Person des Erziehers ab. Wenn die Kinder lernen müssen, einen Anruf zu hören, so muß der Erzieher den Anruf selbst gehört haben.“*¹⁰⁶³

Weitere pädagogische Überlegungen zur Heimaterziehung und zum Gedanken der Heimatschule wurden Gegenstand der Novembertagung 1954 der Konferenz Großefehn. Es referierte der Leiter des Erziehungswissenschaftlichen Ausschusses des OLV, A. Alberts, über „Wesen, Umfang, Wert und Grenzen der Heimatschule.“ Alberts machte deutlich, dass der Begriff Heimat eine neue Identifikation erreichen sollte.

1060 Ebd.

1061 Ebd.

1062 E. Spranger hatte am 21.4.1923 eine Rede zum Thema gehalten. Vgl. Spranger, E., Der Bildungswert der Heimatkunde. Berlin: Kommissionsverl. E. Hartmann 1923. Der Titel wurde 1943 erneut herausgegeben. Vgl. ders., Der Bildungswert der Heimatkunde. Mit einem Anhang „Volkstum und Erziehung“. Leipzig: Reclam 1943. In dritter Auflage ebenfalls mit Anhang schließlich 1951 wieder aufgelegt (Frankfurt: Reclams Universalbibliothek 1951. Nr., 7562).

1063 Basse, W., Heimaterziehung und gesellschaftliche Neuordnung. In: OSB 75. Jg., Nr. 11, Nov. 1954.

*„Heimat ist Zuhause sein und Geborgensein im Räumlichen. Im Geistigen ist sie Verwurzeltheit in Sprache, Brauchtum, Sitte, und geschichtlicher Überlieferung. Dabei dürfen das Räumliche und das Geistige nicht zu einer Verengung führen und in Lokalpatriotismus erstarren.“*¹⁰⁶⁴

In einzelne Aspekte der Aktivitäten der regionalen Lehrervertretung wurde das Thema Heimaterziehung einbezogen. Bei genauer Betrachtung der zu den Leitthemen des OLV im Bereich „Entwicklung der Pädagogik“¹⁰⁶⁵ genannten Anträge und Referate finden sich wiederholt Bezüge.

1955 wurde die Neustrukturierung des BLO/OLV zum Anlass genommen, einen „Bezirksausschusses für Heimatpflege“¹⁰⁶⁶ zu gründen. Dieser Ausschuss, dessen Vorsitz Dr. Harm Wiemann übernahm, stellte eine Besonderheit der ostfriesischen Lehrervertretung dar. Die bisher im BLO geführten Ausschüsse entsprachen der Struktur des Landesverbandes. Einen Landesausschuss für Heimatpflege aber gab es nicht. Der OLV machte von seinem satzungsgemäßen Recht Gebrauch, eigene Ausschüsse zu gründen. Harm Wiemann formulierte den neuen Schwerpunkt der Ausschussarbeit, er erklärte in seinem Bericht zur Gründung, er betrachte „neben den selbstverständlich immer zunächst wichtigen ostfriesisch-heimatkundlichen Belangen Fragen der Ostkunde als vordringlich. Sie sollen unter dem Gesichtspunkt der Gegenwartsverhältnisse und des praktischen Schulbedarfs besprochen werden.“¹⁰⁶⁷

Die Heimatpflege sollte auch auf dem Hintergrund der Einbeziehung der Flüchtlinge und Vertriebenen die „Ostkunde“¹⁰⁶⁸ mit umfassen. Dem Ausschuss, dem jeweils zwei gewählte Mitglieder der Kreisvereine angehören¹⁰⁶⁹ sollten, wurde laut Satzung ein umfangreiches Arbeitsgebiet zugesprochen:

„Kulturelle und heimatkundliche Fragen, insbesondere des ostfriesischen Raumes. Förderung der Pflege und der Sicherung ostdeutschen Kulturgutes.“

1064 Konferenz Großefehn. In: OSB 75. Jg., Nr. 12, Dez. 1954.

1065 Vgl. Kap.: Themenbereiche und Leitthemen in der Regionalen Interessenvertretung zur Demokratisierung.

1066 Harms, A., Bezirksausschüsse des OLV konstituiert. In: OSB 77. Jg., Nr. 3, März 1956, S. 21.

1067 Ebd.

1068 Die Aktivitäten zum Bereich Ostkunde bundesweit wurden späterhin heftig kritisiert. Vgl. Lemberg, E., 1964.

1069 Satzung OLV 1955.

Landschaftsgebundene Schulbücher. Heimatkundliche Schriftenreihen. Zusammenarbeit mit der Ostfriesischen Landschaft. ¹⁰⁷⁰

Zu Beginn des Jahres 1956 hatten alle Kreisvereine ihre Mitglieder für den Bezirksausschuss für Heimatpflege gewählt.¹⁰⁷¹ Zuspruch fand die Arbeit des Ausschusses auch unter den Junglehrerinnen und -lehrern. 1957 erhielten angehende Lehrkräfte im de Pottere-Haus in Aurich eine „Einführung in die Heimatkunde Ostfrieslands.“¹⁰⁷² Es nahmen 50 Junglehrerinnen und Junglehrer teil.¹⁰⁷³

H. Wiemann wandte sich den kulturellen Bedürfnissen der Flüchtlings- und Vertriebenenkinder zu, er berichtete zur Vorstandssitzung des OLV am 17. Januar 1957 von der Erstellung einer „Liste über sogenannte Ostliteratur.“¹⁰⁷⁴

Nach einem Artikel von M. Stecher, abgedruckt im „Lehrer-Rundbrief“¹⁰⁷⁵, wurde darüber hinaus versucht, der Heimatkunde einen festen Platz in der Ausbildung der Lehrkräfte zu geben. Doch es sollte nicht bei der Orientierung an der Region bleiben. In einem umfangreichen Beitrag zum Thema „Heimat Europa“¹⁰⁷⁶ forderte Hermann Metger, Ihrhove, eine neue Wertung, er forderte die Ausweitung „des staatsbürgerlichen Bewusstseins der Europäer in eine neue Dimension, die Europa heißt.“¹⁰⁷⁷

Um Fragen der Identitätsfindung der Flüchtlings- und Vertriebenenkinder ging es Prof. Dr. H. Mahlow, Oldenburg, in seinem Referat zur Hauptversammlung 1959 zum Thema „Heimat als seelischer Vorgang.“¹⁰⁷⁸ Zur

1070 Ebd.

1071 Aus dem Kreis Aurich Fritz Schönberg, Ochtelbur, und Dr. Harm Wiemann, Aurich; aus dem Bereich Emden/Krummhörn Otto Plünzke, Emden, und Ernst Siebert, Pewsum; aus dem Kreis Leer: Gebhard Löning, Westrhaudefehn, und Günther Robra, Leer; aus dem Kreis Norden Alfred Baum, Hage, und Theodor Schmidt, Nadörst; aus dem Kreis Weener Adolf Plagge, Holthusen, und Sigrid Meitsch, Tichelwarf; aus dem Kreis Wittmund Johann Cordes, Hesel/Wittmund, und Herbert Jander, Esens. Angaben nach: Harms, A., Ebd.

1072 Becker, E.A., Erster Fortbildungskursus für Junglehrer im de Pottere-Haus in Aurich. „Einführung in die Heimatkunde“. In: OSB 78. Jg., Nr. 10, Oktober 1957, S. 75 f.

1073 Ebd.

1074 Harms, A., M., Vorstandssitzung des OLV am 17. Januar 1957. In: In OSB 78. Jg., Nr. 2, Feb. 1957, S. 15.

1075 Stecher, M., Zur Stellung der Heimatkunde in der akademischen Lehrerbildung Deutschlands. Zeitschrift „Lehrer-Rundbrief“. 13. Jahrg.; Frankfurt: Diesterweg 1958, (Heft 8).

1076 Metger, H., Heimat Europa. In: OSB 80. Jg., Nr. 9, Sept. 1959, S. 77 f.

1077 Ebd.

1078 Mahlow, H., Heimat als seelischer Vorgang. In: OSB 80. Jg., Nr. 12, Dez. 1959, S. 109 f.

gleichen Versammlung gab H. Wiemann einen Bericht zur Arbeit des Ausschusses, der aber auf inhaltliche Fragen nicht einging.¹⁰⁷⁹ Wiemann beschrieb die Zusammenarbeit mit der Ostfr. Landschaft, die Herstellung von Karten für Ostfriesland und die Suche nach verlorenen Schulchroniken.¹⁰⁸⁰

Im Frühjahr 1960 legte Wiemann „aus Gründen der Arbeitsüberlastung“¹⁰⁸¹ das Amt als Vorsitzender des Ausschusses für Heimatkunde nieder. Die Nachfolge trat 1961 Theodor Schmidt¹⁰⁸² an. In seinem Bericht zur VV 1961 erklärte Th. Schmidt, dass in den Ausschuss wegen der Aufgabenstellung „die meisten Kreisvereine je einen ostfriesischen und ostdeutschen Kollegen“¹⁰⁸³ entsandt hätten, die Arbeitsschwerpunkte setzte der Ausschuss weiterhin auf die Erarbeitung von Materialien für den Unterricht. Der Vorstand des OLV formulierte im Oktober 1961 den Aufgabenbereich:

„3. *Heimatkundlicher Ausschuß: a) Herausgabe des Heimatkundlichen Atlas* b) *Ostdeutschland im Erdkundeunterricht* c) *Ostfriesische Heimatgeschichte – Einbau in verschiedene Fächer* d) *Bearbeitung der Schulchroniken.*“¹⁰⁸⁴

Eine an den gesellschaftlichen Bedingungen differenziert orientierte Aufgabenstellung gab es nicht. Inhaltlich setzte der Ausschuss einen Schwerpunkt der Arbeit 1962 mit der „Erarbeitung eines neuen Heimatkundeplanes für das 3. und 4. Schuljahr“ und der Aufgabenstellung: „Was kann der heimatliche Bereich für die Arbeit im 9. Schuljahr leisten?“¹⁰⁸⁵ Die Bearbeitung heimatkundlicher Schriftenreihen, die Erstellung von Bildreihen sollte fortgeführt werden.¹⁰⁸⁶

Im November 1962 beschloss der Ausschuss für Heimatpflege die Herausgabe von Lichtbildreihen und die Fortführung der Arbeit am heimatkundli-

1079 Wiemann, H., Der heimatkundliche Ausschuß im OLV. In: OSB 80. Jg., Nr. 12, Dez. 1959, S. 113.

1080 Ebd.

1081 Vertreterversammlung des Ostfriesischen Lehrervereins am 4. Oktober 1961 in Leer. In: OSB 82. Jg., Nr. 10, Okt. 1961, S. 97.

1082 Theodor Schmidt war Rektor der Volksschule Leerhufe, Schulaufsichtskreis Weener. Vgl. Festschriften 1965, S. 83.

1083 Vertreterversammlung des Ostfriesischen Lehrervereins am 4. Oktober 1961 in Leer. In: OSB 82. Jg., Nr. 10, Okt. 1961, S. 97.

1084 Ostfriesischer Lehrerverein Vorstandssitzung am 20. 10. 1961. In: OSB 82. Jg., Nr. 12, Dez. 1961, S. 121.

1085 Schmidt, W., Koordinierung der Ausschußarbeit im OLV In: OSB 83. Jg., Nr. 9, Sept. 1962, S. 94.

1086 Ebd.

chen Schulatlas.¹⁰⁸⁷ Und er forderte den Vorstand des OLV auf, zu den Pädagogischen Wochen jeweils eine Veranstaltung mit einem Vortrag zu „wesentlichen Fragen des deutschen Ostens“¹⁰⁸⁸ vorzusehen.

Bis zur VV 1963 führte Th. Schmidt sechs Sitzungen durch¹⁰⁸⁹, die Arbeit an Vorschlägen zur Führung von Schulchroniken und „heimatkundlichen Lichtbildreihen“¹⁰⁹⁰ wurde fortgeführt.

Zur VV 1963 berichtete Th. Schmidt aus dem Ausschuss für Heimatpflege. Es fanden im Berichtszeitraum sechs Sitzungen statt.¹⁰⁹¹ 1965 wurden die Lichtbildreihen des heimatkundlichen Ausschusses vorgestellt.¹⁰⁹² Der ostfriesische, heimatkundliche Atlas, der die geschichtliche, wirtschaftliche, politische und kulturelle Entwicklung der Region darstellen sollte, war nur auf „etwa 20 Seiten“¹⁰⁹³ konzipiert. Schulen sollten die Materialien erwerben, für den Verkauf der Bildreihen wurde aktiv geworben.¹⁰⁹⁴ Die Entwicklung der Mittelpunktschulen brachte 1965 Schulrat Horst Leski¹⁰⁹⁵ dazu, die Inhalte der Heimatkunde in den oberen Unterrichtsjahrgängen neu zu definieren. Denn „der Entwicklung der Schulorganisation auf dem Lande wurde nicht selten entgegengehalten, mit dem Besuch der Mittelpunktschule werde die Verbundenheit des älteren Kindes zur Heimat, nämlich zum Heimatdorf beeinträchtigt.“¹⁰⁹⁶

Einer Entfremdung sollte durch die Besinnung auf das Gemeinsame begegnet werden.¹⁰⁹⁷ Eine weitere inhaltliche Diskussion schloss sich aber nicht an.

Zur VV 1965 berichtete Th. Schmidt, dass die Lichtbildreihen in 18 Ortsvereinen vorgestellt worden waren.¹⁰⁹⁸ Die Arbeit der „Heimatkundlichen Be-

1087 Schmidt, Th., Ausschuss für Heimatpflege. In: OSB 83. Jg., Nr. 12, Dez. 1962, S. 129.

1088 Ebd. Der OLV setzte diesen Auftrag nicht regelmäßig um. Der Antrag wurde 1967 wiederholt. Vgl. Becker, E.A., Vertreterversammlung des Ostfriesischen Lehrervereins am 13. Oktober 1967. In: OSB 88. Jg., Nr. 11, November 1967, S. 99 ff.

1089 Ebd.

1090 Ebd.

1091 Ebd.

1092 Neue heimatkundliche Bildreihen. In OSB 86. Jg., Nr. 1, Jan. 1965, S. 8 f.

1093 Ebd., S. 8.

1094 Harms, A.; Schmidt, Th., Bildreihen für ostfriesische Schulen. In: OSB 86. Jg., Nr. 3, März 1965, S. 31.

1095 Horst Leski war Schulrat des Schulaufsichtskreises Leer I und Vorsitzender der Fachgruppe Schulaufsicht. Vgl. Festschrift 1965, S. 69.

1096 Leski, H., Zum Heimatkundeunterricht in den Unterrichtsjahrgängen 5–9 der Volksschule In: OSB 86. Jg., Nr. 2, Febr. 1965, S. 29 f.

1097 Ebd.

1098 Schmidt, Th., Bezirksstelle für Heimatpflege. In: OSB 86. Jg., Nr. 11, Nov. 1965, S. 128.

zirksstelle¹⁰⁹⁹ erschöpfte sich in der Anfertigung von Materialien. Darüber hinaus sollte dieser Ausschuss nach dem Willen des OLV-Vorstandes ab 1966 eine „Archivstelle des OLV“¹¹⁰⁰ führen. Doch diese Stelle nahm die Arbeit nie auf. Th. Schmidt fragte alle Lehrervereine des OLV nach der Zusammenarbeit zur Archivstelle. Es gaben „33 auf mehrmalige entsprechende Anfragen keine Antwort.“¹¹⁰¹

Der mangelnde Zuspruch führte zu Unzufriedenheiten. Zur VV des Jahres 1969 stellte der Ortsverein Marsch¹¹⁰² den Antrag „Die VV des OLV möge beschließen: Die Bezirksstelle für Heimatpflege wird aufgelöst.“¹¹⁰³

Der Antrag setzte sich durch. Th. Schmidt klagte im Dezember 1969 über die „Uninteressiertheit“¹¹⁰⁴ in den Lehrervereinen, der Ausschuss sei „seit Jahren nicht satzungsgemäß besetzt“¹¹⁰⁵ und habe keine „Fortsetzung im GNL.“¹¹⁰⁶

Die Mitglieder des Ausschusses hatten über rund zwanzig Jahre hin zwar umfangreiches Material für die Arbeit in den Schulen bereitgestellt, hatten viele Lehrkräfte entlastet und den einzelnen Schulstufen die Planungen erleichtert; sie hatten aber kaum Inhalte reflektiert, die eine Orientierung an der aktuellen pädagogischen Diskussion hätten geben können. Das Problem der Stofffülle, das mit der Rahmenrichtliniendiskussion Mitte der fünfziger Jahre aufgegriffen wurde, hätte zu diesem Zeitpunkt bereits zu Beschränkungen führen müssen.¹¹⁰⁷ Lernen sollte Eigentätigkeit sein: „Wenig Stoff selbst erarbeiten, verstehen, durchschauen kann mehr sein als vieles bloß auflesen und memorieren.“¹¹⁰⁸ Die Kritik an der Heimatkunde in der Form, wie sie in Ostfriesland praktiziert wurde, wuchs mit den Jahren. K. Odenbach verwies 1963 da-

1099 Bezeichnung geführt lt. Protokoll. Vgl. Hinrichs, H., Protokoll. Vorstandssitzung des OLV am 25. Mai 1966. In: OSB 87. Jg., Nr. 6, Juni 1966, S. 76.

1100 Ebd.

1101 Schmidt, Th., Heimatkundliche Bezirksstelle scheitert an mangelnder Bereitschaft zur Mitarbeit. In: OSB 90. Jg., Nr. 12, Dez. 1969, S. 123.

1102 Vorsitzender des Ortsvereins Marsch war Johannes Renko Reck, Konrektor an der Schule Süderneuland, Schulaufsichtskreis Norden. Festschrift 1969, S. 60.

1103 Anträge zur Vertreterversammlung des Ostfriesischen Lehrervereins. In: OSB 90. Jg., Nr. 9, Sept. 1969, S. 81.

1104 Schmidt, Th., Heimatkundliche Bezirksstelle scheitert an mangelnder Bereitschaft zur Mitarbeit. In: OSB 90. Jg., Nr. 12, Dez. 1969, S. 123.

1105 Ebd.

1106 Ebd.

1107 Vgl. Scheuerl, H., Das Problem der Stofffülle. In: Becker, H.; Caselmann, Ch.; Dohmen, G. u. a., 1959, S. 73 ff.

1108 Ebd., S. 77.

rauf, dass es jedem klar sein müsse, dass „nicht das berechnete Durchschnittsergebnis von sämtlichen Vaterhäusern, Familien, Dörfern usw. als Normalindex vorgetragen“¹¹⁰⁹ werden könne, sondern die „Individuallage mit ihren konkreten Gegebenheiten die Basis aller Heimatkunde sein“¹¹¹⁰ müsse. Das induktive Vorgehen besaß Grenzen.

Gleichzeitig übte Odenbach Kritik an der Art und Weise vieler Lehrerinnen und Lehrer, die mit ihren Eigenproduktionen lediglich den ohnehin bekannten Lehrbuchstoff „nunmehr in billigen Einzellieferungen“¹¹¹¹ in die Schulen brachten.

Odenbach betonte, dass die neue Form des Lernens nach einem differenzierten und motivierenden Vorgehen verlangte. Es sei deutlich, so erklärte er, dass „das uns vorschwebende Ziel der Selbstbildung eine völlige Neugestaltung der Darbietung verlangt.“¹¹¹²

Der Heimatkundausschuss, deren Mitglieder ohne Zweifel umfangreiche Arbeit und pädagogische Kenntnis in diese Arbeit investierten, hätten auf die Ende der fünfziger Jahre aufkommende Diskussion um das exemplarische Lernen¹¹¹³ mit einer Neuorientierung reagieren müssen. Der Pädagogische Ausschuss setzte sich mit diesen Fragen¹¹¹⁴ zur VV in Emden 1959 auseinander, die dort gegebenen Anregungen¹¹¹⁵ fanden keine Berücksichtigung in der Arbeit des Heimatkundlichen Ausschusses. Der Ausschuss konnte der anfänglich gegebenen Aufgabenstellung nicht mehr gerecht werden. Letztlich verweigerten die einzelnen Lehrervereine die Mitarbeit.

1109 Odenbach, K., 1963. S. 112.

1110 Ebd.

1111 Ebd., S. 114.

1112 Ebd.

1113 Vgl. dazu Flitner, W., 1954; Scheuerl, H., 1958; Wagenschein, M., 1959.

1114 Anlass war die Forderung der Richtlinien für die Volksschulen nach neuer Wertung der Bildungsinhalte und Umsetzung des „exemplarischen Lehrens und Lernens.“ Vgl. Kultusministerium Niedersachsen (Hrsg.), 1957, S. 18.

1115 Bericht dazu durch Alberts, A., Wesen, Anwendungsmöglichkeiten und Grenzen des „exemplarischen Lehrens“. In: OSB 80. Jg., Nr. 10, Okt. 1969, S. 85 ff. Die Forderungen wurden durchaus kontrovers diskutiert. Vgl. Bartsch: Versammlung des Pädagogischen Ausschusses in Emden. In: OSB 80. Jg., Nr. 10, Okt. 1969, S. 87.

4.2.5 *Ausschuss junger Lehrer*

4.2.5.1 Mitwirken und Mitbestimmen – Eigenständigkeit der jungen Lehrkräfte

Traditionell führten die älteren und erfahrenen Lehrkräfte die jungen Lehrkräfte an die Berufspraxis heran.¹¹¹⁶ Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts handelte es sich um eine Ausbildung, die einem Meister-Lehrling-Verhältnis entsprach¹¹¹⁷, die Freien Konferenzen führten die Fortbildung der Junglehrkräfte.

Nach dem Ende des ersten Weltkrieges entwickelte sich eine Form der Ausbildung, die aufbauend auf einer theoretischen Vorbildung in einer praktischen Phase eine Ausbildung in Lehrerarbeitsgemeinschaften vorsah.¹¹¹⁸ Diese Arbeitsgemeinschaften wurden von den Lehrervertretungen organisiert, es entstand, so Otto Karstädt 1926, eine „Junglehrer-Arbeitsgemeinschaftsbewegung.“¹¹¹⁹ Der Besuch der Junglehrerarbeitsgemeinschaften (JLAG) war Bestandteil der Ausbildung und verpflichtend, die Teilnahme erfolgte von Amts wegen, daher die Bezeichnung „amtliche Junglehrerarbeitsgemeinschaft.“¹¹²⁰ Nach 1933 wurde diese Form aufgehoben und der Nationalsozialistische Lehrerbund (NSLB) „für die Durchführung der politisch-weltanschaulichen Ausrichtung aller Lehrer im Sinne des Nationalsozialismus verantwortlich“.¹¹²¹

Im September 1945 richteten die zuständigen Schulräte im Regierungsbezirk Aurich die amtlichen Junglehrerarbeitsgemeinschaften wieder ein.¹¹²² Die Schulräte benannten je einen „Rektor als Stellvertreter des Schulrats und andere erfahrene ältere Schulmänner unterstützen als Mithelfer ganz wesentlich die Arbeit.“¹¹²³

1116 Bölling, R., 1983, S. 53 ff.

1117 Bungardt, K., 1959, S. 22.

1118 Vgl. Karstädt, O., 1920.

1119 Karstädt, O., 1926.

1120 Diese Form war unmittelbar nach der Reichsschulkonferenz 1920 sehr umstritten. Karstädt propagierte freie Arbeitsgemeinschaften. Bei einer verpflichtenden Teilnahme musste schließlich eine „Erstattung der baren Ausgaben“ erfolgen. Auf diese Weise entstand eine finanzielle Beteiligung des Dienstherrn an der Ausbildung der Lehrkräfte. Vgl. Karstädt, O., 1920, S. 26 f.

1121 Der NS-Lehrerbund. Organisationsbuch der NSDAP, München 1943. Abdruck in: Gamm, H.-J., 1990, S. 198.

1122 Bibow, A., Der Beginn des Wiederaufbaus des ostfriesischen Schulwesens nach der Kapitulation im Jahre 1945. In: OSB 75. Jg., 1954.

1123 Ebd.

Die Freien Konferenzen trugen in der ersten Nachkriegszeit die Arbeit vor Ort.¹¹²⁴ Gebhard Löning, der als Junglehrer am 1. Februar 1946 seinen Dienst an der Schule Vellage angetreten hatte, berichtete davon, dass im August 1945 im Schulaufsichtskreis Weener durch Schulrat Friedrich Geerdes zwei JLAG eingerichtet wurden.¹¹²⁵ Die meisten Junglehrkräfte, die sich in der Regel alle vierzehn Tage zur Fortbildung trafen, hatten „manchmal unüberwindlich scheinende Schwierigkeiten zu meistern.“¹¹²⁶

Nach Wiederaufnahme des Unterrichts 1945 arbeiteten 188 Schul- und Laienhelferinnen und -helfer an den Schulen Ostfrieslands, die dringend der Weiterbildung bedurften.¹¹²⁷ An den 302 Volksschulen der Region waren 475 Lehrerinnen und Lehrer tätig¹¹²⁸, etwa ein Drittel der schulischen Gesamtversorgung mit Lehrkräften wurde folglich mit nicht ausgebildetem Personal abgesichert. Hinzu kam, dass die unerfahrenen Lehrkräfte und Mitglieder der JLAG oft an einklassigen Schulen eingesetzt und somit völlig auf sich gestellt waren.¹¹²⁹ Der Einsatz der Junglehrkräfte richtete sich nach der Unterrichtsversorgung und nicht nach den Erfordernissen fachlich versierter Ausbildung. Die Militärregierung förderte die Arbeit¹¹³⁰, da nur auf diese Weise ein nahezu regelmäßiger Unterrichtsbetrieb möglich schien.

Die Zusammenarbeit der Junglehrkräfte aber mit den älteren und berufserfahrenen Lehrkräften gestaltete sich unter Umständen problematisch. So bat die JLAG Weener darum, dass die „Gasteilnehmer“¹¹³¹ nicht mehr an den

1124 Vgl. Schrader: Wie kann die Arbeit in den Amtlichen Arbeitsgemeinschaften für Lehrerfortbildung durch die Arbeit in den freien Lehrerkonferenzen ergänzt und unterstützt werden. In: Amt.SchBl.AUR. 1947, S. 169–172.

1125 Es waren die JLAG Westrhauderfehn und Weener. In Weener hatte Mittelschulrektor Martin Stellmann die Leitung. Vgl. Löning, G., Arbeitsweise und Ausbildungsinhalte der Junglehrer-Arbeitsgemeinschaften in den 50er Jahren. In: Bierwirth, H.; Hothan, H.; Klattenhoff, K. (Hrsg.), 1995, S. 473.

1126 Ebd., S. 474.

1127 Angaben nach: Bibow, A., Der Beginn des Wiederaufbaus des ostfriesischen Schulwesens nach der Kapitulation im Jahre 1945. In: OSB 75. Jg., 1954.

1128 Ebd.

1129 Auch G. Löning war an einer einklassigen Schule tätig. Vgl. Löning, G., Arbeitsweise und Ausbildungsinhalte der Junglehrer-Arbeitsgemeinschaften in den 50er Jahren. In: Bierwirth, H.; Hothan, H.; Klattenhoff, K. (Hrsg.), 1995, S. 473.

1130 Vgl. Bibow, A., Der Beginn des Wiederaufbaus des ostfriesischen Schulwesens nach der Kapitulation im Jahre 1945. In: OSB 75. Jg., 1954.

1131 Löning, G., Arbeitsweise und Ausbildungsinhalte der Junglehrer-Arbeitsgemeinschaften in den 50er Jahren. In: Bierwirth, H.; Hothan, H.; Klattenhoff, K. (Hrsg.), 1995, S. 474.

regelmäßigen Sitzungen teilnehmen sollten, weil sich „die Aussprache mehr und mehr unter ihnen, und nicht unter den Junglehrkräften abspielte.“¹¹³²

Die Junglehrkräfte verlangten nach einer Pädagogik, die neue Wege ging. Und in dieser JLAG hatte Dr. Harm Wiemann „Neuland für die meisten Teilnehmer“¹¹³³ eröffnet, indem er z. B. über „Grundbegriffe der Philosophie und Jugendpsychologie“¹¹³⁴ referierte. Die älteren Lehrkräfte verstanden es offensichtlich nicht, die Runde der JLAG mit „den Problemen der Schulwirklichkeit, des Schulalltags, vertraut“¹¹³⁵ zu machen.

Rektor Schrader, JLAG-Leiter im Schulaufsichtskreis Leer, betonte in einem Bericht 1947, dass „Notarbeit“¹¹³⁶ geleistet worden sei. Er wollte aber die Lehrerorganisation weiter in die Verpflichtung nehmen. Die Lehrervereine sollten grundlegende Fachliteratur bereitstellen und die Arbeiten der Junglehrer und -lehrerinnen veröffentlichen.¹¹³⁷ Doch die Möglichkeiten der Ortsorganisationen waren und blieben beschränkt. Nur in einem Punkt wurde Hilfe geleistet. Die Kreislehrervereine führten eigene Bibliotheken, Lehrkräfte spendeten und Fachliteratur wurde bereitgestellt.¹¹³⁸

Mit dieser Form der Ausbildung mussten alle nicht oder nicht vollständig ausgebildeten Lehrkräfte erreicht werden. Die JLAG absolvierten auch diejenigen, die an der Hochschule für Lehrerbildung eine Prüfung abgelegt, oder mit der 1. Lehrerprüfung einer LBA abgeschlossen hatten.¹¹³⁹ Schulhelferinnen und Laienlehrkräfte, die das 24. Lebensjahr abgeschlossen hatten, erhielten die Möglichkeit, an „verkürzten Jahrgängen zur Ausbildung von Volksschullehrern“¹¹⁴⁰ teilzunehmen und die Kräfte unter dieser Altersgrenze sollten sich um eine „Teilnahme an dem nach Ostern 1946 in Lüneburg

1132 Ebd.

1133 Ebd.

1134 Ebd.

1135 Ebd.

1136 Schrader: Wie kann die Arbeit in den Amtlichen Arbeitsgemeinschaften für Lehrerfortbildung durch die Arbeit in den freien Lehrerkonferenzen ergänzt und unterstützt werden. In: Amt.SchBl.AUR. Nr. 23, 39. Jahrg. 1947, S. 170.

1137 Ebd.

1138 Vgl. Kreislehrerverein Leer: Kreislehrerbücherei Gesamtverzeichnis (nach 1950). Archiv Schulmuseum Folmhusen.

1139 Erl. Oberpräsident der Provinz Hannover: Anerkennung von 1. Lehrerprüfungen. 28.1.1946 – 17171 K III –; Erl. Nds. KM: Anerkennung der ersten Lehrerprüfung. 22.1.1947. – K IV a Nr. 122 ph Ha –, Amt.SchBl.AUR. 39. Jahrg. 1947, S. 21 f.

1140 Ebd.

beginnenden Kursus bewerben.“¹¹⁴¹ Wer diese Ausbildung antreten wollte, musste eine Klausur schreiben und Vorgespräche führen.¹¹⁴²

Die Schulen benötigten dringend ausgebildete Lehrkräfte, gleichzeitig aber bedeutete die Unterbringung und Versorgung eine Belastung für die im Dienst befindlichen Lehrerinnen und Lehrer, die eine Betreuung übernehmen mussten. Am 26.11.1946 verfügte das Ministerium für Volksbildung, Kunst und Wissenschaft, dass die zur Einstellung anstehenden Junglehrkräfte „unverzüglich mit Beginn des neuen Schuljahres“¹¹⁴³ in eine Stelle einzuweisen seien. Wünsche der Junglehrkraft sollten berücksichtigt werden. Zur Zuweisung wurde geregelt:

*„Sie sind erfahrenen, an der methodischen Weiterbildung besonders interessierten Schulleitern oder Lehrern zuzuteilen. Dabei hat das schulische Interesse gegenüber jedem anderen als vorzugswürdig zu gelten.“*¹¹⁴⁴

Flüchtlingslehrkräfte mussten unter Umständen Dienstwohnungen räumen, damit die Junglehrkräfte eingewiesen werden konnten. Angeordnet wurde: „Härten sind zu vermeiden und im Wege der kollegialen Selbsthilfe zu mildern.“¹¹⁴⁵

Im September 1947 erschien der Erlass des Nds. KM, der die „Arbeitsgemeinschaften der Anwärter für das Lehramt an Volksschulen vor der zweiten Lehrprüfung“¹¹⁴⁶ grundsätzlich regelte. Es sollte nun sichergestellt sein, „daß die Teilnehmer nicht über das tragbare Maß hinaus belastet“¹¹⁴⁷ werden, eine Stundenermäßigung von sechs Wochenstunden sollte dies gewährleisten.¹¹⁴⁸ Und die regionalen Lehrervertretungen blieben einbezogen:

1141 Ebd.

1142 Vgl. Houtrouw, L. Verkürzte Ausbildung an der Pädagogischen Hochschule Lüneburg 1946. In: Bierwirth, H.; Hothan, H.; Klattenhoff, K. (Hrsg.), 1995, S. 473.

1143 Min. Volksbildung, Kunst und Wissenschaft: Unterbringung der Lehramtsanwärter. 26.11.46. K IV c/407 ph/Ha. Abdruck in: Buchheim, M.; Gläss, Th., 1951, S. 251 f.

1144 Ebd.

1145 Ebd.

1146 Erlass Nds. KM: Die Ausbildung der Anwärter für das Lehramt an Volksschulen vor der zweiten Lehrprüfung. 29. September 1947, K III A 3500 e k IV. In Amt.SchBl.AUR. Nr. 18, 39. Jahrg. 1947, S. 160 f.

1147 Ebd., Pkt. 5.

1148 Ebd.

*„In allen Phasen der Entwicklung ist mit den Organisationen der Lehrerschaft Fühlung zu halten und der von dort kommende Kräftezustrom nutzbar zu machen.“*¹¹⁴⁹

Alle, die die zweite Prüfung noch nicht absolviert hatten, wurden zur Teilnahme grundsätzlich verpflichtet¹¹⁵⁰, die Organisation trug der Schulrat des zuständigen Schulaufsichtskreises¹¹⁵¹, Aufgabe war es „die erzieherische Wirklichkeit wissenschaftlich zu durchdringen, zu den praktischen unterrichtlichen und erzieherischen Aufgaben kritisch Stellung zu nehmen, sowie zur selbstkritischen Beurteilung der eigenen Arbeit systematisch zu erziehen.“¹¹⁵²

Es kann nicht genau umschrieben werden, welche Erwartungen die jungen Lehrkräfte entwickelten, die in den ersten Nachkriegsjahren an den Schulen tätig waren. Der erste Schritt in das Berufsleben war für viele „vom kleinsten gemeinsamen Nenner“¹¹⁵³ geprägt. An den Hochschulen wurden in den ersten Jahren keine gesellschaftlichen Probleme erörtert:

*„Im Gegensatz etwa zu 1919 werden nur selten Probleme leidenschaftlich diskutiert, die keine direkt erkennbare materielle Beziehung zur künftigen Lebensstellung haben.“*¹¹⁵⁴

Im Vordergrund standen das Überleben, das tägliche Auskommen und eine erträgliche Unterkunft. Die Anfangsschwierigkeiten mussten überwunden werden, dann erst waren Bedingungen gegeben, die auch z. B. eine freie Wahl des Berufes ermöglichten.¹¹⁵⁵ Die jungen Lehrkräfte hatten sich an dem zu orientieren, was als Voraussetzung für den Weg in den Beruf galt. Späterhin konnten Absichten geäußert, Mitbestimmungsrechte eingefordert und Interessenvertretungen geformt werden.¹¹⁵⁶ Die vom BLO/OLV bis 1955 behandelten Leitthemen¹¹⁵⁷, die der Demokratisierung zugesprochen werden können, bezogen sich überwiegend auf die Verbesserung der Versorgung der Junglehrkräfte und auf die Förderung des Nachwuchses. Erst ab

1149 Ebd., Pkt 6.

1150 Ebd., Pkt. 2.

1151 Ebd., Pkt. 3.

1152 Ebd., Pkt. 4.

1153 Vgl.: Zur Bewußtseinslage der Jugend nach Kriegsende 1945. In: Schörken, R., 2005. S. 175 f.

1154 Heydorn, H.-J., Zur geistigen Situation der Studentenschaft. In: Die Zeit, 1947, Nr. 4. S. 3.

1155 Im Sinne des GG, Art.12. In: Lehmann, H.G., 2004.

1156 „Weil politisches Handeln immer in eine offene Zukunft hinein geschieht, bleibt es stets von Unsicherheit belastet.“ Besson, W.; Jasper, G., 1991, S. 41.

1157 Vgl. Kap.: Themenbereiche und Leitthemen in der Regionalen Interessenvertretung zur Demokratisierung.

1955 rückten die Bedingungen der Ausbildung stärker in den Vordergrund. In der unmittelbaren Nachkriegszeit gestaltete sich die Beschaffung von Wohnraum für den Einsatz von Junglehrkräften schwierig. Bis zum Februar 1947, so der Erlass des Nds. Ministers für Volksbildung, Kunst und Wissenschaft¹¹⁵⁸, sollten die Gemeinden melden, ob sie eine Familie unterbringen und ob sie in der Schule eine männliche oder weibliche Junglehrkraft wünschten.¹¹⁵⁹

Tatsache war, dass Anwärtinnen in der Regel schlechter untergebracht wurden als ihre männlichen Mitbewerber.¹¹⁶⁰ Die Lebensumstände in den Dörfern Ostfrieslands stellten eine erhebliche Belastung dar.¹¹⁶¹

Die Übergangszeit, in der kaum oder nur wenig ausgebildete Hilfskräfte in den Schulen tätig waren, sollte aber rasch beendet sein. Schrader hob in seinem Bericht hervor:

*„Ab Ostern 1948 wird die Arbeit in der A.-G. getragen sein von einer Generation, die akademisch vorgebildet ist, d. h. die zu einem wissenschaftlich-kritischen Denken und Arbeiten erzogen wurde.“*¹¹⁶²

Zusätzlich problematisch gestaltete sich die Verteilung der Lehramtsanwärter von den Hochschulen auf die Schulen in Ostfriesland. Die Junglehrkräfte bevorzugten die großen Städte, Bedarf aber war auf dem Land. Ab 1949 mussten die Hochschulen „nach Bezirken geordnet die Unterbringungswünsche der künftigen Lehramtsanwärter zahlenmäßig“¹¹⁶³ anzeigen. Die endgültige Verteilung übernahm das Kultusministerium, es konnten aber wegen der „wachsenden Schwierigkeiten bei der Unterbringung“¹¹⁶⁴ nicht alle Wünsche berücksichtigt werden.

1158 Min. Volksbildung, Kunst und Wissenschaft: Unterbringung der Lehramtsanwärter. 26.11.46. K IV c/407 ph/Ha. Abdruck in: Buchheim, M.; Gläss, Th., 1951, S. 251 f.

1159 Ebd.

1160 Vgl. Kap.: Vertretung der Lehrkräfte, die Lebensbedingungen der Lehrerinnen und die geschlechtersensible Orientierung in der Demokratie.

1161 Vgl. Reuer, W., Sozialsituation der Lehrerin/des Lehrers. In Bierwirth, H.; Hothan, H.; Klattenhoff, K. (Hrsg.), 1995, S. 567 ff.; Pommer, L., Als Laienhelferin in Ostwärtsfehn. Ebd., S. 571 ff.; Houtrouw: Zur Wohnsituation einer Lehrerin auf dem Lande 1947–1957. Ebd., S. 583 ff.

1162 Schrader: Wie kann die Arbeit in den Amtlichen Arbeitsgemeinschaften für Lehrerfortbildung durch die Arbeit in den freien Lehrerkonferenzen ergänzt und unterstützt werden. In: Amt.SchBl.AUR. Nr. 23, 39. Jahrg. 1947, S. 170.

1163 Erlass Nds. KM: Verteilung der Lehramtsanwärter. 1.12.1948. – IV (1) 4120/48 – Nds. SVBl. 1949, S. 8.

1164 Ebd.

Diese Regelung führte dazu, dass Schulstellen nicht angetreten oder getauscht wurden. Das aber hatte zur Folge, dass einzelne Bezirke, darunter besonders Ostfriesland, schlechter versorgt wurden. Das Kultusministerium verschärfte daraufhin die Regeln der Zuweisung.¹¹⁶⁵ Änderungen nach der Zuweisung sollten grundsätzlich nicht mehr akzeptiert werden und Lehrkräfte, die dennoch nicht einverstanden waren, so das Ministerium, konnten „freiwillig ihr Studium verlängern oder nach abgelegter 1. Lehrerprüfung in den Schuldienst eines anderen Landes“¹¹⁶⁶ eintreten.

Den Möglichkeiten der Berufsanfänger waren denkbar enge Grenzen gesetzt. Anfang 1949 veröffentlichte Otto Haase einen Beitrag unter dem Titel „Der Junglehrer. Bewährung und Prüfung“¹¹⁶⁷ im Nds. Schulverwaltungsblatt. Er signalisierte einerseits Verständnis für den Schulalltag, für das „Bild der Schule und die Not der Schule“¹¹⁶⁸, hoffte aber darauf, dass „Initiative und Unternehmungsgeist des Menschen“¹¹⁶⁹ den Mangel an materieller Unterstützung ausgleichen würden. Haase betonte, dass der kommenden Generation mit dieser Form der Ausbildung der „Erfahrungsschatz eines erfüllten Lehrerlebens“¹¹⁷⁰ zugänglich gemacht werden würde. Gleichzeitig erkannte er die Gefahren:

*„Unheilvoll wäre indessen eine Entwicklung, in der die immer fruchtbaren Spannungen zwischen den Generationen, die Verschiedenheit der unterrichtlichen Stilarten, zu einer unüberbrückbaren Kluft vertieft würden.“*¹¹⁷¹

Der Verweis von Otto Haase auf mögliche Unterstützung durch die Eltern, die Kollegien und Kollegen oder die Gemeinden, die den Mangel abmildern sollten, stieß auf Widerspruch. A. Grunenberg, Braunschweig, antwortete auf diesen Beitrag¹¹⁷², wies zuallererst die Möglichkeit zurück, dass „Selbsthilfe und Initiative“¹¹⁷³ in der Not helfen könnten. Er führte an, dass „Klagen über mangelndes methodisches Rüstzeug, über eine gewisse Hilflosigkeit vor den Problemen des Unterrichts und der Erziehung“¹¹⁷⁴ immer wieder zu hören

1165 Erlass Nds. KM: Verteilung und Anstellung der Lehramtsanwärter. 1.12.1949, – IV (1) 5489/49. – Nds. SVBl., S. 269.

1166 Ebd.

1167 Haase, O., Der Junglehrer. Bewährung und Prüfung. In: Nds. SVBl. 1949, S. 111 ff.

1168 Ebd., S. 112.

1169 Ebd., S. 114.

1170 Ebd.

1171 Ebd., S. 115.

1172 Grunenberg, A., Der Junglehrer. Eine Antwort. Nds. SVBl. 1949, S. 158 ff.

1173 Ebd., S. 158.

1174 Ebd.

seien. In einer Befragung hatten von 1.000 Junglehrerinnen und -lehrern 864 die Ausbildung als unzureichend bezeichnet, „523 meinten, bessere und häufigere Methodikkurse in Verbindung mit Fachunterricht seien am dringenden nötig.“¹¹⁷⁵ Reine Unterrichtsmitschau und das Lernen am Beispiel waren offensichtlich zu wenig ergiebig. Grunenberg erklärte, dass die flächendeckende Einrichtung der JLAG eine unzumutbare Belastung für die einzelne Schule mit sich brachte. Er führte aus:

*„Als aber nach kurzer Zeit die Arbeitsgemeinschaften auf fünf Gruppen angewachsen waren, wurden die Leiter mit ihren Hospitationswünschen zum ‘Schrecken’ der Schulen.“*¹¹⁷⁶

Der Verfasser hoffte auf die Reformfreude der Lehrerverbände. Grunenberg verwies darauf, dass „gemeinsame Besprechungen zwischen Pädagogischer Hochschule und Lehrerverband zu einer erfreulichen Annäherung der Standpunkte“¹¹⁷⁷ geführt hätten.

Der Beitrag barg deutliche Kritik. Die Lehrervertretung vor Ort musste die Probleme der jungen Lehrkräfte ernst nehmen; sie hatte den Nachwuchs zu fördern und ihm ein Mitspracherecht in der Ausbildung und im Beruf einzuräumen. Nach Gründung der Bezirksorganisation in Ostfriesland wurde auf Initiative des Vorstandes ein Dringlichkeitsantrag zur VV 1950 in Esens eingebracht. Die VV sollte beschließen, „einen Junglehrervertreter in den Vorstand aufzunehmen.“¹¹⁷⁸ Der Antrag wurde angenommen. Gleichzeitig wurden überregional erste Schritte zur Verbesserung der Ausbildung der Lehrkräfte eingefordert.

Im Februar 1950 stellte Erich Weniger das „Gutachten über die Verfassung der niedersächsischen Pädagogischen Hochschulen und über die Dauer des Studiums der künftigen Volksschullehrer“¹¹⁷⁹ vor. Die Vorgaben für das Gutachten leitete E. Weniger von der Rolle der Bildung und Erziehung im demokratischen Staatswesen ab, der Beruf der Lehrerin, des Lehrers erfuhr eine deutliche Aufwertung.¹¹⁸⁰ Die allgemeine Diskussion um die Stellung der Schule in der Gesellschaft stärkte die Rolle der Junglehrerinnen und

1175 Ebd.

1176 Ebd., S. 159.

1177 Ebd.

1178 Protokoll Vertreterversammlung v. 4.4.1950 in Esens. In: Protokollbuch: Vorstand des BLO/OLV, 1950–1955.

1179 Eine Zusammenfassung des Gutachtens wurde veröffentlicht. Weniger, E., Zur akademischen Ausbildung der Volksschullehrer. In: Nds. SVBl. 3. Jg., 1951, S. 83 ff.

1180 Vgl. Kap.: Sicherung der Rechte einzelner – Lebens- und Arbeitssituation.

-lehrer. Zur Sitzung im Juni 1950 lud der Vorstand des BLO die Junglehrer Sodtalbers¹¹⁸¹ und Heyen ein. Die Junglehrer trugen ihre Forderungen vor: Mehr Mitbestimmung bei der Ernennung der JLAG-Leiter und bei der Festsetzung der Themen für die zweite Prüfung; die JLAG sollten jeweils eine Kreisvertreterin, einen Kreisvertreter wählen, diese wiederum sollten aus ihrer Mitte die Junglehrervertreterin oder den Junglehrervertreter für den Bezirk bestimmen.¹¹⁸²

Zur Vorstandssitzung des BLO am 5. Oktober 1950 referierte Junglehrer Heyen über die Situation der Junglehrerinnen und -lehrer. Offensichtlich hatten die Junglehrkräfte noch zu wenig Zutrauen zur Interessenvertretung. Der Anteil der Junglehrkräfte in der Mitgliedschaft war verhältnismäßig gering: Von 211 Junglehrkräften im Bezirk gehörten nur 139 dem BLO an.¹¹⁸³ Während der Sitzung am 5. Januar 1951 behandelte der Vorstand des BLO auf Anregung von Heyen ein bereits diskutiertes, aber noch nicht gelöstes Problem: Die Einrichtung einer Junglehrerbücherei für den Bezirk:

*„Koll. Heyen regt an, um die Büchernot der Junglehrer zu mildern, eine Bezirksbücherei einzurichten. Der BLO will sich an der Einrichtung beteiligen u. gleichzeitig die Regierung bitten, ebenfalls Mittel für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen.“*¹¹⁸⁴

Doch diese Mittel konnten nicht bereitgestellt werden¹¹⁸⁵ und der LVN lehnte angeforderte Hilfen mit dem Hinweis ab, er verfüge über eine Bibliothek in Hannover.¹¹⁸⁶ Der BLO gab die Organisation von Junglehrerbüchereien schließlich erneut zurück an die Kreisvereine. Die beim BLO zur Verfügung stehenden Mittel wurden 1951 aufgeteilt, jeder Kreislehrerverein erhielt 50 DM Startkapital.¹¹⁸⁷ Die Kreislehrervereine gingen somit zur Selbst-

1181 Helmut Sodtalbers war später Lehrer an der Mittelschule Leer. Vgl. Festschrift 1954, S. 31.

1182 Protokoll Vorstandssitzung des BLO am 16. Juni 1950 in Esens. In: Protokollbuch: Vorstand des BLO/OLV, 1950–1955.

1183 Protokoll Vorstandssitzung des BLO am 5. Oktober 1950 in Aurich. In: Protokollbuch: Vorstand des BLO/OLV, 1950–1955.

1184 Ebd.

1185 Angemerkt werden muss, dass die Einrichtung von Pädagogischen Büchereien in den großen Städten gefördert wurde. Die ostfriesischen Städte – bis auf Wittmund – verfügten 1952 über diese Einrichtungen. Vgl. Pädagogische Büchereien. Nds. SVBl., 3. Jg., 1952, S. 94.

1186 Protokoll Vorstandssitzung des BLO am 17. Februar 1951 in Aurich. In: Protokollbuch: Vorstand des BLO/OLV, 1950–1955.

1187 Vgl. Protokoll Vorstandssitzung des BLO am 24. September 1951 in Aurich. In: Protokollbuch: Vorstand des BLO/OLV, 1950–1955.

organisation über. Der Kreislehrerverein Norden – wie andere Lehrervereine in ihrem jeweiligen Bereich auch – unterstützte die Bücherei mit dem Einzug einer monatlichen Umlage unter den Mitgliedern in Höhe von vierzig Pfennigen, um Anschaffungen zu finanzieren.¹¹⁸⁸

Junglehrervertreter L. Witthaus¹¹⁸⁹ berichtete im OSB über die VV 1952 in Nordheim. Dort wurde um die finanzielle Absicherung und die Verbesserung des Härteausgleiches¹¹⁹⁰ gerungen. Während dieser Vollversammlung arbeiteten die Junglehrerausschüsse der niedersächsischen Lehrerverbände LVN, GBL und VOLL zusammen. Sie sprachen sich gegen die Verbindlichkeit von Pflichtsportlehrgängen aus und forderten mehr Werbeveranstaltungen von Junglehrern an den Pädagogischen Hochschulen. Darüber hinaus forderten die Junglehrervertreter die überregionalen Lehrerverbände in Niedersachsen zum Zusammenschluss auf.¹¹⁹¹ Zur Vorstandssitzung am 7. Oktober 1952 bat Witthaus erneut um weitere Unterstützung bei der Einrichtung von Fachbüchereien für die JLAG und kritisierte nachhaltig die Pflichtsportlehrgänge:

*„Die Junglehrer wenden sich gegen die Pflichtsportlehrgänge, da sie darin ein Mißtrauen gegen ihre Ausbildung durch die Sportzentren der Hochschule erblicken. Außerdem sind sie der Auffassung, daß ihre sportl. Ausbildung genügt, um diesen Unterricht in der Volksschule erteilen zu können.“*¹¹⁹²

Zusätzlich wurde über die Form der Durchführung der zweiten Lehrerprüfung diskutiert. Es gab Unsicherheiten über die Nachweise, die die Prüflinge erbringen mussten. Und die Junglehrervertretung wünschte das Recht auf Einsicht in die Revisionsberichte vor der zweiten Prüfung. Die Zeit der Prüfung sollte für die Prüflinge überschaubar beschränkt werden. In einem Punkt gab es einen raschen Erfolg. Dr. Harm Wiemann nahm die Forderungen auf und sagte zu, dass die mündliche Prüfung auf 1½ Stunden festgelegt werde.¹¹⁹³ 1953 berichtete L. Witthaus von einer Arbeitstagung der Junglehrer in Norden. Während der Tagung war erneut über den Härteausgleich und Fra-

1188 Mahnke, D., Meine Lehrerausbildung 1948–1956. In: Bierwirth, H.; Hothan, H.; Klattenhoff, K. (Hrsg.), 1995, S. 471.

1189 Lothar Witthaus war Lehrer an der Schule II, Stadt Norden. Vgl. Festschrift 1954, S. 35.

1190 Der Härteausgleich sollte lt. Beschluss der ständigen Konferenz der Kultusminister vom 7.4.1951 die Situation der Lehrkräfte und besonders der Junglehrkräfte durch Verbesserung der Bezüge entspannen. Entschließung: Lehrernachwuchs und wirtschaftliche Notlage der Lehrerschaft. Nds. SVBl. 1951, S. 97.

1191 Junglehrerfragen. Junglehrerarbeit im LVN. In: OSB 74. Jg., Nr. 3, Juni 1953.

1192 Vgl. Protokoll Vorstandssitzung des BLO am 7. Oktober 1952. In: Protokollbuch: Vorstand des BLO/OLV, 1950–1955.

1193 Ebd.

gen der Aus- und Fortbildung gesprochen worden, deutlich diskutierte die Runde aber auch das Verhältnis von Jung und Alt im BLO.¹¹⁹⁴ Die Junglehrerinnen und -lehrer bedauerten nachdrücklich die Atmosphäre zwischen den Generationen.¹¹⁹⁵ Regierungs- und Schulrat H. Wiemann nahm die Probleme und Forderungen der Junglehrervertretung ernst, er lud nun mehr oder weniger regelmäßig die Junglehrervertreter Ostfrieslands in sein Dienstzimmer zu Gesprächen am „runden Tisch“¹¹⁹⁶ ein. Anfang 1953 wurde in einem solchen Gespräch über die Freizügigkeit der Beamten, die Möglichkeit des Wohnungswechsels in eine Wohnung, die nicht am Schulort lag, und die Formen der Prüfungsarbeiten gesprochen. Die Junglehrer betonten die Erziehungsfunktion der JLAG. L. Witthaus schrieb:

*„Die Bildungs- und Erziehungsaufgabe der Arbeitsgemeinschaften muß nach Auffassung der Junglehrer schärfer gesehen werden. Entscheidend dafür ist die Persönlichkeit des Arbeitsgemeinschaftsleiters. Seine Aufgabe ist es, auf dem Wege freier Diskussionen und aufbauender Kritik die gegenseitige Erziehung der jungen Lehrer zu fördern und zu unterstützen. Dabei muss er von den Mentoren wirksam unterstützt werden.“*¹¹⁹⁷

Am 8. Juni 1953 trafen die Junglehrervertreter H. Wiemann erneut am runden Tisch. Jetzt gab es Absprachen für die Junglehrerfreizeiten und die Einrichtung von Junglehrerbüchereien. Diese Büchereien, das wurde deutlich, konnten nicht bezuschusst werden. H. Wiemann nahm während des Gesprächs Stellung zu Lektionsentwürfen, die den Prüfungskommissionen vorgelegt werden mussten, und erörterte die Möglichkeiten der Mitarbeit in den Lehrervereinen.¹¹⁹⁸

Am 19. September 1953 tagte der Jungleherrausschuss im LVN in Hannover. L. Witthaus nahm an dieser Ausschusssitzung teil. Während dieser Tagung wurden erstmalig neue Richtlinien für die Arbeit der Junglehrervertreter im LVN beraten.¹¹⁹⁹ Eine Vereinheitlichung erschien notwendig.

1194 Junglehrerfragen. Junglehrerarbeit in Ostfriesland. In: OSB 74. Jg., Nr. 1, Apr. 1953.

1195 Ebd.

1196 Witthaus, L., Junglehrerfragen. Gespräche am Runden Tisch. In: OSB 74. Jg. Nr. 2, Mai 1953.

1197 Ebd.

1198 Witthaus, L., Junglehrerfragen. Fortsetzung der Gespräche am runden Tisch. In: OSB 74. Jg., Nr.5, Aug. 1953.

1199 Witthaus, L., Junglehrerfragen. Jungleherrausschuß tagte. In: OSB 74. Jg., Nr. 7, Okt. 1953.

Die finanzielle Lage der Junglehrkräfte besserte sich nicht.¹²⁰⁰ Also stellten die Junglehrervertreter Ostfrieslands zur Vertreterversammlung des BLO am 4.1.1951 den Antrag, den Härteausgleichserlass auf bisher nicht berücksichtigte Lehrerinnen und Lehrer anzuwenden.¹²⁰¹

Harm Wiemann lud schließlich im Herbst 1953 zu zwei Aussprachetagungen in Dreierbergen ein. An diesen Aussprachetagungen nahmen alle JLAG-Leiter, Mentoren, Vertreter der PH Oldenburg und die Junglehrervertreter teil. Die Ergebnisse sollten zwar auf breiter Basis mit den Lehrervereinen und den Vertretern der Junglehrer aus den Kreisen diskutiert werden¹²⁰², doch der Diskussionsverlauf stellte nicht zufrieden. Es wurde eine weitere Konferenz für die Region zum Juni 1954 geplant, die alle Verantwortlichen im Zusammenhang mit der Junglehrerausbildung erneut an einen Tisch holen sollte.¹²⁰³

Während der Jahreshauptversammlung des BLO in Westrhaudefehn im Januar 1954 wurde Rolf Schridde¹²⁰⁴ als neuer Junglehrervertreter des Bezirkes gewählt. Im Rahmen einer Nebenversammlung führte Dr. Harm Wiemann mit den Junglehrerinnen und -lehrern Gespräche, Gegenstand der Diskussion war erneut das Spannungsverhältnis zwischen Alt und Jung in der Lehrerschaft.¹²⁰⁵ In Fortsetzung der Tagung vom September 1953 lud Reg.- und Schulrat Dr. Wiemann in Zusammenarbeit gemeinsam mit dem Vorstand des OLV die Leiter der JLAG, Mentoren, Junglehrer, Vertreter des OLV und die Schulräte des Bezirkes zu einer Aussprache nach Aurich ein. Die Leitung des Treffens, das im Juni 1954 stattfand, hatte der erste Vorsitzende des OLV Hirte. Für die jüngere Lehrerschaft referierte Günter Aschoff¹²⁰⁶ zum Thema „Wie sehen wir die geistige Situation der Gegenwart und die schulpraktische Wirklichkeit?“¹²⁰⁷

1200 Junglehrer D. Mahnke erhielt in dieser Zeit Gehaltsgruppe A 4 C 2, brutto 242,51 DM. Vgl. Mahnke, D., *Meine Lehrerausbildung 1948–1956*. In: Bierwirth, H.; Hothan, H.; Klattenhoff, K. (Hrsg.), 1995, S. 467.

1201 Anträge für die Vertreterversammlung des BLO am 4.1.54 in Westrhaudefehn. In: OSB 74. Jg. Nr. 8, Nov. 1953.

1202 Junglehrerfragen. In: OSB 75. Jg., Nr. 5, Mai 1954.

1203 Ebd.

1204 Rudolf Schridde war Junglehrer an der Schule Manslagt, Schulaufsichtskreis Emden. Festschrift 1954, S. 29.

1205 Bericht über die Nebenversammlung der Junglehrer. In: OSB 75. Jg., Nr. 2, Febr. 1954.

1206 Günter Aschoff war Junglehrer an der Schule II, Stadt Norden, Schulaufsichtskreis Norden. Festschrift 1954, S. 37.

1207 Aschoff, G., *Wie sehen wir die geistige Situation der Gegenwart und die schulpraktische Wirklichkeit*. In: OSB 75. Jg., Nr. 8, Aug. 1954.

Aschoff stellte die Situationen in der Schule Anfang der fünfziger Jahre dar, benannte deutlich die Probleme und kam schließlich zum Urteil über die Form der bisherigen Ausbildung:

*„Die Inkonsequenz zwischen der Lehrerbildung und der berufspraktischen Ausbildung stellt die Lehramtsanwärter in ein Niemandsland zwischen Theorie und Praxis und verbraucht wertvolle Kräfte, die dem geistigen Wiederaufbau dienen könnten.“*¹²⁰⁸

Und er sprach das Verhältnis zwischen den Generationen offen an:

*„Die jungen Lehrer gehören zur schweigsamen Generation. Nur eine echte Partnerschaft mit der älteren Generation wird ihr die Lösung ihrer Aufgaben möglich machen.“*¹²⁰⁹

Für die ältere Lehrerschaft referierte Alberts, Vorsitzender des Pädagogischen Ausschusses, zum Thema „Lage und Aufgabe der Gegenwartspädagogik.“¹²¹⁰ In der Diskussion kristallisierten sich drei grundsätzlichen Forderungen zur Hochschulbildung der Lehrkräfte heraus:

1. Mit Sorge wurde die Entfernung der Ausbildungsinhalte an den Hochschulen von der Unterrichtswirklichkeit betrachtet. Die Ausbildung der Lehrkräfte sollte auf dem Hintergrund der Schulwirklichkeit erfolgen, von daher die Forderung:

*„Dozenten an Pädagogischen Hochschulen müssen langjährige Erfahrung in der Volksschularbeit haben und ganz besonders mit der Landschularbeit vertraut sein.“*¹²¹¹

2. In Fragen der Stellenbesetzung an den Hochschulen forderte die Lehrerschaft jetzt Mitbestimmung:

*„Der Lehrerschaft muß das Recht eingeräumt werden, zur Besetzung von Dozentenstellen Vorschlagslisten aufzustellen.“*¹²¹²

3. Um der Tendenz der Interessenlosigkeit an Politik und Demokratie vorzubeugen wurde diese Forderung ergänzt:

1208 Ebd.

1209 Ebd.

1210 Alberts, A., Lage und Aufgabe der Gegenwartspädagogik. In: OSB, 75. Jg., Nr. 9, Sept. 1954.

1211 Becker, E.A., Sorge um die Lehrerschaft als Stand. In: OSB 75. Jg. Nr. 7, Juli 1954.

1212 Ebd.

„Der Pflege des Staatsbewußtseins muß im Studiengang an der PH größerer Wert beigemessen werden.“¹²¹³

Die Lehrerausbildung nach dem PH-Studium bedurfte einer neuen Wertung. Den Anwesenden war offensichtlich bewusst, dass der Rolle des jeweiligen AG-Leiters in der Ausbildung eine Schlüsselstellung zukam. Es mussten also genaue Kriterien für die Besetzung der AG-Leitungen formuliert werden.

„Der Stellung des AG-Leiters fällt dabei eine besonders wichtige Bedeutung zu. Pädagogische und menschliche Qualitäten müssen für seine Wahl ausschlaggebend sein. Möglichkeiten der Betreuung der Lehramtsanwärter durch den AG-Leiter müssen erweitert werden.“¹²¹⁴

Das waren weitreichende Forderungen, die in der Umsetzung auch das Verhältnis der AG-Leitungen zu den Junglehrkräften aufgewertet hätte. Die Diskussion des Konfliktes zwischen Jung und Alt in der Lehrerschaft führte aber zu keinem befriedigenden Ergebnis. Natürlich wurde die Rolle der einzelnen Konferenz, des einzelnen Lehrervereins im OLV hinterfragt, dabei diskutierten die Teilnehmer auch ernsthaft darüber, ob – wie bereits vor Jahrzehnten Usus – die Junglehrerausbildung wieder gänzlich von den Freien Konferenzen, den Lehrervereinen getragen werden sollte. Doch in diesem Punkt war keine Einigkeit herzustellen.

„Die bereits in Dreibergen erörterte Frage, ob die Junglehrerfortbildung bereits wieder von den freien Konferenzen übernommen werden könne, wurde nicht einheitlich bejaht.“¹²¹⁵

Die Diskussion war nicht frei von Anachronismen. Es ging den Junglehrerinnen und Junglehrern zwar um eine Professionalisierung der Ausbildung, mit der abschließenden Stellungnahme aber gab die Runde die aufgeworfenen Fragen förmlich an die örtlichen Lehrervereine zurück. Sie sollten in Zukunft stärker an der Gestaltung der inhaltlichen Arbeit und an der Gewinnung „menschlich-familiärer“¹²¹⁶ Bindungen arbeiten. Die Vereine sollten selbst die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die jüngeren Lehrerinnen und Lehrer in ihnen eine neue geistige Heimat finden könnten.¹²¹⁷

1213 Ebd.

1214 Ebd.

1215 Becker, E.A., Sorge um die Lehrerschaft als Stand. IN: OSB 75. Jg. Nr. 7, Juli 1954.

1216 Ebd.

1217 Ebd.

In der Folge verbesserte sich die Lage der Junglehrkräfte kaum. Es waren in den ersten zehn Jahren nach Kriegsende keine weiteren Mitbestimmungsrechte eingeräumt worden und es hatte letztlich keine nennenswerten Entlastungen gegeben. Zwar waren Anrechnungsstunden gewährt worden, aber es gab nach wie vor Junglehrkräfte, die allein auf sich gestellt in einklassigen Schulen unterrichten mussten und auf Anrechnungen verzichteten.¹²¹⁸

Erste Umsetzungen der Diskussionsergebnisse stellte Dr. H. Wiemann im Herbst 1954 während eines Treffens mit dem Vorstand des OLV und den Mitgliedern des BLR vor.¹²¹⁹ Klärung gab es in Fragen der zweiten Lehrprüfung, über Dauer und Form des Ablaufs. Mit den Stundenentwürfen seien die Prüfungsgremien in der Zwischenzeit zufrieden, dennoch gäbe es immer noch Verzögerungen bei der Bearbeitung der Prüfungsarbeiten. Die Abläufe seien abhängig auch von der Rückgabe der Arbeiten durch die Hochschule. Um die zusätzliche Belastung in der Zeit der schriftlichen Hausarbeit für die Lehramtsanwärter zu verringern, wurde der Vorschlag gemacht, eine höhere Stundenermäßigung kurz vor der Prüfung zu gestatten. Doch der Lehrermangel stand dieser Forderung entgegen.¹²²⁰

Selbstverständlich nutzten Junglehrerinnen und -lehrer die Verbindungen im OLV und die Möglichkeiten der politischen Einflussnahme. So wurde zur Tagung im Juni 1954 dem Leiter der Schulpolitischen Hauptstelle eine EntschlieÙung übergeben. Die Junglehrerinnen und -lehrer wehrten sich gegen Einschränkungen, die die PH Oldenburg betroffen hätten.¹²²¹

Im Oktober 1955 verlangte Rolf Schridde weitere Veränderungen und eine Neuorientierung in der Lehrerausbildung. Auf der Hauptversammlung des OLV in Emden referierte er zum Thema: „Die Lehrerfortbildung zwischen der ersten und zweiten Prüfung.“¹²²²

Mit diesem Referat stellte Schridde erste Veränderungen in der Arbeit der Junglehrerinnen und -lehrer vor.¹²²³ Er führte in einer Rückschau in seinem Bericht zu den Jahren 1954/55 aus, dass die Arbeit der Junglehrerinnen und

1218 Vgl. Hothan, H., Die Arbeit in der Junglehrer-Arbeitsgemeinschaft Uplengen von 1954–1958. In: Bierwirth, H.; Hothan, H.; Klattenhoff, K. (Hrsg.), 1995, S. 483.

1219 Schridde: Junglehrerfragen. „Gespräche am runden Tisch“. In: OSB 75. Jg., Nr. 10, Okt., 1954.

1220 Ebd.

1221 Um die Pädagogische Hochschule Oldenburg. OSB 75. Jg., Nr. 7, Juli 1954.

1222 Angaben nach: Tagungsverlauf. In: OSB 76. Jg., Nr., 9, Sept. 1955, S. 65.

1223 Becker, E.A., Vertreter- und Hauptversammlung des OLV 1955. In: OSB 76. Jg., Nr. 11, Nov. 1955, S. 81.

Junglehrer die „Richtlinien für die Arbeit der Junglehrervertreter im Lehrerverband Niedersachsen“¹²²⁴ sehr genau zur Kenntnis genommen hätten. Vom Grundsatz her würden in der Junglehrervertretung die gleichen Probleme erörtert, wie in allen Organisationsbereichen der Lehrerverbände. Doch mit Blick auf den Vorwurf, die Junglehrerschaft stehe der Standesorganisation ablehnend gegenüber, argumentierte Schridde mit neuen Zahlen:

*„Die Tatsache, daß von 90 Lehramtsanwärtern in den Amtlichen Junglehrerarbeitsgemeinschaften Ostfrieslands 70 dem Lehrerverband Niedersachsen angehören, darf als Entkräftung aller geäußerten Befürchtungen angesehen werden, die junge Lehrerschaft stehe unserer Standesorganisation ablehnend gegenüber.“*¹²²⁵

Das Vertrauen der Junglehrerschaft in die Interessenvertretung der Region war also deutlich gewachsen. Schridde lobte die Zusammenarbeit mit Regierungs- und Schulrat Dr. H. Wiemann und bezeichnete sie als besonders erfolgreich.¹²²⁶

Rolf Schridde gab zu dieser VV das Amt des Junglehrervertreters auf, zu seinem Nachfolger wurde Dieter Mahnke¹²²⁷ gewählt.

Die Junglehrervertretung wurde nach Umstrukturierung des OLV 1956 organisatorisch dem Ausschuss für Schulpolitik und Standesfragen zugeordnet.¹²²⁸ Mahnke erklärte im September 1957, dass er beabsichtige, zur weiteren Verbesserung der Lebenssituation der Junglehrer beizutragen. Dazu plante er „Hausbesuche.“¹²²⁹ In einem Artikel, den Mahnke zur Umsetzung der in Rendsburg während der Bundesjunglehrertagung erarbeiteten Thesen zur Neugestaltung des Vorbereitungsdienstes fertigte, sprach er die immer noch vorhandenen Missstände in der Region nachdrücklich an. Er kritisiert die Art und Weise des Einsatzes der Junglehrkräfte:

1224 Beschlossen durch Vorstand des LVN, Sept. 1953.

1225 Schridde, R., Die Arbeit der Junglehrervertretungen im OLV. In: OSB 76. Jg., Nr. 11 Nov. 1955, S. 86.

1226 Ebd.

1227 Dieter Mahnke war Junglehrer an der Schule in Neu-Weststeel, Schulaufsichtskreis Norden. Vgl. Festschrift 1954, S. 37.

1228 Harms, A., Bezirksausschüsse des OLV konstituiert. In: OSB 77. Jg., Nr. 3, März 1956, S. 21.

1229 Harms, A., Vorstandssitzung des OLV am 12.9.57. In: OSB 78. Jg., Nr. 10, Oktober 1957, S. 77.

„Der Junglehrer wird dort eingewiesen, wo gerade eine Stelle besetzt werden muß, oft genug eine Stelle, die von älteren Kollegen gemieden wird, weil sie zu wenig anziehend ist, für einen Junglehrer ist sie aber gut genug!“¹²³⁰

Es werde bei der Besetzung keinerlei Rücksicht auf die Notwendigkeit der Ausbildung genommen; die JLAG sei in der Regel viel zu groß, um eine effektive Arbeit zu gewährleisten, und der Kontakt zu den Mentoren sei oft genug unzureichend.¹²³¹ Das konnte so nicht hingenommen werden. Mahnke stellte die Forderungen der Rendsburger Thesen vor. Er zeichnete ein System, in dem sich Ausbildungsschule und pädagogisches Seminar als Grundlage des Vorbereitungsdienstes ergänzen und Arbeitskreise für die Junglehrkräfte nur noch themengebunden und zeitlich begrenzt durchgeführt werden sollten.¹²³² Das Modell blieb nicht ohne Kritik. Der JLAG-Leiter aus dem Bereich des Schulaufsichtskreises Leer, K.-H. Plotzitzka¹²³³, nahm zu den Forderungen Stellung. Er gab zu, dass die „Frage der Mentoren an vielen Schulen nicht zufriedenstellend gelöst“¹²³⁴ sei, wies aber die Vorschläge zur Veränderung der JLAG zurück. Seiner Meinung nach war es möglich, in einem arbeitsteiligen System die „hohe Teilnehmerzahl für die Arbeit in der AG gewinnbringend auszunutzen.“¹²³⁵

Die Forderungen der Junglehrkräfte fanden nicht in allen Lehrervereinen Zustimmung. Die Konferenz Großefehn z. B. lehnte die Vorschläge ab, da sie „zu wenig den gegebenen Verhältnissen und den dringendsten Erfordernissen“¹²³⁶ entsprachen.

Die bisher gemachten Vorschläge entsprachen zu wenig der Realität vor Ort. Das sollte geändert werden. Schließlich erarbeitete der Junglehrerausschuss der Kreisjunglehrervertreter des OLV Leer Ende 1958 eine differenzierte Stellungnahme zu den Vorschlägen zur Neugestaltung der Ausbildung.

1230 Mahnke, D., Neugestaltung des Vorbereitungsdienstes für Volksschullehrer. In: OSB 79. Jg., Nr. 9, Sept. 1958, S. 70 ff.

1231 Ebd.

1232 Ebd. S. 72.

1233 Karl-Heinz Plotzitzka war Lehrer in Filsum, Schulaufsichtskreis Leer. Festschrift 1958, S. 37.

1234 Plotzitzka, K.H.: Zur Frage einer Neugestaltung der amtlichen Arbeitsgemeinschaften. In: OSB 79. Jg., Nr. 9, Sept. 1958, S. 79.

1235 Ebd.

1236 Aus Kreisverein und Konferenz. Konferenz Großefehn. In: OSB 79. Jg., Nr. 10, Okt. 1958, S. 82.

Nonno de Vries ¹²³⁷, der den Verlauf der Diskussion in einem Beitrag zum OSB sehr umfangreich darstellte¹²³⁸, veröffentlichte den Forderungskatalog. Einerseits umschrieb der Ausschuss den zeitlichen Rahmen und damit die Arbeitsbelastung der Lehramtsanwärter genauer, er ordnete Arbeiten zielgerichteter zu, andererseits wurden weitgehende Mitbestimmungsrechte in der Ausbildung eingefordert.¹²³⁹

1. Den Junglehrkräften sollte das Mitbestimmungsrecht bei der Arbeitsplanung des Pädagogischen Seminars eingeräumt,
2. JLAG-Leiter sollten von der Schulaufsichtsbehörde „im Einvernehmen mit den Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft und dem Bezirkslehrerrat bestimmt“¹²⁴⁰ werden.
3. Die gemeinsame Interessenvertretung sollte gesichert sein: „Ein jährlich zu wählender Sprecher vertritt die Interessen der Lehrer im Vorbereitungsdienst und regelt die äußeren Angelegenheiten.“¹²⁴¹

Aber eine Entscheidung zu einer endgültigen Formulierung fiel nicht. Die Kreisjunglehrervertretung Leer behandelte die Forderungen im Juni 1959 erneut, ergänzte den Katalog um die Forderung, dass „der Junglehrer das Recht haben muß, den Mentor zu wählen und zu wechseln.“¹²⁴²

Eine Reaktion zeichnete sich im September 1959 ab. In Braunlage fand „ein geschlossener Regierungskursus“¹²⁴³ statt, an dem aus dem Bereich Ostfriesland ein Schulrat, ein JLAG-Leiter und ein Kreisjunglehrervertreter teilnahmen.¹²⁴⁴ Es kam während dieser Veranstaltung zu Absprachen, die vorrangig die Arbeitseinteilung regelten.¹²⁴⁵ Deutlich betonte die Versammlung, dass zukünftig die Angelegenheiten der Ausbildung und nicht mehr der Unterrichtsversorgung den Einsatz der Junglehrkräfte bestimmen sollten und dass

1237 Nonno de Vries war Lehrer an der Schule Holtland, Schulaufsichtskreis Leer. Festschrift 1958, S. 38.

1238 Vries, N. de, Umgestaltung der Junglehrer-Arbeitsgemeinschaften. In: OSB 79. Jg., Nr. 11, Nov. 1958, S. 88 ff.

1239 Ebd.

1240 Ebd., S. 90.

1241 Ebd.

1242 Vries, N. de, Junglehrer fragen. Sitzung der Kreisjunglehrervertreter des OLV am 24.6.1959. In: OSB 80. Jg., Nr. 8, Aug. 1959, S. 73.

1243 Bartholomäus, Hothan: Zur Frage der Ausbildung des Lehrers zwischen 1. und 2. Lehrprüfung. In: OSB 80. Jg., Nr. 11, Nov. 1959, S. 101 f.

1244 Ebd.

1245 Ebd., S. 102.

für eine angemessenen Dienstwohnung Sorge zu tragen sei.¹²⁴⁶ Fragen der Mitbestimmung wurden allerdings im Bericht von Hothan¹²⁴⁷ und Bartholomäus¹²⁴⁸ zur VV in Emden 1959 nicht angesprochen.

Die bislang behandelten Forderungen fassten die Junglehrerververtretungen zusammen und veröffentlichten diese überregional 1960 unter dem Titel

*„Vorschlag zur inhaltlichen Ausgestaltung der berufspraktischen Ausbildung der Lehrer an Volksschulen zwischen der ersten und zweiten Prüfung.“*¹²⁴⁹

Zu Beginn des Jahres 1961 beschrieb der Vorsitzende des Pädagogischen Ausschusses des OLV, Reinhard Barfs, die Arbeitsweise der JLAG.¹²⁵⁰ Die Arbeit war nach wie vor darauf ausgerichtet, dass ältere, erfahrene Lehrkräfte ihr Wissen weitergaben, die Schulräte organisierten so genannte „Pädagogische Seminare.“¹²⁵¹ Eines dieser Seminare führte der Schulaufsichtskreis Leer im August 1960 durch.¹²⁵² Den Bericht dazu nahm Nonno de Vries zum Anlass, den Begriff „Pädagogisches Seminar“¹²⁵³ näher zu erläutern. Er sah das Seminar als Einrichtung, dessen Aufgaben genau umrissen sei:

*„Planung der Ausbildung, die Aufnahme der Verbindung zur Pädagogischen Hochschule und die Durchführung größerer Veranstaltungen.“*¹²⁵⁴

Aus der Junglehrerververtretung im Vorstand des OLV wurde 1961 schließlich ein auf Bezirksebene unabhängig arbeitendes Gremium: der „Ausschuss für junge Lehrer“ (AJL).¹²⁵⁵ Die zu diesem Zeitpunkt bearbeiteten Themen des AJL umschrieb Nonno de Vries in seinem Bericht zur Vertreterversammlung 1961 in Leer:

1246 Ebd., S. 102.

1247 Hansjoachim Hothan war Lehrer an Schule Klein-Remels, Schulaufsichtskreis Leer. Festschrift 1958, S. 38.

1248 Annemarie Bartholomäus war Lehrerin an der Schule Hinte, Schulaufsichtskreis Emden. Festschrift 1958, S. 36.

1249 Der junge Lehrer. Beilage Niedersächsische Lehrerzeitung, 1960, Nr. 3.

1250 Barfs, R., Wie vollzieht sich in Ostfriesland die Ausbildung der Junglehrer? In: OSB 82. Jg., Nr. 1, Jan. 1961, S. 4 f.

1251 Ebd., S. 5.

1252 Frerichs, A., Erste Arbeitstagung des Pädagogischen Seminars im Schulaufsichtskreis Leer. In: OSB 81. Jg., Nr. 11, Nov. 1960, S. 101 f.

1253 Vries, N. de, Ohne Titel. In: OSB 81. Jg., Nr. 11, Nov. 1960, S. 101.

1254 Ebd.

1255 Ostfriesischer Lehrerverein. Vorstandssitzung des OLV am 13. Januar 1961. In: OSB 82. Jg., Nr. 2., Feb. 1961, S. 15.

*„Arbeitsgemeinschaften für politische Bildung, Mitarbeit bei der Planung für die Junglehrerarbeitsgemeinschaften, Gestaltung der 2. Lehrprüfung, Fragen der Lehrerbildung, Wohnungsfragen, Kontakte mit der ostfriesischen Landjugend, Werbung für den Verband, Durchführung eigener Tagungen mit geschichtlichen und pädagogischen Themen in Potshausen, Wiesmoor und Aurich.“*¹²⁵⁶

Die Aussagen zur neuen Laufbahnverordnung für Niedersachsen¹²⁵⁷, zum Vorbereitungsdienst¹²⁵⁸ und zur Probezeit¹²⁵⁹ führten während der VV 1961 zu einer „längeren Debatte.“¹²⁶⁰ Die Mitgliederversammlung befürchtete einen Verlust der Praxis:

*„Die VV ist der Meinung, daß die 2. Lehrprüfung im Interesse der Lehrer erhalten bleiben muß. Koll. Kipsch und Koll. Ernst Siebert sind der Meinung, daß diese Frage eine hochpolitische ist, auch eine standespolitische. Koll. Siebert warnt eindringlich davor, die Entscheidung über die sogen. ‘Bewährung’ eines Lehrers zu einer Ermessensangelegenheit werden zu lassen. Koll. Schmidt-Leerhaffe beantragt, daß der schulpolitische Ausschuß sich sofort eingehend mit dieser Frage befaßt. Es sollte auch der Koll. de Vries zu diesen Beratungen hinzugezogen werden. Der Antrag wurde angenommen.“*¹²⁶¹

Ein überraschendes Ergebnis zeigte die während der VV angesprochene Auswertung der Befragung der Junglehrkräfte zur Wohnsituation in Ostfriesland, die der AJL im Juni 1960 veranlasst hatte. Die Auswertung veröffentlichte Herbert Schodder¹²⁶² im Januar 1962.¹²⁶³ Es gab tatsächlich immer noch in Einzelfällen Grund zur Beschwerde:

1256 Vertreterversammlung des Ostfriesischen Lehrervereins am 4. Oktober 1961 in Leer. In: OSB 82. Jg., Nr. 10, Okt. 1961, S. 97.

1257 Niedersächsische Laufbahnverordnung (NLVO) v. 18. Juli 1961, Nds. GVBL 1961, S. 171. Abdruck in: Nds. SVBl. 13. Jg., 1961, S. 262 ff. In Verbindung mit: Zweite besondere Niedersächsische Laufbahnverordnung v. 30. Oktober 1961. Nds. GVBl. 1961, S. 316. Abdruck in: Ebd., S. 272 ff.

1258 Vgl. § 3. Zweite besondere Niedersächsische Laufbahnverordnung v. 30. Oktober 1961. Nds. GVBl. 1961, S. 316. In: Nds. SVBl. 13. Jg., 1961, S. 272.

1259 Vgl. § 4. Ebd. S. 272 f.

1260 Vertreterversammlung des Ostfriesischen Lehrervereins am 4. Oktober 1961 in Leer. In: OSB 82. Jg., Nr. 10, Okt. 1961, S. 97.

1261 Ebd., S. 97 f.

1262 Herbert Schodder war Lehrer an der Schule Lütetsburg, Schulaufsichtskreis Norden. Festschrift 1961, S. 60.

1263 Schodder, H., Die Ergebnisse einer Wohnungsumfrage bei jungen Lehrern Juni 1960. In OSB 81. Jg., Nr. 1, Jan. 1962, S. 6.

*„Zu wenig Wasser, stinkendes Wasser, Räume nicht verschließbar, keine Öfen, Wasser in Eimern holen, undichtes Dach, nasser Keller, Zugang über den Boden, Weg bei Pumpen- und Toilettenbenutzung durch die Wohnung des Hauptlehrers etc.“*¹²⁶⁴

Grundsätzlich aber schien sich die Situation gebessert zu haben. Die Analyse der Zufriedenheit, eine Auswertung des Verhältnisses von positiven zu negativen Antworten zeigte ein eindeutiges Bild. Zur Zufriedenheit mit Neubauwohnungen gaben die Befragten auf eine negative Antwort vier positive Antworten, das entsprach einem Verhältnis von 1:4, die Bewohner von Altbauwohnungen äußerten sich in einem Verhältnis von 1:1,4.¹²⁶⁵ Die Modernisierung in Ostfriesland hatte sich auch auf die Zufriedenheit der Junglehrkräfte ausgewirkt. Schodder forderte dennoch für die Junglehrkräfte mehr Wohnungen, die es ermöglichen, „dass sich der junge Lehrer an seinem Dienstort wohlfühlt.“¹²⁶⁶ Das schien dringend notwendig, denn von den 88 Befragten hatten 66 keine Angehörigen in Ostfriesland¹²⁶⁷ und eine angenehme Wohnsituation konnte wesentlich dazu beitragen, dass die Lehrkräfte auch auf Dauer in dieser Region blieben.

Als der Vorstand des OLV die Aufgaben der Ausschüsse 1962 neu definierte, nannte Nonno de VRIES zwei Bereiche:

„1. Die 2. Ausbildungsphase – Möglichkeiten der Durchführung im Sinne der Rendsburger Thesen.

*2. Informierung über die Arbeit des OLV und Werbung junger Kollegen.“*¹²⁶⁸

Zur VV 1963 berichtete Jürgen Weitz¹²⁶⁹, neuer Vorsitzender des AJL, nachdem Nonno de Vries in einen anderen Bezirk versetzt worden war.¹²⁷⁰ Es wurden von Oktober 1961 bis Oktober 1963 sechs Sitzungen auf Bezirksebene durchgeführt. Sieben Kreisjunglehrervertreter arbeiteten an der Umsetzung der neuen Laufbahnverordnung und an Hilfen zur Bewältigung der

1264 Ebd.

1265 Ebd.

1266 Ebd.

1267 Ebd.

1268 Schmidt, W., Koordinierung der Ausschularbeit im OLV In: OSB 83. Jg., Nr. 9, Dez. 1962, S. 94.

1269 Jürgen Weitz war Lehrer an der Schule Steenfelde/Großwolde, Schulaufsichtskreis Weener. Festschrift 1964, S. 63.

1270 Vertreterversammlung des Ostfriesischen Lehrervereins 1963. In OSB 84. Jg., Nr. 10, Okt. 1963, S. 101.

zweiten Phase. Die Entwicklung der Mittelpunktschule in der Region wirkte sich auf die Lehrerbildung positiv aus.¹²⁷¹

Die Bandbreite der Möglichkeiten in der Ausbildung wurde durch die Größe der Kollegien erweitert. Auf Initiative der Junglehrervertretungen der KLV Leer und Weener wurde am 30./31. Mai 1964 eine Wochenendtagung durchgeführt, zu der auch Nonno de Vries, jetzt Landesvorsitzender des AJL im GNL, eingeladen wurde.¹²⁷² N. de Vries erhob die Forderung, „dem jungen Lehrer das Referendariat nicht länger zu verweigern.“¹²⁷³

Der Lehrermangel in der Region bereitete auch 1964 noch erhebliche Probleme. Die Werbung für die Tätigkeit an einer Schule sollte neue Formen erhalten. In den Sommermonaten kamen erstmalig sechs Studenten der PH Osnabrück nach Ostfriesland, um im Rahmen eines Dorfpraktikums¹²⁷⁴ das Leben auf dem Land kennen zu lernen.¹²⁷⁵ Studierende sollten für die ländliche Region gewonnen werden. E.A. Becker äußerte Zweifel daran, dass auf diese Weise der Mangel an Lehrkräften behoben werden könne.

*„Man kommt um die Tatsache nicht länger herum, dass die ländlichen Gebiete aus sich heraus nicht mehr genügend Nachwuchs für den Lehrerberuf haben.“*¹²⁷⁶

Den Junglehrkräften ging die Reform zu langsam voran. Zum angestrebten Wandel der Junglehrerbildung erschien im Februar 1965 ein Artikel von Wilhelm H. Peterssen, Emden. Unter dem Titel „Vertane Zeit?!“¹²⁷⁷ schilderte er, dass die Umstellung auf eine Ausbildung in Haupt- und Fachseminaren nur begrüßt werden könne. Der geplante wöchentliche Studientag, der dem Selbststudium dienen sollte, werde den Zeitdruck mildern. „Die neue Regelung gibt den Junglehrern Selbstständigkeiten, also müssen sie sie auch übernehmen.“¹²⁷⁸ Die alte Form der Ausbildung in Junglehrerarbeitsgemeinschaften sei von vielen als „vertane Zeit“¹²⁷⁹ angesehen worden.

1271 Ebd.

1272 Büscher, H., Junglehretagung in Potshausen. In OSB 85. Jg., Nr. 7/8, Juli/Aug. 1964, S. 81.

1273 Ebd.

1274 Berichte dazu Vgl. Zwiłgmeyer, F., 1963.

1275 Becker, E.A., Erstmals Dorfpraktikum von PH-Studenten in Ostfriesland. In OSB 85. Jg., Nr. 7/8, Juli/Aug. 1964, S. 96.

1276 Ebd.

1277 Peterssen, W.H., „Vertane Zeit?!“ Ein Beitrag zur Diskussion um die Junglehrerbildung. In: OSB 86. Jg., Nr. 2, Febr. 1965, S. 17.

1278 Ebd.

1279 Ebd.

Der Vorstand des OLV bejahte in seiner Sitzung im März 1965 die Argumente Peterssens, obwohl es vom „Sachlichen her“¹²⁸⁰ Bedenken gab. J. Weitz, der Vorsitzende der AJL im OLV, unterbreitete kurz darauf Vorschläge, die den Arbeitsgemeinschaften eine neue Struktur geben sollten. Er forderte Grundarbeitsgemeinschaften, die das allgemeine unterrichtliche Vorgehen sowie die pädagogischen Anteile vermitteln, und Facharbeitsgemeinschaften, die der Absicherung der gewählten Fächerkombination dienen sollten.¹²⁸¹ Weitz berichtete auch zur VV 1965 von der Diskussion um die Gestaltung der Lehrerbildung, die Forderung nach Stundenermäßigung und davon, dass mit H. Wiemann über „die Einrichtung von Arbeitsgemeinschaften“¹²⁸² gesprochen wurde. Außerdem sollten die Junglehrkräfte über die Möglichkeiten, sich zu organisieren und mitzuwirken, besser informiert werden.¹²⁸³ Aus dieser Diskussion heraus entwickelt sich die Idee zur Einrichtung eines Werbungsausschusses, D. Mahnke übernahm schließlich die Leitung dieser neuen Einrichtung.¹²⁸⁴ R. Barfs berichtete während der VV von den Verhandlungen mit der Ostfriesischen Landschaft über die Einrichtung einer vom AJL seit Jahren geforderten Pädagogischen Bücherei, die nun mit einem Erstbestand von „ca. 600 Büchern“¹²⁸⁵ eingerichtet wurde. Ende 1965 legte die Landschaftsbibliothek ein „Auswahlverzeichnis Pädagogik“¹²⁸⁶ vor.

Zur VV 1965 gab Weitz sein Amt als Vorsitzender des AJL auf¹²⁸⁷, Nachfolger wurde Dirk Kranefuß.¹²⁸⁸

Im Mai 1966 waren die Vorbereitungen zur Umstellung der zweiten Phase der Ausbildung abgeschlossen. Für jeden Schulaufsichtskreis konnte ein

1280 Hinrichs, H., Vorstandssitzung am 12. März 1965 in Wittmund. In: OSB 86. Jg., Nr. 4, April 1965, S. 52 f.

1281 Weitz, J., Vorschläge zur Verbesserung der Ausbildung für Lehrer z.A. im Jahre 1965. In: OSB 86. Jg., Nr. 3, März 1965, S. 33 f.

1282 Weitz, J., Ausschuß für Junge Lehrer im OLV. In: OSB 86. Jg., Nr. 11, Okt. 1965, S. 128.

1283 Ebd.

1284 Hinrichs, H., Protokoll. Vorstandssitzung des OLV am 25. Mai 1966. In: OSB 87. Jg., Nr. 6, Juni 1966, S. 76.

1285 Barfs, R., Pädagogische Bezirksstelle. In: OSB 86. Jg., Nr. 11, Nov. 1965, S. 127.

1286 Landschaftliche Bibliothek. Handreichungen für Pädagogen. In: OSB 88. Jg., Nr. 1, Januar 1967, S. 9.

1287 Becker, E.A., Vertreterversammlung 1965 des OLV. In: OSB 86. Jg., Nr. 10, Okt. 1965, S. 112.

1288 Dirk Kranefuß war Lehrer an der Volksschule Ditzumerverlaat, Schulaufsichtskreis Weener. Festschrift 1965, S. 79.

Hauptseminarleiter bestellt werden.¹²⁸⁹ Die Junglehrer wurden nun fünf Wochenstunden „für die Arbeit in der zweiten Phase freigestellt.“¹²⁹⁰

Die Neuordnung wurde von G. Löning als entscheidender Schritt zur fachlichen Absicherung der „unterschiedlichen Interessenrichtungen“¹²⁹¹ gewertet. „Für den ‚Allroundlehrer‘ alter Schule war allerdings hier kein Platz mehr.“¹²⁹²

Kranefuß forderte nun eine zusätzliche Aufwertung des Vorbereitungsdienstes. Er verlangte eine engere Bindung der Hochschulausbildung an die Praxis: „Die 2. Phase muß der 1. Phase adäquat sein.“¹²⁹³ Doch seine grundsätzlichen Aussagen stießen auf Ablehnung. In einem umfangreichen Artikel wies W. Pinkert¹²⁹⁴ die Forderungen zurück. Die Praxisnähe dürfe nicht verloren gehen, es könne ja auch sein, „dass der eine oder andere Hauptseminarleiter im Laufe seiner Tätigkeit eine kritische Einstellung zur Hochschule gewonnen hat.“¹²⁹⁵

Das Land Niedersachsen legte Ende 1966 ein Sachverständigen-Gutachten zum Thema „Lehrerbildung und Lehrerfortbildung“¹²⁹⁶ vor, das im Auftrag des Nds. Kultusministeriums entstanden war. Der Sachverständigenrunde gehörte aus der Region Horst Leski, Schulrat Schulaufsichtskreis Leer I¹²⁹⁷, an. Mit diesem Gutachten, das war der Diktion deutlich anzumerken, war beabsichtigt, den Mangel an Lehrkräften zu beheben, in dem es den „Ausbau bestehender Ausbildungswege“¹²⁹⁸ betonte. Dennoch enthielt es Vorschläge, die die Argumente von Kranefuß stützten: Ausdehnung des Studiums auf acht Semester und die verstärkte „Verbindung zwischen Schule und Hoch-

1289 Hinrichs, H., Protokoll. Vorstandssitzung des OLV am 25. Mai 1966. In: OSB 87. Jg., Nr. 6, Juni 1966, S. 75.

1290 Ebd.

1291 Löning, G., Arbeitsweise und Ausbildungsinhalte der Junglehrer-Arbeitsgemeinschaften in den 50er Jahren. In: Bierwirth, H.; Hothan, H.; Klattenhoff, K. (Hrsg.), 1995, S. 478.

1292 Ebd.

1293 Kranefuß, D., Zur Frage der „2. Ausbildungsphase des Volksschullehrers“ – eine Stellungnahme. In: OSB 87. Jg., Nr. 11, Nov. 1966, S. 127.

1294 Wolfgang Pinkert war Rektor der Volksschule Sandhorst, Schulaufsichtskreis Aurich I. Festschrift 1965, S. 56.

1295 Pinkert, W., Zum Thema: Wissenschaftliche und praktische Ausbildung des Volksschullehrers. Ausbildung ohne eine 2. Ausbildungsphase möglich? In: OSB 87. Jg., Nr. 12, Dez. 1966, S. 135.

1296 Lehrerbildung und Lehrerfortbildung. Ein Sachverständigen-Gutachten im Auftrage des Niedersächsischen Kultusministeriums. In: OSB 88. Jg., Nr. 1, Januar 1967, S. 6 ff.

1297 Vgl. Festschrift 1965, S. 67.

1298 Lehrerbildung und Lehrerfortbildung. Ein Sachverständigen-Gutachten im Auftrage des Niedersächsischen Kultusministeriums. In: OSB 88. Jg., Nr. 1, Januar 1967, S. 7.

schule.“¹²⁹⁹ Mit Erlass vom 14.6.1966 regelte der Nds. Kultusminister letztlich die zweite Ausbildungsphase neu.¹³⁰⁰ Zwar war die alte Form der JLAG mit ihren Belastungen und Unsicherheiten weitgehend aufgehoben, aber es gab eine wesentliche Lücke: Die Finanzierung insbesondere der jetzt notwendigen Dienstreisen war nicht gewährleistet. Der AJL im OLV verfasste daraufhin eine EntschlieÙung, die eine Sicherstellung der Finanzierung verlangte.¹³⁰¹

Arnold Harms, Vorsitzender des OLV, unterstützte das Verlangen des AJL und wies darauf hin, dass die „Gleichheit der Ausbildungschancen nicht mehr gewährleistet“¹³⁰² sei.

In der weiteren Entwicklung der Ausbildung der Lehrkräfte stand jetzt die Professionalisierung in der zweiten Ausbildungsphase im Vordergrund. 1969 wurden hauptamtliche Ausbildungsleiter als Rektoren im Ausbildungsdienst eingesetzt und die Junglehrkräfte erhielten die Möglichkeit, ihre Mentoren zu wählen.¹³⁰³

In der neu entstandenen Demokratie waren die jungen Lehrkräfte, bei allem oben dargestelltem Engagement und ihrem Verlangen nach Reformen, in ihrer Rolle zu stark gebunden. Dahrendorf stellte dar:

*„Viele Menschen haben zwar formell gleiche Rechte, sind aber zugeschriebenen sozialen Positionen zu stark verhaftet, als daß sie ihre Chancen wahrnehmen könnten.“*¹³⁰⁴

Die Junglehrkräfte wurden in der jungen Demokratie beim Eintritt in die berufspraktische Phase in eine Tradition gesetzt, die deutliche Mängel hatte und der Verbesserung bedurfte. Sie zeigten Engagement in ihrem Beruf und in der übernommenen Aufgabe, sie solidarisierten sich mit der Lehrerschaft vor Ort und mit dem Berufsverband, sie nahmen ihre soziale Position wahr. Sie setzten ihre Hoffnung darein, dass der Verband als überregionale Interessenvertretung ihren Willen zur Mitgestaltung, Mitbestimmung und Mitwir-

1299 Ebd.

1300 Erl. Nds. KM: Neugliederung der 2. Ausbildungsphase der Lehrer zur Anstellung. Nds. SVBl. 1966, S. 326.

1301 Der Ausschuss Junger Lehrer im OLV: EntschlieÙung. In: OSB 88. Jg., Nr. 9, Sept. 1967, S. 81.

1302 Harms, A., Ausbildung der Lehrer z.A. In: OSB 88. Jg., Nr. 9, Sept. 1967, S. 81.

1303 Bruns, B., Lehrerausbildung von 1969 bis zur Einrichtung der Ausbildungsseminare. In: Bierwirth, H.; Hothan, H.; Klattenhoff, K. (Hrsg.), 1995, S. 501.

1304 Dahrendorf, R., 1965, S. 145.

kung aufnahm und „in ihrem Namen zu bestimmten Zwecken“¹³⁰⁵ sich in Entscheidungsgremien und politischen Vertretungen Gehör verschaffte. Der OLV und die Junglehrervertretung bzw. der Ausschuss junger Lehrer waren ihren Leitthemen treu geblieben, hatten einige Ziele im Verbund mit dem Landesverband umsetzen können.

4.2.5.2 Neuorientierung in der Demokratie – politische Bildung der Junglehrkräfte

Die jungen Menschen, die in der Nachkriegszeit in die Schulen als Junglehrkräfte eintraten, waren selbst in einer Zeit als Schülerin oder Schüler durch die Schule gegangen, in der die nationalsozialistische Idee die Lebensplanung bestimmte.¹³⁰⁶ Die Neuorientierung in der Demokratie war geprägt von einem Zeitgeist, der auch und gerade die politische Auseinandersetzung, die Offenheit in allen Fragen des öffentlichen Lebens und die Achtung der Freiheit in Meinungsäußerung und -bildung postulierte.¹³⁰⁷ „Meiner Generation ... war es nicht vergönnt, zwischen Idealen zu wählen“¹³⁰⁸, sagte ein junger Kriegsinvalide dem Journalisten Isaac Deutscher im Dezember 1945.

Ein System, das den Lehrkräften als Beamte im Landesdienst in den ersten Nachkriegsjahren die politische Betätigung untersagte, war kaum geeignet, ein politisches Denken zu fördern.¹³⁰⁹ Das politische Denken, das Wissen um Demokratie, Mitverantwortung und Mitgestaltung musste neu vermittelt und gefestigt werden. Die Westdeutsche Rektorenkonferenz brachte deutlich zum Ausdruck, dass der akademische Nachwuchs der politischen Bildung bedurfte.¹³¹⁰ Der Deutsche Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen fand im „Gutachten über die Ausbildung der Lehrer an Volksschulen“¹³¹¹ vom 5. September 1955 deutliche Worte:

1305 Besson, W.; Jasper, G., 1991, S. 54.

1306 Vgl. dazu Knopp, G., 2000; Schörken, R., 2005 u. a.

1307 Zu den Aspekten der Reeducation, der Umerziehung vgl. Schlander, O., 1975; Füssl, K.-H., 1994.

1308 Deutscher, I., 1980, S. 73.

1309 Vgl. dazu Frowein, J., 1967.

1310 Empfehlungen der westdeutschen Rektorenkonferenz für die politische Bildung und Erziehung an den Universitäten und Hochschulen. Abdruck in: Deutscher Ausschuss, 1955, S. 48 ff. Erste Forderungen dazu auch: Binder, G., Frede, G.; Kolling, K.; Messerschmidt, F. (Hrsg.), 1953.

1311 Gutachten über die Ausbildung der Lehrer an Volksschulen. In: Deutscher Ausschuss, 1955, S. 52 ff.

*„Politische Bildung des Lehrers fordert gemeinsame von allen behördlichen Direktiven freie Arbeit am kritischen Verstehen unserer Vergangenheit und unserer gegenwärtigen Lage.“*¹³¹²

Die Frage nach der Realität der Erziehung und nach dem, was Schulpraxis und Denken der Zeit noch Verbindung gab, beschäftigte die übergreifende Konferenz 1954 in Aurich, an der der Vorstand des OLV, die Leiter der JLAG, Mentoren, Junglehrer, Vertreter des OLV und die Schulräte des Bezirkes teilnahmen. Junglehrer Aschoff, Norden, veröffentlichte zum Referat, das er während der Tagung hielt, einen Beitrag unter der Fragestellung: „Wie sehen wir die geistige Situation der Gegenwart und die schulpraktische Wirklichkeit?“¹³¹³

Der Referent bezog sich auf die Aussagen des Religionsphilosoph Georg Picht, dessen Einschätzungen zur Gegenwart dazu Anreiz geben sollten, ohne „Illusionsbrille“¹³¹⁴ in die Schulklassen der Zeit hineinzuschauen. Picht zeichne, so Aschoff, ein krasses Menschenbild, das er an fünf Aspekten der geistigen Gegenwartssituation festmachen wolle.

Es sei dies

*„1. der Verlust der Geborgenheit und der Verwurzelung infolge Lösung der Bindungen an das Absolute und an die Familie, 2. die fortschreitende Relativierung aller Wertmaßstäbe und die ihr folgende Unsicherheit, 3. das Zurückgeworfensein des Einzelnen auf sich selbst, weil wir keine tragenden Ideen mehr haben, 4. die existenzielle Bedrohung des Menschen durch die ihm feindliche Welt und 5. seine daraus erwachsende Lebensangst, die ihn schließlich in die Hörigkeit der Kollektivitäten treibt.“*¹³¹⁵

Aschoff zeichnete eine Entwicklung der Gesellschaft hin zur erkaltenden, unpersönlichen, aber auch unverantwortlichen Organisation vor. Er kritisierte die Volksschule als Einrichtung, die den Heranwachsenden nicht genügend Möglichkeiten einräume. Er hoffte auf eine Schulreform, die sich stärker an den Gegebenheiten der Gesellschaft und damit der Demokratie orientierte.¹³¹⁶

1312 Ebd., S. 58.

1313 Aschoff, L., Wie sehen wir die geistige Situation der Gegenwart und die schulpraktische Wirklichkeit. In: OSB 75. Jg., Nr. 8, Aug. 1954.

1314 Ebd.

1315 Ebd.

1316 Ebd.

Als Vertreter der Junglehrerschaft äußerte sich Rolf Schridde¹³¹⁷ 1956 zur Situation der politischen Erziehung in der Schule¹³¹⁸; er zeigte auf, welche Veränderungen, aber auch welche Unsicherheiten bei der Definition der „staatsbürgerlichen Erziehung“¹³¹⁹ im schulischen Alltag herrschten.

Von 1947 bis 1955 waren 33 Vorträge in Gremien und Einzelorganisationen des BLO/OLV gehalten worden, die dem Thema Demokratisierung zugeordnet werden können.¹³²⁰ Am 1. Februar 1961 sprach H. Hothan auf der Tagung des Pädagogischen Ausschusses über die Notwendigkeit, Seminare für politische Bildung durchzuführen. Ziel sollte es sein, das „politische Grundwissen“ zu erweitern. Diese Seminare sollten über die JLAG vorbereitet werden, die Teilnahme aller Junglehrkräfte hatte nach einem bestimmten Schlüssel zu erfolgen.¹³²¹

Im gleichen Monat beriet der Vorstand des OLV über mögliche Themen zur politischen Bildung.¹³²²

Im Mai 1961 veröffentlichte der neue Vorsitzende des AJL im OLV, Nonno de Vries, die angestrebten Formen der Ausbildung in politischer Bildung.

Die Arbeit sollte in „Facharbeitskreisen“¹³²³ erfolgen:

„I. Die Ausbildung in Arbeitskreisen für Politische Bildung: Die Ausbildung in Politischer Bildung kann nicht mehr im Rahmen der bestehenden Junglehrer-Arbeitsgemeinschaften erfolgen. Darum wird in jedem Schulaufsichtskreis ein besonderer Facharbeitskreis eingerichtet. Der Facharbeitskreis läuft für die Dauer eines Jahres in etwa zehn Halbtagsstunden. Es muß gewährleistet sein, daß in dieser Zeit ein Themenkreis abgeschlossen wird. Der Leiter eines Facharbeitskreises wird auf Vorschlag des OLV in gleicher Weise ernannt wie die Leiter der amtlichen Junglehrer-Arbeitsgemeinschaften.“

1317 Rudolf Schridde war Junglehrer an der Schule Manslagt, Schulaufsichtskreis Emden. Festschrift 1954, S. 29.

1318 Schridde, R., Politische Erziehung als pädagogischer Auftrag. OSB, 77. Jg., Teile I, II; Nr. 3, März 1956, S. 17f., Teile III, IV; Nr. 4, April 1956, S. 25 f.

1319 Schridde, R., Politische Erziehung als pädagogischer Auftrag. OSB, 77. Jg., März 1956, S. 17.

1320 Ergebnis einer Auszählung der Nennungen von Referaten und Veranstaltungen im OSB im Bereich des BLO/OLV, die sich auf die Demokratisierung beziehen.

1321 Hinrichs, J.O., Seminare für politische Bildung. Aus der Arbeit des Pädagogischen Ausschusses im OLV. In OSB 82. Jg., Nr. 2, Feb. 1961, S. 12 f.

1322 Dreesmann, W., Vorstandssitzung des OLV am 14. Februar 1961. In: OSB 82. Jg., Nr. 3, März 1961, S. 26.

1323 Vries, N. de, Arbeitskreise für Politische Bildung. In: OSB 82. Jg., Nr. 5, Mai 1961, S. 43.

Die Teilnahme an einem solchen Facharbeitskreis ist freiwillig. Der Junglehrer entscheidet, ob und zu welcher Zeit er an einem Facharbeitskreis teilnehmen will.“¹³²⁴

Ein genau definierter Themenkanon sollte bearbeitet werden:

„2. Themenvorschläge für die Ausbildung der Lehrer zwischen 1. und 2. Prüfung in den Arbeitskreisen für Politische Bildung: A) Die Verwirklichung der Grundsätze der Freiheit und Demokratie in der Bundesrepublik: a) Das Grundgesetz: seine Vorbilder, Prinzip, provisorischer Charakter (Wiedervereinigung); b) Die Mitbestimmung des Bürgers: Möglichkeiten und Grenzen, Institutionen; c) Die Freiheit: Rechte und Pflichten, persönliche Haltung – kein Dogma. B) Das Herrschaftssystem der SBZ: a) Diktatur einer Partei: ‘Die Partei hat immer recht!’; b) ‘Demokratie’ in der SBZ: Wahlen, Parlament, Regierung; c) Methoden der Unterdrückung: Rechte, Spitzel, Gewalt. C) Berlin – Status und politische Bedeutung: a) Viermächtestatus: rechtliche Lage; b) Bedeutung für die Freiheit: für Deutschland – für die freie Welt. D) Der Nationalsozialismus: a) Zerstörung der Freiheit und Demokratie: Gleichschaltung, Ermächtigungsgesetz, Folgen; b) Methoden der Herrschaft – im Vergleich zur SBZ. E) Die Ideologie des Kommunismus: a) Dialektischer Materialismus (wesentliche Grundzüge – Auswirkungen auf das Geschichtsbild); b) Historischer Materialismus (wesentliche Grundzüge – Auswirkungen auf das Geschichtsbild).“¹³²⁵

Schließlich sollten die Junglehrkräfte eine Prüfung ablegen:

„3. Die Prüfung in Politischer Bildung: In Übereinstimmung mit § 6 (7) der Ordnung der 2. Prüfung für das Lehramt an Volksschulen soll der Kandidat nachweisen, daß er allgemeine methodische Probleme der Politischen Bildung kennt und in der Lage ist, ein von ihm gewähltes und mit dem Schulrat abgesprochenes Thema der Politischen Bildung im Hinblick auf eine besondere Bildungsstufe der Volksschule didaktisch zu analysieren.“¹³²⁶

N. de Vries erklärte, dass er glaube, mit dieser Regelung sei „eine übermäßige Belastung der Junglehrer“¹³²⁷ vermieden worden und es sei gleichzeitig eine Ausbildung gesichert, die den „Grundzügen einer akademischen Lehrer-

1324 Ebd.

1325 Ebd.

1326 Ebd.

1327 Ebd.

bildung“¹³²⁸ entspräche. Ausführliche Berichte aus der Arbeit erschienen in den Folgemonaten. Es wurde am Thema „Weltanschauung und Politik bei Hitler“¹³²⁹ gearbeitet, und zur Tagung des AJL im März 1961 standen die „Ursachen für den Zusammenbruch der Weimarer Republik“¹³³⁰ im Vordergrund, gleichzeitig wurden Fragen der Sicherung der parlamentarischen Demokratie erörtert.¹³³¹ Im Oktober 1961 berichtete A. Alberts für den Pädagogischen Ausschuss des OLV zur VV über die Planungen zur Ausbildung der Junglehrkräfte, er sprach in diesem Zusammenhang von der „Prüfung in Politischer Bildung.“¹³³² Alberts hob hervor, dass der Ausschuss „mit an der Aufstellung von Unterrichtseinheiten für das Fach ‘Politische Bildung’ und an einer Literaturliste für die Ausbildung der jungen Lehrer in ‘Politischer Bildung’“ arbeite. Der Bericht des AJL zur VV 1961 erwähnte die Einrichtung von „Arbeitsgemeinschaften für politische Bildung“¹³³³ als einen der Arbeitsschwerpunkte.

Zwar sollten politische Themen die Arbeit des AJL weiterhin begleiten¹³³⁴, zu einer breiten Umsetzung aber kam es nicht. Die Aktivitäten des AJL müssen im Zusammenhang mit den Themen der Zeit gesehen werden. Einerseits wurde die Diskussion um den Bildungskanon des 9. Schuljahres überregional auf gesellschaftspolitischem Hintergrund geführt, andererseits wurden im Nachklang zur Erklärung „Erziehung entscheidet unser Schicksal“¹³³⁵ um ein neues Rollenverständnis der Lehrkräfte gekämpft.¹³³⁶ Auswirkungen dieser Neuorientierung in der politischen Bildung sind nur für kurze Zeit den Themen der Prüfungsarbeiten, die vom OSB in den sechziger Jahren regelmäßig abgedruckt wurden, nachlesbar. Waren die politischen Themen vor 1961 ausgesprochen selten, so wurden in der Aufzählung der im Monat November 1961 aufgelisteten 21 Arbeiten drei mit politischer Themensetzung

1328 Ebd.

1329 Himstedt, H.; Meyer, G., Weltanschauung und Politik bei Hitler. In: OSB 82. Jg., Nr. 6, Juni 1961, S. 53 ff.

1330 Schodder, H., Ursachen für den Zusammenbruch der Weimarer Republik. In: OSB 82. Jg., Nr. 6, Juni 1961, S. 53 ff.

1331 Ebd.

1332 Vertreterversammlung des Ostfriesischen Lehrervereins am 4. Oktober 1961 in Leer. In: OSB 82. Jg., Nr. 10, Okt. 1961, S. 96.

1333 Ebd., S. 97.

1334 Vgl. Themenvorschläge im Bericht: Pädagogischer Ausschuss im OLV. In: OSB 81. Jg., Nr. 3, März 1962, S. 28.

1335 Erklärung: Erziehung entscheidet unser Schicksal. In: OSB, 79. Jg., Nr. 6, Juni 1958, S. 45.

1336 Vgl. dazu „Lehrer und Erzieher“. In: Bungardt, K., 1959. S. 148 ff.

genannt: „Politische Erziehung und Bildung im Sportunterricht“, „Über die Bedeutung des Lesebuches für die politische Bildung“, „Die Behandlung Deutschlands im Erdkundeunterricht des 5. Schuljahres in beiden Teilen unseres Vaterlandes.“¹³³⁷

Im April 1962 wurden 23 Arbeiten genannt, nur eine davon hatte politischen Charakter: „Meine Erfahrungen mit dem Erdkundeunterricht in Schulen der SBZ und in Niedersachsen.“¹³³⁸ Im Juni 1962 wurden 29 Arbeiten genannt, eine davon bezog sich auf eine „Erziehung zu Europa“¹³³⁹, in der Dezemberausgabe finden sich 16 Nennungen ohne Bezug zur politischen Bildung.¹³⁴⁰ Die Liste der Arbeiten, Mai 1963, enthielt 22 Arbeiten, eine davon trug den Titel: „Erarbeitung politischer Grundbegriffe im Gemeinschaftsunterricht unter besonderer Berücksichtigung der Besprechung zeitgeschichtlicher Fragen“¹³⁴¹, zum Juni enthielten von 29 Arbeiten drei Titel einen Bezug zur politischen Bildung: „Die Zeitung als Mittel der politischen Bildung im Unterricht der Volksschuloberstufe“, „Untersuchungen zum Geschichtsinteresse und Geschichtsverständnis in meinem 5. Schuljahr“ und „Eine vergleichende Untersuchung von Lehrbüchern der Bundesrepublik und der SBZ ...“¹³⁴², 18 Nennungen zum Sommer 1963 wiesen nur einen Beitrag mit besonderem Bezug zur politischen Bildung aus: „Die sozialen Beziehungen meiner Schulklasse und ihre Beeinflussung durch die Sozialstruktur der Schulgemeinde.“¹³⁴³

Von 158 Arbeiten, die Junglehrkräfte vom November 1961 bis zum Sommer 1963 in der Folge der Diskussion im AJL anfertigten, wiesen lediglich 10 einen Bezug zur politischen Bildung aus, das entsprach einem Anteil von 6,33 %.

Natürlich ist dies nur eine Interpretation der aufgeführten Titel der Prüfungsarbeiten.¹³⁴⁴

1337 In: OSB, 82. Jg., Nr. 11, Nov. 1961, S. 112.

1338 Themen der Prüfungsarbeiten. In: OSB 83. Jg., Nr. 4, April 1962, S. 26.

1339 Themen der Prüfungsarbeiten. In: OSB 83. Jg., Nr. 6, Juni 1962, S. 71.

1340 Themen der Prüfungsarbeiten. In: OSB 83. Jg., Nr. 12, Dez. 1962, S. 131.

1341 Themen der Prüfungsarbeiten. In: OSB 84. Jg., Nr. 5, Mai. 1963, S. 56 f.

1342 Themen der Prüfungsarbeiten. In: OSB 84. Jg., Nr. 6, Juni. 1963, S. 69 f.

1343 Themen der Prüfungsarbeiten. In: OSB 84. Jg., Nr. 7/8, Juli/Aug. 1963, S. 83.

1344 Untersuchungen zur Wirksamkeit politischer Bildung wurden Mitte der sechziger Jahre durch das Institut für Sozialforschung der J.W.Goethe-Universität erstellt. Sie bieten Vergleiche. Vgl. Institut für Sozialforschung an der J.W.Goethe-Universität (Hrsg.), 1966.

Die Themensetzung einer Prüfungsarbeit, das muss bedacht werden, war auch abhängig davon, in welchem Fach geschrieben und welcher Lehrplan zugrunde gelegt wurde. Außerdem war es durchaus möglich, dass die Junglehrkräfte in ihren Texten auch unter weniger deutlichem Titel sehr wohl einen Bezug zur politischen Bildung herstellen konnten.

Ein Hinweis darauf, dass die allgemeine Diskussion im OLV tatsächlich Wirkung zeigte, mag darin gesehen werden, dass am Preisausschreiben der Bundeszentrale des Heimatdienstes zur politischen Bildung 1962 insgesamt 23 ostfriesische Schulklassen Preise erhielten.¹³⁴⁵

Die kritische Bilanz dieses Aufbruchs zu neuem politischen Denken in der Junglehrerschaft sollte nicht dazu beitragen, die Wirkung als nur gering anzusehen.¹³⁴⁶ Viele Lehrkräfte gewannen aus diesem Verständnis heraus eine Motivation für die eigene berufliche Laufbahn. So schrieb H. Hothan in der Rückschau:

*„Für mich war diese Zeit der Mitarbeit in der Junglehrer-Arbeitsgemeinschaft Uplengen in Verbindung mit der Arbeit in einer einklassigen Schule die Grundlage meiner späteren Tätigkeiten im Beruf und den darüber hinausgehenden bildungspolitischen Aktivitäten.“*¹³⁴⁷

4.2.5.3 Ergebnisse – Beispiele aus Junglehrerarbeitsgemeinschaften

Jede Junglehrerarbeitsgemeinschaft führte ein Protokollbuch über die Ganz- und Halbtags tagungen. Diese Protokollbücher, die Auskunft über die behandelten Themen, aber auch über den Diskussionsverlauf und die Resonanz bei den Junglehrkräften geben können, sind weitgehend nicht mehr erhalten. Die Protokollbücher verblieben oft bei den jeweiligen AG-Leitern. Die für diesen Abschnitt gesichteten Protokollbücher entstammen einem Privatbesitz und dem Schulmuseum Folmhusen.

Die Junglehrerarbeitsgemeinschaften (JLAG) nutzten die Tagungen über die Schulung an Probelektionen und vertiefenden Referaten hinaus auch dazu,

1345 Bundesweit beteiligten sich 34.000 Schulklassen. Vgl. Ostfriesische Schulklassen als Gewinner des 11. Preisausschreibens zur politischen Bildung. In: OSB 84. Jg., Nr. 2, Feb. 1963, S. 17.

1346 Es entstand in dieser Zeit eine vertiefende Diskussion um die Didaktik der politischen Bildung. Vgl. Giesecke, H., 1965. Und um deren Umsetzung in der Jugendarbeit. Vgl. ders. 1972.

1347 Hothan, H., Die Arbeit in der Junglehrer-Arbeitsgemeinschaft Uplengen von 1954 bis 1958. In: Bierwirth, H.; Hothan, H.; Klattenhoff, K. (Hrsg.), 1995, S. 484.

die Vertretung der eigenen Interessen wahrzunehmen. So verlangte die JLAG Uplengen 1956 die Änderung des Verfahrens zur Gehaltszahlung an die neu eingestellten Junglehrkräfte.¹³⁴⁸ Der Junglehrervertreter informierte die JLAG über die Ergebnisse der Tagung mit dem Reg.- u. Schulrat Wiemann¹³⁴⁹ und die Junglehrkräfte verfassten einen Brief an den Bezirkslehrrat mit der Bitte, die Ungleichheit in den Gehaltszahlungen zu beheben.¹³⁵⁰

Während die JLAG Uplengen die Verläufe der Diskussionen um Fragen der Organisation der JLAG, der Mitbestimmung und Gestaltung der Arbeit differenziert aufführten, wurden z. B. in der JLAG Leer-Stadt¹³⁵¹ oder in der JLAG Wittmund¹³⁵² diese Themen nur kurz genannt. Den Protokollbüchern ist zu entnehmen, dass die jeweils zuständigen Schulräte nahezu regelmäßig an Ganztagstagungen teilnahmen, wichtige schulrechtliche und schulorganisatorische Rahmenbedingungen vorstellten, Fortbildungsmaßnahmen absprachen oder aktuell diskutierte Themen persönlich referierten. Zu einzelnen Tagungen wurden Referenten eingeladen, die bestimmte Themenbereiche vorstellen oder Fragestellungen bedienen konnten. Dabei fanden auch aktuelle Themen, die der Demokratisierung zugesprochen werden können, Berücksichtigung. So referierte zum Wandel der Werte in der Gesellschaft am 15.5.1956 Dr. Harm Wiemann vor der JLAG Uplengen.¹³⁵³ Dr. Wiemann stellte fest, dass Werte – damit auch die durch Schule und Unterricht vermittelten – „prägend auf den Handelnden zurück“¹³⁵⁴ wirkten.

Und zum Schulversuch zur Verbesserung der Chancen von Schülerinnen und Schülern durch Differenzierung sprach 1958 Hauptlehrer Möller, Uplengen-Remels, als Schulleiter einer Versuchsschule mit Differenziertem Mittelbau vor der JLAG Leer-Stadt im Beisein der für die Schulreform in Niedersachsen zuständigen Ministerialrätin A. Mosolf, sowie Oberregierungsrat Kint,

1348 Protokoll vom 21.6.1956. Protokollheft der ganztägigen Arbeitsgemeinschaft Uplengen. 4/56–11/57.

1349 Ebd. Die Schulräte unterstützten in der Regel die Entwicklung der Junglehrkräfte. Vgl. dazu: Schwab, H., 1979.

1350 Ebd.

1351 Protokollbuch: Protokolle Arbeitsgemeinschaft für Lehrerfortbildung. JLAG Leer-Stadt. 28.1.58 bis 5.9.1961.

1352 Protokollbuch: Junglehrerarbeitsgemeinschaft Wittmund-Nord 5/59 bis 10/1961; Protokollbuch II: 11/1961– 4/1964.

1353 Protokoll vom 15.5.1956. Protokollheft der ganztägigen Arbeitsgemeinschaft Uplengen. 4/56–11/57.

1354 Ebd.

Reg.- u. Schulrat Dr. Wiemann und Schulrat Dr. Roshop.¹³⁵⁵ Dieses Thema blieb aktuell, nach 1960 referierte Möller zum gleichen Thema vor der JLAG Uplengen.¹³⁵⁶

Wahlen der eigenen Interessenvertretungen protokollierten die JLAG regelmäßig. So wurde z. B. in der AG Uplengen H. Hothan am 12.5.1958 als Kreisjunglehrervertreter „einstimmig zum Kandidaten gewählt“¹³⁵⁷ und am 9.10.1958 vermerkte der Protokollführer, dass H. Hothan zum Bezirksjunglehrervertreter im OLV gewählt worden sei.¹³⁵⁸ In den JLAG änderte sich die Zusammensetzung aufgrund der zeitlich begrenzten Ausbildungsphase im jährlichen Rhythmus. Dennoch gab es auch Kampfabstimmungen; so konnte in der JLAG Uplengen im September 1961 die Sprecherin erst „im 4. Wahlgang gewählt“¹³⁵⁹ werden.

Schwieriger gestaltete sich offensichtlich die Bestimmung der AG-Leiter. Seit Aufleben der JLAG hatte der jeweils zuständige Schulrat die Leitung¹³⁶⁰ und musste „geeignete Mitarbeiter aus der Lehrerschaft und der Dozentschaft der Pädagogischen Hochschulen ... gewinnen.“¹³⁶¹ Die Junglehrervertretungen verlangten aber seit 1950¹³⁶² Mitbestimmung bei der Wahl der AG-Leitungen. Auch wenn dieses Recht formal nicht eingeräumt wurde, so hörten die Schulräte doch offensichtlich die Junglehrkräfte an. Nach der Verabschiedung des Leiters der JLAG Leer-Stadt, Schrader¹³⁶³, im Mai 1960 wurde von den Mitgliedern der JLAG „gefordert, auch die Junglehrer zu be-

1355 Protokoll vom (ohne Datum). Protokollbuch: Protokolle Arbeitsgemeinschaft für Lehrerfortbildung. JLAG Leer-Stadt) 28.1.1958 bis 5.9.1961.

1356 Protokoll vom 4.11.1960. Protokollheft der Ganztagungen, Arbeitsgemeinschaft Uplengen. 08/60–3/62.

1357 Protokoll vom 12.5.1958. Protokollheft der Halbtagungen, Arbeitsgemeinschaft Uplengen. 12/57–4/59.

1358 Protokoll vom 13.10.58. Ebd.

1359 Protokoll vom 15.9.1961. Protokollheft der Ganztagungen, Arbeitsgemeinschaft Uplengen. 08/60–3/62.

1360 Erl.MK: Die Ausbildung der Anwärter für das Lehramt an Volksschulen vor der zweiten Lehrprüfung. 29. September 1947. K III A 3500 e k IV. In: Amt.SchBl.AUR, Nr. 18, 39. Jahrg. 1947, S. 160 f.

1361 Ebd. Nr. 3.

1362 Protokoll Vorstandssitzung des BLO am 16. Juni 1950 in Esens. In: Protokollbuch: Vorstand des BLO/OLV, 1953–1955.

1363 Gottfried Schrader leitete die JLAG seit der unmittelbaren Nachkriegszeit. Er wurde am 22.3.1960 verabschiedet. Protokoll vom 22.3.1960. Protokollbuch: Protokolle Arbeitsgemeinschaft für Lehrerfortbildung. JLAG Leer-Stadt. 28.1.1958 bis 5.9.1961.

fragen.“¹³⁶⁴ Die Junglehrkräfte unterbreiteten auch gleich einen Vorschlag: „Herr Südtmann soll gebeten werden, die Leitung der AG auch weiterhin zu übernehmen.“¹³⁶⁵ Herbert Südtmann¹³⁶⁶ war den Mitgliedern der JLAG aus der Arbeit bekannt und wurde somit gewünscht. Zur Ganztagung im August – es wurde an diesem Tag auch der JLAG-Sprecher gewählt – wurde bekannt gegeben, dass H. Südtmann das Amt annimmt.¹³⁶⁷

Natürlich rangen auch die JLAG-Leiter ihrerseits um die Anerkennung der anvertrauten Junglehrkräfte. Der AG-Leiter der JLAG Uplengen, Karl-Heinz Plotzitzka ¹³⁶⁸, bat seine AG 1956 darum, dass ihm einmal jährlich „in einer geheimen Abstimmung das Vertrauen ausgesprochen wird.“¹³⁶⁹

Die Junglehrkräfte diskutierten innerhalb ihres Bereiches wiederholt die Organisations- und Arbeitsformen der Tagungen. So hatten die Mitglieder der JLAG Uplengen 1957 die Absicht, Arbeitsberichte und -pläne zu vereinheitlichen; die Absprache blieb allerdings ohne Ergebnis: „Jedem Junglehrer soll Freiheit in der Art seiner Arbeit belassen bleiben.“¹³⁷⁰

Insbesondere mit den Ganztagestagungen, die in der Regel mit dem Vorführen von Unterrichtsstunden in den Morgenstunden begannen und am Nachmittag mit der Nachbereitung und einem Referat zu einem Thema zu Ende gingen, waren die jeweils besuchten Lehrkräfte sehr belastet. Anläufe zur Neuorganisation der Tagungen gab es. 1958 wurden „Vorschläge für die Neugestaltung der Arbeit in der Ganztags-AG“¹³⁷¹ der JLAG Uplengen gesammelt, aber konkrete Veränderungen zeichneten sich nicht ab. Erst 1961 gab es eine Auseinandersetzung über die Arbeitsformen, die durch eine „Kritische Stellung-

1364 Protokoll vom 24.5.60. Protokollbuch: Protokolle Arbeitsgemeinschaft für Lehrerfortbildung. JLAG Leer-Stadt. 28.1.1958 bis 5.9.1961.

1365 Ebd.

1366 Herbert Südtmann war Mittelschullehrer an der Mittelschule Leer. Schulaufsichtskreis Leer. Vgl. Festschrift 1961, S. 58.

1367 Protokoll vom 23.8.1960. Protokollbuch: Protokolle Arbeitsgemeinschaft für Lehrerfortbildung. JLAG Leer-Stadt. 28.1.1958 bis 5.9.1961.

1368 Karl-Heinz Plotzitzka war Lehrer in Filsum, Schulaufsichtskreis Leer. Festschrift 1958, S. 37.

1369 Protokoll vom 16.8.1956. Protokollheft der ganztägigen Arbeitsgemeinschaft Uplengen. 4/56–11/57.

1370 Protokoll vom 30.8.1957. Protokollheft der ganztägigen Arbeitsgemeinschaft Uplengen. 2/57–9/58.

1371 Protokoll vom 8.9.1958. Protokollheft der Halbtageungen, Arbeitsgemeinschaft Uplengen. 12/57–4/59.

nahme zur Arbeit in der Arbeitsgemeinschaft¹³⁷² ausgelöst wurde. Kritisiert wurde: die Lehrkräfte sollten sich „gründlicher vorbereiten“¹³⁷³, die „Kritik der Stunden soll schärfer durchgeführt werden“¹³⁷⁴, „Gruppenarbeit soll unter bestimmten Problemstellungen weitergeführt werden“¹³⁷⁵, die „Referate sollen frei gesprochen werden“¹³⁷⁶ und ein „Kurzreferat über theor. Pädagogik soll hinzugenommen werden.“¹³⁷⁷

Schließlich setzte sich ein Vorschlag zu einem neuen Verlauf der Ganztags- tagungen durch:

*„2 Lektionen, 1 Losstunde, Nachmittag: 1. Besprechung der Losstunde, 2. Gruppenarbeit, 3. Berichten der Gruppensprecher, 4. Aussprache.“*¹³⁷⁸

Die Losstunde, das bedeutete, dass alle Mitglieder eine Unterrichtsstunde vorbereiten mussten, die als dritte Stunde anstelle des Referates gehalten werden konnte. Das Los entschied darüber, wer diese Stunde halten musste. Natürlich gab es eine Gegenstimme, die darauf hinwies, dass „Mehrarbeit ... aufgebürdet“¹³⁷⁹ würde. Die Vorschläge wurden kontrovers diskutiert, das Abstimmungsergebnis sprach für sich:

*„Mit 7 Stimmen dafür, 5 dagegen und 3 Stimmenthaltungen wird der Vor- schlag angenommen.“*¹³⁸⁰

Die Referate, die während der Ganz- und Halbtags tagungen gehalten wurden, lassen deutlich werden, auf welche Weise Themen auf gesellschaftlichem Hintergrund mit Blick auf die Bedingungen in der Demokratie angegangen wurden. Über einen für eine JLAG langen Zeitraum hinweg widmete sich z. B. die JLAG Uplengen einem pädagogisch-gesellschaftlichen Systemver- gleich zwischen der DDR, in den Protokollen nahezu durchgängig als Sow- jetische Besatzungszone¹³⁸¹ bezeichnet, und der Bundesrepublik Deutsch- land. Im April 1956 behandelte die JLAG das Thema „Der dialektische und

1372 Protokoll vom 9.3.1962. Protokollheft der Ganztagungen, Arbeitsgemeinschaft Uplengen. 08/60–3/62.

1373 Ebd.

1374 Ebd.

1375 Ebd.

1376 Ebd.

1377 Ebd.

1378 Ebd.

1379 Ebd.

1380 Ebd.

1381 Die Sowjetische Besatzungszone existierte von 1945 bis 1949 bis zur Gründung der DDR. Vgl. Ploetz, C., 1998. S. 1404 ff.

historische Materialismus“¹³⁸², in der Diskussion des Referates gab es den Hinweis darauf, dass eine Neigung bestehe, die „Zustände in der Sowjetzone zu verharmlosen.“¹³⁸³ Es sei folglich „die Pflicht jedes westdeutschen Menschen, sich mit dem Kommunismus auseinanderzusetzen.“¹³⁸⁴ Im Juni referierte eine Junglehrkraft zum Thema „Zur Widerlegung des dialektischen und historischen Materialismus.“¹³⁸⁵ Der Protokollant stellte fest:

*„Wir ... sollten auf Sauberkeit und Makellosigkeit in den Reihen der Demokratie achten, um dem Kommunismus nicht gefährliches Propagandamaterial an die Hand zu geben.“*¹³⁸⁶

Im August 1956 ging es um den Bereich „Christentum und Kommunismus“¹³⁸⁷, die Mitglieder diskutierten über die fehlende „Glaubens- und Gewissenfreiheit in der D.D.R.“¹³⁸⁸ Mit dem Werk „Der Weg ins Leben“¹³⁸⁹ von A.S. Makarenko setzten sich die Mitglieder der JLAG in der Sitzung vom 13.9.1956 auseinander.¹³⁹⁰ Eine vertiefende Diskussion um den Vergleich zwischen der Erziehung zur Gemeinschaft und der Erziehung zum Kollektiv schloss sich an. Die Mitglieder betonten: „In der Gemeinschaft bleibt die Freiheit der Persönlichkeit gewahrt.“¹³⁹¹

Am 11.10.1956 diskutierten die Mitglieder der JLAG über die Aussagen von Jessipow und Gontscharow in deren Grundlagenwerk zur Ausbildung von Pädagogen: „Pädagogik.“¹³⁹² Es ging um Fragen der gesellschaftlichen Zielsetzung der Erziehung: „Die sowjetische Erziehung setzt sich ein sozialistisches Erziehungsziel.“¹³⁹³ In der Diskussion blieben viele Fragen offen:

1382 Protokoll vom 24.4.56. Protokollheft der ganztägigen Arbeitsgemeinschaft Uplengen. 4/56–11/57.

1383 Ebd.

1384 Ebd.

1385 Protokoll vom 21.6.1956. Ebd.

1386 Ebd.

1387 Protokoll vom 16.8.1956. Ebd.

1388 Ebd.

1389 Makarenko, A.S., Der Weg ins Leben. Ein pädagogisches Poem. Berlin: Aufbau-Verlag 1950.

1390 Protokoll vom 13.9.1956. Protokollheft der ganztägigen Arbeitsgemeinschaft Uplengen. 4/56–11/57.

1391 Ebd.

1392 Jessipow, B.P.; Gontscharow, N.K., Pädagogik. Lehrbuch für pädagogische Lehranstalten. Berlin: Volk u. Wissen 1949.

1393 Protokoll vom 11.10.56. Protokollheft der ganztägigen Arbeitsgemeinschaft Uplengen. 4/56–11/57.

„Gibt es eine autonome Erziehung? ... Wie verhalten sich kommunistische Moral und unsere Sittlichkeit zueinander? ... Wie denken wir über die Lehrerpersönlichkeit?“¹³⁹⁴

Im November des gleichen Jahres plante die JLAG eine Hollandfahrt, die Junglehrkräfte beabsichtigten, mit niederländischen Lehrerinnen und Lehrern über die einklassige Schule auf dem Dorf zu diskutieren. Das Thema des Referates in diesem Monat lautete: „Sowjetzonale Erziehung.“¹³⁹⁵ Diskussionsgrundlage war die Betrachtung der gesellschaftlichen Rolle von Schule auf dem Hintergrund der Verfassung der „Sowj. Zone.“¹³⁹⁶ Die Mitglieder stellen fest, dass sich ein „nationaler Kommunismus“¹³⁹⁷ entwickelte, der von der Bevölkerung einzelner sozialistischer Staaten, z. B. von Ungarn, abgelehnt wurde. In Anbetracht der Ereignisse in Ungarn¹³⁹⁸ fragten die Mitglieder, wie sich die „westliche Welt“¹³⁹⁹ in einer solchen Situation wirkungsvoll verhalten könne. Die Junglehrkräfte betonten die Distanz zu einer Gesellschaft mit undemokratischen Strukturen. Nur beim Vergleich der Organisationsformen der schulischen Bildung unter dem Thema „Die Einheitsschule in der SBZ“¹⁴⁰⁰ befürworteten die Mitglieder eine Vereinheitlichung auch in der Bundesrepublik:

„Beim Vergleich der Bildungsorganisation der Schulen im Bundesgebiet mit der der Schulen in der SBZ erhob sich die Forderung nach einer Schulorganisation, die vom Bildungsgehalt abgesehen, einheitlich gestaltet sein müsste.“¹⁴⁰¹

Die JLAG nannte gleichzeitig die Hinderungsgründe:

„Verschiedene Fakten, wie die Abhängigkeit der Schulen von den Ländern in politischer u. finanzieller Hinsicht, der Lehrermangel, der Mißstand der gesellschaftlichen Stellung der Lehrer wurden als erschwerend für eine einheitliche Organisation angesehen.“¹⁴⁰²

1394 Ebd.

1395 Protokoll vom 15.11.1956. Ebd.

1396 Ebd.

1397 Ebd.

1398 Am 23. Oktober 1956 hatte es in Ungarn einen Volksaufstand gegeben, der durch sowjetische Truppen niedergeschlagen wurde. Vgl. Ploetz, C., 1998. S. 1404 ff.

1399 Protokoll vom 15.11.1956. Protokollheft der ganztägigen Arbeitsgemeinschaft Uplengen. 4/56–11/57.

1400 Protokoll vom 6.12.1956. Ebd.

1401 Ebd.

1402 Ebd.

Die JLAG Uplengen setzte sich auch noch zu Beginn des Jahres 1957 mit dem Thema auseinander. Im Januar ging es um die Formen der „Lehrerbildung in der S.B.Z.“¹⁴⁰³ und im Februar um „Die Sowjetisierung des Geschichtsunterrichts in Mitteldeutschland.“¹⁴⁰⁴

Erst im März 1957 wurde der Systemvergleich beendet und die JLAG wandte sich dem Thema „Strukturwandel des Dorfes“¹⁴⁰⁵ zu. Diese Diskussion, ausgelöst durch die Reformbestrebungen in der Region, wurde in größeren Abständen erneut zum Gegenstand der Debatte. Im November des gleichen Jahres befürwortete die JLAG die Einrichtung von Zentralschulen und wies dabei nachdrücklich auf die Mängel der Dorfschule hin.¹⁴⁰⁶ 1958 griff die JLAG erneut zum Systemvergleich, es ging um den „Vergleich mit den USA und der UdSSR.“¹⁴⁰⁷

Der Systemvergleich, das zeigt der Verlauf der gesamten Diskussion, war für die jungen Lehrkräfte notwendig, um sich der Bedeutung ihres Berufsfeldes und ihrer Aufgabe in der Demokratie zu versichern. Der wiederholte Hinweis auf die Freiheit der Gesellschaft spiegelte eine deutliche Identifikation mit dem Bildungssystem in der Bundesrepublik, die gleichzeitig eine konstruktive Kritik möglich machte.¹⁴⁰⁸

Die Auseinandersetzung mit der Reform des Schulwesens in der Region brachte es mit sich, dass die Junglehrkräfte die Schrift „Der Eigengeist der Volksschule“¹⁴⁰⁹ von E. Spranger zur Diskussion heranzogen. Die erste Veranstaltung im Mai 1958 setzte sich mit dem Gedanken auseinander, Kinder „kulturfähig zu machen und dabei die Eigenwelt der Kindheit zu wahren.“¹⁴¹⁰ Die so formulierte neue Aufgabe der Volksschule sollte den Grundsatz der Reformpädagogik von der Aussage her verändern: Das Denken „vom Kinde aus“¹⁴¹¹ sollte in ein Denken „zum Kinde hin“ gewandelt werden.¹⁴¹²

1403 Protokoll vom 10.1.1957. Ebd.

1404 Protokoll vom 14.2.1957. Ebd.

1405 Auseinandersetzung mit der gleichnamigen Schrift von Josef Müller. Vgl. Müller, J., 1956. Protokoll vom 7.3.1957. Protokollheft der ganztägigen Arbeitsgemeinschaft Uplengen. 4/56–11/57.

1406 Protokoll vom 11.11.1957. Ebd.

1407 Protokoll vom 28.2.1958. Ebd.

1408 Vgl. dazu Kielmansegg, P.G., Der demokratische Verfassungsstaat im Wettbewerb der Systeme. In: Funke, M.; Jacobsen, H.-A.; Knütter, H.-H.; Schwarz, H.-P. (Hrsg.), 1987. S. 581 ff.

1409 Vgl. Spranger, E., 1955.

1410 Protokoll vom 12.5.1958. Protokollheft der Halbtagungen, Arbeitsgemeinschaft Uplengen. 12/57–4/59.

1411 Ebd.

Um diese Aussage entwickelte sich eine Auseinandersetzung, die die Protokollführung als „sehr lebhaft“¹⁴¹³ umschrieb. Es gab heftige Kritik. Spranger argumentiere „subjektfern“¹⁴¹⁴, hieß es. Es bestehe die Gefahr, „Unterrichtsstoffe zu verfälschen.“¹⁴¹⁵ Einig waren sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer allerdings darin, dass das Prinzip „vom Kinde aus“¹⁴¹⁶ weiterhin Bestand habe. Der von Spranger propagierte Begriff von Schule trage zur Vereinzelung bei, die Schule „als Schule des Volkes müsse bis zur Universität reichen“¹⁴¹⁷, hieß es.

Im Juni 1958 diskutierte die JLAG die Aussagen Sprangers zur „Eigentümlichkeit der Bildungsgüter der Volksschule.“¹⁴¹⁸

Das in diesem Abschnitt des Werkes vertretene „Prinzip der Heimatlichkeit“¹⁴¹⁹ und die Frage der „Beseelung“¹⁴²⁰ führte zu keiner befriedigenden Stellungnahme: „Zu einem gemeinsamen Ergebnis über die Aussagen Sprangers kam die AG nicht.“¹⁴²¹ Im September 1958 setzte sich die JLAG mit Sprangers „Theorie der Vielheit der Erlebniswelten“¹⁴²² auseinander.

Das Verstehen der verschiedenen Erlebniswelten sei zwar für die Lehre von Bedeutung, hieß es, aber in seinen Grundaussagen für die „Gegenwartskunde problematisch.“¹⁴²³ Ähnlich verlief die Diskussion um Sprangers Aussage zur „Kulturfunktion des Volksschullehrers.“¹⁴²⁴

Die Lehrerin, der Lehrer sollte „der altersgemäßen Seelenlage gemäß unterrichten“¹⁴²⁵ und „Sinn für die überindividuellen Werte vermitteln.“¹⁴²⁶ Es entwickelte sich eine Diskussion darüber, ob „Heimat- und Volkstumspflege im Rahmen der Schularbeit betrieben werden kann.“¹⁴²⁷ Den Abschluss

1412 Ebd.

1413 Ebd.

1414 Ebd.

1415 Ebd.

1416 Ebd.

1417 Ebd.

1418 Protokoll vom 9.6.1958. Ebd.

1419 Ebd.

1420 Ebd.

1421 Protokoll vom 9.6.1958. Protokollheft der Halbtageungen, Arbeitsgemeinschaft Uplengen. 12/57–4/59.

1422 Protokoll vom 8.9.1958. Ebd.

1423 Ebd.

1424 Protokoll vom 15.9.1958. Ebd.

1425 Ebd.

1426 Ebd.

1427 Ebd.

dieser Reihe bildete eine Veranstaltung zu Sprangers Aussagen zur „Gesamtaufgabe der Volksschule.“¹⁴²⁸ Auch diesmal gestaltete sich die dem Referat „folgende Diskussion ... sehr lebhaft“¹⁴²⁹, unterschiedliche Auffassungen von Bildungsideal und Gemeinschaft ließen keine gemeinsame Stellungnahme zu.

Der vertiefende Disput über die pädagogischen Grundlagen, die der Volksschule zu eigen sein sollten, führte in der JLAG Uplengen nicht dazu, diese Schulform als eine unabhängige und mit besonderem Geist ausgestattete Einrichtung zur Bildung und Erziehung anzusehen. Die Junglehrkräfte betrachteten die Schule im Gesamtgefüge der Gesellschaft.

Die JLAG nahm in den folgenden Veranstaltungen die gesellschaftspolitische Diskussion immer wieder auf, diskutierte am Beispiel der „Kirchlichen Dogmatik“¹⁴³⁰ von Karl Barth die Frage der Humanität als „Grundform der Menschlichkeit“¹⁴³¹, und kam im Verlauf der folgenden Veranstaltung am Beispiel der Schrift „Rede über das Erzieherische“¹⁴³² von Martin Buber zu der Betonung: „Freiheit ist die Voraussetzung der Erziehung.“¹⁴³³

Die Bedeutung aber der Heimatkunde¹⁴³⁴ im pädagogischen Handeln in der Schule wurde nicht infrage gestellt. Heimatkunde und die Bezüge zu heimatkundlichen Aspekten erwähnten die Junglehrkräfte in ihren Unterrichtsvorbereitungen und den Diskussionen nahezu regelmäßig. Die JLAG sah einen Arbeitsschwerpunkt in der Gestaltung der Heimatkunde. Schulrat Dr. Roshop, Leer, sprach mit der JLAG Uplengen im August 1957 über das Thema und erhielt einen Einblick „in die heimatkundliche Arbeit der A.G.“¹⁴³⁵ Die JLAG arbeitete gerade in diesem Jahr an der Herausgabe eines Unterrichts-

1428 Protokoll vom 13.10.1958. Ebd.

1429 Ebd.

1430 Vgl. Barth, K., Die kirchliche Dogmatik. Zürich: Evang. Verlag 1948 (Anmerkung: Das Werk umfasst vier Bände. Dem Protokoll vom 17.11.1958 war nicht zu entnehmen, welcher Text genau behandelt wurde.)

1431 Protokoll vom 17.11.1958. Protokollheft der Halbtagungen, Arbeitsgemeinschaft Uplengen. 12/57–4/59.

1432 Buber, M., Rede über das Erzieherische. Berlin: Verl. Lambert Schneider 1926.

1433 Protokoll vom 1.12.1958. Protokollheft der Halbtagungen, Arbeitsgemeinschaft Uplengen. 12/57–4/59.

1434 Vgl. Kap.: Der Heimatkundliche Ausschuss/Bezirksausschuss Heimatkunde.

1435 Protokoll vom 15.8.1957. Protokollheft der ganztägigen Arbeitsgemeinschaft Uplengen. 4/56–11/57.

heftes zum Thema „Marsch“¹⁴³⁶, insgesamt veröffentlichte die JLAG über den Arbeitskreis Leuchtboje drei heimatkundliche Themenhefte.¹⁴³⁷

Kritische Diskussionen gab es in Einzelfällen. So wurde im Juni 1957 während einer Ganztagstagung im Geschichtsunterricht ein Steinzeitspiel erprobt und im Referat verschiedene Methoden des Erschließens des Themas – auf soziologischem, heimatkundlichem oder erzählendem Wege – vorgestellt.¹⁴³⁸ In Anbetracht der Zeitenferne des Themas wurde die Frage gestellt: „Warum wird heute nicht gern neuere Geschichte unterrichtet?“¹⁴³⁹ Nach einer Betrachtung, auf welche Weise mit einer „Orientierung vom Kinde her“¹⁴⁴⁰ schwierige Themen vermittelt werden könnten, notierte die Protokollführung zur Eingangsfrage: „Geschichtsunterricht erfordert immer persönliches Bekenntnis, vielleicht ist das das Motiv.“¹⁴⁴¹

Die JLAG arbeitete an eigenständigen Plänen zur Gestaltung des Unterrichtes, der 1959 erschienene Heimatkundeplan für das dritte Schuljahr, den der Pädagogische Ausschuss des OLV erstellte, „fand wenig Billigung, da er sich in seinen Hauptzügen an das Sprachbuch von Steinert anlehnt.“¹⁴⁴²

Den Plan für das vierte Schuljahr lehnte die JLAG ebenfalls ab, weil er „streng jahreszeitlich aufgebaut“¹⁴⁴³ sei und „die Themen also schlecht verteilt sind.“¹⁴⁴⁴

Noch 1962 findet sich der Hinweis auf den angestrebten, gesellschaftlich orientierten Charakter der Heimatkunde. Anlässlich der Diskussion um eine Unterrichtsstunde zum Themenbereich „Heimatkunde/Naturkunde: Blütenknospen“¹⁴⁴⁵ und in der Diskussion um das Referat „Anleitungen zur selbständigen Schülerarbeit“¹⁴⁴⁶ wird festgestellt:

1436 Protokoll vom 20.6.57. Ebd.

1437 Junglehrer-Arbeitsgemeinschaft Uplengen: Heft 11–13: Geschichten, für Kinder erzählt – für das 3. und 4. Schuljahr Grundschule. Heft 11: Die Marsch; Heft 12: Die Geest; Heft 13: Das Moor. In der Reihe: Arbeitskreis die Leuchtboje (Hrsg.): ab 1950.

1438 Protokoll zum 21.6.1957. Protokollheft der ganztägigen Arbeitsgemeinschaft Uplengen. 2/57–9/58.

1439 Ebd.

1440 Ebd.

1441 Ebd.

1442 Protokoll vom 10.6.1959. Protokollheft der Ganztagungen, Arbeitsgemeinschaft Uplengen. 5/59–12/59.

1443 Ebd.

1444 Ebd.

1445 Protokoll vom 23.2.1962. Protokollheft der Ganztagungen, Arbeitsgemeinschaft Uplengen. 08/60–3/62.

1446 Ebd.

*„Der Schüler soll sich später in seiner Welt zurechtfinden; Unbekanntes ohne fremde Hilfe erarbeiten können; aufgeschlossen sein für die Probleme seiner Zeit; Urteilsfähigkeit besitzen und überhaupt das Verlangen haben, sich selbst weiterzubilden.“*¹⁴⁴⁷

Das Thema blieb in der didaktischen Diskussion präsent.¹⁴⁴⁸

Als die Junglehrervertretung des OLV einen Ausbildungsanteil in Politischer Bildung im Rahmen der Junglehrerausbildung verlangte¹⁴⁴⁹, spiegelten sich die Themen in den Protokollen der Arbeitsgemeinschaften. Im Dezember 1960 diskutierte die JLAG Uplengen im Rahmen einer Ganztagsveranstaltung die „Politische Bildung als Unterrichtsfach“¹⁴⁵⁰ und „Politische Bildung als Unterrichtsprinzip.“¹⁴⁵¹ Erreicht werden sollte, dass eine Schülerin, ein Schüler zukünftig „Anteil nimmt am politischen Leben u. praktische Verhaltensweisen übt.“¹⁴⁵² Dabei sollte der praktischen Erfahrung der Vorrang gegeben werden: „Wissen, wie eine Demokratie funktioniert, bedeutet aber noch nicht, ein guter Demokrat zu sein.“¹⁴⁵³

Zu etwa gleicher Zeit diskutierte die JLAG Leer-Stadt die Möglichkeiten der Politischen Erziehung im Unterricht einer achten Klasse¹⁴⁵⁴, setzte sich mit „Hitlers Geschichtsbild a.Hd. von ‘Mein Kampf‘“¹⁴⁵⁵ auseinander und betrachtete „Arbeits- und Hilfsmittel in Geschichte und politischer Bildung.“¹⁴⁵⁶

Auch in der JLAG Wittmund-Nord setzten sich die Junglehrkräfte im November 1960 aus aktuellem Anlass¹⁴⁵⁷ mit den Menschenrechten auseinan-

1447 Ebd.

1448 Z. B. in der JLAG Wittmund-Nord: „Das Prinzip der Heimatkunde im Erdkundeunterricht der Oberstufe der Volksschule.“ Vgl. Protokoll vom 5.9.1961. Protokollbuch II: Junglehrerarbeitsgemeinschaft Wittmund-Nord, 11/1961– 4/1964.

1449 Vgl. Vries, N. de, Arbeitskreise für Politische Bildung. In: OSB 82. Jg., Nr. 5, Mai 1961, S. 43.

1450 Protokoll vom 9.12.1960. Protokollheft der Ganztageungen, Arbeitsgemeinschaft Uplengen. 08/60–3/62.

1451 Ebd.

1452 Ebd.

1453 Ebd.

1454 Protokoll vom 13.9.1960. Protokolle Arbeitsgemeinschaft für Lehrerfortbildung. JLAG Leer-Stadt 28.1.1958 bis 5.9.1961.

1455 Protokoll vom 25.10.1960. Ebd.

1456 Protokoll vom 15.11.1960. Ebd.

1457 Die Vereinten Nationen verabschiedeten Grundrechte des Kindes als Ergänzung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Abdruck in: OSB 81. Jg., Nr. 5, Mai 1960, S. 43.

der¹⁴⁵⁸, sahen im Januar 1961 eine Unterrichtsstunde einer siebten Klasse zum Thema „Der Kriegsausbruch und seine Folgen für Ostfriesland“¹⁴⁵⁹ und diskutierten das Jugendschutzgesetz.¹⁴⁶⁰ Das „Bonner Grundgesetz“¹⁴⁶¹ wurde Thema einer Ganztagsstgung in Wittmund im März 1962.¹⁴⁶²

Die Beispiele zeigen, dass das Verlangen der Junglehrkräfte nach einer selbst gestalteten Ausbildung und einer gesellschaftlichen, an der Demokratie orientierten Schwerpunktsetzung eine Umsetzung fand. Das Themenspektrum weist allerdings darauf hin, dass die Zusammensetzung der Lehrkräfte sich änderte. Ein Systemvergleich, wie ihn die JLAG Uplengen durchführte, konnte nur möglich werden, weil Lehrkräfte als Flüchtlinge die pädagogische Diskussion der DDR darstellten. Wolfrum ging in seiner Betrachtung zur „Gesellschaft und Sozialkultur im Kalten Krieg“¹⁴⁶³ davon aus, dass „Flucht und Vertreibung ... einen gesamtgesellschaftlichen Modernisierungsschub“¹⁴⁶⁴ auslösten. Nur die aktive Diskussion und Auseinandersetzung konnte eine Weiterentwicklung der Ausbildung und eine Orientierung an der Demokratie ermöglichen. Das Verlangen der Junglehrerververtretung nach mehr Mitbestimmung und Mitgestaltung, nach einer Schwerpunktsetzung im Bereich der politischen Bildung erscheint wie eine Vorwegnahme des 1973 erschienen Titels von H. von Hentig¹⁴⁶⁵, die Junglehrkräfte verlangten die „Wiederherstellung der Politik“¹⁴⁶⁶ im Bildungssystem.

4.3 Entwicklung der Fachgruppenstruktur

4.3.1 Fachgruppen in der Interessenvertretung

Hans Böckler formulierte 1948 in einem Aufruf erste gewerkschaftliche Forderungen; er verlangte „Demokratisierung der Wirtschaft und gleichberechtigte Mitwirkung der Gewerkschaften in allen Organen der wirtschaft-

1458 Protokoll vom 14.11.1960. Protokollbuch II: Junglehrerarbeitsgemeinschaft Wittmund-Nord, 11/1961– 4/1964.

1459 Protokoll vom 16.1.1961. Ebd.

1460 Ebd.

1461 Protokoll vom 2.3.62. Ebd.

1462 Ebd.

1463 Wolfrum, E., 2006. S. 144 ff.

1464 Ebd.

1465 Hentig, H. v., 1973.

1466 Hentig bezog den Begriff stärker darauf, „die Politik in der Industriegesellschaft wiederherzustellen.“ Ebd. S. 12.

lichen Selbstverwaltung.“¹⁴⁶⁷ Je stärker sich die Interessenvertretungen nun etablierten, desto stärker zeichnete sich eine Aufgliederung nach Interessenschwerpunkten ab. Eine Einheitsgewerkschaft sollte es nicht geben und die Einzelgewerkschaften waren bestrebt, weitreichende Gemeinsamkeit zu praktizieren.¹⁴⁶⁸ Wenn tatsächlich in allen Bereichen der Selbstverwaltung ein Mitwirkungsrecht umgesetzt werden sollte, dann sollten letztlich auch alle Lehrkräfte eine Interessenvertretung wahrnehmen. Doch es fehlte an Einigkeit. Die Neugestaltung des Schulwesens scheiterte 1946 bereits an den unterschiedlichen Auffassungen der Lehrkräfte des mehrgliedrigen Schulsystems.¹⁴⁶⁹ Die Einführung der Einheitsschule wurde abgelehnt:

*„Solcher zustimmenden Mitarbeit hätten sich die Philologen und Mittelschullehrer bei einer radikalen Schulreform versagt.“*¹⁴⁷⁰

Die Satzung des BLO 1949 ging von der Gemeinschaft aller Lehrkräfte aus, der BLO vertrat die „gemeinsamen Angelegenheiten des Lehrerstandes.“¹⁴⁷¹

Die Satzung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im Deutschen Gewerkschaftsbund vom Juni 1950 beschrieb die Arbeit von Fachgruppen, die „in besonderen Angelegenheiten der einzelnen Fachgebiete“¹⁴⁷² tätig werden sollten. Über Anträge auf Einrichtung einer Fachgruppe, die von mindestens einem Viertel der Angehörigen eines Fachgebietes gestellt werden mussten, hatte die Vertreterversammlung zu entscheiden.¹⁴⁷³ Diese Regelung spiegelte auch die Satzung des LVN.¹⁴⁷⁴

Die Einrichtung von Fachgruppen in der Region Ostfriesland unterlag einem langwierigen Prozess.

4.3.2 Das Fachgruppenprinzip – Mehrheiten binden oder Mehrheiten nutzen

Erstmalig berichtete als Vertreter der „Schulgruppe Mittelschule im BLO“¹⁴⁷⁵ über Tagungen der Mittelschullehrer in Niedersachsen Mittelschulkonrektor

1467 Böckler, H., Aufruf vom 6.11.1948. In: Grebing, H.; Pozorski, P.; Schulze, R., 1980. S. 113.

1468 Vgl. Borsdorf, U. (Hrsg.), 1977.

1469 Vgl. Rönnebeck: Bericht über schulpolitische Diskussion im Club zu Hannover. 26.08.1946. In: Leski, H., 1991. S. 106 ff.

1470 Ebd. S. 108.

1471 § 1. Satzung BLO 1949.

1472 § 10. Satzung GEW 1950.

1473 § 11. Ebd.

1474 Nr. IX. Fachgruppen. Satzung LVN 1952.

1475 Memming: Schulgruppe Mittelschule. In: OSB 74. Jg., Nr. 2, Mai 1953.

J. Memming, Leer, Anfang 1953. Die Lehrplan- und Richtlinienarbeit war in die Diskussion gekommen. Memming hatte an einer Tagung der Schulgruppe Mittelschule im LVN in Achim teilgenommen, auf der die Entwicklung des Schulverwaltungsgesetzes, die Richtlinien für die Mittelschule, die Besoldungsfrage, die Ausbildung der Mittelschullehrer und die Stellung des Lehrerverbandes zum Elternverband beraten wurden.¹⁴⁷⁶

Die in Arbeit befindliche Schulgesetzgebung bestimmte die Themen wesentlich. Letztlich aber war es die Besoldungsfrage, die den Verband belastete. Der LVN informierte regelmäßig über die Besoldungsänderungsgesetze und darüber, wie bestehende Differenzen auszugleichen seien.¹⁴⁷⁷ In den Kreisvereinen diskutierten die Mitglieder auch mit Blick auf die Forderungen der Fachgruppen. So berichtete am 24. Juni 1954 Lehrer Klünder¹⁴⁷⁸ über die Arbeit der Fachgruppe Mittelschullehrer vor dem Kreislehrerverein Norden.¹⁴⁷⁹ Die Situation schien zu einer Spaltung zu führen. Im November 1954 wandte sich der Vorsitzende des LVN, Bautz, in einem Schreiben an die Einzelorganisationen:

*„So sehr der Verband sich der Zerreißprobe des Kampfes um die Schulgesetzgebung gewachsen gezeigt hat, so sehr sind Einheit und Geschlossenheit des LVN durch den Besoldungskampf gefährdet worden.“*¹⁴⁸⁰

Eine Spaltung aber gab es nicht, Unzufriedene aber wechselten den Verband. Während der Vorstandssitzung des OLV am 22. August 1955 gab es Irritationen über die Zuordnung der Gruppe der Mittelschullehrer. Die Mittelschullehrer, als Fachgruppe eigenständig im LVN organisiert, gehörten zum Teil auch dem Mittelschullehrerverband an. Der Mittelschullehrerverband war aber geschlossen dem DBB beigetreten. Der Vorstand des OLV verlangte nun von der Fachgruppe Klärung.¹⁴⁸¹

1476 Ebd.

1477 Es handelte sich 1954 um das 3. Besoldungsänderungsgesetz. Vgl. Schreiben LVN vom 6.9.1954 an die Kreis- und Ortslehrervereine im LVN und die Mitglieder des Gesamtverbandes des LVN. In: Kreislehrerverein Leer: Protokolle und Schriftverkehr. GEW-Protokolle 1950–1956.

1478 Johann Klünder war Mittelschullehrer an der Mittelschule Norden. Vgl. Festschrift 1954, S. 35.

1479 Witthaus: Kreislehrerverein Norden. In: OSB 75. Jg., Nr. 7, Juli 1954.

1480 Schreiben LVN vom 18.11.1954 an die Vorsitzenden Kreis- und Ortsvereine des LVN. Betr. Verbandspolitische Lage. In: Kreislehrerverein Leer: Protokolle und Schriftverkehr. GEW-Protokolle 1950–1956.

1481 Alberts, A., Vorstandssitzung des OLV in Emden am 22.8.1955. In: OSB 76. Jg., Nr. 9, Sept. 1955, S. 66.

Anlässlich des Mittelschultages in Ostfriesland am 26. September 1955 hielt Schulrat Fesenfeld, Weener, das Referat „Die Entfaltung des Schullebens, ein Grundanliegen der Mittelschule.“¹⁴⁸² Schulrat Klünder betonte die Eigenständigkeit der Mittelschule, zeigte in seinem Referat auch, dass die besonderen Merkmale von Erziehung und Bildung Konsens besitzen.¹⁴⁸³

Zur Hauptversammlung des OLV vom 6. bis 8. Oktober 1955 in Emden vertrat J. Memming, Leer, in der Gruppe der Mittelschullehrer die folgenden Themen: 1. „Ausbildung der Mittelschullehrer“; 2. „Der Probeunterricht“; 3. „Verbandsfragen.“¹⁴⁸⁴

Eine Verselbstständigung der Mittelschullehrkräfte im OLV gab es nicht. Die neue Satzung des OLV nach der Umstrukturierung ordnete die Vertretung der Mittelschullehrer dem Ausschuss für Schulpolitik und Standesfragen zu.¹⁴⁸⁵ Ganz verschwand diese Unsicherheit nicht aus der Diskussion. J. Memming betonte noch in seinem Bericht zum Arbeitsausschuss Mittelschule während der Vertreter- und Hauptversammlung 1959:

*„Es ist bedauerlich, dass in organisatorischer Hinsicht ein Riß durch die Mittelschullehrerschaft geht: Hier die Fachgruppe Mittelschule im GNL – dort selbständiger Verband, hier DGB – dort DBB.“*¹⁴⁸⁶

Tatsache ist, dass ein Übergang der Mittelschullehrer in der Region in einen eigenen Verband dazu geführt hätte, dass die Solidarität der Lehrerschaft vor Ort, die Einigkeit in der großen Zahl aller Lehrkräfte Ostfrieslands verloren gegangen wäre. Das konnte nur zum Nachteil wirken. Gleichzeitig aber war es für die Mittelschullehrkräfte entscheidend, eine ihrer beruflichen Tätigkeit entsprechende einflussreiche Interessenvertretung aufzubauen. Dazu genügte die eigenständige Interessenvertretung in der regionalen Lehrerschaft. Memming selbst stellte im Bericht 1959 noch fest, dass die Zahl der Mittelschullehrer im OLV „im Augenblick rückläufig“¹⁴⁸⁷ sei. Tatsächlich umfasste Anfang 1962 der OLV 1.182 Mitglieder, 78 davon – das entsprach einem Anteil von 6,6 % – waren Mitglieder der Fachgruppe Mittelschule.¹⁴⁸⁸

1482 Fesenfeld, H., Die Entfaltung des Schullebens – ein Grundanliegen der Mittelschule. In: OSB 76. Jg., Nr. 12, Dez. 1955, S. 90 f.

1483 Ebd.

1484 Angaben nach: Tagungsverlauf. In: OSB 76. Jg., Nr. 9, Sept. 1955, S. 65.

1485 Satzung OLV 1955.

1486 Memming, J., Fachgruppe Mittelschule. In: OSB 80. Jg., Nr. 10, Okt. 1959, S. 89.

1487 Ebd.

1488 Dichmann, E., Fachgruppe Mittelschulen. In OSB 81. Jg., Nr. 4, April 1962, S. 45.

Ähnliche Gründe führten zur Einrichtung einer Fachgruppe Volksschulen.

Der Vorstand des OLV beschloss am 29.5.1959 die Gründung einer Fachgruppe Volksschule, weil diese „jeweils in Hannover für Ostfriesland vertreten“¹⁴⁸⁹ sein sollte. In jedem KLV sollte ein Vertreter für die Fachgruppe gewählt werden, vorläufig benannte der Vorstand Ernst Richter¹⁴⁹⁰ als Sprecher.¹⁴⁹¹ Die erste Fachgruppenversammlung erfolgte zur VV in Emden 1959.¹⁴⁹² In seinem Bericht zur Versammlung erklärte Richter:

*„Die Fachgruppe Volksschule ist in allen Bezirken (außer Braunschweig) neu. Sie wurde Ostern 1958 in Hannover gegründet, und der Kollege Bammel, Bad Münder, wurde zum Vorsitzenden gewählt.“*¹⁴⁹³

Aber auch Richter ließ keinen Zweifel daran, dass das Fachgruppenprinzip erst dann wirksam umgesetzt werden konnte, wenn in einem regional begrenzten Verband diese Struktur vollständig übernommen wurde:

*„Wie arbeitet die Fachgruppe im Bezirk? Antwort: gar nicht. Sie kann nicht arbeiten, weil das Fachgruppenprinzip auf Bezirks- und Kreisebene nicht durchgängig geführt ist.“*¹⁴⁹⁴

Doch nach und nach setzte sich das Fachgruppenprinzip durch. 1961 wurden im Programm zur HV des OLV vier Fachgruppen genannt, darunter erstmalig die Fachgruppe Höhere Schulen.¹⁴⁹⁵ Die Leitung dieser Fachgruppe konnte erst am 8.12.1961 festgelegt werden, der Vorstand schlug Johannes Staak¹⁴⁹⁶ als Vorsitzenden dieser Fachgruppe vor.

Eine erste „gemeinsame Veranstaltung“¹⁴⁹⁷ der Fachgruppe mit dem OLV fand Anfang 1962 in Emden zur Thematik „Die höhere Schule zwischen Plan

1489 Becker, E.A., Protokoll. Vorstandssitzung des OLV am 29.5.1959. In: OSB 80. Jg., Nr. 6, Juni. 1959, S. 53.

1490 Ernst Richter war Lehrer an der Volksschule Weener, Schulaufsichtskreis Weener. Festschrift 1959, S. 74.

1491 Becker, E.A., Protokoll. Vorstandssitzung des OLV am 29.5.1959. In: OSB 80. Jg., Nr. 6, Juni. 1959, S. 53.

1492 Fachgruppe Volksschule. In: OSB 80. Jg., Nr. 10, Okt. 1959, S. 89.

1493 Ebd.

1494 Ebd.

1495 Programm: Hauptversammlung und Vertreterversammlung des Ostfriesischen Lehrervereins 1961. In: OSB 82. Jg., Nr. 9, Sept. 1961, S. 88.

1496 Dort mit Druckfehler als „Koll. Stark – Emden“ aufgeführt. Protokoll: Vorstandssitzung des OLV am 8.12.1961. In OSB 81. Jg., Nr. 1, Jan. 1962, S. 7.

1497 Die höhere Schule zwischen Plan und Wirklichkeit. In OSB 81. Jg., Nr. 5, Mai 1962, S. 53 f.

und Wirklichkeit“¹⁴⁹⁸ statt. Zu dieser Veranstaltung referierten A. Harms, als Vorsitzender des OLV, und Oberstudiendirektor Dr. Löning, Hamburg, für die Fachgruppe Höhere Schulen. Den neuen Vorsitzenden dieser Fachgruppe nannte der Vorstand erst im Ergebnis einer Koordinationssitzung der Ausschüsse.¹⁴⁹⁹ Die Themenbereiche der Fachgruppe Höhere Schulen sollten sein:

*„1. Problem des Probeunterrichts und des Übergangs. 2. Erfahrungen zur Verwirklichung der Saarbrücker Rahmenvereinbarungen. 3. Politische Erziehung in der Oberstufe des Gymnasiums.“*¹⁵⁰⁰

1965 richtete der OLV die Fachgruppe Schulaufsicht und Schulverwaltung ein, die VV bestätigte Horst Leski¹⁵⁰¹ als Vorsitzenden.¹⁵⁰²

Da alle Vorsitzenden der Fachgruppen auch gleichzeitig Mitglieder des Vorstandes des OLV waren, umfasste im Jahr 1965 der Vorstand 20 Mitglieder.¹⁵⁰³ Die Mitglieder des OLV hatten einen Weg gefunden, Mehrheiten zu halten und zu binden. Die Argumente einer Lehrerinteressenvertretung der Region, so das Selbstverständnis des OLV auch innerhalb der gewerkschaftlichen Organisation, wurden wahrgenommen, weil eine große Zahl aktiver Mitglieder für die Umsetzung eintrat. Eine Fachgruppe allein konnte keine Mehrheiten binden, sie konnte aber sehr wohl die Mehrheit der Organisation für ihre Interessen mobilisieren. Ein Alleingang einer Fachgruppe hätte eine Verschiebung der Kräfteverhältnisse innerhalb des Lehrerverbandes nach sich gezogen. Das wussten die Mitglieder der Fachgruppen zu vermeiden, die Gemeinsamkeit hielt. Dahrendorf sprach von den „heiligen Säulen der Beharrung“¹⁵⁰⁴, die – so sehr sie Entwicklungen auch hemmen können – der Stabilisierung der Gesellschaft in der Demokratie dienen.

1498 Ebd.

1499 Schmidt, W., Koordinierung der Ausschubarbeit im OLV In: OSB 83. Jg., Nr. 9, Dez. 1962, S. 94.

1500 Ebd.

1501 Horst Leski war Schulrat des Schulaufsichtskreises Leer I. Festschrift 1965, S. 67.

1502 Becker, E.A., Vertreterversammlung 1965 des OLV. In: OSB 86. Jg., Nr. 10, Okt. 1965, S. 114.

1503 Nennungen in: Festschrift 1965, S. 51.

1504 Dahrendorf, R., 1965, S. 130 ff.

4.3.3 Fachgruppe Sonderschulen – das Recht des Kindes auf Förderung

Auftrag der jungen Demokratie war es, den Gleichheitsgrundsatz¹⁵⁰⁵ umzusetzen und insbesondere den Heranwachsenden die freie Entfaltung der Persönlichkeit¹⁵⁰⁶ zu ermöglichen. Dies galt auch und besonders für die Schülerinnen und Schüler, die aufgrund gegebener körperlicher oder geistiger Einschränkungen dem Unterricht in der Regelschule nicht folgen konnten.

Die grundsätzlichen Bestimmungen über die Aufnahme von Schülerinnen und Schülern in die Hilfsschule von 1905¹⁵⁰⁷ sowie – bei aller Distanz¹⁵⁰⁸ – die „Allgemeine Anordnung über die Hilfsschulen in Preußen“¹⁵⁰⁹ von 1938 behielten nach 1945 vorerst ihre Gültigkeit, ab April 1949 sollten Hilfsschulen wieder aufleben:

„Erstes Ziel der Maßnahmen zur Förderung des Hilfsschulwesens ist, daß in allen Schulorten mit mehr als 800 Schulkindern eine Hilfsschule oder eine Hilfsschulklasse eingerichtet wird.“¹⁵¹⁰

Der Reg. Bez. Aurich wies 1949 sieben Orte mit mehr als 800 Schulkindern aus, an vier Standorten wurden hilfsschulbedürftige Kinder unterrichtet.¹⁵¹¹ Im Reg. Bez. Aurich wurden 1948 insgesamt 59.853 Volksschülerinnen und Volksschüler beschult, 454 Schulkinder besuchten Hilfsschuleinrichtungen.¹⁵¹² Anfang 1951 reichte Rektor Ernst Vespermann¹⁵¹³ einen Antrag an den Vorstand des BLO ein. Vespermann machte den Vorschlag, einen Vertreter der Hilfsschullehrer in den Vorstand aufzunehmen. Der Vorstand lehnte auf der Sitzung vom 17. Februar 1951 ab:

1505 Art. 3. GG. In: Lehmann, H.G., 2004.

1506 Art. 2. Ebd.

1507 Grundsätzliche Bestimmung. ME. V. 2.1.1905, U III A 32, Zentralblatt 1905, S. 226. Vollständiger Abdruck in: Buchheim, M.; Gläss, Th., 1951, S. 235 ff.

1508 Zur Umsetzung des Erlasses 1938 vgl. Beringer-Mikhoff, G., Im Zeitalter des „völkischen Menschen“. In: Endrejat, H., 1996, S. 106.

1509 Allgemeine Anordnung über die Hilfsschulen in Preußen. 27.4.1938. DWEV. 1938, S. 232. Vollständiger Abdruck in: Buchheim, M.; Gläss, Th., 1951, S. 236 ff.

1510 Erl. Nds. MK., Lage des Hilfsschulwesens im Lande Niedersachsen. 2. Febr. 1949. III – A (1) 299/49 – In: Nds. SVBl. 1949, S. 36.

1511 Schaefer, W., Zum Stand des Niedersächsischen Hilfsschulwesens. In: Nds. SVBl. 1949, S. 46 ff.

1512 Ergebnis einer Erhebung im Mai 1948. Ebd., S. 46.

1513 Ernst Vespermann war Rektor der Hilfsschule Emden, gleichzeitig Vorsitzender des Ortsvereines Emden im BLO. Vgl. Festschrift 1952. (o. Seitenzählung). Zur Biografie: Witt, E., Nachruf Sonderschullehrer Ernst Vespermann. OSB 82. Jg., Nr. 4, April 1961, S. 39.

*„Betr. Antrag des Kollegen Vespermann, Emden, 1 Vertreter der Hilfsschullehrer in den Vorstand aufzunehmen kann nur von der V.V. entschieden werden. Außerdem ist die Schulgruppe innerhalb des BLO zu klein. Der Vorstand ist wohl bereit, Koll. Vespermann zu Beratungen über Hilfsschulfragen heranzuziehen. Er hat aber kein Stimmrecht.“*¹⁵¹⁴

Doch das sollte nicht das letzte Wort in der Sache sein. Der Diskussionsverlauf brachte rasch eine andere Haltung. Der Vorstand stellte den Antrag im März 1951 erneut zur Beratung, befürwortete die Aufnahme und beschloss, der nächsten VV einen Dringlichkeitsantrag vorzulegen.¹⁵¹⁵

Vespermann, der auch gleichzeitig die „Leitung des Unterverbandes Ostfriesland Deutscher Sonderschullehrer“¹⁵¹⁶ innehatte, setzte sich für eine angemessene Versorgung der Region mit Hilfsschuleinrichtungen ein. 1953 bat Vespermann den Vorstand des BLO eine Erhebung zur Versorgung der Region zu unterstützen.¹⁵¹⁷ Reg. u. Schulrat Dr. H. Wiemann sagte Unterstützung zu.¹⁵¹⁸ Innerhalb der Lehrerschaft gab es Unsicherheiten bei den Übergängen von Schülerinnen und Schülern in die Hilfsschule. H. Bruckmann¹⁵¹⁹ als Vorstandsmitglied bat den Vorstand des BLO, er möge sich einsetzen dafür, „daß die Bestimmungen betr. Überweisung von Kindern in die Hilfsschule im Schulblatt veröffentlicht werden.“¹⁵²⁰

Und es mangelte an Hilfen für die Kinder, die Unterstützung benötigten und die eine Landschule besuchten. Diese Schulen konnten kaum Förderung anbieten. Die Mängel, die auch in den sozialpädagogischen Arbeitsgemeinschaften während einer Tagung am 20. Dezember 1954¹⁵²¹ in Emden deutlich angesprochen wurden, mussten behoben werden. Das förderbedürftige Kind sollte stärker Berücksichtigung finden, die Volksschule sollte die Auf-

1514 Protokoll Vorstandssitzung des BLO am 17. Februar 1951 in Aurich. In: Protokollbuch: Vorstand des BLO/OLV, 1950–1955.

1515 Protokoll Vorstandssitzung des BLO am 15. März 1951 in Aurich. In: Protokollbuch: Vorstand des BLO/OLV, 1950–1955.

1516 Witt, E., Nachruf Sonderschullehrer Ernst Vespermann. OSB 82. Jg., Nr. 4, April 1961, S. 39.

1517 Protokoll Vorstandssitzung des BLO am 10. September 1953 in Aurich. In: Protokollbuch: Vorstand des BLO/OLV, 1950–1955.

1518 Ebd.

1519 Hilda Bruckmann war Rektorin der Herrentorschule A, Schulaufsichtskreis Emden. Festschrift 1954, S. 27.

1520 Ebd.

1521 Becker, E.A., Ostfriesische Jugend in Not! In: OSB 76. Jg., Nr. 1, Jan. 1955, S. 1.

gabe der Förderung annehmen und adäquat lösen. Eckart Müller¹⁵²² betrachtete 1955 die Position des „schwachbegabten Kindes“¹⁵²³ in der Volksschule unter dem Aspekt der Einbeziehung in die Gemeinschaft und der Förderung durch umfassende Differenzierung. Das in den Erzählungen alter Schulmeister oft noch kursierende „Verswindenlassen“¹⁵²⁴ von schwachbegabten oder verhaltensauffälligen Kindern in die letzte Bank der Klasse oder sogar ganz aus dem Unterricht, wenn ein Besuch des Schulrates anstand, empfand E. Müller als Handlung gegen die „Berufsehre.“¹⁵²⁵ Gerade der Volksschullehrer, und damit auch und besonders der Lehrer auf dem Lande, sollte in der Lage sein, alle Kinder zu erreichen, sie anzusprechen, sie einzubeziehen und sie zu fördern. Die Volksschule habe, so Müller, auch durch die Auseinandersetzung mit den Bildungsansprüchen der weiterführenden Schulen und den Bildungsmöglichkeiten im Gefälle zwischen Stadt und Land eine zu starke Orientierung an der Leistung erhalten:

*„Aus der Volksschule werden nach wie vor auch tüchtige Rentanten, Zeitungs- und Büroleute hervorgehen. Aber der Zuschnitt unserer Anforderungen im Rechnen, Rechtschreiben, Aufsatz ist nicht ganz frei von der Fiktion, als müßten alle unsere Kinder Journalisten, Stenotypistinnen und Zahlmeister werden.“*¹⁵²⁶

Ausführlicher ging Müller¹⁵²⁷ in einem weiteren Beitrag zum Thema: „Praktische Hilfe für die Muttersprachbildung“¹⁵²⁸ auf die Situation des schwachbegabten Kindes in der Volksschule ein. Müller griff das Thema auf, da seiner Auffassung nach bereits beim Schuleintritt über die erste muttersprachliche Bildung eine Ausgrenzung des schwachbegabten Kindes erfolge. Der Autor machte sich für die Integration der Lernschwachen stark und versuchte die Ausgrenzung der Schülerinnen und Schüler, die zu der Zeit aufgrund mangelnder differenzierter sonderpädagogischer Beschulungsmöglichkeiten

1522 Eckart Müller war Lehrer an der Schule Mitling-Mark, Schulaufsichtskreis Weener. Festschrift 1954, S. 43.

1523 Müller, E., Schwachbegabte Kinder in der Volksschule. I. Besinnung: Das Kind, das in der Schule versagt – Die Schule, die am Kinde versagt. In: OSB 76. Jg., Nr. 1, Jan. 1955, S. 3.

1524 Ebd.

1525 Ebd.

1526 Ebd.

1527 E. Müller arbeitete bereits von 1951 an im „Niedersächsischen Arbeitskreis für Arbeitsmittel“ mit. Er bearbeitete das Thema „Individualisierung im Rechtschreibunterricht.“ Leitung des Arbeitskreises hatte Schulrat Dr. Blumenthal. Mitwirkung: Pädagogische Hochschule Celle, Institut für Arbeitsmittel, und Ilse Rother. Vgl. Dumke, A., 1987, S. 63.

1528 Müller, E., Schwachbegabte Kinder in der Volksschule. II. Praktische Hilfen für die Muttersprachbildung. In: OSB 76. Jg., Nr. 2, Febr. 1955, S. 9.

den Unterricht oft ohne Lernzuwachs besuchten, abzubauen. Müller wollte das Recht auf Bildung und das Recht auf Teilhabe an der Gesellschaft auch auf die schwachen Schülerinnen und Schüler ausgedehnt wissen:

*„Was später im Leben den Einfältigen zum nützlichen, ja zum unentbehrlichen Glied machen kann, sind Zufriedenheit, Treue und Zuverlässigkeit. Und hierfür ist u. a. wichtig, daß wir dem schwachen Kinde die Treue der Werkvollendung in der täglichen Schularbeit ermöglichen durch Aufgaben, die es erfüllen kann.“*¹⁵²⁹

Diese Diskussion wurde auch in den Junglehrerarbeitsgemeinschaften geführt. Die JLAG des Kreises Leer diskutierte 1953 mit Hauptlehrerin Rippena¹⁵³⁰ während einer Junglehrerfreizeit die Probleme, die sich um „schwachsinnige, schwererziehbare und sozialgefährdete Kinder rankten.“¹⁵³¹

Die Probleme der Landschule konnten kaum zufriedenstellend gelöst werden. Vespermann referierte zur Hauptversammlung des OLV vom 6.-8. Oktober 1955 in Emden erneut zum Thema: „Landschule und Hilfsschulproblem in Ostfriesland.“¹⁵³²

Die Vertretung der Hilfsschulen (Vertreter Ernst Vespermann) wurde nach der Umstrukturierung des Lehrerverbandes 1955 in den Ausschuss für Schulpolitik und Standesfragen des OLV eingegliedert.¹⁵³³ Zur Situation der Entwicklung dieser Schulform stellte 1956 H. Wiemann fest:

*„Auf dem Gebiete der Hilfsschulen ist sehr wenig geschehen. Es sind zwar neben den größeren Hilfsschulen in Emden, Leer und Norden noch Hilfsschulklassen in Weener, Loga, Borkum und Aurich hinzugekommen, aber eine durchgreifende Lösung ist damit nicht erreicht worden.“*¹⁵³⁴

Die „Fachgruppe Sonderschulen des Ostfriesischen Lehrervereins“¹⁵³⁵, die 1959 erstmalig erwähnt wird, machte das „bildungsschwache Kind“¹⁵³⁶ zum zentralen Thema der Hauptversammlung des OLV. Die Leitung dieser Fach-

1529 Ebd., S. 11.

1530 Diderike Rippena war Hauptlehrerin an der Hilfsschule Leer. Schulaufsichtskreis Leer. Festschrift 1954, S. 31.

1531 Junglehrerfreizeiten für Junglehrer des Kreises Leer. In: OSB 74. Jg., Nr. 4, Juli 1953.

1532 Angaben nach: Tagungsverlauf. In: OSB 76. Jg., Nr., 9, Sept. 1955, S. 65.

1533 Satzung OLV 1955.

1534 Wiemann, H.; Oltmanns-Eiben, H., 1956. S. 10.

1535 Ringhandt: Fachgruppe Sonderschulen des Ostfriesischen Lehrervereins. In: OSB 80. Jg., Nr. 11, Nov. 1959, S. 103.

1536 Ebd.

gruppe wechselte, Johann Eesmann¹⁵³⁷ wurde Nachfolger von Vespermann.¹⁵³⁸ E. Witt¹⁵³⁹ hatte in Vorbereitung auf die Hauptversammlung des OLV 1959 in Berlin Sonderschulen und Heime besucht. In Emden, darüber berichtete Ringhandt¹⁵⁴⁰, referierten schließlich Dr. med. W. Lindenberg vom Ev. Waldkrankenhaus Berlin-Spandau und W. Hofmann, Direktor des Staatl. Seminars zur Ausbildung von Sonderschullehrkräften Tübingen. R. Keller, Oberschulrat in Berlin, stellte die Maßnahmen der Stadt „für bildungsschwache Kinder und Jugendliche“¹⁵⁴¹ vor. Diskutiert wurden die Klassenfrequenzen, die „an den Hilfsschulen höchstens 20“¹⁵⁴² erreichen sollten. Und es wurde die Frage nach der Anwendung von Testverfahren erörtert und festgestellt, „dass es kaum Sonderschullehrernachwuchs gibt.“¹⁵⁴³

Anfang 1961 führte Vespermann eine Tagung des Verbandes Deutscher Sonderschullehrer, Unterverband Ostfriesland, „in Gemeinschaft mit der Fachschaft Sonderschule in Ostfriesland“¹⁵⁴⁴ durch. Vespermann nahm mit dieser Tagung aus Altersgründen seinen Abschied.¹⁵⁴⁵

Während der Vorstandssitzung des OLV am 21. April 1961 wurde E. Witt als Fachgruppenvertreter und Nachfolger von Eesmann benannt.¹⁵⁴⁶ Das Jahr 1961 brachte eine nachhaltige Diskussion um den Bestand der Sonderschulen in Ostfriesland. Anlässlich des 50jährigen Bestehens der Sonderschule in Leer¹⁵⁴⁷ wies H. Wiemann darauf hin, dass aufgrund des Mangels an Lehrkräften das Sonderschulwesen in Ostfriesland nicht weiter entwickelt werden könne:

1537 Johann Eesmann war Sonderschulrektor der Sonderschule Emden. Schulaufsichtskreis Emden. Festschrift 1959, S. 56.

1538 Ernst Vespermann war als Sonderschulrektor in den Ruhestand getreten. Festschrift 1959, S. 56.

1539 Ewald Witt war Sonderschulkonrektor der Sonderschule Emden. Schulaufsichtskreis Emden. Festschrift 1959, S. 56.

1540 Günter Ringhandt war Sonderschullehrer der Sonderschule Emden. Schulaufsichtskreis Emden. Festschrift 1959, S. 56.

1541 Ringhandt: Fachgruppe Sonderschulen des Ostfriesischen Lehrervereins. In: OSB 80. Jg., Nr. 11, Nov. 1959, S. 103.

1542 Ebd.

1543 Ebd.

1544 Tagung des Unterverbandes Ostfriesland Deutscher Sonderschullehrer gemeinsam mit der Fachschaft Sonderschule in Ostfriesland. In: OSB 82. Jg., Nr. 4, Nov. 1961, S. 34.

1545 Ebd.

1546 Vorstandssitzung des OLV am 21. April 1961 In: OSB 82. Jg., Nr. 5, Mai 1961, S. 49.

1547 Becker, E.A., Ostfrieslands Sonderschulen in Gefahr? In: OSB 82. Jg., Nr. 9, Sept. 1961, S. 84 f.

*„Die jüngere Lehrergeneration von heute ist aufgerufen, das Sonderschulwesen dadurch zu unterstützen, daß sich Lehrer bereitfinden für die Ausbildung zum Sonderschullehrer.“*¹⁵⁴⁸

Im Mai 1962 informierte sich die Fachgruppe Sonderschulen über „Gemeinschaftsschwierige Kinder“ und diskutierte neu aufgelegte Testverfahren.¹⁵⁴⁹ Die Fachgruppe erhielt 1962 nach der Koordinationssitzung des OLV zu den Aufgaben der Gremien die Themenbereiche:

*„1. Dörfergemeinschaftsschulen und Sonderschulklassen. 2. Aufnahme- und Umschulungsfragen in Theorie und Praxis. 3. Erfahrungen über die Arbeit im 9. Schuljahr der Sonderschule.“*¹⁵⁵⁰

Allerdings blieb die Sorge um die weitere Entwicklung der Sonderschulen, es fehlte der Lehrernachwuchs. Abhilfe sollte durch die Eröffnung eines zusätzlichen Ausbildungsweges geschaffen werden. Im Dienst befindliche Lehrkräfte erhielten jetzt die Möglichkeit, „nach einem sechssemestrigen fachwissenschaftlichen Studium und einer zusätzlichen pädagogischen und schulpraktischen Ausbildung“¹⁵⁵¹ als Sonderschullehrkräfte tätig zu sein.

Doch zur Tagung Fachgruppe Sonderschulen am 18.4.1963 erklärte H. Wiemann resigniert: „Kein junger Kollege meldet sich mehr für die Arbeit an der Sonderschule.“¹⁵⁵² Dennoch ergänzten auch die Sonderschulen das Angebot durch Einrichtung von 9. Klassen.¹⁵⁵³ Einzelne Schulen praktizierten die Zusammenarbeit mit den Volksschulen. Im Mai 1962 fuhren 15 Lehrerinnen und Lehrer der Fachgruppe Sonderschulen nach Hannover, um dort eine sechsklassige Sonderschule mit 75 „gemeinschaftsschwierigen Kindern“¹⁵⁵⁴ zu besuchen. Die Form der Aufnahme, die Testverfahren und die ärztliche Unterstützung fanden das Interesse der Lehrkräfte.¹⁵⁵⁵

1548 Becker, E.A., Um Bestand und Ausbau des Sonderschulwesens in Ostfriesland. In: OSB 82. Jg., Nr. 9, Sept. 1961, S. 85.

1549 Witt, E., Fachgruppe Sonderschule. In OSB 81. Jg., Nr. 6, Juni 1962, S. 68.

1550 Schmidt, W., Koordinierung der Ausschufarbeit im OLV In: OSB 83. Jg., Nr. 9, Dez. 1962, S. 94.

1551 Sorgen um den Lehrernachwuchs an unseren Mittelschulen. In: OSB 84. Jg., Nr. 3, März. 1963, S. 31.

1552 Fachgruppe Sonderschulen. In OSB 84. Jg., Nr. 6, Juni 1963, S. 67.

1553 Ebd., S. 68.

1554 Ebd., S. 67.

1555 Ebd., S. 67.

Im April 1963 trat Witt als Vorsitzender der Fachgruppe zurück, H.-H. Harms¹⁵⁵⁶ wurde sein Nachfolger. Zur VV 1963 berichtete Harms von den immer noch bestehenden Problemen gerade im ländlichen Sonderschulwesen.¹⁵⁵⁷ Auf dem Land fehlte die Versorgung. Sonderschuleinrichtungen in Moordorf und Esens sollten wieder aufleben, in Planung befanden sich weitere Sonderschulangebote in Hinte und Westrhauderfehn, die Planung sah eine „Vergrößerung des Einzugsgebietes“¹⁵⁵⁸ vor, damit die Sonderschulen mindestens drei- bis vierzünftig angelegt werden konnten.¹⁵⁵⁹ Aber es fehlten die Lehrkräfte.¹⁵⁶⁰ 1964 führte die Fachgruppe eine Tagung in Emden durch, betrachtet wurden die Möglichkeiten der Umgestaltung von Sonderschulklassen zu „selbstständigen Sonderschulen.“¹⁵⁶¹

Auch der Vergleich mit dem Schulwesen des Nachbarlandes Niederlande wurde gesucht. Im November 1964 trafen sich deutsche und niederländische Lehrkräfte zu einer Informationstagung über das Sonderschulwesen.¹⁵⁶² Während dieser Tagung wurde nach „Möglichkeiten für die schulische Betreuung sonderschulbedürftiger Schüler, die sich noch in den Volksschulen in großer Zahl befinden und befinden werden, so lange es nicht genügend Sonderschulen bzw. Sonderschullehrer gibt,“¹⁵⁶³ gesucht.

H. Grimpe erklärte in einer Rückschau auf die Situation: Durch die Entwicklung der Mittelpunktschulen „mit ihren Jahrgangsklassen hatten lernschwache Kinder keine Heimat mehr, man musste sich um sie kümmern.“¹⁵⁶⁴

Angeregt von der beabsichtigten Umgestaltung der Volksschuloberstufe und der Richtliniendiskussion gab Gerhard Goldau¹⁵⁶⁵ 1965 eine genaue Übersicht über die Entwicklung der Sonderschule und des Sonderschulwesens –

1556 Hans-Hermann Harms war Sonderschullehrer an der Sonderschule Aurich. Festschrift 1963, S. 41.

1557 Vertreterversammlung des Ostfriesischen Lehrervereins 1963. In OSB 84. Jg., Nr. 10, Okt. 1963, S. 102.

1558 Ebd.

1559 Ebd.

1560 Ebd.

1561 Harms, H.H., Fachgruppe Sonderschulen. In OSB 85. Jg., Nr. 3, März 1964, S. 34.

1562 Harms, H.H., Informationstagung „Sonderschule“. In OSB 85. Jg., Nr. 12, Dez. 1964, S. 118 f.

1563 Ebd. S. 119.

1564 Grimpe, H., Die Entwicklung des Sonderschulwesens auf dem Lande am Beispiel Ihren. In: Bierwirth, H.; Hothan, H.; Klattenhoff, K. (Hrsg.), 1995, S. 175.

1565 Gerhard Goldau war Schulrat des Schulaufsichtskreises II Aurich. Festschrift 1965, S. 61.

nicht nur in Ostfriesland.¹⁵⁶⁶ Er betonte die Entwicklung der Sonderschule nach dem zweiten Weltkrieg hin zur Schule, in der es um „Anerkennung des Menschen im Menschen“¹⁵⁶⁷ geht. Diesem Anspruch müsse die Sonderschule gerecht werden, auch wenn „Raum- und Personalmangel“¹⁵⁶⁸ dem noch entgegenstehen würden. Im Mai 1966 standen die Zahlen zur Entwicklung des Sonderschulwesens in Ostfriesland zur Diskussion. An den Sonderschulen waren „nur rund 40 Prozent der Lehrkräfte an Sonderschulen ausgebildete Sonderschullehrer“¹⁵⁶⁹ tätig. Der Bedarf stieg stetig, so dass „die bestehenden 9 Sonderschulen ihren Einzugsbereich nach und nach vergrößern können.“¹⁵⁷⁰

Die Veranstaltung der Fachgruppe im Mai 1966 wurde von 37 und die Veranstaltung im Juni von 38 Lehrerinnen und Lehrern besucht.¹⁵⁷¹ Das mag ein Hinweis darauf sein, wie stark die Fachgruppe Sonderschule Einfluss auf die Gesamtentwicklung nehmen konnte. Über fast zwanzig Jahre hin dehnte sich eine Diskussion, die um die Behebung der Mängel geführt wurde. Die jeweiligen Vertreter der Fachgruppe im OLV hatten sich – das zeigt die Würdigung, die sie durch H. Wiemann in seinem Rückblick auf die Schulentwicklung in Ostfriesland bereits 1956 erfuhren¹⁵⁷² – mit großem Engagement ihrer Arbeit gewidmet. Ihre Bemühungen aber um die „Sorgenkinder der Volksschule“¹⁵⁷³ bis hin zu den Gedanken an übergreifende Reformen¹⁵⁷⁴ trugen nicht zu einer annehmbaren Lösung bei.

Inwieweit die Ansprüche des Rechtes des Kindes im Rahmen der Demokratisierung umgesetzt werden konnten, das kann nur Einschätzung sein. Der Bildungsprozess insgesamt – und besonders in Bereichen, da er Sonderwege vorsah – musste sich einer rechtlichen Wertung stellen. Andreas Laaser schrieb zu diesen Bedingungen im Rahmen der Projektgruppe Bildungsbericht 1980:

1566 Goldau, G., Die Sonderschule im Wandel der Zeit. In OSB 86. Jg., Nr. 1, Jan. 1965, S. 4 ff.

1567 Ebd., S. 6.

1568 Ebd.

1569 Erdmann, P.; Harms, H.H., Protokoll. Fachgruppe Sonderschulen 17. Mai und 16. Juni 1966. In: OSB 87. Jg., Nr. 10, Oktober 1966, S. 113.

1570 Ebd.

1571 Ebd.

1572 Wiemann, H.; Oltmanns-Eiben, H., 1956. S. 10 ff.

1573 Vgl. Bernart, E., Sorgenkinder der Volksschule. München: Kaiser 1958.

1574 Vgl. Wittmann, B., Sonderschule, Bildungsplanung, Schulreform. Berlin: Marhold 1969.

„Als Verfassungsrechtliche Grundlage dieser Entwicklungen seien hier erwähnt die Garantie der freien Entfaltung der Persönlichkeit in Art. 2 Abs. 1 GG, der insbesondere für das Prüfungs- und Versetzungsrecht bedeutsame Gleichheitssatz in Art. 2 GG, die Glaubens- und Gewissensfreiheit des Art. 4 Abs. 1 GG, die Meinungs- und Informationsfreiheit des Art. 5 GG, das in Konkurrenz zum staatlichen Erziehungsrecht stehende Elternrecht in Art. 6 Abs 2 GG und die Ausbildungs- und Berufsfreiheit in Art. 12 Abs. 1 GG.“¹⁵⁷⁵

4.4 Freiwillige Arbeitsgemeinschaften

4.4.1 Interessenfindung und Bildung der Arbeitsschwerpunkte

Sich frei zu versammeln und frei zu entscheiden, das war zur Zeit der NS-Diktatur nicht möglich gewesen. Die neue Freiheit nach 1945, die Freiheit zur „Selbsterziehung“¹⁵⁷⁶ eröffnete für die Lehrkräfte über die Organisation der eigenen Lehrerkonferenz, des eigenen Ortslehrervereines die Arbeitsform der freien Arbeitsgemeinschaften, sie bot viele Möglichkeiten und verschaffte der traditionellen „Arbeit zur Hebung der Schule“¹⁵⁷⁷ neue Geltung. Lehrerinnen und Lehrer fanden zusammen, um gemeinsam über einen längeren Zeitraum hin ein Thema zu behandeln. Die Konferenzen unterstützten die Bildung dieser Gruppen, die nicht immer als Arbeitsgemeinschaften bezeichnet und verstanden wurden. Die Mitarbeit in den Arbeitsgemeinschaften war freiwillig¹⁵⁷⁸, der Zugang stand allen Lehrkräften und Interessierten offen. Lehrkräfte in den Arbeitsgemeinschaften suchten Ansprechpartner, die in die Arbeit einbezogen wurden: Die sozialpädagogische Arbeitsgemeinschaft arbeitete mit kommunalen Einrichtungen, die religionspädagogische Arbeitsgemeinschaft mit Kirchen, die Schulfunkarbeitsgemeinschaft mit den Sendeanstalten usw. zusammen. Diese Offenheit zeichnete die freien Arbeitsgemeinschaften¹⁵⁷⁹ aus.

Die Ortslehrervereine hatten in ihren Satzungen oder Vereinbarungen über die Konferenzarbeit in der Regel vorgegeben, dass während einer Sitzung ein

1575 Laaser, A., Die Verrechtlichung des Schulwesens. In: Max-Planck-Institut für Bildungsforschung. Projektgruppe Bildungsbericht (Hrsg.), 1980. S. 1355.

1576 Nach dem Titel von Litt, Th., 1957.

1577 Vgl. Pretzel, T.L.A., 1921, S. 168 ff.

1578 Während die Teilnahme an der Konferenz verpflichtend war. Vgl. Satzung Freie Konferenz 1947.

1579 Die amtlichen Arbeitsgemeinschaften mussten von Amts wegen besucht werden.

Vortrag gehalten oder eine pädagogische Schrift vorzustellen sei.¹⁵⁸⁰ Die Vorbereitungen und Themensetzungen brachten es mit sich, dass Interessierte weiteren Erfahrungsaustausch suchten.

Größere Arbeitsgemeinschaften bildeten sich übergreifend auf den Kreisebenen oder sogar für den Bezirk.

Die Themensetzungen ermöglichen eine Kategorisierung. Es gab Arbeitsgemeinschaften

- in Grundsatzfragen der Erziehung und Pädagogik,
- zu Unterrichtsfragen, der fachlichen Struktur und der Didaktik der Unterrichtsfächer,
- zu Belangen der beruflichen Situation.

Die Einrichtung der freiwilligen Arbeitsgemeinschaften gehörte zu den Kernaufgaben des BLO/OLV.

In der im Februar 1955 veröffentlichten Satzung des OLV wurde diese Arbeit ausdrücklich erwähnt:

*„1. Der OLV bezweckt die Förderung von Erziehung und Wissenschaft und den Ausbau der in deren Dienst stehenden Einrichtungen. 2. Vornehmlich betrachtet er als Mittel zur Erreichung dieses Zweckes: a) die Arbeit in Versammlungen, Ausschüssen und Arbeitsgemeinschaften, ...“*¹⁵⁸¹

Zu den Arbeitsgemeinschaften in Grundsatzfragen der Erziehung und Pädagogik gehörten vorrangig die pädagogischen Arbeitsgemeinschaften, die sich mit den aktuellen Fragen der Zeit auseinandersetzten. Der pädagogische Ausschuss im BLO gab mehr oder weniger regelmäßig Arbeitsanregungen.¹⁵⁸² Es stand in den Jahren nach 1945 zuvorderst das Problem der Literaturbeschaffung und -rezeption auf der Tagesordnung. Der Leiter des pädagogischen Ausschusses im BLO Alberts schickte Rundschreiben per Wachsmatrizenabzug an die Lehrervereine und unterbreitete Vorschläge.¹⁵⁸³ Allein zur Lektüre wurden mehrere Folgen des Rundschreibens verschickt. Die dritte Folge umfasste vier Seiten, einzeilig beschrieben. Alberts stellte darin

1580 Die Freie Konferenz Vereinigung hatte in der Satzung 1947 regelmäßig zwei Vorträge vorgesehen. Satzung Freie Konferenz 1947.

1581 Satzung OLV 1955.

1582 Alberts, A., Div. Rundbriefe des Pädagogischen Ausschusses im BLO. In: Kreislehrerverein Leer: 1950–1956.

1583 Pädagogischer Ausschuss im BLO. Vorschläge für den Aufbau einer Lehrer- und Schülerarbeitsbücherei. Folge 3. (Alberts). In: Kreislehrerverein Leer: 1950–1956.

neue pädagogische Literatur zur Erziehung zu schöpferischer Freiheit¹⁵⁸⁴, zur Ethik¹⁵⁸⁵, zur vergleichenden Leistungsmessung¹⁵⁸⁶ usw. vor. Gleichzeitig kommentierte er auch neue Richtlinien.¹⁵⁸⁷

1956 waren die pädagogischen Arbeitsgemeinschaften nahezu flächendeckend eingerichtet.¹⁵⁸⁸

In Aurich wurde die „Pädagogische Arbeitsgemeinschaft Königshoek“ von Lehrer Sandvoss, Königshoek, geleitet und die „Pädagogische Arbeitsgemeinschaft Wiesmoor“ leitete E. Amelong.¹⁵⁸⁹ Amelong hatte sich für das Modell „Sprechspur“¹⁵⁹⁰ eingesetzt, war Mitglied des nach 1955¹⁵⁹¹ gebildeten Pädagogischen Ausschusses des OLV und Vorsitzender des Lehrervereines Wiesmoor. Dieser Arbeitskreis wird auch Lehrerinnen und Lehrer aus dem Schulaufsichtskreis Wittmund zugänglich gewesen sein.¹⁵⁹²

Für den Schulaufsichtskreis Leer führte A. Alberts die pädagogische Arbeitsgemeinschaft selbst. Dieser Arbeitskreis wirkte im Kreis Leer zusammenfassend. Das bedeutete, alle Arbeitskreisleiter pädagogischer Arbeitsgemeinschaften in Konferenzen waren gleichzeitig Mitglied dieser AG, auch die AG Schulpolitik des OLV war hier vertreten. Da der Arbeitskreis übergreifende Arbeitsschwerpunkte behandelte, den Fachunterricht, den Epochalunterricht, den Unterricht nach Bildungseinheiten, den Unterricht nach Lebensproblemen und Gegenwartsfragen als Arbeitsschwerpunkte, wurden vom Kreisverein Leer die Fahrtkosten erstattet. Alle zwei Monate kam die Arbeitsgemeinschaft zusammen.¹⁵⁹³

Fragen der Erziehung als Auftrag der Schule behandelten die sozialpädagogischen Arbeitsgemeinschaften. Dieser Arbeitsschwerpunkt, in der unmittel-

1584 Metzger, M., 1949.

1585 Kaulbach, F., 1948.

1586 Hylla, E., 1949.

1587 Richtlinien für den Unterricht in den Klassen 5 und 6 der Grundschule. Hansestadt Hamburg, Schulbehörde 1949.

1588 Vgl. Freiwillige Arbeitsgemeinschaften innerhalb der Lehrerschaft Ostfrieslands. In: OSB, 77. Jg., Nr. 7, Juli 1956, S. 52 f.

1589 Ernst Amelong war Hauptlehrer der Schule Hinrichsfehn, Schulaufsichtskreis Aurich. Festschrift 1954, S. 27.

1590 Vgl. Kap.: Lehrplan Demokratie – Neue Fächer – Politische Bildung Rahmenrichtlinien-diskussion, Stoffverteilungspläne.

1591 Nach Satzungsänderung, Satzung OLV 1955.

1592 Vgl. Freiwillige Arbeitsgemeinschaften innerhalb der Lehrerschaft Ostfrieslands. In: OSB, 77. Jg., Nr. 7, Juli 1956, S. 52 f.

1593 Angaben nach: Ebd.

baren Nachkriegszeit durch H. Wiemann in Leer aufgegriffen, brachte neue Gedanken und Auffassungen in die Pädagogik. Auf diese Arbeit wird im folgenden Kapitel eingegangen.

Für den Erziehungswissenschaftlichen Ausschuss gab Alberts die Anregung, in Konferenzen oder besonderen Fachgruppen über philosophisch-pädagogische Werke zu diskutieren und regte die Gründung einer übergreifenden philosophischen Arbeitsgemeinschaft an.¹⁵⁹⁴ Die Konferenz Wiesmoor hatte im Laufe der Arbeit des Sommers 1954 den Gedanken aufgegriffen und die philosophische Arbeitsgemeinschaft setzte sich mit Nietzsches „Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben“¹⁵⁹⁵ auseinander. Der kritische Blick auf die Vergangenheit und die Bedingungen der Gegenwart führte zu grundsätzlichen Aussagen:

*„Alles im Leben des Einzelnen wie beim Volke hängt davon ab, daß es eine Linie gibt, die das Unübersehbare, Helle von dem Unaufhellbaren und Dunklen scheidet; davon, daß man ebenso zur rechten Zeit zu vergessen weiß, als man sich zur rechten Zeit erinnert.“*¹⁵⁹⁶

Der Ausblick auf die Zukunft in einer Zeit der Neuorientierung könne nicht geschichtslos genommen werden. Mit dem Neuanfang werde schließlich auch neue Geschichte gewonnen.

*„Erst durch die Kraft, das Vergangene zum Leben zu gebrauchen und aus dem Geschehen wieder Geschichte zu machen, wird der Mensch zum Menschen.“*¹⁵⁹⁷

1955 diskutierte die philosophische Arbeitsgemeinschaft Wiesmoor noch Werke von Jean Paul Sartre und Albert Camus.¹⁵⁹⁸ Die Ergebnisse dieser Arbeitsgemeinschaft aber fanden – trotz des interessanten Ansatzes – keine weitere Beachtung. Diese philosophische Arbeitsgemeinschaft, die von R. Kob¹⁵⁹⁹ geleitet wurde, blieb die einzige im OLV.¹⁶⁰⁰

1594 Vogt: Konferenz Wiesmoor. In: OSB 75. Jg., Nr. 11, Nov. 1954.

1595 Nietzsche, F., 1951.

1596 Vogt: Konferenz Wiesmoor. In: OSB 75. Jg., Nr. 11, Nov. 1954.

1597 Ebd.

1598 Amelong: Philosophische Arbeitsgemeinschaft Wiesmoor. In: OSB 77. Jg., Nr. 1, Jan. 1956, S. 8.

1599 Robert Kob war Lehrer an der Schule Hinrichsfehn, Schulaufsichtskreis Aurich. Festschrift 1954, S. 27.

1600 Vgl. Freiwillige Arbeitsgemeinschaften innerhalb der Lehrerschaft Ostfrieslands. In: OSB, 77. Jg., Nr. 7, Juli 1956, S. 52 f.

Aus dem Bereich der Arbeitsgemeinschaften in Grundsatzfragen zu Erziehung und Pädagogik sind zwei näher zu betrachten, da sie Schwerpunkte in der Demokratisierung bearbeiteten:

Erstens: Die Sozialpädagogischen Arbeitsgemeinschaften, auf die schon hingewiesen wurde.

Zweitens: Die Schulfunkarbeitsgemeinschaft, die über viele Jahre hinweg sehr aktiv tätig war. Im Bereich des BLO/OLV wurde nur eine dieser Arbeitsgemeinschaften geführt, an ihr nahmen die Lehrkräfte überregional teil.¹⁶⁰¹ Die Alliierten setzten Hoffnungen in die Wirkung der Maßnahmen zur Reeducation über die Medien. Die AG begleitete die Entwicklung des Rundfunks und an den Berichten von Pinkert ist ablesbar, inwieweit Themen der Demokratisierung behandelt wurden. In ähnlicher Weise wirkten die Arbeitsgemeinschaften für den Jugendschriftenausschuss.¹⁶⁰²

Die freiwilligen Arbeitsgemeinschaften zur beruflichen Situation umfassten die AG für Landlehrer, für jüngere Lehrer und Hilfsschullehrer.¹⁶⁰³ Nur eine Gruppe, die keine Vertretung innerhalb des BLO/OLV aufbaute, nutzte lediglich Arbeitsgemeinschaften, um die eigene Arbeit zu fördern – der Kreis der Lehrkräfte, die als Flüchtlinge und Vertriebene nach Ostfriesland kamen. Die Schulpolitische Arbeitsstelle hatte in der Auseinandersetzung über Besoldungsfragen die Gruppe der Flüchtlingslehrkräfte zwar vertreten, diese Lehrkräfte traten aber ihrerseits nicht als geschlossene Gruppe oder Interessengemeinschaft auf. Als die Schulpolitische Bezirksstelle des OLV durch Beschluss der VV 1955 in Emden zum Ausschuss für Schulpolitik und Landesfragen umstrukturiert wurde, wurde ein Platz im Ausschuss einer Vertretung der 131er¹⁶⁰⁴ – und damit den Flüchtlingslehrkräften – zugestanden.¹⁶⁰⁵ Dieser Platz aber war zur Gründungssitzung des Ausschusses 1956 immer noch nicht besetzt¹⁶⁰⁶, das mangelnde Interesse mag an der Auseinander-

1601 Ebd.

1602 Ebd.

1603 Ebd.

1604 GG Art. 131: „Die Rechtsverhältnisse von Personen einschließlich der Flüchtlinge und Vertriebenen, die am 8. Mai 1945 im öffentlichen Dienste standen, aus anderen als beamteten- oder tarifrechtlichen Gründen ausgeschieden sind und bisher nicht oder nicht ihrer früheren Stellung entsprechend verwendet werden, sind durch Bundesgesetz zu regeln.“ In: Lehmann, H.G., 2004.

1605 § 6. Satzung OLV 1955.

1606 Harms, A., Bezirksausschüsse des OLV konstituiert. In: OSB 77. Jg., Nr. 3, März 1956, S. 21.

setzung, die um die Reform des Art. 131 GG geführt wurde¹⁶⁰⁷, gelegen haben.¹⁶⁰⁸ Gerade in Ostfriesland wurde wegen des Mangels an Lehrkräften eine große Zahl Flüchtlingslehrkräfte tätig, dafür setzte sich vorrangig der Emdener Schulrat Mortzfeld ein.¹⁶⁰⁹ 1955 stellte während einer Tagung des OLV mit der Forschungsstelle für ostdeutsche Landeskunde der Vorsitzende des OLV Hirte die Gründung einer Arbeitsgruppe für Ostdeutsche Fragen vor.¹⁶¹⁰ Jeder Kreisverein sollte einen derartigen Arbeitskreis gründen.¹⁶¹¹ 1956 wurde in einer Übersicht des OLV zu den Arbeitsgemeinschaften lediglich im Kreis Norden eine Arbeitsgemeinschaft für vertriebene Lehrer aufgeführt. Sie wurde geleitet von Mittelschullehrer Baum, Hage.¹⁶¹² Doch die Vertriebenen und Flüchtlinge, die als Lehrkräfte in Ostfriesland tätig waren, bildeten keine eigene Vertretung, die Arbeitsgemeinschaft wurde nicht weiter tätig und das Thema Ostkunde geriet in die Kritik.¹⁶¹³

4.4.2 *Jugend und Schule in der jungen Demokratie, die Sozialpädagogik*

Die Jugend litt in den ersten Jahren der Neuorientierung unter den Folgen der NS-Zeit.¹⁶¹⁴ Harm Wiemann berichtete, er habe sehr schnell festgestellt, dass der Schule trotz aller Bemühungen um Erziehung und Wissensvermittlung etwas Entscheidendes fehlte; es habe „das Soziale“¹⁶¹⁵ gefehlt. In einem Interview 1984 sagte er, es sei ihm 1949, nachdem er Rektor der Osterstegschule in Leer geworden sei, schnell bewusst geworden, „dass moderne Pädagogik im Kommenden nur Sozialpädagogik sein konnte.“¹⁶¹⁶ Er habe mit Müttern über die Situation der Heranwachsenden gesprochen. Die Mütter seien auf Grund „fehlender Männer über die Kinder nicht mehr Herr“¹⁶¹⁷

1607 Frede, G., Die Gleichstellung der politischen Flüchtlinge mit den übrigen unter das Gesetz zur Artikel 131 des GG fallenden Personen. In: Nds. SVBl. 1952, S. 8 ff.

1608 „Nun haben ehemalige NS-Beamte sogar Anspruch auf Wiedereinstellung und Erstattung nicht erhaltener Bezüge während der Zeit der Nichtbeschäftigung.“ Lietsch, S.; Michalowski, B. (Hrsg.), 1989, S. 16.

1609 Vgl. Grüneberg, C., Flucht eines Lehrers aus der DDR und Eingliederung in das niedersächsische Schulwesen in Ostfriesland. In: Bierwirth, H.; Hothan, H.; Klattenhoff, K. (Hrsg.), 1995, S. 615.

1610 Angaben vgl. Gülke, M., Tagung der „Forschungsstelle für ostdeutsche Landes- und Volkskunde“ mit Lehrern in Ostfriesland. In: OSB 76. Jg., Nr. 9, Sept. 1955, S. 67.

1611 Ebd.

1612 Ebd.

1613 Vgl. Kap.: Der Heimatkundliche Ausschuss/Bezirksausschuss Heimatkunde.

1614 Vgl. Kap.: Darstellung der Ausgangssituation.

1615 Vgl. Galle, J.; Pannemann, R.; Schröder, G., 1984 (Videoaufzeichnung).

1616 Ebd.

1617 Ebd.

geworden; die Kinder hätten sich „auf der Straße“¹⁶¹⁸ herumgetrieben. Er habe daraufhin drei Schritte unternommen. Regelmäßig sei er jeweils an den Abenden spazieren gegangen, um die Schülerinnen und Schüler von der Straße fernzuhalten. Das sei teils sogar gelungen, auf diese Weise habe er „zur Beruhigung des Schulbezirkes beigetragen.“¹⁶¹⁹ In einem zweiten Schritt sorgte Wiemann für die Einrichtung eines „Kinderhortes“¹⁶²⁰ an der Schule. Er sprach mit einer Kindergärtnerin, die bereit war, in den Nachmittagsstunden nicht untergebrachte „Schlüsselkinder“¹⁶²¹ zu betreuen.¹⁶²² Der dritte Schritt: H. Wiemann gründete eine Sozialpädagogische Arbeitsgemeinschaft. Dieser Arbeitsgemeinschaft gehörten nicht nur Lehrkräfte an, sondern es wurden auch die Sozialfürsorge, das Jugendamt der Stadt Leer und andere Institutionen einbezogen.¹⁶²³ Wiemann errichtete eine Plattform, die mit einem „breiten Konsens“¹⁶²⁴ arbeitete und zusätzliche Angebote für Heranwachsende bereitstellte.

Die Arbeitsgemeinschaft habe auch auf einschneidende Weise, so Wiemann, in die Schule gewirkt: Die schulischen Konferenzen seien wesentlich „pädagogischer“¹⁶²⁵ geworden.

Damit war Wiemann erste Schritte zu einer Auffassung von Pädagogik gegangen, die sich in der Nachkriegszeit als Reaktion auf die Anforderungen der Gesellschaft an Schule und Erziehung neu belebte. Die Übernahme der Verantwortung für das Leben der Schülerinnen und Schüler in der sozialen Gemeinschaft wurde als gesellschaftliche Aufgabe der Schule verstanden. Die Institution Schule und die in ihr tätigen Lehrkräfte mussten sich in der demokratischen Gesellschaft orientieren. H. Wiemann ging diesen Weg.

Wiemann gab in seinem Interview den Hinweis, er habe in Leipzig bereits während des Studiums den Ansatz der Sozialpädagogik kennen gelernt.¹⁶²⁶ Er brachte also ein Verständnis mit, das die Aufgaben der Sozialpädagogik nicht von den Aufgaben der Schule und damit der allgemeinen Pädagogik

1618 Ebd.

1619 Ebd.

1620 Ebd.

1621 Die Mütter bezahlten für diese Dienstleistung 20 Pfg. pro Kind pro Nachmittag. Ebd.

1622 Aus dieser Notlösung wurde später ein von der Stadt Leer betriebener Kindergarten. Ebd.

1623 Ebd.

1624 Ebd.

1625 Ebd.

1626 Wiemann, Jahrg. 1903, besuchte das Lehrerseminar in Aurich, studierte in Leipzig, promovierte dort 1940. In: OSB 86. Jg., Nr. 9, Sept. 1965, S. 101.

trennte. Sozialpädagogik wurde traditionell als schulisch-gesellschaftliche Aufgabe verstanden, wie Paul Natorp (1854–1924) sie begründete.¹⁶²⁷

Sie basierte auf der Idee einer allgemeinen Volkserziehung, die ihren Ursprung im Gedankengut der Zeit der Aufklärung hatte. Die Sozialpädagogik entwickelte Verantwortung für den heranwachsenden jungen Menschen; sie formulierte eine gesellschaftliche Zielsetzung der Schule.¹⁶²⁸

Die Veränderung und Öffnung der Schule, die Wahrnehmung neuer sozialer Aufgaben fand in den Bereichen der Kreis- und Ortslehrervereine immer stärkeren Zuspruch. In Emden wurde die Gründung von sozialpädagogischen Arbeitsgemeinschaften Anfang der fünfziger Jahre ebenfalls durch H. Wiemann, der 1950–1951 Schulrat des Schulaufsichtskreises war, besonders forciert.¹⁶²⁹ Diese Arbeit wurde von Schulrat Mortzfeld¹⁶³⁰ 1952 übernommen. Der Leiter der sozialpädagogischen Arbeitsgemeinschaft in Emden, E. Witt¹⁶³¹, setzte sich 1953 gemeinsam mit dem Schulrat für die Gründung eines Hauses der offenen Tür für die Jugend ein.¹⁶³² Der Anfang zur Entstehung einer Reihe von sozialpädagogischen Einrichtungen in Emden.¹⁶³³

Während der Tagung der Konferenz Dollart/KLV Rheiderland vom 10.9.1953 in Bunderhamrich berichtete Lehrer Schmidt¹⁶³⁴ über die Gründung einer sozialpädagogischen Arbeitsgemeinschaft für den Schulaufsichtskreis Weener.¹⁶³⁵

1627 Vgl. Natorp, P., 1899.

1628 Vgl. dazu: Mosapp, H., 1924; Buchenau, A., 1925.

1629 Vgl. Angaben in: Becker, E.A., Sozialpädagogische Aufgaben in der industriellen Gesellschaft. OSB 82. Jg., Nr. 9, Sept. 1961, S. 83.

1630 Mortzfeld wurde 1952 Schulrat im Schulaufsichtskreis Emden. Zur Biografie vgl. Kaufhold, J., Vom Mortzfeldstab zur Lernmaschine. Das Leben des Schulrates Alwin Mortzfeld. In: Klattenhoff, K.; Schäfer, B.; Sprang, H.; Weßels, P. (Hrsg.), 2007. S. 111 ff.

1631 Ewald Witt war Lehrer an der Hilfsschule Emden. Schulaufsichtskreis Emden. Vgl. Festschrift 1954, S. 29.

1632 Becker, E.A., Pläne für ein Haus der „offenen Tür“ in Emden. OSB 74. Jg., Nr. 9, Dez. 1953.

1633 Das sind Frühförderstelle, Beratungsstelle für Kinder und Jugendliche, Jugendzentrum, um nur einige zu nennen. Die Einrichtung der Schulkindergärten geht auf diese Initiative zurück. Der Landkreis Aurich entschied sich für die Form der Vorschule.

1634 Karl Schmidt war Lehrer an der Schule Bunderhee, Schulaufsichtskreis Weener. Vgl. Festschrift 1954, S. 41.

1635 Konferenz Dollart. In: OSB 74. Jg., Nr. 7, Okt. 1953.

Und während der Tagung des KLV Wittmund am 24.9.1953 in Esens referierte Lehrerin Behr¹⁶³⁶ über die Arbeit der Sozialpädagogischen Arbeitsgemeinschaft im Kreis Wittmund.¹⁶³⁷

1953 waren in vier der sechs Kreislehrervereine Sozialpädagogische Arbeitsgemeinschaften tätig.

Zur Jahreshauptversammlung des BLO 1954 wurde die Sozialpädagogik zum Thema. Prof. Schaumburg, Hannover, referierte über „Sozialpädagogische Aufgaben der Volksschule in der Gegenwart.“¹⁶³⁸ Die Fürsorge der Schule, die Verantwortung für die soziale Entwicklung der anvertrauten Heranwachsenden und deren Zukunft sollte mehr und mehr in den Vordergrund gestellt werden.¹⁶³⁹

In seinem Grußwort zur HV 1955 betonte Regierungspräsident Hamann:

*„Insbesondere tut bei den Anforderungen, die die Gegenwart an die Menschen überhaupt und an die Jugend besonders stellt, der Auf- und Ausbau der sozialpädagogischen Arbeitsgemeinschaften not.“*¹⁶⁴⁰

In diesen Jahren wurden weitere Arbeitsfelder, die eine sozialpädagogische Verantwortung der Schule über die traditionellen Grenzen hinaus betonten, in Angriff genommen. Am 22. März 1954 trafen sich auf Anregung des Schulrates Mortzfeld Lehrerinnen und Lehrer, die zum April eine erste Klasse übernehmen sollten. Der Schulrat diskutierte mit den Anwesenden die Einrichtung von Schulkindergärten, die die noch nicht schulreifen, aber bereits schulpflichtigen Kinder aufnehmen sollten.¹⁶⁴¹ Am 20. Dezember 1954 fand auf Einladung der Sozialpädagogischen Arbeitsgemeinschaft eine übergreifende Veranstaltung in Emden statt.¹⁶⁴² Geladen waren Interessierte aus allen Berufsschichten und Kreisen der Öffentlichkeit, Regierungspräsident Hamann, Reg.Bez. Aurich, und Oberbürgermeister Rosenberg, Stadt Emden, waren anwesend. H. Wiemann referierte über die Situation der Kinder und Jugendlichen in Ostfriesland, kam dann zur Forderung der Einrichtung von

1636 Gertrud Behr war Lehrerin an der Schule Nenndorf, Schulaufsichtskreis Wittmund. Vgl. Festschrift 1954, S.47.

1637 Erwähnt durch Osse, J., Schule und Lehrer des Dorfes in der Krise der Gegenwart. In: OSB 74. Jg., Nr. 8, Nov. 1953.

1638 Becker, E.A., Hauptversammlung am 5. Januar 1954. In: OSB 75. Jg., Nr. 2, Feb. 1954. 1639 Ebd.

1640 Grußwort des Regierungspräsidenten. In: OSB 76. Jg., Nr. 9, Sept. 1955, S. 65.

1641 Lehrer und Kindergärtnerinnen in Emden arbeiten zusammen. In: OSB 75. Jg., Nr. 4, Apr. 1954.

1642 Vgl. Becker, E.A., Ostfriesische Jugend in Not! In: OSB 76. Jg., Nr. 1, Jan. 1955, S. 1.

Schulkindergärten an den Schulen. Er betonte, dass die Vernetzung helfender Einrichtungen die Schule nur unterstützen könne.¹⁶⁴³ Junglehrerinnen und Junglehrer, das betonte er, berichteten oft von „psychopathischen, von nervösen und schwererziehbaren Kindern.“¹⁶⁴⁴ Diese Hinweise führten zu einer weiteren Forderung. Eine Erziehungsberatungsstelle für ganz Ostfriesland sollte den Eltern, aber auch den Kindern und Jugendlichen Hilfen bieten. Kindertagesstätten, Kindergärten und Kinderlesestuben sollten das Angebot ergänzen.¹⁶⁴⁵

Die Arbeit der Sozialpädagogischen Arbeitsgemeinschaft fand Aufmerksamkeit weit über die Grenzen Ostfrieslands hinaus. Kultusminister Voigt besuchte am 16. April 1955 die Stadt Emden, um die neu entstandene Früchteburgschule einzuweihen. Der Minister referierte am gleichen Tag im Rathausfestsaal der Stadt vor der Sozialpädagogischen Arbeitsgemeinschaft und geladenen Gästen aus ganz Ostfriesland.¹⁶⁴⁶ Er sprach über das Verhältnis von Sozialpädagogik und Schule, verwies auf Aufgabenbereiche, die sich in der Nachkriegszeit ergeben hatten. Zwar habe, das betonte der Minister, das Jugendwohlfahrtsgesetz von 1922 bereits zu neuer Auffassung von Jugendarbeit beigetragen, es habe sie aus dem Bereich der Armenfürsorge herausgeführt und den Blick auf die Zukunftsorientierung der Arbeit für die Jugend gestärkt¹⁶⁴⁷, doch der Begriff der Sozialpädagogik orientiere sich auch an dem, was an Maßnahmen durch die aktuelle Situation in den Schulen und in den Familien notwendig geworden sei:

*„Man sagt zu leicht: Die Sozialpädagogik hat es mit dem ‚gestörten‘ Kind zu tun. Dann müßte es der Lehrer nur mit dem ‚normalen‘ Kind zu tun haben. Solche Grenzen sind einfach nicht durchzustehen, wenn wir an die Neurosen, denen die Kinder heute durch die völlig veränderten Lebensverhältnisse und durch mancherlei zum Teil furchtbare Erlebnisse ausgesetzt sind.“*¹⁶⁴⁸

1643 „Hier kann nicht allein der Lehrer helfen. Sozialpädagogische Fälle gehen viele Stellen an: Gesundheitsämter, Jugendämter, Fürsorgestellen und nicht zuletzt die Gemeinden selbst, die in vielen Fällen durch bessere Wohnungsverhältnisse und sinnvolle Arbeitsbeschaffung, durch Aufklärung und Erziehung der Eltern zunächst helfen müssen, bevor die Schule dem Kind weiterhelfen kann.“ Becker, E.A., Ostfriesische Jugend in Not! In: OSB 76. Jg., Nr. 1, Jan. 1955, S. 1.

1644 Ebd.

1645 Ebd., S. 2.

1646 Becker, E.A., Schulpolitik und Sozialpädagogik Hand in Hand. Kultusminister Voigt sprach in Emden. OSB 76. Jg., Nr. 5, Mai 1955, S. 33.

1647 Ebd.

1648 Ebd.

Um den Anforderungen an die Erziehung gerecht zu werden, erhob Kultusminister Voigt die Forderung nach einer Ganztagschule.¹⁶⁴⁹

1955 weitete sich das Aufgabenfeld der Sozialpädagogischen Arbeitsgemeinschaften erneut. Der KLV Emden-Krummhörn lud zu einer Tagung gemeinsam mit Vertretern der Industrie- und Handelskammer, den Vertretern von Handel und Gewerbe, des Arbeitsamtes, der Handels- und Berufsschulen ein.¹⁶⁵⁰ Im Jahr 1954 waren 376 Schulabgänger als Lehrlinge nach Nordrhein-Westfalen vermittelt worden. Das ließ darauf schließen, dass die Region für die heranwachsende Generation nicht genügend Möglichkeiten zur Ausbildung bieten konnte. Die neue sozialpädagogische Orientierung der Schule sollte zur Vernetzung in der Gesellschaft beitragen und die Zukunft der Heranwachsenden in den Blick nehmen.¹⁶⁵¹

Die Sozialpädagogik begann auf diese Weise sich auch in der Kommunalpolitik zu etablieren. „Die sozialpädagogischen Arbeitsgemeinschaften und die Jugendwohlfahrtsausschüsse“¹⁶⁵² war eines der Themen während der Hauptversammlung des OLV vom 6.–8. Oktober 1955, es referierte Hilfschullehrer Witt. 1955 waren bereits die Grundlagen für eine erfolgreiche Arbeit geschaffen, die sozialpädagogischen Bestrebungen der Schulen fanden Anerkennung in der Wirtschaft, in der Kommunalpolitik und in Verbänden.

Am 6. März 1957 gründete auch der KLV Aurich eine Sozialpädagogische Arbeitsgemeinschaft.¹⁶⁵³ Den Vorsitz übernahm Hauptlehrer Seger.¹⁶⁵⁴ Witt hielt ein Referat über „die Aufgabengebiete einer Sozialpädagogik.“¹⁶⁵⁵ Zu dieser Arbeitsgemeinschaft bildete sich ein „Arbeitsausschuß“¹⁶⁵⁶, der von Schulrat E.A. Becker geleitet wurde und dem Konrektor von Ahrens¹⁶⁵⁷,

1649 Ebd., S. 34.

1650 Meyer, M., Wirtschaft und Pädagogik am runden Tisch. In: OSB 76. Jg., Nr. 7, Juli 1955, S. 50.

1651 Ebd.

1652 Tagungsverlauf. In: OSB 76. Jg., Nr., 9, Sept. 1955, S. 65.

1653 Eine sozialpädagogische Arbeitsgemeinschaft für den Kreis Aurich. In: OSB 78. Jg., Nr. 3, März 1957, S. 22.

1654 Otto Seger war Hauptlehrer an der Schule Neukels, Schulaufsichtskreis Aurich. Vgl. Festschrift 1958, S. 34.

1655 Eine sozialpädagogische Arbeitsgemeinschaft für den Kreis Aurich. In: OSB 78. Jg., Nr. 3, März 1957, S. 22.

1656 Ebd.

1657 Johannes van Ahrens war Konrektor an der Lambertischule Aurich. Vgl. Festschrift 1958, S. 33.

Lehrer Haus¹⁶⁵⁸, Lehrer Harms¹⁶⁵⁹, Lehrerin Onnen¹⁶⁶⁰ und Lehrerin Reichel¹⁶⁶¹ angehörten.¹⁶⁶²

E.A. Becker berichtete im Juli 1957 von der Tagung der Arbeitsgemeinschaft freier Wohlfahrtsverbände in Aurich. Das Referat hielt Pastor Götz Maltusch, Hannover. Er unterstrich, dass „die Jugend von einer amorphen Masse zu einem Gruppenbewußtsein zu führen“¹⁶⁶³ sei. Becker betonte die Bedeutung der sozialpädagogischen Aufgabe für „alle, die sich für die Erziehung und Förderung der Jugend und damit der Wohlfahrt des Volkes verantwortlich fühlen.“¹⁶⁶⁴

Die Diskussion in den einzelnen Arbeitsgemeinschaften der KLV der Region gewann an Vielfalt. So diskutierte die Arbeitsgemeinschaft Weener 1957 die Rolle der „Vorbild-Erziehung“ unter dem Thema „Das Kind im zweiten Trotzalter.“¹⁶⁶⁵ Und in Aurich hörte die Arbeitsgemeinschaft den Medizinalrat Dr. Schmidt zum Thema „Gefahrenschutz und seine Grenzen.“¹⁶⁶⁶ Es ging um Fragen der Vorbeugung von „gesundheitlichen Schäden, die das Schulkind treffen können.“¹⁶⁶⁷

Im September des gleichen Jahres diskutierte die Arbeitsgemeinschaft Aurich Jugendprobleme der Zeit. Lehrer Osterwald¹⁶⁶⁸ referierte über Filme für die „sozial-pädagogische Arbeit“¹⁶⁶⁹ in der Schule.

1658 Ernst Haus war Lehrer an der Schule Holtrop, Schulaufsichtskreis Aurich. Ebd.

1659 Gerhard Harms war Lehrer an der Schule Sandhorst, Schulaufsichtskreis Aurich. Vgl. Festschrift 1954, S. 25.

1660 Luise Onnen war Lehrerin an der Schule Münkeboe, Schulaufsichtskreis Aurich. Vgl. Festschrift 1958, S. 24.

1661 Johanna Reichel war Lehrerin an der Lambertischule Aurich. Schulaufsichtskreis Aurich. Ebd, S. 33.

1662 Eine sozialpädagogische Arbeitsgemeinschaft für den Kreis Aurich. In: OSB 78. Jg., Nr. 3, März 1957, S. 22.

1663 Becker, E.A., Die sozialpädagogische Aufgabe an der Jugend. In: OSB 78. Jg., Nr. 7, Juli 1957, S. 49.

1664 Ebd.

1665 Die Sozialpädagogische Arbeitsgemeinschaft Weener. In: OSB 78. Jg., Nr. 7, Juli. 1957, S. 55.

1666 Becker, E.A., Die sozialpädagogische Aufgabe an der Jugend. In: OSB 78. Jg., Nr. 7, Juli 1957, S. 49.

1667 Ebd.

1668 Albert Osterwald war Konrektor an der Reilschule Aurich. Schulaufsichtskreis Aurich. Vgl. Festschrift 1958, S. 33.

1669 Sozialpädagogische Arbeitsgemeinschaft Aurich. In: OSB 78. Jg., Nr. 10, Oktober 1957, S. 77.

Einen anderen Weg ging in diesen Jahren die Sozialpädagogische Arbeitsgemeinschaft Emden. Unter der Leitung von Schulrat Mortzfeld initiierte diese AG eine Buchtauschaktion. Die bei Kindern und Jugendlichen verbreiteten Romanheftchen konnten abgegeben und gegen Jugendliteratur eingetauscht werden. Mortzfeld nahm eine Zählung der abgegebenen Hefte vor und erstellte eine Übersicht der eingesammelten Heftreihen.¹⁶⁷⁰

Im Januar 1960 referierte in Emden auf Einladung der Arbeitsgemeinschaft Prof. Erich Hylla von der Hochschule für Internationale Pädagogische Forschung.¹⁶⁷¹ Hylla gab eine Übersicht zu den aktuellen Problemen sozialpädagogischer Fragestellungen in der Schule. In der Zeit, da die Vereinten Nationen „Zehn Grundrechte des Kindes“¹⁶⁷² propagierten, entwickelten sich Gedanken an die Verantwortung weltweit. Die „Halbstarken-Problematik“¹⁶⁷³ und „Jugendkriminalität“¹⁶⁷⁴ stellten völlig neue Aufgaben. Es ging nicht mehr um die ursprüngliche Problematik der Jugend der Nachkriegszeit. Diese Zeit, so erklärte der Referent, sei dieser Generation „kein eigenes Erlebnis mehr.“¹⁶⁷⁵ Die Jugend entwickelte völlig eigenständige, am Konsum orientierte Verhaltensweisen.

Rasch voran ging die Arbeit für die in der Einschulung zurückgestellten Kinder. Ende 1959 existierten in der Region Ostfriesland bereits fünf Schulkindergärten in den Städten Leer, Emden und Norden. Weitere sollten folgen.¹⁶⁷⁶

Auch die Sozialpädagogische Arbeitsgemeinschaft Weener wandte sich dem Thema Jugendkriminalität zu. Sie führte am 7.9.1960 eine Tagung zum Thema „Grundlage aller Erziehung ist Liebe“¹⁶⁷⁷ durch und hörte eine Referentin der weiblichen Kriminalpolizei. Frau Ziegenhagen¹⁶⁷⁸ sprach über die

1670 Mortzfeld, A., Buchtauschaktion der Stadt Emden. In: OSB 78. Jg., Nr. 3, März 1957, S. 19.

1671 Becker, E.A., Jugend in der Welt von heute. In: OSB 81. Jg., Nr. 3, März. 1960, S. 23 f.

1672 Abdruck in: OSB 81. Jg., Nr. 5, Mai 1960, S. 43.

1673 Becker, E.A., Jugend in der Welt von heute. In: OSB 81. Jg., Nr. 3, März. 1960, S. 23 f.

1674 Ebd.

1675 Ebd.

1676 Vgl. Borchers, Fr., Der Schulkindergarten – und ein Tag seiner Arbeit. In: OSB 81. Jg., Nr. 4, April 1960, S. 35 f.

1677 Borchers, Fr., Grundlage aller Erziehung ist Liebe. In OSB 81. Jg., Nr. 10, Okt. 1960, S. 90.

1678 Frau Ziegenhagen war Bezirksleiterin der weiblichen Kriminalpolizei Aurich. Nennung in: Borchers, Fr., Grundlage aller Erziehung ist Liebe. In OSB 81. Jg., Nr. 10, Okt. 1960, S. 90.

Probleme der milieugeschädigten Jugendlichen und Kinder aus geschiedenen Ehen.¹⁶⁷⁹

Die Arbeitsgemeinschaft Emden feierte das 10jährige Bestehen 1961 unter großer Beteiligung der Öffentlichkeit¹⁶⁸⁰, Kultusminister Voigt sprach über „Sozialpädagogische Aufgaben der industriellen Gesellschaft“¹⁶⁸¹ und betonte:

*„Es ist erfreulich, dass die sozialpädagogische Arbeitsgemeinschaft Emden vor zehn Jahren nach dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches eine Tätigkeit aufnahm, die in den zwölf Jahren Hitlerscher Herrschaft entweder nicht geschehen ist oder unter völlig anderen Vorzeichen gestanden hat.“*¹⁶⁸²

Eine eindeutige Anerkennung des Willens zur Veränderung und zur Neugestaltung der Schule in der Demokratie. Lehrkräfte verstanden Pädagogik nicht mehr nur als Auftrag zur Erziehung und Bildung Heranwachsender, sie übernahmen zusätzlich Verantwortung dafür, dass Kinder und Jugendliche gesellschaftliche Einrichtungen vorfanden, die ihnen die freie Entfaltung ermöglichten.

In allen Bereichen der Kreisvereine entstanden in diesen Jahren Einrichtungen der Jugendfürsorge, die von den sozialpädagogischen Arbeitskreisen initiiert wurden. In Emden wurde die erste Erziehungsberatungsstelle Ende 1962 eingerichtet.¹⁶⁸³ In Aurich nahm zum Jahreswechsel 1962/63 das erste „heilpädagogische Kinderheim Niedersachsens“¹⁶⁸⁴ die Arbeit auf. Dort war „eine neue Einrichtung sozialpädagogischer Art in Ostfriesland“¹⁶⁸⁵ entstanden. In dem von Oberkreisdirektor a. D. Robert Onnen gestifteten Haus wurden neben Fürsorgerinnen und Heilpädagogen auch „zwei Lehrer aus Esens und Norden“¹⁶⁸⁶ tätig.

1679 Borchers, Fr., Grundlage aller Erziehung ist Liebe. In OSB 81. Jg., Nr. 10, Okt. 1960, S. 90.

1680 Becker, E.A., Sozialpädagogische Aufgaben in der industriellen Gesellschaft. In: OSB 82. Jg., Nr. 9, Sept. 1961, S. 83 f.

1681 Ebd.

1682 Ebd.

1683 Becker, E.A., Erste Erziehungsberatungsstelle in Emden. In: OSB 84. Jg., Nr. 1., Jan. 1963, S. 3 f.

1684 Das erste heilpädagogische Kinderheim Niedersachsens in Aurich. In: OSB 84. Jg., Nr. 2, Feb. 1963, S. 17.

1685 Ebd.

1686 Ebd.

Am 22. November 1963 feierte der von der Sozialpädagogischen Arbeitsgemeinschaft und Schulrat Mortzfeld in Emden gegründete „Verein zur Förderung der Jugend“¹⁶⁸⁷ das zehnjährige Bestehen. H. Wiemann trug zur Feierstunde „Grundsätzliche Fragen der Sozialpädagogik“¹⁶⁸⁸ vor. Die Ergebnisse der Arbeit von zehn Jahren sprachen für sich. Über den Verein wurde in „den ersten Nachkriegsjahren ein Jugendfilmdienst“¹⁶⁸⁹ angeboten, vier „Jugendlesestuben“¹⁶⁹⁰ und „Kinderspielplätze mit Verkehrserziehungsecken für das vorschulpflichtige Kind“¹⁶⁹¹ lebten auf, der Verein gründete eine Einrichtung der Lebenshilfe und eine Beschützende Werkstatt. Alle Einrichtungen konnten in Zusammenarbeit mit dem Jugendamt der Stadt Emden mit Personal versorgt werden.¹⁶⁹²

In der Zusammenschau kann festgestellt werden: Es waren entscheidende Veränderungen der schulischen Arbeit eingetreten. Die Lehrkräfte hatten gemeinsam eine Form der Pädagogik entwickelt, die die Schule aus der in der NS-Zeit geprägten Abhängigkeit führte und sie in eine eigene, gesellschaftlich orientierte Verantwortung stellte. Die wesentlichen Impulsgeber der Sozialpädagogischen Arbeitsgemeinschaften waren aktive Mitglieder des OLV und kamen zu einem wesentlichen Anteil aus der Schulaufsicht. Dr. H. Wiemann als Regierungsschulrat, E.A. Becker als Schulrat des Schulaufsichtskreises Aurich und A. Mortzfeld als Schulrat des Schulaufsichtskreises Emden besaßen Einfluss und konnten die Arbeit der Sozialpädagogischen Arbeitsgemeinschaften so gestalten, dass die angestrebten Einrichtungen entstanden und Personal zur Verfügung gestellt wurde.

4.4.3 *Reeducation – Beispiel einer Arbeitsgemeinschaft zum Umgang mit Medien*

Wie die Medien in der Nachkriegszeit eingesetzt werden sollten, darüber waren sich die Alliierten einig. Keinesfalls sollte eine Propagandamaschinerie eingesetzt werden; es wurde eingeschätzt, dass die Deutschen einer derartigen Kampagne gegenüber unempfindlich reagieren würden. General L.D.

1687 Becker, E.A., Jubiläum des Vereins zur Förderung der Jugend in Emden. In OSB 85. Jg., Nr. 1, Jan. 1964, S. 5 f.

1688 Ebd.

1689 Ebd.

1690 Ebd.

1691 Ebd.

1692 Ebd.

Clay, Militärgouverneur der amerikanischen Besatzungszone, beschrieb rückblickend:

*„Wir entschieden uns beizeiten dafür, keinerlei direkte Propaganda zu machen. Andererseits mußten wir, um zu erreichen, wozu wir gekommen waren, das deutsche Gewissen wecken.“*¹⁶⁹³

Das sollte in breiter Streuung erfolgen. Die Abteilung für Psychologische Kriegsführung (Psychological Warfare Division) bei SHAEF und die Informations-Kontroll-Abteilung (Information Control Division) mit General Robert McLure an der Spitze übernahmen die Arbeit.

Clay erklärte zum Vorgehen:

*„Nur die ständig wiederholte Wahrheit konnte den Zynismus eines von Goebbels verbildeten Publikums überwinden, und darauf legten wir es mit allen verfügbaren Mitteln an: mit den Mitteln der Information und der Erziehung, mit Zeitschriften, Zeitungen, dem Rundfunk, Büchern, dem Film, dem Theater, Konzerten, Vorträgen und Versammlungen in den Tagungssälen der Gewerkschaften, in Schulen und Kirchen.“*¹⁶⁹⁴

Die Medien sollten Einzug halten in die Schulen. Das wurde gezielt gefördert:

*„Wir legten Wert darauf, daß Rundfunksendungen und Filmvorführungen in den Stundenplan der Schulen eingebaut wurden.“*¹⁶⁹⁵

Intensiv förderten die Alliierten die Ausbreitung des Schulfunks, Fachleute halfen:

*„Wir kauften über 1000 Radiogeräte, um die Apparate in den Schulen zu ergänzen, und brachten Schulfunk-Fachleute aus den Vereinigten Staaten herüber, die mit deutschen Fachleuten zusammentrafen. Jeder Rundfunksender widmet nun diesen Sendungen wöchentlich mehrere Stunden; sie haben viel dazu beigetragen, die Jugend über die Welt jenseits der deutschen Grenzen zu unterrichten. Erziehung mit Hilfe des Rundfunks gehört heute zum normalen deutschen Leben.“*¹⁶⁹⁶

Der Nordwestdeutsche Rundfunk (NWDR) nahm seine Arbeit auf. Der ehemalige Berlinkorrespondent Hugh Greene, die Stimme der deutschsprachigen

1693 Clay, L.D., 1950. S. 315.

1694 Ebd.

1695 Ebd., S. 336.

1696 Ebd.

BBC-Sendungen während des Krieges, leitete den Aufbau des NWDR. Seine Arbeit und sein Einsatz für ein offenes Rundfunkprogramm brachten ihm den Ruf des „Vaters des öffentlich-rechtlichen Rundfunks“¹⁶⁹⁷ ein. Der Rundfunk gewann Bedeutung als Bildungsmedium.¹⁶⁹⁸

Der englische Rundfunk (BBC) richtete einen deutschsprachigen Dienst für Eltern und Erzieher ein, um über das englische Schulsystem und die pädagogischen Ansätze zu berichten und einen Austausch der Meinungen zu ermöglichen.¹⁶⁹⁹

Während der Schulrätekonzferenz vom 22. November 1945 verlangte die Militärregierung, dass „für jede Schule unbedingt ein Radiogerät vorhanden sein muß.“¹⁷⁰⁰ Die Bürgermeister erhielten die Auflage, diese Geräte durch „Anschaffung evtl. Beschlagnahme“¹⁷⁰¹ beizubringen. Regelmäßig sollten nun in den Schulen für den Unterricht ausgestrahlte Sendungen verfolgt werden: „Die Programme werden durch Kurierdienst den einzelnen Schulen zugeleitet.“¹⁷⁰² Dennoch fehlten in vielen Schulen die Geräte. Um die Härte der Beschlagnahme abzuschwächen, wies der Landrat des Kreises Norden die Bürgermeister an, „jeweils für zwei Monate die Geräte den Schulen zur Verfügung zu stellen.“¹⁷⁰³

Den ersten Bericht über die Möglichkeiten des Schulfunks in den Schulen forderte der Regierungspräsident Aurich 1948 ein.¹⁷⁰⁴ Doch noch bis 1949 konnte an vielen Volksschulen – insbesondere in der ländlichen Region – der Schulfunk nur gelegentlich in den Unterricht einbezogen werden, da es an Geräten mangelte. Schließlich war es der Niedersächsische Minister des Innern, der 1949 die „Schulunterhaltungsträger“¹⁷⁰⁵ und damit die Gemeinden

1697 Vgl. Tracey, M., 1984.

1698 Vgl. dazu: NWDR (Hrsg.), 1950; Dovifat, E., 1970; Thielke, H., 1992; Deiters, H.-G., 1973; NWDR (Hrsg.), 1948.

1699 Deutschsprachiger Dienst. Sendung „für Eltern und Erzieher“ im englischen Rundfunk. Nds. KM 11. Mai 1948, K III a 2083/48. Amt.SchBl.AUR 1948, S. 83.

1700 Schreiben Schulrat Schulaufsichtskreis Emden an alle Schulleiter v. 23.11.1945. Archiv Bunkermuseum Emden.

1701 Ebd.

1702 Ebd.

1703 Landrat Norden, XIII, an alle Bürgermeister des Kreises. Betr. Schulfunk. V. 8. 12.1945. Archiv Bunkermuseum Emden.

1704 Bericht über Schulrundfunk. Reg. Präsi. Aur. 27. August 1948 – Ud mis. 44 –, Amt.SchBl. AUR 1948, S. 128.

1705 Erlass: Rundfunk in Volksschulen. Ausstattung der ländlichen Volksschulen mit Schulrundfunkgeräten. Nds. MI, 28. Sept. 1949, III / 2 a Nr. 313. 040. Nds. SVBl. 1949, S. 241.

aufforderte, die ländlichen Volksschulen mit Schulrundfunkgeräten auszustatten. Der Minister des Innern griff ein, da dem Kultusministerium keine Mittel für die Ausstattung der Schulen zur Verfügung standen.¹⁷⁰⁶

Um das Programm in den Schulen den Bedürfnissen vor Ort besser anpassen zu können, hatte im November 1949 der Leiter des Schulfunks an rund 4.800 Schulen in Niedersachsen Fragebogen verteilen lassen. Davon waren bis zu Beginn 1950 lediglich 2.500 ausgefüllt zurückgeschickt worden.¹⁷⁰⁷ Eine erneute Umfrage über Erfahrungen mit dem Schulfunk wurde 1955 in Angriff genommen, nun aber wurde auch auf die Möglichkeit zurückgegriffen, die Lehrerinnen und Lehrer mündlich zu befragen.¹⁷⁰⁸ Die Ergebnisse der Umfragen wurden nicht veröffentlicht.

Ab 1954 berichtete regelmäßig die Schulfunkarbeitsgemeinschaft, die sich in der Region gegründet hatte, über ihre Arbeit.

Lehrer Arnheim¹⁷⁰⁹ referierte während der Tagung der Konferenz Krummhörn am 17. Februar 1954 über praktische Erfahrungen mit dem Schulfunk. Der Einsatz des Schulfunks im Unterricht werde nicht nur unter inhaltlichen Aspekten gesehen, Arnheim betonte:

*„Voraussetzung für einen wirkungsvollen Einsatz des Schulfunks als Unterrichtsmittel ist die planmäßige Erziehung der Kinder zum richtigen Hören, zu einer Art Hörtechnik. Sie müssen ‚Schulfunkreif‘ gemacht werden. Güte und Brauchbarkeit der meisten Schulfunksendungen wurden allgemein anerkannt.“*¹⁷¹⁰

Es gab zusätzlich eine längere Aussprache über den Einsatz des amerikanischen Films in der Schule.

Am 29. April 1954 besprachen die Mitglieder in Aurich das Sommerprogramm des NWDR, wiesen auf Sendungen in den Fächern Erdkunde, Naturkunde, Religion und Politik besonders hin.¹⁷¹¹ Die Mitglieder kritisierten, dass die Sendungen zum Fach Geschichte, in Köln hergestellt, mehr für die

1706 Ebd.

1707 Schulfunk. Erl. Nds. KM, 4.März 1950, III 813/50. Nds. SVBl. 1950, S. 50.

1708 Umfrage bei den Schulen über Erfahrungen mit dem Schulfunk. Nds. KM 07.März 1955 III 630/55. Nds. SVBl. 1955, S. 63.

1709 Alfred Arnheim war Lehrer in Campen, Schulaufsichtskreis Emden. Festschrift 1954, S. 29.

1710 Konferenz Krummhörn. In: OSB 75. Jg., Nr. 3, März 1954.

1711 Möbius, H., Schulfunk-Arbeitsgemeinschaft im Kreise Aurich. In: OSB 75. Jg. Nr. 5, Mai 1954.

Höhere Schule zugeschnitten seien.¹⁷¹² Auch der Text des Beiheftes sei entsprechend. Wenig ansprechende Sendungen sollten die Lehrkräfte im Unterricht besser rechtzeitig abschalten. Gerade bei Sendungen, die bis an die 30 Minuten füllten, ließ das Interesse der Schülerinnen und Schüler rasch nach. Im Unterricht sei den zehnmütigen Sendungen der Vorrang zu geben. Die Hinweise für die Einführung in den Unterricht ließen zu wünschen übrig. Je mehr Materialien die Lehrerinnen und Lehrer für die Arbeit erhalten würden, desto gezielter sei eine Sendung einzusetzen. So werde z. B. die Sendung am Sonnabend „Unsere Welt“ für das 7. bis 9. Schuljahr gern übersehen, da Hinweise zum Inhalt fehlten.¹⁷¹³

Die Arbeitsgemeinschaft führte mehrtägige Fortbildungsveranstaltungen durch. 1954 tagte die AG in Drebergen und erörterte „Wege der Zusammenarbeit zwischen Rundfunk und Schule.“¹⁷¹⁴

Am 29. Juni 1954 führte die Arbeitsgemeinschaft eine Tagung in Westerende-Kirchloog durch. Gehört wurde „3 Minuten Sonnenfinsternis.“¹⁷¹⁵ Die Schulfunk-AG besichtigte im August des gleichen Jahres den Großsender des NWDR in Norden-Osterloog. Der Leiter des Senders, Chefingenieur Voigt, hielt einen Vortrag, der einen Einblick in die organisatorischen und technischen Bedingungen des Sendebetriebs gab.¹⁷¹⁶ Über den Besuch und die technische Anlage, die nun auch Schulen die Möglichkeiten des Besuches eröffnete, berichtete AG Leiter Wolfgang Pinkert.¹⁷¹⁷

Die Schulfunk-AG tagte im September 1954 in Alt-Wallinghausen. Die Runde hospitierte in Unterrichtsstunden der Lehrer Hildebrandt¹⁷¹⁸ und Andrees. Schülerinnen und Schüler der Klasse 7/8 und 5/6 hörten die Schulfunksendung „Pflanzler im Urwald Brasiliens.“¹⁷¹⁹ Die Kinder konnten die Sendungen gut verstehen, hieß es, die Form des Hörspiels schaffe durch die Handlung eine Erlebnisgrundlage, die den Unterricht sehr anreichere. Im siebenten und achten Schuljahr wurde die Sendung in das übergreifende

1712 Ebd.

1713 Ebd.

1714 Angekündigt in: Ebd.

1715 Angekündigt in: Ebd.

1716 Pinkert, W., Schulfunk-Arbeitsgemeinschaft im Kreise Aurich. In: OSB 75. Jg., Nr. 9, Sept. 1954.

1717 Wolfgang Pinkert war Rektor der Schule Sandhorst, Schulaufsichtskreis Aurich. Festschrift 1954, S. 25.

1718 Otto Hildebrandt war Lehrer an der Schule Alt-Wallinghausen. Festschrift 1954, S. 27.

1719 Pinkert, W., Schulfunk-Arbeitsgemeinschaft im Kreise Aurich. In: OSB 75. Jg., Nr. 10, Okt. 1954.

Thema „Siedlerarbeit in Amerika“¹⁷²⁰ eingebaut. Pinkert berichtete davon, dass sich in der anschließenden Diskussion eine lebhafte Debatte über methodische Fragen entwickelte, es ging insbesondere um die Aufgabe des Lehrers beim Unterrichtsgespräch.¹⁷²¹

Im Oktober 1954 beschäftigte sich die AG mit der Auswertung der Reihe „Aus aller Welt“, die regelmäßig von Schülerinnen und Schülern der achten Schuljahre gehört worden war. Einen Ausschnitt der Sendung „Ein Missionar berichtet von seiner Tätigkeit beim Stamm der Papua auf Neu-Guinea“ führte Pinkert per Tonbandaufnahme¹⁷²² vor. Die Schülerinnen und Schüler verfolgten die Sendung, sie hatten die Aufgabe, während der Vorführung ein Stichwortprotokoll zu verfassen. In der Diskussion betrachtete die AG die Ergebnisse sehr kritisch:

*„Wie ist diese Reihensendung dem Arbeitsplan einzugliedern? ... Welche Arbeiten schließen sich an, um das Gehörte im Wissensschatz der Kinder zu verankern.“*¹⁷²³

Während der Novembertagung 1954 bearbeitete die AG den Winter-Sendepan 1954/1955. Kritisch hinterfragt wurde die Reihe „Wer macht mit?“, die für das zweite und dritte Schuljahr ausgestrahlt wurde.¹⁷²⁴ Fragen gab es zu den Sendereihen „Unsere Welt“¹⁷²⁵ und „Aus Naturwissenschaft und Technik“¹⁷²⁶ des NWDR. Diese Sendungen sollten besonders kritisch gehört und durch Lehrkräfte beurteilt werden. Der NWDR hatte bereits einmal zur Sendung „Drei Minuten Sonnenfinsternis“¹⁷²⁷ zur Stellungnahme aufgefordert. Pinkert betonte, dass eine grundlegende Vor- und Nachbereitung der Schulfunksendungen wichtig für die Arbeit mit der Hörsequenz sei, denn auf diese Weise könnten zu hohe Anforderungen an das Verstehen der Schülerinnen und Schüler ausgeglichen werden.¹⁷²⁸

1720 Ebd.

1721 Ebd.

1722 Die Aufnahmen von Schulfunksendungen waren 1954 gesondert geregelt worden. Vgl. Erl., Aufnahme von Schulfunksendungen auf Tonband durch die Schulen. Nds. KM, 4. Febr. 1954, III 5034/53. Nds. SVBl. 1954, S. 23.

1723 Hildebrandt, O., Schulfunk-Arbeitsgemeinschaft im Kreise Aurich. In: OSB 75. Jg., Nr. 11., Nov. 1954.

1724 Pinkert, W., Schulfunk-Arbeitsgemeinschaft im Kreise Aurich. In: OSB 75. Jg., Nr. 12, Dez. 1954.

1725 Ebd.

1726 Ebd.

1727 Ebd.

1728 Ebd.

Die Schulfunkarbeitsgemeinschaft tagte im Dezember 1954 erneut in Alt-Wallinghausen und hospitierte in den Klassen sieben und acht, bzw. fünf und sechs. Diesmal hörten die Schülerinnen und Schüler der höheren Jahrgänge die Sendung „Diamantentaucher im Urwald Brasiliens.“¹⁷²⁹ Das Hörspiel aus der Reihe „Reisen und Abenteuer“ ließ den Unterschied deutlich werden zwischen der Jagd der Garimperios, der Diamantenjäger, nach im Flusssand verborgenen Schätzen und der industriellen Edelfeststoffförderung in Südafrika. In den Klassen 5 u. 6 ging es um Rodungen im Schwarzwald. In der anschließenden Aussprache wurde über die Möglichkeit diskutiert, Hilfsmittel zur Schulfunksendung einzusetzen. Die Bilder zu den Sendungen lieferte die Zeitschrift „Schulfunk-Bilderdienst.“¹⁷³⁰ Der Bilderdienst war gedacht auch als Jugendzeitschrift, Kinder und Jugendliche sollten in den Heften nicht nur Bilder zu den einzelnen Sendungen vorfinden, sondern auch zusätzliche Informationen über Sachtexte erschließen können.¹⁷³¹ Die Hefte sollten in Jahressbänden zusammengefasst und mit Sach- und Schlagwortregister in den Schulen aufbewahrt werden.¹⁷³² Die AG sammelte Anregungen, wie die Schülerinnen und Schüler während der Sendungen Stichwortnotizen anlegen könnten, um anschließend die Angaben in den Unterricht einzubringen.¹⁷³³

Die Arbeitsgemeinschaft besuchte im Januar 1955 die Schule Sandhorst und hospitierte im Unterricht der Lehrerin Kranz¹⁷³⁴ in einem dritten Schuljahr. In der Sendung aus der Reihe „Wer macht mit?“ ging es um das Erkennen von Geräuschen.¹⁷³⁵ Die Geräusche wurden unter dem Motto „Hier ist alles verkehrt“¹⁷³⁶ vorgestellt. Die Schülerinnen und Schüler der zweiten und

1729 Pinkert, W., Schulfunk-Arbeitsgemeinschaft im Kreise Aurich. In: OSB 76. Jg., Nr. 1, Jan. 1955, S. 7.

1730 Empfehlungen für den Bezug des Schulfunk-Bilderdienst wurden im Nds. SVBl. 1950 gegeben: Der Schulfunk-Bilderdienst. Nds. SVBl. 1950, S. 111. Für die Schulen gab es Sammlungen. Z. B., Schulfunk Bilderdienst für die Schulfunksendungen des Nordwestdeutschen Rundfunks. 6. Jahrgang 1954/1955 Heft 1–32. Lübeck: Norddeutsche Verlagsgesellschaft 1954.

1731 Die Beihefte des NWDR Schulfunks wurden seit 1949 herausgegeben, die Verwendung wurde durch das Nds. KM besonders empfohlen. Vgl. Erlass: Schulfunk. Nds. KM. 3. Mai 1949 – III A (1) 1828/49 – Nds. SVBl. 1949, S. 106.

1732 Angaben in: OSB 76. Jg., Nr. 1 Jan. 1955, S. 8.

1733 Pinkert, W., Schulfunk-Arbeitsgemeinschaft im Kreise Aurich. In: OSB 76. Jg., Nr. 1, Jan. 1955, S. 7.

1734 Herta Kranz war Lehrerin an der Schule Sandhorst, Schulaufsichtskreis Aurich. Festschrift 1954, S. 25.

1735 Pinkert, W., Schulfunk-Arbeitsgemeinschaft im Kreise Aurich. In: OSB 76. Jg., Nr. 2, Feb. 1955, S. 16.

1736 Ebd.

dritten Jahrgänge erkannten fast alle Geräusche, nur das Geräusch des Staubsaugers konnte nicht benannt werden. Zu einem erstaunlich guten Ergebnis kam das Einstudieren des Liedes „Vom langen Franz“¹⁷³⁷ mit Hilfe des Schulfunks. Durch Anhören, Mitsingen und Nachsingen lernten die Schülerinnen und Schüler rasch. Diese Form des Musikunterrichtes, das erklärten die Mitglieder der AG, werde als Hilfe empfunden:

*„Deshalb wird der musikalisch weniger begabte Lehrer gern auf diese Liedsendungen zurückgreifen, die eine gute Auswahl moderner und alter Kinderlieder bieten.“*¹⁷³⁸

Während der Februartagung 1955 in der Volksschule Wiesmoor-Mitte besuchte die AG ein achttes Schuljahr, Rektor Vogt¹⁷³⁹ führte die Sendung „Polykarp von Smyrna“¹⁷⁴⁰ als Bandaufnahme in den Unterricht ein. Die AG sah die Umsetzung kritisch, die Hörfunksendung habe das Thema zwar an die Kinder herangetragen, habe es aber nicht vertiefend vermitteln können.¹⁷⁴¹

Ein Thema der Naturkunde stand im Vordergrund der Hospitation der AG im März 1955. Die Klassen 5 und 6 des Lehrers Möbius¹⁷⁴² hörten den Tierfreund, der von der Haubenlerche in der Reihe „Von großen und kleinen Tieren“¹⁷⁴³ berichtete. Obwohl diese Sendung zu einer der beliebtesten der Zeit gehörte, enthielt die Einschätzung der Runde Kritik:

*„Wer erwartet, in dieser Sendereihe naturkundliche Beschreibungen zu hören, der wird enttäuscht sein, denn der Tierfreund erzählt von seinen ganz persönlichen Erlebnissen mit den Tieren. So kann es sein, daß der ‚naturkundliche Stoffgehalt‘ einer Sendung recht dürftig ist.“*¹⁷⁴⁴

Die Empfehlung der Arbeitsgemeinschaft: „Die Sendungen müssen gründlich vorbereitet werden.“

1737 Ebd.

1738 Ebd.

1739 Wilhelm Vogt war Rektor der Schule Wiesmoor, Schulaufsichtskreis Aurich. Festschrift 1954, S. 27.

1740 Pinkert, W., Schulfunk-Arbeitsgemeinschaft im Kreise Aurich. In: OSB 76. Jg., Nr. 3, März 1955, S. 23.

1741 Ebd.

1742 Helmut Möbius war Lehrer an der Schule Wilhelmsfehn I, Schulaufsichtskreis Aurich. Festschrift 1954, S. 25.

1743 Pinkert, W., Schulfunk-Arbeitsgemeinschaft im Kreise Aurich. In: OSB 76. Jg., Nr. 4, April 1955, S. 31.

1744 Ebd.

Im April 1955 besuchte die AG die Schule Strackholt-Höchte. Es ging um den Versuch, das Tonbandgerät im Leseunterricht zu nutzen. Ein Kind las etwa zehn Zeilen eines bekannten Textes, anschließend hörte das Kind die Tonbandaufnahme an und achtete auf mögliche Verbesserungen. Dann las das Kind erneut. Feststellbar war, dass die Kinder beim zweiten Versuch deutlich besser betonten und zügiger lasen.¹⁷⁴⁵ Doch die Mitglieder der AG kritisierten, dass mit großem Aufwand nur ein geringer Erfolg erzielt worden sei, denn schließlich habe „die Menschheit ohne Tonband das Lesen gelernt.“¹⁷⁴⁶

Zur Junitagung 1955 besuchte die AG die Oberstufe Spetzerfehn III mit Lehrer Kluß.¹⁷⁴⁷ Aus der Reihe „Das kleine Schulfunkkonzert“¹⁷⁴⁸ wurde Blockflötenmusik vorgestellt. Zur Sendung zeigte der Lehrer die vorgestellten Flöten per Bildtafel den Schülern, Lieder sangen die Kinder mit. In der abschließenden Diskussion stellte die AG fest, dass zwar das eigene Musizieren der Schülerinnen und Schüler von besonderem Wert sei, die Zielsetzung dieser Schulfunksendung sei aber nicht eindeutig zu klären gewesen. Per Anfrage bei der Musikabteilung des Schulfunks des NWDR sollte in Erfahrung gebracht werden, welche Bedeutung dieser Produktion beigemessen wurde.¹⁷⁴⁹

Im August 1955 traf sich die AG noch einmal in der Schule Sandhorst, um über das Thema Schulfunk und Religionsunterricht mit Pastor Schumerus, Aurich, zu diskutieren.¹⁷⁵⁰

Am 12.11.1955 schließlich reiste die AG nach Bremen, um dort mit der Abteilung Schulfunk des Senders Radio Bremen über die Arbeit zu diskutieren. Während dieser Tagung wurde festgestellt, dass Radio Bremen von den meisten Lehrerinnen und Lehrern in Ostfriesland nicht gehört werden konnte, da die Empfangsverhältnisse dies nicht zuließen.¹⁷⁵¹ Die Schulfunk-AG formulierte daraufhin eine Eingabe an den niedersächsischen Kultusminister und verlangte, dass die Sendegesellschaften NDR-Hamburg und Radio Bremen

1745 Ders., Schulfunk-Arbeitsgemeinschaft im Kreise Aurich. In: OSB 76. Jg., Nr. 5, Mai 1955, S. 40.

1746 Ebd.

1747 Erich Kluß war Lehrer an der Schule Spetzerfehn III, Schulaufsichtskreis Aurich. Festschrift 1954, S. 25.

1748 Pinkert, W., Schulfunk-Arbeitsgemeinschaft im Kreise Aurich. In: OSB 76. Jg., Nr. 8, Aug. 1955, S. 62.

1749 Ebd.

1750 Hildebrandt, O., Schulfunk-Arbeitsgemeinschaft im Kreise Aurich. In: OSB 76. Jg., Nr. 9, Sept. 1955, S. 71 f.

1751 Pinkert, W., Schulfunk-Arbeitsgemeinschaft Aurich fordert bessere Rundfunkempfangsbedingungen für Ostfriesland. In: OSB 76. Jg., Nr. 12, Dez. 1955, S. 93.

ein Übereinkommen schließen sollten, damit die gleichmäßige Verbreitung der Schulfunksendungen ermöglicht werde. Die Schulfunk-AG berief sich dabei auf eine Vereinbarung, die mit Sendern im süddeutschen Bereich bereits getroffen worden sei.¹⁷⁵²

Angaben darüber, welchen Grad der Verbreitung der Schulfunks in den Schulen der Region tatsächlich hatte, gab es nicht. Im Oktober 1955 stellte Pinkert „Wege zur Erfassung von Tatsachen über die Auswirkung von Schulfunksendungen“¹⁷⁵³ vor. In diesem Referat fasste Pinkert zusammen, welche Maßnahmen ergriffen werden könnten, um die Wirkungen der Sendungen in Ostfriesland zu messen:

*„1. Kontrollmaßnahmen des Schulfunkes durch eine ständige Außenstelle (,Ist die Sendung angekommen?‘), 2. Arbeitstagungen des NWDR zu den einzelnen Sendereihen betr. Gestaltung und Themenwahl, 3. Auswertung von Schulfunksendungen auf möglichst breiter Basis.“*¹⁷⁵⁴

Nach Diskussion machte die AG den Vorschlag, die Ergebnisse von Schulfunksendungen mit einem freien Protokoll direkt nach der Ausstrahlung festzuhalten.¹⁷⁵⁵

In der Zusammenschau der nachlesbaren Berichte der Arbeitsgemeinschaft bis 1955 ist feststellbar, dass bis dahin nur ein fachspezifischer Einsatz des Schulfunks betrachtet wurde. Sendungen, die der politischen Bildung oder der Gemeinschaftserziehung dienten, wurden selten erwähnt und nicht beurteilt. Die AG betonte in ihrer Arbeit die Rolle der Lehrerin oder des Lehrers besonders deutlich, Zielsetzungen hatten die Lehrkräfte durch ihren Unterricht vorzugeben. Und die technische Seite des Einsatzes des Mediums stand stark im Vordergrund.

Erst nach 1955 – auf dem Hintergrund der allgemeinen Diskussion um die Gemeinschaftserziehung und politische Bildung – wechselten die Schwerpunkte. So stellte z. B. Lehrer Osterwald dem Lehrerverein Aurich im November 1955 drei Unterrichtsfilme vor.¹⁷⁵⁶

1752 Ebd.

1753 Hildebrandt, O., Schulfunk-Arbeitsgemeinschaft des Kreises Aurich. In: OSB 77. Jg., Nr. 1, Jan. 1956, S. 8.

1754 Ebd.

1755 Ebd.

1756 Konferenz Aurich. In: OSB 76. Jg., Nr. 12, Dez. 1955, S. 96.

Die Filme „Kinderlähmung“¹⁷⁵⁷ und „Zimmerleute des Waldes“¹⁷⁵⁸ fanden Zuspruch. Der politische Film „Der Landtag wolle beschließen“¹⁷⁵⁹ aber wurde „als nicht sonderlich gut geeignet für den Einsatz in Schulen im Dienste einer politischen Erziehung bezeichnet, da er vor allem in seinem szenischen Aufbau viel zu unruhig und damit verwirrend ist.“¹⁷⁶⁰

Der Film nahm jetzt einen breiteren Raum ein. Lehrer Dringenberg¹⁷⁶¹ arbeitete im Lehrerverein Marienhaf 1955 aktiv für den Jugendschriftenausschuss. Er gründete mit dem Lehrerverein einen Filmausschuss, der Sondervorstellungen guter Filme über den Filmclub Norden organisieren sollte.¹⁷⁶²

Während Otto Sandvoß¹⁷⁶³ noch 1959 die „Erziehung zum bewussten Hören“¹⁷⁶⁴ propagierte, wandte sich die AG Anfang 1960 dem möglichen „Beitrag des Schulfunks zur Politischen Bildung“¹⁷⁶⁵ zu. Eine ganztägige Arbeitstagung in der Schule Sandhorst widmete sich des Themas, Herr Brinkmann und Frau Lommatzsch vom NDR Hamburg nahmen an der Tagung teil. Konrektor Brendel¹⁷⁶⁶ unterrichtete mit Hilfe des Schulfunks das Thema „Schuldig an der Pest? Die Judenverfolgung von Straßburg“¹⁷⁶⁷ am Beispiel des Rahmenthemas „Wir und die Juden.“¹⁷⁶⁸

Die Vertreterin und der Vertreter des NDR forderten die Runde nachdrücklich zu kritischer Mitarbeit an der Reihe „Geschichte miterlebt“¹⁷⁶⁹ auf. Zum Abschluss der Tagung wurde der Unterrichtsfilm für die Unterrichtseinheit in dieser Klassenstufe „Israel – Land und Volk“ gezeigt.¹⁷⁷⁰

1757 Ebd.

1758 Ebd.

1759 Ebd.

1760 Ebd.

1761 Jakob Dringenberg war Hauptlehrer an der Schule Marienhaf. Schulaufsichtskreis Norden. Festschrift 1955, S. 43.

1762 Knippelmeyer: Konferenz Nordbrookmerland. OSB 75. Jg., Nr. 5, Mai 1955, S.39.

1763 Otto Sandvoß war Lehrer an der Schule Königshoek, Schulaufsichtskreis Aurich, 1959 z. Studium beurlaubt. Festschrift 1959, S. 52.

1764 Sandvoß; O., Über die Anschaulichkeit des Schulfunks. In OSB 80. Jg., Nr. 6, Juni 1959, S.49 f.

1765 Pinkert, W., Die Schulfunk-Arbeitsgemeinschaft im Kreise Aurich. In OSB 81. Jg., Nr. 4, April 1960, S. 38.

1766 Joachim Brendel war Lehrer an der Schule Sandhorst, Schulaufsichtskreis Aurich. Festschrift 1959, S. 52.

1767 Pinkert, W., Die Schulfunk-Arbeitsgemeinschaft im Kreise Aurich. In OSB 81. Jg., Nr. 4, April 1960, S. 38.

1768 Ebd.

1769 Ebd.

1770 Ebd.

Zu dieser Veranstaltung schrieb Pinkert einen umfangreichen Beitrag für das OSB zur Entwicklung der politischen Bildung.¹⁷⁷¹ Er betonte einleitend, dass er die Verpflichtung der Schule zu politischer Bildung seit 1958, dem Erscheinen der Richtlinien¹⁷⁷², sehr ernst nahm und dass ihn die antisemitischen Vorfälle des Jahres 1960 sehr berührten.¹⁷⁷³ Er nannte Umstände, die das Umsetzen der politischen Bildung erschwerten. Einerseits gab es kein wissenschaftlich aufgearbeitetes und damit allgemein gültiges Geschichtsbild, andererseits sei die doch anspruchsvolle Vermittlung des Stoffs abhängig „vom Alter des Kindes.“¹⁷⁷⁴ Außerdem sei die „Erziehung zur Demokratie Erziehung zur menschenwürdigsten aber auch schwierigsten Staatsform Sie ist Erziehung zu Freiheit und Toleranz, Wahrheit und Gerechtigkeit.“¹⁷⁷⁵

Der Schulfunk, so Pinkert in seiner Zusammenfassung, halte ein Angebot bereit, das gründlich vorbereitet der „Forderung nach historischer Wahrheit ... gerecht werde“¹⁷⁷⁶, das gelte „selbst da, wo es dem Lehrer selbst bisweilen noch schwer fallen mag, zwischen Propagandalüge und Wahrheit zu unterscheiden.“¹⁷⁷⁷

Anfang 1960 beendete die Schulfunk-AG ihre Arbeit. Rektor Pinkert aber bot noch 1965 eine Lehrerfortbildung zum Thema „Schulfunk im Unterricht“¹⁷⁷⁸ an. Während dieser Fortbildung wurden Inhalte der politischen Bildung für den Unterricht aufgearbeitet. Dazu gehörte die Sendung „Die Kristallnacht“ aus der Reihe „Geschichte miterlebt.“¹⁷⁷⁹ Pinkert erklärte, dass es nicht so sehr um die Wissensvermittlung gehe, sondern vielmehr darum, „bei den

1771 Pinkert, W., Der Beitrag des Schulfunks zur politischen Bildung. In OSB 81. Jg., Nr. 5, Mai. 1960, S. 44.

1772 Erl. Nds.MK: Richtlinien für die politische Bildung an den Schulen Niedersachsens. 31.3.1958, III 900/58, Nds. SVBl. 1958, S. 82.

1773 In Köln hatte es Übergriffe gegeben. Für die Bundesregierung erklärte Bundeskanzler Adenauer, dass „der Nationalsozialismus im deutschen Volke keine Wurzeln habe.“ Vgl. Erklärung der Bundesregierung zu den antisemitischen Vorfällen in der Bundesrepublik. Bulletin Nr. 11 v. 19.1.1960, S. 89.

1774 Pinkert, W., Der Beitrag des Schulfunks zur politischen Bildung. In: OSB 81. Jg., Nr. 5, Mai. 1960, S. 44.

1775 Ebd.

1776 Ebd.

1777 Ebd.

1778 Pinkert, B., Die Problematik der Schulfunk-Sendereien. In: OSB 87. Jg., Nr. 2, Feb. 1966, S. 19.

1779 Ebd.

Kindern Verständnis und Einsicht für das Verhalten von Menschen in ganz bestimmten geschichtlichen Situationen zu wecken.“¹⁷⁸⁰

1962 starteten die ersten Versuchssendungen zum Schulfernsehen¹⁷⁸¹, die Themen orientierten sich nun selbstverständlich an der politischen Bildung, es ging in einem ersten Beitrag um die „Geschichte der letzten 30 Jahre an der Mauer in Berlin.“¹⁷⁸²

Die Schulfunkarbeitsgemeinschaft folgte in den ersten Jahren einem eigenen Verständnis. Die Mitglieder sahen es als ihre Aufgabe an, das Medium in den Unterricht zu integrieren. Die Wirkung des Mediums blieb oft zweitrangig. Erst Ende der fünfziger Jahre entwickelte sich ein Verständnis, das die Bedeutung dieses Mediums im Demokratisierungsprozess unterstrich.

1780 Ebd.

1781 Henning, H., Versuchssendungen zum Schulfernsehen. In: OSB 83. Jg., Nr. 9, Sept. 1962, S. 89.

1782 Ebd.

5 Demokratisierung – Über Scheitern und Erfolg

5.1 Die ländliche Region und ihre Bedingungen

Einleitend lautete die Fragestellung, als die Bedeutung des regionalen Bezuges dieser Arbeit betrachtet wurde:

„War die Demokratisierung des Bildungswesens nur eine Angelegenheit des neu entstehenden Bundeslandes Niedersachsen und dessen Hoheit in Angelegenheiten des Bildungswesens oder konnte die Interessenvertretung der Lehrkräfte vor Ort mit ihren Einrichtungen und Arbeitsgruppen in der Region Schwerpunkte setzen, gestaltend eingreifen und aktiv zur Demokratisierung ... beitragen?“¹

Zur Beantwortung wurden die Bedingungen des Neuaufbaues des Schulwesens in Ostfriesland auf dem Hintergrund der Ausgangssituation nach 1945 mit Blick auf die Entwicklung des Bezirkslehrervereines Ostfriesland/Ostfriesischen Lehrervereins (BLO/OLV) betrachtet.

Die Bedingungen in der Übersicht:

1. Von 1933 bis 1945 waren nur Lehrkräfte in den Dienst gelangt, die die Ideologie des NS-Systems befürwortet oder toleriert hatten.² Andersdenkende Lehrkräfte waren aus dem Dienst entfernt worden. Viele Lehrkräfte hatten sich im Dienst aktiv für das NS-System eingesetzt.³
2. Die durch die NS-Vergangenheit belasteten Lehrkräfte blieben nach 1945 in der Zeit des Neuaufbaues von einer Mitwirkung ausgeschlossen. Sie mussten sich der Entnazifizierung stellen, gelangten aber zu einem Teil nach Ablauf einiger Jahre wieder in den Dienst.⁴
3. Das durch die Vorgaben der Weimarer Zeit geprägte mehrgliedrige Bildungssystem lebte wieder auf. In der Region Ostfriesland hatten Lehrerinnen und Lehrer, Schulhelferinnen/-helfer und Lehrkräfte, die als Flüchtlinge oder Vertriebene nach Ostfriesland kamen, mit den proble-

1 Vgl. Kap.: Vorbemerkungen zum Rahmen dieser Arbeit.

2 Vgl. Kap.: Lehrerschaft im Nationalsozialismus.

3 Vgl. Kap.: Kategorisierung der NS-Verantwortlichen und die Schuldfrage.

4 Vgl. Kap.: Auswirkungen der Entnazifizierung auf den Prozess der Demokratisierung.

matischen Lebensbedingungen des Neuanfanges zu kämpfen, ihre Mitwirkung entwickelte sich erst nach und nach.⁵

4. Das Verbot politischer Betätigung für Beamte hatte zur Folge, dass die Lehrerschaft sich in den ersten Jahren in der Kommunal- und Landespolitik zurückhielt. Der BLO/OLV äußerte sich zu politischen Fragen oder gar Fragen der Demokratisierung kaum, obwohl die mehrheitsfähigen Zielsetzungen des Regionalverbandes dieser Fragestellung Rechnung trugen.⁶
5. Die Lehrerschaft der ersten Jahre der Aufbauzeit bis 1949 war nicht in der Lage, regional Mehrheiten zu bilden und Reformen umzusetzen. Die Beschränkungen in der Gestaltung des schulischen Betriebes, in der Bewegungsfreiheit und im täglichen Auskommen wirkten derart stark, dass eine Umsetzung von Reformmaßnahmen in der Region allein schon auf Grund fehlender Möglichkeiten zur Konsensbildung ausgeschlossen war.⁷

Der Aufbau des Bildungswesens im entstehenden Niedersachsen war eine Angelegenheit der Vorgaben der Militärregierung, die den eingerichteten deutschen Verwaltungsgremien einen weiten Entscheidungsspielraum gewährten.⁸ Das Bildungswesen selbst wurde nicht auf dem Hintergrund einer politischen Willensbildung im Rahmen eines demokratischen Prozesses eingerichtet, sondern musste im Rahmen eines Demokratisierungsprozesses ausgestaltet werden.⁹ Daran beteiligte sich der BLO/OLV aktiv.

Die Ausgangssituation der Anfangszeit kennzeichnet ein sehr enges Handlungsfeld. Dennoch gewann der BLO/OLV nach 1949 zunehmend an Einfluss. Die regionale Interessenvertretung umfasste im Folgezeitraum der Betrachtung rund dreißig Lehrervereine in sechs Kreisvereinen mit insgesamt Tausend Mitgliedern.¹⁰ Bis 1968 entwickelten sich vielfältige Aktivitäten zur äußeren und inneren Demokratisierung, die im Folgenden umrissen werden.

5 Vgl. Kap.: Neugestaltung des Schulwesens.

6 Vgl. Kap.: Stellung der Lehrerschaft.

7 Vgl. Kap.: Neuorganisation des Schulwesens.

8 Vgl. Kap.: Offenheit alliierter Vorgaben.

9 Vgl. Kap.: Demokratisierung als Weg zur Schulreform.

10 Die Zahlen entsprechen in etwa dem statistischen Mittel. Vgl. dazu auch Angaben in Becker, E.A.: Wer bestimmt die Lehrmethode? In: OSB 74. Jg., Nr. 2, Mai 1953.

5.2 Die äußere Demokratisierung des Bildungswesens in der Region

Die äußere Schulreform, so wie sie von A. Grimme angestrebt und der britischen Militärregierung ermöglicht wurde, scheiterte früh.¹¹ Der Einheitschulgedanke, der mit dem Hannover-Plan verbunden war, fand keinen Widerhall in der pädagogischen Diskussion.¹² Die mit der Kontrollratsanweisung Nr. 54 formulierten „Grundsätze zur Demokratisierung der Erziehung in Deutschland“¹³ enthielten die Verpflichtung: „Die Schulen für das schulpflichtige Alter sollen ein umfassendes Erziehungssystem bilden.“¹⁴

Nachdem die regionale Interessenvertretung der Lehrkräfte gebildet worden war, verschaffte sie sich über das Einbeziehen der politischen Entscheidungsträger Gehör.¹⁵ Der BLO/OLV fasste mehrheitsfähige Beschlüsse, die eine gezielte und durch Vorgaben des Landes Niedersachsen ermöglichte Ausgestaltung des Schulwesens zuließ.

Schwerpunkte der äußeren Demokratisierung:

1. Der BLO/OLV machte auf die Not der Landschule aufmerksam, ließ deutlich werden, dass den Schülerinnen und Schülern die für ihre persönliche Entwicklung wichtigen Wege in weiterführende Bildungseinrichtungen fehlten.¹⁶
2. Zu Beginn der 50er Jahre sollte der Differenzierte Mittelbau, der mit der Einrichtung von kursorientierten Fördermaßnahmen das Erreichen der Mittleren Reife und des Abiturs ermöglichen sollte, die Durchlässigkeit und damit die Ausbildungschancen der Schülerinnen und Schüler der Region erhöhen. Doch die Zahl der Einrichtungen des Differenzierten Mittelbaus blieb, im Verhältnis zur Existenz der vielen, oft einklassigen Schulen auf dem Land, sehr gering. Drei Schulen mit Differenziertem Mittelbau entwickelten sich, die Zahl der erreichten Abschlüsse in dieser Schulform veränderte die Situation in der Region nicht signifikant, obwohl die Schülerinnen und Schüler im Bereich des Standortes selbst sicherlich von diesem schulischen Angebot profitieren konnten.¹⁷

11 Vgl. dazu: Leski, H., 1990. Ders., 1991.

12 Vgl. Kap.: Demokratisierung als Weg zur Schulreform.

13 Grundsätze zur Demokratisierung der Erziehung in Deutschland. Kontrollratsanweisung Nr. 54. In: Nds. SVBl 1949, S. 6.

14 Ebd.

15 Vgl. Kap.: Politische Aktivität und Wirksamkeit des Vorstands.

16 Vgl. Kap.: Volksschulnotstand und Landschulfrage.

17 Vgl. Kap.: Differenzierter Mittelbau in Ostfriesland.

3. Der BLO/OLV setzte genau ein Jahr vor den für Niedersachsen entscheidenden Barsinghauser Gesprächen für Ostfriesland eine Reform des Schulwesens in Bewegung, die zur Chancengerechtigkeit wesentlich beitragen sollte. Der Gedanke der Zentral- oder Mittelpunktschulen setzte sich flächendeckend durch. Die damit für die heranwachsende Generation in Ostfriesland geschaffenen Möglichkeiten des Zugangs zur Bildung stellten einen entscheidenden Erfolg in der Demokratisierung des Bildungswesens der Region dar.¹⁸
4. Der BLO/OLV nahm auf dem Hintergrund der über die Mehrheitenbildung erarbeiteten Leitthemen¹⁹ Einfluss auf die Entwicklung des Bildungswesens in der Region. Die Bedingungen des Bildungssystems fanden Aufnahme in die Raumordnung des Regierungsbezirkes und die Entwicklung der Bildungseinrichtungen wurde damit zur Grundlage kommunaler Entscheidungen.²⁰ Ein weiterer Erfolg in der Demokratisierung des Bildungswesens der Region.

Die Fragestellung: „Welchen Einfluss nahmen der Bezirkslehrerverein Ostfriesland, der Ostfriesische Lehrerverein und die Junglehrerarbeitsgemeinschaften auf die äußere Demokratisierung des nach 1945 entstehenden Schulwesens?“²¹ muss insgesamt, werden die von V. Lenhart gegebenen Kriterien „Neuorganisation des Schulaufbaus“ und „mehr soziale Gerechtigkeit im Schulwesen verwirklichen“²² zu Grunde gelegt, positiv beantwortet werden. Zwar konnte nicht aufgezeigt werden, dass Junglehrerarbeitsgemeinschaften²³ Einfluss nahmen, der BLO/OLV aber in seiner Gesamtheit wirkte im Sinne der Demokratisierung wesentlich gestaltend.

5.3 Die innere Demokratisierung des Bildungswesens in der Region

Die Fragestellung zum Themenbereich der inneren Demokratisierung lautete einleitend:

„Welche Ziele verfolgten der Bezirkslehrerverein Ostfriesland, der Ostfriesische Lehrerverein und die Junglehrerarbeitsgemeinschaften nach 1945 in der

18 Vgl. Kap.: Wege zur Zentralschule.

19 Vgl. Kap.: Themenbereiche und Leitthemen in der regionalen Interessenvertretung zur Demokratisierung.

20 Vgl. Kap.: Die politische Dimension der Zukunft in der Raumordnung.

21 Vgl. Kap.: Vorbemerkungen zum Rahmen dieser Arbeit.

22 Lenhart, V. (Hrsg.), 1972, S. 2.

23 Vgl. Kap.: Ausschuss junger Lehrer.

*Ausgestaltung der inneren Demokratisierung des Schulwesens und welche Erfolge wurden erzielt?*²⁴

V. Lenhart gab in seinen Kriterien eine umfangreiche Sammlung der Vorgaben:

*„Veränderung der Lehrerposition“, „Aspekt der Lehrerrolle, der durch den Bezug zur schulischen Lehrkörperstruktur zur Schulverwaltung und Beamtenrecht bestimmt ist“, „Veränderung der Stellung der Schüler“, „Revision der Curricula einschließlich der Unterrichtsmethoden“, „Schulverfassung.“*²⁵

Die Bandbreite der möglichen Ansätze innerer Demokratisierung in der regionalen Interessenvertretung, die das Bildungssystem ausgestalten sollten, spiegelt sich in der Themenvielfalt. Einerseits musste die Lehrerschaft eine Form finden, die eigene Interessenvertretung demokratisch auszugestalten, Rechte zu wahren und Mehrheiten zu bilden.²⁶ Andererseits ging es der Interessenvertretung um die Einflussnahme auf das Bildungssystem und dessen Gestaltung in der Demokratie. Dabei wurden die Veränderung der Stellung der Schüler durch die Forderung nach Mitbestimmung²⁷ und die Einrichtung der Elternvertretung in den Schulen²⁸ an sich nicht vertiefend diskutiert. Die Ausgestaltung der Schule mit Blick auf die das Schulleben an sich prägenden Bedingungen aber war beständig Gegenstand der Betrachtung.

Eine Auswertung allein der in den Beschlussorganen des BLO/OLV formulierten Anträge und gefassten Beschlüsse, sowie die zu den Hauptversammlungen gehaltenen Referate zeigte ein vielfältiges Bild.²⁹ Die Gremien der Interessenvertretung waren gehalten, zur Umsetzung der Beschlüsse ihre Aktivitäten zu entwickeln. Dabei hielt sich der Vorstand des BLO/OLV lange Zeit in politischen Fragen zurück. Die erste öffentlich geführte politische Auseinandersetzung entwickelte sich in der Diskussion um das Konkordat 1965.³⁰ Der Vorstand des BLO/OLV wahrte die Interessen der Lehrerschaft in beispielhafter Form und trug über die Arbeit in den Gremien zur Umsetzung bei.

24 Vgl. Kap.: Vorbemerkungen zum Rahmen dieser Arbeit.

25 Ebd.

26 Vgl. Kap.: Regulative der inneren Struktur – der Ehrenrat. Und: Formen der Praxis innerer Demokratie, der Aufbau der Personalvertretung.

27 Vgl. Kap.: Entwicklung der Schülermitverwaltung.

28 Vgl. Kap.: Entwicklung der Elternvertretung.

29 Vgl. Kap.: Themenbereich und Leitthemen in der regionalen Interessenvertretung zur Demokratisierung.

30 Vgl. Kap.: Widerstreit der Interessen in der Diskussion um das Konkordat.

Wesentliche Ergebnisse in der Übersicht:

1. Der Schulpolitische Ausschuss brachte sich ein in den Aufbau der Personalvertretung³¹ und in die Sicherung der Rechte der Lehrerschaft; er scheiterte lediglich auf Grund fehlender Möglichkeiten der Einflussnahme in der Gesetzesdiskussion 1954.³² Erfolgreich wirkte der Schulpolitische Ausschuss – wie oben dargestellt – in der Gestaltung des Schulwesens der Region.³³
2. Der Erziehungswissenschaftliche Ausschuss setzte sich mit der Neugestaltung des Unterrichtes auseinander. Zur Demokratisierung des Bildungswesens trugen die Hilfen zur Entwicklung der politischen Bildung als übergreifendes Prinzip der Erziehung in Schule und Unterricht bei.³⁴ Die Einführung des neunten Schuljahres und die an gesellschaftlicher Entwicklung ausgerichtete Form der Vorbereitung auf das Berufsleben eröffneten den Heranwachsenden in Ostfriesland weitere Chancen der Orientierung in der Gesellschaft.³⁵
3. Seit Gründung des BLO 1949 gab es eine Vertretung der Lehrerinnen im Bezirk. Es musste aber festgestellt werden, dass der in dieser Zeit immer stärker werdende Anteil der Frauen im Beruf zu wenig Berücksichtigung fand. Es gab nur eine schwache Umsetzung des Gleichheitsgrundsatzes, die Arbeit der Lehrerinnenvertreterin beschränkte sich auf die Rolle der Lehrerin im Beruf.³⁶
4. Der Heimatkundliche Ausschuss des BLO/OLV zeigte eine deutliche Anlehnung an Ideen von E. Spranger und G. Kerschensteiner. Diese Ansätze aber fanden keine Umsetzung in eine reformpädagogische Bewegung der Region. Die Mitglieder des Ausschusses erarbeiteten überwiegend Materialien für den Unterricht und förderten eine exemplarische

31 Vgl. Kap.: Formen der Praxis innerer Demokratie, der Aufbau der Personalvertretung.

32 Vgl. Kap.: Schulpolitische Einflussnahme, Mitbestimmungsrechte in der Gesetzesdiskussion.

33 Vgl. Kap.: Die Reform setzt sich durch.

34 Vgl. Kap.: Gestaltung des Unterrichts, Demokratie in der Schule, Neue Fächer, Politische Bildung, Rahmenrichtliniendiskussion, Stoffverteilungspläne.

35 Vgl. Kap.: Die Chancen in der Demokratie – Volksschule, Einführung des neunten Schuljahres, Berufsorientierung.

36 Vgl. Kap.: Vertretung der Lehrerinnen und die geschlechtersensible Orientierung in der Demokratie.

Orientierung der Heranwachsenden an der ländlich geprägten Gesellschaft. Der Ausschuss scheiterte letztlich.³⁷

5. Die Vertretung der Junglehrkräfte, der Ausschuss junger Lehrer in der Interessenvertretung, ging einen eigenständigen Weg. Sie führte einerseits eine lange Auseinandersetzung um die Möglichkeiten des Mitwirkens und Mitbestimmens der Form der Ausbildung.³⁸ Andererseits zeigte die junge Generation der Lehrkräfte eine neue Auffassung von demokratischer Gesinnung, sie verlangte nach grundlegender politischer Bildung aller Lehrkräfte.³⁹ Die Auseinandersetzung mit der Demokratie, das zeigte eine Auswertung vorhandener Protokollbücher, führte zu einem bewussten Unterrichten und Erziehen in den Schulen mit dem Ziel, eine stärkere Orientierung der Heranwachsenden an der Gesellschaft in der Demokratie zu erreichen.⁴⁰
6. Es bildete sich auf Grund der Struktur der in verschiedenen Schulformen tätigen Lehrkräfte das Fachgruppenprinzip heraus.⁴¹ Die Vertretung der Interessen einer Gruppe eines Bereiches innerhalb der regionalen Vertretung führte zu einer neuen Form der Solidarisierung.⁴² Die Fachgruppe Hilfsschulen/Sonderschulen nahm dabei die Diskussion um das Recht benachteiligter Heranwachsender auf Förderung auf.⁴³
7. Die Lehrkräfte der Region arbeiteten traditionell in freiwilligen Arbeitsgemeinschaften zusammen, um Fragen der Berufsgruppe zu bearbeiten. Zwei dieser Arbeitsgemeinschaften wirkten im Zusammenhang mit der Demokratisierung des Bildungswesens in auffälliger Weise.⁴⁴
8. Die Sozialpädagogischen Arbeitsgemeinschaften, die sich in der Nachkriegszeit gründeten, sahen die Schule als Einrichtung der Gesellschaft und damit in der Verantwortung der Gemeinschaft gegenüber. Daraus entwickelte sich eine Öffnung der Schule durch Übernahme von Aufgaben im schulischen Umfeld. Von der Förderung des Kindes vor und während der Einschulung, über die Beratung und Hilfestellung für

37 Vgl. Kap.: Der Heimatkundliche Ausschuss / Bezirksausschuss Heimatkunde.

38 Vgl. Kap.: Mitwirken und Mitbestimmen – Eigenständigkeit der jungen Lehrkräfte.

39 Vgl. Kap.: Neuorientierung in der Demokratie – politische Bildung der Junglehrkräfte.

40 Vgl. Kap.: Ergebnis – Beispiele aus Junglehrerarbeitsgemeinschaften.

41 Vgl. Kap.: Entwicklung der Fachgruppenstruktur.

42 Vgl. Kap.: Das Fachgruppenprinzip – Mehrheiten binden oder Mehrheiten nutzen.

43 Vgl. Kap.: Fachgruppe Sonderschulen – das Recht des Kindes auf Förderung.

44 Vgl. Kap.: Interessenfindung und Bildung der Arbeitsschwerpunkte.

Kinder und Jugendliche durch schulbegleitende Institutionen bis hin zur Einrichtung von Jugendhäusern und -bibliotheken reichte dieses Aufgabenfeld. Lehrkräfte setzten sich für die Entwicklung der Heranwachsenden in der Gesellschaft ein.⁴⁵

9. Der Rundfunk wurde von den Alliierten als zentrales Medium der Reeducation eingeschätzt. Die Arbeitsgemeinschaft Schulfunk, die den Einsatz des Mediums in der Schule begleitete, arbeitete und argumentierte in den ersten Jahren unpolitisch, die Lehrkräfte betrachteten den Einsatz des Mediums unter didaktischen Aspekten.⁴⁶ Eine besondere Betonung des gesellschaftlichen Charakters kam erst nach einer adäquaten Entwicklung des Schulfilms 1955 auf.⁴⁷ In dieser Zeit bildete sich ein erstes Verständnis der Medien in ihrer Rolle als Informationsträger in der Demokratie.

5.4 Regionale Bezüge der Demokratisierung des Bildungssystems in zukünftigen Handlungsfeldern

Eine Analyse von Ansprüchen der Demokratisierung und deren Wirkung auf das Bildungssystem kann immer nur im Zusammenhang mit der konkreten historischen Situation vorgenommen werden. Weder die alliierten Militärbehörden noch die auf deutscher Seite an entscheidender Stelle im entstehenden Bundesland Niedersachsen wirkenden Personen und Gremien konnten die Auswirkungen ihrer Entscheidungen real einschätzen, ablaufende Prozesse im Sinne einer Verbesserung für die Zukunft optimieren und Entwicklungen endgültig vorbestimmen. Den Demokratisierungsprozessen – in Deutschland nach 1945, nach 1968 und nach 1990 – wohnen zwei innovative Gedanken inne:

- Eine Reflexion der unter demokratischen Gesichtspunkten unhaltbaren Praxis und
- das Verlangen nach wirkungsvoller Veränderung.

Jede Wandlung des Bildungssystems aber – soweit sie den Kriterien einer Demokratisierung entsprechen und nicht vordergründig als ein Angleichen an gegebene Umstände anzusehen ist – bleibt nicht unumstritten.

45 Vgl. Kap.: Jugend und Schule in der Demokratie, die Sozialpädagogik.

46 Vgl. Kap.: Reeducation – Beispiel einer Arbeitsgemeinschaft zum Umgang mit den Medien.

47 Konferenz Aurich. In: OSB 76. Jg., Nr. 12, Dez. 1955, S. 96.

Die regionale Begrenzung der vorliegenden Betrachtung ließ deutlich werden, wie Erkenntnisse aus der täglichen Lebenspraxis gewonnen und in den gesellschaftlich-politischen Diskurs eingebracht wurden. Gleichzeitig konnte aufgezeigt werden, dass gesetzte Rahmenbedingungen des politischen Raums aus unterschiedlichsten Gründen heraus angenommen und nicht weiter hinterfragt werden. So wurde z. B., obwohl die „Grundsätze zur Demokratisierung der Erziehung in Deutschland“⁴⁸ den Auftrag enthielten, „ein umfassendes Erziehungssystem“⁴⁹ zu bilden, regional ein Einheitsschulsystem nicht thematisiert.⁵⁰

Der Dialog der regionalen Bedingungen eines Schulwesens wird auch in Zukunft mit dem Schwerpunkt der Demokratisierung geführt werden müssen. Zwei wesentliche Ansätze, die gesellschaftlich und politisch bislang nur in Form von Anpassungsdiskussionen an das Bildungssystem geführt wurden, fordern aktuell einen Demokratisierungsprozess heraus.

1. Die Globalisierung im Sinne einer „Mobilisierung des Planeten“⁵¹ erfordert einen neuen Blick auf die Orientierung einer Region mit einer eigenen, an demokratischen Prinzipien zu messenden Gestaltung. Eine Region wird sich in der Zukunft nicht nur an den Möglichkeiten der globalen Entwicklung orientieren, sondern muss darüber hinaus eine Diskussion darum führen, wie das Bildungssystem in der globalisierten Demokratie ausgestaltet werden sollte.⁵²
2. Das kulturelle Selbstbild der Bewohner einer Region verändert sich nach und nach. Die Zuwanderung von Menschen aus unterschiedlichsten Kulturen führt aktuell zur Diskussion darüber, was das Bildungssystem zukünftig leisten soll. Tatsache ist, dass gerade die als undemokratisch – im Sinne von fehlender Teilhabe an Bildung und gesellschaftlicher Anerkennung – empfundene Lebenssituation in einzelnen Regionen Europas zu Unruhen geführt haben. Es erscheint notwendig, dass gerade mit Blick auf die Gestaltung des Zusammenlebens verschiedener Bevölke-

48 Grundsätze zur Demokratisierung der Erziehung in Deutschland. Kontrollratsanweisung Nr. 54. In: Nds. SVBI 1949, S. 6.

49 Ebd.

50 Diese Diskussion war in Hannover und Braunschweig abgeschlossen worden. Vgl. Kap.: Neubau des Schulwesens – Hannover Plan.

51 Sloterdijk, P., 1996. S. 30.

52 Vgl. Neumann, L.; Schaper, K.: 2008; Steffens, G.: Weiß, E. (Hrsg.), 2004; Wulf, Ch., 2006.

rungsgruppen einer Region eine Diskussion um die Demokratisierung des Bildungswesens geführt wird.⁵³

53 Vgl. Konsortium 2006; Luft, S., 2006; Ates, S., 2008.

Abkürzungsverzeichnis

- Amt.SchBl.AUR – Amtliches Schulblatt für den Regierungsbezirk Aurich.
- ADLLV – Allgemeiner Deutscher Lehrer- und Lehrerinnenverein. Gegründet am 9.1.1947 in Detmold.
- ADLV – Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverbände.
- AGDL – Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverbände; GEW und Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverein bildeten den Zusammenschluss 1952.
- AJL – Ausschuss Junger Lehrer – Ausschuss des Ostfriesischen Lehrervereins ab 1961.
- BLLO – Bezirkslehrerinnen- und -lehrerverein Ostfriesland (Nennung zum Satzungsentwurf 1953).
- BLO – Bezirkslehrerverein Ostfriesland 1947–1953 (ab 1954 Ostfriesischer Lehrerverein OLV).
- BLO/OLV – Bezirkslehrerverein Ostfriesland/Ostfriesischer Lehrerverein (Abkürzung umfasst den Gesamtzeitraum bzw. die Übergangszeit 1954/1955).
- BLR – Bezirkslehrerrat.
- DGB – Deutscher Gewerkschaftsbund.
- DWEV – Deutsche Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung. Amtsblatt des Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung und der Unterrichtsverwaltung der anderen Länder. Berlin.
- FG – Fachgruppe.
- GA – Geschäftsführender Ausschuss.
- GG – Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949. In: Lehmann, H.G., 2004.

GBL	– Gesamtverband Braunschweiger Lehrerinnen und Lehrer.
GEW	– Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft.
GNL	– Gesamtverband Niedersächsischer Lehrerinnen und Lehrer. Der LVN löste sich zur Vertreterversammlung des Jahres 1958 auf, diese Veranstaltung wurde zur Gründungsversammlung des GNL.
HV	– Hauptversammlung.
IFFTU	– International Federation of Free Teachers Unions.
IHK	– Industrie- und Handelskammer.
JLAG	– Junglehrer Arbeitsgemeinschaft.
KLR	– Kreislehrerrat.
KLV	– Kreislehrerverein.
KMK	– Kultusministerkonferenz.
LBA	– Lehrerbildungsanstalt.
LV	– Lehrerverein.
LVN	– Lehrerverband Niedersachsen. Zusammenschluss: Lehrerverband Niedersachsen, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (ADLLV) im DGB.
MDL	– Mitglied des Landtages.
MilGovDet.	– Military Government Detachment.
Mil.Reg.	– Militärregierung.
Nds. GVBl.	– Niedersächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt.
Nds. KM	– Niedersächsischer Kultusminister.
Nds. MBl.	– Niedersächsisches Ministerialblatt.
Nds. MI	– Niedersächsischer Minister des Innern.
Nds.SVBl.	– Niedersächsisches Schulverwaltungsblatt.
NSDAP	– Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei.
NSLB	– Nationalsozialistischer Lehrerbund.

NSV	–	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt.
NV	–	Nebenversammlung.
OLV	–	Ostfriesischer Lehrerverein, Benennung ab 1954.
OSB	–	Ostfriesisches Schulblatt.
OV	–	Ortsverein.
PH	–	Pädagogische Hochschule.
PVG	–	Personalvertretungsgesetz.
NWDR	–	Nordwestdeutscher Rundfunk.
Reg.Bez.	–	Regierungsbezirk.
RPAur	–	Regierungspräsident Aurich.
RGBl.	–	Reichsgesetzblatt.
RdErl.	–	Runderlass.
SHAEF	–	Supreme Headquarters, Allied Expeditionary Force. Oberstes Hauptquartier der Alliierten Expeditionstreitkräfte.
StAA	–	Staatsarchiv Aurich.
VOLL	–	Verein Oldenburgischer Lehrerinnen und Lehrer.
VV	–	Vollversammlung.

Literaturverzeichnis

- Agnoli, J.; Brückner, P.: Die Transformation der Demokratie. Theorie der außerparlamentarischen Opposition. Frankfurt/M., Europäische Verlagsanstalt, 1968.
- Altrichter, F.: Das Wesen der soldatischen Erziehung. Oldenburg: Stalling 1938.
- Arlt, F.: Der zweite Bildungsweg. Sozialer Aufstieg begabter berufstätiger Jugendlicher durch Ausbildung, Bildung und Arbeitsleistung. München: Isar Verl. 1958.
- Amendt, G. (Hrsg.): Kinderkreuzzug oder Beginnt die Revolution in den Schulen? Reinbek: Rowohlt 1970.
- Arndt, H.-J.: Die Besiegten von 1945. Versuch einer Politologie für Deutsche samt Würdigung der Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin: Duncker u. Humblot 1978.
- Arnold, F.; Spranger, E.; Erbe, W.: Bildungsfragen unserer Zeit. Stuttgart: E. Klotz 1956.
- Ates, S.: Der Multikulti-Irrtum. Wie wir in Deutschland besser zusammenleben können. Frankfurt a.M, Berlin: Ullstein 2008.
- Auernheimer, G.; Mitbestimmung in der Schule. München: Juventa-Verl., 1971.
- Becker, H.; Caselmann, Ch.; Dohmen, G. u. a.: Probleme einer Schulreform. Stuttgart: A. Kröner Verl. 1959.
- Becker, E.A.; Müller, F.J.; Löning, G. (Hrsg.): Lesebuch für Niederdeutschland für den Regierungsbezirk Aurich. Ausgabe für Landschulen, 5./8. Schuljahr. Hannover: Schroedel 1957.
- Becker, H.; Kluchert, G.: Die Bildung der Nation. Schule, Gesellschaft und Politik vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Stuttgart: Klett-Cotta 1993.
- Becker, H.: Bildung zwischen Plan und Freiheit. Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt 1957.

- Beetz, K.O.: Der Führer im Lehramte. Ein Ratgeber für Seminaristen, Lehrer und Schulaufsichtsbeamte. Osterwieck, Leipzig: Zickfeldt 1923.
- bei der Wieden, C.: Vom Seminar zur NS-Lehrerbildungsanstalt. Die Braunschweiger Lehrerausbildung 1918 bis 1945. Köln, Weimar, Wien: Böhlau Verl. 1996.
- Benz, W.: Potsdam 1945. Besatzungsherrschaft und Neuaufbau im Vier-Zonen-Deutschland. München: DTV 1994 (3. Aufl.).
- Ders.: Zwischen Hitler und Adenauer. Studien zur deutschen Nachkriegsgesellschaft. Frankfurt a. M.: Fischer TB 1991.
- Benze, R.: Erziehung im Großdeutschen Reich. Frankfurt: Verlag Moritz Diesterweg 1941.
- Ders.: Rasse und Schule. Grundzüge einer lebensgesetzlichen Schulreform. Braunschweig: E. Appelhans 1934 (Hrsg.: NSLB Gau Südhannover-Braunschweig)
- Benze, R.; Pudelko, A. (Hrsg.): Rassische Erziehung als Unterrichtsgrundsatz der Fachgebiete. Frankfurt a. M.: Diesterweg 1937.
- Besier, G.: „Selbstreinigung“ unter britischer Besatzungsherrschaft. Die evangelische Landeskirche Hannover und ihr Landesbischof Marahrens. 1945–1947. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1986.
- Besson, W.; Jasper, G.: Das Leitbild der modernen Demokratie. Bauelemente einer freiheitlichen Staatsordnung. Bonn: Bundeszentrale f. pol. Bildung 1991.
- Dies.: Das Leitbild der modernen Demokratie. Bausteine einer freiheitlichen Staatsordnung. Bonn: Verl. J.H.W. Dietz 1991.
- Dies.: Das Leitbild der modernen Demokratie. In: Kultusministerium Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): 1976, S. 85–201.
- Beyme, K. von: Interessengruppen in der Demokratie. München: Piper 1974.
- Bierwirth, H.; Hothan, H.; Klattenhoff, K. (Hrsg.): Schule in Ostfriesland 1945 bis 1995. Oldenburg: BIS-Verlag Universität Oldenburg 1995 (2 Bde.).
- Binder, G., Frede, G.; Kolling, K.; Messerschmidt, F. (Hrsg.): Politische Bildung und Erziehung. Stuttgart: E. Klett 1953.

- Birke, A. M.; Booms, H.; Merker, O.: Akten der britischen Militärregierung in Deutschland. Sachinventar 1945–1955. München, New Providence, London, Paris: K.G.Saur 1993.
- Birke, A. M.; Mayring, E.A.: Britische Besatzung in Deutschland. Aktener-schließung und Forschungsfelder. London: Deutsches Historisches Institut London (Hrsg.) 1992.
- Bischhöfliches Generalvikariat (Hrsg.): Das Niedersächsische Konkordat. II: Sein Text und seine Bedeutung. Hildesheim: Bischöfliches Generalvikariat 1965.
- Bode, P.; Fuchs, H. (Hrsg.): Psychologie des Landkindes. Hannover: Schroedel 1951 (3. Aufl., Erstaufl. 1925).
- Bohnsack, F.: Erziehung zur Demokratie. John Deweys Pädagogik und ihre Bedeutung für die Reform unserer Schule. Ravensburg: Maier 1976.
- Bölling, R.: Sozialgeschichte der deutschen Lehrer. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1983.
- Borsdorf, U. (Hrsg.): Grundlagen der Einheitsgewerkschaft. Historische Dokumente und Materialien. Frankfurt: Europäische Verlagsanstalt 1977.
- Bouhler, Ph. (Hrsg.): Kampf um Deutschland. Ein Lesebuch für die Deutsche Jugend. Berlin: Zentralverlag der NSDAP 1938.
- Bracher, K.D.: Das deutsche Dilemma. Leidenswege der politischen Emanzipation. München: Piper 1971.
- Ders.: Die Deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus. Köln: Kiepenheuer & Witsch 1993.
- Ders.: Zeitgeschichtliche Kontroversen. Um Faschismus, Totalitarismus, Demokratie. München: Piper 1976.
- Brehmer, I. (Hrsg.): Lehrerinnen. Zur Geschichte eines Frauenberufes. München: Urban & Schwarzenberg 1980.
- Breyvogel, W.: Die soziale Lage und das politische Bewußtsein der Volksschullehrer. 1927–1933. Eine Studie zur Gewerkschaftsfrage in der Volksschullehrerschaft. Königsstein Ts.: Scriptor-Verlag 1979.
- Brock-Utne, B.; Haukaa, R.: Wissen ohne Macht – Frauen als Lehrerinnen und Schülerinnen. Gießen: Focus 1986.
- Buchenaus, A. : Sozialpädagogik. Leipzig: Quelle u. Meyer, 1925.

- Buchheim, M.; Gläss, Th. (Hrsg.): Schulrecht in Niedersachsen für Volks- und Mittelschulen. Hannover: Schroedel 1951.
- Bühnemann, H.: Die weniggegliederte Landschule. Lübeck: Wullenwever 1949.
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: Bildung für alle. Gleichstellung der Geschlechter. O.V.: Eigendruck 2003 (Deutsche Übersetzung des Unesco-Summary Report 2003/2004: Education for All Global Monitoring).
- Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände: Förderung begabter Jugendlicher im Bereich von Wirtschaft und Betrieb. Empfehlung des Ausschusses für Nachwuchs und sozialpolitische Jugendarbeit der BDA, Köln 1958.
- Bundeszentrale für Heimatdienst (Hrsg.): Die Praxis der politischen Bildung in der Volksschule. Schriftenreihe der Bundeszentrale für Heimatdienst. Bonn: 1957.
- Bungardt, K.: Das große Ärgernis. Zur Polemik gegen den „Bremer Plan“ und seine Urheber. Frankfurt: Kern & Birner, o.J. (1960).
- Ders.: Der Bremer Plan im Streit der Meinungen. Eine Dokumentation. Arbeitsgemeinschaft deutscher Lehrerverbände (Hrsg.): Frankfurt a. M. 1962.
- Ders.: Der Zweite Bildungsweg. Schlagwort – oder Programm. Bad Heilbrunn: Klinkhardt 1957.
- Ders.: Die Odyssee der Lehrerschaft. Sozialgeschichte eines Standes. Frankfurt a. M.: Kern & Birner 1959.
- Chamberlain, H. St.: Die Grundlagen des neunzehnten Jahrhunderts. München: F. Bruckmann Verl. 1944 (29. Aufl.).
- Claudi, M.; Claudi, R.: Goldene und andere Zeiten. Emden, Stadt in Ostfriesland. Emden: Gerhard Verl. 1982.
- Clay, L.D.: Entscheidung in Deutschland. Frankfurt a. M.: Verl. Frankfurter Hefte 1950.
- Cramer, D.: Im Freien stirbt`s sich leichter. Erinnerungen an meine Kindheit. Wiesmoor: Selbstverlag 2000.
- Crouch, Colin: Postdemokratie. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verl. 2008.

- Damer, W. et al (Hrsg.): Nationalpolitisches Lesebuch. Breslau: Ferdinand Hirth 1935.
- Dahrendorf, R.: Gesellschaft und Demokratie in Deutschland. München: Piper 1965.
- Dahrendorf, R.; Ortlieb, H.D. (Hrsg.): Der Zweite Bildungsweg im sozialen und kulturellen Leben der Gegenwart. Heidelberg: Quelle & Meyer 1959.
- Deiters, H.-G.: Fenster zur Welt. 50 Jahre Rundfunk in Norddeutschland. Hamburg: Hoffmann und Campe 1973.
- Deutscher Ausschuß: Empfehlungen und Gutachten des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen. Stuttgart: Klett 1955 (Erste Folge).
- Ders.: Ebd. 1959 (Folge 3).
- Deutscher, I.: Reportagen aus Nachkriegsdeutschland. Hamburg: Junius 1980.
- Dewey, J.: Demokratie und Erziehung. Braunschweig: Westermann Verl. 1964 (3. Aufl.).
- Dick, L.v.: Lehreropposition im NS-Staat. Biographische Berichte über den „aufrechten“ Gang. Frankfurt a. M.: Fischer 1990.
- Dietz, J.F.: Das Dorf als Erziehungsgemeinschaft. Weimar: Böhlau Nachf. 1927.
- Dölling, H.: Schulwesen und Erwachsenenbildung in England. Offenbach: Bollwerk-Verl. Karl Drott 1947.
- Dovifat, E.: Der NWDR in Berlin 1946–1954. Berlin: Haude & Spenersche 1970.
- Dräger, F.; Schumacher, P.; Tiemann, G. (Hrsg.): Die Amtsführung des Lehrers (Schulkunde). Düsseldorf: Schwann 1937.
- Dühlmeier, B.: Und die Schule bewegte sich doch. Unbekannte Reformpädagogen und ihre Projekte in der Nachkriegszeit. Bad Heilbrunn: J. Klinkhardt 2004.
- Dumke, A.: Schuldienst in Niedersachsen (1945–1975). Erlebte Schulgeschichte. Hildesheim: Lax 1987.
- Ders.; Schaar, B.: Richtlinien für die Volksschulen des Landes Niedersachsen mit Einführung und Sachregister. Hannover: Schroedel 1964.

- Duyeeberger, M.: Demokratie im technischen Zeitalter. Das Janusgesicht des Westens. München: Piper 1973.
- Ebert, J.; Herter, J.: Neue Allgemeinbildung. Grundzüge eines demokratischen Bildungsverständnisses. Frankfurt am Main: Haag und Herchen 1987.
- Eckhardt, K.: Die Landschule. Frankfurt: Diesterweg 1931.
- Eckhardt, K.: Die Landschule. Oberursel: Kompass Verl. 1948.
- Eder, F.: Schule und Demokratie: Untersuchungen zum Stand der demokratischen Alltagskultur an Schulen. Innsbruck: Studien-Verl., 1998.
- Edmonds, R.: Die großen Drei. München: Goldmann 1991.
- Eilemann, J. (Hrsg.): Kämpfen und Glauben. Wege zu Gott und Volk. Leipzig, Berlin: Verl. B.G. Teubner 1935.
- Ellwein, Th.: Was geschieht in der Volksschule? Berlin-Bielefeld: Cornelsen 1960.
- Endrejat, H.: GEW-Erinnerungsbuch. ... wie es damals war!. Frankfurt a. M.: Max-Traeger-Stiftung (Hrsg.) 1996.
- Filmer, W.; Schwan, H. (Hrsg.): Besiegt, befreit ... Zeitzeugen erinnern sich an das Kriegsende 1945. München: Bertelsmann 1995.
- Flessau, K.I.: Schule der Diktatur. Lehrpläne und Schulbücher des Nationalsozialismus. Frankfurt a. M.: Fischer Verl. 1979.
- Flitner, W.: Grund und Zeitfragen der Erziehung und Bildung. Stuttgart: E. Klett 1954.
- Friedrich, C. J.: Demokratie als Herrschafts- und Lebensform. Heidelberg: Quelle u. Meyer 1966.
- Friedrich, J.: Die kalte Amnestie. NS-Täter in der Bundesrepublik. Frankfurt a. M.: Fischer TB, 1984.
- Frowein, J.: Die politische Betätigung des Beamten. Mohr: Tübingen 1967.
- Fryen, A.: Vom Lehrerverein im alten Regierungsbezirk Osnabrück zur Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft 1837 – 1979. Oldenburg: bis-Verl. 1988.
- Funke, M.; Jacobsen, H.-A.; Knütter, H.-H.; Schwarz, H.-P. (Hrsg.): Demokratie und Diktatur. Geist und Gestalt politischer Herrschaft in Deutschland und Europa. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 1987.

- Fürstenau, J.: Entnazifizierung. Ein Kapitel deutscher Nachkriegspolitik. Neuwied/Berlin: Luchterhand 1969.
- Füssl, K.-H.: Die Umerziehung der Deutschen. Jugend und Schule unter den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs 1945–1955. Paderborn: Schöningh 1994.
- Gamm, H.-J.: Führung und Verführung. Pädagogik des Nationalsozialismus. München: List Verl. 1990 (3. Aufl.).
- Ders.: Kritische Schule. Eine Streitschrift für die Emanzipation von Lehrern und Schülern. München: List Verl. 1970.
- Gaudig, H.: Die Schule im Dienste der werdenden Persönlichkeit. Leipzig: Quelle & Meyer 1922.
- Ders.: Freie geistige Schularbeit in Theorie und Praxis. Breslau: Hirt 1925. (4. Aufl., Hrsg. Zentralinstitut f. Erziehung u. Unterricht.)
- Geerdes, W.: Die Machtübernahme im Jahre 1933. In Zeitschrift: Unser Ostfriesland 15 und 16, 1973 (Beilage zur Ostfriesen Zeitung v. 11.8.1973 und v. 25.8.1973, ohne Seitenzahl).
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (Hrsg.): Dokumentation zum Konkordat in Niedersachsen. Bühl-Baden: Konkordia AG 1965.
- Dies.: Kampf um das Konkordat in Niedersachsen 1965. Bühl-Baden: Konkordia AG 1966.
- Giesecke, H.: Didaktik der Politischen Bildung. München: Juventa-Verlag 1965.
- Ders.: Politische Bildung in der Jugendarbeit. München: Juventa-Verlag 1972 (3. Aufl.) .
- Giordano, R.: Die zweite Schuld oder Von der Last Deutscher zu sein. Hamburg: Rasch u. Röhring 1987.
- Glaser, H.: Deutsche Kultur. Ein historischer Überblick von 1945 bis zur Gegenwart. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 1997.
- Goerlitz A.: Demokratie im Wandel. Köln/Opladen: Westdeutscher Verlag 1969.
- Grebing, H.; Pozorski, P.; Schulze, R.: Die Nachkriegsentwicklung in Westdeutschland 1945–1949. J.B. Metzler: Stuttgart 1980.
- Greiffenhagen, M. (Hrsg.): Demokratisierung in Staat und Gesellschaft. München: Piper 1973.

- Grimme, A.: Selbstbesinnung. Reden und Aufsätze aus dem ersten Jahr des Wiederaufbaus. Westermann: Braunschweig 1947.
- Grimme, A.; Haase, O.: Befreiter Geist. Vorträge der kulturpädagogischen Woche in Hannover vom 25.-27. September 1945. Hannover: Hahnsche Buchhandlung 1946.
- Grote, E.: Aurich im Luftkrieg. Vorgeschichte, Angriffe, Personenverluste und Schäden, Schutzmaßnahmen, Zusammenfassung und abschließende Bewertung. Aurich 1987. Einzelexemplar, maschinenschriftlich. (Landchaftsbibliothek Aurich, Sig. XIV F6 g: y/2695)
- Grube, F.; Richter, G. (Hrsg.): Demokratietheorien – Konzeption und Kontroversen. Hamburg: Hoffmann u. Campe 1975.
- Grupe, H.: Natur und Unterricht. Eine Wegweisung im Sinne der Arbeits- und Heimatschule. Frankfurt: Diesterweg 1921.
- Haacke, U.; Bona, K.; Bothe, W.; Dauch, B.; Jacoby, K.: Von deutscher Art. Ein Lesebuch für höhere Schulen. 5. Aufl., Berlin: Deutscher Schulverlag 1944.
- Haase, O.: Musisches Leben. Hannover: Schroedel 1951.
- Haddinga, J.: Stunde Null – 1944 bis 1948 – Ostfrieslands schwerste Jahre. Norden: Soltau Verl. 1988.
- Hahn, P.: Die Dorfgemeinschaftsschule. Lüchow: Selbstverl. der Pädagogischen Arbeitsstelle 1954.
- Halbritter, M.: Schulreformpolitik in der britischen Zone von 1945 bis 1949. Weinheim: Beltz 1979.
- Hanisch, K.: Die jungen Lehrerinnen. München: List 1974.
- Harvard-Committee: Allgemeinbildung in einem freien Volk. Stuttgart: Ernst Klett Verl. 1949.
- Hein, R.: Der Reichstagsabgeordnete Hermann Tempel. Leer: Verl. Dr. Reinhard 1988.
- Hennis, W.: Demokratisierung. Zur Problematik eines Begriffs. Köln, Opladen: Westdeutscher Verl. 1970.
- Hentig, H. von: Die Wiederherstellung der Politik. Stuttgart/München: Klett/Kösel 1973.
- Ders.: Rückblick nach vorn. Pädagogische Hoffnungen der Gegenwart auf dem Prüfstand von Erfahrung. Seelze-Velber: Kallmeyer 1999.

- Hesselberger, D.: Das Grundgesetz. Kommentar für die politische Bildung. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 1990.
- Hetzer, H.; Morgenstern, G. (Hrsg.): Kind und Jugendlicher auf dem Lande. Beiträge zur psychologischen und pädagogischen Tatsachenforschung. Lindau: Piorkowski 1952.
- Heuss, Th.: Geist der Politik. Ausgewählte Reden. Frankfurt a. M., Hamburg: Fischer 1964.
- Hildebrandt, H.: Die deutschen Verfassungen des 19. und 20. Jahrhunderts. Paderborn: Schöningh 1970 (7.Aufl.).
- Hinrichs, D.: SMV im Umbruch. Schülermitverantwortung – Schülermitverwaltung – Schülervertretung – Schülermitbestimmung. Hannover, Schroedel 1969.
- Hollkamm, F.: Der erziehende Unterricht in der einklassigen Landschule. Langensalza: Beyer 1904.
- Huth, A.: Die Heimatschule als Erziehungsstätte dargestellt in Lehre und Beispiel. München: Bayern Verl. 1924.
- Hohlfeld, W.: Geschichte der Lehrerbewegung in Niedersachsen. Bd. 2. Von 1945–1976. Wolfsburg: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (Hrsg). 1979.
- Huber, F.: Unsere Landschule. Grundlegung und schulpraktische Gestaltung. Bad Heilbrunn: Klinkhardt 1953.
- Hucker, B.U.; Schuber, E.; Weisbrod, B.: Niedersächsische Geschichte. Göttingen, Wallstein Verl. 1997.
- Hülsewede, M.: Butzen & Briece. Jennelt – Ostfriesisches Dorfleben im Spiegel deutscher Geschichte. Leer: Schuster 1989.
- Hummerich, G.: Der Wiederaufbau. Die 50er Jahre in Emden. Norden: Soltau Verl. 1995.
- Hylla, E.: Die Schule der Demokratie. Ein Aufriss des Bildungswesens der Vereinigten Staaten. Berlin, Leipzig, Langensalza: Beltz 1928.
- Ders.: Vergleichende Leistungsmessung. 4.5. Schuljahr. München: R. Oldenbourg 1949.
- Institut für Sozialforschung an der J.W. Goethe-Universität (Hrsg.): Zur Wirksamkeit politischer Bildung. Frankfurt a. M.: Max-Träger-Stiftung 1966 (Teil I, Teil II).

- Jakobeit, R.: Kriegsende im Rheiderland. In Zeitschrift: Unser Ostfriesland Nr. 14, 1971 (Beilage zur Ostfriesen Zeitung v. 15.7.1971, ohne Seitenzahl).
- Jansen, H. (Hrsg.): Freundschaft über sieben Jahrzehnte. Rundbriefe deutscher Lehrerinnen 1899–1968. Frankfurt: Fischer Verl. 1992 (8.Aufl.).
- Janßen, D.: 6. Sept. 1944 Emden geht unter. Zerstörung und Kriegsende 1944–1945. Gudensberg: Wartberg Verl. 2004.
- Karnick, R.: Zur Theorie und Praxis der Landschule. Erfahrungen und Ratschläge. Weinheim: Beltz 1951.
- Karstädt, O.: Neuaufbau der Lehrerfortbildung. Fortbildung zur 2. Prüfung in Arbeitsgemeinschaften und im Klassenalltag. Osterwieck: Zickfelds Verl. 1920.
- Ders.: Stand, Gegenwart und Zukunft unserer Arbeitsgemeinschaften zur Lehrerfortbildung. Zentralinstiut für Erziehung und Unterricht (Hrsg.): 1926
- Katholisches Büro Niedersachsen (Hrsg.): Staat und Kirche in Niedersachsen. 40 Jahre Niedersachsenkonkordat. Hildesheim: Bernward Medien 2005.
- Kaulbach, F.: Das sittliche Sein und das Sollen. Braunschweig: Waisenhaus-Buchdruckerei 1948.
- Kerschensteiner, G.: Der Begriff der staatsbürgerlichen Erziehung. München: Oldenbourg Verl. 1950 (Erstaufll.: Leipzig: Teubner 1910).
- Kielmannsegg, P. G.: Volkssouveränität. Eine Untersuchung der Bedingung demokratischer Legitimität, Stuttgart: Klett 1977.
- Kettenacker, L.: Krieg zur Friedenssicherung. Die Deutschlandplanung der britischen Regierung während des Zweiten Weltkrieges. Göttingen: Vandenhoeck & Rupprecht 1989.
- Klagges, D.: Geschichte als nationalpolitische Erziehung. Frankfurt a. M.: Diesterweg 1936.
- Klattenhoff, K; Schäfer, B.; Sprang, H.; Weißels, P. (Hrsg.): Beiträge zur Schulgeschichte Ostfrieslands. Oldenburg: BIS 2004 (Regionale Schulgeschichte Bd. 10.2).
- Dies.: Beiträge zur Schulgeschichte Ostfrieslands. Oldenburg: BIS 2007 (Regionale Schulgeschichte Bd. 10.3).

- Kleist, H.v.: Über die allmähliche Verfertigung der Gedanken beim Reden.
In: Kleist, H.v.: Sämtliche Werke u. Briefe II. München: Carl Hanser Verlag 1970. S. 319–324.
- Klemperer, V.: LTI – Notizbuch eines Philologen. Leipzig: Reclam Verl. 2001 (19. Aufl.).
- Klika, D.: Herman Nohl, sein „Pädagogischer Bezug“ in Theorie, Biographie und Handlungspraxis. Köln, Weimar, Wien: Böhlau 2000.
- Knopp, G.: Hitlers Kinder. München: Bertelsmann 2000.
- Koebner, Th.; Sautermeister, G.; Schneider, S.(Hrsg.): Deutschland nach Hitler. Zukunftspläne im Exil und aus der Besatzungszeit 1939–1945. Opladen: Westd. Verl. 1987.
- Kölling, H.: Die Landschule als Arbeits- und Produktionsschule. Leipzig: Oldenbourg 1924.
- Konsortium Bildungsberichterstattung im Auftrag der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung: Bildung in Deutschland. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration. Bielefeld: Bertelsmann Verl. 2006.
- Kretschmann, J.; Haase, O.: Natürlicher Unterricht. Hannover: Wissenschaftliche Verlagsanstalt 1948.
- Krieck, E.: Nationalpolitische Erziehung. Leipzig: Armanen Verl. 1932.
- Krockow, Chr. Graf von: Über die Deutschen. München: List 2000.
- Ders.: Die Deutschen in ihrem Jahrhundert. 1890–1990. Reinbek b. Hamburg: Rowohlt 1990.
- Kroker, E.: Die nationalsozialistische Machtübernahme und Gleichschaltung im mittelostfriesischen Raum 1932–1934. Dargestellt an den Orten Moordorf und Spetzerfehn. Hausarbeit für das Lehramt an Realschulen. Einzelexemplar, maschinenschriftlich. Bochum 1977. (Landschaftsbibliothek Aurich, Sig. XIV F6 g: y/1808)
- Kühnl, R.; Spoo, E. (Hrsg.): Was aus Deutschland werden sollte. Konzepte des Widerstands, des Exils und der Alliierten. Heilbronn: Distel Verlag 1995.
- Kultusministerium Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Der Staat in dem wir leben. Essen: Paul List Verlag 1976.

- Kultusministerium Niedersachsen (Hrsg.): Das Dorf und seine Schulen. Bericht über die Arbeitstagung mit dem Landesverband des Niedersächsischen Landvolkes vom 28.2. bis 2.3.1957 im Sportheim Barsinghausen. Hannover: Hahn 1957.
- Kultusministerium Niedersachsen (Hrsg.): Richtlinien für die Volksschulen des Landes Niedersachsen. Braunschweig: G. Westermann Verl. 1957.
- Lang, H.: Die Oberstufe der Landschule. Ansbach: Prögel 1929.
- Lange, H.: Über Frauen- und Lehrerinnen-Vereine. Vortrag geh. a. 13. Februar 1891 für die Berliner Mitglieder des Allg. Dt. Lehrerinnen-Vereins. Berlin: L. Oehmigke's 1892.
- Lange-Quassowski, J.B.: Neuordnung oder Restauration. Das Demokratiekonzept der amerikanischen Besatzungsmacht und die politische Sozialisation der Westdeutschen: Wirtschaftsordnung – Schulstruktur – Politische Bildung. Opladen: Westd. Verlag 1979.
- Lehmann, H.G.: D-DOK. Deutschland-Dokumentation 1945–2004. Politik, Recht, Wirtschaft und Soziales. Bonn: Dietz Verl. 2004 (CD-Rom).
- Lehnhart, V. (Hrsg.): Demokratisierung der Schule. Frankfurt a. M.: Akad. Verlagsgesellschaft 1972.
- Leibholz, G.: Strukturprobleme der modernen Demokratie. Karlsruhe: Müller 1958/Frankfurt: Fischer Athenäum 1974.
- Lemberg, E.: Ostkunde. Grundsätzliches und Kritisches zu einer deutschen Bildungsaufgabe. Hannover: Jaeger u. Co. 1964.
- Lemberg, E.; Bauer, A.; Klaus-Roeder, R.: Schule und Gesellschaft. Forschungsprobleme und Forschungsergebnisse zur Soziologie des Bildungswesens. München: Nymphenburger Verlagshandlung 1971.
- Leski, H.: Schulreform und Administration. Oldenburg: BIS 1990.
- Ders.: Schulreformprogramme des Niedersächsischen Kultusministeriums 1945–1970. Hannover: Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) 1991.
- Lietsch, S.; Michlowski, B. (Hrsg.): Die Bananenrepublik. Skandale und Affären in der Bundesrepublik und der DDR. München: Heyne 1989.
- Litt, Th.: Die politische Selbsterziehung des deutschen Volkes. Bundeszentrale f. Heimatdienst: Berlin 1957 (3. erw. Aufl.).

- Lüpke-Müller, I.: Eine Region im politischen Umbruch. Der Demokratisierungsprozess in Ostfriesland nach dem zweiten Weltkrieg. Aurich: Ostfriesische Landschaft 1998.
- Luft, S.: Abschied von Multikulti. Gräfeling: Resch Verl. 2006.
- Lundgren, P.: Sozialgeschichte der deutschen Schule im Überblick. Göttingen: Vandenhoeck u. Ruprecht 1981 (Teil II: 1918–1980).
- Max-Planck-Institut für Bildungsforschung. Projektgruppe Bildungsbericht (Hrsg.): Bildung in der Bundesrepublik Deutschland. Daten und Analysen. Reinbek: Rowohlt 1980. (Bd. 1: Entwicklungen seit 1950. Bd. 2: Gegenwärtige Probleme).
- Meier, C.: Entstehung des Begriffs „Demokratie“. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verl. 1970.
- Memming, J.: Ein Jahrhundert wird unterrichtet. Hamburg: Ergebnisse Verl. 1989.
- Metzger, M.: Die Grundlagen der Erziehung zu schöpferischer Freiheit. Frankfurt a. M.: W. Kramer 1949.
- Meyenberg, R.: Demokratisierung der Schule. Was ist aus den Forderungen der Schulprotestbewegung Ende der 60er Jahre geworden? Oldenburg: Univ. Oldenburg ZpB 1987.
- Meyer-Abich, S.J. (Hrsg.): Jann Berghaus erzählt. Lebenserinnerungen von Jann Berghaus. Aurich: Verl. Ostfriesische Landschaft 1967.
- Meyer, E.: Gruppenunterricht. Grundlegung und Beispiel. Worms: E. Wunderlich 1954.
- Montgomery: Memoiren. München, List 1958.
- Mosapp, H.: Sozialpaedagogik. Grundlinien der Gesellschaftserziehung. Stuttgart: Belser 1924.
- Müller, J.: Strukturwandel des Dorfes. Einfluß auf die ländliche Bildungsarbeit. Darmstadt: Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverbände 1956 (Material- u. Nachrichtendienst MUND).
- Müller, K.V.: Begabung und soziale Schichtung in der hochindustrialisierten Gesellschaft. Köln: Westdeutscher Verlag 1956.
- Müller, S.: Schulentwicklung und Schülerpartizipation. Möglichkeiten der Beteiligung von Schülerinnen und Schülern an innerschulischen Inno-

- vationsprozessen, untersucht am Fallbeispiel der Hauptschule E. Neuwied: Luchterhand 1996.
- Murphy, R.: Diplomat unter Kriegern. Zwei Jahrzehnte Weltpolitik in Sondermission. Berlin: Propyläen Verl. 1966 (2. Aufl.).
- Natorp, P.: Sozialpädagogik. Theorie der Willenserziehung auf der Grundlage der Gemeinschaft. Stuttgart: Frommans Verlag (E. Hauff), 1899.
- Neumann, F.: Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933–1944. Frankfurt a. M.: Fischer Verl. 1984.
- Neumann, L.; Schaper, K.: Die Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt: Campus Verlag 2008.
- Niedersächsischer Minister des Innern (Hrsg.): Jahresbericht 1966 der Sachverständigenkommission für die Verwaltungs- und Gebietsreform in Niedersachsen. Hannover: Niedersächsisches Landesverwaltungsamt 1966.
- Ders.: Verwaltungs- und Gebietsreform in Niedersachsen. Gutachten der Sachverständigenkommission für die Verwaltungs- und Gebietsreform. Hannover: Niedersächsisches Landesverwaltungsamt 1969 (2 Bde.).
- Nietzsche, F.: Vom Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben. Stuttgart: Reclam 1951.
- NWDR (Hrsg): Jahrbuch des Nordwestdeutschen Rundfunks. 1949–1950. Hamburg: Hanseat. Druckanst. ca. 1950.
- Ders.: Den Schrittmachern des deutschen Rundfunks. Zum 29. Oktober 1948, dem 25. Jahrestag der Eröffnung des Programmdienstes in Deutschland. Hamburg: Petermann 1948.
- Odenbach, K.: Studien zur Didaktik der Gegenwart. Braunschweig: Westermann 1963.
- Oetinger, F.: Wendepunkt der politischen Erziehung. Partnerschaft als pädagogische Aufgabe. Stuttgart: J.B. Metzlersche Verlagsbuchhandlung 1951.
- Ders.: Partnerschaft. Die Aufgabe der politischen Erziehung. Stuttgart: J.B. Metzlersche Verlagsbuchhandlung 1953.
- Ohling, J. (Hrsg.): Campen. Chronik eines Dorfes im Krummhörn/Ostfriesland. (Nach Aufzeichnungen von Weerd Alberts Ohling mit weiteren Beiträgen von Harm Wiemann) Leer: Selbstverlag o..J.

- Oltmanns, I.: Aus dem Buch meines Lebens. Oldenburg: BIS 1990.
- Otto, B.: Ausgewählte pädagogische Schriften. Paderborn: Schöningh 1963.
- Overesch, M.: Die gesamtdeutsche Konferenz der Erziehungsminister in Stuttgart am 19./20. Februar 1948. Dokumentation. In: VFZ 28. 1980, S. 248–285.
- Palentien, Ch.: Schülerdemokratie. Mitbestimmung in der Schule. Neuwied: Luchterhand 2003.
- Parisius, B.: Viele suchten sich ihre neue Heimat selbst. Flüchtlinge und Vertriebene im westlichen Niedersachsen. Aurich: Ostfr. Landschaftliche Verl. u. Vertriebsges. 2004.
- Petersen, P.: Der kleine Jena-Plan. Langensalza: Beyer & Söhne 1946.
- Ders.: Führungslehre des Unterrichts. Braunschweig: Westermann 1950 (2.Aufl.).
- Picker, H.: Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941–1942. Bonn: Athenäum 1951.
- Plato, A. von ; Leh, A.: „Ein unglaublicher Frühling“. Erfahrene Geschichte im Nachkriegsdeutschland 1945–1948. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 1997.
- Ploetz, C. (Begr.): Der große Ploetz. Freiburg: Herder 1998 (32.Aufl.).
- Pretzel, T.L.A.: Geschichte des deutschen Lehrervereins in den ersten fünfzig Jahren seines Bestehens. Leipzig: J. Klinhardt 1921.
- Rademacher, M.: Wer war wer im Gau Weser-Ems. Die Amtsträger der NSDAP und ihre Organisationen in Oldenburg, Bremen, Ostfriesland sowie der Region Osnabrück – Emsland. BOD – Einzeldruck 2002.
- Rehwinkel, E.: Gegen den Strom. Erinnerungen eines niedersächsischen, deutschen und europäischen Bauernführers. Dorheim: Podzun o.J. (ca. 1962).
- Reichsministerium des Innern (Hrsg.): Amtlicher Bericht. Die Reichsschulkonferenz 1920. Ihre Vorgeschichte und Vorbereitung und ihre Verhandlungen. Leipzig: Quelle u. Meyer 1921.
- Reichwein, A.: Schaffendes Schulvolk. Braunschweig: Westermann 1951 (2. Aufl.).
- Reyer, H. (Hrsg.): Aurich im Nationalsozialismus. Aurich: Verl. Ostfr. Landschaft 1989.

- Ders.: Ostfriesland zwischen Republik und Diktatur. Aurich: Verl. Ostfr. Landschaft 1998.
- Rudzio, W.: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung. Opladen: UTB Leske u. Budrich 1987 (2. akt. Aufl.).
- Schäfer, W.: Das Grundrecht und die Schulform. Göttingen: Vandenhoeck u. Ruprecht 1963 (Neue Sammlung Heft 5).
- Schardt, A.; Brauneiser, M.: Kulturpolitik in Europa. Bildungswesen und Schulreformen in Frankreich, England, Italien, Skandinavien und den Niederlanden. München: Ehrenwirth 1966.
- Schaub, H.; Zenke, K.G.: Wörterbuch der Pädagogik. München: Deutscher Taschenbuchverlag 2000 (4. Aufl.).
- Scheibe, W. Die Reformpädagogische Bewegung 1900–1932. Weinheim, Berlin, Basel: Beltz 1969.
- Schelsky, H.: Schule und Erziehung in der industriellen Gesellschaft. Würzburg: Werkbund Verl. 1962 (4. Aufl.).
- Ders.: Systemüberwindung, Demokratisierung, Gewaltenteilung. München: C.H. Beck 1973 (2. Aufl.).
- Scheuerl, H.: Die exemplarische Lehre. Tübingen: Niemeyer Verl. 1958.
- Schlander, O.: Reeducation – ein politisch-pädagogisches Prinzip im Widerstreit der Gruppen. Bern, Frankfurt: Lang 1975.
- Schmid, C.: Erinnerungen. Bern, München, Wien: Scherz Verl. 1979.
- Schmidt, R.: Volksschule und Volksschulbau von den Anfängen des niederen Schulwesens bis in die Gegenwart. Wiesbaden: Deutscher Fachschriften Verl. 1967.
- Schmidt, W.: Gruppenunterricht in der Volksschule. Möglichkeiten der freien Unterrichtsgestaltung. Bonn: F. Dümmler 1950.
- Schneider, F.: Die Dorfschule. Ein wichtiges Gegenwartsproblem. Bonn, München, Wien: Bayrischer Landwirtschaftsverlag 1957.
- Ders.: Das neunte Schuljahr. Stuttgart: R.A. Müller Verl. 1952.
- Schneider, U.: Niedersachsen 1945/46. Kontinuität und Wandel unter britischer Besatzung. Hannover: Nds. Landeszentrale f. pol. Bildung 1984.
- Schorb, O.; Fritzsche, V.: Schulerneuerung in der Demokratie. Die Reichsschulkonferenz von 1920 und der Deutsche Ausschuß für das Erzie-

- hungs- und Bildungswesen. Ein kritischer Vergleich. Stuttgart: Klett 1966.
- Schörken, R.: Jugend 1945. Politisches Denken und Lebensgeschichte. Frankfurt a. M.: S. Fischer 2005.
- Schroeter, A.: So regiert sich England. Technik und Wesen der Englischen Demokratie. Ein Vergleich zur Weimarer Republik. Braunschweig, Berlin, Hamburg: Westermann Verlag 1946.
- Schwab, H.: Schulräte und Politik. Sozialwissenschaftliche Analyse des Funktionswandels von Schulaufsicht am Beispiel der politischen Bildung. Oldenburg: Holzberg Verl. 1979.
- Schwaner, W. (Hrsg.): Germanen-Bibel. Aus heiligen Schriften germanischer Völker. Berlin: Volkserzieher-Verlag 1905 (2. Aufl.).
- Schwarzwälder, H.: Bremen und Nordwestdeutschland am Kriegsende. Bremen: Carl Schünemann Verlag 1972.
- Schwert, Th.: Kritische Didaktik in Unterrichtsbeispielen. Paderborn: Schöningh 1952.
- Seitzer, O.: Gemeinschaftskunde. Für 12–16jährige Jungen und Mädchen. Stuttgart: E.Klett Verl. o.J. (1953).
- Senden, F.v.: Tage der Entscheidung. Wie Aurich im Mai 1945 vor der Vernichtung bewahrt wurde. Nach authentischen Berichten zusammengestellt. Ohne Ort, o. J., um 1950.
- Siebert, E.; Deeters, W.; Schröer, B.: Geschichte der Stadt Emden von 1750 bis zur Gegenwart. Leer: Rautenberg 1980 (Ostfriesland im Schutze der Deiche. Bd. VII).
- Siefkes, W.: Erinnerungen. Leer: Schuster 1979.
- Sienknecht, H.: Der Einheitsschulgedanke. Geschichtliche Entwicklung und gegenwärtige Problematik. Weinheim: Beltz Verl. 1968.
- Slotta, G.: Die Praxis des Gruppenunterrichts und ihre Grundlagen. Bremen: Manz & Lange 1954.
- Sloterdijk, P.: Eurotaoismus. Zur Kritik der politischen Kinetik. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verl. 1996.
- Söllner, A. (Hrsg.): Zur Archäologie der Demokratie in Deutschland. Bd. 1. Analysen von politischen Emigranten im amerikanischen Geheimdienst 1943–45. Frankfurt M.: Europ. Verlagsanst. 1986; Bd. 2. Analysen von

- politischen Emigranten im amerikanischen Geheimdienst 1946–49. Frankfurt M.: Europ. Verlagsanst. 1986.
- Sontheimer, K.: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. München: Nymphenburger Verl. 1962.
- Ders.: Grundzüge des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. München: Piper 1989 (12. Aufl.).
- Ders.: So war Deutschland nie. München: Beck 1999.
- Speichert, H. (Hrsg.): Kritisches Lexikon der Erziehungswissenschaft und Bildungspolitik. Reinbek: Rowohlt 1975.
- Spranger, E.: Die wissenschaftlichen Grundlagen der Schulverfassungslehre und Schulpolitik. Bad Heilbrunn: J. Klinkhardt Verlag 1963.
- Ders.: Der Bildungswert der Heimatkunde. Berlin: Kommissionsverl. E. Hartmann 1923.
- Ders.: Der Eigengeist der Volksschule. Heidelberg: Quelle & Meyer 1955.
- Ders.: Der geborene Erzieher. Heidelberg: Quelle & Meyer 1958.
- Ders.: Gedanken zur staatsbürgerlichen Erziehung. (Bundeszentrale f. Heimatdienst Hrsg.) Bonn: H. Köllen 1957.
- Ders.: Gesammelte Schriften. Bd. III. (Hrsg. BÄHR, H.W.; et al) Heidelberg: Quelle & Meyer 1970.
- Ders.: Lebensformen. Geisteswissenschaftliche Psychologie und Ethik der Persönlichkeit. Halle: M. Niemeyer 1921.
- Ders.: Pädagogische Perspektiven. Beiträge zur Erziehungsfragen der Gegenwart. Heidelberg: Quelle u. Meyer 1952.
- Ders.: Psychologie des Jugendalters. Leipzig: Quelle & Meyer 1924.
- Stefani, W.: Pluralistische Demokratie. Studien zur Theorie und Praxis. Opladen: UTB Leske u. Budrich 1980.
- Steffens, G.; Weiß, E. (Hrsg.): Jahrbuch für Pädagogik 2004 – Globalisierung und Bildung. Bern: Peter Lang 2004.
- Steininger, R.: Deutsche Geschichte 1945–1961. Darstellung und Dokumente in zwei Bänden. Frankfurt a. M.: Fischer TB 1985.
- Strobel, A.: Produktive Stillarbeit in der Landschule. Donauwörth: Auer 1951.

- Sturm, R.: Zerstörung der Demokratie 1930–1933. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 1983.
- Sünkel, R.: Heimatkunde als Unterrichtsfach und Unterrichtsprinzip. Donauwörth: Verl. Cassianeum 1949.
- Tenorth, H.-E. (Hrsg.): Klassiker der Pädagogik. München: C.H.Beck 2003 (2 Bde.).
- Thiele, F.: Die Lehrerschaft in der Gewerkschaft. Sonderdruck. Celle: Pohl Verlagsanstalt 1950 (Orig.: Westdeutsche Schulzeitung. 6. Juni 1950).
- Thielke, H.: Rundfunksender im NWDR/NDR. 1948–1986. O. Ort, o. Verl. 1992.
- Tollkötter, B.: Hauptschule und berufliches Bildungswesen in der Diskussion. Stellungnahmen zum Gutachten 7/8 des Deutschen Ausschusses. Weinheim: Beltz Verl. 1967.
- Tracey, M.: Das unerreichbare Wunschbild – ein Versuch über Hugh Greene und die Neugründung des Rundfunks in Nordwestdeutschland nach 1945. Köln, Stuttgart, Berlin, Mainz: Kohlhammer-Grote 1983.
- Ders.: Sir Hugh Greene. Eine Biographie von Michael Tracey. Berlin: Quadriga Verlag Severin 1984.
- Unruh von, G.-Ch.: Gebiets- und Verwaltungsreform 1965–78. Hannover: Nds. Landeszentrale f. pol. Bildung (Hrsg.) 1978.
- Usadel, G.: Wissen. Erziehung, Schule. Bayreuther Bücher für Erziehung und Unterricht. (Hrsg: Reichsverwaltung der NSDAP) München: Deutscher Volksverlag 1939.
- Ders.: Zucht und Ordnung. Grundlagen einer nationalsozialistischen Ethik. Hamburg: Hanseat. Verl. Anst. 1942.
- Vilmar, F.: Strategien der Demokratisierung. Bd. I: Theorie der Praxis. Darmstadt: Luchterhand 1973; Bd. II: Modelle und Kämpfe der Praxis. Darmstadt: Luchterhand 1973.
- Vollnhals, C.: Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945–1949. München: DTV 1991.
- Wagenschein, M.: Zum Begriff des exemplarischen Lehrens. Weinheim: Beltz Verl. 1959.

- Wagner, E.; Plank, U. (Hrsg.): Jugend auf dem Land. Ergebnisse einer wissenschaftlichen Erhebung über die Lebenslage der westdeutschen Landjugend. München: Juventa 1948.
- Wedel, H.v.: Wehrerziehung und Volkserziehung. Hamburg: Hanseat. Verl. Anst. 1938.
- Wegmann, G.: Das Kriegsende zwischen Ems und Weser 1945. In: Osnabrücker Mitteilungen. Jahrg. 1979. Mitteilungen des Vereins für Geschichte und Landeskunde von Osnabrück. Broschur 1979.
- Weimer, H.; Schöler, W.: Geschichte der Pädagogik. Berlin, New York: de Gruyter 1976 (18. Aufl.).
- Weiß, Ch.; Zippel, K.: Die Arbeit der Schülervertretungen in den Schulen des Landes Niedersachsen. Hannover: Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung 1995.
- Wember, H.: Umerziehung im Lager. Internierung und Bestrafung von Nationalsozialisten in der britischen Besatzungszone Deutschland. Essen: Klartext Verlag 1992.
- Weniger, E.: Die Eigenständigkeit der Erziehung in Theorie und Praxis. Probleme der akademischen Lehrerbildung. Weinheim 1953.
- Ders.: Die Epoche der Umerziehung 1945–1949. Teil I-IV. In: Westermanns Pädagogische Beiträge 11/1959, S. 403–410, 517–525; 12/1960 S. 9–13, 74–75.
- Werner, J.: Schülermitwirkung in den öffentlichen Schulen Deutschlands nach 1945 unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung in Berlin. Eine Darstellung der Entwicklung in der Zeit von 1945 bis 1994. Berlin: Berliner Inst. für Lehrerfort- und -weiterbildung und Schulentwicklung, 1995.
- Werner, K.F.: Das NS-Geschichtsbild und die deutsche Geschichtswissenschaft. Stuttgart, Berlin Köln Mainz: W. Kohlhammer 1967.
- Wiemann, H.; Oltmanns-Eiben, H.: Fünfzig Jahre Schulgeschichte in Ostfriesland. 1905–1955. In: Ostfriesischer Lehrerverein (Hrsg.): Ostfriesisches Schulblatt, Sonderheft August 1956. Leer: Zopfs 1956.
- Wilhelm, Th. (Hrsg): Demokratie in der Schule. Göttingen: Vanderhoeck und Ruprecht, 1970 (Reihe: Paedagogica. Daten – Meinungen – Analysen. Band 7. Herausgegeben von H. Gieseke und G. Herrlitz).
- Wolfrum, E.: Die geglückte Demokratie. Stuttgart: Klett-Cotta 2006.

Wulf, Ch.: Anthropologie kultureller Vielfalt Interkulturelle Bildung in Zeiten der Globalisierung. Bielefeld: Transcript Verlag 2006.

Zwilmeyer, F.: Das Dorfpraktikum. Ein neues Sozialpraktikum für Studierende der Pädagogischen Hochschule. Hannover: Stadt u. Land e.V 1963.

Lehrpläne und Lehrmaterial des Regierungsbezirkes Aurich, Schulabteilung

Ohne Verfasser: Gedanken und Richtlinien zum Geschichtsunterricht ... aufgestellt im Auftrage der Regierung – Schulabteilung von einem Schulleiter in des Regierungsbezirks Aurich. Ohne Jahr. Emden: B. Davids, o.J. (1946; Beilage zum Reg.SchBl. AUR.).

Regierung Aurich (Hrsg): Lesestoff für Schulen. Teil I. Heimatanhang für Ostfriesland. 2./3. Schuljahr. Berlin: Pädagogischer Verlag Berthold Schulz 1948 (Zusammengestellt im Auftrag der Regierung Aurich durch eine Kommission ostfriesischer Lehrer. Genehmigt für den Gebrauch in Schulen durch Control Commission for Germany B.E.).

Regierung Aurich (Hrsg): Lesestoff für Schulen. Teil II. Heimatanhang für Ostfriesland. 4./6. Schuljahr. Berlin: Pädagogischer Verlag Berthold Schulz 1948 (Zusammengestellt im Auftrag der Regierung Aurich durch eine Kommission ostfriesischer Lehrer. Genehmigt für den Gebrauch in Schulen durch Control Commission for Germany B.E.).

Stoffplan für Volksschulen in Ostfriesland. Obere Klassen 10 bis 14 Jahre bevor Schulbücher geliefert werden. Herbst 1945. Gedruckt im Auftrage der Militär-Regierung. Norden: Soltau 1945.

Volksschullehrerschaft des Schulaufsichtskreises Leer – Ostfriesland: Rahmenlehrpläne für den Volksschulunterricht. Aurich: Dunkmann 1948 (Angekündigt: Amtliches Schulblatt des Regierungsbezirks Aurich, August 1948, S. 115).

Zeitschriften/Periodika

Amtliches Schulblatt für den Regierungsbezirk Aurich. Herausgegeben von der Regierung in Aurich. Erstmals nach 1945: 38. Jahrgang 1946, Nr. 1, 15. August 1946 (Amt.SchBl.AUR).

- Arbeitskreis Die Leuchtboje (Hrsg.): Heimatgebundene Schriftenreihe. Leer: D. H. Zopfs & Sohn, Einzelschriften ab 1950.
- Die neue Landschule. (v. Joh. DIETZ) Hrsg. Colmar, K.; Heywang, E.; Laue, H.; Schneider, A.; Strobel, A. Vaupel, K.; Tuttlingen: J.F. Bofinger.
- Die Schule. Elternzeitschrift für das gesamte Bundesgebiet. Thomas, G; Thomas, H.G. (Hrsg.) Bielefeld: Verl. G. Thomas.
- Die Sammlung. Zeitschrift für Kultur und Erziehung. Hrsg. O. F. Bollnow, O.F.; Flitner, W. et al, Jahrgang 1–15.
- DIZ-Bericht. Berichte des Dokumentations- und Informationszentrum (DIZ) Emslandlager. Eigendruck.
- EuW Niedersachsen. Zeitschrift Erziehung und Wissenschaft Niedersachsen. Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Niedersachsen (Hrsg.). Essen: Stamm – ab 1976.
- Emders Jahrbuch für historische Landeskunde Ostfrieslands. Aurich: Ostfriesische Landschaft (Hrsg.).
- Mund. Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverbände (Hrsg.): Mund. Material und Nachrichtendienst der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverbände (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverein e.V.) – ab 1949.
- Neue Sammlung. Göttinger Blätter für Kultur und Erziehung (später:) Zeitschrift für Erziehung und Gesellschaft. Jahrgang 1–22 (v. 37). Zus. 37 Bde. Göttingen (später: Stuttgart), Vandenhoeck u. Ruprecht (später: Klett-Cotta), 1945–1982.
- Niedersächsische Lehrerzeitung. Hrsg.: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Gesamtverband Niedersächsischer Lehrer im DGB. Hannover: Schroedel ab Jg. 1949.
- Ostfriesland-Magazin. Die Illustrierte für Land und Inseln zwischen Dollart und Jadebusen. Norden: Soltau-Kurier.
- Ostfriesland. Ostfriesische Landschaft (Hrsg.): Ostfriesland. Zeitschrift für Kultur, Wirtschaft und Verkehr. Leer: Rautenberg.
- Ostfriesland. Kalender für Jedermann. Norden: Verl. H. Soltau.
- Pädagogischer Wegweiser. Hrsg.: Regierungs- und Schulrat Gerdes, Stade. Druck: F. Habersaat, Stade. Ab 1947.

Schulverwaltungsblatt für Niedersachsen. Herausgegeben vom Niedersächsischen Kultusministerium. Hannover. Ab 1949 (Nds. SVBl.).

September Gesellschaft. Luchtenberg, P.; Rodenstein, H. (Hrsg.) Forum für Fragen der Erziehung und Bildung. Frankfurt a. M.

Unser Ostfriesland. Beilage zu: Ostfriesen Zeitung. Leer ab 1950.

Unsere Schule. Hannover: Hahnsche Buchhandlung ab 1948.

VfZ – Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag ab 1953.

Völkischer Beobachter. Parteiorgan der NSDAP. Aufgelegt Feb. 1923 – Apr. 1945. Franz Eher Verlag. Bis 3.4.1945.

Volkserzieher. Schwaner, W. (Hrsg.): Der Volkserzieher. Blatt für deutsche Heimat und Religion. Berlin: Volkserzieher Verl. Ab Jahrg. 1902.

Westermanns Pädagogische Beiträge: Zeitschrift für die Volksschule. Braunschweig: Georg Westermann Verlag (Hrsg.). Ab 1949.

Festschriften

Festschrift 1950: Bezirkslehrerverein Ostfriesland (Hrsg.): Hauptversammlung vom 3. bis 5. April 1950 in Esens. Esens: C.L. Mettcker 1950.

Festschrift 1951: Bezirkslehrerverein Ostfriesland (Hrsg.): Hauptversammlung Bezirks-Lehrerverein Ostfriesland 1951. Leer: Zopfs 1951 (Verantwortl. f. d. Inhalt: Fr. Doedens).

Festschrift 1952: Bezirkslehrerverein Ostfriesland (Hrsg.): Gute Fahrt! Hauptversammlung Bezirks-Lehrerverein Ostfriesland in Norden am 1./2. April 1952. Norden: Hoh. Friedr. Schmidt 1952 (Verantwortl. f. d. Inhalt: F. Rose).

Festschrift 1955: Bezirkslehrerverein Ostfriesland (Hrsg.): Hauptversammlung Bezirks-Lehrerverein Ostfriesland 1955. Emden: Gerhard Verl. 1955 (Verantwortl. f. d. Inhalt: H. Dirks).

Festschrift 1958: Ostfriesischer Lehrerverein (Hrsg.): 6./7.1.1958. Aurich. Hauptversammlung Ostfriesischer Lehrerverein. Aurich: Dunkmann 1958.

Festschrift 1961: Ostfriesischer Lehrerverein (Hrsg.): Hauptversammlung in Leer 1.–3. Okt. 1961. Emden: Söcker 1961.

Festschrift 1963: Ostfriesischer Lehrerverein (Hrsg.): 100 Jahre. Haupt- und Vertreterversammlung des Ostfriesischen Lehrervereins. OLV 1963 in Norden. Norden: Soltau 1963.

Festschrift 1965: Ostfriesischer Lehrerverein (Hrsg.): Haupt- und Vertreterversammlung des Ostfriesischen Lehrervereins. OLV 1965 in Wittmund. Wittmund: Mettcker 1965.

Festschrift 1967: Ostfriesischer Lehrerverein (Hrsg.): OLV 1967. Festschrift zur Haupt- und Vertreterversammlung des Ostfriesischen Lehrervereins 1967 in Jemgum. Ohne Ort: Ohne Verlag 1967.

Festschrift 1969: Ostfriesischer Lehrerverein (Hrsg.): OLV 1969. Vertreter und Hauptversammlung 1969. Wiesmoor 1969. Wittmund: Mettcker 1967.

Satzungen

Bayrischer Lehrerinnen und Lehrerverein: Satzung, Geschäftsordnung und Richtlinien. München: o. Verl. 2004.

Satzung BLO 1927: Satzung des Bezirkslehrervereins Ostfriesland (B.L.O.). Fassung vom 4. April 1927. Beilage zu Nr. 11 des Ostfriesischen Schulblattes 1927. Verantw. Schriftleiter Siebels. Loga: Verl. Joh. Friedr. Schmidt, Norden.

Satzung BLO 1949: Satzungen des Bezirkslehrervereins Ostfriesland (BLO.) v. 6.4.1949. Wittmund: C. L. Mettcker 1949.

Satzung Entwurf BLLO 1953: Satzung des Bezirks-Lehrer- und Lehrerinnenvereines Ostfrieslands. In: OSB 74. Jg. Nr. 8, Nov. 1953.

Satzung Freie Konferenz 1947: Satzung einer Freien Konferenz 1947. Stickhausen Velde „Vereinigung“. In: Protokollbuch der Konferenz „Vereinigung“ Bd. VIII 1947–1952. Archiv Schulmuseum Folmhusen.

Satzung GEW 1950. Satzung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im Deutschen Gewerkschaftsbund. Beschlossen von der Vertreterversammlung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft am 2. Juni 1950 in Goslar. Celle: Druckerei u. Verlagsanstalt Fohl 1950.

Satzung GEW, BV Weser-Ems 1979: Satzung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im DGB, Bezirksverband Weser-Ems. 9.2.1979. Eigendruck.

Satzung Kreislehrerehrenrat 1954. Kreislehrerehrenrat. Satzung des Lehrer-Ehrenrates im KLV Norden. In: OSB 75. Jg., Nr. 7. Juli 1954.

Satzung LVN 1952: Satzung des Lehrerverbandes (In der Fassung, die von der Vertreterversammlung des LVN 1952 angenommen wurde). Einzel-
druck.

Satzung OLV 1955. Satzung des Ostfriesischen Lehrervereines. IN: OSB 76. Jg., Nr. 2, Febr. 1955, S. 14.

Satzung OLV 1969: Satzung vom 6. 10. 1963, Neufassung nach Einarbeitung der von den Vertreter-Versammlungen 1965, 1967 und 1969 beschlossenen Änderungen. Sonderdruck. Beilage OSB, 90. Jg., 1969.

Ungedruckte Quellen

Protokollheft der ganztägigen Arbeitsgemeinschaft Uplengen 2/57 – 9/58 (Privatbesitz).

Protokollheft der Halbtagungen der Arbeitsgemeinschaft Uplengen 12/57 – 4/59 (Privatbesitz).

Protokollheft der ganztägigen Arbeitsgemeinschaft Uplengen 5/59 – 12/59 (Privatbesitz).

Protokollheft der Arbeitsgemeinschaft Uplengen 8/60 – 3/62 (Privatbesitz).

Protokollheft der Halbtagungen der amtlichen Arbeitsgemeinschaft Uplengen 4/56–11/57 (Privatbesitz).

Protokollbuch: Protokolle Arbeitsgemeinschaft für Lehrerfortbildung JLAG Leer-Stadt, 28.1.58 bis 5.9.1961, Archiv Schulmuseum Folmhusen.

Protokollbuch: Junglehrerarbeitsgemeinschaft Wittmund-Nord 5/59 bis 10/1961, Archiv Schulmuseum Folmhusen.

Protokollbuch II: Junglehrerarbeitsgemeinschaft Wittmund-Nord, 11/1961–4/1964, Archiv Schulmuseum Folmhusen.

Protokollbuch: Kreislehrerverein Leer, 9.5.1956–24.9.1965, Archiv Schulmuseum Folmhusen.

Protokollbuch: Lehrerverein Südbrookmerland. Protokolle vom 27.10.1954–12.59. Archiv Schulmuseum Folmhusen.

Protokollbuch: Konferenz „Vereinigung“ (Stickhausen/Velde) Zeitraum 14.06.1947–10.10.1952. Archiv Schulmuseum Folmhusen.

Protokollbuch: Vorstand des BLO/OLV, 1950–1955. Zeitraum 3. April 1950 bis 6. Oktober 1955. Kopie, Archiv Schulmuseum Folmhusen.

Protokollbuch: Konferenz Timmel. Protokollbuch der Lehrerkonferenz 1932–1951. Archiv Schulmuseum Folmhusen.

Kreislehrerbücherei Leer/Ostfr. Kreislehrerverein Leer: Bücherverzeichnis der Kreislehrerbücherei. Schulmuseum Folmhusen. Archiv.

Kreislehrerverein Leer: Protokolle und Schriftverkehr. GEW – Protokolle 1950–1956. Archiv Schulmuseum Folmhusen.

Memming, J.: Schulbericht Hauptschule Leer 1943–45. Archiv Schulmuseum Folmhusen.

Schulchronik Bezirksschule II, Jahrg. 1944/45. Früchteburgschule, Emden, Archiv der Schule.

Schulchronik Emsschule, Emden, Chronik für das Jahr 1944. Archiv der Schule.

Aktenbestand StAA Aurich

Rep. 17/4 – Nr. 757 – Generalia Schulen. Juist.

Rep. 17/4 Nr. 1648 – Genehmigungsverfahren differenzierter Mittelbau.

Rep 17/4 1649 – Einr. D. Diff. Mittelbaus an Volksschulen (allgemein).

Rep. 17/4 – Nr. 757 – Generalia Schulen. Juist.

Rep. 17/4 Nr. 844 – Realschulzug Moormerland in Warsingsfehn.

Rep. 17/4 – Nr. 368 – Generalia Schulen. Berufsschulwesen.

Videoaufzeichnungen

Galle, J.; Pannemann, R.; Schröder, G.: Harm Wiemann im Gespräch. Hochschulinternes Fernsehen (HIFO). Universität Oldenburg 1984 (Videoaufzeichnung).

Galle, J.; Pannemann, R.; Schröder, G.: Interview mit Zeitzeugen. Johann Memming. Hochschulinternes Fernsehen (HIFO). Universität Oldenburg 1986 (Videoaufzeichnung, Folgen 2 u. 3).

Interviews

Interviews des Verfassers mit Hansjoachim Hothan ab 2000 in regelmäßiger Folge in Hesel.

Interview des Verfassers mit Carl Ewen, Emden, Okt. 2005.

Interview des Verfassers mit Ingeborg Schmidt-Vilmar, Folmhusen, März 2005.

Der Autor

Josef Kaufhold

Geboren am 23. März 1950 in Wipperfürth. Ab 1956 Besuch der Volksschule, ab 1964 kaufmännische Lehre, dann Tätigkeit als kaufmännischer Angestellter. Ab 1969 Wehrdienst, Soldat auf Zeit, Arbeit in verschiedenen Berufen, Fernfahrer, Schüler des Zweiten Bildungswegs. Ab 1974 Lehramtsstudium im Studiengang ‚*Einphasige Lehrerbildung*‘ an der Universität in Oldenburg, Unterrichtsfächer Deutsch und Biologie. 1979 Eintritt in den Schuldienst. Ab 1985 Konrektor an der Grundschule *Grüner Weg* in Emden, 1988 Rektor der Grundschule *Emsschule* in Emden, ab 2006 Rektor der Grundschule *Grüner Weg* in Emden.

Ab 1980 Mitarbeit im Kreisvorstand der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Kreisverband Emden, Referat Presse und Öffentlichkeitsarbeit, Stellvertretender Vorsitzender, Arbeit in der Personalvertretung.

Ab 1983 Mitarbeit im Deutschen Kinderschutzbund (DKSB), Stellvertretender Vorsitzender Ortsverband Emden, 1987 bis 1992 Mitglied des Ausschusses „Bildung und Schule“ des DKSB, Bundesverband. Ab 1983 Mitarbeit im Arbeitskreis Ostfriesische Autorinnen und Autoren, diverse Veröffentlichungen.

1982 bis 1987 und ab 2002 Vertreter der Lehrkräfte der allgemeinbildenden Schulen in Ausschüssen des Rates der Stadt Emden.

Ab 1990 Mitarbeit in der Arbeitsgruppe Ostfriesland der *Stiftung Schulgeschichte des Bezirksverbandes Weser-Ems der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft*, diverse Fachveröffentlichungen in der Schriftenreihe *Regionale Schulgeschichte* (BIS-Verlag der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg).

Ab 2000 Mitglied des Verbandes Deutscher Schriftsteller, VS, Niedersachsen.

Die vorliegende Veröffentlichung wurde von der *Fakultät I – Bildungs- und Sozialwissenschaften* der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg als Dissertation angenommen.